

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1975 · TEIL I

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Kuczynski (DDR),
W. Kula (VR Polen), H. Mottek (DDR), S. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), E.
Ragionieri (Italien), S. I. Tjulpanow (UdSSR)

Auslandskorrespondenten

Emil Niederhauser (UVR), S. Sak UdSSR, Jerzy Tomaszewski (VR Polen)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Traute Scholz (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Renate Günther, Horst Heininger, Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar, Hansgünter Meyer, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Hans Radandt, Karl Reißig, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann, Irene Strube

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Hans-Heinrich Müller (Leiter), Gisela Buchheim, Siegfried Epperlein, Parviz Khalatbari, Hermann Lehmann, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Hildegard Hoffmann, Jörg Roesler, Heinzpeter Thümmeler

Redaktionssekretär: Ingrid Thümmeler

1975 · TEIL I

Jahrbuch für Wirtschafts geschichte



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1975

Redaktionsschluß: 15. 6. 1974.

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Zimmerstr. 94

Erschienen im Akademie-Verlag, 108 Berlin, Leipziger Straße 3—4

(©) 1975 by Akademie-Verlag

Lizenznummer: 202 · 100/70/75

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza/DDR

Bestellnummer: 752 734 4 (2103/75/1) · LSV 0305

Einzelpreis des Bandes 18,— M

Abonnementpreis des Jahrganges 72,— M (4 Bände)

INHALT

Zu diesem Band

9

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

- S. Finzelberg Die Stärkung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der führenden Rolle der Arbeiterklasse durch die Neubildung volkseigener Betriebe im ersten Halbjahr 1972 13 BL
- W. Wilhelmus Das schwedische Echo auf die faschistischen "Neuordnungs"-Pläne im zweiten Weltkrieg 35 CE
- E. Barth Neue Forschungen zur Entwicklung der Maschinenbauindustrie in der Industriellen Revolution 47 BE S
- H. -J. Rook Die Entwicklung der Verkehrsströme und der Verkehrsstruktur auf der Elbe während des 19. Jahrhunderts, unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung im Verkehrsgebiet 71 BA
- H. Harnisch August Meitzen und seine Bedeutung für die Agrar- und Siedlungsgeschichte 97 BA
- V. Klemm Zur Bedeutung Albrecht Daniel Thaers für die Agrarhistoriographie 121 B

LITERATURKRITIK

- H. Handke Klassen - Schichten - Sozialstruktur. Eine marxistisch-leninistische Klassentheorie. W. S. Semjenow, Kapitalismus und Klassen. Die Erforschung der Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft 139
- M. Nussbaum Deutsche Kolonialherrschaft in Kamerun. Bemerkungen zu: Kamerun unter deutscher Kolonialherrschaft. Studien, hg. von Helmut Stoecker, Bd. 1 u. Bd. 2; Patrice Mandeng, Auswirkungen der deutschen Kolonialherrschaft in Kamerun; Karin Hausen, Deutsche Kolonialherrschaft in Afrika. Wirt-

	schaftsinteressen und Kolonialverwaltung in Kamerun vor 1914; Albert Wirz, Vom Sklavenhandel zum kolonialen Handel, Wirtschaftsräume und Wirtschaftsformen in Kamerun vor 1914	151
J. Kuczynski	Klassenbewußtsein und zyklische Krise. Überlegungen bei der Lektüre von: The Great Depression Revisited. Essays on the Economics of the Thirties, hg. v. Hermann van der Wee	157
Th. Kuczynski	Industrielle Revolution oder Industrialisierung? Kritische Bemerkungen zu: Industrielle Revolution. Wirtschaftliche Aspekte, hg. v. Rudolf Braun, Wolfram Fischer, Helmut Großkreutz, Heinrich Volkmann; Gesellschaft in der Industriellen Revolution, hg. v. Rudolf Braun, Wolfram Fischer, Helmut Großkreutz, Heinrich Volkmann; David S. Landes, Der entfesselte Prometheus. Technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart; Friedrich-Wilhelm Henning, Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914; Wolfram Fischer, Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze, Studien, Vorträge; Knut Borchardt, Die Industrielle Revolution in Deutschland, mit einer Einführung v. Carlo M. Cipolla	161
	S-767/68	
H. -H. Müller	Kupferproduktion, -markt und -handel Europas im 15./16. Jahrhundert. Betrachtungen zu Ekkehard Westermann, Das Eislebener Garkupfer und seine Bedeutung für den europäischen Kupfermarkt 1460 - 1560	175
A. Jähne/M. Njammasch	Probleme der vorkapitalistischen Gesellschaften in den Ländern des Orients. Bemerkungen zu: Problemy dokapitalističeskich obščestv v stranach Vostoka. Sammelband, unter verantwortlicher Redaktion von G. F. Kim, zusammengestellt v. V. N. Nikiforov	185
BETRIEBSGESCHICHTE		
K. Reißig	Die Geschichte der DDR - eine Grundlage der Betriebsgeschichte	209
H. Radandt	Zweite Konferenz der Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR	233

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

VI. Internationaler Kongreß für Wirtschaftsgeschichte 239

J. Lehmann Zum Wesen und zur Kontinuität der
Fremdarbeiterpolitik des deutschen Im-
perialismus 257

BIBLIOGRAPHIE

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (R. Günther) 263

Autorenverzeichnis 281

Содержание, Contents, Contenu, Sumario 283

Zu diesem Band

Die Breite und Problemvielfalt der literaturkritischen Abteilung ist im vorliegenden Band besonders auffällig. Soziale Strukturfragen, das Verhältnis bürgerlicher Historiker zur Industriellen Revolution, Besonderheiten der deutschen Kolonialherrschaft, bourgeoise "Lehren" aus zyklischen Krisen, die neuralgische Rolle des Kupfers und der historische Platz der altorientalischen Gesellschaften sind die hier aufgeworfenen Probleme. Der Artikel-Teil ist diesmal auf das 19./20. Jahrhundert ausgerichtet und reicht von der Würdigung zweier bedeutender deutscher Agrarhistoriker des 19. Jahrhunderts bis zur Analyse jüngerer Entwicklungen in der DDR-Wirtschaftspolitik.

Ganz besonders an die Betriebshistoriker wendet sich ein Beitrag von grundsätzlicher Bedeutung: Er ordnet die Betriebsgeschichte in den Zusammenhang ein, der durch die jeweiligen Entwicklungsstadien der DDR gegeben ist. Vor allem die Betriebsgeschichtskollektive werden aus diesem Beitrag ebenso Anregung schöpfen können, wie der aktuelle Bericht über den jüngsten Internationalen Kongreß für Wirtschaftsgeschichte von allgemein wirtschaftshistorischem Interesse sein dürfte.

Oktober 1974

**Abhandlungen,
Studien, Miscellen**

DIE STÄRKUNG DER SOZIALISTISCHEN PRODUKTIONSVERHÄLTNISSE UND DER FÜHRENDE ROLLE DER ARBEITERKLASSE DURCH DIE NEUBILDUNG VOLKSEIGENER BETRIEBE IM ERSTEN HALBJAHR 1972

von Sigtraut Finzelberg

1. Zur Struktur der Eigentumsverhältnisse in der Industrie und im Bauwesen in den sechziger Jahren
2. Die Eindämmung kapitalistischer Tendenzen in nichtsozialistischen Eigentumsformen durch steuerpolitische Regelungen
3. Die objektive Notwendigkeit der Umwandlung aller Eigentumsformen in sozialistisches Eigentum
4. Verlauf und Ergebnisse der Umwandlung von Betrieben mit staatlicher Beteiligung, privaten Industrie- und Baubetrieben sowie industriell produzierenden PGH in Volkseigentum
4. 1. Der Umwandlungsprozeß von Februar bis Juni 1972
4. 2. Die Gründung neuer volkseigener Betriebe
4. 3. Zur Stabilisierung der neuen volkseigenen Betriebe

Auf dem VIII. Parteitag der SED (15. bis 19. Juni 1971) wurden die Aufgaben zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft festgelegt und zu ihrer Realisierung eine Reihe wirtschafts- und bündnispolitischer Maßnahmen beschlossen, die die weitere Festigung und Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und die Stärkung der führenden Rolle der Arbeiterklasse zum Inhalt hatten.

Mit der Umwandlung von Betrieben mit staatlicher Beteiligung (im folgenden: BSB), privaten Industrie- und Baubetrieben sowie industriell produzierenden PGH in Volkseigentum wurde ein wichtiger Schritt im Prozeß der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft getan. Die Überführung von noch vorhandenen nichtsozialistischen Eigentumsformen in Volkseigentum im ersten Halbjahr 1972 war die größte sozialökonomische Umwälzung nach dem VIII. Parteitag. Sie führte zu einer weiteren Ausdehnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und schuf Voraussetzungen dafür, daß die Arbeiterklasse ihre Verantwortung als besitzende und machtausübende Klasse noch umfassender wahrnehmen kann.

Diese sozialökonomische Veränderung war aber zugleich auch erneuter Ausdruck für die erfolgreich durchgeführte Wirtschafts- und Bündnispolitik der SED. Die SED war stets bemüht gewesen, gestützt auf die sowjetischen Erfahrungen des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus, unter Berücksichtigung der Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus, insbesondere der Leninschen Theorie vom Staatskapitalismus sowie unter Beachtung der Erfahrungen der an-

deren Bruderparteien und der eigenen Erfahrungen beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, Übergangsformen zur sozialistischen Entwicklung zu finden, die die Einbeziehung aller Bevölkerungsschichten in die Gestaltung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen ermöglichten. Das Ziel der Politik der SED bestand daher stets darin, die nichtproletarischen Schichten bis hin zu den kleinen und mittleren privatkapitalistischen Unternehmern zu sozialistischen Produktions- und Lebensformen zu führen. Mit der Überführung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung, der privaten Industrie- und Baubetriebe sowie industriell produzierenden PGH in Volkseigentum fand der Prozeß der allmählichen Umwandlung des privatkapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln seinen Abschluß. Die Überführung dieser Betriebe in Volkseigentum gegen Zahlung einer entsprechenden Entschädigung schuf neue Bedingungen für die weitere Einbeziehung der ehemaligen Komplementäre und Privatbesitzer in die sozialistische Gesellschaft. Viele von ihnen haben als sozialistische Werktätige ihren festen Platz in der sozialistischen Gesellschaft gefunden und sind in den neuen volkseigenen Betrieben an den wirtschaftlichen Erfolgen der DDR beteiligt.¹

1. Zur Struktur der Eigentumsverhältnisse in der Industrie und im Bauwesen in den sechziger Jahren

Die DDR war zu Beginn der sechziger Jahre in die Periode der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eingetreten. Die damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben der Vervollkommnung der gesamtgesellschaftlichen Leitung und Planung, der Beherrschung des Reproduktionsprozesses und der immer vollständigeren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen erforderten es, die ökonomischen Gesetze des Sozialismus umfassender auszunutzen. Dafür waren mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse entscheidende Voraussetzungen gegeben.

Zu dem Zeitpunkt, als in der Mehrzahl der sozialistischen Länder die wesentlichsten Aufgaben des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus gelöst waren, spielte der sozialistische Sektor in der Volkswirtschaft die dominierende Rolle und erbrachte zugleich den Hauptanteil an der Bruttoproduktion und am Nationaleinkommen. Die folgende statistische Übersicht veranschaulicht, wie hoch der Anteil des sozialistischen Sektors an der gesamten Volkswirtschaft in den sozialistischen Ländern Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre war: (siehe Tabelle 1 umseitig)

In fast allen sozialistischen Ländern entwickelte sich die vergesellschaftete Produktion zur ungeteilt herrschenden Produktion. Dabei betrug der Anteil des sozialistischen Sektors an der Gesamtbruttoproduktion im Zeitraum von 1954 bis 1965 in der VR Bulgariens 99,8 Prozent, der Ungarischen VR 99,1 Prozent, in der DRV 88,0 Prozent, in der DDR 88,0 Prozent, in Kuba 95,0 Prozent, in der VR Polen 99,6 Prozent und in der SR Rumänien 99,7 Prozent, in der KVDR, der MVR und der SFR Jugoslawien betrug der Anteil 100 Prozent.² Neben den sozialistischen Produktionsverhältnissen existierten aber noch andere Eigentumsformen, deren Umfang in den einzelnen Ländern unterschiedlich war, die aber ebenfalls ihren Beitrag zur Entwicklung der Volkswirtschaft leisteten.

¹ Walde, Werner, Parteiorganisationen im Kampf um hohe Arbeitsproduktivität, in: *Einheit*, Nr. 10/1973, S. 1188.

² Vgl. Lehrbuch Politische Ökonomie, Berlin 1972, S. 71.

Tabelle 1

Anteil des sozialistischen Sektors⁺
(in %)

Land	Jahr	in der Industrie	in der Landw. nach Anbaufläche	im Handel Groß-Einzel- han- handel del	am National- einkommen	
VR Albanien	1961	99,2	87,7	100,0	91,3	85,9
VR Bulgarien	1962	99,3	99,0 ⁺⁺	100,0	99,9	99,5
VR China	1958	100,0	99,1	100,0	98,3	99,0
ČSSR	1962	100,0	89,1	100,0	100,0	96,0
DDR	1962	88,4	93,3 ⁺⁺⁺	100,0	78,7	82,8
SFR Jugoslawien	1962	100,0	14,4	100,0	--	80,0
Koreanische VDR	1959	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Kuba	1962	90,0	--	90,0	40,0	--
Mongolische VR	1959	100,0	100,0	100,0	100,0	--
VR Polen	1962	99,5	13,5	100,0	98,1	75,6
SR Rumänien	1962	99,3	94,0 ⁺⁺⁺	100,0	100,0	88,7
UdSSR	1937	99,8	98,5	100,0	100,0	99,1
Ungarische VR	1961	97,8	85,6	100,0	98,9	96,3
DR Vietnam	1962	59,4	87,7	100,0	92,5	77,0

+ Vgl. Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Berlin 1967, Bd. 1, S. 486.

++ Die Angaben beziehen sich auf die bearbeitete landwirtschaftliche Fläche.

+++Die Angaben beziehen sich auf die landwirtschaftliche Nutzfläche.

In der DDR war der Anteil der privaten Eigentumsformen zum Zeitpunkt des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse relativ hoch. Entsprechend den vorhandenen Entwicklungsbedingungen in der DDR suchte daher die SED nach neuen Wegen, diese Eigentumsformen stärker in die Entwicklung einzubeziehen und so die sozialistischen Produktionsverhältnisse zu stärken. Dieser Politik diente auch weiterhin die bereits Mitte der fünfziger Jahre eingeführte staatliche Beteiligung an Privatbetrieben.

Die Aufnahme der staatlichen Beteiligung durch Privatbetriebe erreichte Ende der fünfziger Jahre ihren Höhepunkt. Sie wurde aber auch nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR weitergeführt. Das war im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern sowie mit Reparaturen und Dienstleistungen von großer Bedeutung. Gleichzeitig spielten die BSB, PGH und Privatbetriebe aber auch eine Rolle als Zulieferer für die Finalproduktion volkseigener Betriebe. Somit trug die Existenz der nichtsozialistischen Eigentumsformen zunächst zur Festigung des Sozialismus bei.

Über die Entwicklung der einzelnen Eigentumsformen in den sechziger Jahren in der Industrie und im Bauwesen geben die Statistiken zur Anzahl der Betriebe, ihres Anteils an der industriellen Bruttoproduktion und am gesellschaftlichen Nettoprodukt sowie zur Anzahl der Beschäftigten Auskunft.

(Tabelle 2 siehe umseitig)

Wie aus der Statistik ersichtlich, trat nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse eine zunehmende Verringerung der Anzahl der sozialistischen Betriebe ein. Das ist auf den Konzentrationsprozeß und den zunehmenden Vergesellschaftungsgrad der Produktion zurückzuführen, der sich vor allem durch die

Tabelle 2

Anzahl der Betriebe in den einzelnen Eigentumsformen⁺

Jahr	Anzahl der sozialistischen Betriebe	Anzahl der BSB	Anzahl der Privatbetriebe
1959	5 431	3 534	7 826
1960	5 107	4 455	6 476
1961	4 946	5 042	5 545
1962	4 869	5 277	5 072
1963	4 658	5 384	4 819
1964	4 270	5 442	4 538
1965	3 992	5 458	4 265
1966	3 843	5 512	4 096
1967	3 705	5 562	3 892
1968	3 582	5 617	3 638
1969	3 193	5 646	3 416
1970	2 748	5 632	3 184
1971	2 619	5 658	2 976

+ Die Angaben wurden zusammengestellt nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1967, S. 113; 1968, S. 115; 1969, S. 103 f.; 1970, S. 103 f.; 1971, S. 103 f.; 1972, S. 118.

Kombinatsbildung in diesem Zeitraum vollzog. Betrug 1959 der Anteil der sozialistischen Betriebe an der Gesamtzahl der vorhandenen Betriebe 32,3 Prozent, so waren es 1965 nur 29,1 Prozent und 1971 noch 23,2 Prozent. 1971 arbeiteten in diesen 2 619 sozialistischen Betrieben 2 410 123 Arbeiter und Angestellte, die 88,8 Prozent der industriellen Bruttoproduktion erzeugten. Das macht die Stärke des sozialistischen Sektors, zugleich aber auch den hohen Entwicklungsstand der Produktivkräfte in diesen Betrieben deutlich. Die sozialistischen Betriebe und ihr Anteil an der industriellen Bruttoproduktion entwickelten sich in diesem Zeitraum wie folgt:

Tabelle 3

Sozialistische Betriebe in der Industrie von 1962 bis 1971⁺

Jahr	Zahl der Betriebe		Arbeiter u. Angestellte (ohne Lehrlinge)		Industrielle Bruttoproduktion 1 000 M	
		in %		in %		in %
1962	4 869	32,0	2 323 903	83,4	69 086 216	88,4
1963	4 658	31,3	2 315 988	83,5	72 186 081	88,6
1964	4 270	30,0	2 317 098	83,6	76 802 435	88,4
1965	3 992	29,1	2 284 831	83,7	78 238 571	88,0
1966	3 843	28,6	2 294 774	83,8	83 130 713	87,9
1967	3 705	28,2	2 305 024	83,9	88 402 207	87,7
1968	3 582	27,9	2 371 211	84,3	114 268 100	88,5
1969	3 193	26,0	2 379 342	84,4	122 013 900	88,6
1970	2 748	23,7	2 391 539	85,2	129 787 400	88,7
1971	2 619	23,2	2 410 123	85,3	137 333 794	88,8

+ Zusammengestellt nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1967, S. 113; 1968, S. 115; 1969, S. 103 f.; 1970, S. 103 f.; 1971, S. 103 f.; 1972, S. 118.

Nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse vollzog sich eine systematische Entwicklung der sozialistischen Betriebe. Das kommt sowohl in der Konzentration der Produktion zum Ausdruck, wie auch im ständigen Wachstum der Bruttonproduktion, die vor allem ab 1967 besonders schnell zunahm und ohne eine wesentliche Erhöhung der Anzahl der Arbeitskräfte erreicht wurde.

Tabelle 4

Industriebetriebe mit staatlicher Beteiligung von 1962 bis 1971⁺

Jahr	Zahl der Betriebe		Arbeiter u. Angestellte (ohne Lehrlinge)		Industrielle Bruttonproduktion 1 000 M	
		in %		in %		in %
1962	5 277	34,7	335 496	12,0	6 858 762	8,8
1963	5 384	36,2	340 476	12,3	7 279 915	8,9
1964	5 442	38,2	343 798	12,4	8 032 542	9,2
1965	5 458	39,8	341 197	12,5	8 665 812	9,8
1966	5 512	41,0	344 602	12,6	9 464 683	10,0
1967	5 562	42,3	349 217	12,7	10 360 319	10,3
1968	5 617	43,9	355 278	12,6	12 614 300	9,8
1969	5 646	45,9	359 865	12,4	13 615 600	9,9
1970	5 632	48,6	353 033	12,2	14 427 800	9,9
1971	5 658	50,7	348 068	11,9	15 295 343	9,9

+ Zusammengestellt nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1967, S. 113; 1968, S. 115; 1969, S. 103 f.; 1970, S. 103 f.; 1971, S. 103 f.; 1972, S. 118.

Wie die Statistik veranschaulicht, weist auch die Entwicklung der BSB nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse eine steigende Tendenz auf. Die ständige Zunahme von BSB ist in zweifacher Hinsicht beachtenswert. Erstens spielten sie im Rahmen der Volkswirtschaft eine beachtliche Rolle, was unter anderem darin zum Ausdruck kam, daß ihr Anteil an der Bruttonproduktion 1970 immerhin 9,9 Prozent betrug, gegenüber 1,5 Prozent, der von der Privatindustrie erbracht wurde.

Zweitens handelte es sich um eine große Zahl von Betrieben, die mit der Aufnahme der staatlichen Beteiligung in die staatliche Leitung und Planung der Volkswirtschaft einbezogen wurde. Dabei muß jedoch auch beachtet werden, daß die Zahl der in den BSB beschäftigten Werktätigen relativ groß war. Ein Teil der Werktätigen war daher nicht unmittelbar mit dem Volkseigentum, den sozialistischen Produktionsverhältnissen und den entwickeltsten Produktionsmethoden verbunden. Des weiteren waren in den BSB als Übergangsform vom kapitalistischen zum sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln sowohl kapitalistische als auch sozialistische Elemente enthalten.

Die Werktätigen dieser Betriebe wurden nicht nur vom Sozialismus beeinflusst. Überholte Denk- und Verhaltensweisen blieben erhalten, die Entwicklung der Werktätigen in diesen Bereichen hielt mit der Entwicklung der Arbeiterklasse in der volkseigenen Industrie nicht Schritt, vor allem in ihrer politisch-ideologischen Entwicklung, ihrer gesellschaftlichen Aktivität und Organisiertheit.

Die steigende Tendenz zur Bildung von BSB war verbunden mit dem stetigen Rückgang der Zahl der Privatbetriebe.

Tabelle 5

Private Betriebe in der Industrie von 1962 bis 1971⁺

Jahr	Zahl der Betriebe		Arbeiter u. Angestellte (ohne Lehrlinge)		Industrielle Bruttoproduktion 1 000 M	
		in %		in %		in %
1962	5 072	33, 3	128 606	4, 6	2 165 036	2, 8
1963	4 819	32, 4	118 567	4, 3	2 024 997	2, 5
1964	4 538	31, 8	110 435	4, 0	2 038 284	2, 3
1965	4 265	31, 1	103 878	3, 8	1 971 638	2, 2
1966	4 096	30, 5	98 079	3, 6	1 968 425	2, 1
1967	3 892	29, 6	92 252	3, 4	1 993 130	2, 0
1968	3 638	28, 4	86 169	3, 1	2 186 200	1, 7
1969	3 416	27, 8	78 549	2, 9	2 080 500	1, 5
1970	3 184	27, 3	73 195	2, 6	2 036 000	1, 5
1971	2 976	26, 3	67 206	2, 4	1 997 308	1, 3

+ Zusammengestellt nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1967, S. 113; 1968, S. 115; 1969, S.103 f.; 1970, S. 103 f.; 1971, S. 103 f.; 1972, S. 118.

Diese Entwicklung war zweifellos ein positives Ergebnis der Wirtschafts- und Bündnispolitik der SED, die es den kleinen und mittleren Unternehmern ermöglichte, allmählich den Weg zu sozialistischen Produktions- und Lebensformen zu beschreiten. Mit den Erzeugnisgruppen und Kooperationsbeziehungen wurden Formen geschaffen, die auch den Privatbetrieben die Möglichkeit gaben, an der Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft teilzunehmen. Die 67 206 Beschäftigten in der privaten Industrie, die überwiegend zur Arbeiterklasse gehörten, wurden jedoch nur in geringem Maße von der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, dem Neuererwesen und anderen Formen der sozialistischen Demokratie in der Sphäre der materiellen Produktion beeinflusst.

Verhältnismäßig groß war die Unterschiedlichkeit der Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln auch im Bauwesen.

Tabelle 6

Eigentumsformen in der Bauindustrie und im Bauhandwerk 1970⁺

Eigentumsform	Betriebe	Berufstätige (ohne Lehrlinge)		Anteil an d. Bauproduktion in %
			in %	
Volkseigene Betriebe	287	333 313	59, 0	60, 9
Betriebe mit staatlicher Beteiligung	825	46 714	8, 3	8, 8
Privatbetriebe(ohne Handwerk)	209	4 146	0, 7	0, 7
PGH	1 633	92 615	16, 4	15, 0
Privates Handwerk	15 004	47 022	8, 3	6, 4
Genossenschaftliche Bau- einrichtungen der Land- wirtschaft	661	40 801	7, 3	8, 2

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1971, S. 136 f.

Aber auch in diesem Bereich hatten die volkseigenen Betriebe mit 60,9 Prozent den überwiegenden Anteil der Produktion. Offensichtlich ist außerdem der wesentlich höhere Konzentrationsgrad der volkseigenen Betriebe gegenüber den anderen Eigentumsformen.

Im Jahre 1970 bestanden 4 458 PGH, die Leistungen im Werte von 8 860 347 000 Mark erbrachten. Ihnen gehörten 245 378 Mitglieder an.³ 116 478 private Handwerksbetriebe mit 347 547 Beschäftigten (ohne Lehrlinge) erbrachten 1970 eine Produktion im Werte von 8 902 751 000 Mark.⁴

Im sozialistischen Großhandel waren 1970 93 377 Beschäftigte (ohne Lehrlinge) tätig. Im sozialistischen Einzelhandel waren es 402 524, darunter im konsumgenossenschaftlichen Einzelhandel 168 654 und in der Mitropa 13 287 Beschäftigte. Der Einzelhandelsumsatz betrug 1970 im sozialistischen Bereich 80,5 Prozent, der Anteil des Kommissionshandels einschließlich der Betriebe mit staatlicher Beteiligung betrug 9,4 Prozent.⁵

Tabelle 7

Anteil der einzelnen Eigentumsformen am gesellschaftlichen Nettoproduct im Jahre 1970⁺

Eigentumsform	in %
Sozialistische Betriebe	85,6
Davon volkseigene Betriebe	68,6
genossenschaftliche Betriebe	17,0
BSB	9,0
Privatbetriebe	5,4

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 39.

Insgesamt nahmen die nichtsozialistischen Eigentumsformen Anfang der siebziger Jahre noch einen beträchtlichen Platz in der Volkswirtschaft der DDR ein.

Zu Beginn der sechziger Jahre hatte die Umwandlung der BSB und Privatbetriebe noch nicht auf der Tagesordnung gestanden. Die Partei der Arbeiterklasse und die Regierung der DDR orientierten vielmehr darauf, die bestehenden sozialistischen Produktionsverhältnisse zu festigen, die PGH und BSB zu stabilisieren und ihre ökonomischen Potenzen zur Festigung des Sozialismus zu nutzen. Dabei stützten sie sich auf das neue Verhältnis der Klassenkräfte nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR, die Existenz des sozialistischen Weltsystems sowie auf die engen brüderlichen Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern. Sie berücksichtigten die Bereitschaft der mit der Arbeiterklasse verbündeten Kräfte zur Mitarbeit in der sozialistischen Gesellschaft. Die Entwicklung der nichtsozialistischen Eigentumsformen in den sechziger Jahren, einschließlich der BSB als Übergangsform, bestätigte die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges. Jedoch zeigten sich zugleich die Grenzen für das Nebeneinanderbestehen verschiedener Eigentumsformen.

³ Statistisches Jahrbuch der DDR 1971, S. 171.

⁴ Ebenda, S. 176.

⁵ Ebenda, S. 268 f.

2. Die Eindämmung kapitalistischer Tendenzen in nichtsozialistischen Eigentumsformen durch steuerpolitische Regelungen

Die 14. Tagung des ZK der SED (9. bis 11. Dezember 1970) beschäftigte sich mit Grundfragen der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR. Sie zog die Bilanz des abgelaufenen Fünfjahrplanes und stellte fest, daß "entscheidende Ziele des Perspektivplanes 1966 bis 1970 erreicht und zum Teil überschritten werden"⁶ konnten. Gleichzeitig verwies sie aber auch darauf, daß im Verlauf des Fünfjahrplanes neue Entwicklungsprobleme herangereift wären, die einer Lösung zugeführt werden mußten.⁷

Auf der Tagung wurden eine Reihe volkswirtschaftlicher Disproportionen genannt, die sich vor allem in den Jahren 1969 und 1970 immer störender bemerkbar gemacht hatten. Sie bestanden unter anderem zwischen der Zulieferindustrie und der Finalproduktion, in einer unharmonischen Entwicklung einzelner Wirtschaftszweige, vor allem im Zurückbleiben der Reparatur- und Dienstleistungsbereiche - was sich negativ auf die Versorgung der Bevölkerung auswirkte - sowie in einer widersprüchlichen Entwicklung zwischen Einkommen und Leistung in nichtsozialistischen Eigentumsformen.

Diese Eigentumsformen, die noch Überreste aus der Übergangsperiode darstellten, gerieten mehr und mehr in Widerspruch zu den Aufgaben bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Sie hemmten die weitere Entwicklung der Produktivkräfte, die für ihre volle Entfaltung sozialistische Produktionsverhältnisse verlangten. Aber auch die sich aus der sozialistischen Staatengemeinschaft ergebenden neuen Bedingungen verlangten eine schnellere Entwicklung der Produktivkräfte als Voraussetzung für eine bessere Ausnutzung der in der sozialistischen Gesellschaft liegenden Möglichkeiten. Die SED mußte diese Widersprüche und die damit verbundenen Probleme im Prozeß der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft lösen. Die 14. Tagung des ZK der SED beschloß Maßnahmen zur Überwindung der aufgetretenen Disproportionen und leitete Schritte ein, um die Volkswirtschaft zu stabilisieren und Voraussetzungen für einen neuen ökonomischen Aufschwung zu schaffen.

Im Zusammenhang mit der Bilanz der gesellschaftlichen Entwicklung beschäftigte sich die Tagung mit einer gründlichen Analyse der Entwicklung, die sich in den letzten Jahren in den BSB, privaten Industrie- und Baubetrieben sowie in den Produktionsgenossenschaften des Handwerks vollzogen hatte. Sie wies nach, daß Produktivität und Effektivität der Mehrzahl dieser Klein- und Mittelbetriebe und damit ihr Beitrag zum Nationaleinkommen wesentlich niedriger waren als in vergleichbaren volkseigenen Betrieben. Zugleich wurde aber auch ersichtlich, daß Einkommen und Leistung in diesen Eigentumsformen ein offensichtliches Mißverhältnis aufwiesen und dem sozialistischen Verteilungsprinzip "Jeder nach seinen Fähigkeiten - Jedem nach seinen Leistungen" nicht entsprachen.

6 Stoph, Willi, Zum Entwurf des Volkswirtschaftsplans 1971. 14. Tagung des ZK der SED, 9. - 11. Dezember 1970, Berlin 1970, S. 8; Verner, Paul, Bericht des Politbüros an die 14. Tagung des ZK der SED, 9. - 11. Dezember 1970, Berlin 1970, S. 6 ff.

7 Verner, Paul, a. a. O., S. 6; Bericht des ZK an den VIII. Parteitag der SED, Berichterstatte: Erich Honecker, Berlin 1971, S. 37.

Begünstigt durch einige ökonomische Regelungen, die der sozialistische Staat in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus zur Förderung und Unterstützung dieser Eigentumsformen getroffen hatte, die aber den Veränderungen, die mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse eingetreten waren, nicht mehr entsprachen, hatte sich in nichtsozialistischen Eigentumsformen eine Entwicklung vollzogen, die den Prinzipien der sozialistischen Gesellschaft widersprach. So förderten die Erhöhung der Anzahl der Arbeitskräfte, die Vervielfachung der Produktion und die steigenden Einkommen der Komplementäre und Privatbesitzer kapitalistische Tendenzen. Es wurden privates Kapital und oft ungerechtfertigt hohe Einkommen angehäuft und dem Sozialismus zuwiderlaufende Denk- und Verhaltensweisen geprägt. Eine ähnliche Entwicklung war in vielen Fällen bei freiberuflich Tätigen, Kommissionshändlern und Handwerkern zu verzeichnen.

In Anbetracht dieser Entwicklungstendenzen sahen Partei und Regierung der DDR zunächst eine wichtige Aufgabe darin, ein richtiges Verhältnis zwischen Einkommen und Leistung herzustellen. Es ging darum, ein Grundprinzip des Sozialismus - die Entlohnung nach der Leistung - für alle Berufstätigen wirksamer zu machen. Dabei mußte berücksichtigt werden, daß die Mehrzahl der Unternehmer, Gewerbetreibenden und Selbständigen in der Zwischenzeit ihren Platz in der sozialistischen Gesellschaft gefunden hatten und an der weiteren Gestaltung des Sozialismus erfolgreich teilnahmen. Im Interesse der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung mußte die Produktion dieser Betriebe erweitert werden. Unter Beibehaltung des noch vorhandenen Privateigentums an Produktionsmitteln hätten sich die kapitalistischen Überreste jedoch weiter verstärkt. Die Lösung dieser Widersprüche warf schwierige Probleme auf.

In Übereinstimmung mit den Erfordernissen des Fünfjahrplanes von 1971 bis 1975, der hohe Anforderungen an die Arbeiterklasse und alle Werktätigen stellt, wurden verschiedene Festlegungen getroffen, die überholte ökonomische Regelungen außer Kraft setzten und damit Voraussetzungen schufen, das Einkommen dieser Bevölkerungsschichten von der Leistung und dem Nutzen für die Gesellschaft abhängig zu machen. Mit Wirkung vom 1. Januar 1971 traten deshalb neue steuerpolitische Regelungen in Kraft⁸, die eine konsequentere Verwirklichung des Leistungsprinzips und eine leistungsgerechtere Einkommensentwicklung in Betrieben anderer Eigentumsformen beinhalteten.⁹

Das Gesetz sah eine Erhöhung der Einkommenssteuer für nichttätige Gesellschafter, eine höhere Besteuerung bestimmter Berufsgruppen freiberuflich Tätiger, eine erhöhte Besteuerung der industriell produzierenden PGH und Bau-PGH sowie privater Handwerksbetriebe, die Aufhebung der aus der Industriepreisreform für diese Einrichtungen resultierenden Vergünstigungen und andere Maßnahmen vor.¹⁰ Mit der Erhöhung der Steuern für nichttätige Gesellschafter sollte erreicht werden, ungerechtfertigt hohe Einnahmen einzuschränken. Die er-

8 Gesetz zur Ergänzung der Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Steuern, in: Gesetzblatt der DDR (im folgenden: GBl. DDR) I, S. 371 f.; Beschluß über Maßnahmen zur besseren Nutzung der in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung, Produktionsgenossenschaften des Handwerks sowie privaten Industrie-, Bau-, Handwerks-, Verkehrs- und Handelsbetrieben vorhandenen Leistungs- und Effektivitätsreserven, in: GBl. DDR II v. 16. 12. 1970, S. 667 - 671.

9 Stoph, Willi, a. a. O., S. 33.

10 Ebenda.

höhte Besteuerung der industriell produzierenden PGH sowie privater Handwerksbetriebe und eines Teiles der Kommissionshändler diente dem Ziel, ihr Einkommen mit ihren Leistungen besser in Übereinstimmung zu bringen. Mit der Aufhebung des Gewinnausgleiches aus der Industriepreisreform in den BSB, PGH und Privatbetrieben sowie der Einführung einer Produktionsfondssteuer wurden diesen Betrieben Verpflichtungen auferlegt, wie sie für volkseigene Betriebe längst üblich waren. Die Einführung fondsbezogener Preise ab 1971 auch für diese Betriebe sollte die Senkung der Kosten begünstigen. Staatliche Beteiligungen für Betriebe dieser Eigentumsformen wurden nicht mehr gewährt.

Mit Hilfe dieser Maßnahmen sollte erreicht werden, daß in diesen Bereichen durch die Steigerung von Produktivität und Effektivität ein größerer Beitrag zur Produktion des Nationaleinkommens erbracht wurde.¹¹ Gleichzeitig sollten sie gewährleisten, daß die Qualität der Erzeugnisse verbessert, die Versorgung der Bevölkerung mit Reparaturen, Dienstleistungen und hochwertigen Konsumgütern wirkungsvoller gelenkt werden konnte. Und schließlich sollte mit solchen Maßnahmen auch erreicht werden, daß in diesen Betrieben das Leistungsprinzip allmählich besser durchgesetzt und das Verhältnis von Einkommen und Leistung besser in Übereinstimmung gebracht werden konnte.

Die steuerpolitischen Maßnahmen waren in diesem Zusammenhang ein Schritt, um eine dem Sozialismus zuwiderlaufende Entwicklung in den BSB, privaten Industrie- und Baubetrieben und den industriell produzierenden PGH aufzuhalten. Sie waren aber zugleich ein Ausdruck dafür, daß sich Partei und Regierung der DDR bei ihren Entscheidungen zur Durchführung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses von dem Grundsatz ihrer Politik leiten ließen, "die Entwicklung der Produktivkräfte und der sozialistischen Produktionsverhältnisse mit Maßnahmen zu fördern, die eine bessere Übereinstimmung der Interessen der einzelnen mit denen der gesamten Gesellschaft herbeiführen ..."¹² Die Beschlüsse der 14. Tagung des ZK der SED sowie die steuerpolitischen Regelungen stellten zweifellos volkswirtschaftlich bedeutende Entscheidungen dar, hoben aber den Widerspruch zwischen dem Privatbesitz an Produktionsmitteln und der damit verbundenen privaten Aneignung gesellschaftlicher Arbeit in den genannten Eigentumsformen noch nicht auf. Sie bahnten jedoch eine neue Stufe der weiteren Einbeziehung des noch vorhandenen Privatbesitzes an Produktionsmitteln an. Die mit der Darlegung der Beschlüsse verbundene politisch-ideologische Arbeit bereitete diesen Übergang vor.

3. Die objektive Notwendigkeit der Umwandlung aller Eigentumsformen in sozialistisches Eigentum

Der VIII. Parteitag der SED (15. bis 19. Juni 1971) leitete eine neue Etappe in der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR ein.

Mit der Formulierung der Hauptaufgabe, die "in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität"¹³, wurde ein ganzes strategisches Programm

¹¹ Vgl. GBl. DDR I, S. 371.

¹² Stoph, Willi, a. a. O., S. 35.

¹³ Bericht des ZK an den VIII. Parteitag der SED, a. a. O., S. 38.

umrissen, dessen Realisierung mit dem Fünfjahrplan 1971 bis 1975 eingeleitet wurde. Damit waren Voraussetzungen und Zielsetzungen für die weitere sozialistische Entwicklung klar formuliert.

Die Hauptaufgabe, die inhaltlich mit der Aufgabenstellung der Parteitage der Bruderparteien in den anderen sozialistischen Ländern übereinstimmte¹⁴, trug der Tatsache Rechnung, daß im Unterschied zur Nachkriegszeit und zu den sechziger Jahren jetzt die Voraussetzungen und Möglichkeiten gegeben waren, die Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen stärker als bisher in den Mittelpunkt zu rücken. Zugleich wurde auf den Parteitagen aber auch übereinstimmend hervorgehoben, daß für die entwickelte sozialistische Gesellschaft die weitere schnellere Entwicklung der Produktivkräfte und die Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse notwendig seien; denn sie bildeten die Grundlage für den Aufbau und die Vervollkommnung der materiell-technischen Basis des Sozialismus. Dabei komme es auf die immer bessere Verbindung der Vorzüge des Sozialismus mit den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution an.

Die auf dem VIII. Parteitag beschlossenen wirtschaftspolitischen Aufgaben erforderten, die sozialistischen Produktionsverhältnisse weiter zu festigen und zu vervollkommen. Dazu war es notwendig, die führende Rolle der Arbeiterklasse verstärkt durchzusetzen. Der Arbeiterklasse in den BSB, privaten Industrie- und Baubetrieben sowie in den industriellproduzierenden PGH mußte besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Parteitag orientierte auf eine verstärkte politisch-ideologische Arbeit in diesen Bereichen.¹⁵

Im Rechenschaftsbericht des ZK an den VIII. Parteitag betonte der Erste Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, daß die objektiv begründete Führungsrolle der Arbeiterklasse keineswegs die Stellung und Leistung der anderen Werktätigen unseres Volkes mindere. "Im Gegenteil", so führte Erich Honecker aus, "die Arbeiterklasse bewies und beweist ihre Führungsqualitäten nicht zuletzt dadurch, daß sie mit ihrer Entwicklung auch den anderen Werktätigen hilft und es ihnen ermöglicht, schöpferische Kräfte zu entfalten und einen eigenen bedeutenden Beitrag im Sozialismus zu leisten".¹⁶ Den Kern der Bündnispolitik bildet

14 Bericht des ZK an den VIII. Parteitag der SED, a. a. O., S. 43, 47; vgl. dazu auch die Materialien der Parteitage der Bruderparteien: Breshnew, L. I., Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXIV. Parteitag der KPdSU, 30. März bis 9. April 1971, Moskau 1971, S. 53 ff.; Shiwkow, Todor, Rechenschaftsbericht an den X. Parteitag der BKP, 20. - 25. April 1971, in: Unter dem Banner des Internationalismus, Sofia 1971, S. 147 f.; Husak, Gustav, Rechenschaftsbericht an den XIV. Parteitag der KPTsch, 25. - 29. Mai 1971, in: Der XIV. Parteitag der KPTsch, Prag 1971, S. 31 f., 34 ff.; Gierek, Edward, Rechenschaftsbericht an den VI. Parteitag der PVAP, 5. - 11. Dezember 1971, in: Für die weitere Entwicklung Volkspolens, Dokumente, Warschau 1972, S. 130 f.; Ceauşescu, Nicolae, Referat auf der Landeskonferenz der RKP vom 19. - 21. Juli 1972, in: Informationsbulletin des ZK der RKP, Bukarest, Nr. 7/1972, S. 43 ff.; Kadar, János, Rechenschaftsbericht an den X. Parteitag der USAP, 23. - 28. November 1970, in: Informationsbulletin des ZK der USAP, X. Parteitag, Sondernr. 1, Budapest 1971, S. 10 - 12. - Zu den Aufgaben und theoretischen Problemen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft vgl. Der XXIV. Parteitag der KPdSU und die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie, Berlin 1971, S. 10 - 15.

15 Vgl. Bericht des ZK an den VIII. Parteitag der SED, a. a. O., S. 61.

16 Ebenda, S. 60.

auch in der neuen Periode die weitere Festigung des bewährten Bündnisses der sozialen und politischen Kräfte in unserem Lande. Der Parteitag unterstrich, daß es auch für die Zukunft notwendig sei, jeden weiteren Schritt gemeinsam mit den Bündnispartnern zu beraten und zu gehen.

Bereits Ende.1971 zeigte sich, daß die im Dezember 1970 eingeleiteten steuerpolitischen Maßnahmen zu positiven Ergebnissen geführt hatten. So war es mit Hilfe der Beschlüsse gelungen, in den BSB, Privatbetrieben und Genossenschaften Reserven zur Erhöhung der Produktion von Konsumgütern sowie der Reparatur- und Dienstleistungen für die Versorgung der Bevölkerung zu erschließen. Da jedoch Einkommen und Leistung dieser Bevölkerungsschichten im Verhältnis zu vergleichbaren Gruppen in der Volkswirtschaft immer noch erhebliche Unterschiede aufwiesen, wurden auch die Grenzen der steuerpolitischen Maßnahmen sichtbar. Es zeigte sich, daß der Widerspruch zwischen der privaten Aneignung gesellschaftlicher Arbeit auf Grund des privatkapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln - die eigentliche Ursache des Mißverhältnisses zwischen Einkommen und Leistung - aufgehoben werden mußte. Es mußten solche Schritte zur Umwandlung des noch vorhandenen Privateigentums an Produktionsmitteln in Volkseigentum beraten und eingeleitet werden, die der wirtschaftspolitischen Aufgabenstellung sowie der sozialpolitischen Entwicklung der Arbeiterklasse entsprachen.

Auf seiner 4. Tagung (16./17. Dezember 1971) beschloß daher das ZK der SED die Aufgaben zur Weiterentwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und zur Überwindung kapitalistischer Entwicklungstendenzen in der DDR.¹⁷

Die SED ließ sich bei der Durchsetzung ihrer Politik immer von dem Grundsatz leiten, alle wesentlichen Veränderungen mit den Werktätigen zu beraten. Vor der Einleitung konkreter Maßnahmen wurden daher die Werktätigen in den für die Umwandlung vorgesehenen Betrieben informiert und alle hiermit zusammenhängenden Fragen mit ihnen erörtert.

Von großer Bedeutung für die weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit aller politischen Kräfte in unserer Republik war das Gespräch, das der Erste Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, am 13. Januar 1972 mit den Vorsitzenden der befreundeten Parteien, Manfred Gerlach (LDPD), Gerald Götting (CDU), Ernst Goldenbaum (DBD), Heinrich Homann (NDPD) führte.¹⁸ Die vom VIII. Parteitag gegebene Orientierung, die politische Arbeit in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung und in den Privatbetrieben zu verstärken, war eine folgerichtige Konsequenz der bisher erfolgreich durchgeführten Bündnispolitik, zugleich aber auch eine Notwendigkeit, um die Einordnung der Komplementäre, Handwerker und Privatunternehmer in die sozialistische Gesellschaft immer bewußter vollziehen zu können. Die von den befreundeten Parteien durchgeführten Parteitage zeigten deutlich, daß dieses Anliegen verstanden worden war. In seinem Referat auf dem 11. Parteitag der LDPD führte Manfred Gerlach aus: "Unsere Erfahrungen besagen ..., daß die richtige Einstellung zur führenden Rolle der Arbeiterklasse und der SED in unserer Partei immer ein wichtiger Kristallisationspunkt, früher oft auch ein komplizierter Streitpunkt, in der politisch-ideologischen Arbeit ge-

17 Aus dem Bericht des Politbüros an das ZK der SED, 5. Tagung des ZK der SED, 27./28. April 1972, Berichterstatter: Gerhard Grüneberg (im folgenden: 5. Tagung), Berlin 1972, S. 9.

18 Neues Deutschland, 14. 1. 1972, Ausg. B; vgl. 5. Tagung, a. a. O., S. 9.

wesen ist. Aber in jeder Etappe unserer gesellschaftlichen Entwicklung stellt das Erfassen der führenden Rolle neue Anforderungen an die Parteivorstände ...¹⁹ Auf die erhöhte Mitverantwortung der Bündnispartner bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eingehend, betonte er, daß die in den letzten Jahren entstandenen Widersprüche nicht im Interesse eines echten Bündnisses lägen und der Entwicklung des Sozialismus widersprächen. Manfred Gerlach führte aus: "Wogegen wir zu kämpfen haben, sind Tendenzen, die dem allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt zuwiderlaufen. Sie zeigten sich zum Beispiel dort, wo Bürger bestrebt waren, ihre Einkünfte unter Verletzung des sozialistischen Leistungsprinzips auf Kosten der Gesellschaft zu erhöhen ... Die Arbeiterklasse hat im Interesse der Weiterentwicklung der gesamten Gesellschaft die entscheidenden Leistungen vollbracht und damit auch ihre Bündnispartner befähigt, ihre Initiative voll zu entfalten. Aber niemals kann die Bündnispolitik so verstanden werden, daß sie rückständige Auffassungen und Verhaltensweisen konserviert."²⁰ Eindeutig wurde unterstrichen, daß die Aufgaben der Parteivorstände in erster Linie in der politisch-ideologischen Arbeit bestehen müssen, weil immer noch vorhandene ideologische Vorbehalte der größte Hemmschuh der weiteren Entwicklung seien. Verlauf und Diskussion des Parteitages der LDPD zeigten, daß auch bei den Komplementären bereits Vorstellungen über ihre weitere Mitwirkung am Sozialismus vorhanden waren. Das kam unter anderem darin zum Ausdruck, daß Komplementäre bereits auf dem Parteitag ihre Zustimmung zum Verkauf ihrer Anteile an den Staat abgaben.²¹ Mit dem Einverständnis der Werktätigen und der Bündnispartner war eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung dieser sozialökonomischen Umwandlung gegeben.

4. Verlauf und Ergebnisse der Umwandlung von Betrieben mit staatlicher Beteiligung, privaten Industrie- und Baubetrieben sowie industriell produzierenden PGH in Volkseigentum

4.1. Der Umwandlungsprozeß von Februar bis Juni 1972

Anfang 1972 faßten das Politbüro des ZK der SED und der Ministerrat der DDR wichtige Beschlüsse und leiteten konkrete Maßnahmen zur Umwandlung der BSB, privaten Industrie- und Baubetriebe sowie industriell produzierenden PGH in Volkseigentum ein.

Ausgehend von der Tatsache, daß ein Teil der BSB und Privatbetriebe in der Zwischenzeit ihren Charakter als Handwerksbetriebe verloren hatten und zur industriellen Produktion übergegangen waren bzw. sich zu regelrechten Zulieferbetrieben für Großbetriebe und Kombinate entwickelt hatten, wurde deren Überführung in Volkseigentum erforderlich. Das betraf auch eine Reihe von PGH, die früher für den Bevölkerungsbedarf tätig waren und sich nunmehr zu Produktionsbetrieben entwickelt hatten. Die SED ging bei dieser Entscheidung davon aus, daß die Perspektive des Handwerks nach wie vor in dem Zusammenschluß zu Genossenschaften bestehe. Nur so sei es möglich, auf dem Sektor der Dienstleistungen und

19 Gerlach, Manfred, Referat auf dem 11. Parteitag der LDPD, in: Der Morgen, 17. 2. 1972.

20 Ebenda.

21 Vgl. Engelmann, Gottfried, Diskussionsbeitrag, in: Der Morgen, 18. 2. 1972; Barth, Günther, Diskussionsbeitrag, in: ebenda, 19. 2. 1972.

Reparaturen eine größere Effektivität zu erreichen und der vom VIII. Parteitag gestellten Hauptaufgabe Rechnung zu tragen. Deshalb sollten die industriell produzierenden PGH in Volkseigentum umgewandelt und solche, die ursprünglich Dienstleistungen ausführten, wieder zu dieser Tätigkeit zurückkehren.

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwicklung, die sich in den nicht-sozialistischen Eigentumsformen vollzogen hatte, forderte die SED, mit größter Sorgfalt und ebensolchem Verantwortungsbewußtsein an den Umwandlungsprozeß heranzugehen, in seinem Verlauf die bedarfsgerechte Produktion zu sichern und zu erhöhen sowie die Interessen der Arbeiter und Angestellten in diesen Betrieben zu wahren.

Die Orientierung, die Produktion auch während der Überführung der Betriebe in Volkseigentum aufrechtzuerhalten, war gerade in der Periode der Stabilisierung der Volkswirtschaft von großer Bedeutung. Sie zielte darauf ab, die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Dienstleistungen zu sichern und zu verbessern. Hieran waren gerade die Betriebe dieser Eigentumsformen beteiligt. Große Aufmerksamkeit widmete daher die Partei auch dem Warensortiment und den Preisen. Von den staatlichen Organen wurde festgelegt, daß das Warensortiment nicht verändert werden dürfe und die Stabilität der Preise zu sichern sei.

Unmittelbar nach dem der Beschluß zur Umwandlung der BSB, privaten Industrie- und Baubetriebe sowie industriell produzierenden PGH in Volkseigentum im Politbüro der SED und im Ministerrat der DDR gefaßt worden war, setzte in den Bezirken und Kreisen eine umfangreiche politisch-ideologische Vorbereitung zur Bildung neuer volkseigener Betriebe ein. Dabei zeigte sich, daß die vorgesehene sozialökonomische Veränderung auf breites Verständnis und auf Zustimmung der Bündnispartner stieß.²²

Auf der Grundlage des zentralen Beschlusses wurden in den Bezirken und Kreisen politisch-ideologische Führungskonzeptionen zur Umwandlung der nichtsozialistischen Eigentumsformen in Volkseigentum erarbeitet. Die unmittelbare Verantwortung für alle erforderlichen Maßnahmen trugen die örtlichen Staatsorgane. Sie führten Aussprachen mit den Komplementären, Privatbesitzern und PGH-Mitgliedern über den Verkauf ihrer Anteile bzw. Betriebe an den Staat; sie arbeiteten Entscheidungsvorschläge für den neuzubildenden volkseigenen Betrieb aus, waren für die Durchführung der Inventuren, die Vorbereitung und Durchführung der Gründungsversammlungen der volkseigenen Betriebe verantwortlich, schlossen die Kaufverträge auf der Grundlage der Abschlußbilanzen ab und leiteten erste Maßnahmen zur Festigung der zu bildenden volkseigenen Betriebe ein.²³

Der Umwandlungsprozeß vollzog sich in mehreren Etappen. In der ersten Etappe mußten die Komplementäre und Privatbesitzer überzeugt werden, ihre Bereitschaft zum Verkauf ihrer Anteile an den Staat zu erklären. In der zweiten Etappe wurde mit den Komplementären bzw. Privateigentümern und den Werkträgern dieser Betriebe die Umwandlung vorbereitet. In der dritten wurden die Inventuren durchgeführt, die Gründungspapiere vorbereitet, die Betriebsleiter berufen und

²² Ebenda.

²³ Bei der Darlegung der während der Umwandlung zu bewältigenden Aufgaben und der damit verbundenen ökonomischen und ideologischen Probleme stützte sich die Verfasserin auf Materialien, die ihr freundlicherweise von Prof. Dr. Eberhard Wächtler, Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft an der Bergakademie Freiberg, überlassen wurden.

schließlich mit der Gründungsversammlung der neuen volkseigenen Betriebe der Eigentumswechsel abgeschlossen.

Entsprechend der Fülle der zu bewältigenden Aufgaben waren während dieser Aktion viele Helfer eingesetzt. Es handelte sich dabei vor allem um Werktätige aus den verschiedensten Betrieben, Mitarbeiter des Partei- und Staatsapparates, der wirtschaftsleitenden Organe und Studenten von Hoch- und Fachschulen.

Bereits auf der 5. Tagung des ZK der SED (27./28. April 1972) konnte eine erste erfolgreiche Zwischenbilanz gezogen werden. Die Tagung schätzte ein, daß dieser wichtige sozialökonomische Schritt zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in Zusammenarbeit mit den befreundeten Parteien eingeleitet und durchgeführt wurde. "Immer mehr Komplementäre und Privatunternehmer" hätten erkannt, "daß mit den Beschlüssen zur Stärkung der sozialistischen Produktionsverhältnisse die bewährte marxistisch-leninistische Bündnispolitik fortgesetzt und der gemeinsame Weg der sozialistischen Entwicklung weiter beschritten" würde.²⁴ Bis zum 25. April 1972 hatten in der DDR 94 Prozent der Komplementäre von Betrieben mit staatlicher Beteiligung und 73 Prozent der Besitzer privater Industrie- und Baubetriebe ihre Bereitschaftserklärung zur Auszahlung ihrer privaten Anteile bzw. zum Verkauf ihrer Betriebe abgegeben. Von 74 Prozent der für die Umwandlung vorgesehenen PGH lagen zu diesem Zeitpunkt Erklärungen vor, in denen die Beschäftigten ihr Einverständnis zur Umbildung ihrer PGH in einen volkseigenen Betrieb zum Ausdruck brachten.²⁵ Diese in verhältnismäßig kurzer Zeit erzielten Ergebnisse bewiesen, daß die seit dem VIII. Parteitag der SED gegebene Orientierung, weitere Voraussetzungen für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung im Interesse aller Bürger zu schaffen, von den Werktätigen anerkannt und unterstützt wurde.

Die bis Ende April 1972 vorliegende Anzahl von Bereitschaftserklärungen zum Verkauf des privaten Anteils bzw. zum Verkauf der Betriebe und PGH machte deutlich, daß bei vielen Komplementären, Privatbesitzern und Mitgliedern von PGH die Erkenntnis herangereift war, daß unter den derzeitigen gesellschaftlichen Bedingungen ihre Perspektive nur darin bestehen konnte, ihr gesamtes Wissen und Können in den Dienst der sozialistischen Gesellschaft zu stellen. Das aber erforderte, sich von der Funktion des Kapitaleigentümers zu trennen.²⁶ Damit waren entscheidende Voraussetzungen gegeben, um den Prozeß der Umwandlung in einem relativ kurzen Zeitraum durchzuführen.

Im Ergebnis der Umwandlung von BSB, privaten Industrie- und Baubetrieben sowie industriell produzierenden PGH begann eine Verpflichtungsbewegung von Arbeitern und anderen Werktätigen. Die Arbeiter hatten die Forderung von Partei und Regierung zur Erhöhung der Produktion und zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung verstanden. In ihren Wettbewerbsverpflichtungen erklärten sie sich bereit, die Produktion zu steigern, das gesellschaftliche Leben in ihren Betrieben zu entwickeln sowie am Kampf um den Staatstitel "Kollektiv der sozialistischen Arbeit" teilzunehmen. Mit ihrem Eintritt in die Gewerkschaft und in die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft bekundeten Werktätige ihre Zustimmung zu den Umwandlungsmaßnahmen und ihre Bereitschaft zur Stärkung des Sozialismus.

24 Vgl. 5. Tagung, a. a. O., S. 9.

25 Ebenda, S. 10 f.

26 Vgl. Engelmann, Gottfried, a. a. O.

Der Stärkung und Festigung der DDR galt auch der gemeinsame Beschluß des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR zur weiteren Verwirklichung des sozialpolitischen Programms des VIII. Parteitag. 27 Mit den Festlegungen, die Renten für die älteren Bürger zu erhöhen, Arbeitserleichterungen für berufstätige Mütter zu schaffen, junge Ehen materiell und finanziell zu unterstützen, die Mieten für Neubauwohnungen für Arbeiter, Angestellte und Genossenschaftsbauern zu senken²⁸, war auf der Grundlage der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED das bisher größte und wirksamste sozialpolitische Programm seit Beginn der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft beschlossen worden. Bei der Begründung dieser Maßnahmen ging das Politbüro davon aus, "daß ökonomische Fortschritte eng verbunden sein müssen mit der weiteren Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes, daß es den Werktätigen mehr Freude macht, sich einzusetzen und anzustrengen, wenn man sieht, daß sich die Arbeit für die eigene Familie und für das ganze Volk lohnt".²⁹ Es wurde immer deutlicher, daß das sozialpolitische Programm auf das engste mit der weiteren Konsolidierung und dem neuen Aufschwung der Wirtschaft verbunden war und daß gerade die ständige Erhöhung der Arbeitsproduktivität entscheidend dazu beitrug, dieses Programm weiterhin zu erfüllen. In den umgewandelten Betrieben wuchs die Erkenntnis der Werktätigen, daß die Stärkung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auch mit größeren persönlichen Vorteilen verbunden ist.

Das ökonomische Entwicklungsniveau dieser Betriebe und auch das politisch-ideologische Bewußtsein der Komplementäre und Privateigentümer sowie der Beschäftigten waren sehr unterschiedlich. Dem mußten die Formen der Umwandlung Rechnung tragen.

In vielen Betrieben mit staatlicher Beteiligung und in den privaten Betrieben entsprachen Arbeitsmittel und die Technologie nicht den Erfordernissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Das bedeutete keinesfalls, daß es in diesen Betrieben keine modernen Produktionsanlagen gegeben hätte. Besonders nach der Aufnahme der staatlichen Beteiligung waren ganze Anlagenkomplexe neu errichtet worden. Aber sie waren oft nicht ausreichend bzw. wurden durch vielfache Produktionsumstellungen nicht genügend genutzt oder arbeiteten nur einschichtig, mit niedrigen Stückzahlen beauftragt. Nachteilig wirkte sich auch der große Anteil der Teilzeitbeschäftigten aus. Die höhere Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit verlangte eine Konzentration der Produktion, der die Zersplitterung der Produktion und das teilweise zu breite Warensortiment in den einzelnen Betrieben hemmend gegenüberstand. Reserven zur Erhöhung der Produktion bestanden vor allem in der mehrschichtigen Auslastung der Anlagen, der Erhöhung der Vollbeschäftigtenzahl sowie in der besseren Arbeitsorganisation. Auch den Problemen der Forschung und Entwicklung mußte mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

27 Vgl. Gemeinsamer Beschluß des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR vom 28. 4. 1972, in: Honecker, Erich, Neue Maßnahmen zur Verwirklichung des sozialpolitischen Programms des VIII. Parteitag (im folgenden: Neue Maßnahmen). 5. Tagung des ZK der SED, Berlin 1972, S. 16 - 31.

28 Honecker, Erich, Neue Maßnahmen, a. a. O., S. 6.

29 Ebenda, S. 7.

Fast in allen für die Umwandlung vorgesehenen Betrieben war das Niveau der Planung unbefriedigend. Die wirtschaftliche Rechnungsführung, der sozialistische Wettbewerb, das Neuererwesen und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit waren ungenügend entwickelt. Es gab kaum kollektive Leitungstätigkeit, und die Werktätigen wurden ungenügend in die Planung und Leitung des Betriebes einbezogen. Die soziale Betreuung der Werktätigen in diesen Betrieben war oft unzureichend, Speise-, Wasch- und Aufenthaltsräume gab es durchaus nicht in allen Betrieben. In vielen Betrieben war durch die Zersplitterung der Produktionsstätten nicht einmal die Ausgabe eines warmen Mittagessens möglich. Die kulturelle Betreuung ließ ebenfalls zu wünschen übrig.

Der Grad der Organisiertheit der Werktätigen und ihrer gesellschaftlichen Tätigkeit in den ehemaligen BSB, privaten Betrieben und industriell produzierenden PGH war unterschiedlich entwickelt, blieb aber insgesamt hinter dem der Werktätigen in den volkseigenen Betrieben zurück. Die politisch-ideologische Arbeit der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen mußte oft unter sehr komplizierten Bedingungen durchgeführt werden. Die Zersplitterung der Produktion war mit einer sehr breiten Aufteilung der gesellschaftlichen Kräfte verbunden, die in den Arbeitskollektiven wenig wirksam werden konnten. Eine zielgerichtete Arbeit der Gewerkschaftsorganisationen bzw. der Gewerkschaftsvertrauensleute fehlte häufig. Das lag weniger an der mangelnden Bereitschaft der Funktionäre, als an ihrer ungenügenden Ausbildung. Bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten als Gewerkschaftsvertreter fehlte in vielen Fällen die Unterstützung der Betriebsleitung. Die Anleitungen bei den Kreisvorständen des FDGB wurden unregelmäßig oder gar nicht besucht und die Information in den Betrieben war unzureichend. In dem Umwandlungsprozeß wurde aber auch deutlich, daß auf die Entwicklung mancher ehemaligen Komplementäre und Privatunternehmer ein stärkerer Einfluß ausgeübt werden mußte.³⁰

Günstig wirkte sich aus, daß sich bereits zu Beginn der Umwandlung viele Komplementäre und Privatbesitzer für eine Mitwirkung in der sozialistischen Gesellschaft entschieden hatten, wie es ehemalige Komplementäre auf den Parteitag der befreundeten Parteien zum Ausdruck gebracht hatten. Auf der 6. Tagung des ZK der SED (6./7. Juli 1972) konnte eingeschätzt werden: "In großer Zahl haben die früheren Komplementäre aktiv zur Umgestaltung beigetragen und stellen ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in den Dienst der neuen volkseigenen Betriebe."³¹ Das bedeutete aber nicht, daß schon alle Komplementäre, Privateigentümer und Handwerker die Notwendigkeit eingesehen hätten, auf neue Art und Weise an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft mitzuwirken. Bei manchen von ihnen reiften diese Erkenntnisse erst im Prozeß ihrer Tätigkeit in den neuen volkseigenen Betrieben.

4.2. Die Gründung neuer volkseigener Betriebe

Mit der Gründung der neuen volkseigenen Betriebe wurde der juristische Akt der Umwandlung der BSB, privaten Industrie- und Baubetriebe sowie industriell produzierenden PGH in Volkseigentum abgeschlossen. Die Gründungsversammlungen stellten den Höhepunkt der Umwandlung dar. Mit der Bildung der neuen volkseigenen Betriebe war das Privateigentum an Produktionsmitteln und damit die Ausbeutung in diesen Betrieben beseitigt. Es wurden jetzt alle Voraussetzungen ge-

³⁰ Siehe Anmerkung 23.

³¹ Jarowinsky, Werner, Aus dem Bericht des Politbüros an die 6. Tagung des ZK der SED, 6./7. Juli 1972, Berlin 1972, S. 24.

schaffen, daß die in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten ihre Fähigkeiten voll entfalten und ihre Rechte in vollem Maße in Anspruch nehmen konnten. Viele Arbeiter traten auf den Gründungsversammlungen erstmals öffentlich auf. Auf zahlreichen Gründungsversammlungen wurden erste Verpflichtungen zur Erfüllung der Planaufgaben sowie zur Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben abgegeben. Darin kam zum Ausdruck, daß die Arbeiter in den neugebildeten Betrieben begannen, sich ihrer Verantwortung stärker bewußt zu werden und aktiv an der Erfüllung der ihrem Betrieb übertragenen Aufgaben teilzunehmen. Der Umwandlungsprozeß rückte die Gewerkschaft als Klassenorganisation der Arbeiterklasse stärker ins Blickfeld. Die Gewerkschaften nahmen ihre Verantwortung für die Durchführung des sozialistischen Wettbewerbs, die Entwicklung der Neuererbewegung und für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen besser wahr. In vielen Verpflichtungen zeigte sich, daß zahlreiche Werk tätige der neuen volkseigenen Betriebe das Anliegen der Hauptaufgabe verstanden hatten und bemüht waren, ihren eigenen Beitrag zur Entwicklung ihrer Betriebe zu leisten.³² Damit wurden die übernommenen Verpflichtungen Spiegelbild der in den Betrieben vorhandenen Bereitschaft, unter sozialistischen Produktionsverhältnissen die ganze Kraft für den weiteren Aufbau des Sozialismus einzusetzen. Berücksichtigt man, daß bereits Ende Mai 1972 allein im Bezirk Karl-Marx-Stadt über 2 000 Gründungsversammlungen durchgeführt waren, dann wird anhand der übernommenen Wettbewerbsverpflichtungen deutlich, daß mit der Bildung der neuen volkseigenen Betriebe sowohl objektiv als auch subjektiv eine Stärkung der sozialistischen Produktionsverhältnisse erreicht wurde. In allen Bezirken der DDR verzeichneten die neuen volkseigenen Betriebe bereits im zweiten Halbjahr 1972 eine höhere Arbeitsproduktivität und damit eine höhere Produktionsleistung. Im Bezirk Cottbus stieg die Arbeitsproduktivität in den neuen Betrieben im ersten Halbjahr 1973 um 6,1 Prozent.³³

Die im Februar 1972 eingeleitete Überführung der BSB, privaten Industrie- und Baubetriebe sowie industriell produzierenden PGH in Volkseigentum war bis auf wenige Ausnahmen Ende Juni 1972 abgeschlossen. "Diese revolutionäre Umwälzung konnte im Verlauf weniger Monate ohne Störungen in der Produktion und ohne Komplikationen vollzogen werden", hieß es im Bericht des Politbüros an die 6. Tagung des ZK der SED.³⁴

Im Ergebnis dieser revolutionären Veränderung entstanden mehr als 11 000 neue volkseigene Betriebe.³⁵ Damit wurde ein entscheidender Schritt zur weiteren Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse getan und die entwickelte sozialistische Gesellschaft in der DDR gestärkt. Insgesamt war der Anteil des

32 Das hier angeführte Beispiel ist eines von den vielen positiven Resultaten, die im Ergebnis der Umwandlung erreicht wurden. Es wurde aus dem Freiburger Material ausgewählt. Weitere Angaben zu dieser Problematik sind enthalten in den Beiträgen von Stammnitz, Lothar, Zur Parteiarbeit in den neuen VEB, in: Neuer Weg, Nr. 21/1972, S. 972 - 975; Brasch, Horst, Neue VEB politisch und ökonomisch stärker, in: ebenda, Nr. 2/1973, S. 55 - 58; Wolny, Alexander, Politische Aktivität in neuen VEB führt zu größeren Initiativen, in: ebenda, Nr. 4/1973, S. 162 - 164.

33 Vgl. Stammnitz, Lothar, a. a. O.; Walde, Werner, a. a. O.

34 Jarowinsky, Werner, a. a. O., S. 23.

35 Aus dem Bericht des Politbüros an das ZK der SED, 8. Tagung des ZK der SED, 6./7. Dezember 1972, Berichterstatter: Günter Mittag (im folgenden: 8. Tagung), Berlin 1972, S. 12.

sozialistischen Sektors der Volkswirtschaft an der industriellen Bruttoproduktion von 88,8 Prozent im Jahre 1971 auf 99,9 Prozent 1972 gestiegen.³⁶ In diesen 11 000 neuen Betrieben erzeugten nunmehr 585 000 Werktätige eine jährliche Warenproduktion von 27 Milliarden Mark.³⁷ Die 8. Tagung des ZK der SED (6./7. Dezember 1972) konnte auf eine Reihe sichtbarer Erfolge verweisen, die Ergebnis der Anstrengungen der Werktätigen waren und zugleich deutlich machten, wie die Regierung die hohen Leistungen der Werktätigen mit einer systematischen Realisierung des sozialpolitischen Programms verband. Die Löhne vieler Arbeiter in den neuen Betrieben wurden erhöht. Prämien-, Kultur- und Sozialfonds wurden den bestehenden vergleichbaren volkseigenen Betrieben angeglichen. Diese Maßnahmen, verbunden mit Lohnerhöhungen, brachten den Arbeitern und Angestellten in diesen Betrieben rund 165 Millionen Mark zusätzliche Nettogeldeinnahmen.³⁸ Mit der Umwandlung wurde ferner eine zunehmend stabilere Planerfüllung der Produktion erreicht. Es gelang, die Effektivität über die Planziele hinaus zu steigern. Ende November 1972 wurde in diesem Bereich der Plan der industriellen Bruttoproduktion mit rund 400 Millionen Mark übererfüllt.³⁹

Die 8. Tagung des ZK der SED schätzte ein, daß sich die Umwandlung der Betriebe unterschiedlicher Eigentumsformen in Volkseigentum voll bewährt hatte. Die Produktionsergebnisse in den einzelnen Bezirken machten deutlich, daß hier weitere Reserven zur Produktionssteigerung und die zusätzliche Produktion von Konsumgütern erschlossen werden konnten.

Die positiven ökonomischen Ergebnisse zeigten, daß mit der Herstellung sozialistischer Produktionsverhältnisse entscheidende Voraussetzungen für die schöpferische Entfaltung der Werktätigen in den Betrieben geschaffen waren. Diese Entwicklung drückte sich auch in einer verstärkten ideologischen Arbeit aus. So wurden in den neugebildeten volkseigenen Betrieben 800 neue Grundorganisationen der SED gegründet.⁴⁰ Damit konnte der Einfluß der SED in diesen Betrieben erhöht werden.

4.3. Zur Stabilisierung der neuen volkseigenen Betriebe

Nach Überführung der nichtsozialistischen Betriebe in Volkseigentum galt die weitere Aufmerksamkeit der SED und der staatlichen Organe der Stabilisierung der neugebildeten volkseigenen Betriebe. Dabei rückte die politisch-ideologische Arbeit in diesen Betrieben immer stärker in den Mittelpunkt. Sie hatte zum Ziel, die Werktätigen zur Lösung der ökonomischen und politischen Verpflichtungen in ihren Betrieben zu befähigen, ihren Einfluß auf die Leitung und Planung zu erhöhen und die Leiter bei der Anwendung sozialistischer Leitungsprinzipien zu unterstützen. Das war auch deshalb von Bedeutung, weil mehr als 85 Prozent der ehemaligen Komplementäre und Inhaber von Privatbetrieben als Leiter bzw. leitende Mitarbeiter in den neuen volkseigenen Betrieben tätig waren.⁴¹

Sollte die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei in den neuen Betrieben durchgesetzt werden, so mußte vor allem stärker Einfluß auf die Leitungstätigkeit dieser Betriebe genommen werden. Mit der Ver-

36 Statistisches Taschenbuch der DDR 1973, S. 49.

37 8. Tagung, a. a. O., S. 12.

38 Ebenda.

39 Ebenda, S. 13.

40 Ebenda, S. 12.

41 Ebenda.

besserung der politisch-ideologischen Arbeit mußte erreicht werden, daß die Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben belebt und arbeitsfähige Betriebsgewerkschaftsleitungen gebildet wurden. Damit rückte die systematische und zielgerichtete Anleitung der Gewerkschaftsfunktionäre in den Vordergrund. Die Gewerkschaftsarbeit in diesen Betrieben wurde zu einem wichtigen Kettenglied, um die Werktätigen an die Lenkung und Leitung der Produktion heranzuführen, sie mit in die Ausarbeitung der Betriebskollektivverträge und der Wettbewerbsprogramme einzubeziehen. Ihre Erfahrungen mußten genutzt werden, um Rationalisierungsmaßnahmen zu entwickeln und durchzusetzen und um betriebliche Reserven zur Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erschließen. Einen besonderen Aufschwung erhielt der sozialistische Wettbewerb im zweiten Halbjahr 1972 durch die Vorbereitungen auf den 50. Jahrestag der Gründung der UdSSR. Die Wettbewerbsinitiativen waren vor allem darauf gerichtet, die gegenüber der Sowjetunion bestehenden Exportverpflichtungen termingetreu und in guter Qualität einzuhalten. Mit diesem Wettbewerb wurde das Anliegen der politisch-ideologischen Arbeit verbunden, die Freundschaft zur Sowjetunion weiter zu festigen und zu vertiefen. Dabei spielte die Werbung für den Eintritt in die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und die Verstärkung ihrer Organisation in den Betrieben eine hervorragende Rolle.

Die politisch-ideologische Arbeit in den neugebildeten Betrieben mußte auch der Tatsache Rechnung tragen, daß der Prozeß des Umdenkens längere Zeit braucht, daß man auf der Grundlage der bisher erreichten Ergebnisse die Arbeit geduldig und zielstrebig fortsetzen muß. Die Veränderung der Eigentumsformen änderte nicht automatisch das Bewußtsein der Werktätigen. Eine der wichtigsten Aufgaben bestand überall darin, durch die Bildung von Grundorganisationen und die Gewinnung neuer Kandidaten den Einfluß der SED in den Betrieben zu ermöglichen und zu sichern.⁴²

1972 waren im Kreis Marienberg 9 Betriebsparteiorganisationen der SED gebildet worden. Damit bestanden dort in 44 der neuen volkseigenen Betriebe Grundorganisationen, die den direkten Einfluß der Partei gewährleisten. In dieser Zeit wurden in den Betrieben 16 Kandidaten gewonnen, 956 Arbeiter und Angestellte traten seit der Umwandlung dem FDGB bei. Ferner wurden 40 Frauenausschüsse gebildet und sechs Schulen der sozialistischen Arbeit geschaffen.⁴³ Im Laufe des Jahres war es auch gelungen, in fast allen Betrieben Wettbewerbskonzeptionen auszuarbeiten. Sie wiesen jedoch noch eine unterschiedliche Qualität auf.⁴⁴ Die in der Kreisleitung Marienberg gewonnenen Erfahrungen aus der Tätigkeit mit den neugebildeten volkseigenen Betrieben wurden durch die Erfahrungen anderer Kreise bestätigt. Aber auch die Qualifizierung der Betriebsgewerkschaftsleitungen mußte in Angriff genommen werden. Sie war eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß auch in diesen Betrieben die Beschlüsse des 8. FDGB-Kongresses verwirklicht wurden. Es galt, immer das Grundanliegen der Tätigkeit in den neuen volkseigenen Betrieben im Auge zu haben, nämlich, die Produktivität und Effektivität weiter zu erhöhen und sie schrittweise an das Niveau der fortgeschrittenen volkseigenen Betriebe heranzuführen.⁴⁵ Diesem Ziel diente auch, daß Patenschaften zwischen neuen und alten volkseigenen Betrieben organisiert bzw. bestehende Patenschaften vertieft wurden. Die langfristig angelegte

42 Vgl. Stammnitz, Lothar, a. a. O., S. 973 f.

43 Wolny, Alexander, a. a. O., S. 163.

44 Ebenda.

45 Vgl. Stammnitz, Lothar, a. a. O., S. 974; Walde, Werner, a. a. O., S. 1182 - 1188.

politisch-ideologische Arbeit trug entscheidend dazu bei, die neuen volkseigenen Betriebe zu festigen. Eine große Verantwortung für die weitere Stabilisierung der neuen volkseigenen Betriebe trugen die Erzeugnisgruppenleitbetriebe. Sie mußten eine Vielzahl von Aufgaben in Angriff nehmen, die, geplant für einen längeren Zeitraum, die neuen Betriebe stabilisieren und festigen sollten. Die Betriebe mußten modernisiert, Arbeitserfahrungen und technische Unterstützung übermittelt werden, die Leitungskader und Betriebskollektive waren zu entwickeln und zu qualifizieren und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die Aktivierung des geistig-kulturellen Lebens und der gesellschaftlichen Tätigkeit in diesen Betrieben zu beraten. Nur so konnten die Voraussetzungen geschaffen werden, um die schöpferischen Kräfte der Betriebsangehörigen zu entwickeln und die volkswirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen. Gerade deshalb kommt der kameradschaftlichen Zusammenarbeit in den Erzeugnisgruppenräten sowie in den Kooperationsgemeinschaften große Bedeutung zu.

Seit der Umwandlung der ehemaligen BSB, privaten Industrie- und Baubetriebe sowie der industriell produzierenden PGH in Volkseigentum hat sich in diesen Betrieben eine positive Entwicklung vollzogen. An dem inzwischen erreichten Aufschwung der Volkswirtschaft haben auch sie ihren Anteil. Die volkswirtschaftliche Bilanz, die die 11. Tagung des Zentralkomitees der SED (14./15. Dezember 1973) zog, machte deutlich, daß die insgesamt erzielten ökonomischen Ergebnisse, die die Periode der Konsolidierung der wirtschaftlichen Entwicklung abschlossen und die Voraussetzungen für einen langanhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung schufen, auf die zielstrebige politisch-ideologische Arbeit auch in diesen Betrieben und die hier durchgeführte Modernisierung und Rationalisierung zurückzuführen ist. Damit wurden wichtige Voraussetzungen geschaffen, um das Produktivitätsgefälle zwischen den Betrieben immer mehr einzuschränken. Nach wie vor besteht eine wichtige Aufgabe darin, in diesen Betrieben weitere Reserven zur Produktionssteigerung zu erschließen, die Aktivität der Werktätigen zu fördern und den Leitern dieser Betriebe wirksame Hilfe zu gewähren bei der Durchsetzung sozialistischer Planungs- und Leitungsmethoden.

Die Umwandlung der ehemaligen BSB, privaten Industrie- und Baubetriebe und industriell produzierenden PGH in Volkseigentum war eine wichtige Maßnahme zur weiteren Stärkung und Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und zur Erhöhung der führenden Rolle der Arbeiterklasse in Wirtschaft und Gesellschaft.

DAS SCHWEDISCHE ECHO AUF DIE FASCHISTISCHEN "NEUORDNUNGS"- PLÄNE IM ZWEITEN WELTKRIEG

von Wolfgang Wilhelmus

Nach der Okkupation mehrerer europäischer Länder, auf dem Gipfel des militärischen Erfolges, erreichten die Diskussionen über Pläne der deutschen Monopole und der faschistischen Führung zur ökonomischen und politischen Neuordnung Europas Mitte 1940 den Höhepunkt. Marxistische Historiker haben bereits zahlreiche Quellen und Studien publiziert, die deutlich machen, wie der staatsmonopolistische Mechanismus bei dieser Neuaufteilung der Welt funktionieren sollte.¹ Nordeuropa war in diesen Raubprogrammen ein fester Platz zugewiesen.

Seit der Jahrhundertwende war Nordeuropa für den deutschen Imperialismus ein an Bedeutung ständig zunehmender Absatzmarkt und Rohstofflieferant sowie mehr und mehr auch eine Kapitalanlagesphäre. Die hochwertigen schwedischen Eisenerze, das finnische Nickel, die norwegischen Erze, Nordeuropas Holzreserven und die dänischen Landwirtschaftsprodukte waren Objekte, auf die sich seine Eroberungspolitik vor allem richtete. Bereits lange vor dem zweiten Weltkrieg hatten deutsche Monopole begonnen, nordeuropäische Lagerstätten und Produktionsanlagen zu erwerben. Die nordeuropäischen Staaten hatten aber im Interesse ihrer Neutralitätspolitik eine deutsche Überfremdung ihrer Wirtschaft weitgehend verhindert, so daß die Faschisten während der Kriegsvorbereitung große Anstrengungen unternehmen mußten, um beispielsweise die schwedischen Eisenerze für die deutsche Kriegsproduktion zu sichern. Auch um die neuerschlossenen nordfinnischen Nickelgruben entbrannte ein heftiger Kampf zwischen den imperialistischen Hauptmächten. Neben diesen ökonomischen Ambitionen war der deutsche

¹ Vgl. u. a. Drechsler, Karl/Dress, Hans/Hass, Gerhart, Europapläne des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Nr. 7/1971, S. 916 ff.; Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945, Bd. 1, Berlin 1969, S. 63, 145 ff., 163 ff.; Anatomie des Krieges, Berlin 1969; Anatomie der Aggression, Berlin 1972; Schumann, Wolfgang, Das Scheitern einer Zoll- und Währungsunion zwischen dem faschistischen Deutschland und Dänemark 1940, in: Jahrbuch für Geschichte, Berlin 1973, S. 515 ff.; Petrick, Fritz, Das wirtschaftliche Okkupationsprogramm des faschistischen OKW beim Überfall auf Dänemark und Norwegen (1940), in: ZfG, Nr. 7/1974, S. 742 ff.

Imperialismus auch aus militärisch-strategischen Gründen an der Herrschaft über Nordeuropa interessiert.² Das deutsche Monopolkapital hatte schon lange vor dem Kriege seine Interessen angemeldet, die zur Grundlage der "Neuordnungs"-Pläne geworden waren. Jetzt ging es darum, diese Wünsche zu präzisieren, die Interessen des deutschen Imperialismus und einzelner konkurrierender Monopolgruppen abzugrenzen und durchzusetzen sowie die unterschiedlichen Ambitionen im Rahmen der Gesamtkriegsführung zu koordinieren.³

Im April 1940 wurden Dänemark und Norwegen okkupiert, und bereits vier Wochen danach hatte Sonderbotschafter Ritter, der im engeren Stab Ribbentrops für die Neuordnungsfragen zuständig war, am 11. Mai 1940 in einer vertraulichen Information "zur Sprachregelung" alle deutschen Vertretungen in den Ostseeländern wissen lassen, daß nicht die Absicht bestehe, die gesperrten nordischen Schifffahrtswege nach Westen und den Eisenbahntransit durch Deutschland irgendwo zu öffnen. Den skandinavischen Ländern verblieben nur noch verkehrstechnisch begrenzte Warenaustauschmöglichkeiten⁴ durch die Sowjetunion. Daraus ergebe sich, schlußfolgerte Ritter, daß die Wege für den Warenverkehr der nordischen Staaten fast vollständig von Deutschland beherrscht würden. Es sei selbstverständlich, daß diese neue Lage möglichst vollständig für die Belange der deutschen Kriegführung ausgenutzt würde.⁵ Eine Verlegung der Schiffe der nordeuropäischen Staaten in den Einflußbereich der Westmächte dürfe nicht zugelassen werden. Vielmehr müßten die deutschen Missionen ausfindig machen, wie der Schiffsraum der nordischen Länder den faschistischen Interessen nutzbar zu machen sei. "Es ist die Absicht der Reichsregierung, die wirtschaftlichen Beziehungen zu den nordischen Staaten auf der Basis der neuen Lage durch zweiseitige Abmachungen aufs stärkste auszubauen."⁶

"Die deutsche Handelspolitik hat schon im letzten Jahrzehnt gegenüber den Staaten im Donauraum und darüber hinaus in Vorderasien mit Erfolg den Gedanken einer wirtschaftlichen Großraumpolitik planmäßig verfolgt. Der Erfolg kommt darin zum Ausdruck, daß es Deutschland gelungen ist, die Einfuhr und die Ausfuhr dieser Staaten bis zu 60 Prozent und darüber zu beherrschen. Gegenüber den Staaten im nordischen Raum hat die deutsche Handelspolitik in der Vergangenheit nicht den gleichen Erfolg gehabt ... Die neue Lage eröffnet die Möglichkeit, die Entwicklung zu korrigieren und die nordischen Staaten in den von Deutschland bisher schon erfolgten Plan einer wirtschaftlichen Großraumpolitik einzubeziehen. Es ist klar, daß solche Pläne sich nicht in kurzer Zeit verwirklichen lassen, wie es auch bei den Staaten im Donauraum einer jahrzehntelangen planmäßigen Arbeit bedurft hat. Die wirtschaftliche Einbeziehung der nordischen Staaten in einen solchen Großraum wird um so mehr Geduld und Kleinarbeit erfordern, als die

2 Vgl. Menger, Manfred/Petrick, Fritz/Wilhelmus, Wolfgang, Grundzüge imperialistischer deutscher Nordeuropapolitik bis 1945, in: ZfG, Nr. 9/1973, S. 1029 ff.; Wilhelmus, Wolfgang, Schweden und das faschistische Deutschland im zweiten Weltkrieg, in: ebenda, Nr. 7/1973, S. 791 ff.; derselbe, Die Bedeutung des schwedischen Eisenerzes für die faschistische Kriegswirtschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 4, S. 37 ff.

3 Eichholtz, Dietrich, a. a. O., S. 38 f., 164.

4 Petschenga (früher Petsamo), gehört seit März 1940 zur Sowjetunion.

5 Zentrales Staatsarchiv, Historische Abteilung I (im folgenden: ZStA), Auswärtiges Amt, Nr. 68 314, Bl. 9 ff.; siehe auch Schumann, Wolfgang, a. a. O., S. 517 f.

6 ZStA, Auswärtiges Amt, Nr. 68 314, Bl. 9 ff.

Gegebenheiten für eine wirtschaftliche Verflechtung des nordischen Raumes mit dem Donaauraum nicht überall so günstig sind."⁷

Wenig später, am 30. Mai und 1. Juni 1940, legten der Stellvertretende Leiter der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Carl Clodius und Sonderbotschafter Karl Ritter Außenminister Ribbentrop Studien für die Neuverteilung der Welt vor. Auch in dieser Gesamtstrategie war der nordeuropäische Raum fest verankert. Ausgehend von der gegenwärtigen Kriegslage und der vermeintlichen Beendigung des Krieges mit der Niederwerfung Frankreichs und Englands, schlugen sie vor, die okkupierten Länder Dänemark und Norwegen durch eine Zoll- und Währungsunion fest an den "großdeutschen Wirtschaftsraum" anzuschließen. Schweden und Finnland sowie die baltischen Länder sollten durch eine straffe Handelspolitik unter Ausnutzung der machtpolitischen Gegebenheiten vorwärts Weltmarkt weg auf den "großdeutschen Wirtschaftsraum" orientiert werden. "Mit Schweden und Finnland stehen wir eben am Beginn von Wirtschaftsverhandlungen." Das Hauptziel der Verhandlungen sah Ritter darin, "jetzt den Grund dafür zu legen, daß diese zwei Staaten sich vom Weltmarkt und Übersee wegorientieren nach dem europäischen Großwirtschaftsraum und nach der Ostsee. Zu diesem Zweck werden einerseits die gegenwärtigen starken Druckmittel ausgenutzt, andererseits muß man diesen zwei Staaten aber auch durch Entgegenkommen, vielleicht sogar durch Opfer auf einzelnen Gebieten, einen positiven Anreiz für eine solche Neuorientierung geben."⁸

Mit diesen Vorschlägen wurde ein gewisser Rahmen für die weitere Diskussion und Planung gegeben. Auch gaben diese Empfehlungen und die Beratungen der Reichsgruppe Industrie mit den Wirtschaftsgruppen am 17. Juni und des Großen Beirates der Reichsgruppe Industrie über die "Großraumplanung"⁹ am 19. Juni sicher Hermann Göring Veranlassung, Wirtschaftsminister Walther Funk am 22. Juni anzuweisen, unverzüglich Maßnahmen für den Ausbau der Wirtschaft nach dem Kriege einzuleiten. Dabei sollten folgende Probleme besonders beachtet werden¹⁰:

1. die Eingliederung der besetzten Gebiete in das faschistische Wirtschaftssystem,
2. die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit den Feindstaaten,
3. der Neuaufbau der eingegliederten Wirtschaft und ihr Verhältnis zur Weltwirtschaft.

Funk gab sofort die Weisung weiter, mit den notwendigen Vorarbeiten zu beginnen.¹¹ Schon am 26. Juni sandte darauf die Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie an Poensgen, Flick, Röchling, Vögler, Zangen, Klöckner, Reusch und andere die Mitteilung, daß die Wirtschaftsgruppe von "amtlicher Seite" ersucht worden sei, umgehend "Wünsche für den Friedensvertrag und die Neugestaltung der europäischen Wirtschaftsbeziehungen" festzustellen. Dabei sollte vor allem auf Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland, Holland, Belgien, Luxemburg,

7 Ebenda.

8 Akten zur deutschen auswärtigen Politik (im folgenden: ADAP), Serie D, Bd. IX, Frankfurt(Main) 1962, S. 408; Anatomie der Aggression, a. a. O., S. 42 ff., 49 ff.

9 Eichholtz, Dietrich, a. a. O., S. 164 f.

10 Bundesarchiv Koblenz (im folgenden: BK), Reichswirtschaftsministerium, R 7 II, 615, Bl. 3.

11 ADAP, Bd. X, Frankfurt(Main) 1963, S. 96.

Frankreich, England und die Balkanländer eingegangen werden.¹² Kurz darauf, am 4. Juli 1940, engte die Reichsgruppe Industrie in ihrer Weisung an die Wirtschaftsgruppen den Kreis dieser Länder ein und forderte Industrieanalysen zunächst für Dänemark, Schweden, Norwegen, Belgien, Luxemburg und Frankreich. Die Interessenwünsche der Industrie sollten dabei ohne "irgendwelche Rücksicht ... auf die politische Entwicklung, möglicherweise eintretende Grenzverschiebungen usw." erfolgen.¹³

Diese fieberhaften Aktivitäten wurden auch durch eine propagandistische Kampagne unterstützt, die in der Rede Alfred Rosenbergs, des Leiters des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, vor in- und ausländischen Pressevertretern einen gewissen Höhepunkt erreichte. Rosenberg glorifizierte das faschistische Deutschland als den Bewahrer des "gemeinsamen germanischen Kulturerbes" in Europa und im Norden. Bisher habe die britische Politik eine politische Annäherung der Ostseestaaten verhindert. Nun zwingt die englische Blockade die europäischen Völker in eine Schicksalsgemeinschaft. Die Größe des faschistischen Deutschlands anzuerkennen sei dabei ein Gesetz des Lebens auch für die skandinavischen Völker.¹⁴ Schließlich sprach auch Funk am 25. Juli 1940 vor der internationalen Presse in Berlin über die "Wirtschaftliche Neuordnung Europas". Er verlangte:

1. durch langfristige Wirtschaftsabkommen die europäischen Staaten auf den deutschen Markt einzustellen;
2. durch stabile Kurse ein reibungslos funktionierendes Zahlungssystem der einzelnen Staaten zu schaffen;
3. durch Austausch der Erfahrungen auf landwirtschaftlichen und industriellen Gebieten eine Höchstproduktion von Nahrungsmitteln und Rohwaren und eine "vernünftige wirtschaftliche Arbeitsteilung" in Europa zu erreichen; durch eine planmäßige Mobilisierung der in Europa befindlichen wirtschaftlichen Kräfte den Lebensstandard der europäischen Völker und deren Sicherheit gegen Blockademaßnahmen außereuropäischer Länder zu erhöhen;
4. das wirtschaftliche Gemeinschaftsgefühl innerhalb der europäischen Völker durch Zusammenarbeit auf allen wirtschaftspolitischen Gebieten zu verstärken und damit die Möglichkeit zu schaffen, daß die europäischen Wirtschaftsinteressen in der Welt mehr Geltung erlangen.¹⁵

Bei einer Chefbesprechung einige Tage zuvor, am 22. Juli 1940, an der der Chef der Reichskanzlei, Dr. Lammers, Innenminister Frick, Finanzminister Schwerin von Krosigk, Ernährungsminister Darré, Reichsbauernführer Reischke, Arbeitsminister Seldte, der Reichsleiter der NSDAP Robert Ley, General Thomas, Wiehl und Clodius vom Auswärtigen Amt und andere maßgebende Personen teilnahmen, war Funk wesentlich deutlicher: Deutschland besitze in Europa nun die Macht, eine Neuordnung der Wirtschaft entsprechend seiner Bedürfnisse durchzusetzen. Der politische Wille, diese Macht zu gebrauchen, sei vorhanden. Daraus ergebe sich, daß sich die europäischen Länder nach den Bedürfnissen Deutschlands richten müßten.¹⁶ Wieder ein freies Spiel der Kräfte zuzulassen, sei verfehlt, da dadurch ein zu großer Verschleiß an volkswirtschaftlichem Wert

¹² Eichholtz, Dietrich, a. a. O., S. 165.

¹³ Anatomie des Krieges, a. a. O., S. 261.

¹⁴ Der Norden. Monatsschrift der Nordischen Gesellschaft, Nr. 8/1940, S. 241 ff.

¹⁵ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, Handelspolitische Abteilung (im folgenden: PA, Ha Pol), Großraumwirtschaft, Kent III, S. 182, unpag.

¹⁶ BK, Reichswirtschaftsministerium, R 7 II, 615, Bl. 17.

eintrete. Vielmehr müßten die von Deutschland in den letzten Jahren entwickelten Preis- und Bewirtschaftungsmethoden zunächst weiter verfolgt werden.¹⁷ Die Anwesenden stimmten Funk zu und setzten einen Ausschuß unter Leitung des Generalreferenten für die Demobilmachung, Gustav Schlotterer vom Reichswirtschaftsministerium, ein, in dem Mitarbeiter aller anwesenden Ministerien und Institutionen vertreten waren. Seine Aufgabe sollte die Erarbeitung konkreter Pläne für die ökonomische Neuordnung sein.¹⁸

Schon in einer ersten Beratung dieses Ausschusses am 30. Juli 1940 wurde vereinbart, möglichst rasch zu prüfen, an welchen Rohstoffen und Verarbeitungsstätten in dem von Deutschland zunächst zu beherrschenden Wirtschaftsraum Mangel vorhanden sein würde. Zu diesem Wirtschaftsraum sollten Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Belgien, Holland, Luxemburg, Deutschland, das Protektorat, das Generalgouvernement, die Slowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien gerechnet werden. Offen blieb zunächst die Zugehörigkeit von Griechenland und der Schweiz. Dabei sollten folgende Möglichkeiten einer Einflußnahme erwogen werden: Ausweitung der Produktion, Verdrängung fremden Kapitals, Eindringen in die bestehende Industrie, Einflußnahme durch Einsetzen deutscher oder deutschfreundlicher Direktoren, Aufbau neuer Industrien, Anschluß bestehender Industrien an deutsche Kartelle, Aufbau neuer Kartelle.¹⁹

In einer Aufstellung des Reichswirtschaftsministeriums über die Eisenerzsituation hieß es am 7. August 1940: "Bezüglich der Ausweitung der Produktion und der wirtschaftlichen Einflußnahme in anderen Ländern sind für den Eisenbergbau interessant:

1. Norwegen. Hier ist die Beteiligung deutscher Konzerne schon ziemlich weitgehend (Südvaranger: Ver. Stahlwerke, Dunderland; Reichswerke).
2. Schweden. Auch hier sind die deutschen Interessen bereits weitgehend gesichert, und eine Erweiterung der Verträge dürfte auf keine Schwierigkeiten stoßen ..."²⁰

Funk systematisierte seine Vorstellung am 6. August 1940 in einem Brief an Göring: "Ich gehe davon aus, daß die Eingliederung der besetzten Gebiete in die großdeutsche Wirtschaft und der Neuaufbau einer europäischen Kontinentalwirtschaft unter deutscher Führung nicht durch einen einmaligen staatspolitischen

17 Ebenda, Bl. 16; Anatomie der Aggression, a. a. O., S. 67 ff.

18 BK, Reichswirtschaftsministerium, R 7 II, 615, Bl. 21.

19 Ebenda, Bl. 7. - Hans Kehrt, Generalreferent im Reichswirtschaftsministerium ging am 12. 8. 1940 von folgender Raumgliederung aus: "1. Den Großdeutschen Wirtschaftsraum (Raum A). Er umfaßt Großdeutschland einschließlich dem Generalgouvernement, dem Protektorat, der Slowakei, Elsaß-Lothringen, Luxemburg, Holland und Belgien; ferner ist die Wiedergewinnung der früheren deutschen Kolonien in Afrika zu unterstellen. 2. Den von Deutschland geführten kontinentalen Raum im engeren Sinne (Raum B): Er soll umfassen den Raum A sowie die nordischen Staaten (Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland) und die Balkanländer außer Albanien. 3. Den kontinentalen Raum im weiteren Sinne (Raum C): Er soll zunächst unterstellt werden als der Raum B sowie Frankreich und die Schweiz". (Hervorhebung von mir - W. W.)

Anatomie der Aggression, a. a. O., S. 83.

20 BK, Reichswirtschaftsministerium, R 7 II, 615, Bl. 5. - Zur Rolle der schwedischen Erze siehe auch Wilhelmus, Wolfgang, Die Bedeutung des schwedischen Eisenerzes für die faschistische Kriegswirtschaft, a. a. O., S. 37 ff.

Akt, etwa durch Abschluß eines Zoll- oder Währungsunionsvertrages allein erfolgt, sondern daß dieses Ziel durch eine Reihe von Einzelmaßnahmen, mit denen sofort begonnen werden soll und zum Teil auch schon begonnen worden ist, erreicht werden muß. Maßgebend muß dabei sein, die europäischen Volkswirtschaften so vollkommen und eng wie möglich mit der großdeutschen Wirtschaft zu verflechten. Dabei sind alle Maßnahmen, die auf die Verbesserung der deutschen Bedarfsdeckung und auf die Stärkung des deutschen Wirtschaftseinflusses in den verschiedenen Ländern hinauslaufen, in den Vordergrund zu stellen . . . Unter diesem Gesichtspunkt sind zur Zeit grundsätzlich folgende Maßnahmen wichtig und vordringlich:

1. Sicherung eines möglichst großen Teils der europäischen Warenproduktion für den deutschen Bedarf.
2. Erweiterung der europäischen Warenproduktion im Hinblick auf eine weitere Verbesserung der deutschen Bedarfsdeckungsmöglichkeiten in Europa, d. h. : Anwendung der Grundsätze des Vierjahrplanes und der deutschen Erzeugungsschlacht auf die Wirtschaft Europas.
3. Schaffung eines europäischen Zahlungssystems (Zentralclearing) auf der Grundlage der Reichsmark, welches in erster Linie den Zustrom der europäischen Waren nach dem deutschen Markt zahlungstechnisch ermöglicht und in zweiter Linie den innereuropäischen Warenaustausch von der Geld- und Kreditseite her sicherstellt.
4. Kontrolle des zwischenstaatlichen europäischen Warenverkehrs sowie des europäischen Warenverkehrs mit Außereuropa im großen durch staatliche Abmachungen unter Einsatz der deutschen Machtmittel . . .
5. Verflechtung der europäischen Volkswirtschaften mit der großdeutschen Wirtschaft unter deutscher Führung auf folgenden Gebieten:
 - a) Organisation der Wirtschaft: Schaffung von Organisationsformen, wie sie die Organisation der gewerblichen Wirtschaft und der Reichsnährstand in Deutschland darstellen, und Zusammenschluß dieser Organisationen in eine europäische Gesamtorganisation unter deutscher Führung.
 - b) Einbeziehung der in Betracht kommenden europäischen Wirtschaftszweige in die deutschen marktregelnden Verbände (Kartelle), wobei die deutsche Führung sicher zu verankern ist (Eisen, Kohle, Metalle, Chemie, Elektrizität usw.).
 - c) Kapitalmäßige Beherrschung der wichtigsten europäischen Wirtschaftsunternehmen (Rüstungsindustrie, Eisen- und Metallwirtschaft usw.).
 - d) Personelle Durchdringung der maßgebenden europäischen Wirtschaftspositionen mit geeigneten deutschen Fachleuten. "21

Göring stimmte in seiner Antwort am 17. August Funks Gedankengängen prinzipiell zu, bat aber, jetzt vor allem solche Probleme anzupacken, die noch während des Krieges realisiert werden können, wie die starke kapitalmäßige Durchdringung der okkupierten Länder. Besonders nannte Göring Holland, Belgien, Norwegen und Dänemark. ²²

Auch das Oberkommando der Kriegsmarine (OKM) hatte am 27. Juli 1940 seine Annexionswünsche beim Auswärtigen Amt angemeldet. In einem Brief des OKM an Rintelen wurde auf die bei verschiedenen Dienststellen erfolgenden Planungen für ein zukünftiges deutsches Kolonialreich hingewiesen, und Wünsche des OKM in Asien und Afrika wurden vorgetragen. In diesem Zusammenhang wurde auch

21 BK, Reichswirtschaftsministerium, R 7 II, 615, Bl. 101.

22 Ebenda, Bl. 102.

"auf die Wichtigkeit Bornholms für eine künftige Kriegsführung in der Ostsee hingewiesen" und der "Erwerb der Insel Bornholm" gefordert.²³

Der Reichsaußenminister beauftragte Rintelen, die Wünsche der Kriegsmarine bei den Vorbereitungen für den Friedensschluß zu berücksichtigen.²⁴ Als Raeder, Chef des OKM, Hitler am 6. September 1940 bei einem Lagevortrag die Frage nach der zukünftigen Stellung Schwedens und Finnlands stellte, soll nach Raeders Aufzeichnung Hitler geantwortet haben, daß er an eine nordgermanische Gemeinschaft denke, in der die einzelnen Mitglieder gewisse diplomatische Souveränität hätten, auch eine eigene Armee, die aber in Organisation und Ausbildung dem Muster der deutschen Armee angepaßt sein müsse. Im übrigen solle diese Gemeinschaft sowohl politisch wie ökonomisch auf das intimste mit Deutschland verbunden sein.²⁵

Die "Neuordnungs"-Pläne, besonders die Rede Funks vom 25. Juli 1940, fanden in Schweden starke Beachtung. Staatsminister Hansson, Außenminister Günther, Finanzminister Wigforss und die schwedische Presse nahmen offiziell dazu Stellung. Der deutsche Gesandte, von Wied, berichtete aus Stockholm, daß man in Schweden eine Einschränkung der Handelsmöglichkeiten und den Verlust der politischen Entscheidungsfreiheit befürchte.²⁶

Am 5. August 1940 meldete er, daß der schwedische Finanzminister als erste offizielle Persönlichkeit im schwedischen Rundfunk auf Funks Rede geantwortet habe. Er hätte erklärt, wenn Schweden mißtrauisch gegen Gedanken sei, in einen größeren Lebensraum eingeordnet zu werden, beruhe dies darauf, daß Schweden sich Sorge, dann ausgenutzt zu werden.²⁷

Das Auswärtige Amt wies darauf an, in der deutschen Presse Wigforss in "geeigneter Form entgegenzutreten."²⁸

Staatsminister Hansson erklärte am 4. August in Malmö öffentlich, daß Schweden zwar den internationalen Gegebenheiten Rechnung tragen müsse, daß eine fortlaufende Anpassung aber etwas anderes sei, als die plötzliche Aufgabe des Eigenen und Bewährten, um sich widerstandslos mit dem mächtigen Strom der Zeit treiben zu lassen.²⁹

Die schwedische Presse nahm entschiedener Stellung als die Regierungsmitglieder. Sie betonte, daß man des Schutzes einer Großmacht nicht bedürfe. Allein gute und friedliche Beziehungen zu Deutschland seien erforderlich. Schwedens

23 ZStA, Auswärtiges Amt, Nr. 61120, Friedensfragen, Bl. 1 ff.

24 Ebenda, Bl. 10.

25 Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg, SKL, C VII, Niederschriften über Vorträge und Besprechungen beim Führer, Sept. 1939 - Dez. 1940, zit. nach: Björkman, Leif, Sveriges inför operation Barbarossa (Schweden in der Operation Barbarossa), Stockholm 1971, S. 181.

26 Ebenda, S. 183.

27 PA, Ha Pol, Handakten Wiehl, Schweden, Bd. 5, Kent III, S. 201, unpag.; ebenda, Wirtschaftsgemeinschaften mit Deutschland, Kent III, S. 182, unpag.

28 Ebenda, Wirtschaftsgemeinschaften mit Deutschland, Kent III, S. 182, Scherpenberg am 9. 8. 1940 an W. Funk.

29 Hansson, Per Albin, Svensk hållning och handling (Schwedens Haltung und Handlung), Stockholm 1945, S. 101.

Selbständigkeit und das germanische "Freiheitsgefühl" stünden im Gegensatz zu den "Neuordnungs"-Plänen.³⁰

Der deutsche Gesandte faßte am 12. August 1940 das Echo auf Funks Rede zusammen: Die in der schwedischen Öffentlichkeit schon seit einiger Zeit geführte Diskussion über die deutschen "Neuordnungs"-Pläne habe durch die Rede Funks neuen Antrieb erhalten. Die Ausführungen Funks seien in allen schwedischen Zeitungen, meist in großer Aufmachung wiedergegeben und kommentiert worden. Bedenken würden vor allem "gegen die befürchtete wirtschaftliche Bevormundung der kleineren Staaten und eine etwaige Verquickung wirtschaftlicher Dinge mit politischen Anpassungsforderungen" gerichtet.³¹

Die Auseinandersetzungen über die faschistischen Expansionspläne fielen in die Zeit der schwedischen Reichstagswahlen vom September 1940, die zu einem Vertrauensbeweis für die Regierung wurden. Die Sozialdemokraten konnten 53,8 Prozent der Stimmen (1936 = 45,9 Prozent) erlangen, während es die faschistischen und rechtsradikalen Gruppen vorgezogen hatten, sich aufgrund ihres geringen Einflusses nicht an der Wahl zu beteiligen.

Trotz dieser eindeutigen Stellungnahme glaubte die faschistische deutsche Regierung, Schweden bevormunden zu können. Wiederholt verlangten Außenminister Ribbentrop, Staatssekretär Weiszäcker und Botschafter Wied, die schwedische Regierung solle die Presse in ihren antifaschistischen Stellungnahmen zügeln³², ohne sich jedoch voll durchsetzen zu können. Im Frühjahr 1941, als die Angriffsvorbereitungen auf die Sowjetunion in ihr letztes Stadium traten, wurden die faschistischen Äußerungen gegen die schwedische Selbständigkeit noch deutlicher. Am 2. April 1941 drohte der Leiter der deutschen Handelsdelegation für die deutsch-schwedischen Wirtschaftsverhandlungen, Ministerialdirektor Axel Walter, in einem Vortrag vor Mitgliedern des Schwedischen Industrieverbandes in Stockholm, Schweden müsse sich bald entscheiden, ob es sich freiwillig einordnen wolle oder nicht.³³ Gleichzeitig schrieb er in den "Mitteilungen der Deutschen Handelskammer in Schweden" unter anderem: "Länder, die sich politisch gegen uns stellen, dürfen nicht erwarten, daß wir ihnen gegenüber eine großzügige Handelspolitik betreiben ... Länder aber, die auch politisch unsere Freunde sind, haben erfahren, daß wir ihren wirtschaftlichen Belangen jederzeit verständnisvoll gegenüberstehen."³⁴

Zu den Ausführungen Walters äußerte sich die schwedische Wirtschaftszeitung "Affärsvärlden" so: Für das heutige Deutschland sei Handelspolitik letzten Endes nur eine besondere Ausdrucksform der großen Politik. "Für den Begriff Neutralität findet sich offenbar kein Platz ... Zwischen den kämpfenden Machtgruppen eingepreßt, ist Schweden in einer schweren Lage. Unsere Wirtschaft hat sich stark verschlechtert, unsere Versorgung ist erschwert worden, und unser Lebensstandard wird wesentlich sinken. Wir müssen uns gewaltige Verteidigungsbürden auferlegen, um unsere Unabhängigkeit und territoriale Inte-

30 Gustmann, Kurt, Die schwedische Tagespresse zur Neutralitätsfrage im zweiten Weltkrieg, Diss. Münster 1958, S. 201.

31 PA, Ha Pol, Wirtschaftsgemeinschaften mit Deutschland, Kent III, S. 182, unpag.

32 ADAP, Bd. XI, 1, Frankfurt(Main) 1964, S. 63.

33 Björkman, Leif, a. a. O., S. 185.

34 Walter, Axel, Grundsätzliche Bemerkungen zur deutschen Handelspolitik, in: Mitteilungen der Deutschen Handelskammer in Schweden, Nr. 4/1941, S. 79.

grität verteidigen zu können. Man hätte annehmen können, daß diese Bestrebungen Schwedens zur Aufrechterhaltung seiner Neutralität und zum - soweit es möglich ist - normalen Handel mit den beiden Mächtegruppen und mit außenstehenden Ländern besserem Verständnis begegnen würden.³⁵ Die in Stockholm herausgegebene internationale kommunistische Zeitung "Die Welt" griff diese Sorgen in einem Artikel von M. Svensson auf und forderte eine Verstärkung des Handels mit der Sowjetunion.³⁶

Als Staatsrat Helfferich in der Nationalzeitung das "Neuordnungs"-Programm unter historischem Etikett attraktiv zu machen suchte und ein modernes "Hansesystem" vorschlug, schrieb "Svensk Utrikeshandel", das Organ der schwedischen Exportvereinigung, daß man dieses Projekt wohl nicht ernst nehmen könne. "Nautisk Tidskrift" bezeichnete diesen Vorschlag als eine nationale Beleidigung für Schweden.³⁷

Trotz des schnellen deutschen Vormarsches in der Sowjetunion, der verstärkten antikommunistischen Propaganda und des massiven Drucks auf Schweden zur Teilnahme am "antisowjetischen Kreuzzug" mußte die deutsche Gesandtschaft Stockholm in einem zusammenfassenden Bericht über die öffentlichen schwedischen Stellungnahmen zur "Neuordnung" am 25. Juli 1941 die fast einmütige Ablehnung des "Neuordnungs"-Programms des deutschen Faschismus in Schweden feststellen. Besonders wurde auf die immer wiederkehrenden Argumente einer Bevormundung der kleinen Nationen, der möglichen Verbindung wirtschaftlicher Maßnahmen und politischer Forderungen und der für Schwedens Wirtschaft gefährvollen Absonderung vom außereuropäischen Markt hingewiesen. So hatte sich zum Beispiel der schwedische bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler und Staatsrat Prof. Bertil Ohlin in "Stockholms Tidningen" gegen die Aufteilung Europas in Agrar- und Industrienationen gewandt. "Svenska Dagbladet" bezeichnete am 2. August 1940 den engen europäischen Wirtschaftsraum als unvorteilhaft. Gunnar Hägglöf, Chef der Handelsabteilung des schwedischen Außenministeriums, legte in einem Vortrag vor der Göteborger Börsengesellschaft am 7. Mai 1941 dar, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Länder mit vielseitiger Wirtschaftsstruktur bei einer Einordnung in den geplanten Wirtschaftsraum gehemmt würde.³⁸

Schließlich beschäftigte sich in "Svenska Dagbladet" am 30. August 1941 auch der bekannte Historiker und ehemalige Präsident der Schwedischen Reichsschuldenverwaltung, Karl Hildebrand, mit deutschen Neuordnungsauffassungen und setzte sich dabei besonders mit den Ideen des Dozenten Karl Schiller (des späteren Bundeswirtschaftsministers der BRD) in der März-Nummer des "Weltwirtschaftlichen Archivs" auseinander. Schillers Hauptthese bestand darin, daß eine "weitgehende gegenseitige Anpassung der verschiedenen Volkswirtschaften innerhalb eines europäischen Großraumes durch eine Strukturpolitik" geschaffen werden sollte, die auf große Veränderungen in der Erzeugung und den Handel der einzelnen Teilräume hinziele.³⁹

35 Affärsvärlden, Göteborg, Nr. 15/1941, S. 289 f.

36 Die Welt, Stockholm, Nr. 19/1941, S. 589 f.

37 PA, Ha Pol, Wirtschaftsgemeinschaften mit Deutschland, Kent III, S. 182, Bericht Wied vom 28. 2. 1941.

38 Ebenda; ebenda, Großraumwirtschaft, Kent III, S. 182, unpag.; BK, Reichsfinanzministerium, R 2, 389, Handakten Dr. Breyhan, Schweden.

39 PA, Ha Pol, Wirtschaftsgemeinschaften mit Deutschland, Kent III, S. 182, unpag.

Die abweisende schwedische Haltung führte zu zunehmend schärfer werdenden Artikeln in faschistischen Zeitungen. Im "Völkischen Beobachter" schrieb ein Walter Engelhardt am 9. Mai 1941, daß sich Schweden auf die Bedingungen der neuen Zeit einstellen müsse und sich nicht mehr auf England orientieren solle. "Vor allen Dingen wissen wir, daß auch Schweden sich dem kontinentalen Raum nicht entziehen kann."

Am 8. August 1941 wurde über die deutschkontrollierte "Brüsseler Zeitung" ein scharfer Angriff gegen die schwedische Neutralitätspolitik gestartet. Die Auseinandersetzung wurde anhand eines Leitartikels in "Svenska Dagbladet" geführt, in dem die schwedische Neutralitätspolitik unter anderem damit begründet wurde, daß Schweden durch sie die Möglichkeit erhalte, den Kontakt zwischen den Völkern Europas zu vermitteln, der früher oder später wiederhergestellt werden müsse.

"Eine wahrhaft erhabene Aufgabe", ironisiert der mit W. St. zeichnende Autor, "Schweden - der Leim des neuen Europa. So klebrig und zäh, wie Schweden immer noch am starren Neutralitätsbegriff festhält, so klebrig und zäh will es der-einst Europa zusammenleimen . . . Heute machen sie aus der Not eine Tugend und erklären wie Svenska Dagbladet in seinem Leitartikel: Die Neutralität ist für uns nicht nur ein Unterschlupf gewesen, eine Flucht vor der Wirklichkeit, sondern ein Ausdruck unserer Überzeugung, daß Schweden außerhalb des Kampfes der Großmächte leben soll. Zu spät!!! ist die Antwort der Geschichte. Die neutrale Neutralität ist nicht mehr. Es wird einen Sieger geben und Besiegte, und es wird anders werden als es war - auf keinen Fall wird es so, wie die schwedischen Weisen sich das denken."

Im "Völkischen Beobachter" vom 20. September 1941 polemisierte Theodor Böttiger gegen "die schwedische Linie". Nicht jedes europäische Volk könne seine eigene Linie verfolgen. "Es mag in gewissen Augenblicken sehr klug erscheinen, die europäische Revolution wie eine Börsenspekulation zu betrachten, bei der man bald auf Hausse, bald auf Baisse spekuliert. Einmal wird man doch erkennen müssen, daß bei solchen Geschäften nichts herauspringt."

Die Taktik der schwedischen Regierung, durch Verzögerungen Zeit zu gewinnen und festen Bindungen zu entgehen, zeigt sich auch deutlich am Beispiel der faschistischen Integrationsbemühungen im Bereich der Forst- und Holzwirtschaft, einem für Schweden sehr bedeutungsvollen Wirtschaftszweig.

Die faschistischen Bemühungen zur Integration der nordeuropäischen Holzwirtschaft begannen bereits vor dem Kriege. Göring, Verantwortlicher der Vierjahresplanbehörden und Reichsforstmeister, verfolgte hierbei ehrgeizige Pläne, um in Form von scheinbar nützlicher internationaler Holzbewirtschaftung unter deutscher Führung ein Modell für weitere Integrationsbestrebungen zu schaffen. Im Dezember 1938 verlangte er vom Vorsitzenden des deutsch-schwedischen Regierungsausschusses, einen Vertreter des Reichsforstmeisters in den Regierungsausschuß aufzunehmen und einen deutsch-schwedischen forst- und holzwirtschaftlichen Ausschuß zu bilden.⁴⁰ Obwohl die schwedische Regierung im Januar 1939 diesen Vorschlag abschlägig beantworten ließ, wurde die Forderung nach einem gemeinsamen Forstausschuß als Unterausschuß des Regierungsausschusses erneut vorgebracht.⁴¹ Ministerialdirektor Parchmann vom Reichsforstamt empfahl nach einer Schwedenreise im Frühjahr 1940, auf forstwirtschaftlichem Gebiet

40 Ebenda, Handelsvertragsverhältnisse zu Deutschland, Regierungsausschüsse, Schweden, Bd. 1, unpag.

41 Ebenda, Handakten Wiehl, Schweden, Bd. 5, Kent III, S. 201, unpag.

erneut eine Zusammenarbeit der nordeuropäischen Länder "unter deutscher Führung" einzuleiten. Wiehl vermerkte, er habe nach einer Besprechung in der Direktorenkonferenz bei Weiszäcker Parchmann mitgeteilt, daß das Auswärtige Amt grundsätzlich keine Bedenken hätte, jedoch in den nordischen Staaten die Haltung dazu zunächst sondiert werden solle.⁴² Am 14. August 1940 fand unter Leitung Parchmanns in Eisenach eine Tagung mit Vertretern Finnlands, Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Hollands und Belgiens statt, um, wie es im Protokoll hieß, "sich darüber auszusprechen, auf welche Art und Weise die Holzbedürfnisse und die Holzherzeugung der beteiligten Länder durch eine ausgleichende Ordnung miteinander in Einklang gebracht werden könne."⁴³

Wenig später, im Herbst (wahrscheinlich Ende Oktober 1940), fand in Weimar eine weitere Internationale Forsttagung statt. Fünf Ausschüsse wurden eingesetzt: 1. Bedarfsleitung, 2. Preisfragen, 3. Normung, 4. Verkehrsfragen, 5. handelspolitische Verrechnungs- und Zahlungsfragen, die künftig in verschiedenen Orten tagen und ihre Ergebnisse einem ständigen Büro in Berlin zuleiten sollten.⁴⁴

Der Handelsrat der schwedischen Gesandtschaft in Berlin informierte darauf Scherpenberg, den Leiter des Referats Nordeuropa der wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, von schwedischer Seite beständen gegen diese Entwicklung, "insbesondere auch gegen die Tätigkeit des zuletzt erwähnten Ausschusses, und gegen die Errichtung einer ständigen Geschäftsstelle gewisse Bedenken, da sie nach schwedischer Auffassung über den Rahmen des rein Fachlichen hinausgingen und ihre Einrichtung doch erhebliche politische Bedeutung habe."⁴⁵

Scherpenberg schlug darauf im November 1940 Wiehl vor, die Frage der vom Reichsforstamt betriebenen internationalen forstwirtschaftlichen Zusammenarbeit gelegentlich erneut mit dem Handelspolitischen Ausschuß des deutschen Auswärtigen Amtes zu beraten. Sachlich sei zu bemerken, "daß gegen eine Organisation, die sich in der Hauptsache darauf beschränken würde, statistische und technische Daten zur Frage der nord- und westeuropäischen Holzwirtschaft zu sammeln, an sich keine Bedenken bestehen würden. Dagegen würde eine darüber hinausgehende Tätigkeit auf dem Gebiet der Bedarfsdeckung und Preispolitik in Kollision mit der Tätigkeit der bestehenden forstwirtschaftlichen Unterausschüsse der Regierungsausschüsse kommen und wäre generell geeignet, unsere handelspolitische Bewegungsfreiheit gerade gegenüber den nordischen Staaten zu beeinträchtigen."⁴⁶

Im Januar 1941 beklagte sich Parchmann bei Scherpenberg über die "zurückhaltende Haltung der schwedischen Regierung gegenüber den Beschlüssen der Weimarer Tagung." Im Februar solle eine weitere derartige Tagung in Kopenhagen organisiert werden, aber Schweden hätte bisher keinen Vertreter benannt. Scherpenberg empfahl, die schwedische Regierung über das Auswärtige Amt zu einer Stellungnahme zu den Weimarer Beschlüssen zu veranlassen.⁴⁷

42 Ebenda, Aufzeichnung Wiehl am 1. 4. 1940.

43 Ebenda, Handelsvertragsverhältnisse zu Deutschland, Regierungsausschüsse, Schweden, Bd. 1, unpag.

44 Ebenda, Handakten Clodius, Schweden, Bd. 5, unpag.

45 Ebenda, 8. Aufzeichnung Scherpenbergs vom 7. 11. 1940.

46 Ebenda.

47 Ebenda, Handakten Wiehl, Schweden, Bd. 5, unpag.

Erst am 23. Januar 1942 kam es zum Abschluß eines Abkommens über die gemeinsame Holzbedarfsdeckung zwischen Deutschland, Dänemark, Schweden und Finnland, dem später Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Kroatien und die Slowakei angeschlossen wurden. Dies sei, wie Wiehl schrieb, die "erste praktische Zusammenarbeit im Sinne der Verwirklichung eines europäischen Großwirtschaftsraumes unter deutscher Führung." 48 Schweden beteiligte sich jedoch nur unter dem Druck der internationalen Lage und "von Anfang an nur widerwillig" und habe, wie Wiehl schrieb, an der Arbeit der Kommission "gar nicht oder nur unzureichend" teilgenommen. 49

Als es im Herbst 1943 auch für die schwedische Regierung keinen Zweifel mehr an der Niederlage der faschistischen Staaten gab und sie verstärkt daranging, die zahlreichen Zugeständnisse an Hitlerdeutschland abzubauen⁵⁰, kündigte sie auch, wie Wiehl Ribbentrop am 22. November 1943 mitteilte, ihre Teilnahme an der Holzbedarfsdeckungskommission. 51

Am 11. August 1944 berichtete der deutsche Gesandte aus Stockholm an das Auswärtige Amt, daß die deutschen Vorschläge für die Neugestaltung der europäischen Wirtschaft in Schweden durchweg völlige Ablehnung erfahren hätten. Schweden wolle sich den freien Zugang zu allen Märkten erhalten. Das schwedische Mißtrauen gegen die deutschen wirtschaftlichen "Neuordnungs"-Pläne sei so stark, "daß auch die vorsichtigeren Formulierungen des vergangenen Jahres mit dem Hinweis abgelehnt werden, daß sie lediglich der veränderten militärischen Lage angepaßt seien und die wahren Absichten Deutschlands verbergen sollten. Die schwedische Regierung hat ihrer Einstellung zu diesen Problemen durch die Kündigung des europäischen holzwirtschaftlichen Abkommens Ausdruck verliehen. Auch die grundsätzliche Ablehnung Schwedens zur Teilnahme an internationalen Tagungen während der Dauer des Krieges ist ohne Zweifel aus der gleichen Einstellung erwachsen." 52

Der schwedische Widerstand gegen die Vorherrschaftsansprüche des deutschen Imperialismus verstärkte sich nach den ersten entscheidenden faschistischen Niederlagen immer mehr.

Im Führerhauptquartier waren bereits 1942 Befürchtungen laut geworden, daß sich Schweden im Falle einer alliierten Landung in Norwegen auf die Seite der Antihitlerkoalition schlagen könnte. Vorbereitungen, Schweden in einem solchen Falle zu besetzen, mußten nach der Schlacht an der Wolga aufgegeben werden. Die erforderlichen Kräfte wurden an anderen Fronten dringend gebraucht. Nur mit Mühe konnte die deutsche Kriegswirtschaftsleitung 1943 und 1944 Handelsvereinbarungen mit Schweden erreichen, um die strategischen Importe, vor allem Eisenerze und Kugellager, zu sichern. Die stetige Reduzierung der schwedischen Exporte konnte nicht verhindert werden. Im August 1944 sperrte die schwedische Regierung die Kriegsversicherungsleistungen für schwedische Schiffe, die deutsche Häfen anliefen, im September 1944 schloß sie die schwedischen Häfen. Dadurch wurde der direkte deutsch-schwedische Warenaustausch unterbunden. Die schwedische Regierung und die schwedische Wirtschaft bereiteten sich auf die Nachkriegszeit vor.

48 ZStA, Auswärtiges Amt, Nr. 68 813, Bl. 1 f.

49 Ebenda.

50 Vgl. Wilhelmus, Wolfgang, Schweden und das faschistische Deutschland im zweiten Weltkrieg, a. a. O., S. 806 f.

51 ZStA, Auswärtiges Amt, Nr. 68 813, Bl. 1 f.

52 Ebenda, Nr. 68 971/10, Bl. 2.

NEUE FORSCHUNGEN ZUR ENTWICKLUNG DER MASCHINENBAU- INDUSTRIE IN DER INDUSTRIELLEN REVOLUTION

von Ernst Barth

1. Zur Anwendung von materiellen Produktivkräften, insbesondere von Produktionsinstrumenten, in Mittel- und Westsachsen
2. Zu den Produkten des Maschinenbaues in Mittel- und Westsachsen

Bei seinen Untersuchungen zur Geschichte der deutschen Maschinenbauindustrie ist der Verfasser des vorliegenden Beitrags zu neuen Ergebnissen gelangt, deren Kenntnis bei der Ausarbeitung seiner Monographie über "Entwicklungslinien der deutschen Maschinenbauindustrie von 1870 bis 1914"¹ noch nicht berücksichtigt werden konnte. Dies betrifft insbesondere bestimmte Fragen aus der Geschichte der deutschen Maschinenbauindustrie, wie sie von Becker² und insbesondere von Schröter³ aufgeworfen worden sind. Der vorliegende Beitrag soll weiterhin dazu verhelfen, einige der in den Arbeiten von Becker und Schröter behandelten Schwerpunkte durch neue Beispiele zu ergänzen.

Die Forschungsergebnisse, die hiermit zur Diskussion gestellt werden, beruhen auf einer Vertiefung der Kenntnisse des Verfassers dieses Beitrags über die Entstehung und Entwicklung der deutschen Maschinenbauindustrie, und zwar hauptsächlich in bezug auf den Ablauf dieses Prozesses im mittel- und westsächsischen Raum. Insbesondere bietet das Gebiet des ehemaligen Chemnitz, einer der

- 1 Barth, Ernst, Entwicklungslinien der deutschen Maschinenbauindustrie von 1870 bis 1914, Berlin 1973 = Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Bd. 3.
- 2 Becker, Walter, Die Entwicklung der deutschen Maschinenbauindustrie von 1850 bis 1870, in: Schröter, Alfred/Becker, Walter, Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1962, S. 135 - 285 = Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, Bd. 2.
- 3 Schröter, Alfred, Die Entstehung der deutschen Maschinenbauindustrie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Schröter, Alfred/Becker, Walter, Die deutsche Maschinenbauindustrie ..., a. a. O., S. 13 - 133; vgl. auch Wutzmer, Heinz, Die Herkunft der industriellen Bourgeoisie Preußens in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts, in: Mottek, Hans/Blumberg, Horst/Wutzmer, Heinz/Becker, Walter, Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960, S. 145 - 163 = Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, Bd. 1.

Schwerpunkte der deutschen Maschinenbauindustrie überhaupt, der sehr reich an geeigneten Objekten für eine konkrete und vielseitige Darstellung ist, die Möglichkeit eingehender weiterführender Untersuchungen. Das ist auch insofern wichtig, als die Geschichte der sozialökonomischen und technischen Entwicklung in der Zeit der Industriellen Revolution auf diesem Territorium noch nicht zusammenhängend untersucht und dargestellt worden ist.

Für den vorliegenden Beitrag wurden die Angaben über insgesamt 136 Maschinenbauwerkstätten und -betriebe ausgewertet⁴; davon entfallen allein 73 auf Chemnitz, weitere 7 auf die heutigen Vororte von Karl-Marx-Stadt sowie 56 auf Werkstätten und Betriebe des Maschinenbaues in weiteren Gebieten Mittel- und Westsachsens. Um bessere Vergleichsmöglichkeiten zu erhalten, wurden auch einige ausgewählte Daten aus anderen, außerhalb dieses Territoriums liegenden Betrieben in die Untersuchung mit einbezogen.

Bei der Darstellung liegt die obere zeitliche Begrenzung in der Zeit nach der Reichsgründung von 1871, da im Verlauf der industriellen Entwicklung - vor allem aus ehemals handwerklichen Betrieben - immer noch neue Maschinenbauunternehmen entstehen; vereinzelt ist dies, zum Beispiel auf dem Gebiet der Fahrzeugindustrie und einigen anderen, neu auftretenden spezialisierten Maschinenbauzweigen, auch noch bis in die Zeit nach der Jahrhundertwende der Fall. Bei den bis um 1900 erfaßten Werkstätten und Betrieben handelt es sich um weitere 42 Unternehmen des Maschinenbaues, die berücksichtigt worden sind. Darunter befinden sich 18 in Chemnitz, 7 in dessen Vororten bzw. den Vororten des heutigen Karl-Marx-Stadt⁵; weitere waren im übrigen Mittel- und Westsachsen angesiedelt, unter anderem in Zwickau, Aue und Plauen.

Auf Fragen mehr prinzipieller Natur wie die des Übergangs vom Handwerk zur Manufaktur und Fabrik⁶ kann im Rahmen dieser Untersuchung nicht eingegangen werden; die hier dargestellten Forschungsergebnisse sollen jedoch mit dazu beitragen, die Lösung prinzipieller Fragen zu unterstützen.

Bei einer dieser Arbeit vorausgegangenen Untersuchung zur Entstehung von Maschinenbaubetrieben in dem hier behandelten Territorium konnten im wesentlichen die entsprechenden Ergebnisse von Schröter⁷ bestätigt gefunden werden. Es ergab sich lediglich eine leichte Verschiebung aufgrund der spezifischen industriellen Struktur in Mittel- und Westsachsen bei der Analyse der Entstehung von Maschinenbaubetrieben aus der Textil- und Eisenhüttenindustrie zugunsten der Textilindustrie. Etwa je ein Drittel der Betriebe war auch in Mittel- und Westsachsen aus dem Handwerk oder von vornherein als Maschinenbauanstalt entstanden.

4 Die Anzahl der erfaßten Betriebe ist demnach etwa ebenso groß wie die von Schröter, Alfred, a. a. O., S. 124, für das Gebiet des damaligen Kreisdirektionsbezirkes Zwickau nach dem Stand von 1846 wiedergegebene Anzahl von Maschinenfabriken (= 135 Betriebe mit 1 568 Arbeitern).

5 Es handelt sich in der Hauptsache um die Vororte Gablenz, Furth, Altchemnitz, Harthau, Erfenschlag, Schönau und Siegmarsdorf.

6 Vgl. z. B. Forberger, Rudolf, Zur Auseinandersetzung über das Problem des Übergangs von der Manufaktur zur Fabrik, in: Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Berlin 1962.

7 Schröter, Alfred, a. a. O., S. 50.

Zu weiteren Problemen, wie zu den Fragen der Herausbildung einer Maschinenbaubourgeoisie und eines Maschinenbauproletariats, liegen ebenfalls weiterführende Materialien vor. Darüber kann zu gegebener Zeit noch berichtet werden.

1. Zur Anwendung von materiellen Produktivkräften, insbesondere von Produktionsinstrumenten, in Mittel- und Westsachsen

Der Chemnitzer Chronist Zöllner berichtet: In der "Spinnmühle" der Gebr. Bernhard in Harthau "giebt es ... wie in anderen Anstalten dieser Art ... im Erdgeschoß eine Menge eiserner Drehbänke, Schneide-, Cylinder- und anderer Maschinen, welche das Wasser ebenfalls in Bewegung setzt, und woran beständig viele Schlosser, Eisendreher, Messing- und Stahlarbeiter, Schmiede und Drechsler arbeiten ..."⁸ Eshandelte sich im einzelnen um Arbeiter folgender Berufe: 4 Schmiede, 3 Eisen- und Messingdreher, 1 Zylinderschneider, je 2 Messing- und Eisenfeiler, 4 Tischler und Zimmerleute, 1 Holzdrechsler sowie 3 "Maschienezusammensetzer", die 1803 in der Werkstatt für Maschinenbau zum Einsatz gekommen waren.⁹ Die für die Spinnerei benötigten Maschinen wurden hier selbst gebaut.¹⁰ "Jede dieser Spinnereien hatte ihre eigene Schmiedewerkstatt, in der die für das Spinnen benötigten Maschinen selbst hergestellt, vorhandene verbessert und ausgebessert wurden".¹¹ Daß diese als "Schmiedewerkstätten" bezeichneten Abteilungen der Spinnereien mitunter auch "Schlosserwerkstätten" genannt werden, macht keinen wesentlichen Unterschied, da ja Schlosser und Schmiede, jeweils an den für sie bestimmten Maschinen und Geräten, in vielen dieser Betriebe nebeneinander gemeinsam arbeiteten. Diese Werkstätten waren meist Schlosser- und Schmiedewerkstätten zugleich.¹² Aus diesen "Reparaturwerkstätten" von Baumwollfabriken "wuchsen manche Textilmaschinenfabriken direkt heraus", indem die Baumwollindustrie "Kapital für den Maschinenbau sammelte".¹³

8 Zöllner, C. W., Geschichte der Fabrik- und Handelsstadt Chemnitz von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, Chemnitz 1888, S. 466.

9 König, Albin, Die sächsische Baumwollenindustrie am Ende des vorigen Jahrhunderts und während der Kontinentalsperre, Leipzig 1899, S. 349; vgl. dazu auch Kunze, Arno, Vom Frühkapitalismus zur industriellen Revolution, in: Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt, H. 13, Karl-Marx-Stadt 1965, S. 32. - Interessant ist in dem Zusammenhang, daß bei den in der Bernhardschen Fabrik insges. 114 beschäftigten Arbeitern (Männern, Frauen u. Kindern) die Leitung und Verwaltung des Betriebes - außer aus den Firmeninhabern - aus nur einem Faktor, einem Aufseher und vier "Kontordienern" bestand (ebenda).

10 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 2, Berlin 1964, S. 105; vgl. auch König, Albin, a. a. O., S. 346.

11 100 Jahre Haubold, Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum der Fa. C. G. Haubold A. G., Chemnitz (im folgenden: Festschrift Haubold), Chemnitz 1937, S. 5. - In diesem Zusammenhang wird die Wöhlersche Spinnerei besonders hervorgehoben, mit der sich der Ruf verbindet, den Maschinenbau in Chemnitz eingeleitet zu haben.

12 Ebenda.

13 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Berlin 1961, S. 94.

In Geyer lagen bei der von Evans¹⁴ 1809 errichteten Spinnerei die Schmiede- und Schlosserwerkstätten sowie die Eisen- und Messingdrehereien gemeinsam im "Souterrain" des Unternehmens.¹⁵ Dagegen gab es oft schon eine Trennung der Drehereien von den übrigen Arbeitseinrichtungen. Ein Beispiel dafür ist Thomas in Lengenthal (Vogtland), der in seiner "Spinnmühle" bereits eine Werkstätte für den Selbstbau von Maschinen besaß, aber darüber hinaus sowohl in Lengenthal als auch in Klingenthal eine Eisendreherei anlegte bzw. eine hierfür geeignete Mühle pachtete. Ferner errichtete Thomas in Schreiersgrün eine Spindeldreherei. In diesen Nebenbetrieben einschließlich einer darüber hinaus angelegten Schmiede waren insgesamt 7 Personen beschäftigt¹⁶, eine geringfügige Anzahl, gemessen an der im Hauptbetrieb untergebrachten Maschinenbauwerkstätte mit (1807) insgesamt 21 Beschäftigten, und zwar 3 Schmiedern, 4 Eisen- und Messingdrehern, 3 Eisenfeilern, 2 Messingarbeitern, 7 Tischlern und Zimmerleuten sowie 2 Holzdrechsler¹⁷. Bemerkenswert ist, daß Thomas, der 1812 Besitzer von zwei Spinnereien war, in der größeren, am Wasser gelegenen, mit Wasserkraft, in der kleineren im Göpelbetrieb arbeiten ließ.¹⁸

Zusammenfassend kann in bezug auf Maschinenbauwerkstätten in frühzeitig entstandenen "Spinnmühlen" gesagt werden, daß es sich in der Regel bereits um größere Werkstätten handelte, in denen eine Vielzahl der verschiedensten Handwerker beschäftigt war.¹⁹ Als Antriebskraft für die ersten Arbeitsmaschinen diente bei den größeren Spinnereien das Wasser; kleinere wurden mitunter auch durch Göpelwerke betrieben.²⁰

Auf eine Besonderheit soll noch hingewiesen werden: Einige dieser Maschinenbauwerkstätten produzierten über den eigenen Bedarf hinaus zunächst nur für ganz bestimmte Kunden oder eine begrenzte Gruppe von Kunden. Das war zum Beispiel der Fall bei Evans, der "anfangs im Auftrage eines Textilfabrikanten arbeitete."²¹ Aus der Gruppe der Betriebe der Eisenindustrie mit angeschlosse-

14 Evans, "einer der ersten Spinnmaschinenbauer Deutschlands" (Schröter, Alfred, a. a. O., S. 45), war zunächst bei Bernhard tätig (vgl. Kulischer, Josef, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, Bd. 2, Berlin 1954, S. 476). Er gründete 1807 "in Dittersdorf an der Zwönitz mit staatlicher Unterstützung die erste selbständige mechanische Maschinenbauanstalt" (Strauß, Rudolph, Die Lage und die Bewegung der Chemnitzer Arbeiter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1960, S. 55). Später übersiedelte Evans nach Geyer.

15 König, Albin, a. a. O., S. 347.

16 Ebenda, S. 346 ff. - Auch Evans besaß - in Geyer und in Tannenberg - besondere Dreheinrichtungen, wobei der "Hammer" und die "Ölmühle" zu Dreharbeiten genutzt wurden (ebenda, S. 349).

17 Ebenda, S. 349.

18 Ebenda, S. 332 f.

19 Nach König, Albin, a. a. O., S. 350, handelt es sich um folgende "Arbeiter-spezialitäten": Schmiede, Eisendreher, Messingdreher, Messingfeiler, Zylinderschneider, Tischler, Zimmerleute, Holzdrechsler, Monteure, "von denen viele ehemals in Sachsen nicht vorhanden waren".

20 Forberger, Rudolf, Die Manufaktur in Sachsen vom Ende des 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, Berlin 1958, S. 291; vgl. auch König, Albin, a. a. O., S. 332. - Die Dampfkraft wurde erst von 1831 an angewendet (Forberger, Rudolf, Die Manufaktur in Sachsen ..., a. a. O.).

21 Schröter, Alfred, a. a. O., S. 45.

nen Maschinenbauwerkstätten lieferte um 1840 das Eisenwerk Erla verschiedene Textilmaschinen, insbesondere Maschinenwebstühle, an die Maschinenweberei in Aue.²² Diese Besonderheit kann auf die noch bestehende enge Verbindung bereits existierender "alter" Industriezweige mit der gerade im Herausbildungsprozess sich befindenden Maschinenbauindustrie zurückgeführt werden.

Über den Einsatz von Maschinen und Geräten in Maschinenbauwerkstätten bei Betrieben der Eisenindustrie bietet das Eisenwerk Erla ein anschauliches Beispiel.²³ Diesem Werk war eine Abteilung für Maschinenbau angegliedert, die "mit vorzüglichen Werkzeugen ausgerüstet" war und von dem englischen Techniker Payne "unterstützt" wurde. In Erla wurden 1840 sowohl Maschinen und Walzwerkseinrichtungen für den eigenen Bedarf hergestellt als auch verschiedene Arten von Textilmaschinen sowie Wasserräder, Arbeitswerkzeuge, "eisernes treibendes Zeug", Pressen und ähnliche Produkte.²⁴

Noch besser sind wir über die Einrichtung einer anderen "mechanischen Werkstatt", und zwar der der Sächsischen Gußstahlfabrik von Nesselrode, Steudemann & Co. bei Dresden, unterrichtet.²⁵ Das erst 1856 gegründete Unternehmen bestand schon ein Jahr nach seiner Entstehung außer aus dem Hammer- und Walzwerk aus einer mechanischen Werkstatt sowie einer Tiegelfabrik, einer Schmelzerei und einer Feldschmiede. Die Werkstatt war mit folgenden Antriebs- und Arbeitsmaschinen sowie sonstigen Geräten ausgestattet:²⁶

- 1 Dampfmaschine (mit 20 PS)
- 6 Drehbänken
- 2 Bohrmaschinen
- 1 Fräsmaschine und
- 2 Schleifsteinen.

Die Werkstatt arbeitete in erster Linie für den eigenen Bedarf des Unternehmens; 1911 gab es in der Gußstahlfabrik zwei als "Reparaturwerkstätten" deklarierte Abteilungen.²⁷ Die von Mottek getroffene Feststellung, daß bis "in die zwanziger Jahre (des 19. Jahrhunderts - E. B.) die benötigten Maschinen von den Verbrauchern zumeist selbst oder auch von Handwerkern hergestellt wurden"²⁸, findet hier wie auch beim Prozeß der Herausbildung von Maschinenbauanstalten aus handwerklichen Betrieben ihre Akzentuierung in bezug auf einen länger währenden Zeitraum innerhalb des Entstehungsprozesses der Maschinenbauindustrie. Das gilt auch für andere Seiten dieses Entstehungsprozesses. So wurde in der 1811 gegründeten Gußstahlfabrik von Friedrich Krupp in Essen bis zur Einführung des

22 Wieck, Friedrich Georg, Industrielle Zustände Sachsens, Chemnitz 1840, S. 259.

23 Ebenda.

24 Ebenda.

25 Heinz, Hellmuth, Die Erpressung des Flick-Konzerns am Freistaat Sachsen und an der Industriestadt Freital im Jahre 1930, in: Heimatgeschichte - Sozialismus, (Berlin) 1964, S. 100.

26 Ebenda.

27 Ebenda.

28 Mottek, Hans, Einleitende Bemerkungen - Zum Verlauf und zu einigen Hauptproblemen der industriellen Revolution in Deutschland, in: Mottek, Hans/Blumberg, Horst/Wutzmer, Heinz/Becker, Walter, a. a. O., S. 25.

Dampfbetriebes in der Mitte der dreißiger Jahre noch mit Wasserkraft gearbeitet.²⁹

Für die Herausbildung von Betrieben des Maschinenbaues, die auf handwerklicher Grundlage als "selbständige" Maschinenbauwerkstätten entstanden sind, bietet sich als erstes Beispiel der Betrieb von Joh. Samuel Schwalbe an.³⁰ Der als Zimmermann ausgebildete Schwalbe hatte 1811 eine kleine Werkstatt für den Bau und die Reparatur von Baumwollspinnmaschinen in Chemnitz eröffnet.³¹ "Er baute die Holzgestelle, hatte Holzdrehler und einen Metalldreher ... Das Eisen- und Metallzeug bekam er geliefert und stellte die Maschinen zusammen."³² Nachdem Schwalbe eine eigene Baumwollspinnerei eröffnet hatte, die mittels Göpelwerks betrieben wurde³³, konnte er die in der Spinnerei gemachten Erfahrungen auch in seiner Maschinenbauwerkstatt nutzen. In dieser spezialisierte er sich um 1840 auf den Bau von Spinnmaschinen³⁴; im folgenden Jahrzehnt wurde in dem seit 1846 mit Dampfkraft betriebenen Unternehmen der Bau von Walk- und Waschmaschinen aufgenommen.³⁵

Haubold in Chemnitz ging wie Schwalbe den Weg über eine eigene, und zwar mit Wasserkraft betriebene Baumwollspinnerei, die er 1822 in einem gepachteten Saal der Wöhlerschen Spinnerei einrichtete, ehe er den Bau von Spinnmaschinen "im großen" beginnen konnte.³⁶ Bemerkenswert ist, daß Haubold bereits um 1831 den Bau von Dampfmaschinen "mit als erster" in Sachsen aufnahm, nachdem er selbst schon eine Dampfmaschine für seinen Betrieb angeschafft hatte³⁷, die "zur einheitlichen Aufrechterhaltung des Betriebes bei etwaigem Wassermangel" diente.³⁸ Nach einer "Inventurübersicht" von 1828 gab es in der Haubold'schen Maschinenbauwerkstätte 34 Schraubstöcke, 20 Hobelbänke, 6 Bohrmaschinen, 15 englische Drehbänke, 3 Reifemaschinen sowie je eine Polier-, Schleif- und Räderschneidemaschine.³⁹ In den dreißiger Jahren waren dort "Schmiede, Dreher, Feiler, Zylinderschneider, Tischler" und andere Handwerker beschäf-

29 Jindra, Zdeněk, Postavení Dělníků Fy. Krupp v Essenu v Počátcích Průmyslové Revoluce (Die Lage der Arbeiter der Fa. Krupp in Essen am Anfange der Industriellen Revolution) 1830 - 1848, in: Československý Časopis Historický, Nr. 1/1971, S. 109.

30 Geschichte der Maschinenfabrik Germania vorm. J. S. Schwalbe & Sohn in Chemnitz 1811 - 1911, Gedenkschrift (im folgenden: Gedenkschrift Germania), Chemnitz o. J. (1912). Dieser Gedenkschrift wurden auch die weiteren Angaben entnommen.

31 Ebenda, S. 15.

32 Ebenda, S. 20; vgl. dazu ebenda, S. 18 f.: "Mitteilung im Chemnitzer Anzeiger, Intelligenz- und Wochenblatt für Chemnitz und umliegende Gegend, Nr. 34 v. 24. 8. 1811: Zwey bis drey gute Holzarbeiter, worunter einer Holz und Eisen auf der Drehbank gut bearbeiten kann, können alle Stunden in Arbeit kommen bei Samuel Schwalbe vorm. Klostersort..." Von den "vorm Klostersort" befindlichen Betrieben wurde die Wasserkraft der nahen Chemnitz ausgenutzt.

33 Ebenda, S. 22.

34 Wieck, Friedrich Georg, a. a. O., S. 260.

35 Gedenkschrift Germania, a. a. O., S. 27.

36 Festschrift Haubold, a. a. O., S. 7.

37 Ebenda.

38 Ebenda, S. 10.

39 Ebenda, S. 7 f.

tigt, 40 Gebaut wurden vorwiegend Spinn- und Appreturmaschinen, seit 1835 auch Papiermaschinen.⁴¹

Andere frühzeitig entstandene Maschinenbaubetriebe, auch außerhalb von Chemnitz, haben eine ähnliche Entwicklung genommen. Im allgemeinen begann neben der Reparatur der Selbstbau von Spinnmaschinen oder auch Teilen davon mit nur wenigen Arbeitern in kleinen Werkstätten, die vielfach von Wasserkraft betrieben wurden, zum Teil auch in Wohnungen, bis die "Zahl der Maschinen zunahm, die Produktion sich erweiterte und die Umbildung der ehemaligen Werkstätte zur Fabrik zur Notwendigkeit wurde⁴²." Die Maschinen wurden im Verlaufe der Zeit auch nicht mehr nur aus Holz, Messing und Schmiedeeisen hergestellt, insbesondere, nachdem Haubold in seinem Betrieb 1832 die erste Chemnitzer Eisengießerei gegründet hatte.⁴³ Damit ging gleichzeitig der Übergang von der Tiegelgießerei zum Kupolofenbetrieb einher.⁴⁴ Von den bereits 1812 bestehenden 11 sächsischen Maschinenbauanstalten lagen allein 6 in Chemnitz, eine in Alchemnitz; bis zu diesem Zeitpunkt waren 56 Prozent aller in Sachsen produzierten "neuen Spindeln" in Chemnitz angefertigt worden.⁴⁵ Neben einer Reihe bereits in der Entstehungsperiode der deutschen Maschinenbauindustrie wieder verschwundener Maschinenbauanstalten und -werkstätten⁴⁶ stehen die Betriebe, die sich noch auf handwerklicher Grundlage, aber relativ spät, zum Teil erst um die letzte Jahrhundertwende, herausgebildet und in ihren spezialisierten Zweigen mitunter zu ausgesprochenen Großbetrieben der Maschinenbau- und Fahrzeugindustrie entwickelt haben. So war im Gründungsjahr (1885) des "Chemnitzer Velociped-Depôts Winklhofer & Jaenicke" (der späteren Wanderer-Werke) die Herstellung von Hochrädern mit zunächst zwei Konstrukteuren (den beiden Firmeninhabern) sowie mit zwei Arbeitern "an einer Fußdrehbank und einem Schmiedefeuer in zwei Parterre-Zimmern von 50 qm Bodenfläche" aufgenommen worden.⁴⁷ Zur

40 Ebenda, S. 9.

41 Ebenda, S. 10. - Die "herkömmliche" Kraftquelle war bei Haubold ein "altes, im Gebäude selbst aufgestelltes Wasserrad", von dem die Kraftübertragung mittels "gewaltiger hölzerner Wellen" erfolgte (ebenda).

42 Kulischer, Josef, a. a. O., S. 457. - Kulischer entwickelte diese Gedanken in bezug auf die Spinnereien; sie haben aber u. E. auch für die Herausbildung des Maschinenbaues volle Gültigkeit.

43 Zöllner, C. W., Chemnitz am Ende des XIX. Jahrhunderts in Wort und Bild, Chemnitz o. J. (1900), S. 9 ff.

44 Vgl. Schröter, Alfred, a. a. O., S. 88.

45 Strauß, Rudolph, Der heimische Maschinenbau - ein Kind der Textilindustrie. Aus der Geschichte unserer Stadt und ihrer Umgebung, in: Volksstimme, Karl-Marx-Stadt, 25. 1. 1956.

46 Zugleich als stellvertretend für andere nennen wir die von Joh. Weidmann. Der auch von Schröter, Alfred, a. a. O., S. 74, genannte Mechaniker Rabenstein, einer der ersten Chemnitzer Dampfmaschinenbauer, ist noch 1842 hervorgetreten, wie aus einer Patentstreitigkeit mit einem Leipziger Unternehmer hervorgeht. Vgl. Stadtarchiv Karl-Marx-Stadt (im folgenden: StA), Cap. V, Sect. II, No. 98, Acta, in Sachen Hrn. Christian Alfred Platzmanns zu Leipzig Impetranten und des Maschinenbauers Hrn. Karl August Rabenstein allhier und Cons. Impetraten, die angebliche Beeinträchtigung des dem Ersteren zustehenden Malzmühlen 'Privilegii' betr. Erg. 1842.

47 Matschoß, Conrad, Vom Werden der Wanderer-Werke - 50 Jahre Wertarbeit - 1885 - 1935, Berlin 1935, S. 10; Chemnitz in Wort und Bild. Festschrift, Chemnitz o. J. (1911), S. 249 ff.

anfänglichen Produktion der erst um die Jahrhundertwende gegründeten Werkzeugmaschinenfabrik von Pfauter heißt es unter anderem: "Größere Maschinen mußten wegen mangelnder Höhe der Werkstatt auf dem Hofe montiert werden. Zum Schutz gegen unerwünschtes Naß von oben, stellte der benachbarte Holzhändler Bretter zur Verfügung."⁴⁸

Über den Einsatz von Arbeitsmaschinen und -instrumenten in den zunächst noch auf handwerklicher Grundlage produzierenden Maschinenbauanstalten liegen insgesamt 32 Angaben vor. Danach waren vorhanden⁴⁹:

- | | | |
|---------------------------|---------------------------|-----|
| 1. Drehbänke | in 9 Fällen ⁵⁰ | |
| 2. Bohrmaschinen | " 3 " | |
| 3. Hobelmaschinen | " 2 " | |
| 4. Schleifmaschinen | " 2 " | |
| 5. Poliermaschinen | " 2 " | |
| 6. Reifemaschinen | " 2 " | und |
| 7. Räderschneidemaschinen | " 1 Falle. | |

Dazu kommen 5 nicht näher bezeichnete "Maschinen" bzw. "Werkzeugmaschinen" sowie verschiedene Arbeitsinstrumente, die noch keinen maschinellen Charakter haben, wie Schraubstöcke, und andere Gegenstände in 6 weiteren Fällen.⁵¹ Für viele dieser Betriebe werden "als Zubehör" Feld- oder auch Zeugschmieden, in Ausnahmefällen auch Nagelschmieden angegeben. In den Maschinenbauwerkstätten, die bestehenden Textilunternehmen angeschlossen waren, existierten bei insgesamt zehn Angaben:

- | | |
|----------------------|-------------|
| 1. Drehbänke | in 4 Fällen |
| 2. Schneidemaschinen | " 2 " |
| 3. Zylindermaschinen | " 2 " |

sowie 2 nicht näher bezeichnete weitere Maschinen, was auf einen, insgesamt gesehen, höheren Mechanisierungsgrad in diesen Werkstätten schließen läßt.

Noch deutlicher wird der qualitative Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen von Maschinenbaueinrichtungen, wenn man die berufliche Aufgliederung der Arbeitskräfte untersucht: Bei den auf handwerklicher Grundlage sich herausbildenden Maschinenbaubetrieben werden von den in 32 Fällen genannten Beschäftigten 12 als Arbeiter, 3 als Gesellen oder Gehilfen, weitere 5 als Lehrlinge und nur je einer als Metalldreher bzw. Holzdrechsler bezeichnet; bei weiteren 8 ist die Berufsbezeichnung unbestimmt oder nichtssagend: Sie reicht von "Personen" über "Leute" bis zu "Mann". Bei den Maschinenbauwerkstätten der Textilbetriebe gibt es - bei 26 verschiedenen Angaben - 24mal eine exakte Berufsbezeichnung: Es treten je dreimal Schmiede, Holzdrechsler, Eisen- und Messingdreher,

48 Zur Feier der "10 000sten Maschine am 27. 4. 1936, in: Wir Abwälzleute, Zeitschrift der Werkzeugmaschinenfabrik Herm. Pfauter (im folgenden: Werkzeitschrift Pfauter), Juli/Aug. 1936, Chemnitz o. J. (1936), S. 7 ff.

49 Vgl. Schröter, Alfred, a. a. O., S. 91 f.

50 Darunter befand sich auch eine mit einem Schwungrad versehene Supportdrehbank, die bei der Fa. Braun in Reichenbach (Vogtland) aufgestellt war. (vgl. Die Groß-Industrie des Königreichs Sachsen in Wort und Bild, Bd. 2, Leipzig 1893, ohne Seitenangaben); vgl. auch Schröter, Alfred, a. a. O., S. 91.

51 Bei der Maschinenbauanstalt von Schulze in Crimmitschau (gegr. 1833) wurden die zunächst "sehr primitiven Werkzeuge nach und nach durch vollkommene ersetzt" (vgl. Die Groß-Industrie ..., Bd. 2, a. a. O.).

Messingfeiler, Eisenfeiler, Tischler und Zimmerleute sowie je zweimal Schlosser, Zylinderschneider und "Maschinenzusammensetzer" auf, was auf eine bereits erreichte höhere Stufe der Arbeitsteilung im Herausbildungsprozeß der Maschinenbauindustrie schließen läßt. Bei den von vornherein als Maschinenbauanstalten gegründeten Unternehmen werden in insgesamt 15 Fällen - bei 20 ermittelten Angaben - die Beschäftigten als "Arbeiter" bezeichnet, was darauf hinweisen könnte, daß sich hier schon ein Maschinenbauproletariat im Sinne eines bloßen "Zubehörs der Maschinerie"⁵² stärker herausgebildet hat. Allerdings muß man dabei bedenken, daß gerade in der Metall- und Metallwarenindustrie die Begriffe "Arbeiter" und "Geselle" bis in unsere Zeit synonym verwendet werden. Immerhin lassen bei der zuerst genannten Gruppe von Beschäftigten Bezeichnungen wie "Geselle" oder "Gehilfe" die Existenz von zünftlerischen Vorstellungen vermuten⁵³; die dort als "Arbeiter" bezeichneten Personen sind kaum oder noch nicht so auf bestimmte Teilgebiete spezialisiert wie etwa die Beschäftigten der zweiten Gruppe.

Uns interessiert als nächstes die Frage, auf welcher Grundlage und an welchem Standort die zunächst handwerklich produzierenden Maschinenbauanstalten errichtet wurden. In der Hauptsache handelt es sich um Arbeitsstätten wie die Zeugschmiederei von Reinecker in Chemnitz, die noch 1859 "als ganz kleine Werkstatt" mit der Produktion von Gewindeschneidewerkzeugen begann⁵⁴, oder die aus einer Kupferschmiede hervorgegangene spätere Maschinen-, Dampfkessel- und Armaturenfabrik Knappe in Meerane.⁵⁵ Die ebenfalls in Meerane bestehende Maschinen- und Dampfkesselfabrik von F. L. Oschatz war 1849 als Werkstatt für Schwarzblecharbeiten gegründet worden.⁵⁶ Diehl in Chemnitz hatte zunächst einige Räume in einer Mühle gepachtet, die mit Wasserkraft versehen war, um hier den Bau von Werkzeugmaschinen zu beginnen.⁵⁷

Überhaupt war es für die frühen Maschinenbauunternehmer angesichts ihrer damals zum Teil relativ bescheidenen Mittel und um ein eventuelles Verlustrisiko einzuschränken, zweckmäßig, sich vorerst in bereits vorhandenen Produktionswerkstätten einzurichten, die man durch entsprechenden Um- oder auch Ausbau für die Zwecke des Maschinenbaues herrichten konnte. Hier wurde dann so lange gearbeitet, bis nach ausreichenden ökonomischen Erfolgen geeignete Grundstücke, Gebäude und Anlagen für die sich weiter entwickelnde Produktion gefunden waren, die dann in der Regel auch käuflich erworben wurden. So war die 1857 gegründete Werkzeugmaschinenfabrik von Sondermann & Stier in Chemnitz in der Anfangsphase ihrer Entwicklung in einem Färbereigebäude untergebracht,⁵⁸ ehe sie sich

52 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1971, S. 445.

53 Vgl. StA, Cap. V, Sect. II, No. 86, Acta, das Gewerbeder Maschinen- und Stuhlbauer und die vorgeschlagenen Maaßregeln zu Verhütung von Mißbräuchen bei denselben betr. Erg. 1837.

54 Buxbaum, Bertold, Der deutsche Werkzeugmaschinen- und Werkzeugbau im 19. Jahrhundert, in: Beiträge zur Geschichte der Technik und Industrie, Bd. 9, Berlin 1919, S. 109 f.

55 Jubiläumfirmen des Handelskammer-Bezirktes Chemnitz, Leipzig 1926, S. 258.

56 Die Groß-Industrie . . . , Bd. 1, a. a. O.

57 Wulffen, Hasso, Die Entwicklung des Werkzeugmaschinenbaues in Chemnitz, seine Produktions- und Absatzverhältnisse bis zur Neuzeit, rechts- und staatswiss. Diss., Dresden o. J. (1924), S. 4.

58 Ebenda, vgl. Schröter, Alfred, a. a. O., S. 86.

in dem Fabrikgebäude der ehemaligen Kattunfabrik von Becker & Schrap, das sie auch käuflich erwarb, niederließ.⁵⁹ Die Maschinenbauanstalt von Burkhardt & Ziesler hatte sich zunächst (1865) "mit kaum 10 Arbeitern ... in ermieteten Lokalitäten" einer ehemaligen Chemnitzer Tuchfabrik niedergelassen, bevor sie ein eigenes Grundstück ankaufte.⁶⁰ Und bei der zunächst als Kupferschmiede gegründeten Maschinenbauanstalt von Böttcher in Oelsnitz (Erzgebirge) hatte vorerst als Werkstatt "ein gemieteter Teil einer stillgelegten Ziegelei" gedient.⁶¹

Besonders häufig war ein Standortwechsel bei frühen Produktionsstätten des Maschinenbaues, als die Betriebe noch mit wenigen Arbeitskräften und mit wenigen Arbeitsmitteln produzierten und vorwiegend auf die Wasserkraft als Hauptantriebskraft angewiesen waren. Verschiedene besonders früh entstandene Maschinenbauanstalten sind, um bessere Antriebsmöglichkeiten zu finden, gleich mehrmals "umgezogen". Dies war zum Beispiel der Fall bei später so bedeutenden Chemnitzer Unternehmen des Maschinenbaues wie denen von Hartmann⁶², Schwalbe⁶³ oder von Louis Schönherr, der zeitweise auch außerhalb von Chemnitz Werkstätten einrichtete.⁶⁴

Vielfach sind auch Maschinenbauanstalten aus Randgebieten in für sie standortgünstigere Territorien umgesiedelt worden. So war die in Kändler "in gemieteten Arbeitsräumen in einer Mühle" gegründete Anstalt für den Bau von Stickmaschinen von Albert Voigt wenige Jahre nach ihrer Entstehung (1867) nach dem späteren Chemnitzer Vorort Kappel verlegt worden.⁶⁵ In bezug auf die verwendeten Antriebsmaschinen dürfte die Regel gelten, daß die größten dieser frühen Maschinenbauanstalten die Wasserkraft ausgenutzt haben, die "mittleren" mit Göpelwerk (im allgemeinen durch Zugvieh) und die kleineren "durch Menschenhände" angetrieben wurden.⁶⁶ Vielfach kommt es auch zu einem Nebeneinander der verschiedensten Antriebsvorrichtungen in der entstehenden Maschinenbauindustrie. Dazu gesellte sich mehr und mehr ein Nacheinander in der Benutzung der verschiedenen Antriebskräfte, wobei in zunehmendem Maße die Wasserkraft ausgenutzt wurde. Seit den dreißiger Jahren wurde diese vom effektiveren Dampftrieb verdrängt, aber erst nach längerer Zeit beinahe ganz abgelöst.⁶⁷

Beim Handantrieb, der in vielen Fällen mittels Schwungrad bewerkstelligt wurde⁶⁸, gab es starke zeitliche Unterschiede in bezug auf die erste Einführung die-

59 Zöllner, C. W., Chemnitz am Ende des XIX. Jahrhunderts, a. a. O., S. 158.

60 Ebenda, S. 167 ff.

61 Jubiläumsfirmen des Handelskammer-Bezirktes Chemnitz, a. a. O., S. 268.

62 Sächsische Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann A. G. Chemnitz, Jubiläumsschrift 1837 - 1912, Chemnitz 1912, S. 133 ff.

63 Gedenkschrift Germania, a. a. O., S. 15 ff.

64 Wilhelm und Louis Schönherr, in: Sächsische Lebensbilder, Bd. 3: Lebensbilder sächsischer Wirtschaftsführer, Leipzig 1941, S. 305 ff. - Selbst Pfauter ist beinahe ein Jahrhundert später noch mehrfach "umgezogen", ehe er einen auf längere Sicht geeigneten Standort für seinen Maschinenbaubetrieb, der sich ständig vergrößerte, gefunden hatte.

65 Die sächsischen Aktien-Gesellschaften, Jahrbuch der Dresdner, Leipziger und Zwickauer Börse, Ausg. 1900/1901, Leipzig 1901, S. 144 f.

66 König, Albin, a. a. O., S. 332, trifft diese Einschätzung in bezug auf die großen Spinnereien für die Zeit um 1812. Für den Handantrieb bestätigt dies auch Schröter, Alfred, a. a. O., S. 92.

67 Vgl. Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 2, a. a. O., S. 68.

68 Vgl. Schröter, Alfred, a. a. O., S. 92.

ser Antriebskraft in den einzelnen Betrieben.⁶⁹ Noch 1885 - im Gründungsjahr des "Chemnitzer Velociped-Depôts" - ist dort an einer Fußdrehbank gearbeitet worden.⁷⁰ Der Göpelantrieb hat in dieser Zeit keine allzu bedeutende Rolle mehr gespielt; er ist auch nach 1850 nicht mehr neu zur Anwendung gekommen. Immerhin sind aber Göpelwerke in später so bedeutenden Unternehmen wie Schwalbe⁷¹ und Zimmermann⁷² zunächst betrieben worden.

Eine hervorragende Rolle hat in frühen Maschinenbaubetrieben die Ausnutzung der Wasserkraft gespielt. Dies betrifft nicht allein das ehemalige Chemnitz mit seinen zahlreichen "Mühlen", die vom Wasser des Chemnitzflusses sowie einiger seiner Zuflüsse getrieben wurden, sondern auch das übrige Mittel- und Westsachsen, soweit die Maschinenbauwerkstätten und -anstalten an Flußläufen errichtet wurden.⁷³

Im Zuge der technischen Weiterentwicklung genügte bald das Wasserrad als alleinige Antriebskraft nicht mehr; es wurde in zunehmendem Maße von der aufkommenden Dampfkraft ergänzt. So gab es 1841 nach dem Text eines Werbeblattes in der Sächsischen Maschinenbau-Compagnie, die sich nach Haubold auf dem ehemaligen Wöhlerschen Fabrikgelände etabliert hatte, "an Bewegungsmaschinen" drei Wasserräder von zirka 45 PS sowie eine Dampfmaschine von 25 PS.⁷⁴ Die Maschinenbauanstalt von R. C. Pfaff in Chemnitz nutzte bereits 1841 die Dampfkraft als Hauptantriebskraft für die vorhandenen Arbeitsmaschinen aus, denn "dem Wasser der Kappel geht die nöthige Kraft ab".⁷⁵ Hingegen arbeitete noch 1874 die Maschinenfabrik Erla in der Hauptsache mit Wasserantrieb, konnte aber bei Wassermangel zwei "Reserve-Dampfmaschinen" einsetzen⁷⁶; und selbst noch 1889 nutzte die Maschinenfabrik von Gustav Kux Söhne in Lauter neben einer bestehenden Dampf- und Dieselmotorenanlage (von 100 PS) die Wasserkraft aus.⁷⁷

Vor allem die nach 1870 gegründeten Maschinenbaubetriebe wurden in den meisten Fällen von vornherein mit Dampfkraft betrieben, da sie noch besser als die Wasserkraft geeignet war, "ein System von Maschinen anzutreiben und in einigermaßen gleichmäßiger Bewegung zu halten".⁷⁸ Das trifft insbesondere für viele Spezialmaschinenfabriken des Werkzeug- und Textilmaschinenbaues im ehemali-

69 Vgl. dazu Tabelle 1 des vorliegenden Beitrags.

70 Matschoß, Conrad, a. a. O., S. 10.

71 Gedenkschrift Germania, a. a. O., S. 21.

72 Zöllner, C. W., Chemnitz am Ende des XIX. Jahrhunderts, a. a. O., S. 154.

73 Vgl. Schröter, Alfred, a. a. O., S. 93; Jonas Wolfgang/Linsbauer, Valentine/Marx, Helga, Die Produktivkräfte in der Geschichte, Bd. 1, Berlin 1969, S. 328.

74 Festschrift Haubold, a. a. O., S. 13 (in Faksimile).

75 Wieck, Friedrich Georg, Sachsen in Bildern, Bd. 1, o. O. o. J. (1841), S. 58. - In demselben Jahr nahm Pfaff auch den Bau von Dampfmaschinen selbst auf (vgl. Zöllner, C. W., Chemnitz am Ende des XIX. Jahrhunderts, a. a. O., S. 11).

76 Die Groß-Industrie ..., Bd. 2, a. a. O.

77 Jubiläumsfirmen des Handelskammer-Bezirktes Plauen, Leipzig 1927, S. 150.

78 Schröter, Alfred, a. a. O., S. 93; vgl. auch Marx, Karl, a. a. O., S. 400 ff.

gen Chemnitz zu. Die Maschinenfabrik von Braun in Reichenbach(Vogtland) hatte bereits 1856 eine 50-PS-Dampfmaschine aufgestellt, nachdem sie erst 1851 als kleine Reparaturwerkstätte im Handbetrieb begonnen hatte.⁷⁹

Bei vielen sich zu Großbetrieben des Maschinenbaues entwickelnden Unternehmen ist eine Nacheinanderfolge aller oder der meisten der verschiedenen gebräuchlichen Antriebskräfte zu beobachten, so zum Beispiel bei Zimmermann, wo in raschem Ablauf dem Handschwungrad (1844) das Göpelwerk (nach 1844), das Wasserrad (1846) sowie die Dampfmaschine folgten (nach 1848).⁸⁰ Bei Schwalbe sind drei Hauptarten von Antriebsvorrichtungen nachweisbar.⁸¹ Dementsprechend mußte auch die Produktion von Maschinenbauerzeugnissen mit dieser Entwicklung der technischen Produktivkräfte Schritt halten, um sich auf dem Markt behaupten zu können. So waren die ersten der von den Gebr. Schönherr hergestellten Webstühle "für die Hausindustrie", das heißt für den Fußantrieb, konstruiert worden; ein Umbau dieser Webstühle "für Kraftbetrieb" erfolgte dann in ihrer Werkstatt in Niederschlema nach 1836.⁸²

Die Tabelle 1 soll einen, wenn auch nur groben Überblick über den Zeitpunkt des ersten Auftretens der verschiedenen Hauptarten von Antriebskräften in der mittel- und westsächsischen Maschinenbauindustrie ermöglichen.⁸³

Tabelle 1

Zeitpunkt des Auftretens von Antriebskräften
(in Klammern: frühestes Auftreten)

Art der Antriebskraft	Anzahl der Antriebskräfte				Anzahl insgesamt	Bemerkungen
	1800-30	1831-50	1851-70	1871-1900		
Handbetrieb	2 (1801)	2	2	2	8	insbes. Handschwungräder
Göpelbetrieb	3 (1812)	1	-	-	4	
Wasserantrieb	10 (1802)	6	4	3	23	
Dampfkraft	-	7 (1835)	4	8	19	
Insgesamt	15	16	10	13	54	

79 Die Groß-Industrie ..., Bd. 2, a. a. O.

80 Schmidt, Erich, Die Grundlagen der Entwicklung der Chemnitzer Großindustrie, in: Mitteilungen des Vereins für Chemnitzer Geschichte, Bd. 22, Jgg. 1919 - 1921, Chemnitz 1926, S. 1 ff; Zöllner, C. W., Chemnitz am Ende des XIX. Jahrhunderts, a. a. O., S. 154; Wulffen, Hasso, a. a. O., S. 3.

81 Gedenkschrift Germania, a. a. O., S. 20 ff.

82 Wilhelm und Louis Schönherr, a. a. O., S. 309 f.

83 Für die Zeit bis 1870 konnten von 22 Maschinenbauanstalten insges. 41 verschiedene Angaben ausgewertet werden, für die Zeit von 1870 bis 1900 von 10 weiteren Unternehmen insges. 13 Angaben.

Nach einer für den "Kammerbezirk Chemnitz" angestellten Ermittlung⁸⁴ war das Verhältnis der Nutzung von Dampf- und Wasserkraft im Maschinenbau (mit "Nebenbranchen") im Jahre 1864 das folgende:

	<u>in Chemnitz</u>	<u>auswärts</u>	<u>zusammen</u>
Firmenbestand	64	44	108
Zahl der Arbeiter (ca.)	6 450	860	7 310
Benutzte "Motoren"	<u>Anzahl mit PS</u>	<u>Anzahl mit PS</u>	<u>Anzahl mit PS</u>
für Dampfkraft	57 747	14 91	71 838
für Wasserantrieb	7 53	14 106	21 159

Hiernach überwogen eindeutig die mit Dampfmaschinen ausgerüsteten Betriebe in der Industriestadt Chemnitz. Um die Aussagekraft der in den beiden Aufstellungen wiedergegebenen Werte noch weiter zu erhöhen, folgt hier eine Zusammenstellung aus einem Beitrag von Strauß.⁸⁵ Danach arbeiteten von den 1861 im damaligen Königreich Sachsen insgesamt existierenden 177 Maschinenbauanstalten

63 noch ohne mechanische Antriebskraft	= ca. 36 %
4 mit Pferdegöpel	= " 2 %
32 mit Wasserkraft und	= " 18 %
78 mit Dampfkraft	= " 44 %

Einen relativ langsamen Fortschritt scheint zunächst die Einführung des Transmissionsmechanismus in der mittel- und westsächsischen Maschinenbauindustrie gemacht zu haben. So wird bei C. Gottfr. Haubold (jr.) im Gründungsjahr der Firma (1837) die Dampfkraft noch ohne Transmission angewendet⁸⁶, während die Maschinenbauanstalt von Ernst Saupe in Limbach 1886 und eine in unmittelbarer Nachbarschaft gelegene Textilfabrik gemeinsam ein und denselben Transmissionsmechanismus benutzten.⁸⁷ Die Einführung eines derartigen Mechanismus, eines wesentlichen Bestandteils "aller entwickelten Maschinerie"⁸⁸, ist im Zusammenhang mit der Ablösung der Wasser- durch die Dampfkraft zu sehen, weshalb - trotz des Fehlens genügender Unterlagen auf diesem Gebiet - angenommen werden kann, daß etwa seit der Jahrhundertmitte die entwickelteren, mit Dampfmaschinen ausgerüsteten Maschinenbaubetriebe auch über einen leistungsfähigen Transmissionsmechanismus verfügten.

2. Zu den Produkten des Maschinenbaues in Mittel- und Westsachsen

Die ersten Maschinenbauwerkstätten waren sowohl Reparaturwerkstätten für die Textil- und Eisenindustrie, denen sie in der Regel unmittelbar angeschlossen wa-

84 Jahresbericht der Handels- und Gewerbekammer zu Chemnitz 1864, Chemnitz 1865, S. 97.

85 Strauß, Rudolph, Der Aufstieg des sächsischen Maschinenbaues um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Aus der Geschichte unserer Stadt und ihrer Umgebung, in: Volksstimme, Karl-Marx-Stadt, 3. 4. 1957. - Die prozentualen Werte wurden vom Verf. dieses Beitrags errechnet.

86 Festschrift Haubold, a. a. O., S. 16 ff.

87 Die Groß-Industrie ..., Bd. 1, a. a. O.; vgl. dazu auch Werkzeitschrift Pfauter, a. a. O., S. 12, wonach noch 1903 der Antrieb für die Pfautersche Maschinenbauanstalt "von einem anderen im gleichen Grundstück untergebrachten Betrieb bezogen wurde".

88 Marx, Karl, a. a. O., S. 393, 399.

ren, als auch Produktionsstätten, die vor allem für den eigenen Bedarf produzierten. Dies war außer bei Wöhler, Bernhard und ähnlich gelagerten Betrieben zum Beispiel auch bei Wieck in Chemnitz der Fall, der 1830 die Bernhardsche Spinnerei übernommen hatte⁸⁹, bei der Strumpfwarenfabrik von Herm. Stärker in Chemnitz und Gornau⁹⁰ sowie bei der Königin-Marienhütte in Cainsdorf⁹¹ und anderen Betrieben der Textil- und Eisenhüttenindustrie.

Andere, von Handwerkern gegründete Maschinenbauwerkstätten und -anstalten dienten in einigen Fällen zunächst ebenfalls als Reparaturwerkstätten. Sie produzierten mitunter auch Teile oder Zubehör von insbesondere Spinnmaschinen für die bestehenden Textilunternehmen. So lieferte zum Beispiel die (1852 gegründete) Maschinenfabrik von Bernhard & Philipp, Chemnitz, vorerst Spinnerei- und Zwirnereimaschinenteile, bevor sie "unter dem Einfluß der Zeitverhältnisse" in den⁹² sechziger Jahren zur Schrauben- und Mutternfabrikation überging.⁹² Eine ähnliche Entwicklung kann vor allem bei noch früher entstandenen Maschinenbauanstalten beobachtet werden. So produzierte Zimmermann (in Gemeinschaft mit Tauscher) zunächst lediglich "Cylinder, Plattbänder und andere Maschinenteile"⁹³, und Hartmann begann mit dem Bau von Teilen von Spinnereimaschinen.⁹⁴ Schwalbe baute zunächst nur Holzgestelle und setzte Spinnmaschinen zusammen, wozu er die Einzelteile von den Maschinenbauwerkstätten der "Spinnmühlen" geliefert bekam, eine Verfahrensweise, die er offenbar mit anderen Maschinenbauern und Mechanikern jener sehr frühen Entwicklungsstufe teilte.⁹⁵ Bei Weibrecht in Oberdorf bei Thum war es umgekehrt: Hier wurden die Spindeln und andere Einzelteile produziert, während die Herstellung der Holzgestelle und das Zusammensetzen der Spinnmaschinen von "geeigneten Handwerkern auf eigene Rechnung" besorgt wurden.⁹⁶

Einen Überblick über die Anzahl der Spindeln, die bis (Michaelis) 1812 von verschiedenen Maschinenbauwerkstätten und -anstalten gebaut wurden, findet man bei König.⁹⁷ Wir geben die Übersicht in der Reihenfolge der Anzahl der gelieferten Spindeln in Tabelle 2 wieder.

Nach dieser Übersicht wurden allein gegen 60 Prozent der Spindeln von den zwei leistungsfähigsten der genannten 11 Anstalten bzw. Werkstätten geliefert; nahezu die Hälfte (44,10 Prozent) dieser Spindeln wurde in außerhalb des damaligen Chemnitz gelegenen Betrieben hergestellt.

89 Wieck, Friedrich Georg, Sachsen in Bildern, a. a. O., S. 90; vgl. auch Schröter, Alfred, a. a. O., S. 46.

90 Jubiläumsfirmen des Handelskammer-Bezirktes Chemnitz, a. a. O., S. 21.

91 Schröter, Alfred, a. a. O., S. 47.

92 Zöllner, C. W., Chemnitz am Ende des XIX. Jahrhunderts, a. a. O., S. 14. - Die Firma Bernhard & Philipp unterhielt noch 1867 eine eigene Baumwollspinnerei (vgl. StA, Cap. V, Sect. II, No. 197).

93 Zöllner, G., Johann von Zimmermann, der Begründer des deutschen Werkzeugmaschinenbaues, in: Beiträge zur Geschichte der Technik und Industrie, Bd. 29, 1940, S. 65 ff.

94 Weinhold, Emil, Chemnitz und Umgebung, Chemnitz o. J. (1906), S. 146, vgl. auch Strauß, Rudolph, Die Lage und Bewegung der Chemnitzer Arbeiter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1960, S. 56.

95 Nach Gedenkschrift Germania, a. a. O., S. 20, gibt diese Verfahrensweise "das Bild des ursprünglich englischen Maschinenbaues in Chemnitz" wieder.

96 König, Albin, a. a. O., S. 348.

97 Ebenda, S. 352.

Tabelle 2

Anzahl der bis Michaelis 1812 in Mittel- und Westsachsen erzeugten Spindeln, aufgeschlüsselt nach den Herstellerfirmen

Spindeln, gebaut und geliefert von	Anzahl der Spindeln	In % aller der hier angegebenen Spindeln
Irmscher, Chemnitz (davon geliefert an eine Mylauer bzw. Plauener Firma 23 232 bzw. 10 368 Spindeln)	66 792	36,46
Evans, Geyer (davon geliefert 11 000 Spindeln an Gebr. Bernhard)	42 768	23,35
Thomas, Lengsfeld (Vogtland)	18 420	10,06
Klemm & Wagner, Chemnitz ⁺	14 510	7,92
Beyer, Altchemnitz	10 204	5,56
Hahnewald, Chemnitz ⁺⁺	10 020	5,47
Mehnert, Plauen (davon geliefert 5 000 Spindeln an Merz, Reusa)	5 672	3,10
Müller & Haubold, Chemnitz	4 176	2,28
Whitfield, Chemnitz und Colditz	3 724	2,03
Hilms & Körner, Chemnitz	3 636	1,99
Stirl, Chemnitz ⁺⁺⁺	3 260	1,78
Insgesamt	183 182	100,00

- + In 100 Jahre Haubold, Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum der Fa. C. G. Haubold A. G., Chemnitz, Chemnitz 1937, S. 14 f., wird Klemm im "Erkennen der großen Aussichten des Maschinenbaues" auf eine Stufe mit Evans, Whitfield und dem älteren Haubold gestellt.
- ++ Hahnewald war "ein Irmischerischer und Bernhardischer Schüler" (König, Albin, Die sächsische Baumwollenindustrie am Ende des vorigen Jahrhunderts und während der Kontinentalsperre, Leipzig 1899, S. 347).
- +++ Stirl war Gürtler von Beruf, später Maschinenbauer und Spinnereibesitzer (ebenda, S. 347 ff.).

Je mehr sich die einzelnen Betriebe entwickelten und der industrielle Bedarf an Maschinenbauerzeugnissen sich steigerte, um so mehr gingen die Unternehmen zum Bau kompletter Maschinen und zur Produktion zu Zwecken des Verkaufs an andere Betriebe über. Zum Beispiel wurden nach der Übersiedlung von Evans nach Geyer dort - über den Bedarf der eigenen Spinnerei hinaus - Spinnmaschinen "zum Verkauf" produziert.⁹⁸ Die Fa. Hofmann & Zinkeisen in Zwickau nahm ausdrücklich noch nach 1857 Reparaturen vor; vor allem aber lieferte sie Dampf- und Bergwerksmaschinen, Transmissionen und Ziegeleimaschinen.⁹⁹

98 Ebenda, S. 332.

99 Spindler, Heinrich, Zwickau i. Sa. nebst Industrie in Wort und Bild, Chemnitz o. J. (1904), S. 66 f.

Die später bedeutende Zwirnereimaschinenfabrik von Carl Hamel (zuletzt in Schönau) war 1866 als Reparaturwerkstätte für Spinnereibedarf gegründet worden; sie ging nacheinander zum Bau von Spindeln und Flügeln von Spinn- und Zwirnmaschinen und schließlich zur Produktion kompletter Zwirnmaschinen über¹⁰⁰. Die 1874 als "Chemnitzer Telegraphenanstalt" entstandene, auf dem Gebiet der elektrotechnischen Industrie später führende Fa. Hermann Pöge in Chemnitz produzierte zunächst Blitzableiter, Klingelanlagen und ähnliches¹⁰¹, ehe sie die Produktion von Elektromaschinen und elektrotechnischen Anlagen aufnahm.¹⁰² Die Fa. Reinecker entwickelte sich aus einer Werkzeug- zu einer Werkzeugmaschinenfabrik.¹⁰³ Auch die Fabrik für Schleifscheiben, die dem Schmirgelwerk von Rud. Schönherr in Furth angeschlossen war, wurde zunächst als Reparaturwerkstätte gegründet.¹⁰⁴ Schließlich hatten die (erst 1885 gegründeten) Zählwerke Otto Wiegand in Kappel ursprünglich nur Ersatzteile für Spinnereien und Webereien geliefert, bevor sie sich zu einer der bedeutendsten Spezialfabriken für Zähl- und Meßapparate für die Textil- und Maschinenbauindustrie entwickelten.¹⁰⁵

Während es zu den Eigenarten besonders des frühen Maschinenbaues gehörte, je nach den Wünschen und Aufträgen der einzelnen Kunden die verschiedenartigsten Maschinen herzustellen - die Antriebsmaschinen sollten nach Möglichkeit gleich mitgeliefert werden! -, ohne sich in der Regel auf bestimmte Fabrikationszweige festzulegen¹⁰⁶, konzentrierten sich viele Betriebe, die von vornherein als Maschinenbauanstalten gegründet worden waren, auf einzelne Maschinenbauzweige, vor allem die des Textilmaschinen- und Werkzeugmaschinenbaues. So handelte es sich bei den bis 1850 entstandenen 26 Betrieben dieser Gruppe vorwiegend oder ausschließlich um:

- 14 Textilmaschinenbaubetriebe (in der Mehrzahl zunächst für Spinnereimaschinenbau, im Anfang noch oft verbunden mit dem Bau von Dampfmaschinen),
- 3 Dampfmaschinenbaubetriebe,
- 2 Schwermaschinenbaubetriebe (für Bergwerksmaschinen, Eisenkonstruktionen und ähnliche Erzeugnisse),
- 1 Betrieb zur Herstellung von Pumpen und Armaturen,

100 Zöllner, C. W., Chemnitz am Ende des XIX. Jahrhunderts, a. a. O., S. 164 f.

101 Chemnitz in Wort und Bild, a. a. O., S. 201.

102 StA; Cap. V, Sect. II, No. 123a, Anzeigen über Etablissements "Eröffnungen und kaufmännischer Geschäfte pp." (fol. 258).

103 Zöllner, C. W., Chemnitz am Ende des XIX. Jahrhunderts, a. a. O., S. 161.

104 Chemnitz in Wort und Bild, a. a. O., S. 237 f.

105 Jubiläumsfirmen des Handelskammer-Bezirktes Chemnitz, a. a. O., S. 295.

106 Über die sogen. "Kundenproduktion" vgl. im einzelnen Schröter, Alfred, a. a. O., S. 96; Becker, Walter, a. a. O., S. 198 ff.; Barth, Ernst, Entwicklungslinien der deutschen Maschinenbauindustrie von 1870 bis 1914, a. a. O., S. 14 ff. Weitere Beispiele bei Barth, Ernst, Zur technisch-organisatorischen und ökonomischen Entwicklung der deutschen Maschinenbauindustrie in der Zeit des Hinüberwachsens des Kapitalismus der freien Konkurrenz in den Monopolkapitalismus (1870 - 1914), wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1968, S. 64. Vgl. dazu auch Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 2, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 24, Berlin 1971, S. 236.

- 1 Betrieb zur Herstellung von Werkzeugmaschinen,
 1 " " " " Druckmaschinen,
 und nur um
 4 Betriebe des allgemeinen Maschinenbaues.

Bis 1870 bzw. 1900 erhöhte sich die Anzahl dieser Betriebe

beim Textilmaschinenbau (worunter sich in zunehmenden Maße auch spezialisierte Wirk- und Stickmaschinenfabriken befinden)		auf 26 bzw. 33,
beim Werkzeugmaschinenbau (mit einigen Betrieben des Spezialwerkzeugmaschinenbaues)	" 5 "	15,
beim Schwermaschinenbau	" 4 "	4,
beim Armaturen- und Pumpenbau	" 4 "	4,
beim Bau verschiedener Spezialmaschinenbauerzeugnisse (darunter auch von Brauerei-, Müllerei-, Fleischerei- und Blechbearbeitungsmaschinen)	" 6 "	14,

während die Anzahl der Dampfmaschinenbaubetriebe (mit 3) konstant blieb und die des allgemeinen Maschinenbaues sich auf 6 bzw. 11 erhöhte.

Insgesamt gesehen, kann geschlußfolgert werden, daß diejenigen Betriebe, die von vornherein als Maschinenbauanstalten gegründet worden waren, sich in der Mehrzahl bis 1870 bzw. bis 1900 zu Spezialmaschinenbaubetrieben entwickelt haben.¹⁰⁷

Zum festen Produktionsprogramm von 60 verschiedenen Maschinenbau- und Metallwarenfabriken gehörten um 1850 in Mittel- und Westsachsen¹⁰⁸:

1. Textilmaschinen und Zubehör ¹⁰⁹		in 49 Fällen
davon: Spinnmaschinen	in 13 Fällen	
Web- u. Wirkstühle	" 9 "	
2. Dampfmaschinen aller Art		" 14 "
davon: Dampfkessel	" 3 "	
3. Bergwerksmaschinen		" 12 "
davon: Fördermaschinen	" 3 "	
Wasserhaltungsmaschinen	" 3 "	
Aufbereitungsmaschinen	" 3 "	
4. Metallwaren		" 11 "
davon: Nägel	" 4 "	
Nieten	" 2 "	

107 Eine weitere Untersuchung, die 33 Maschinenbauanstalten aller Entstehungsarten bis zum Zeitpunkt um 1860 erfaßte, bestätigt im wesentlichen diese Einschätzung. Dieser Untersuchung zufolge handelte es sich bei den 33 Maschinenbauanstalten um 19 Textilmaschinenbaubetriebe, 3 Werkzeugmaschinenbaubetriebe sowie 11 andere bereits vorwiegend spezialisierte Maschinenbaubetriebe.

108 Vgl. dazu die Aufstellung bei Schröter, Alfred, a. a. O., S. 98 f. - Auch in der vom Verf. dieses Beitrags vorgenommenen Untersuchung wurden Gelegenheitsprodukte außer acht gelassen.

109 Kuriöserweise befindet sich darunter auch eine Spezialmaschine für Feze, die auf Exportbeziehungen zur Türkei und anderen Ländern des Islam schließen läßt (vgl. Chemnitz in Wort und Bild, a. a. O., S. 215 f.).

Kupfer- u. Bronzewaren in 2 Fällen
Nadeln " 1 Falle

5. Gießereiprodukte ¹¹⁰	in 7 Fällen
6. Wasserräder und Turbinen	" 6 "
7. Transmissionen ("Treibendes Zeug")	" 5 "
8. Eisenbahnmaterial (Lokomotiven und Tender)	" 3 "
9. Werkzeugmaschinen für Metall- und Holzbe- arbeitung (Drehbänke, Stoß-, Hobel-, Bohrma- schinen und ähnliches)	" 3 "
10. Pumpen, Armaturen, Feuerspritzen und ähn- liches	" 3 "
11. Maschinen und Einrichtungen für Papier- und Pappenfabriken sowie Holzschleifereien	" 3 "
12. Eisenkonstruktionen	" 2 "
13. Landmaschinen	" 2 "
14. Druckmaschinen (für Textildruck)	" 2 "
15. Brauerei- und Mälzereieinrichtungen	" 1 Falle
16. Heizapparate	" 1 "
17. Waschmaschinen	" 1 "
18. Fabrikation von Gewehren	" 1 "
19. Uhren	" 1 "

Als regionale Besonderheit tritt der überaus große Anteil von Textilmaschinen an der Gesamtzahl der Maschinen deutlich hervor, wie eine Gegenüberstellung der vorliegenden Ermittlungen mit den Ergebnissen der überregionalen Erhebung von Schröter zeigt. Dazu kommt ein relativ hoher Anteil von Bergwerksmaschinen, der auf der in Mittel- und Westsachsen stark vertretenen Eisenhüttenindustrie beruht. Um noch deutlichere und präzisere Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen, wurden die wichtigsten der in dieser Studie ermittelten sowie der von Schröter angegebenen Werte in Prozente umgerechnet. Als Ergebnis dieser Untersuchung werden im folgenden beide Reihen einander gegenübergestellt¹¹¹:

	bei Barth in %	bei Schröter in %
Textilmaschinen	39,4	19,8
Dampfmaschinen	11,0	24,9
Bergwerksmaschinen	9,4	3,0
Metallwaren	8,6	(nicht erfaßt)
Gießereiprodukte	5,5	(nicht erfaßt)
Wasserräder und Turbinen	4,7	2,7
Transmissionen	3,9	1,7
Eisenbahnmaterial	2,3	9,9
Werkzeugmaschinen	2,3	6,5
Pumpen und Armaturen	2,3	1,7
Papiermaschinen	2,3	1,7
Eisenkonstruktionen	1,6	1,7
Landmaschinen	1,6	2,0
Druckmaschinen	1,6	6,5

110 In der Hauptsache für den eigenen Bedarf.

111 Weggelassen wurden einige schwer vergleichbare Erzeugnisse, die bei Schröter einen Höchstanteil von 3,0 %, beim Verf. dieses Beitrags von 0,8 % ausmachen. Insgesamt wurden in dieser Aufstellung 82,1 % bzw. 96,5 % aller Angaben erfaßt.

Außer dem regional bestimmten hohen Anteil von Textil- und Bergwerksmaschinen an der Gesamtzahl der erfaßten Erzeugnisse ist noch der relativ geringe Anteil der Produktion von Dampfmaschinen gegenüber der von Wasserrädern und Turbinen bemerkenswert. Das geht darauf zurück, daß besonders im Erzgebirge mit seinen Bergflüssen und -bächen recht günstige Möglichkeiten bestehen, die billigere Wasserkraft zu nutzen. Ferner fällt die unterdurchschnittliche Produktionsrate von Eisenbahnmaterial auf, die sich daraus erklärt, daß das Industriezentrum Chemnitz erst 1852 Anschluß an das deutsche Eisenbahnnetz erhielt.¹¹² Wenn man sich weiter vergegenwärtigt, daß einige der in der Übersicht erfaßten Betriebe gleichzeitig mehrere der aufgeführten Maschinenbauerzeugnisse produzierten, und damit zum sich herausbildenden Zweig des allgemeinen Maschinenbaues tendierten, so ergibt sich ein einigermaßen getreues Abbild der Produktionsstruktur der Maschinenbauindustrie einschließlich ihrer Randbereiche in Mittel- und Westsachsen um 1850.

Es existierten vereinzelt auch Fälle einer frühzeitigen außerbetrieblichen Festlegung von Unternehmen auf ein bestimmtes Produktionsprogramm durch staatliche Stellen im Sinne einer Koordinierung des sich entfaltenden Maschinenbaues. So verfügte laut Pirnaisches Wochenblatt (24stes Stück) vom 12. Juni 1830 die "Königl. sächs. Landesökonomie-, Manufactur- und Kommerziendeputation ... zur Förderung der sächs. Industrie eine Arbeitsteilung zwischen 3 großen Unternehmen", und zwar

- a) dem Mechan. Institut von Blochmann u. Dietrich in Dresden,
- b) der Maschinenbauwerkstätte von Haubold in Chemnitz und
- c) der Maschinenbauwerkstätte von F. G. Wieck in Chemnitz.¹¹³

Die Produktion zwischen den drei Maschinenbauanstalten wurde wie folgt aufgeteilt: Die Dresdener Firma produzierte Dampfmaschinen, hydraulische Pressen sowie verschiedene Textilmaschinen, insbesondere für die Spinnerei; das Wiecksche Unternehmen ebenfalls verschiedene Textilmaschinen, insbesondere für die Weberei, sowie Bobinetmaschinen¹¹⁴; die Maschinenbauwerkstätte von Haubold namentlich: "1) sämtliche Maschinen und Apparate für die Baumwollspinnerei, 2) desgl. für die Schafwollspinnerei, 3) Cattundruckmaschinen, 4) Appreturmaschinen."¹¹⁵ Zwischen den drei Firmen war freie Konkurrenz nur bei der Lieferung "für das Ausland" (das heißt außerhalb des Königreiches Sachsen - E. B.) gestattet; lediglich die Herstellung von in einem gemeinsamen Verzeichnis "nicht genannter Maschinen und Apparate" war keiner Beschränkung unterworfen.¹¹⁶ Erfindungen sollten untereinander ausgetauscht, dann aber von allen drei beteiligten Firmen mindestens ein Jahr lang geheimgehalten werden.¹¹⁷ Diese Vereinbarungen mit monopolistischem Charakter traten jedoch schon 1838 außer Kraft, da in diesem Jahr das Wiecksche Unternehmen in Konkurs ging.¹¹⁸

112 Strauß, Rudolph, Hundert Jahre Eisenbahn in Chemnitz, in: Beiträge zur Heimatgeschichte von Chemnitz, H. 2, Chemnitz 1952, Abschn. II, 2 (ohne Seitenangaben).

113 Festschrift Haubold, a. a. O., S. 7.

114 Fischer, H., Die ersten Versuche zur Einführung der Bobinetfabrikation im Königreich Sachsen, in: Beiträge zur Geschichte der Technik und Industrie, Bd. 4, 1912, S. 63 ff.

115 Festschrift Haubold, a. a. O., S. 7.

116 Fischer, H., a. a. O., S. 63 ff.

117 Ebenda.

118 Ebenda.

Einige Jahrzehnte später umfaßte das Produktionsprogramm des Hauboldschen Betriebes, der sich zu einem typischen Unternehmen des allgemeinen Maschinenbaues entwickelte, den Bau von Spinnerei- inklusive Spinnereivorbereitungsmaschinen, von Perrotinen (für Drei-Farben-Druck), von Zentrifugen und Kalandern (insbesondere für die Papierindustrie), von Dampfmaschinen sowie "Copiermaschinen und Tabakverarbeitungsmaschinen als Nebenprodukte."¹¹⁹ Ein derartiger Fall von Zersplitterung in eine Vielfalt von Produkten steht jedoch nicht vereinzelt da; es gibt dafür noch weitere Beispiele: Für die Maschinenfabrik von Schwalbe & Sohn führt der Ausstellungskatalog der Chemnitzer Gewerbe- und Industrieausstellung des Jahres 1867 24 verschiedene Maschinen und Einrichtungen auf, worunter sich insbesondere Brauereianrichtungen und Textilmaschinen, daneben aber auch Waschmaschinen befinden.¹²⁰ Die Sächsische Stickmaschinenfabrik vorm. Albert Voigt in Kappel lieferte im Geschäftsjahr 1883/84 neben 51 Schiffchen- und Handstickmaschinen noch "ca. 100 Strickmaschinen, ca. 500 verschiedene Werkzeug- und Holzbearbeitungsmaschinen, Dampfmaschinen und Maschinentheile im Gesamtwert von Mk. 1 678 946".¹²¹ Und noch um 1895 enthielt das Maschinenangebot der Vogtländischen Maschinenfabrik neben Stickmaschinen (für Hand- und Schiffchenstickerei) und Vorbereitungsmaschinen für Webereien auch Druckmaschinen sowie Dynamomaschinen, Elektromotore und Beleuchtungsanlagen.¹²²

Im Verlaufe der Zeit ist die Produktion artverwandter Maschinenbauerzeugnisse oft in Produktionsabteilungen zusammengefaßt worden, um durch eine stärkere Konzentration der Produktion innerhalb eines Betriebes einen größeren Nutzeffekt zu erzielen. So existierten bei der Fa. Rich. Hartmann in der Zeit ihrer Umwandlung in eine Aktiengesellschaft (1870) insgesamt fünf verschiedene Abteilungen, nämlich je eine für Lokomotivbau, für Werkzeugmaschinenbau, für den Bau von Dampfmaschinen, hydraulischen Apparaten und Mühleneinrichtungen, für den Bau von Spinnereimaschinen sowie für den Bau von Webereianrichtungen.¹²³ In der Zwickauer Maschinenfabrik gab es gegen Ende des 19. Jahrhunderts Abteilungen für Dampfmaschinen-, Transmissions-, Bergwerksmaschinen- sowie Pumpenbau.¹²⁴

Jedoch machten vor allem die Spezialmaschinenfabriken bedeutende Fortschritte in ihrer Produktionsentwicklung. Nachdem bei Schönherr (gegründet 1854) innerhalb der ersten eineinhalb Jahre 100 Webstühle ausgeliefert worden waren¹²⁵, wurde bereits im Jahre 1857 der eintausendste Webstuhl produziert.¹²⁶ Die weitere Entwicklung zeigt eine "Lieferungstabelle", wonach der

119 Festschrift Haubold, a. a. O., S. 53 ff. - Die Angaben beziehen sich auf die Zeit um 1860.

120 Gedenkschrift Germania, a. a. O., S. 30.

121 Bueck, H. A., Eine Fahrt durch Sachsen's Industriebezirke, Düsseldorf 1886, S. 55.

122 Die sächsischen Aktien-Gesellschaften, a. a. O., S. 159 f

123 Sächsische Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann A. G., Jubiläumsschrift 1837 - 1912, Chemnitz 1912, S. 22.

124 Spindler, Heinrich, a. a. O., S. 93.

125 Wilhelm und Louis Schönherr, a. a. O., S. 321.

126 Ebenda, S. 325.

Webstuhl Nr.	10000	am	22.	2.	1872
"	"	"	10.	2.	1882
"	"	"	9.	4.	1887
"	"	"	29.	10.	1890
"	"	"	21.	5.	1895
"	"	"	27.	4.	1898
"	"	"	1.	12.	1900

das Werk verließ.¹²⁷ Hieraus ist zu erkennen, daß die Anzahl der ausgelieferten Webstühle pro Zeiteinheit beinahe kontinuierlich zunahm¹²⁸, wobei die eingetretenen Stockungen in der Regel durch Wirtschaftskrisen verursacht wurden. Die Intervalle bei den in dieser "Lieferungstabelle" angegebenen Zahlenwerten betragen im einzelnen 10,0; 5,2; 3,7; 4,7; 2,9 und 2,7 Jahre. In der ebenfalls 1854 gegründeten und Mitte der achtziger Jahre - mit 270 aufgestellten Werkzeugmaschinen und 560 Arbeitern - bedeutenden Papiermaschinenfabrik von Karl Krause in Crottendorf wurden zuletzt jährlich über 2 000 Maschinen - seit Entstehung dieses Betriebes insgesamt zirka 24 000 Papiermaschinen und ähnliche Erzeugnisse - ausgeliefert.¹²⁹

Bei Zimmermann in Chemnitz stiegen die jährlichen Lieferungen an Erzeugnissen des Werkzeugmaschinenbaues (umgerechnet in t) innerhalb von 15 Jahren in folgender Weise¹³⁰:

von	235 t	im Jahre	1858
auf	340 t	" "	1860
"	640 t	" "	1862
"	1 000 t	" "	1864
"	1 230 t	" "	1866
"	2 545 t	" "	1869
"	3 000 t	" "	1870
"	3 500 t	" "	1871
"	3 750 t	" "	1872.

Bis 1892 produzierte Erdmann Kircheis in Aue (1861 gegründet) über 85 000 Maschinen (in der Hauptsache für Blechbearbeitung) sowie etwa 25 000 Werkzeuge bei einer Jahresproduktion von zuletzt etwa 7 500 Maschinen.¹³¹ Die erst 1891 in Chemnitz gegründete Werkzeugmaschinenfabrik von Emil Köhler lieferte bis Ende 1899 bereits 1 500 Leitspindel- und Plandrehbänke aus¹³², und bei der Vogtländischen Maschinenfabrik kam nach etwa 15 Jahren Betriebszeit im April 1900 die dreitausendste Stickmaschine zum Versand.¹³³ Nicht unbeträchtlich waren in den siebziger und achtziger Jahren auch die Leistungen der Sächs. Eisenkompagnie in Cainsdorf.¹³⁴ In diesem Werk wurden produziert:

127 Sächsische Webstuhlfabrik (Louis Schönherr) Chemnitz, Denkschrift 1852 - 1927, Chemnitz 1927, S. 45 f.

128 Vgl. Schröter, Alfred, a. a. O., S. 99.

129 Bueck, H. A., a. a. O., S. 9.

130 Wulffen, Hasso, a. a. O., S. 6 f.

131 Die Groß-Industrie ..., Bd. 1, a. a. O.

132 Zöllner, C. W., Chemnitz am Ende des XIX. Jahrhunderts, a. a. O., S. 174.

133 Die sächsischen Aktien-Gesellschaften, a. a. O., S. 159 f.

134 Die Groß-Industrie ..., Bd. 1, a. a. O.

Jahr	an Roheisen	an Gußware	an Walzwerks- fabrikaten	an Fabrikaten der Maschinen- und Brückenbauanstalt
1875	2 848 t	4 026 t	13 864 t	2 500 t
1885	21 028 t	5 376 t	25 477 t	2 200 t
1888	24 227 t	7 375 t	32 526 t	3 403 t.

Im bedeutendsten Chemnitzer Unternehmen des allgemeinen Maschinenbaues, der Fa. Rich. Hartmann, konnte nach der Aufnahme des Lokomotivbaues 1847 im Jahre 1858 die hundertste, 1864 die zweihundertste und schon 1865 die dreihundertste Lokomotive ausgeliefert werden.¹³⁵ Die Anzahl der umgesetzten Maschinenbauerzeugnisse dieses Großbetriebes betrug bis zum Jahre 1885 bzw. bis Ende 1905 (im Gesamtwert von etwa 135 bzw. 356 Millionen Reichsmark)¹³⁶:

an Lokomotiven	1 441	bzw.	2 913	Stück
" Tendern	638	"	934	"
" Dampfmaschinen ("aller Systeme und Größen")	968	"	2 116	"
" Dampfkesseln	1 122	"	3 611	"
" Dampf- und Transmissionspumpen	333	"	907	"
" Dampfhämmern	194	"	331	"
" Laufkränen	145	"	310	"
" Eis- und Kühlmaschinenanlagen	-	"	486	"
" Turbinen	386	"	946	"
" Werkzeugmaschinen (für Eisen- und Holzbearbeitung)	4 361	"	10 482	"
" Textilmaschinen (einschließlich Zubehör)	22 887	"	63 029	"
davon: Spinnmaschinen und Selfaktors	5 013	"	9 562	"
Krempeln	3 912	"	8 200	"
"Wölfe"	505	"	1 084	"
Tuch- und Garn-trockenmaschinen	363	"	566	"
Webstühle	13 094	"	43 617	"
" sonstige Maschinen ¹³⁷	7 794	"	26 735	"

Weiterhin wurden zirka 6 452 t bzw. zirka 13 000 t Transmissionen ausgeliefert.

135 100 Jahre Hartmann Textilmaschinenbau. - Denkschrift, Berlin 1937. - Der Jahresumsatz dieses Unternehmens überschritt 1856 erstmalig die Grenze von 1/2 Mill. Talern, 1858 - im Zusammenhang mit der zunehmenden Lokomotivproduktion - die Grenze von 1 Mill. Talern (ebenda, S. 155 f.).

136 Bueck, H. A., a. a. O., S. 51; Lungwitz, Hermann, Richard Hartmann und der sächsische Maschinenbau, in: Bunte Bilder aus dem Sachsenlande, Bd. 1, Leipzig 1912, S. 340. - Aus der vorliegenden Übersicht geht hervor, daß die Produktion von Webstühlen am stärksten zugenommen hatte. Die Herstellung von Eis- und Kühlmaschinenanlagen war 1885 noch nicht aufgenommen worden.

137 Unter den für 1885 verzeichneten sonstigen Maschinen befanden sich 469 "Specialmaschinen für Geschoß- und Kanonenfabrikation" (Bueck, H. A., a. a. O., S. 51).

Die Analyse gewinnt noch an Aussagekraft, wenn wir die Pro-Kopf-Jahresleistungen der in einer Maschinenfabrik tätigen Arbeiter miteinander vergleichen. So gab es bei Zimmermann¹³⁸:

1858	(150 Arbeiter)	eine Pro-Kopf-Jahresleistung	von ca.	1,55 t
1860	(200 ")	" " " "	" "	1,70 t
1862	(300 ")	" " " "	" "	2,15 t
1864	(480 ")	" " " "	" "	2,10 t
1866	(600 ")	" " " "	" "	2,05 t
1869	(900 ")	" " " "	" "	2,85 t
1870	(950 ")	" " " "	" "	3,15 t
1871	(1 000 ")	" " " "	" "	3,50 t
1872	(1 050 ")	" " " "	" "	3,55 t.

Die für die Zeit um 1892 angegebene Jahresproduktion von etwa 7 500 Maschinen bei Kirchs, Aue, war die Leistung von etwa 500 Arbeitern, so daß hier auf den einzelnen Arbeiter in dieser Zeit im Durchschnitt etwa 15 Maschinen entfallen.¹³⁹

Eine weitere bemerkenswerte Erscheinung ist das in vielen Fällen recht lange bestehende enge Verhältnis zwischen Textil- und Maschinenbauindustrie.¹⁴⁰ So war zum Beispiel der Wirkwarenfabrik von Theodor Esche in der Zeit vor ihrer Übersiedlung nach Chemnitz eine eigene Maschinenbauanstalt angeschlossen worden, die um 1860 rund 110 Beschäftigte (Erwachsene und Kinder) zählte.¹⁴¹ Die 1867 gegründete Maschinenbauanstalt von Ernst Walther, Werdau, ging 1902 zur Baumwollzwirnerlei über und stellte den Maschinenbau ganz ein¹⁴², wohingegen die ebenfalls in Werdau entstandene Maschinenbauanstalt von C. E. Schwalbe sich mehr und mehr auf Spinnereimaschinen spezialisierte und eine daneben bestehende Spinnerei schließlich nur noch zu Versuchszwecken benutzte.¹⁴³ Und der Strumpfwarenfabrik von Herm. Stärker in Chemnitz wurde 1870 eine eigene Werkstatt für Wirkmaschinenbau, die 50 Arbeiter beschäftigte, angeschlossen.¹⁴⁴

Die Gründe für diese Veränderungen sind mannigfacher Natur. Sie bestehen unter anderem, wie bei Stärker, darin, ein erworbenes Patent auszunutzen.¹⁴⁵ In vielen Fällen dienen auch die Textilbetriebe den Maschinenbauanstalten zu Versuchszwecken. Aus derartigen "Versuchsanstalten" sind häufig im Laufe der Zeit selbständige Textilunternehmen hervorgegangen. Beide Betriebe blieben mitunter - noch häufig im Besitz eines Unternehmers oder einer Unternehmer-

138 Wulffen, Hasso, a. a. O., S. 6 f. - Die dort angegebenen Zentner wurden in t umgerechnet. Es handelt sich um jährliche Durchschnittsleistungen.

139 Vgl. Die Groß-Industrie ..., Bd. 1, a. a. O.

140 Blumberg, der sich auf Strauß, Rudolph, Die Lage und die Bewegung ..., a. a. O., S. 54 f., stützt, ist der Auffassung, daß dies bis Ende der dreißiger Jahre der Fall war (Blumberg, Horst, Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1965, S. 29 = Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, Bd. 3).

141 Vgl. den Abschnitt von Kunze, Arno, über die wirtschaftliche Entwicklung, in: Das Limbacher Land, Berlin 1962, S. 22 = Werte der deutschen Heimat, Bd. 5.

142 Jubiläumsfirmen des Handelskammer-Bezirktes Plauen, a. a. O., S. 148.

143 Die Groß-Industrie ..., Bd. 2, a. a. O.

144 Jubiläumsfirmen des Handelskammer-Bezirktes Chemnitz, a. a. O., S. 21.

145 Ebenda.

familie - selbständig nebeneinander bestehen, wobei ein solcher "Doppelbetrieb", wie bei Schwalbe, es ermöglichte, "in der Spinnerei reichliche Erfahrungen bezüglich der richtigen und vorteilhaften Konstruktion ihrer Maschinenbauerzeugnisse zu sammeln".¹⁴⁶

Zusammenfassend kann zur Produktionsentwicklung in der mittel- und westsächsischen Maschinenbauindustrie folgendes gesagt werden: Am Anfang des 19. Jahrhunderts herrschte die Produktion von Spinnereimaschinen (und Teilen davon) vor.¹⁴⁷ Neben der Produktion von Spinn- und anderen Textilmaschinen wurde, auch außerhalb von Chemnitz, nach und nach auch Dampfmaschinenbau betrieben. Nach Wieck gab es in Sachsen um 1840 18 Maschinenbauanstalten, die innerhalb der vorangegangenen 20 Jahre "für verschiedene Gegenstände der Fertigung", insbesondere aber für den Bau von Baumwollspinnmaschinen und Dampfmaschinen, entstanden sind.¹⁴⁸ "Bis Ende 1846 hatten 21 sächsische Maschinenbauwerkstätten 193 Dampfmaschinen mit 2 122,5 PS gebaut, davon 8 Chemnitzer (38%) allein 148 Maschinen (76%) mit 1 621 PS (76%). Aus Chemnitz stammten also mehr als 3/4 aller in Sachsen produzierten Dampfmaschinen mit mehr als 3/4 aller PS. Die Chemnitzer Betriebe müssen... im Landesmaßstab besonders leistungsfähig gewesen sein."¹⁴⁹ In dieser Zeit wurden in einigen Maschinenbauwerkstätten der erzgebirgischen Eisenhüttenindustrie in der Hauptsache Bergwerksmaschinen - wiederum vielfach verbunden mit der Herstellung von Dampfmaschinen - produziert.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war auch der mittel- und westsächsische Maschinenbau in mehrere Zweige aufgegliedert, wobei der Textilmaschinenbau dominierte. Die "eigentliche Spezialisierung" des Maschinenbaues fiel auch bei dem in diesem Beitrag erfaßten Territorium in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts.¹⁵⁰ Neben den Spinnereimaschinen- und den Webstuhlbau treten nun als eigenständige Textilmaschinenzweige unter anderem der Wirk- und der Strickmaschinenbau, wobei in diesen neuen Zweigen mitunter schon eine Beschränkung auf ganz bestimmte Maschinenarten festzustellen ist.¹⁵¹ In diese Zeitspanne fällt auch die Entwicklung eines nach und nach stark spezialisierten Werkzeugmaschinenbaues, der in Chemnitz und einigen seiner Vororte sein Zentrum findet.

146 Zöllner, C. W., Chemnitz am Ende des XIX. Jahrhunderts, a. a. O., S. 146. - Schwalbe hatte 1846 die erste in Sachsen mit Dampf betriebene Baumwollspinnerei errichtet (ebenda, S. 145).

147 Strauß, Rudolph, Der heimische Maschinenbau, a. a. O.

148 Wieck, Friedrich Georg, Industrielle Zustände Sachsens, a. a. O., S. 258.

149 Strauß, Rudolph, Die Lage und die Bewegung..., a. a. O., S. 58.

150 Vgl. Schröter, Alfred, a. a. O., S. 97.

151 Ein beträchtlicher Teil von spezialisierten Textilmaschinen wurde darüber hinaus von einigen Betrieben des allgemeinen Maschinenbaues produziert.

DIE ENTWICKLUNG DER VERKEHRSTRÖME UND DER VERKEHRSTRUKTUR AUF DER ELBE WÄHREND DES 19. JAHRHUNDERTS, UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG IM VERKEHRSGEBIET¹

von Hans-Joachim Rook

1. Einige Grundbegriffe des Binnenwasserverkehrs
 - 1.1. Verkehrsstrom
 - 1.2. Verkehrsstruktur
 - 1.3. Verkehrsgebiet
2. Karl Marx über die Transportindustrie
3. Das Schiff als Transportmittel in historischer Sicht
4. Periodisierung der Elbschiffahrt 1820 bis 1900
6. Zur räumlichen Begrenzung des Verkehrsgebietes der Elbe
- 6.1. Entwicklung der Elbschiffahrt von 1820 bis 1850
- 6.1. Wirtschaftsstruktur im Einzugsgebiet der Oberelbe Anfang des 19. Jahrhunderts
- 6.2. Ökonomische und politische Einflüsse auf die Elbschiffahrt zwischen 1820 und 1850
7. Entwicklung der Elbschiffahrt von 1850 bis 1870
 - 7.1. Die Eisenbahn als Konkurrenz des Schiffes
 - 7.2. Strukturwandel des Transportgutes
8. Entwicklung der Elbschiffahrt von 1870 bis 1900
 - 8.1. Der Einfluß des industriellen Aufschwungs
 - 8.2. Herausbildung typischer Verkehrsströme und Transportgutstrukturen
9. Zusammenfassung

Von der Gesellschaft als Transportwege genutzte Flüsse waren - und sind - ein bevorzugtes Objekt verkehrsgeographischer Untersuchungen, bieten sie sich doch als ein in seinen Dimensionen relativ abgesteckter Forschungsgegenstand an; denn Lage und Lauf der Wasserstraßen zeichnen die Verkehrswege im wesentlichen vor. Gleichzeitig werden - im Vergleich zu Schiene und Straße - die Möglichkeiten des Ausbaues und der Ergänzung schiffbarer Flüsse zu einem einheitlichen leistungsfähigen Wasserstraßennetz von der Natur aus weit stärker begrenzt. Dieser für

1 Die Darlegungen stützen sich auf eine vom Verfasser angefertigte Dissertation: Rook, Hans-Joachim, Die Entwicklung der Elbschiffahrt zwischen Hamburg und Bad Schandau im 19. Jahrhundert sowie deren Einfluß auf die Standortentwicklung des verarbeitenden Gewerbes längs des Stromes, phil. Diss. Potsdam 1970.

die Binnenschifffahrt im volkswirtschaftlichen Teilsystem des Verkehrswesens erhebliche Nachteile wird für die Erforschung der vielschichtigen Verkehrsprobleme zu einer gewissen Begünstigung. Dennoch ergeben sich bei Detailuntersuchungen, und das betrifft auch die in diesem Beitrag behandelte Thematik, teilweise erhebliche, nicht in jedem Fall zu überwindende Schwierigkeiten. Deshalb sollen zunächst einige allgemeine Probleme kurz skizziert werden.

1. Einige Grundbegriffe des Binnenwasserverkehrs

1.1. Verkehrsstrom

Ein als Binnenwasserstraße genutzter Fluß bietet, in seiner Gesamtheit betrachtet, die Ausbildung von nur zwei Verkehrsströmen: einen zu Berg und einen zu Tal gerichteten Verkehrsstrom. Die Summe beider ergibt den Gesamtverkehr. Schwieriger gestaltet sich eine Analyse räumlicher Verteilungen, die Ergründung regionaler Differenzierungen, kann doch an jeder Stelle des Ufers ein Umschlag erfolgen und sich somit - zugespitzt formuliert - von jeder Stelle entlang des Flusses aus ein Verkehrsstrom entwickeln. Erfolgt eine über eine Wasserstraße hinausgehende Analyse eines ganzen Stromgebietes, so kompliziert sich das Problem Verkehrsstrom mit der Anzahl schiffbarer Flüsse einschließlich Kanäle. Allein bei einem wechselseitigen Verkehr Hauptwasserstraße - Nebenwasserstraße ergeben sich theoretisch vier weitere Verkehrsströme (Hauptwasserstraße zu Berg - Nebenwasserstraße zu Berg, Hauptwasserstraße zu Tal - Nebenwasserstraße zu Berg, Nebenwasserstraße zu Tal - Hauptwasserstraße zu Berg, Nebenwasserstraße zu Tal - Hauptwasserstraße zu Tal). Hinzu kommen die die Hauptwasserstraße kreuzenden wechselseitigen Verkehrsströme zwischen den Nebenwasserstraßen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß die meisten Nebenwasserstraßen, ungeachtet ihrer Leistungsfähigkeit, bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts per Schiff befahren wurden. Noch vielschichtiger wird das Problem Verkehrsstrom, wenn zwei Stromgebiete in direkter Beziehung stehen (zum Beispiel Elbe - Oder). Im Rahmen dieses Beitrages beschränkte sich der Verfasser deshalb auf die dominierenden Verkehrsströme, zumal auch die Quellenlage zu einer gewissen Vereinfachung zwang.

1.2. Verkehrsstruktur

Bevor die Eisenbahn aufkam, wurden mit dem Schiff nicht nur Personen, sondern letztlich auch Waren aller Art transportiert. Allein die Anzahl der für die Elbe mit Verkündung der Elbschiffahrtsakte von 1821 zollermäßigten Güter betrug weit über einhundert Positionen. Ein Schiff zur damaligen Zeit kam einem fahrenden Warenhaus gleich. Selbst bei Herausbildung verkehrsbeherrschender Massengütertransporte gegen Ende des 19. Jahrhunderts blieb die Zusammensetzung der per Schiff auf der Elbe transportierten Waren sehr heterogen. Demzufolge kann hier nur eine Darlegung der typischen Entwicklungstendenz der Verkehrsstruktur anhand der für die Elbe signifikanten Warengruppen innerhalb der vorherrschenden Verkehrsströme erfolgen.

1.3. Verkehrsgebiet

Bei aller vorgegebenen Begrenzung des Verkehrsweges Binnenwasserstraße durch Lage und Lauf des schiffbaren Flusses und davon abhängig auch einer augen-

scheinlich vorgezeichneten Abgrenzung seines Einflußgebietes bleibt doch eine räumliche Begrenzung des Verkehrsgebietes eines Flusses oder gar eines Stromgebietes recht problematisch. Zu vielfältig sind die beeinflussenden Faktoren allein schon bei einer nur statistischen Betrachtung. Um so mehr gilt das aufgrund der Dynamik bei historischen Untersuchungen. Ausgeschlossen ist eine Begrenzung durch physisch-geographische oder hydrographische Fixpunkte, da es doch bei der Analyse der mit einem Verkehrsgebiet zusammenhängenden Fragen zugleich auch gesellschaftliche Erscheinungen zu untersuchen gilt. Möglichkeiten einer Begrenzung bestehen in einer Analyse des Einflusses einzelner Transportmittel bzw. Verkehrsträger, einzelner Waren, Warengruppen oder Hauptgruppen bis zu einer theoretischen Begrenzung auf der Grundlage von Frachtberechnungen. Bei dieser Kompliziertheit des Problems Verkehrsgebiet - eine eingehendere Behandlung würde den Rahmen der Veröffentlichung bei weitem sprengen und ist überdies auch nicht Inhalt dieses Beitrages - mußte auf eine exakte Begrenzung des Verkehrsgebietes der Elbe bewußt verzichtet werden. Andererseits dürfte sich aus der folgenden Darstellung der Entwicklung der für das Stromgebiet der Elbe typischen Standortverteilung der materiellen Produktion im 19. Jahrhundert eine gewisse Begrenzung dieses Verkehrsgebietes der Elbe im Rahmen der hier behandelten Thematik ergeben.

2. Karl Marx über die Transportindustrie

Karl Marx stellt in "Theorien über den Mehrwert" fest: "Außer der extraktiven Industrie, der Agrikultur und der Manufaktur existiert noch eine vierte Sphäre der materiellen Produktion, die auch die verschiedenen Stufen des Handwerksbetriebs, des Manufakturbetriebs und des mechanischen Betriebs durchläuft; es ist das die Lokomotionsindustrie, sei es, daß sie Menschen oder Waren transportiert."² Marx verweist dann darauf, daß sich das Verhältnis der produktiven Arbeit (Lohnarbeiter) zum Kapital in der Lokomotionsindustrie nicht von dem in den anderen Sphären der materiellen Produktion unterscheidet. Als für diese vierte Sphäre charakteristisch hebt Marx hervor, daß sich am Arbeitsgegenstand (den zu transportierenden Menschen und Waren - H. R.) eine materielle Veränderung in Form einer räumlichen Veränderung, einer Ortsveränderung vollzieht. Beim Transport von Menschen ist das aber nur ein vom Unternehmer geleisteter Dienst. Beim Transport von Waren vollzieht sich dagegen mit der Ortsveränderung eine Änderung des Gebrauchswertes. Dabei erhöht sich der Tauschwert in dem Maße, wie die Veränderung seines Gebrauchswertes Arbeit erfordert. Am Bestimmungs-ort findet das seinen Ausdruck aber nur (Hervorhebung - H. R.) in einer Verteuerung der Ware. Marx schreibt dann weiter: "Obgleich nun die reale Arbeit hier keine Spur am Gebrauchswert zurückgelassen hat" - und das ist das Besondere am Produktionsprozeß der Lokomotionsindustrie (Einfügung - H. R.) - , "ist sie dennoch im Tauschwert dieses materiellen Produkts realisiert, und so gilt also von dieser Industrie wie von den andren Sphären der materiellen Produktion, daß sie sich verkörpert in der Ware, obgleich sie keine sichtbare Spur an dem Gebrauchswert der Ware zurückgelassen."³ Im "Kapital" weist Marx darauf hin, daß es "aber selbstverständlich Industriezweige gibt, wo das Produkt des Produktionsprozesses kein neues gegenständliches Produkt, keine Ware ist.

2 Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26, T. 1, Berlin 1965, S. 387.

3 Ebenda, S. 388.

Ökonomisch wichtig davon ist nur die Kommunikationsindustrie, sei sie eigentlich Transportindustrie für Waren und Menschen, sei sie Übertragung bloß von Mitteilungen, Briefen, Telegrammen etc."⁴

3. Das Schiff als Transportmittel in historischer Sicht

Innerhalb der vierten Sphäre der materiellen Produktion, der Transportindustrie, hatte die Binnenschifffahrt in der Eisenbahnvorzeit eine maßgebliche Stellung inne. Das galt vor allem für den Fernverkehr. Ungeachtet einer Vielzahl verkehrs- und handelspolitischer Beschränkungen (Stapelrecht, Umladezwang, Zollprotektionismus), des damaligen Entwicklungsstandes der Produktivkräfte (wie er zum Beispiel in der Treidelei zum Ausdruck kam) sowie natürlicher Behinderungen (unzureichende Fahrwasserverhältnisse wegen mangelnder Regulierungen, Wasserstandsschwankungen, Vereisung) konnten auf Flüssen per Schiff größere Quantitäten schneller, sicherer und billiger bewegt werden, als es zu Lande per Wagen möglich war. Die Auswirkungen der gesellschaftlichen Verhältnisse und der natürlichen Bedingungen hemmten teilweise eine zweckentsprechende Entwicklung des Binnenschiffsverkehrs zwar erheblich; konnten jedoch nur in den seltensten Fällen diese Entwicklung aufhalten. Somit beeinflusste dieser Vorteil, den Flüsse boten, bei der ständig fortschreitenden nationalen und internationalen Arbeitsteilung eine forcierte Bedeutungszunahme des Binnenschiffsverkehrs und - in ursächlicher Beziehung dazu - die Herausbildung und Entwicklung bestimmter Verkehrsströme auf den Wasserwegen. Dabei standen Richtung, Umfang und Struktur der Warenbewegungen bei Abhängigkeit von der gesellschaftlichen Entwicklung in enger Wechselbeziehung zum Wirtschaftsgefüge des Verkehrsgebietes sowie zu den Zentren des inneren und den Schwerpunkten des äußeren Marktes.

4. Periodisierung der Elbschifffahrt 1820 bis 1900

Nachstehend sollen die sich im Verkehrsgebiet der Elbe während des 19. Jahrhunderts vollziehenden Veränderungen dargestellt werden. Bei der einleitend dargelegten Vielgestaltigkeit und Verflechtung der Probleme sowohl im zeitlichen Wechsel als auch im räumlichen Nebeneinander muß jedoch, eingedenk der mit einer Generalisierung verbundenen Gefahr der Vereinfachung, eine Beschränkung der Analyse der Genesis auf die Hauptrichtungen erfolgen. Zeitlich werden die Darlegungen eingeschränkt auf die Jahre von 1820 bis 1900. Innerhalb dieser Zeit können drei Entwicklungsstapen unterschieden werden⁵:

Von 1820 bis 1850. Diese Etappe wurde gekennzeichnet durch beträchtliche Fortschritte in der Industriellen Revolution. Sie fanden ihren Ausdruck in einer zunehmenden Spezialisierung der Produktion und in einer ständigen Erhöhung des Produktionsumfanges. Zu dieser Entwicklung verlief parallel ein ständiges Anwachsen des Verkehrsaufkommens, das sich auch in einer Ausdehnung der Transporte in der Elbschifffahrt widerspiegelte.

4 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 2, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 24, Berlin 1971, S. 60. - Zu dieser Problematik vgl. auch Jacob, Günter, Zum Gegenstand der Verkehrsgeographie, in: Geographische Berichte, Nr. 1/1962, S. 16 - 31.

5 Vgl. Rook, Hans-Joachim, a. a. O., S. 98 - 118.

Von 1850 bis 1870. Unter dem Einfluß des neuen Transportmittels Eisenbahn büßte das traditionelle Transportmittel Binnenschiff erheblich an Bedeutung ein, vermochte doch die Eisenbahn die mit der weiteren Entwicklung des Kapitalismus verbundenen Aufgaben besser zu erfüllen. Der Personenverkehr ging, abgesehen vom Touristenverkehr und von Vergnügungsfahrten, restlos an die Eisenbahn verloren. Der Transport auf den Nebenwasserstraßen stagnierte bzw. kam zum Erliegen. Die Entwicklung auf der Hauptwasserstraße Elbe zeigte eine verminderte Prosperität. Zugleich vollzog sich für die Binnenschifffahrt ein mit beträchtlichen Profiteinbußen verbundener Warenstrukturwandel hin zu den immer mehr dominierenden Massengütertransporten.

Von 1870 bis 1900. Die mit dem ökonomischen Aufschwung während des letzten Viertels des 19. Jahrhunderts zusammenhängende enorme Verkehrssteigerung vor allem bei den Massengütertransporten ließ auch die Leistungen der Elbschifffahrt beträchtlich ansteigen. Gerade das Schiff war aufgrund seiner Transportspezifität in der Lage, derartige Transporte über größere Entfernungen profitbringender zu transportieren. Gefördert wurde die Leistungsfähigkeit der Elbschifffahrt durch die endgültige Beseitigung von verkehrs- und handelspolitischen Behinderungen, durch tarifpolitische Maßnahmen sowie durch erhebliche Fortschritte im Schiffbau und im Ausbau der Wasserstraßen.

5. Zur räumlichen Begrenzung des Verkehrsgebietes der Elbe

Die vorliegende Darstellung beschränkt sich räumlich im wesentlichen auf die Binnenwasserstraße Oberelbe⁶ sowie die Nebenwasserstraßen Saale und Havel. Unberücksichtigt bleiben die wechselseitigen Verkehrsströme zwischen Berlin und dem Verkehrsgebiet der Oder, insbesondere Stettin (Szczecin) und Oberschlesien (Górny Śląsk).

Das Verkehrsgebiet der Oberelbe blieb bis zum Ende des siebenten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts politisch und ökonomisch zersplittert. Die Uferstaaten nach dem Wiener Kongreß 1815 waren: das Kaiserreich Österreich (Böhmen), die Königreiche Sachsen, Preußen und Hannover, das Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin, die Herzogtümer Anhalt und Holstein-Lauenburg sowie die Freie und Hansestadt Hamburg. Die aus der unterschiedlichen ökonomischen Entwicklung beim Übergang von der feudalen zur kapitalistischen Produktionsweise resultierenden ökonomischen Widersprüche beeinflussten bis in die zweite Hälfte des 19. Jahr-

6 Im Gegensatz zur physisch-geographischen bzw. hydrographischen Unterteilung eines Flusses in Ober-, Mittel- und Unterlauf - dementsprechend obere, mittlere oder untere Elbe bzw. Ober-, Mittel- und Unterelbe - wird bei der Betrachtung der Elbe als Wasserstraße grundsätzlich zwischen der Seewasserstraße "Unterelbe" und der Binnenwasserstraße "Oberelbe" unterschieden. Die Seewasserstraße "Unterelbe" erstreckt sich von Cuxhaven bis zur Gabelung der Elbe in Norder- und Süderelbe oberhalb Harburgs. Hier ist zugleich auch der Endpunkt der Binnenwasserstraße "Oberelbe", die gegenwärtig bis Kolin reicht. Im 19. Jahrhundert wurde unter "Oberelbe" im allgemeinen die Teilstrecke zwischen Melnik (Beginn der Schiffbarkeit) und Hamburg verstanden. Diese Teilstrecke wurde auch dem Elbzolltarif zugrunde gelegt, der mit Verkündung der Elbschifffahrtsakte von 1821 in Kraft trat. - Die vorliegenden Untersuchungen beschränken sich im wesentlichen auf den durch Bad Schandau und Hamburg begrenzten Teilabschnitt der Oberelbe.

hundreds entscheidend die oberelbische Binnenschifffahrt. Hinzu kam das Mitspracherecht ausländischer Staaten (so Dänemarks⁷) sowie die Abhängigkeit einzelner Uferstaaten von den politischen und ökonomischen Interessen ausländischer Mächte (vor allem Hannovers von Großbritannien). Ihren sichtbaren Ausdruck fanden all diese Gegensätze in den Bestimmungen der Elbschiffahrtsakte von 1821⁸ ebenso wie in den unbefriedigenden Ergebnissen der nachfolgenden Revisionstagungen. Zentrales Streitobjekt war stets die Zollabgabe.⁹ Österreich, Sachsen, Preußen und Hamburg versuchten, bei aller Wahrung eigener verkehrs- und handelspolitischer Interessen, letztlich doch Erleichterungen und Verbesserungen im Elbeverkehr in Richtung auf eine kapitalistisch orientierte Entwicklung durchzusetzen. Für das zu Österreich gehörende Böhmen war die Elbe ebenso wie für Sachsen ein wichtiger Verkehrsweg zum Überseehafen Hamburg. Vor allem galt das für die auf Im- und Export angewiesenen sächsischen Gewerbe, zumal Sachsen einer der gewerblich am weitesten entwickelten Uferstaaten überhaupt war. Immer stärker vollzog sich hier die Umwandlung der Manufaktur zur neuen, modernen Produktionsstätte, zur Fabrik. In Preußen waren mit Verkündung der Gewerbefreiheit 1810 günstige Voraussetzungen für eine kapitalistische Entwicklung geschaffen worden. Unterstützt wurden diese Bedingungen durch das 1818 eingeführte Schutz-zollsystem. Für Hamburg war die Elbeeiner der entscheidenden Verkehrs- und Handelswege im wechselseitigen Warenverkehr mit dem Binnenland. Deshalb befürwortete Hamburg nicht nur eine weitgehende Abgabenbefreiung des Elbeverkehrs, sondern trat auch für durchgreifende Regulierungsmaßnahmen ein. Demgegenüber versuchten die restlichen Uferstaaten soviel vom Feudalismus zu retten wie nur irgend möglich. Für die Agrarstaaten Mecklenburg und Anhalt bedeuteten die Zolleinnahmen eine wesentliche Aufbesserung ihres Etats. Das gleiche galt für Hannover, das außerdem bemüht war, den Verkehr über Harburg per Fuhrwerk durch das eigene Territorium zu lenken. Dänemark, das ein Mitspracherecht durch seine politische Oberhoheit über Lauenburg besaß, war bestrebt, den Verkehr in Richtung Sund zu leiten, um über den Sundzoll zu zusätzlichen Einnahmen zu gelangen. Der Zollverein von 1834 brachte zwar beträchtliche ökonomische Fortschritte; der deutsche Strombereich der Elbe wurde aber dadurch noch kein einheitliches Verkehrsgebiet, da sich Hannover, Mecklenburg, Lauenburg und Hamburg ihm nicht anschlossen. Erst mit dem Norddeutschen Bund 1867 existierte für den deutschen Oberelbeanteil ein "einheitlicher" Uferstaat. Mit der Verkündung der umfassenden Gewerbeordnung 1869, insbesondere der Aktiennovelle 1870, wurden dann in diesem einheitlichen Verkehrsgebiet die feudalbürokratischen Hemmnisse bei der Entwicklung einer großkapitalistischen Produktion weitgehend beseitigt.¹⁰ Der allgemeine ökonomische Aufschwung in dem 1871 geschaffenen Deutschen Reich brachte mit dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus, auch in Auswirkung auf die ökonomische Entwicklung im Verkehrsgebiet der Oberelbe, eine Verschärfung der diesen Produktionsverhältnissen innewohnenden antagonistischen Widersprüche.

Ausgehend von den gesellschaftlichen Veränderungen im Verkehrsgebiet der Oberelbe in der Zeit von 1820 bis 1900, erfolgt eine Darlegung der Entwicklung der Verkehrsströme und der Verkehrsstruktur unter besonderer Berücksichtigung

7 Der dänische König war zugleich Souverän des Herzogtums Holstein-Lauenburg.

8 Elbschiffahrtsakte von 1821 veröffentlicht in Preußische Gesetzsammlung für 1822, Berlin 1822, S. 9 ff.

9 Vgl. Fischer, Kurt, Eine Studie über die Elbschifffahrt in den letzten 100 Jahren, Jena 1907, S. 32 - 59.

10 Vgl. Engelberg, Ernst, Deutschland 1849 - 1871, Berlin 1964, S. 198.

6. Entwicklung der Elbschifffahrt von 1820 bis 1850

6.1. Wirtschaftsstruktur im Einzugsgebiet der Oberelbe Anfang des 19. Jahrhunderts

Deutschland war zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein Agrarland. Auch im Verkehrsgebiet der Oberelbe dominierte neben dem Textilgewerbe die Produktion in der Land- und Forstwirtschaft. Davon hatten die Zentren der Weizenproduktion wegen des Exports überregionale Bedeutung. Die Anbauggebiete lagen in der Kornkammer des Königreiches Sachsen - der Lommatscher Pflege -, in der Leipziger Tieflandsbucht sowie in der Magdeburger Börde.¹¹ Diese Weizenanbauggebiete entwickelten sich seit den dreißiger Jahren zugleich zu den wichtigsten Zentren des Zuckerrübenanbaus und einer darauf basierenden verarbeitenden Industrie. Daneben wurden, wie in den anderen Gebieten, Gerste, Roggen und Kartoffeln angebaut. Von den technischen Kulturen hatte der Anbau von Flachs in der Mark Brandenburg und im Königreich Sachsen größere Bedeutung. Bei der Viehwirtschaft muß die Schafzucht hinsichtlich der Wollproduktion in Anhalt und im sächsischen Königreich hervorgehoben werden. Struktur und Standortverteilung der agrarischen Produktion im Verkehrsgebiet der Oberelbe änderten sich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts nicht mehr wesentlich. - Die böhmischen Mittelgebirge mit ihrem Waldreichtum waren für weite Teile Deutschlands und anderer europäischer Länder wichtiger Lieferant an Holz. Es wurde auf den Zuflüssen der Elbe und dann weiter auf dem Strom vorwiegend zu Tal geflößt. - Hauptabnehmer von Getreide, Wolle und Holz war das industrialisierte Großbritannien.

In der gewerblichen Produktion hatte der damalige Stand der Produktivkräfte vorerst nur zu einer umfangreicheren Tätigkeit innerhalb der Textilerzeugung geführt. Die Grundlagen bildeten die heimischen Rohstoffe Wolle und Flachs sowie importierte Baumwolle und Garne. Das Verarbeitungszentrum war Sachsen. Leinen, größtenteils im Nebenerwerb produziert, wurde überall hergestellt. Weitere gewerbliche Konzentrationspunkte waren die Erzgewinnung, -verhüttung und -verarbeitung im Harz und im Erzgebirge sowie die Kupferproduktion im Mansfelder Raum. Außerdem waren die Mittelgebirge mit ihren Holz- und vielseitigen Natursteinvorkommen standortweisend für eine Holzbearbeitung und -verarbeitung sowie eine Bruch- und Pflastersteingewinnung nebst Steinwarenproduktion (Mühl- und Schleifsteine). Von den weiteren Rohstoffen waren vorerst noch die Salzvorkommen bei Halle, Staßfurt, Schönebeck und Lüneburg von Wichtigkeit. Diese Standorte versorgten das In- und Ausland mit Siedesalz. Im Königreich Sachsen konzentrierte sich des weiteren eine vielseitige Papier-, Porzellan- und Tonwarenproduktion auf der Grundlage örtlicher Rohstoffe und Energieträger. Umfangreiche Tonvorkommen an den Unterläufen der Saale und Havel bestimmten die Standortwahl zahlreicher Ziegeleien.

Als Einzelstandorte von überregionaler Bedeutung im Verkehrsgebiet der Elbe müssen die Produktions-, Konsumtions- und Handelszentren Hamburg, Magdeburg, Halle, Leipzig, Dresden und Berlin hervorgehoben werden. Hamburg als End- bzw. Ausgangspunkt des oberelbischen Schiffsverkehrs hatte sich nicht nur zum wichtigsten Export-Import-Hafen für das Verkehrsgebiet, sondern als einer der bedeutendsten Umschlag- und Zwischenhandelsplätze im Überseeverkehr über-

¹¹ Ein weiteres wichtiges Anbauggebiet waren die Elbtalböden in Böhmen.

haupt herausgebildet. Magdeburgs wirtschaftliche Entwicklung an der Elbe resultierte aus der Zwischenhändlerfunktion, basierend auf einem jahrhundertealten Stapel- und Umladerecht. Haupthandelsgegenstände waren heimische Agrar- und Gewerbeerzeugnisse (Getreide, Leinwand) sowie überseeische Nahrungs- und Genußmittel (Kaffee, Zucker). Halle an der Saale, dessen Aufschwung eng verbunden war mit den Salzvorkommen, wurde durch den Ausbau als brandenburg-preußische Konkurrenzstadt gegenüber dem sächsischen Leipzig weiter gefördert. Leipzig, obgleich an keiner schiffbaren Wasserstraße gelegen, hatte sich als jahrhundertealter traditioneller Messeplatz mit überregionaler Bedeutung zu einem der wichtigsten Handelszentren im Verkehrsgebiet der Elbe entwickelt. Dresden an der Elbe fungierte als Residenzstadt und war zugleich Umschlagplatz für die auf Fernabsatz bzw. Export orientierten sächsischen Gewerbe sowie Zwischenhandelsplatz. Eine besondere Stellung unter diesen Standorten nahm Berlin ein. Die nicht nur über Spree und Havel sowie Plauer Kanal mit dem Verkehrsgebiet der Elbe, sondern auch über Kanäle mit dem der Oder in Verbindung stehende Stadt hatte sich als kurfürstliche Residenz und später als Hauptstadt des Königreiches Preußen zu einem der bedeutendsten Einzelstandorte der Konsumtion entwickelt. Mit der Anlage neuer Verkehrsverbindungen und zahlreicher Manufakturen im Rahmen der merkantilistischen Wirtschaftspolitik wurde Berlin zugleich auch wichtiges Zentrum der Produktion und des Handels.

Diese wirtschaftlichen Verhältnisse im Verkehrsgebiet der Oberelbe einschließlich Struktur, unterschiedlicher Produktivität und Differenzierung in der Standortverteilung der materiellen Produktion, der Konsumtion und des Handels hatten die Herausbildung und Entwicklung bestimmter Verkehrsströme, den Umfang der Transporte und deren Struktur entscheidend mit beeinflußt. Signifikante Verkehrsströme auf der Oberelbe und ihren Nebenwasserstraßen waren zu Beginn des 19. Jahrhunderts die aus dem wechselseitigen Verkehr mit dem Überseehafen Hamburg resultierenden Verkehrsströme auf der Oberelbe zu Berg bzw. zu Tal sowie ein in der Talfahrt von Böhmen ausgehender dritter Verkehrsstrom. Über Hamburg wurden im Austausch von Erzeugnissen der bodenständigen Gewerbe sowie der Land- und Forstwirtschaft vor allem überseeische Nahrungs- und Genußmittel nebst gewerblichen Rohstoffen und Halbfabrikaten importiert. Aus Böhmen kamen vor allem forstwirtschaftliche Produkte. Diese vorherrschenden Verkehrsströme bestimmten dann auch den Umfang der Transporte in der räumlichen Verteilung.

6. 2. Ökonomische und politische Einflüsse auf die Elbschiffahrt zwischen 1820 und 1850

Der Gesamtverkehr Hamburg - Oberelbe betrug zu Beginn des dritten Jahrzehnts (1820/24) 151 000 Tonnen. Mit wachsender Entfernung von Hamburg nahm der Gesamtverkehr stets ab und erreichte damals bei Bad Schandau nur noch 32 000 Tonnen. Ursache war die einseitige Verkehrsbeziehung in der Bergfahrt. Die über Hamburg kommenden Importe verringerten sich ständig entlang der gesamten Oberelbe. Sprunghaft war der Verkehrsschwund an den Verkehrsschnittpunkten, vor allem an der Havel- und Saalemündung, ebenso an den Umschlagplätzen Magdeburg und Dresden. Die Transportverluste im Bergverkehr konnten insofern nicht ausgeglichen werden, als es bei der vorherrschenden agrarischen Wirtschaftsstruktur im Verkehrsgebiet der Oberelbe keine Waren gab, die sich unterwegs zu laden lohnten. Da gleichartige Produkte längs des Stromes erzeugt wurden, gab es auch nichts auszutauschen. Anteilmäßig überwog der Talverkehr die Gegenrichtung - Ausdruck des Exports agrarischer Erzeugnisse von hohem Gewicht je Werteinheit gegenüber einem Import von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertig-

waren von geringerem Gewicht je Wertseinheit. Der Umfang des Talverkehrs betrug bei Hamburg für die Zeit 1820/24 79 000 Tonnen. Zu Berg wurden 72 000 Tonnen verladen. Bad Schandau passierten in der gleichen Zeit zu Tal 28 000 Tonnen, zu Berg ganze 4 000 Tonnen.¹² Beim damaligen Entwicklungsstand der Produktivkräfte gestaltete sich der weitere Bergverkehr schwierig. Deshalb gingen die Warentransporte von Sachsen aus größtenteils per Achse weiter. Umfang und räumliche Verteilung der Warentransporte sind dargestellt in Abbildung 1 (siehe Anhang).

Die Struktur des von Hamburg ausgehenden Bergverkehrs und somit auch des Bergankunftsverkehrs der Binnenumschlagplätze charakterisierten insbesondere Rohrzucker, Kaffee, Garne und Baumwolle.¹³ Den Export nach Hamburg und somit auch den Talabgangsverkehr der Binnenhäfen beherrschten Getreide und Hülsenfrüchte sowie Holz.¹⁴ Die jeweiligen Anteile, bezogen auf den Hamburg-Oberelbe-Verkehr, sind für das Jahr 1820 dargestellt in Abbildung 2 (siehe Anhang). In der Einfuhr aus Böhmen dominierte Holz, das größtenteils per Floß versandt wurde. Diese Importe sowie Steine aus dem Elbsandsteingebirge in mehr oder weniger bearbeiteter Form kennzeichneten die Warenstruktur des Talankunftsverkehrs der Binnenumschlagplätze.

Gegenüber diesen zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf der Oberelbe vorherrschenden Verkehrsströmen spielten alle weiteren Warentransporte sowohl innerhalb des Verkehrsgebietes als auch mit dem der Oder quantitativ eine untergeordnete Rolle, wengleich auch sie ihre spezifische Bedeutung hatten. Der wechselseitige Transit Hamburg - Oder dürfte nach Schätzungen auf der Grundlage der allgemeinen Verkehrssituation einen Anteil von 10 Prozent, gemessen am Gesamtverkehr Hamburg - Oberelbe, nicht wesentlich überschritten haben.¹⁵ Auch hier transitierten quantitativ mehr Güter zu Tal, insbesondere Zink aus Oberschlesien, als zu Berg. Der wechselseitige Verkehr Elbe - Stecknitzkanal beschränkte sich weitgehend auf einen Warenverkehr zwischen Hamburg und Lübeck. Die Anteile werden ebenfalls bei 10 Prozent gelegen haben.¹⁶ Bemerkenswert sind die gegen Ende des zweiten Jahrzehnts noch einmal angestiegenen Transporte auf der Ilmenau. 1818 wurden allein über 20 000 Tonnen Kaufmannswaren vor allem zwischen Hamburg bzw. Harburg und dem einst wichtigen Zwischenhandelsplatz Lüneburg bewegt.¹⁷ Diese Funktion büßte diese Stadt jedoch in der nachfolgenden Zeit, insbesondere nach Eröffnung der Eisenbahn Harburg - Lehrte 1847, endgültig ein.

Schwierig ist es, anteilmäßige Angaben zu machen über die die Elbe kreuzenden wechselseitigen Verkehrsströme Saale - Havel, über die wechselseitigen Trans-

12 Zahlenangaben vgl. Rook, Hans-Joachim, a. a. O., Tab. 1 u. 4.

13 Weiterhin wichtig waren im Bergtransport: Nahrungs- und Genußmittel wie Südf Früchte, Wein, Kakao, Gewürze, Tabak, Öle, Fette; Häute, Felle; Halbfabrikate wie Soda und Schwefel.

14 Zu Tal wurden außerdem verfrachtet: Erzeugnisse verarbeitender Gewerbe wie Baumwoll- und Leinenwaren, Mehl und andere Mühlenerzeugnisse, Spiritus sowie Glas-, Papier-, Holz-, Töpfer- und Steinwaren.

15 Vom Verfasser unter Zugrundelegung der allgemeinen Verkehrsentwicklung anhand der in den Tabellarischen Übersichten des Hamburgischen Handels, Jg. 1849, veröffentlichten Angaben geschätzt.

16 Vgl. Rook, Hans-Joachim, a. a. O., S. 130 u. Tab. 6.

17 Vgl. Witthöft, Harald, Das Kaufhaus in Lüneburg, Lüneburg 1962, S. 185 f. - Zum Begriff "Kaufmannswaren" vgl. Anm. 18 des vorliegenden Beitrags.

porte zwischen Elbe-Saale-Gebiet und den Verkehrsgebiet der Oder sowie über den in der Talfahrt von der Oberelbe über die Havel nach Berlin gerichteten Verkehrsstrom. Nachweislich wurden von der Saale Erzeugnisse des Bergbaus und der Landwirtschaft, so Salz und Getreide, nach Berlin befördert. Aus Berlin und dem Havelgebiet kamen Manufakturwaren, Lumpen, Raps- und Rübensaat. Magdeburg erhielt über Stettin sogenannte Kaufmannswaren¹⁸ sowie aus Oberschlesien Zink. Von Stettin aus wurde Kreide ins Saalegebiet transportiert. Aus Böhmen und dem Königreich Sachsen gingen Roh- und Energiestoffe, Manufakturwaren sowie Nahrungs- und Genußmittel nach Berlin. Die Gesamtanteile aller dieser letztlich den Plauer Kanal passierenden Verkehrsströme betragen für die Zeit 1820/24 rund 30 Prozent, gemessen am Gesamtumfang des Elbeverkehrs oberhalb der Kanalabzweigung. Dabei überwog der zur Havel gerichtete Verkehrsstrom den Warentransport in der Gegenrichtung: Er war mengenmäßig etwa doppelt so groß.¹⁹

Mit Überwindung der Auswirkungen der Napoleonischen Fremdherrschaft, insbesondere der Kontinentalsperre, und der Agrarkrise der zwanziger Jahre normalisierte sich zunehmend auch wieder der Schiffsverkehr auf der Oberelbe. Erhöhte Getreideexporte, die Schaffung des Zollvereins und die durch die Industrielle Revolution bewirkte schnellere Entwicklung der Produktivkräfte ließen in den dreißiger und vierziger Jahren das Verkehrsbedürfnis erheblich ansteigen. Von 1820/24 bis 1845/49 erhöhte sich der Umfang der auf der Strecke Hamburg - Oberelbe beförderten Transporte durchschnittlich auf rund das Dreifache. Auf einzelnen Teilstrecken lag die Steigerungsrate noch höher. Der Durchgangsverkehr bei Bad Schandau stieg auf nahezu das Fünffache an.²⁰ Diese allgemeine Tendenz stetiger Verkehrssteigerung zeigten auch die wechselseitigen Verkehrsströme zwischen der Oberelbe und den Nebenwasserstraßen, insbesondere der Havel und Saale (siehe dazu Anhang, Abbildung 1). Namentlich der verstärkte Einsatz der Dampfmaschine im verarbeitenden Gewerbe, der fortschreitende Übergang zur fabrikmäßigen Produktion im Königreich Sachsen, die im Elbe-Saale-Gebiet nicht zuletzt durch die Anlage von Zuckerfabriken geförderte Industrialisierung, die Erschließung der Braunkohle- und Salzvorkommen im Raum Magdeburg - Halle - Leipzig sowie der beginnende Ausbau von Eisenbahnverbindungen steigerten allgemein das Verkehrsaufkommen. Das galt sowohl für den An- als auch für den Abtransport bestimmter Roh- und Energiestoffe, Halbfabrikate und Fertigwaren. So erhöhten sich die Anteile beim Import von Garnen und Baumwolle, Eisenwaren, Roh- und Bruch Eisen, Steinkohle und Koks. Zunehmend wurde, neben dem Holz, böhmische Braunkohle in der Talfahrt verfrachtet (siehe dazu Anhang, Abbildung 2, Stichjahr 1845).

Mit der weiteren Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise auch im Verkehrsgebiet der Oberelbe muß jedoch berücksichtigt werden, daß Reformvorschläge des Wiener Kongresses von 1815 zur Schifffahrt nicht verwirklicht wurden, so daß diese von feudalen Privilegien weiterhin behindert wurde. Hauptursache waren die fortbestehende territoriale Zersplitterung im Verkehrsgebiet der Oberelbe und die damit einhergehende Verfolgung partikularistischer Interessen durch die Anliegerstaaten, woraus verkehrs- und handelspolitische Widersprüche resultierten. Zwar wurde mit Verkündung der Elbschiffahrtsakte von 1821 die

18 Unter "Kaufmannswaren" wurden importierte Nahrungs- und Genußmittel sowie hochwertige Halbfabrikate und Rohstoffe zusammengefaßt; u. a. Zucker, Kaffee, Baumwolle, Garne, Gewürze, Wein.

19 Vgl. Rook, Hans-Joachim, a. a. O., S. 134 - 136 u. Tab. 10.

20 Ebenda, S. 98 - 118.

Monopolstellung der Schiffergilden beseitigt und die Schifffahrt für jedermann freigegeben, Stapel- und Umladerechte wurden aufgehoben sowie die Zollstellen von 35 auf 14 reduziert und durch eine tarifliche Staffelung der Waren in einzelne Zollklassen Teilermäßigungen gewährt. Bei den Haupthandelsgegenständen mußte jedoch der volle Zollsatz gezahlt werden. Für die Kähne war, in Abhängigkeit von der Größe der Fahrzeuge, eine Rekognitionsgebühr zu entrichten.²¹ Zölle und Rekognitionsgebühren betrugten oft mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben für den Transport.²² Regulierungsmaßnahmen zur Verbesserung des Fahrwassers waren in der Elbschiffahrtsakte nur in allgemeiner Form festgelegt.²³ Die Zwangsabgaben und der unregulierte Strom erwiesen sich bei den steigenden Verkehrsanforderungen so lange aber nicht als unüberwindbare Hindernisse, wie im Verkehrsgebiet der Oberelbe gerade bei der Zunahme der Transporte von weiteren Roh- und Energiestoffen im Fernverkehr die Warenbeförderung zu Wasser derjenigen zu Lande überlegen blieb. Diese Position schien sich mit Beginn eines regelmäßigeren Dampfschiffsverkehrs auf der Oberelbe Ende der dreißiger Jahre noch zu festigen. Insonderheit galt das mit Aufnahme der regelmäßigen Schleppschifffahrt zu Beginn der vierziger Jahre.

7. Entwicklung der Elbschifffahrt von 1850 bis 1870

7.1. Die Eisenbahn als Konkurrenz des Schiffes

Mit der Entwicklung der Eisenbahn vollzogen sich auch im Verkehrsgebiet der Oberelbe grundlegende Veränderungen innerhalb des Transportwesens. Gegenüber

21 Vgl. Elbschiffahrtsakte v. 25. 6. 1821, in: Preußische Gesetzsammlung für 1822, a. a. O., S. 9 ff. - In Artikel 9 wurden erstmalig ein fester Zollsatz für die Elbe auf der Strecke Melnik (Mělník) - Hamburg mit 1 Tlr. 3 Sgr. und 6 Pfg. sowie die davon auf die einzelnen Uferstaaten entfallenden Quoten festgelegt. Außerdem erfolgte in Artikel 10 eine Abstufung des Normaltarifs in 6 Klassen zu $\frac{1}{1}$, $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{5}$, $\frac{1}{10}$, $\frac{1}{20}$, und $\frac{1}{40}$ des festen Zollsatzes. Diesen Klassen wurden bestimmte Waren zugeteilt.

Artikel 11 legte die Rekognitionsgebühr fest:

Klasse I	bis 20 t	3 Rtlr. 16 Sgr.
Klasse II	20 bis 50 t	7 Rtlr. 20 Sgr.
Klasse III	50 bis 90 t	11 Rtlr. 12 Sgr.
Klasse IV	90 t u. darüber	14 Rtlr. 16 Sgr.

Da diese Abgaben nur nach der absoluten Ladungsfähigkeit berechnet wurden, machte sich die Gebühr besonders nachteilig bemerkbar, wenn bei Niedrigwasser nur mit dreiviertel oder halber Ladung gefahren werden konnte.

22 Die Kosten von 75 t in einem Kahn III. Klasse von Hamburg nach Sachsen betrugten insgesamt 1 086 Tlr. und 2 Sgr. Davon entfielen auf Elbzoll und Rekognitionsgebühr 559 Tlr. und 5 Sgr., auf die Fracht 526 Tlr. und 27 Sgr. Dieses Mißverhältnis von 51 : 49 erhöhte sich beim Transport von Hamburg nach Böhmen sogar auf 70 : 30 (vgl. Fischer Kurt, a. a. O., S. 62).

23 Erst mit Verkündung der Elbschiffahrts-Additionalakte 1844 (vgl. Preußische Gesetzsammlung für 1844, Berlin 1844, S. 457 ff.) wurde aufgrund der Auswirkungen des Dürrejahres 1842 ein konkretes Regulierungsziel festgelegt. Danach sollte für die Strecke Melnik - Hamburg eine Fahrwassertiefe von 0,94 m geschaffen werden, damit "normale" Kähne jederzeit mit halber Ladung bei einer Tauchtiefe von 0,84 m verkehren konnten.

den traditionellen Verkehrsmitteln vermochte die Eisenbahn die mit der kapitalistischen Wirtschaft verbundenen neuen Aufgaben besser zu erfüllen, da sie Transporte schneller, pünktlicher, regelmäßiger und auch - soweit es sich nicht um über größere Entfernungen zu befördernde Rohmaterialien mit hohem Gewicht je Werteinheit handelte - billiger bewältigen konnte. Deshalb wurden auch, ausgehend von den bestehenden Verkehrsströmen im Oberelbegebiet und dem zu erwartenden Neuverkehr als Grundlagen zur Absicherung ausreichender Dividenden für die Eisenbahnaktionäre, die Verbindungen zwischen den führenden Gewerbe-, Konsumtions- und Handelszentren nacheinander hergestellt. 1839 erfolgte mit der Verkehrsübergabe der Verbindung Dresden - Leipzig die Eröffnung der ersten Fernlinie in Deutschland überhaupt. Rund 25 Jahre danach bestanden bereits zwischen den wichtigsten Konzentrationspunkten der Produktion, der Konsumtion und des Handels, zwischen Hamburg, Berlin, Magdeburg, Halle, Leipzig und Dresden bis hin nach Prag wechselseitige Eisenbahnverbindungen. Der Warenverkehr zwischen diesen Zentren war aber zugleich mit einer der entscheidenden Grundlagen der oberelbischen Schifffahrt. Die Eisenbahn vermochte jedoch nicht nur regelmäßiger, pünktlicher und schneller, sondern auch selbst bei lohnenden Profiten für die Aktionäre zu niedrigeren Preisen zu transportieren, als es per Schiff auf der Oberelbe wegen der weiterbestehenden Zollabgaben möglich war.

Bei den Haupthandelsgegenständen betragen die Zölle teilweise weit mehr als 50 Prozent der Gesamttransportkosten.²⁴ Eine derartige, für die Schifffahrt äußerst ungünstige Kostengestaltung hatte unter dem Einfluß sich verschärfender Konkurrenz mit der weiteren Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zwangsläufig erhebliche Veränderungen im Schiffsverkehr auf der Oberelbe zur Folge. Immer mehr wurde die Binnenschifffahrt als unentbehrliches und leistungsfähigstes Transportmittel zurückgedrängt. Der Verkehr auf einzelnen, in ihren natürlichen Möglichkeiten ohnehin begrenzten Nebenwasserstraßen, so Aland, Jeetzel, Elde und Ilmenau, stagnierte, reduzierte sich auf einen Lokalverkehr oder wurde ganz eingestellt. Der wechselseitige Verkehr Elbe - Stecknitzkanal ging mit Eröffnung mehrerer Bahnlinien nach 1850 (Lauenburg - Büchen, Lübeck - Büchen, Hamburg - Lübeck) immer mehr zurück und hörte 1878 ganz auf.²⁵ Der wechselseitige Elbe - Saale-Verkehr konnte nur noch seinen Stand aufrechterhalten. Während 1850/54 durchschnittlich insgesamt 2 099 beladene Kähne die Schleuse Calbe passierten, belief sich diese Zahl 1865/69 auf 2 138.²⁶ Unbedeutend wurden

24 Beim Transport eines Zentners Kaffee von Hamburg bzw. Harburg nach Magdeburg betragen per Schiff die Gesamtkosten 12 Sgr. 6 Pfg. Davon waren allein 6 Sgr. 9 Pfg. Elbzoll. Die Kosten per Eisenbahn betragen über Wittenberge 10 Sgr. 2 $\frac{4}{10}$ Pfg., von Harburg über Hannover 10 Sgr. 3 Pfg. Diese Beispiele lassen sich aus der Literatur beliebig fortsetzen (vgl. Fischer, Kurt, a. a. O., S. 116).

25 Vgl. Rook, Hans-Joachim, a. a. O., S. 129 - 138 u. Tab. 5 - 8.

26 Vgl. Hübner, Otto, Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, 2. Jg., Leipzig 1854, S. 488, 5. Jg., Leipzig 1857, S. 275; Preußische Statistik, hg. v. Königl. statistischen Bureau Berlin, Nr. 1 - 4, 8, 9, 11, 13, 20, 22; Jahresbericht der Handelskammer für Halle, der Saaleörter und Eilenburg für die Jahre 1857 - 1869. - Die Zahlen lassen keine absoluten Vergleiche zu, da Hinweise über Tragfähigkeit und Auslastung der Kähne fehlen. Die Angaben spiegeln aber die in der Literatur immer wieder hervorgehobene Tendenz der Stagnation des Saaleverkehrs im 6. u. 7. Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts wider. Bis 1835/39 hatten noch durchschnittlich 4 606 beladene Kähne die Schleuse Calbe passiert (vgl. Zentrales Staatsarchiv Merseburg, Rep. 120 C, XV, 8 a, Nr.

die die Elbe kreuzenden wechselseitigen Verkehrsströme Saale - Havel einschließlich des Oderverkehrsgebietes mit einem Anteil von rund 3,5 Prozent gemessen am Gesamtverkehr der Schleuse Calbe. Auch der Wittenberge passierende wechselseitige Elbe-Havel-Verkehr zeigte gerade im sechsten und siebenten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts durch die Eisenbahnkonkurrenz erhebliche Anzeichen einer Stagnation. Einzelne Jahre wiesen sogar eine rückläufige Tendenz auf.²⁷ Der wechselseitige Transitverkehr Hamburg - Oder-Verkehrsgebiet erlitt ebenfalls einen beträchtlichen Verkehrsschwund, verstärkt durch mehrere aufeinanderfolgende Niedrigwasserjahre im Odergebiet. Gemessen am Hamburg-Oberelbe-Verkehr sanken die Anteile unter 5 Prozent ab. Der Bergverkehr erlitt dabei die größeren Einbußen.²⁸

Der Verkehr auf der Oberelbe, zunächst im Hinblick auf die wechselseitigen Verkehrsströme mit Hamburg betrachtet, zeigte, mit Beginn des Eisenbahnzeitalters zwar beträchtliche Schwankungen in den Zuwachsraten einzelner Jahre, generell aber eine anhaltende Aufwärtsentwicklung. Während sich der Verkehr von 1820/24 bis 1845/49 verdreifachte, stieg er von 1845/49 bis 1870/74 jedoch nur noch auf knapp das Eindreivertelfache (siehe dazu Anhang, Abbildung 1).²⁹ An dieser geringen Steigerung wird durchaus der nachteilige Einfluß der Eisenbahn auf den Schiffsverkehr erkennbar, zumal einzelne, den Wasserwegen im Verkehrsgebiet parallel verlaufende Eisenbahnen, so Berlin - Hamburg, in der gleichen Zeit Verkehrssteigerungen von mehreren hundert Prozent aufwiesen.³⁰

3, Vol. 2). Hier ist ein direkter Vergleich mit den obigen Zahlen noch schwieriger, da die Tragfähigkeit der Kähne allgemein im Verlauf des 19. Jahrhunderts zunahm, so daß selbst mit einer zahlenmäßigen Abnahme der die Schleuse Calbe passierenden beladenen Kähne nicht unbedingt eine mengenmäßige Abnahme des Verkehrs verbunden gewesen sein muß.

27 Vgl. Rook, Hans-Joachim, a. a. O., S. 133 f. u. Tab. 9. - Danach zeigte der Wittenberge passierende wechselseitige Elbe-Havel-Verkehr im 6. u. 7. Jahrzehnt folgende Entwicklungstendenz (in 1000 t):

Zeit	zu Berg	zu Tal	Gesamt
1850	58	90	148
1855	128	145	273
1860	130	153	283
1865	112	130	242
1869	162	150	312

Da diese Entwicklung durch einen von Hamburg nach Berlin gerichteten Verkehrsstrom wesentlich mitbeeinflusst wurde, scheint es fraglich, ob die Einschätzung von Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 2. 2, Aufl., Berlin 1973, S. 149, daß auf den märkischen Wasserstraßen in den 50er und 60er Jahren mit Einführung der Schlepsschiffahrt der durch die Konkurrenz der Eisenbahn zunächst einsetzende Rückgang der Schifffahrt überwunden wurde, in dieser Ausschließlichkeit aufrechterhalten werden kann, zumal es bei Mottek dann weiter heißt: "Es kam sogar im Zusammenhang mit dem Aufschwung der Berliner Industrie zu einer neuen Ausdehnung, wobei sich die Zusammensetzung der beförderten Güter ähnlich wie bei der Rheinschiffahrt änderte." (Ebenda.)

28 Vgl. Tabellarische Übersichten des Hamburgischen Handels, Jgg. 1850 - 1869.

29 Vgl. Rook, Hans-Joachim, a. a. O., S. 98 - 118.

30 So stieg der Güterverkehr auf der Bahnlinie Berlin - Hamburg von 58 336 t 1848 auf 386 280 t.1869 (vgl. Fischer, Kurt, a. a. O., S. 121).

7. 2. Strukturwandel des Transportgutes

Sichtbar im ganzen Ausmaß werden die Auswirkungen des neuen Transportmittels auf das traditionelle Transportmittel Schiff aber erst bei einer über die ausschließliche Betrachtung der nackten Verkehrsziffern hinausgehenden Analyse der Warenstruktur. Dabei zeigte sich innerhalb weniger Jahre ein erheblicher Strukturwandel. Beliefen sich die Warenanteile des Wittenberge passierenden Gesamtverkehrs, für die der volle Zollsatz zu entrichten war (1/1)³¹, im Zeitraum 1840/44 auf 32,1 Prozent des Transportgutes, so waren es 1850/54 nur noch 5,5 Prozent.³²

Der Warenstrukturwandel hatte im Hamburg-Oberelbe-Verkehr schlagartig mit Eröffnung der Eisenbahn Berlin - Hamburg Ende 1847 eingesetzt. Die mit Zöllen am höchsten belasteten Waren "wanderten" ab zur Schiene. Im Bergverkehr waren es vor allem Kaffee, Garne, Baumwolle und Zucker. Beim Zucker machte sich jedoch schon ein Importrückgang wegen zunehmender Eigenproduktion aus Zuckerrüben bemerkbar. Im Talverkehr wurden die Anteile von Zink, Manufakturwaren und weiteren Erzeugnissen bodenständiger Gewerbe immer geringer. Diese grundsätzlichen Veränderungen innerhalb der Warenstruktur des wechselseitigen Hamburg - Oberelbe-Verkehrs gibt nachstehende Übersicht wieder (vergleiche dazu auch Anhang, Abbildung 2).

Anteilmäßige Warenveränderungen im Güterverkehr bei Wittenberge auf der Elbe und auf der Eisenbahn Berlin - Hamburg
(in %)³³

Waren	Zollsatz	Transportweg	1846	1850	1856

Elbe zu Berg und auf der Bahn nach Preußen					
Kaffee	1/1	Elbe	100	41	21
		Eisenbahn		59	79
Zucker (roh)	1/1	Elbe	100	38	10
		Eisenbahn		62	90
Garne	1/1	Elbe	100	5	1
		Eisenbahn		95	99
Baumwolle	1/1	Elbe	100	38	17
	ab 1851	Eisenbahn		62	83
	1/2				

Elbe zu Tal und auf der Bahn von Preußen					
Zink	1/1	Elbe	100	72	22
		Eisenbahn		28	78
Manufakturwaren	1/1	Elbe	100		
	ab 1851	Eisenbahn		100	100
Spiritus	1/1	Elbe	100	43	1
		Eisenbahn		57	99

31 Zur Begriffserklärung vgl. Anm. 21.

32 Vgl. Fischer, Kurt, a. a. O., S. 106.

33 Berechnet nach Angaben in: ebenda, S. 122 - 129.

Und diese Warenstrukturveränderungen waren letztlich Hauptursache dafür, daß die Schifffahrt auf der Oberelbe in ihrer Existenz bedroht wurde; denn die Haupt-handelsgegenstände, deren Transport die wichtigste Einnahmequelle der Partikuliäre darstellte, waren die mit Zöllen am höchsten belasteten Güter und konnten somit von der Eisenbahn "wohlfeiler" transportiert werden. Fertigwaren, Halb-fabrikate und Rohstoffe von geringerem Gewicht je Werteinheit, vor allem sogenannte Stückgüter, "wanderten" ab zur Schiene. Die Binnenschifffahrt auf der Oberelbe, die ihre Transporte nur durch Rohmaterialien von hohem Gewicht je Werteinheit steigern konnte, erlitt beträchtliche Profiteinbußen.

Dampfschiffe im Schleppverkehr vermochten ob ihrer Leistungsschwäche keinen Ausgleich zu schaffen. Außerdem wirkten sich höhere Geschwindigkeiten wegen der Wartezeiten an den Zollstellen nur begrenzt auf die Fahrtdauer aus. Zugleich machten sich jetzt die teilweise miserablen Fahrwasserhältnisse, die während der Niedrigwasserperioden zu erheblichen Betriebsstörungen führten, besonders nachteilig bemerkbar. Vorübergehende Zollermäßigungen und die ständige, sich am Rande des Existenzminimums bewegende Anpassung der Frachtsätze vermochten die Stellung der Binnenschifffahrt im verstärkten Konkurrenzkampf mit der Eisenbahn gerade noch zu behaupten. Unaufhaltsam schritt der Prozeß des Waren-strukturwandels fort. So stiegen die Anteile der Warengruppen zu 1/40 des Elbzoll-satzes³⁴ an dem Wittenberge passierenden Gesamtverkehr von 20, 1 Prozent im Zeitraum 1840/44 auf 46, 9 Prozent im Zeitraum 1850/54.³⁵ Immer mehr mußte sich die Schifffahrt - zumal der generelle Vorteil des Schiffes im Transport min-dereiliger Massengüter liegt - auf Rohmaterialien von hohem Gewicht je Wert-einheit umorientieren.

Grundlage des Hamburg-Oberelbe-Verkehrs bildeten die Einfuhren bestimmter Roh- und Energiestoffe sowie Düngemittel, deren Bedarf im Verkehrsgebiet der Oberelbe mit fortschreitender Industrialisierung über die eigenen Deckungsmög-lichkeiten hinaus stimuliert wurde. Im Bergverkehr überwogen deshalb zunehmend Roh- und Bruchstein, Steinkohle und Koks aus England sowie Guano und Salpeter aus Chile. In der Talfahrt gingen aufgrund steigenden Eigenverbrauchs die Ge-treideexporte zurück. Es dominierten jetzt Nutz- und Floßholz. Mitte der sech-ziger Jahre begann die Ausfuhr von Rübenzucker sowie Stein- und Kalisalz. Im Anteil am Gesamtverkehr überwog der Bergverkehr die Gegenrichtung (siehe da-zu Anhang, Abbildung 2).

Etwas anders vollzog sich nach 1850 die Entwicklung im dritten Verkehrsstrom, in der von Böhmen ausgehenden Talfahrt. So stieg der Gesamtverkehr auf der Teilstrecke Bad Schandau - Saalemündung in der Zeit von 1845/49 bis 1870/74 auf das Dreifache, der Hamburg-Oberelbe-Verkehr - wie bereits festgestellt - dagegen nur auf knapp das Eindreiviertelfache³⁶ (siehe dazu Anhang, Abbildung 1). Ursache dafür war der steigende Versand böhmischer Braunkohle. Deren An-teil am Talverkehr bei Bad Schandau betrug Ende der sechziger Jahre bereits 50 Prozent. Das Holz wurde in seiner Bedeutung als Transportobjekt immer mehr von der bei Dux (Duchcov) - Brüx (Most) - Komtau (Chomutov) abgebauten Braun-kohle verdrängt. Bedingt durch hohe Heizwerte wurden diese Köhlen mit zur energetischen Basis der sich im Verkehrsgebiet der Oberelbe vollziehenden In-dustrialisierung. Der Braunkohlentransport auf der Elbe zu Tal von Aussig (Ústí n. N.) bis Magdeburg und weiter über den Plauer Kanal und die Ha-

34 Zur Begriffserklärung vgl. Anm. 21.

35 Vgl. Fischer Kurt, a. a. O., S. 108.

36 Vgl. Rook, Hans-Joachim, a. a. O., S. 120 - 125.

vel bis nach Berlin entwickelte sich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zu einer wesentlichen Grundlage der Binnenschifffahrt (siehe dazu Anhang, Abbildung 2).

Ungeachtet steigender Verkehrszahlen geriet mit beginnendem Eisenbahnzeitalter die Binnenschifffahrt der Oberelbe wegen des raschen Warenstrukturwandels³⁷ ihrer Transportgüter und damit verbundener erheblicher Profiteinbußen unter den Bedingungen des sich vollausbildenden Kapitalismus der freien Konkurrenz in einen harten Existenzkampf. Der Personenverkehr hörte - abgesehen vom Touristenverkehr zwischen Sachsen und Böhmen sowie lokalen Vergnügungsfahrten - ganz auf. Im Gütertransport wanderten die einträglichsten Waren ab zur Schiene. Nur der mit anhaltender Industrialisierung steigende Bedarf an bestimmten Roh- und Energiestoffen von hohem Gewicht je Wertseinheit sicherte der Elbschifffahrt insofern ausreichende Transporte und damit Überlebenschancen, als diese sogenannten Massengüter vorerst als Import über größere Entfernungen zu den Orten des Verbrauchs herantransportiert werden mußten.

In diesem Zusammenhang darf jedoch nicht unberücksichtigt bleiben, daß eine derartige arbeitsteilige Umorientierung des traditionellen Verkehrsmittels Binnenschiff aufgrund seiner Transportspezifika gegenüber dem neuen Verkehrsmittel Eisenbahn zu einer objektiven Notwendigkeit wurde. Nur - und darin muß eine der Hauptursachen für die Existenzgefährdung der oberelbischen Binnenschifffahrt gesehen werden - sind die nach 1850 unausweichlich werdenden infrastrukturellen Veränderungen im volkswirtschaftlichen Teilsystem Verkehrswesen von den unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen herrschenden antagonistischen Widersprüchen diktiert worden. Immer stärker trat das Profitstreben aller an Transportmitteln Beteiligten als treibende Kraft in den Vordergrund. Ein sich verschärfender Konkurrenzkampf sowohl innerhalb der oberelbischen Binnenschifffahrt als auch zwischen Schiff und Eisenbahn führte im Schiffsverkehr zu ungenutzten Transportkapazitäten, zu intensiver Ausbeutung der lohnabhängigen Arbeitskräfte, zum Konkurs größerer Reederei-Aktiengesellschaften, zum Ruin unter den Einzelschifffern und zu einem damit verbundenen Massenelend. So ging die Zahl antriebsloser Schleppkähne von Partikulieren von schätzungsweise etwa 4 000 um 1865 bis 1882 auf 1 788 zurück. Diese 1 788 Schleppkähne verteilten sich auf 1 593 Betriebe.³⁸

Die Schifffahrt im Verkehrsgebiet der Oberelbe, die seit Jahrhunderten trotz aller gesellschaftlichen und natürlichen Behinderungen die wirtschaftliche Entwicklung aktiv beeinflußt hatte, wurde unter Einwirkung des neuen Transportmittels Eisenbahn zu Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in eine passive Funktion gedrängt.³⁹ Mit der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise vermochte unter den Transportmitteln die Eisenbahn, und das nicht nur im Verkehrsgebiet der Elbe, das Streben der Unternehmer nach maximalem Profit, sei es in der Transportindustrie selbst oder in den anderen Sphären der materiellen Produktion, am besten zu realisieren. Für das traditionelle Transportmittel Binnenschiff waren die Aussichten gegen Ende des zweiten Drittels des 19. Jahrhunderts wenig verheißungsvoll.

37 Vgl. ebenda, Tab. 2 - 4.

38 Vgl. Pleißner, Erich, Konzentration der Güterschifffahrt auf der Elbe, phil. Diss. Leipzig 1914, S. 55, 58 f.

39 Vgl. Rook, Hans-Joachim, a. a. O., S. 187 - 190.

8. Entwicklung der Elbschifffahrt von 1870 bis 1900

8.1. Der Einfluß des industriellen Aufschwungs

In Deutschland schritt mit Beginn der siebziger Jahre die Industrialisierung rasch fort. Obgleich durch mehrere zyklische Krisen unterbrochen, dehnte sich die Industrieproduktion schnell aus. Im Außenhandel nahm der Import von Rohstoffen und der Export von Fertigwaren überdurchschnittlich zu.⁴⁰ Diese Veränderungen fanden auch ihren Ausdruck in der Schifffahrt auf der Oberelbe, in den sich ausbildenden Verkehrsströmen, im Verkehrsumfang und in der Verkehrsstruktur. Dabei vollzogen sich die Wandlungen in enger Wechselbeziehung und -wirkung zur weiteren Wirtschaftsgestaltung im Verkehrsgebiet der Oberelbe. Zum Gradmesser der Industrialisierung wurde die Herausbildung eines leistungsfähigen Maschinenbaus, stimuliert durch den wachsenden Bedarf an Maschinen und Ausrüstungen der für das Oberelbegebiet signifikanten Industriezweige. So siedelte sich in Sachsen eine Maschinenbauindustrie an, deren Produktionsstruktur Ausrüstungen für die Textil-, Keramik-, Glas-, Papier-, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie für das Transportwesen umfaßte. Im "alten" Gewerbezentrum Sachsen entwickelten sich die Gebiete um Dresden sowie im Raum Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) - Zwickau zu industriellen Verdichtungszone. Die Struktur charakterisierte eine vielfältige Leicht- sowie Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit einem darauf basierenden Maschinenbau. Daneben kam es seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, ebenfalls linksseitig, im Elbe-Saale-Gebiet zur Herausbildung eines "neuen" industriellen Zentrums. Die Braunkohle- und Salzvorkommen wurden standortweisend für eine vielseitige chemische Industrie, die ihrerseits wieder einen umfangreichen Maschinenbau nach sich zog. Das Sortiment bestimmten Bergwerkseinrichtungen sowie technische Ausrüstungen für die auf der Basis der natürlichen Vorkommen gegründeten Verarbeitungsindustrien. Entscheidende Impulse gingen jedoch von der Entwicklung der Zuckerindustrie auf der Grundlage des Zuckerrübenanbaus aus. Dadurch siedelten sich nicht nur Maschinenbaubetriebe zur Herstellung notwendiger Aggregate für die Zuckerfabriken an, sondern beide Zweige förderten auch als ständige Abnehmer von Braunkohlen die weitere Erschließung der regionalen Vorkommen. Darüber hinaus führte der steigende Zuckerrübenbedarf zu einer intensiveren Bodenbearbeitung und Düngung. Diese Entwicklung eröffnete einerseits dem Landmaschinenbau neue Möglichkeiten und begünstigte andererseits auch den Salzbergbau, nachdem sich die Vorteile der Düngung mit Kalisalzen herausgestellt hatten. Damit hatte sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts im Gebiet der Standorte Magdeburg - Halle - Leipzig - Dessau ein zweites "jüngeres" Industriezentrum im Verkehrsgebiet der Oberelbe herausgebildet. In der Struktur dominierten eine Braunkohle, Salz und Zuckerrüben verarbeitende Industrie mit einem darauf basierenden Maschinenbau.

Insbesondere muß auf die weitere Entwicklung von Berlin verwiesen werden. Diese Stadt wurde zum bedeutendsten Einzelstandort der Produktion und Konsumtion in Deutschland überhaupt. Dies geschah im unmittelbaren Zusammenhang mit ihrer Funktion als Hauptstadt Deutschlands und einer damit verbundenen Ansiedlung vielfältiger Verwaltungsstellen des Staates und der Wirtschaft sowie künstlerischer und wissenschaftlicher Einrichtungen. Gleichzeitig setzte sich in Berlin mit der weiteren Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise und der Herausbildung der Stadt zum wichtigsten deutschen Eisenbahnknotenpunkt die Konzentration vielseitiger verarbeitender Gewerbe fort. In ihrer Wirtschaftsstruktur

⁴⁰ Vgl. Rehbein, Elfriede, Einbaum - Dampflo - Düsenklipper, Leipzig/Jena/Berlin 1969, S. 154.

herrschten um 1900 der Maschinenbau sowie die Leicht- einschließlich Nahrungs- und Genußmittelindustrie vor. Außerdem war Berlin Konzentrationspunkt innerhalb des Industriezweiges Elektrotechnik.

Im übrigen Verkehrsgebiet überwog weiterhin die landwirtschaftliche Produktion. Die Produktivität blieb dort jedoch, im Vergleich zu den Weizen- und Zuckerrübenanbaugebieten, bei ungünstigeren natürlichen Voraussetzungen und unter der Einwirkung des sich ebenfalls in der Landwirtschaft verschärfenden Konkurrenzkampfes gering. Auch die von der kapitalistischen Entwicklung bewirkte Umwandlung von Betrieben der kleinen Warenproduktion in Fabriken bzw. die vereinzelte Gründung neuer Betriebe führte zu keiner grundlegenden Änderung des Wirtschaftsgefüges. Es waren hauptsächlich bodenständig orientierte Fabriken mit gleichfalls geringer Produktivität.

In ursächlichem Zusammenhang mit diesem Standortgefüge im Verkehrsgebiet der Oberelbe stand die räumliche Verteilung der Binnenumschlagplätze. Magdeburg, Schönebeck, Barby, Aken und Dessau-Wallwitzhafen, zusammengefaßt als Mittelbehäfen⁴¹, wurden in ihrer Funktion zu Umschlagplätzen für den Industriebezirk im Raum Magdeburg - Halle - Leipzig - Dessau. Von den sächsischen Häfen Riesa, Dresden und Pirna übernahm Riesa die Funktion des Fernumschlagplatzes für das sächsische Industriegebiet. Alle weiteren Binnenhäfen hatten bei der allgemeinen wirtschaftlichen Rückständigkeit sowohl des Standortes selbst als auch des Hinterlandes selten über den Ortsgüterverkehr hinausgehende Bedeutung.

Bei einer derartigen wirtschaftlichen Gestaltung des Verkehrsgebietes der Oberelbe einschließlich der Standortverteilung der materiellen Produktion, der Konsumtion und des Handels dominierten auf der Oberelbe gegen Ende des 19. Jahrhunderts drei Verkehrsströme: der Import über Hamburg; der Export über Hamburg; die Einfuhr aus Böhmen. Die Teilstrecke Magdeburg - Dresden fungierte dabei als Zielgebiet eines von Hamburg bzw. von Böhmen ausgehenden Quellverkehrs sowie als Quellgebiet eines nach Hamburg gerichteten Zielverkehrs. Darin war als dritter entscheidender Verkehrsstrom der Braunkohlentransport von Böhmen über den Ihle-Kanal und die Havel nach Berlin eingelagert. Die Funktion der Teilstrecke Hamburg - Magdeburg wurde vom Durchgangsverkehr gekennzeichnet. Darin eingelagert war der wechselseitige Verkehr Hamburg - Berlin über Elbe und Havel. Bei diesen vorherrschenden Verkehrsströmen nahm der Gesamtverkehr in der Bergfahrt mit zunehmender Entfernung von Hamburg stetig ab, da für die unterwegs gelöschten Waren kaum neue an Bord genommen werden konnten. Demzufolge veränderten sich auch die Anteile von Berg- und Talverkehr zueinander. Bei annähernder Ausgeglichenheit im Hamburg-Oberelbe-Verkehr sanken dann bis Bad Schandau die Anteile des Bergverkehrs am Gesamtverkehr auf 13 Prozent ab (siehe Anhang, Abbildung 1).

Mit der schnellen Ausdehnung der Industrieproduktion in Deutschland während des letzten Viertels des 19. Jahrhunderts stieg auch im Verkehrsgebiet der Oberelbe das Verkehrsbedürfnis überdurchschnittlich an. Der Transportumfang, der von 1845/49 bis 1870/74 bei den einzelnen Teilstrecken unterschiedlich auf das Ein- dreiviertel- bis Dreifache angestiegen war, erhöhte sich von 1870/74 bis 1895/99

41 Die Bezeichnung "Mittelbehäfen" wurde der Literatur entnommen und steht in keinem Zusammenhang mit Termini einer physisch-geographischen bzw. hydrographischen Unterteilung des Flußlaufes (vgl. u. a. Philipp, Rudolf, Der Umschlagverkehr der bedeutendsten deutschen Elbehäfen. Eine betriebswirtschaftliche Studie, rechts- u. wirtschaftswiss. Diss. Jena 1931).

sprunghaft auf mehr als das Sechsfache⁴² (siehe Anhang, Abbildung 1). Die Leistungen vergrößerten sich von 435 Millionen Tonnenkilometer 1875 auf 2 605 Millionen Tonnenkilometer 1900.⁴³ Diese Verkehrssteigerungen wurden letztlich ausgelöst durch das enorme Anwachsen der Massengütertransporte im Binnenschiffahrtsverkehr, zumal die Eisenbahn bei den ständig steigenden Transportanforderungen den weniger profitbringenden Transport geringwertiger Schüttgüter an die mehr auf Billigkeit als auf Schnelligkeit orientierte Schifffahrt abzustoßen versuchte.

Darüber hinaus vermochte jedoch die oberelbische Binnenschifffahrt, im Vergleich zur zurückliegenden Zeitepisode, ob grundsätzlicher verkehrs- und handelspolitischer Veränderungen sowie beträchtlicher Fortschritte in der Schiffs- und Strombautechnik, "von sich aus" auf diesen Entwicklungsprozeß Einfluß zu nehmen. Mit der Gründung des Norddeutschen Bundes 1867 und dessen faktischer Erweiterung zum Deutschen Reich 1871 wurde für den deutschen Oberelbeanteil ein einheitliches Verkehrsgebiet geschaffen. Das Zollverbot für die Elbe 1870 beseitigte alle Zwangsabgaben. Die Einführung der Kettenschleppschifffahrt nach 1868 erhöhte wesentlich die Leistungsfähigkeit. Erst noch leistungsfähigere Raddampfer sowie Schraubendampfer verdrängten allmählich wieder die Kette von der Oberelbe. Eilgüterdampfer konnten im sogenannten Stückgutverkehr nun erfolgreicher mit der Eisenbahn konkurrieren. Der Einsatz größerer, leistungsfähigerer Dampfschiffe wurde nicht zuletzt durch die erzielten Erfolge der nach 1866 mit Schaffung einer einheitlichen Elbstrombauverwaltung einsetzenden planmäßigen Mittelwasserregulierung ermöglicht. Die Fahrwassertiefen, die stellenweise nur 0,45 Meter im Trockenjahr 1842 ausgemacht hatten, betrugen um 1890 auf der Strecke Hamburg - Saalemündung 1,40 bis 0,80 Meter.⁴⁴ Stärkere Dampfschiffe und größere Tauchtiefen schufen zugleich wieder Voraussetzungen für den Bau größerer, leistungsfähigerer Kähne. Gegenüber einer durchschnittlichen Tragfähigkeit von 50 Tonnen zu Beginn des 19. Jahrhunderts betrug die Größe um 1900 für das sogenannte "Regelschiff" auf der Oberelbe 400 Tonnen oberhalb von Torgau und 600 Tonnen unterhalb von Torgau. Dabei wurden jedoch in der Jagd nach Profitten die Schiffsgefäße ohne Rücksicht auf die tatsächliche Auslastungsmöglichkeit der Wasserstraßen und die bestehenden Schleusenabmessungen voreilig vergrößert. Seinen Ausdruck findet dieser unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen objektiv unvermeidbare Prozeß - mit zunehmender Tragfähigkeit der Kähne nimmt im Verhältnis zum Nutzraum die Höhe der erforderlichen Investitionen und Unterhaltungskosten im allgemeinen ab - in anhaltenden Klagen über unzureichende Regulierungserfolge und Forderungen nach Bau leistungsfähigerer Kanäle (die sogenannten Kanalepidemien Ende des 19. Jahrhunderts). Deshalb sah sich der Staat gezwungen, maximale Schiffsgrößen gesetzlich vorzuschreiben.⁴⁵ - Eine weitere wesentliche Voraussetzung gestiegener Leistungsfähigkeit der oberelbischen Schifffahrt resultierte aus der fortschreitenden Mechanisierung der Umschlagtechnik in den Binnenhäfen. Trotz größerer Kähne konnten die Lösch- und Ladezeiten durch moderne Kräne, Förderbänder, Elevatoren und Kippanlagen ständig verringert werden.

42 Vgl. Rook, Hans-Joachim, a. a. O., S. 120 - 125.

43 Sympher, Leo, Die Entwicklung der deutschen Binnenschifffahrt in den fünf- und zwanzig Jahren von 1875 - 1900, in: Zeitschrift für Binnenschifffahrt, Nr. 6/1903, S. 155.

44 Vgl. Schwabe, Hermann, Die Entwicklung der deutschen Binnenschifffahrt bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, in: Verbandsschriften, hg. v. Deutsch-Österreichischen-Ungarischen-Verband für Binnenschifffahrt, Nr. 44, Berlin 1899, S. 54.

45 Vgl. Rehbein, Elfriede, a. a. O., S. 156 f.

Insonderheit wurden die von der Elbschifffahrt "selbst" ausgehenden Impulse zu erhöhten Verkehrsleistungen durch staatlich sanktionierte Veränderungen der Transporttarife im Eisenbahnwesen gefördert. Mit dem 1880 in Kraft gesetzten Reformtarif, der zugleich die Buntscheckigkeit der deutschen Eisenbahntarife und die geheimen Refaktien⁴⁶ beseitigte, lag 1884 der durchschnittliche Einheitsatz auf dem Schienenweg bei 4 Pfennigen pro Tonnenkilometer. Der durchschnittliche Einheitssatz bei Massengütern im Schifftransport mit Dampfkraft in Schleppzügen betrug 1 bis 1,5 Pfennige pro Tonnenkilometer.⁴⁷ Damit wurden die durch das traditionelle Transportmittel Schiff wegen seiner Transportspezifik gebotenen Vorteile zur Profitmaximierung über eine vom Staat für das neue Transportmittel Eisenbahn festgelegte Tarifgestaltung abgesichert. Für die deutsche Wirtschaft wurde es bei zunehmendem Import von Rohstoffen und Export von Fertigerzeugnissen zur Notwendigkeit, die Vorzüge des Wasserstraßentransportes (Billigkeit, jedoch auf Kosten der Schnelligkeit) angesichts des sich vor allem auf internationaler Ebene verschärfenden Konkurrenzkampfes beim Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus voll wirksam werden zu lassen. Somit nahmen dann auch, wengleich die Eisenbahn das wichtigste Transportmittel blieb, die Anteile der Binnenschifffahrt am Gesamtverkehr in Deutschland von 21 Prozent 1875 auf 24 Prozent 1900 zu.⁴⁸ Mit den im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts vollzogenen Veränderungen im Verkehrswesen gingen dann auch von der Schifffahrt wieder stärkere Einflüsse auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und Gestaltung im Verkehrsgebiet der Oberelbe aus. Neben Neuverkehr bildete sich ein umfangreicher gebrochener Warentransport heraus. Zugleich wurden in Nutzung der Wasserstraße Elbe verstärkt transportorientierte Standorte der materiellen Produktion in unmittelbarer Stromnähe mit direktem Wasseranschluß - selbstverständlich auch Eisenbahnverbindung - errichtet.⁴⁹

8.2. Herausbildung typischer Verkehrsströme und Transportgutstrukturen

Unter dem wechselseitigen Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklung im Verkehrsgebiet der Oberelbe und der Veränderungen der Binnenschifffahrt kam es innerhalb der vorherrschenden Verkehrsströme gleichzeitig zur Herausbildung typischer Warenstrukturen. In der Einfuhr über Hamburg stiegen die Getreidetransporte auf einen Anteil von rund 30 Prozent am Gesamtbergverkehr an. Eine derartige Wandlung widerspiegelte neben dem erhöhten Bedarf aufgrund fortschreitender Bevölkerungszunahme insbesondere das zunehmende Angebot preisgünstigeren Überseegetreides auf dem Weltmarkt. Erhöhte Düngemiteleinfuhren (Sal-

46 Refaktien waren Transportkostenvergünstigungen, die als Rückvergütung gewährt wurden. Da die Refaktien nicht öffentlich bekanntgegeben zu werden brauchten, spielten sie im Konkurrenzkampf sowohl zwischen den Eisenbahngesellschaften als auch zwischen Eisenbahn und Binnenschiff eine wichtige Rolle.

47 Vgl. Todt, Der Güterverkehr der deutschen Wasserstraßen, in: Archiv für das Eisenbahnwesen, 10. Jg., Berlin 1887, S. 185; Ulrich, Franz, Staffeltarife und Wasserstraßen, Berlin 1894, S. 70, 76.

48 Lotz, Walther, Verkehrsentwicklung in Deutschland 1800 - 1900, 2. verb. Aufl. Leipzig 1906, S. 106.

49 Vgl. Rook, Hans-Joachim, a. a. O., S. 190 - 194.

peter, Phosphat) resultierten aus einem steigenden Bedarf in der Landwirtschaft. Mit der allseitigen Verbreitung der Leuchtöllampe nahmen die Importe des im Verkehrsgebiet der Oberelbe fehlenden Petroleums zu. Die Steinkohlen- und Koksimporte aus Großbritannien gingen bei verstärkter Verwendung von Braunkohle zurück. Im Talverkehr nach Hamburg überwogen die Exporte von Rübenzucker sowie Kali- und Steinsalz. Die Anteile betragen 40 bzw. 25 Prozent am Gesamtalverkehr. Getreide und Hülsenfrüchte waren dagegen auf unbedeutende 3 Prozent zurückgegangen (siehe dazu Anhang, Abbildung 2).

In der räumlichen Verteilung innerhalb des Talverkehrs waren die hohen Anteile an Zucker und Salz typisch für die unterhalb Magdeburgs gelegene Elbstrecke. Oberhalb, zwischen Dresden und Magdeburg, vollzog sich eine anteilmäßige Umgruppierung zwischen den Braunkohlenimporten aus Böhmen und den nach Hamburg gerichteten Zucker- und Salzexporten aus dem Elbe-Saale-Gebiet; denn im Bad Schandau passierenden Talverkehr wurde zu 70 Prozent Braunkohle befördert. Alle anderen Güter, darunter das einst so transportbedeutende Holz, mußten sich mit einem unwichtigen Anteil begnügen (siehe dazu Anhang, Abbildung 2). Unterhalb von Bad Schandau wurde die Verkehrsstruktur im wesentlichen nur noch durch den Versand von Steinen und Steinwaren aus dem Elbsandsteingebirge beeinflusst. Die aus dem Plauenschen Grund über Dresden auf der Elbe verfrachtete Steinkohle trat nur im sechsten und siebenten Jahrzehnt stärker in Erscheinung.

Somit hatten sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts grundlegende Veränderungen innerhalb der Verkehrsstruktur auf der Oberelbe vollzogen. Getreide, einst als wichtigstes Exportgut die Struktur des Talverkehrs prägend, wurde importiert und wurde charakteristisch für die Struktur des Bergverkehrs. Zucker, neben Kaffee und Garnen einst die Struktur des Bergverkehrs mitbestimmend, überwog jetzt zusammen mit Kali- und Steinsalz als Exportgut in der Struktur des Talverkehrs. In dem von Böhmen ausgehenden Talverkehr wurde in der Struktur die das Holz verdrängende Braunkohle dominierend. Folglich beherrschten die Verkehrsstruktur auf der Oberelbe ebenfalls Güter von hohem Gewicht je Werteinheit, bei deren Transport es in Konkurrenz mit der Eisenbahn mehr auf Billigkeit als auf Schnelligkeit ankam. Es darf jedoch nicht unberücksichtigt bleiben, daß derartige Massengütertransporte, so Getreide und Hülsenfrüchte, Salz, Steine und Holz, bereits während der Eisenbahnvorzeit für die Binnenschifffahrt eine nicht unwesentliche Rolle spielten⁵⁰; trotzdem waren nicht die Massengüter, sondern vielmehr die Transporte sogenannter Stückgüter ("Kaufmannswaren") eine der wichtigsten Einnahmequellen für die Partikuliere. Mit der vollen Ausbildung der kapitalistischen Produktionsweise erfolgte, im Vergleich zu den vergangenen historischen Etappen, in geschichtlich relativ kurzer Zeit eine enorme Verkehrssteigerung. Allein der Hamburg-Oberelbe-Verkehr erhöhte sich innerhalb von nur 80 Jahren um mehr als das Dreißigfache, und zwar von 151 000 Tonnen 1820/24 auf 4 748 000 Tonnen 1895/99.⁵¹ Dieser beträchtliche Verkehrszuwachs war Ausdruck der aus der gewaltigen Ausdehnung der Industrieproduktion resultierenden Transporte von Rohmaterialien mit hohem Gewicht je Werteinheit, deren steigende Verfrachtung gegen Ende des 19. Jahrhunderts bis dahin nicht gekannte Dimensionen annahm.

50 So betragen beispielsweise Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts bei Wittenberge die Anteile von Getreide und Hülsenfrüchten am Talverkehr zwischen 40 % und 50 %, die von Holz zwischen 20 % und 30 % (vgl. Fischer, Kurt, a. a. O., S. 64).

51 Vgl. Rook, Hans-Joachim, a. a. O., Tab. 1.

Des weiteren entstand eine Wirtschaftsstruktur im Verkehrsgebiet der Elbe, die zur Entwicklung einer signifikanten Verkehrsstruktur bis hin zur Ausbildung verkehrsbeherrschender Monotransporte innerhalb der dominierenden Verkehrsströme auf der Oberelbe beitrug. Die enorme Verkehrssteigerung gerade bei den Massengütertransporten infolge des beträchtlichen industriellen Aufschwunges während des letzten Viertels des 19. Jahrhunderts schuf dann zugleich für die Binnenschifffahrt gegenüber dem an die Eisenbahn verlorenen profitbringenden Stückgüterverkehr mehr als einen Ausgleich und sicherte damit der Binnenschifffahrt auf der Oberelbe bei aller Verschärfung der der kapitalistischen Produktionsweise innewohnenden Widersprüche eine ausreichende Existenzgrundlage. Mit dem Eisenbahnzeitalter wurde für die Binnenschifffahrt ob ihrer Transportspezifika und des zugleich steigenden Verkehrsbedürfnisses bei Rohmaterialien von hohem Gewicht je Werteinheit der Transport von Massengütern zur entscheidenden Basis und damit zur wichtigsten Profitquelle. Der Massengüterverkehr wurde Synonym für den Schiffstransport auf den Binnenwasserstraßen.

9. Zusammenfassung

Bei einer abschließenden Betrachtung der Gesamtentwicklung des Binnenschiffsverkehrs auf der Oberelbe im Zeitraum von 1820 bis 1900 können in Auswirkung auf die allgemeine Entwicklung der Verkehrsströme und -struktur drei Zeitetappen unterschieden werden:

Von 1820 bis 1850 Aufschwung in der Eisenbahnvorzeit, stimuliert durch die Industrielle Revolution;

von 1850 bis 1870 grundlegende Veränderung der Warenstruktur und verminderte Prosperität auf der Hauptwasserstraße sowie Stagnation bzw. Ruin auf den Nebenwasserstraßen aufgrund der Eisenbahnkonkurrenz, zugleich beginnende Umorientierung auf den vorwiegenden Transport von Massengütern;

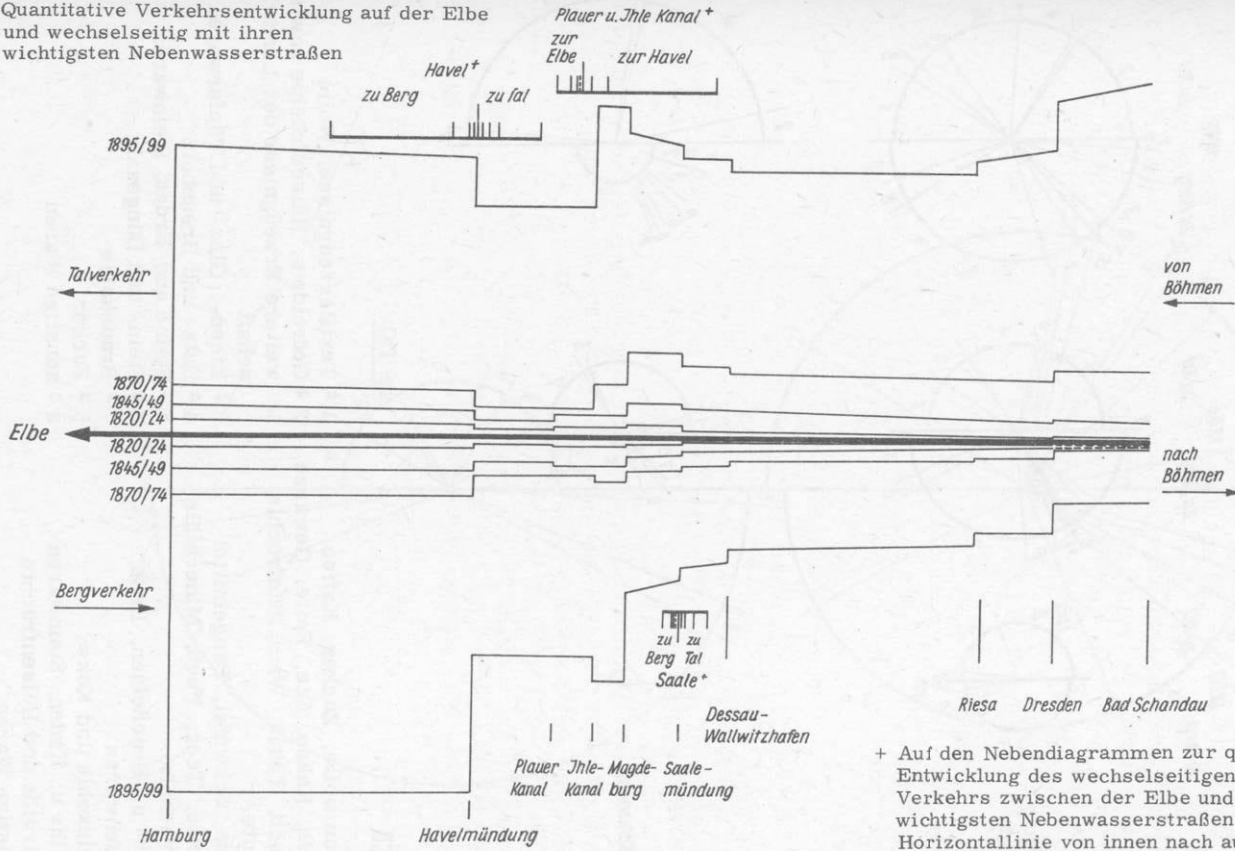
von 1870 bis 1900 Stabilisierung mit anschließender überdurchschnittlicher Verkehrssteigerung ob zunehmender Massengütertransporte im Fernverkehr infolge beträchtlichen Anwachsens der industriellen Produktion.

Im Jahre 1900 betrug der Anteil der Elbe am gesamten Verkehr auf deutschen Binnenwasserstraßen rund 23 Prozent. Die Leistungen umfaßten auf der Strecke Hamburg - österreichische Grenze 2 605 Millionen Tonnenkilometer. Die Elbe war damit der zweitwichtigste Strom. Den größten Verkehr verzeichnete der Rhein mit anteilmäßig 46 Prozent. Auf der Strecke Emmerich - Kehl wurden 5 292 Millionen Tonnenkilometer erreicht,⁵² Damit entfielen auf beide Ströme 69 Prozent des gesamten Wasserstraßenverkehrs in Deutschland.

⁵² Sympher, Leo, a. a. O., S. 155.

Abbildung 1

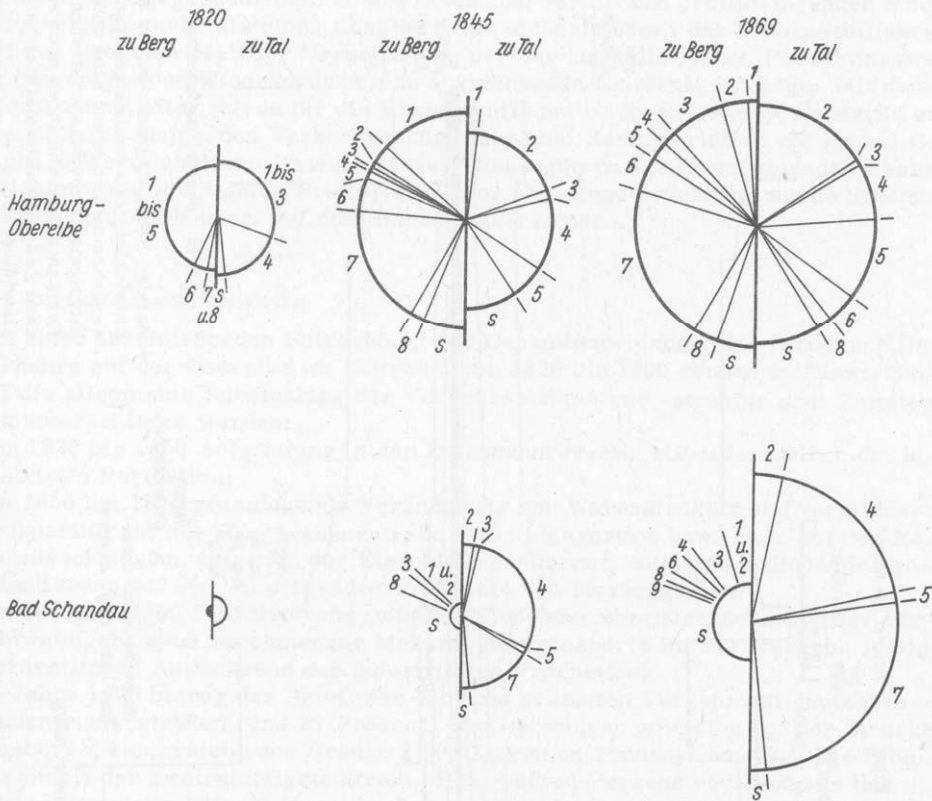
Quantitative Verkehrsentwicklung auf der Elbe und wechselseitig mit ihren wichtigsten Nebenwasserstraßen



+ Auf den Nebendiagrammen zur quantitativen Entwicklung des wechselseitigen Verkehrs zwischen der Elbe und ihren wichtigsten Nebenwasserstraßen sind auf der Horizontallinie von innen nach außen die gleichen Zeitabschnitte markiert wie auf dem Hauptdiagramm: 1820/24; 1845/49; 1870/74; 1895/99.

Abbildung 2

Struktur des Hamburg-Oberelbe-Verkehrs und des Durchgangsverkehrs bei Bad Schandau



zu Berg

- 1 ≙ Baumwolle, Zucker, Kaffee
- 2 ≙ Reis, Kakao, Öle, Fette, Gewürze, Fisch, Tabak, Wein, Südfrüchte, Häute
- 3 ≙ Soda, Schwefel, Düngemittel
- 4 ≙ Harze, Teer, Pech, Mineralöle
- 5 ≙ Farbholz
- 6 ≙ Roh- u. Brucheisen, Erze, Eisenwaren
- 7 ≙ Steinkohle und Koks
- 8 ≙ Steine u. Erden, Steinwaren
- 9 ≙ Getreide und Hülsenfrüchte
- s ≙ sonstige Waren

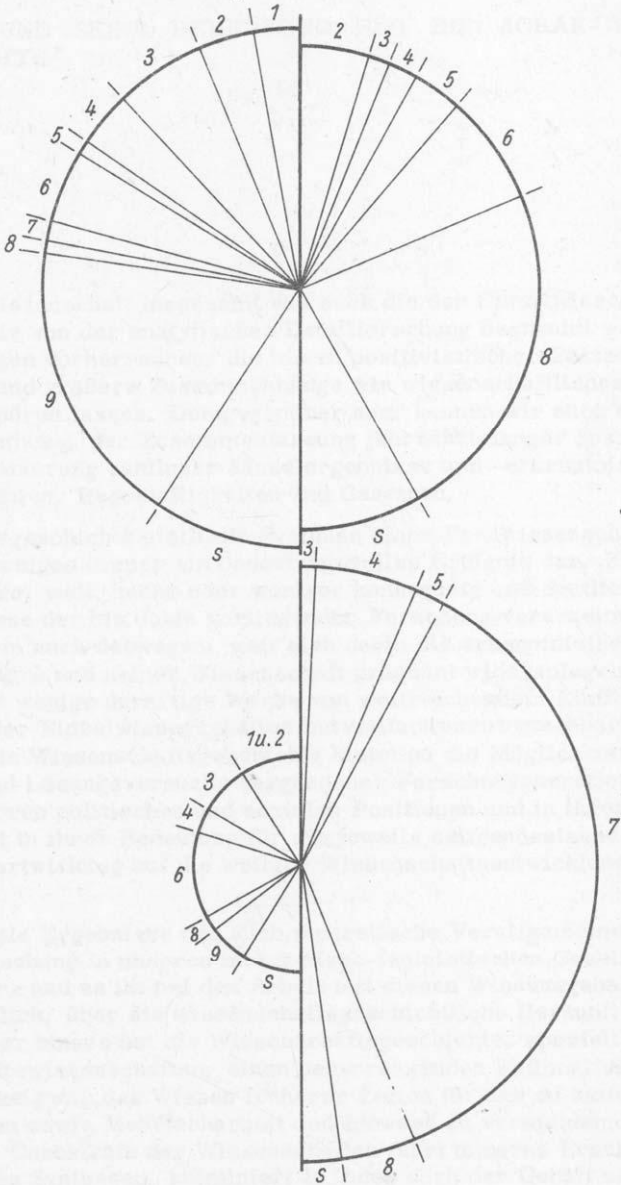
zu Tal

- 1 ≙ Textilerzeugnisse, Wolle
- 2 ≙ Getreide u. Hülsenfrüchte sowie weitere Erzeugnisse der Landwirtschaft
- 3 ≙ Eisen-, Glas- und Töpferwaren
- 4 ≙ Nutz- und Brennholz
- 5 ≙ Steine und Erden, Steinwaren
- 6 ≙ Stein- und Düngesalz
- 7 ≙ Braunkohle
- 8 ≙ Zucker
- s ≙ sonstige Waren

1895

zu Berg

zu Tal



AUGUST MEITZEN UND SEINE BEDEUTUNG FÜR DIE AGRAR- UND SIEDLUNGSGESCHICHTE⁺

von Hartmut Harnisch

Die Geschichte der Wissenschaft insgesamt wie auch die der Einzelwissenschaften kennt Perioden, die von der analytischen Detailforschung bestimmt werden, in denen Untersuchungen vorherrschen, die bis zu positivistischer Faktenanhäufung entarten können und größere Zusammenhänge wie wissenschaftliches Grundanliegen kaum noch spüren lassen. Demgegenüber aber kennen wir auch das Phänomen der großen Synthese, der Zusammenfassung jahrzehntelanger Spezialforschung und der Abstrahierung zahlloser Einzelergebnisse und -erkenntnisse zu großen Entwicklungslinien, Regelmäßigkeiten und Gesetzen.

Für die Wissenschaftsgeschichte stellt die Synthese einer Fachwissenschaft oder eines Wissenschaftszweiges immer ein bedeutungsvolles Ereignis dar. Und das ist nicht nur deshalb so, weil, mehr oder weniger konsequent und deutlich erkennbar, die Ereignisse der bis dahin vorliegenden Forschung verarbeitet wurden, sondern vor allem auch deswegen, weil sich darin die erkenntnistheoretische Situation des Autors und seiner Wissenschaft prägnant widerspiegeln. Darüber hinaus sind nicht wenige derartige Werke von weitreichendem Einfluß auf die Fortentwicklung der Einzelwissenschaften und vielfach auch benachbarter Disziplinen geworden. Die Wissenschaftsgeschichte bietet so die Möglichkeit, die Problemstellungen und Lösungsversuche vergangener Forschergenerationen im Zusammenhang mit ihren politischen und sozialen Positionen und in ihrer sozial-ökonomischen Umwelt in ihrer Bedeutung für die jeweils zeitgenössische Wissenschaft und in ihrer Fortwirkung auf die weitere Wissenschaftsentwicklung zu durchleuchten.

Schließlich wirken viele Ergebnisse und auch theoretische Verallgemeinerungen der bürgerlichen Forschung in unseren marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften weiter, und es ist bei der Arbeit mit diesen Wissensgehalten oft sehr wichtig und nützlich, über die wissenschaftsgeschichtliche Herkunft informiert zu sein. Darüber hinaus hat die Wissenschaftsgeschichte, speziell im Bereich der Gesellschaftswissenschaften, einen hervorragenden Rationalisierungseffekt, denn sie ist geeignet, das Wissen früherer Zeiten für uns zu aktivieren und nutzbar zu machen sowie Mehrfacharbeit und Irrwege zu vermeiden. Der einfachste Weg in die Geschichte der Wissenschaften führt unseres Erachtens aber über diese großen Synthesen, kulminiert in ihnen doch der Gehalt zahlloser Einzelergebnisse ihrer Zeit. Jürgen Kuczynski hat diesen Sachverhalt wie folgt

⁺ Überarbeitete und mit Anmerkungen versehene Fassung eines Vortrages vor dem Arbeitskreis Historische Geographie der Geographischen Gesellschaft der DDR am 2. Dezember 1970.

ausgedrückt: "Ein Gesellschaftswissenschaftler, der die Vergangenheit seiner Wissenschaft nicht im Original kennt, ist nicht nur ungebildet, er ist auch ziemlich verloren, wird nicht nur vieles 'schöpfen', was längst geschöpft ist, also Doppelarbeit machen, sondern an unglaublich vielen Problemen einfach vorbeigehen."¹

August Meitzen, und damit kommen wir zu unserem Thema, hat die erste Synthese der Siedlungsgeschichte und Siedlungsgeographie gegeben.² Er hat in breitem Ausmaß Ergebnisse der Nachbardisziplinen für die Beweisführung seiner grundsätzlichen Thesen herangezogen, und er hat nicht nur in der historischen Geographie, sondern ebenso sehr in der Agrargeschichte und auch in der Volkskunde den Anstoß zu langandauernden wissenschaftlichen Auseinandersetzungen gegeben.

Das Hauptwerk Meitzens gilt also der Siedlungsgeschichte und Siedlungsgeographie. Sein Anliegen war die Herausarbeitung der Haupttypen der Haus- und Dorf-Formen sowie der Flurformen in ihrer geographischen Verbreitung und in ihrer ursächlichen Entstehung. Die Flurformen, ihre Entstehung und Weiterentwicklung sind aber zugleich Gegenstand der Agrargeschichte, denn der Boden ist eine der Hauptproduktivkräfte in der Landwirtschaft, und die Art und Weise der Bodennutzung, also auch Flureinteilung und Bodennutzungssystem, sind selbst Teil der agraren Produktivkräfte, zugleich aber auch entscheidend von den Produktionsverhältnissen bestimmt.³ Die Analyse der Flurformen und der Nutzungssysteme bietet die Möglichkeit, in der Erforschung der agraren Produktivkräfte bis in weit zurückliegende Zeiten vorzudringen, für die die schriftlichen Quellen oft nur sehr unsichere Angaben bieten. Die Fülle der überlieferten Flurkarten des 18. und 19. Jahrhunderts stellt eine hinreichend breite Quellenbasis dar, die typischen Entwicklungslinien herauszuarbeiten, und es ist Krenzlin zuzustimmen, wenn sie in einem großräumigen Vergleich feststellt, "... daß die Gliederung und Einteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche einer Siedlung eine Funktion der Nutzungsart ist und notwendigerweise von ihr weitgehend ihre Gestaltung gefunden hat."⁴ Aber trotz dieser klaren Einsicht sind viele grundlegende Probleme im Rahmen der Fragestellung des Zusammenhangs zwischen den Produktivkräften und den Flurformen noch heftig umstritten, unter anderem auch die wichtige Frage, wie weit zurück in die Zeit des Hoch- oder sogar des Frühfeudalismus die im Flurkartenbild des 18. und 19. Jahrhunderts überlieferten Formen verfolgt werden können. Auf die Bedeutung der Flurformenforschung für die Geschichte der agraren Produktivkräfte aufmerksam zu machen, soll mit eine Aufgabe unseres Beitrages sein.

Als Begründer der Siedlungsforschung, die konsequent auf der Grundlage historischen Quellenmaterials basiert, insbesondere der Analyse der Flurkarten, wird

1 Kuczynski, Jürgen, *Wissenschaft Heute und Morgen*, Berlin 1973, S. 58.

2 Meitzen, August, *Siedlung und Agrarwesen der Westgermanen und Ostgermanen, der Kelten, Römer, Finnen und Slawen*, 3 Bde. und 1 Atlasbd., Berlin 1895.

3 Vgl. dazu auch Berthold, Rudolf, *Die Entwicklungstendenzen des Ackerbaus in spätfеudaler Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Anteils der Bauern am landwirtschaftlichen Fortschritt*, phil. Habilschrift, Berlin 1963, S. 18.

4 Krenzlin, Anneliese, *Blockflur, Langstreifenflur und Gewinnflur als Funktion agrarischer Nutzungsformen in Deutschland*, in: *Berichte zur deutschen Landeskunde*, Bd. 20, 1958, S. 250 - 266.

Meitzen in der Historiographie der Agrargeschichte und der historischen Geographie immer seinen Platz behaupten. Darüber hinaus ist sein Name mit dem Werk "Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates" verbunden, das immer mehr zu einer sicher nicht unanfechtbaren, aber auf jeden Fall unentbehrlichen Materialgrundlage für alle agrargeschichtliche Forschung über die Herausbildung des Kapitalismus in Preußen, insbesondere die Problematik des preußischen Weges kapitalistischer Agrarentwicklung, geworden ist.⁵

Wenden wir uns zunächst der Biographie Meitzens zu. Sein wissenschaftlicher Werdegang wich von dem für einen deutschen Universitätsprofessor im 19. Jahrhundert üblichen Weg - Studium, Promotion, Habilitation, mehr oder weniger lange Privatdozentenzeit, Professur - in bemerkenswerter Weise ab.⁶ Meitzen wurde am 16. Dezember 1822 im damaligen Breslau geboren und studierte Rechts- und Staatswissenschaften in Breslau, Heidelberg und Tübingen. Der besondere Einfluß eines akademischen Lehrers, typisch für den Wissenschaftsbetrieb des 19. Jahrhunderts, wird nirgends genannt. 1848 promovierte Meitzen mit einer Arbeit, den damaligen Vorschriften entsprechend lateinisch abgefaßt, "De artificibus iisdemque agricolis"⁷ an der Universität Breslau. Seit 1846 stand er im preußischen Staatsdienst bei verschiedenen Landratsämtern und Bezirksregierungen. 1853 wurde er dann von der Stadt Hirschberg (Schlesien) zum Bürgermeister gewählt. Aber schon 1856 kehrte er in den preußischen Staatsdienst zurück und wurde Spezialkommissar bei der Generalkommission zu Breslau. Erst wenige Jahre zuvor war das die kapitalistischen Agrarreformen in Preußen abschließend regelnde "Gesetz betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse" vom 2. März 1850 in Kraft getreten, das gerade in Schlesien, wo bis zur Revolution von 1848/49 für die Masse der Bauern schlechter Besitzrechte in Oberschlesien und die Masse der Kleinstellen in der gesamten Provinz die gutsherrlich-bäuerlichen Auseinandersetzungen ohne jede gesetzliche Regelung geblieben waren⁸, noch einmal zahlreiche Auseinandersetzungsverfahren notwendig machte. Seit 1861 war Meitzen dann als Regulierungskommissar bei der Einführung des neuen preußischen Grundsteuergesetzes tätig. Sowohl bei der Generalkommission als auch bei der Grundsteuerveranlagung hatte Meitzen Arbeitsgebiete, durch die er unmittelbar mit dem Quellenmaterial für seine späteren siedlungsgeschichtlichen Forschungen in Berührung kam, vor allem in Gestalt der Flurkarten.

5 Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates, Bd. 1 - 4 u. 1 Atlasbd., Berlin 1868 - 1871; für die Zeit nach 1866 und die von Preußen 1866 annektierten Provinzen: Bd. 5 - 8 u. 1 Atlasbd., Berlin 1894 - 1908.

6 Hinsichtlich der Lebensdaten halten wir uns an den Artikel August Meitzen, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 6, 3. Aufl., Jena 1910, S. 644-645, der auch die einzige Personalbibliographie Meitzens enthält. Eine Würdigung des wissenschaftlichen Lebenswerkes bietet der Nachruf von Kötzschke, Rudolf, Meitzen als Historiker des Siedlungs- und Agrarwesens, in: Deutsche Geschichtsblätter, Bd. 11, 1910, S. 273 - 278.

7 Die Arbeit bezieht sich auf die Uhrenindustrie des Schwarzwaldes.

8 Vgl. dazu Harnisch, Hartmut, Probleme des preußischen Weges kapitalistischer Agrarentwicklung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1974, T. 4.

Während der Jahre seiner Tätigkeit in Breslau hat Meitzen noch einmal als Ex-
terner an der Universität studiert. Unter der Leitung von Wilhelm Wattenbach,
der bis heute in der Mediävistik durch seine "Quellenkunde" bekannt ist⁹, be-
schäftigte er sich speziell mit Fragen der Quellenkunde und Quellenkritik. Er
hatte das vierte Jahrzehnt seines Lebens bereits überschritten, als er, gestützt
auf seine juristische und ökonomische Ausbildung und nun auch in der Methode
historischen Quellenstudiums geschult, sein erstes größeres wissenschaftliches
Werk herausbrachte. Es erschien 1863 in der Reihe "Codex diplomaticus silesiae"
unter dem Titel "Urkunden schlesischer Dörfer zur Geschichte der ländlichen
Verhältnisse und der Flureinteilung insbesondere"¹⁰. Tatsächlich handelt es sich
um die kommentierte (Seite 1 - 120) Zusammenstellung der Flurkarten und zahl-
reicher schriftlicher Zeugnisse über sechs Dörfer von der Ersterwähnung im 13.
und 14. Jahrhundert bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. In diesem Werk hat
Meitzen erstmalig das eine seiner beiden Hauptgebiete bearbeitet, und er hat auch
hier schon - Frucht seiner Tätigkeit als Spezialkommissar bei den gutsherrlich-
bäuerlichen Auseinandersetzungen - die Flurkarten als gleichrangige Quellen ne-
ben den schriftlichen Dokumenten ausgewertet. Kötzschke¹¹ schrieb 1910 in einem
Nachruf, daß dieses Werk schon ganz klar die für Meitzen spezifisch und ihm ei-
gene Methode zeige, die Kötzschke darin sah, aus dem Studium der Flurkarten
bestimmte typische Fluranlagen abzuleiten und diese historisch zu erklären.

Zunächst hat der weitere berufliche Werdegang Meitzen für längere Jahre von
seinen agrar- und siedlungsgeschichtlichen Studien abgehalten. Mit Schreiben
vom 30. Dezember 1864 trat nämlich das preußische Ministerium für Landwirt-
schaft, Domänen und Forsten an das Landesökonomiekollegium, das als Koordi-
nierungsorgan aller landwirtschaftlichen Vereine Preußens und zugleich als Be-
ratungsorgan der hohen Staatsbehörden in allen Fragen der Landeskultur und der
Agrarpolitik über weitreichenden Einfluß verfügte und hervorragende Landwirt-
schaftsexperten zu seinen Mitgliedern zählte, mit dem Vorschlag heran, eine be-
schreibende Darstellung mit zahlreichen statistischen Beigaben über den Boden
und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates in seinem da-
maligen Gebietsumfang bearbeiten zu lassen. Der Umfang sollte zirka 50 Bogen,
also 800 Seiten betragen.¹² Urheber des Projektes war im Landwirtschaftsmini-
sterium der Geheimrat Wehrmann. Es ist nicht auszuschließen, daß bei diesem
Vorhaben das große statistische Werk über Frankreich, von dem auch mehrere
Bände die Agrarstatistik behandeln¹³, Pate gestanden hat, wie im 19. Jahrhun-
dert bei so manchem anderen wissenschaftlichen Unternehmen in Deutschland. In
dem erwähnten Schreiben des Landwirtschaftsministeriums wird ausgeführt¹⁴:
"Der gegenwärtige Zeitpunkt scheint mir dazu besonders geeignet, weil die im
Anfang dieses Jahrhunderts begonnene Bewegung auf dem agrarischen Gebiet nun-

9 Wattenbach, Wilhelm/Levison, Wilhelm, Deutschlands Geschichtsquellen im
Mittelalter, Heft 1 - 5, zuletzt Weimar 1967 - 1970.

10 Codex diplomaticus silesiae, hg. v. Verein für die Geschichte und Altertums-
kunde Schlesiens, Bd. 4, Breslau 1863.

11 Kötzschke, Rudolf, a. a. O., S. 278.

12 Zentrales Staatsarchiv (im folgenden: ZStA), Historische Abt. II, Rep. 87 B,
Nr. 12795, Die Herstellung eines Werkes über den Boden und die landwirt-
schaftlichen Verhältnisse des preussischen Staates.

13 Statistique de la France, hg. v. Ministre de l'intérieur, de l'agriculture et
du commerce, Reihe 1, Bd. 1 - 13, Paris 1835 - 1842 (Bd. 3 - 6 behandelt
die Agrarstatistik der Regionen).

14 ZStA, Historische Abt. II, Rep. 87 B, Nr. 12795.

mehr zu einem Abschluß gediehen ist, indem die bauerlichen Regulierungen und Ablösungen fast gänzlich und die Gemeinheitstheilungen zum größten Theile beendigt sind, weil ferner in diesem Jahre ein reiches Material von Nachrichten über die Bodenverhältnisse des Staates zusammenströmt, wie es in solcher Fülle und Genauigkeit früher niemals zu Gebote stand, nämlich: durch die Vermessungs- und Veranlagungsarbeit für die Grund- und Gebäudesteuer einschließlich der Kreis- und Bezirksbeschreibungen der betr. Kommissionen, durch die vom Ministerium des Innern erforderte Kreisstatistik der Landräte, durch die kürzlich abgeschlossene Zusammenstellung der Parzellierungsergebnisse seit dem Jahre 1816¹⁵, weil endlich die nach Aufhebung der Frohndienste und Servituten und nach Zusammenlegung der Grundstücke eingetretene freie (Entwicklung der)¹⁶ Landwirtschaft im größten Theil des Landes zu einer so ruhigen und festen Entwicklung gediehen ist . . . , daß im Rückblick darauf eine öffentliche Darstellung der Resultate nicht zu frühzeitig erscheint." Dem Schreiben war ein detaillierter Gliederungsentwurf zu dem geplanten Werk von der Hand Wehrmanns beigelegt, an den Meitzen sich später weitgehend gehalten hat, wiewohl das Werk schließlich fast das Vierfache des vorgesehenen Umfangs erreichte.

Dasjenige Werk also, mit dem bis heute der Name Meitzens rühmlich verbunden ist und das trotz vieler Mängel unentbehrlich ist und bleiben wird, einfach weil es Material, vor allem statistische Zusammenstellungen, enthält, die nicht mehr aus dem Urmaterial rekonstruierbar sind, da dieses vernichtet ist, dieses "Bodenwerk", wie es abgekürzt oft bezeichnet wurde, ist also nicht einer Idee Meitzens entsprungen, sondern er war hier nur ausführendes Organ eines ministeriellen Beschlusses und mußte sich darüber hinaus die Kontrolle einer Kommission gefallen lassen, zu der unter anderen Ernst Engel, der Direktor des preußischen Bureaus in Berlin, gehörte.

Zur Durchführung der Arbeit meldeten sich der Regierungsassessor Padberg aus Bromberg, der gerade das Werk Haxhausens¹⁷ über die Agrarverhältnisse der Provinz Pommern bearbeitet und herausgegeben hatte, und Meitzen, der dann 1865 "einberufen" wurde, wie es im preußischen Amtsdeutsch hieß.¹⁸ 1871 lag das Werk im Umfang von vier Bänden und einem Atlasband für den preußischen Staat in den Grenzen von 1866 vor, also ohne die gerade okkupierten Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau.

Meitzen hatte durch die Arbeit an dem "Bodenwerk" seinen Ruf als Statistiker, insbesondere als Agrarstatistiker, fest begründet. Noch während der Arbeit an diesem Werk hatte er zwei Jahre lang an dem von Ernst Engel begründeten sta-

15 Gemeint ist die Denkschrift Veränderungen, welche die spannfähigen bauerlichen Nahrungen in den sechs östlichen Provinzen der preußischen Monarchie und in der Provinz Westfalen durch die Bodenbewegung während des Zeitraumes von 1816 - Ende 1859 nach Ausweis der im Jahre 1860 aufgenommenen Matrikeln erlitten haben. Diese Denkschrift wurde im Ministerium für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten bearbeitet und erschien gedruckt in: Zeitschrift des kgl. Preußischen statistischen Bureaus, Bd. 5, 1865, S. 1 - 32.

16 Im Konzept gestrichen.

17 Haxhausen, August, Freiherr v., Die ländliche Verfassung in den einzelnen Provinzen der preußischen Monarchie. Fortgesetzt im amtlichen Auftrag von Alexander Padberg, Bd. 2: Die ländliche Verfassung in der Provinz Pommern, Stettin 1861.

18 ZStA, Historische Abt. II, Rep. 87 B, Nr. 12795, Bl. 64.

tistischen Seminar beim königlich preußischen statistischen Bureau, einer von der Universität unabhängigen Einrichtung zur Fortbildung und Heranziehung geeigneter Statistiker, Vorlesungen über landwirtschaftliche Statistik gehalten. Im Jahre 1868 trat er in das preußische statistische Bureau ein mit der ausdrücklichen Verpflichtung, die Agrarstatistik zu bearbeiten,¹⁹ Aber schon 1872 wechselte er in das neuerrichtete kaiserliche statistische Amt des Deutschen Reiches über, dem er bis 1882 angehörte, als er mit Rücksicht auf seine schwankende Gesundheit ausschied. Trotzdem blieben ihm bis 1902 wesentliche Arbeiten des statistischen Reichsamtes übertragen.

Den Höhepunkt seiner beruflichen Laufbahn erreichte Meitzen 1875 mit seiner Berufung zum außerordentlichen Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin, der 1892 die Ernennung zum ordentlichen Honorarprofessor folgte. 1872 hatte er eine Berufung an die Universität Halle als Nachfolger Schmollers, der damals nach Straßburg im Elsaß ging, ausgeschlagen. Der Fakultät in Berlin ging es um eine besondere Vertretung der "Hilfswissenschaften der Nationalökonomie", und in den Berufsakten wurde betont, "wie wünschenswerth die Herbeiziehung eines Mannes sei, der die Methode der Gewinnung des statistischen Materials zu lehren geeignet sei".²⁰ Meitzen sollte also vornehmlich Statistik lehren, und tatsächlich hat er nach Ausweis der Vorlesungsverzeichnisse der Universität Berlin vom Wintersemester 1875/76 bis zum Wintersemester 1903/04 Vorlesungen und Übungen auf diesem Gebiet abgehalten. In regelmäßigem Wechsel las er "Geschichte, Theorie und Hilfsmittel der Statistik", "Theorie und Technik der Statistik", "Demonstrationen und Übungen aus der praktischen Nationalökonomie und Statistik", später dann Vorlesungen über die "Statistik des Deutschen Reiches mit Demonstrationen" und "Gewerbekunde zur Wirtschaftsstatistik und Nationalökonomie mit Exkursionen". Interessant ist seine Ankündigung zum Wintersemester 1881/82, wonach er "Historisch-statistische Übungen" durchführte, die im Wintersemester 1883/84 unter dem Titel "Statistisch-historische Besprechungen" wiederholt wurden. Offenbar handelte es sich hierbei weniger um die Vermittlung von Kenntnissen zur Anwendung mathematisch-statistischer Methoden in der Wirtschaftsgeschichte, als um das Bemühen, den Zuhörern den Weg zum Auffinden, Verständnis und zur Anwendung von statistischem Material für wirtschaftsgeschichtliche Forschungen zu ebnen, also mehr um die Behandlung von Problemen der Quantifizierung wirtschaftsgeschichtlicher Prozesse. Die Vertretung der Statistik an der Universität wurde seit 1881 verstärkt, als Richard Boeckh, der schon 1875 neben Meitzen auf der Vorschlagsliste der Fakultät stand, zum außerordentlichen Professor berufen wurde und seitdem neben Meitzen ständig lehrte. Über seine Forschungen zur Agrar- und Siedlungsgeschichte las Meitzen erstmalig im Wintersemester 1881/82. Er kündigte hier eine Vorlesung "Geschichte des deutschen Agrarwesens und die Kolonisation der Slawenländer" an. Ehe wir jedoch näher auf diese Forschungsrichtung Meitzens eingehen, ist noch eine Bemerkung über seine Stellung innerhalb der "Nationalökonomie", wie die Wirtschaftswissenschaften damals vorwiegend genannt wurden, notwendig, hat er doch mehrmals Vorlesungen auf diesem Gebiet gehalten. So las er schon im Wintersemester 1875/76 und später immer wieder "Praktische Nationalökonomie, spezieller Teil der wirtschaftlichen Verwaltungslehre, Politik und Statistik des Landbaus, der Industrie und des Handels". Auch mit einigen

19 Ebenda, Rep. 77, Tit. 536, Nr. 13, Bd. 3, Das statistische Landesamt.

20 Humboldt-Universität zu Berlin, Universitätsarchiv, Philosophische Fakultät, Nr. 1460, Die Anstellung von Professoren und Lektoren 1874 - 1882, Bl. 56.

Veröffentlichungen zur Nationalökonomie ist er hervorgetreten. Hier bewegte er sich jedoch ganz in den Bahnen der jüngeren historischen Schule der deutschen Nationalökonomie, ohne dabei allerdings in diesem Kreise einen größeren Einfluß zu gewinnen oder sich durch eine besondere Originalität auszuzeichnen. Meitzen stand hier ganz im Schatten Gustav Schmollers, der seit 1881 in Berlin lehrte, und Adolph Wagners. Er blieb auf diesem Gebiet der durch ministeriellen Beschluß "einberufene" Beamte, und irgendwelche kritischen Äußerungen an der herrschenden Klasse oder an der Regierung sind von ihm nicht überliefert. Als ehemaliger Spezialkommissar einer Generalkommission war er ohne Frage ein hervorragender Kenner der preußischen Agrarreformen sowohl insgesamt als auch gerade in den Details. Es ist sicher kein Wunder, wenn in den Bänden des "Bodenwerks" kein Wort der Kritik an den kapitalistischen Agrarreformen Preußens laut wurde, denn schließlich war hier der preußische Staat selbst der Auftraggeber und Herausgeber. Aber auch in einer zusammenfassenden Darstellung über Agrarpolitik in Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie²¹ aus dem Jahre 1896 bleiben die negativen Folgen dieser Entwicklung unerwähnt, und das, nachdem das Werk von Knapp²² über die Bauernbefreiung schon fast ein Jahrzehnt vorlag, also reichlich Gelegenheit vorhanden war, sich über die schamlose Ausbeutung und Übervorteilung der Bauern und der Landarmut durch die Junker zu informieren.

Offenbar ging aber Meitzens Bejahung des "preußischen Weges" noch viel weiter. In einem Aufsatz aus dem Jahre 1881 stellte er einen Vergleich zwischen den Stein-Hardenbergschen-Agrarreformen und der irischen Landfrage seiner Zeit an²³. Tatsächlich handelt es sich um historische Konkretisierungen von Ausbeutergesellschaften, deren Vergleich nur sehr bedingt als sinnvoll bezeichnet werden kann. In Preußen ging es um die Ablösung des feudalen Obereigentums an den Bauernstellen bzw. die Aufhebung der Feudalrenten und die Herstellung eines kapitalistischen Bauerneigentums an Grund und Boden sowie den Produktionsmitteln, während es im Irland des 19. Jahrhunderts die ins Unerträgliche gesteigerte Ausbeutung armer Kleinpächter war²⁴, die längst unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen lebten und für die jetzt einsichtige Beobachter eine Besserung ihrer Lage anstrebten. Als Vorbild für die in Irland zu treffenden Maßnahmen schlug Meitzen den Rückgriff auf die preußischen Agrarreformgesetze von 1811 vor, und zwar meinte er, daß besonders die Paragraphen für die unerblichen Lassiten und die Zeitpächter in Irland angewandt werden könnten, denn diese hätten wie die irischen Pächter keinerlei Besitzrechte an ihrem Grund und Boden gehabt, sondern diese vielmehr erst durch die Abtretung der Hälfte ihres Landes bzw. dessen Wert in Geld erwerben müssen. Man wird Meitzen wohl kaum unrecht tun, ihn aufgrund solcher Äußerungen als sehr weit rechts stehend

21 Meitzen, August, Landwirtschaft, T. 2: Agrarpolitik im engeren Sinne, in: Handbuch der politischen Ökonomie, hg. v. Gustav von Schönberg, Bd. 2, T. 1, 4. Aufl., Tübingen 1896, S. 141 - 200.

22 Knapp, Georg Friedrich, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens, 2 Bde., München 1887.

23 Meitzen, August, Die irische Landfrage und die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, Bd. 5, 1885, S. 695 - 729.

24 Über Irland im 19. Jahrhundert vgl. Marx, Karl, Die irische Frage - Das irische Pachtrecht, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 9, Berlin 1960, S. 157 - 163; derselbe, Das Kapital, Bd. 1, in: ebenda, Bd. 23, Berlin 1971, S. 726 - 740.

zu bezeichnen. Welches Maß an Kritik enthält dagegen doch das berühmte Werk von Georg Friedrich Knapp über die Bauernbefreiung, und auch Knapp war alles andere als fortschrittlich eingestellt, vielleicht am ehesten als konservativ-liberal zu charakterisieren.

Wir kommen nun zu den agrar- und siedlungsgeschichtlichen Arbeiten Meitzens zurück. Wahrscheinlich hat Meitzen sich seit seiner ersten Beschäftigung mit dieser Materie, die in der Veröffentlichung von Urkunden schlesischer Dörfer im Codex diplomaticus silesiae gipfelte, ständig mit diesen Fragen befaßt, wenn auch nicht mit voller Intensität. Zu einer verstärkten Wiederaufnahme dieser Studien kam es durch die Weiterführung des "Bodenwerkes". 1877 hatte sich im Landesökonomiekollegium der Rittergutsbesitzer Sombart, Vater des Wirtschaftshistorikers Werner Sombart und nationalliberaler Reichstagsabgeordneter, dafür eingesetzt, das "Bodenwerk" auf den neuesten Stand zu bringen,²⁵ und vor allem auf die 1866 von Preußen einverleibten Provinzen auszudehnen. Im Hinblick auf die hohen Kosten und den schlechten Absatz der ersten vier Bände - die Druckkosten betragen 76 700 Mark, und wieder eingekommen waren nur 21 900 Mark - lehnte jedoch das Finanzministerium ab.²⁶ Ab 1881 kam die Sache dann doch wieder in Gang, offenbar auf Anregung des Verlages Paul Parey in Berlin. Meitzen schlug jedoch in einem Schreiben vom 1. Juli 1881 dem Ministerium für Landwirtschaft vor, auf eine vollständige Neubearbeitung zu verzichten und lediglich die Verhältnisse in den drei neuen preußischen Provinzen zu behandeln (Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau). Für den alten Gebietsstand hingegen sollten nur die Entwicklung und die Veränderungen seit 1866 dargestellt werden.²⁷ Tatsächlich ist dann auch so verfahren worden. Bis 1908 erschienen die Bände 5 bis 8 sowie ein weiterer Atlasband. Aus gesundheitlichen Gründen und um sich der übernommenen Arbeit besser widmen zu können, ließ Meitzen sich ab 1882 vom statistischen Reichsamte beurlauben. Seine Vorlesungstätigkeit an der Universität setzte er jedoch fort. Als sich Meitzen zur Fortführung des "Bodenwerkes" bereit erklärte, hatte er offenbar schon genaue Vorstellungen davon, worauf er eigentlich hinauswollte. Am 25. Juni 1882 schrieb er an das Ministerium für Landwirtschaft²⁸: "Die einzelnen Theile des früheren Königreiches²⁹ sind in Bodenbeschaffenheit wie Agrarwesen unter sich und von den alten preußischen wesentlich verschieden. Es herrschen zum Theil noch alte niedersächsische und friesische Flurverhältnisse, zum Theil sind dieselben durch das hannöversche Separations-Verfahren abgeändert. Ein Urtheil über die bezüglichen Zustände der Gegenwart, wie ihre bis in sehr frühe Zeit zurückgehenden historischen Grundlagen darf ich mir nicht zutrauen, ohne bei der Generalkommission und auf dem Katasteramte zu Hannover eine möglichst große Anzahl Separations- und Katasterkarten angesehen und einzelne charakteristische Beispiele näher durchgearbeitet zu haben, wie ich das in den alten Provinzen thun mußte." Er beantragte und erhält eine Reisekostenunterstützung von 400 Mark. Im Juni 1883 ist es ihm dann "... ein fast unabweisbares Bedürfnis, auch in den verschiedenen Landestheilen der Provinz Hessen-Nassau Einsicht in die kartographischen und archivalischen Hilfsmittel und persönliche Anschauung mancher

25 ZStA, Historische Abt. II, Rep. 87 B, Nr. 12797, Bl. 91.

26 Ebenda, Bl. 98 f.

27 Ebenda, Bl. 149 f.

28 Ebenda, Bl. 185.

29 Königreich Hannover, ab 1866 preußische Provinz.

Öffentlichkeiten zu gewinnen.³⁰ Er bittet wiederum um eine Reisebeihilfe und erhält diese auch bewilligt. Am 17. Mai 1888 beantragt er schließlich in einem ausführlichen Schreiben³¹ die Bewilligung einer ständigen, akademisch gebildeten Hilfskraft. In diesem Schreiben legt er das Programm seiner agrar- und siedlungsgeschichtlichen Forschungen vor und führt dazu aus: "Als ich 1865 die Aufgabe erhielt, dieses Werk³² auszuführen, hatte ich seit einer Reihe von Jahren eingehende Studien über die Entwicklung des Agrarwesens in den östlichen Provinzen des Staates gemacht, deren Material zum Theil im IV. Band des Codex Diplomaticus silesiae veröffentlicht ist. Da die agrarischen Zustände des Ostens der Monarchie im wesentlichen gleichartig auf der deutschen Colonisation des 13. und 14. Jahrhunderts beruhen, war es mir möglich, indem ich von den Verhältnissen Rheinlandes und Westfalens fast ganz absah, eine hinreichend richtige und neue Darstellung des bis dahin die Agrargesetzgebung vorzugsweise bestimmenden Haupttheils des alten Staates zu geben. Als mir dann der Auftrag wurde, das erweiterte Staatsgebiet in gleicher Weise zu beschreiben, mußte meine Hauptsorge sein, mir einen ähnlichen Einblick in die Thatsachen und den historischen Zusammenhang des Agrarwesens der neuen und überhaupt der westlichen Theile des Staates zu verschaffen. Dabei kamen indes sehr viel mannigfaltigere Zustände in Betracht, deren gegenwärtige Gestalt mit weit älteren Zeiten in fast unmittelbarer Beziehung steht, überdies aber ist über diese Verhältnisse die Litteratur der Rechtsgeschichte sehr ausgedehnt, und es finden sich in ihr zahlreiche und meist kontroverse Angaben und Auffassungen, welche ohne die Gefahr der nachtheiligsten Kritik nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. Es ist für mich deshalb unvermeidlich gewesen, wenn ich das Buch auf der Höhe der ersten Bände halten wollte, auf diese Studien intensiv einzugehen. Ich darf mich auch der Hoffnung hingeben, daß ich, gestützt auf die bisher für sie noch kaum verwendeten Flurkarten, erheblich erweiterte und umfassendere Ergebnisse zu haben." Meitzen führt dann weiter aus, daß er gehofft hatte, diese Ergebnisse in das "Bodenwerk" einfügen zu können. Bei seinen langjährigen Flurkartenstudien wäre ihm aber das Material so unter den Händen angewachsen und hätten sich ganz neuartige Erkenntnisse ergeben, die nun nicht mehr in das "Bodenwerk" paßten, da sie ausschließlich agrar- und siedlungshistorischen Charakter trügen. Er habe nunmehr Aussicht, diese Forschungen ohne weitere Unterstützung veröffentlichen zu können, jedoch bleibe ihm daneben keine Zeit, selbst an dem "Bodenwerk" zu arbeiten, und deshalb bitte er um die Bewilligung einer entsprechend vorgebildeten Hilfskraft, die unter seiner Anleitung die weitere Ausarbeitung des "Bodenwerkes" vollenden könnte. Tatsächlich wurde ihm das auch bewilligt, und nacheinander haben an der Fertigstellung des "Bodenwerkes" Heinrich Dade, der über die Entstehung der mecklenburgischen Schlagwirtschaft promoviert hatte³³ und später Professor in Rostock wurde, und ein Schüler Schmollers, Friedrich Großmann, dessen Dissertation den gutsherrlich-bäuerlichen Rechtsverhältnissen in der Mark Brandenburg gegolten hatte³⁴, gearbeitet. Angesichts der gerade im

30 ZStA, Historische Abt. II, Rep. 87 B, Nr. 12797, Bl. 199.

31 Ebenda, Bl. 208 f.

32 Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates, a. a. O.

33 Dade, Heinrich, Die Entstehung der mecklenburgischen Schlagwirtschaft, phil. Diss., Rostock 1891.

34 Großmann, Friedrich, Über die gutsherrlichen-bäuerlichen Rechtsverhältnisse in der Mark Brandenburg, phil. Diss., Berlin 1889, gedruckt Leipzig 1890 = Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, hg. v. Gustav Schmoller, Bd. 9.

19. Jahrhundert so oft gezeigten Knauserigkeit des preußischen Staates gegenüber der Wissenschaft fällt die Meitzen immer wieder erwiesene Munifizenz auf. Da das Landwirtschaftsministerium der Geldgeber war, das bis zum Ende der Monarchie fast durchweg von junkerlichen Ressortchefs geleitet wurde, ist der Gedanke nicht von der Hand zu weisen, daß die immer wieder bewiesene Staatsfrömmigkeit Meitzens und seine Abstinenz von jeglicher Kritik gegenüber der kapitalistischen Bauernbefreiung die Erwartung genährt haben, er werde, sein dem Junkertum freundliches Bild der agrargeschichtlichen Entwicklung weiter ausbauen. Materiell gesichert und entlastet durch qualifizierte Hilfskräfte, konnte Meitzen sein Werk "Siedlung und Agrarwesen der Westgermanen und Ostgermanen, der Kelten, Römer, Finnen und Slawen", 3 Bände und 1 Atlasband, Berlin 1895, vollenden. Zu den Bänden 5 bis 8 des "Bodenwerkes" ist hier noch zu bemerken, daß sie sich weitgehend an das Vorbild der Bände 1 bis 4 halten. Ihr Wert besteht für uns heute noch in den reichhaltigen statistischen Zusammenstellungen. So enthält der Band 6 die Zusammenstellung³⁵ der Ergebnisse der gutherrlich-bäuerlichen Auseinandersetzungen von 1850 bis 1898, die infolge des Verlustes der Originalquellen nicht mehr rekonstruierbar sind und daher unentbehrlich bleiben, auch wenn wir in Rechnung setzen müssen, daß diese Zusammenstellung auf der Fortschreibung einer 1849 aufgestellten Statistik der Regulierungs- und Ablösungsergebnisse der kapitalistischen Agrarreformen von 1811 bis Ende 1848 beruht, über deren Zuverlässigkeit wir uns kritisch zu äußern kürzlich Gelegenheit hatten.³⁶ Ferner enthält dieser Band 6 auf den Seiten 1 - 176 eine knappe Zusammenfassung der Agrar- und Siedlungsgeschichte Preußens bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, also praktisch des größten Teiles des damaligen Norddeutschlands, auf die wir noch zurückkommen werden.³⁷

Wir wollen nun in großen Zügen die Hauptbestandteile der siedlungs- und agrargeschichtlichen Auffassungen Meitzens darlegen.³⁸ Sie beruhen insgesamt auf zwei grundsätzlichen Ausgangspositionen, die Meitzen aus seinen langjährigen Flurkartenstudien und Feldbeobachtungen abgeleitet hatte:

35 Anlage K: Übersicht über die Geschäftsergebnisse der Provinzialrentenbanken, den Fortgang der Forstservitutablösungen und die Ende 1898 bei Auseinandersetzungsbehörden anhängig gebliebenen Geschäfte nebst Zusammenstellung der von den Auseinandersetzungsbehörden ausgeführten Regulierungen, Ablösungen und Gemeinheitsteilungen, der an den Fiskus gezahlten Domainenamortisationsrenten und Kapitalabfindungen, sowie der Zusammenlegungen und Konsolidationen (S. 429 - 517).

36 Vgl. Harnisch, Hartmut, Probleme des preußischen Weges kapitalistischer Agrarentwicklung, a. a. O.

37 Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates, a. a. O., Bd. 6, S. 1 - 176.

38 Meitzen hat seine agrar- und siedlungsgeschichtlichen Ansichten außer in seinem Hauptwerk, derselbe, Siedlung und Agrarwesen der Westgermanen und Ostgermanen, der Kelten, Römer, Finnen und Slawen, a. a. O., auch in knapper Form in zwei Beiträgen dargelegt; derselbe, Beobachtungen über Besiedlung, Hausbau und landwirtschaftliche Kultur, in: Anleitung zur deutschen Landes- und Volksforschung, hg. v. Alfred Kirchhoff, Stuttgart 1899, S. 483 - 572; derselbe, Ansiedlung, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 1, 3. Aufl. Jena 1909, S. 493 - 508.

1. Alle Siedlungstypen sind in ihrer ursprünglichen Anlage und räumlichen Verbreitung auf ethnische Einheiten zurückzuführen; jede der großen ethnischen Einheiten Europas (Germanen, Romanen, Slawen, Finnen) hat also ihre besondere Siedlungsart.
2. Die im 19. Jahrhundert anzutreffenden Siedlungs- und Flurformen sind zum ganz überwiegenden Teil seit der Zeit ihrer ersten Anlage unverändert geblieben.

Meitzen hielt das Gebiet zwischen der Weser und dem Winterberg (Rothaargebirge in Nordrhein-Westfalen) im Westen, dem Westerwald, dem Taunus und dem Thüringer Wald im Süden und der Saale, der Ohre, der Ilmenau und der Delvenau im Osten für das Gebiet ursprünglicher germanischer Siedlung. In diesem Gebiet hätte sich ihre Ethnogenese vollzogen. Hier haben sie, so sagt Meitzen, kein anderes Volkstum überlagert, dessen Siedlungsform sie etwa hätten übernehmen können. Diese Auffassung hatte er schon 1891 in seinem Aufsatz "Land und Leute der Saalegegenden" vertreten.³⁹ Hier wollte er die für sein siedlungs- und agrarhistorisches Lehrgebäude zentrale These beweisen, daß die Germanen in grauer Vorzeit bei ihrer ersten Niederlassung in Mitteleuropa in eben diesen Gegenden ansässig geworden wären, und nach einer nomadisierenden Phase sollen sie dort Haufendörfer mit Gewinnflur gegründet haben. Er stützte sich dabei auf das gehäufte Vorkommen dieses Siedlungstyps, wie es ihm in den Flurkarten des 18. und 19. Jahrhunderts entgegentrat.⁴⁰ Haufendorf und Gewinnflur sah Meitzen als genossenschaftliche Siedlung gleichberechtigter freier Bauern an.

Den Kelten dagegen schrieb Meitzen als typische Siedlungsform den Einzelhof zu. Dabei stützte er sich vornehmlich auf die Siedlungsverhältnisse, wie sie in Irland bestanden. Als keltische Siedlung erklärt Meitzen auch die Einzelhofgebiete in Deutschland. Die Kelten hätten nämlich ihre Siedlungsgebiete früher erreicht und eingenommen als ihre späteren Nachbarn, die Germanen, und ihre Ansiedlung sei daher auch noch auf einer niedrigeren Kulturstufe mit einer viehzuchtbetonten Wirtschaft erfolgt. Dafür sei aber der Einzelhof gegenüber dem geschlossenen Dorf die zweckmäßigere Siedlungsform gewesen. Die vordringenden Germanen hätten nun in den Gebieten westlich der Weser den angeblich keltischen Einzelhof übernommen, da sie selbst zur Zeit der Eroberung noch Viehzüchter gewesen seien. Bei der Eroberung und Besiedlung Süddeutschlands hingegen wären sie schon so weitgehend zum Ackerbau übergegangen, daß sie in den siedlungsfreundlichen Landschaften das gewohnte Haufendorf mit Gewinnflur angelegt hätten.

Für die Slawen erklärt Meitzen das Runddorf und das Straßendorf als typisch, eine Form, die die Deutschen bei ihrer Expansion und Ansiedlung in Slawenländern weiter verwendet hätten.

Die Siedlungen in den romanischen Ländern Europas, vor allem im Gebiet nördlich der Alpen, sind nach Meitzen weitgehend aus römischen Militärkolonien hervorgegangen, deren Flurform durch regelmäßig angelegte quadratische Blöcke gekennzeichnet war, die sich auch tatsächlich im Flurbild des 19. Jahrhunderts vereinzelt nachweisen ließen.

39 Meitzen, August, Land und Leute der Saalegegenden, in: Zeitschrift des Vereins für Volkskunde, Bd. 1, 1891, S. 129 - 138.

40 Vgl. Schlüter, Otto/August, Oskar, Atlas des Saale- und mittleren Elbegebietes, Leipzig 1958 - 1960, Bl. 23 - 26.

Den genossenschaftlichen Siedlungsformen stellt Meitzen dann die unter grundherrschaftlicher Oberhoheit entstandenen Formen gegenüber, vor allem die Marsch-, Hagen- und Waldhufendörfer. Es kann hier kritisch zu der Theorie des Zusammenhangs von Siedlungs- und Flurformen mit ethnischen Einheiten und der fortdauernden Kontinuität der einmal entstandenen Formen bis zur Gegenwart hin schon jetzt festgestellt werden, daß Meitzen bei der ursprünglichen Anlage mindestens im Falle der als keltisch angesehenen Einzelhöfe wirtschaftliche Faktoren, genauer den Entwicklungsstand der Produktivkräfte, hier also die Viehwirtschaft, verantwortlich macht. Bei der Anlage der Haufendörfer hingegen kann das nicht gesagt werden, denn der Ackerbau, auch in genossenschaftlicher Form, mußte nicht unbedingt mit dieser Siedlungsform gekoppelt sein, sondern konnte ebenso gut in Form des als slawisch angesehenen Straßendorfs oder des Rundlings erfolgen. Die zweite Säule der Meitzenschen Siedlungstheorie, die Annahme einer Konstanz der Siedlungs- und Flurformen von der Zeit der ersten Anlage bis mindestens in das 19. Jahrhundert hinein (bis zu den Separationen und Flurbereinigungen), schließt den Einfluß von Entwicklungen der Produktivkräfte und der sozialökonomischen Verhältnisse insgesamt auf die Gestaltung von Siedlungs- und Flurformen aus.

Unverkennbar steht Meitzen mit diesen Auffassungen der siedlungsgeschichtlichen Kontinuität auf dem Boden des bürgerlichen Historismus, zu dessen Merkmalen es gehört, objektive historische Gesetze und den historischen Entwicklungsprozeß zu leugnen und demgegenüber das Einmalige, Individuelle und Unwiederholbare zu betonen. Ohne selbst sich je zu geschichtsphilosophischen Fragen geäußert zu haben, ordnet sich Meitzen hier dem unter Rankes Einfluß zu einer reaktionären Ideologie werdenden Historismus unter.

Bevor wir uns jedoch mit der Wirkungsgeschichte und Kritik an Meitzens agrar- und siedlungsgeschichtlichen Forschungen im einzelnen befassen, müssen hier die Vorgänger und die wissenschaftliche Situation seiner Zeit behandelt werden.

Eine so weitausgreifende, umfassende Synthese eines ganzen Wissenschaftszweiges ist natürlich nicht möglich, ohne auf den Ergebnissen anderer Forscher aufzubauen. Und darüber hinaus muß eine derartig monokausale Deutung der Zusammenhänge immer vor dem Hintergrund der herrschenden geistigen Strömungen und der ideologischen Gesamtsituation gesehen werden. Meitzen selbst hat in der Einleitung zu seiner "Siedlungsgeschichte ..." auf zahlreiche Vorgänger und Zeitgenossen hingewiesen, denen er sich verpflichtet fühlte. Insgesamt kann seine Auffassung der Siedlungsgeschichte nur im Zusammenhang mit der in dieser Zeit alle Bereiche der damals sogenannten "Geisteswissenschaften"⁴¹ beherrschenden Grundthese verstanden werden, die wesentlichen Erscheinungen und Unterschiede des gesellschaftlichen Lebens letztlich auf ethnische (völkische) Unterschiede zurückführen zu wollen. In dieser Beziehung war er durchaus nicht ohne Vorgänger und, bis hin zu den diese Vorstellungen pervertierenden deutschen Faschisten, leider auch nicht ohne Nachfolger.

41 Philosophie, Philologie, Literaturwissenschaft, Geschichte, Antropogeographie.

Meitzen beruft sich auf Justus Möser⁴², den er als frühesten Vertreter seiner Betrachtungsweise ansieht. Möser hatte bei seinen Forschungen über die geschichtliche Entwicklung des Osnabrücker Landes eine Berücksichtigung der Geschichte der Bauern als der eigentlichen Träger der Geschichte⁴³ verlangt und zu diesem Zweck eine Kartierung und Registrierung der Besitzparzellen des Bodens gefordert. Stärker als von Möser scheint Meitzen aber von Haxthausen beeinflusst worden zu sein, über den hier einige Bemerkungen am Platze sind. August Freiherr von Haxthausen (1792 - 1866)⁴⁴ war ein westfälischer Adliger und Gutsbesitzer. Er hatte in Göttingen Jura studiert und wurde zu einem Anhänger konservativer und romantischer Strömungen. Sein besonderes Interesse galt neben der Volkskunde und Folklore den Fragen der Agrarverfassung seiner Zeit, worunter er die juristischen und sozialökonomischen Verhältnisse in ihrer Verflechtung verstand. Bei seiner Herkunft und Einstellung ist es nicht verwunderlich, daß sein gesellschaftspolitisches Ideal in einem konservativen Ständestaat unter der Vorherrschaft einer Aristokratie bestand. 1829 trat Haxthausen mit dem Buch "Über die Agrarverfassung in den Fürstentümern Paderborn und Corvey"⁴⁵ hervor. Dieses Werk brachte ihm 1830 die Ernennung zum preussischen Regierungsrat und den offiziellen Auftrag zur Untersuchung der Verhältnisse des Bauernstandes in den einzelnen Teilen Preußens ein.⁴⁶ Der Auftrag Haxthausens wird deutlicher aus dem Titel der Parallelakte des Innenministeriums ersichtlich. Es heißt dort: "Das dem Freiherrn von Haxthausen erteilte Commissorium zur Untersuchung der Verhältnisse des Bauernstandes in der Altmark, dem Magdeburgischen und Halberstädtischen in Rücksicht auf Erbrecht und Erbfolge und zur Ermittlung der ländlichen Verfassung in den einzelnen Provinzen 1831 - 1864".⁴⁷ Offenkundig stand hinter diesem Auftrag das Bestreben einflußreicher reaktionärer Kreise des preussischen Junkertums, die in den Agrarreformen seit 1807 erreichte freie Verfügungsgewalt der unmittelbaren Produzenten über ihren Grund und Boden, auch hinsichtlich der Vererbung oder eines eventuellen parzellenweisen Landverkaufs wieder einzuschränken. Es handelt sich hier um den jahrzehntelangen währenden Streit um die sogenannten Dismembrationen, das heißt die Erbteilung oder den parzellenweisen Verkauf von Land, was eine einflußreiche Gruppe von Junkern, denen auch der spätere preussische König Friedrich Wilhelm IV. nahestand, unterbinden wollte. Damit sollte erreicht werden, daß eine bündnisfähige Schicht großer Bauern erhalten blieb, die als Gefolgschaft gegen die Bourgeoisie einerseits und das unheimlich schnell anwachsende Landproletariat andererseits im Konzept eines aristokratisch geführten Ständestaates unerlässlich war.⁴⁸ Haxthausen selbst hat nach dem Band über Paderborn und Corvey nur noch

42 Meitzen, August, Siedlung und Agrarwesen . . ., Bd. 1, a. a. O., S. 19 f. Insbesondere bezieht er sich auf das Werk Möser, Justus, Patriotische Phantasien, Bd. 3, Berlin 1778, S. 144.

43 Möser, Justus, Osnabrückische Geschichte, Bd. 1, Vorrede zur 1. Aufl., Osnabrück 1768.

44 Die biographischen Angaben zu Haxthausen beruhen auf Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 11, München 1880, S. 119 f., u. Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 5, 3. Aufl., Jena 1910, S. 419 - 420.

45 Deutlicher vermittelt das Anliegen des Buches der Untertitel "Über die Agrarverfassung in Norddeutschland und deren Konflikte in gegenwärtiger Zeit".

46 ZStA, Historische Abt. II, 2. 2. 1., Geh. Zivilkabinett, Nr. 30157.

47 Ebenda, Rep. 77, Tit. CXLVI, Nr. 21.

48 Vgl. dazu Harnisch, Hartmut, Probleme junkerlicher Agrarpolitik, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- u. Sprachwissenschaftliche Reihe, Nr. 1/1972, T. 2, S. 99 - 117.

den über die Provinz Preußen (das heißt Ost- und Westpreußen) veröffentlicht.⁴⁹ Alexander Padberg, der Konkurrent Meitzens in der Bewerbung um die Bearbeitung des "Bodenwerkes", brachte aufgrund der von Haxthausen zusammengebrachten Materialien den Band über Pommern heraus.⁵⁰ Trotz des unzweifelhaft reaktionären Grundanliegens dieser Arbeiten enthalten diese doch wertvolles Material, vor allem sehr viele statistische Unterlagen. Haxthausen erhielt Zugang zu den Archiven der preußischen Bezirksregierungen und versandte, einem im 19. Jahrhundert häufiger geübten Brauch folgend, sehr detaillierte gedruckte Fragebogen an die Landratsämter. Die 74 Positionen des Fragebogens erweisen, daß Haxthausen auch zahlreiche Kennziffern über die Ökonomie der Bauernwirtschaften auf diesem Wege zu erhalten wünschte.⁵¹ Neben den bereits genannten Arbeiten konnten wir den Bericht Haxthausens über den nördlichen Teil der früheren preußischen Provinz Sachsen auffinden, der eine Darstellung der Agrarverfassung in der Altmark und dem Gebiet von Magdeburg und Halberstadt gibt.⁵² Darin finden sich wesentliche Elemente der Siedlungsformtheorie Meitzens vorgebildet. Haxthausen geht auf Siedlungsformen und Hausbau ein und unterschied in diesem Gebiet vier Typen:

1. "Dörfer von thüringischem Charakter" (später als Haufendorf bezeichnet),
2. "Dörfer mit märkischem Charakter" (die späteren Straßen- bzw. Angerdörfer),
3. "So genannt wendische Dörfer" (später als Rundling bezeichnet),
4. "Dörfer von niedersächsischem Charakter" (Sie werden von Haxthausen als dem thüringischem Dorf sehr ähnlich bezeichnet, haben aber eine andere Hausform.).

Es ist nicht ersichtlich, ob Meitzen diese Ausarbeitung Haxthausens kannte. Durch seine Arbeit an dem "Bodenwerk" hatte er natürlich Zugang zu den Ministerialarchiven, und es ist möglich, daß er auf dieses Manuskript stieß. Ganz sicher, denn er zitiert es, kannte aber Meitzen das Werk Haxthausens über die russischen Agrarverhältnisse.⁵³ Dem Vernehmen nach im Auftrage von Kaiser Nikolaus I. bereiste er nämlich 1843 und 1844 Rußland, um die dortigen Agrarverhältnisse zu erforschen. Ergebnis dieser Reise war das Werk "Studien über die inneren Zustände, das Volksleben und insbesondere die ländlichen Einrichtungen

49 Haxthausen, August Freiherr v., Die ländliche Verfassung in den einzelnen Provinzen der preußischen Monarchie, Bd. 1: Die ländliche Verfassung in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Königsberg 1839.

50 Die ländliche Verfassung in den einzelnen Provinzen der preußischen Monarchie, fortgesetzt im amtlichen Auftrage von Alexander Padberg, T. 2, Die ländliche Verfassung in der Provinz Pommern, Stettin 1861.

51 Der Fragebogen (nebst Antworten des Landrates) lag mir im Staatsarchiv Potsdam bis jetzt nur für den Kreis Westhavelland vor (Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br., Rep. 6 B, Nr. 468).

52 ZStA, Historische Abt. II, Rep. 87 B, Nr. 10723, Erster Bericht (des Freiherrn von Haxthausen) des Unterzeichneten, dem nach einem Beschlusse des hohen Staatsministeriums, von den Ministerien des Inneren und der Justiz vom 17. März 1830 das Commissorium erteilt worden: die Lebens- und Rechtsverhältnisse des Bauernstandes in den Provinzen Altmark, Magdeburg und Halberstadt an Ort und Stelle zu untersuchen und darauf gegründete Vorschläge zu Successions-Ordnungen einzureichen.

53 Zit. bei Meitzen, August, Siedlung und Agrarwesen ..., a. a. O., Bd. 1, S. 25.

Rußlands", drei Bände, 1845 - 1847. Haxthausen entdeckte bei seinen Reisen für Westeuropa den Mir, die russische Feld- und Dorfgemeinde, und erklärte ihn ohne weiteres für urlawisch (daher Lenins Ironie). Es leuchtete ein, daß diese Vorstellungen für Meitzen von großem Interesse waren, wenngleich er aufgrund des bis dahin erreichten Forschungsstandes nicht mehr den Mir als älteste Form der Dorfgemeinde und der Sozialverfassung der Slawen annehmen konnte.

Stärker noch als von Haxthausen wurde Meitzen durch Georg Hanssen beeinflusst. Hanssen (1809 - 1894) war in Hamburg geboren, der Familienherkunft nach aber Schleswig-Holsteiner dänischer Nationalität.⁵⁴ Sein Name wird in der Wissenschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts an mehreren Knotenpunkten der Entwicklung genannt. Hanssen war an sich Professor für Nationalökonomie, nacheinander in Kiel, Leipzig, Göttingen, Berlin und wieder in Göttingen. Die Lebensdaten ließen die Vermutung zu, daß Hanssen einer der beiden historischen Schulen der Nationalökonomie zuzurechnen wäre. Tatsächlich stand er diesen aber offenbar gleichgültig gegenüber, und einige seiner nationalökonomischen Arbeiten weisen Hanssen eher als einen Vertreter der historisch-statistischen Landeskunde aus.⁵⁵ Seine eigentliche Bedeutung für die weitere Entwicklung erlangte Hanssen als einer der Begründer der Agrargeschichte. Bereits 1843 zeigte sich in seiner Arbeit "Zur Geschichte der Landwirtschaft der Herzogthümer"⁵⁶ das Interesse an der Agrargeschichte als einer eigenständigen Wissenschaftsdisziplin. Berühmt wurde vor allem seine als Aufgabe der Akademie der Wissenschaften zu St. Petersburg preisgekrönte Arbeit "Die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Umgestaltung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse überhaupt in den Herzogthümern Schleswig- und Holstein"⁵⁷ In diesem Werk werden die Verhältnisse am Beispiel von 40 Gütern (aus einer Gesamtzahl von insgesamt zirka 300 Adelsgütern) unter Einbeziehung der agrarhistorischen Entwicklung bis zum 18. Jahrhundert dargestellt. Über das eigentliche Thema hinaus liegt die Bedeutung der Preisschrift in der Tatsache, daß hier archivalische Quellen als wesentliche Materialgrundlage herangezogen werden. 1874 erschien eine Studie von Hanssen

- 54 Von den zahlreichen Arbeiten über Hanssen seien genannt: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 5, 3. Aufl., Jena 1910, S. 398 - 400; Meitzen, August, Georg Hanssen als Agrarhistoriker, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 37, 1881, S. 371 ff.; Wenk, Hans-Günther, Die Geschichte der Geographie und der geographischen Landesforschung an der Universität Kiel, von 1665 - 1879, Kiel 1966 = Schriften des geographischen Instituts an der Universität Kiel, Bd. 24 (darin S. 128 - 150 über Georg Hanssen); Knapp, Georg Friedrich, Georg Hanssen. Erinnerungen aus den Jahren 1863 - 1893, in: derselbe, Einführung in einige Hauptgebiete der theoretischen Nationalökonomie, München/Leipzig 1925, S. 328 - 334 = derselbe, Ausgewählte Werke, Bd. 1. - Die Lebenserinnerungen von Hanssen sind gedruckt in der Zeitschrift der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte, Bd. 40, 1910, S. 1 - 180.
- 55 So z. B. Hanssen, Georg, Historisch-statistische Darstellung der Insel Fehmarn, Altona 1832; derselbe, Das Amt Bordesholm im Herzogthum Schleswig, eine statistische Monographie auf historischer Grundlage, Kiel 1842.
- 56 Derselbe, Zur Geschichte der Herzogthümer, in: Schleswig-Holsteinischer Gnomon, Kiel 1843.
- 57 Veröffentlicht von der Akademie der Wissenschaften zu St. Petersburg 1861. Selbstverständlich stand die Preisaufgabe in engem Zusammenhang mit der beabsichtigten Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland, die 1861 erfolgte.

"Zur Geschichte norddeutscher Gutswirtschaft seit dem Ende des 16. Jahrhunderts", demonstriert am Beispiel von Geld- und Kornrechnungen des Gutes Rundhof in Angeln⁵⁸, eine Arbeit, die fast ganz auf Archivmaterial aufgebaut und in der Methode der Auswertung derartigen Quellengutes bahnbrechend war. Hanssen gehört so zu den ersten, die die Auswertung archivalischer Quellen zur unentbehrlichen Grundlage ihrer Forschungen gemacht haben. Das hohe Ansehen, das er genoß, dürfte die Verbreitung dieses Forschungsprinzips sehr gefördert haben, und Hanssen gebührt daher immer ein ehrenvoller Platz in der Historiographie der Agrargeschichte. Für unser Thema von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, daß Hanssen sich auch als einer der ersten der agrarhistorischen Erforschung der Feldsysteme zugewandt hat, ein Gebiet, das für die Agrargeschichte wie die Siedlungsgeographie gleichermaßen von großer Bedeutung ist.⁵⁹ In diesen Zusammenhang gehört auch Hanssens Untersuchung "Die Gehöferschaften (Erbgenossenschaften) im Regierungsbezirk Trier"⁶⁰, also von Genossenschaften ackerbaubetreibender und viehzüchtender Bauern, die in bestimmtem Turnus ihre landwirtschaftliche Nutzfläche unter sich neu verteilten. Dem vielzitierten Wort aus der "Germania" von Tacitus über das Bodennutzungssystem der Germanen folgend "agros per annos mutant et superest ager", hielt Hanssen zunächst diese Form der Landnutzung für urgermanisch.⁶¹ Hanssen hatte von 1834 bis 1837 im dänischen Staatsdienst gestanden, wo er als Kammersekretär und später als Kammerrat in der deutschen Abteilung des Generalzoll-, Kammer- und Kommerzkollegiums tätig war. Hier stieß er auf die Arbeiten des dänischen Landmessers und späteren Professors für Kameralistik Oluf Christian Olufsen (1764 - 1827).⁶² Dieser hatte in Jütland zahlreiche Flurmessungen durchgeführt und die dabei gewonnenen Erkenntnisse auch siedlungsgeschichtlich ausgewertet. Olufsen war dabei zu der Auffassung gelangt, daß sich die von ihm vermessenen und untersuchten Fluren in ihrer Form mindestens bis in die Zeit des ältesten dänischen Landrechtes im 13. Jahrhundert unverändert zurückverfolgen

- 58 Hanssen, Georg, Zur Geschichte norddeutscher Gutswirtschaft seit dem Ende des 16. Jahrhunderts, Jg. 22, 1874, später in: Hanssen, Georg, Agrarhistorische Abhandlungen, Bd. 1, Leipzig 1880, S. 388 - 483.
- 59 Derselbe, Zur Geschichte der Feldsysteme in Deutschland, zuerst veröffentlicht in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 21, 1868, Bd. 22, 1864, Bd. 24, 1866, Bd. 26, 1868, Bd. 27, 1869, wieder abgedruckt in: Agrarhistorische Abhandlungen, Bd. 1, Leipzig 1880, S. 123 - 387; ferner derselbe, Agrarhistorische Fragmente zur Erkenntnis der deutschen Feldmarkenverfassung von der Urzeit bis zur Aufhebung der Feldgemeinschaft, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 34, 1875, Bd. 36, 1877, Bd. 38, 1879 u. Bd. 41, 1881.
- 60 Derselbe, Die Gehöferschaften (Erbgenossenschaften) im Regierungsbezirk Trier, in: Abhandlungen der königlich preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1863, phil. hist. Klasse, Berlin 1863, S. 75 f., wieder abgedr. in: derselbe, Agrarhistorische Abhandlungen, Bd. 1, Leipzig 1880, S. 99 - 122.
- 61 Später änderte Hanssen allerdings seine Auffassung, als Lamprecht, Karl, in Zwei Notizen zur älteren deutschen Geschichte, in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins, Bd. 16, 1880, S. 174 ff., dagegen Stellung genommen hatte. Der Neudruck in den Agrarhistorischen Abhandlungen, a. a. O., S. 99 ff. ist eine entsprechend überarbeitete Fassung.
- 62 Über Olufsen vgl. Neuer Nekrolog der Deutschen, Jg. 5, 1827, T. 1, Ilmenau 1829, S. 508 - 515.

lassen. Hier liegt offenbar die Wurzel der Auffassung Meitzens, die im 19. Jahrhundert vorgefundenen Flurformen ohne weiteres für die der ersten Ansiedlung zu halten. Hanssen hat sehr stark auf Meitzen eingewirkt. Sie kannten sich spätestens seit ihrer gemeinsamen Vorlesungstätigkeit an dem bereits erwähnten statistischen Seminar beim preußischen statistischen Bureau in den Jahren 1860 bis 1869, als Hanssen in Berlin wirkte. Hanssen hat auch dem Band 1 des "Bodenwerkes" eine ausführliche, sehr wohlwollende, allerdings weithin referierende Rezension gewidmet.⁶³ Sie blieben auch dann noch in enger Verbindung, als Hanssen nach Göttingen zurückgegangen war, und besonders aus den achtziger Jahren, als Meitzen sich anschickte, sein Werk "Siedlung und Agrarwesen ..." auszuarbeiten, sind eine Anzahl ausführlicher Briefe von Hanssen an Meitzen über siedlungsgeschichtliche Fragen, vor allem auch über die Probleme der Feldsysteme, überliefert.⁶⁴

Schließlich sind als Meitzens Vorläufer im Bereich agrar- und siedlungsgeschichtlicher Forschung noch Victor Jacobi und Georg Landau zu nennen. Victor Jacobi (1809 - 1892) war Professor in Leipzig zu der Zeit, als auch Hanssen dort lehrte (1842 - 1848). Es war nicht zu klären, ob Hanssen auch für Jacobis Forschungen anregend gewirkt hat; jedenfalls veröffentlichte dieser 1845 eine Studie "Forschungen über das Agrarwesen des altenburgischen Osterlandes"⁶⁵. Als dauernder Gewinn für die Agrar- und Siedlungsgeschichte blieb aus dieser Arbeit die Auswertung und Publikation von Flurkarten als wesentlicher Quelle dieser Forschungsrichtung, was dann in den Arbeiten von Meitzen die erste systematische Analyse und zugleich Synthese fand.

Johann Georg Landau (1807 - 1865)⁶⁶ wurde für Meitzen wegen seiner Arbeiten zur Hausforschung wichtig. Nach einem fast ganz autodidaktischen Bildungsgang war Landau zeitweise Archivar im Dienste der Kurfürsten von Hessen-Kassel. Seine Bedeutung erlangte er als einer der Begründer jener Landesgeschichtsforschung in Deutschland, die nicht vornehmlich nach Regenten und Dynastien fragte, sondern nach ökonomischen, volkskundlichen, siedlungstopographischen und siedlungsgeschichtlichen Tatbeständen. Landau war ein sehr rühriger und tätiger Mann, der unter anderem ein Wüstungslexikon von Hessen verfaßte. Für Meitzen, mit dem er 1862 in briefliche Verbindung trat, wurde er durch seine Forschungen zur Geschichte des Hausbaus wichtig, den er in längeren Reisen im Bereich des mittleren Westdeutschlands erforscht und nach regionalen Typen unterschieden hatte.

63 Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 24, 1868.

64 Deutsche Staatsbibliothek, Literaturarchiv und Handschriftenabteilung. Nachlaß Meitzen. Den Mitarbeitern der Handschriftenabteilung danke ich für die freundlich gewährte Einsicht in den Nachlaß Meitzen.

65 Jacobi, Victor, Forschungen über das Agrarwesen des altenburgischen Osterlandes, zuerst in: Illustrierte Zeitung, Leipzig 1845, später in: derselbe, Slawen- und Deutschtum in culturhistorischen Studien zur Anschauung gebracht, besonders aus Lüneburg und Altenburg. Beiträge zur Geschichte der Dörfer und Landwirtschaft in Deutschland. Nebst 3 Tafeln mit Abb. von Dorfgrundrissen, Hannover 1856; über Jacobi vgl., Kötzschke, Rudolf, Ländliche Siedlung und Agrarwesen in Sachsen, Remagen 1953, S. 9 = Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 77. Ferner danke ich Herrn Dr. Gerhard Engelmann, Potsdam, und dem Archiv der Karl-Marx-Universität Leipzig für biographische Auskünfte über Jacobi.

66 Vgl. Niemeyer, Wilhelm, Zum hundertsten Todestag Georg Landaus, in: Blätter zur deutschen Landesgeschichte, Bd. 101, 1965, S. 178 - 180.

Die landschaftlichen Unterschiede führte Landau auf die Stammesunterschiede zurück, und hier trafen sich seine Forschungen mit den Intentionen Meitzens.

Vereinfachend kann man also feststellen, daß die ethnische, die "völkische" Säule von Meitzens agrar- und siedlungsgeschichtlichem Lehrgebäude auf Anregungen, Einflüsse und Vorbilder von Haxthausen und Landau zurückzuführen ist, während die Auffassung der Kontinuität von Flur- und Ortsformen seit ihrer ersten Anlage von Olufsen und Hanssen herrührt.

Nachdem die Theorien Meitzens und ihre hauptsächlichsten Wurzeln dargelegt wurden, sollen hier noch einige Bemerkungen über die Wirkungsgeschichte seines agrar- und siedlungsgeschichtlichen Hauptwerkes folgen. Entsprechend seinem Rang und umfassenden Charakter hat das Werk sehr eingehende Rezensionen gefunden. Betrachten wir zunächst die von Otto Schlüter (1872 - 1959)⁶⁷, einem der führenden Siedlungsgeographen und Siedlungshistoriker der folgenden Generation. Schlüter arbeitete damals gerade an seiner Habilitationsschrift "Die Siedlungen im nordöstlichen Thüringen, ein Beispiel für die Behandlung siedlungsgeographischer Fragen"⁶⁸, die methodisch für die Erforschung der frühgeschichtlichen Landschaft bahnbrechend wurde. Er hat die Theorien Meitzens, sowohl was die Ableitung der Siedlungs- und Flurformen aus ethnischer Wurzel anbelangt, als auch die Kontinuität der Erstsiedlungsanlage bis zu den Veränderungen des 19. Jahrhunderts voll akzeptiert und sogar aufgrund der Darstellung über die räumliche Verbreitung der Siedlungsformen eine Karte entworfen. Ein Jahrzehnt später äußert sich Schlüter dann wesentlich zurückhaltender.⁶⁹ Er lehnt es jetzt ab, Germanen oder Kelten sui generis einem bestimmten Siedlungstyp zuzuschreiben, und speziell das von Meitzen als urgermanisch angesehene Haufendorf mit Gewannflur hält er jetzt für eine jüngere Bildung. Aus der Generation der auf Meitzen folgenden führenden Agrar- und Siedlungshistoriker sei noch Rudolf Kötzschke (1867 - 1949) genannt. Kötzschke äußerte sich erst im Jahre 1910 in einem Nachruf über die Bedeutung Meitzens⁷⁰, hat also den Vorteil, die Forschung eines Jahrzehnts nach Erscheinen von Meitzens Hauptwerk übersehen zu können. Das Problem der ethnischen Wurzel aller Siedlungs- und Flurformen spricht Kötzschke zwar nicht direkt an, seine Zurückhaltung gegenüber dieser Theorie ist jedoch spürbar. Im Vorwort zu seinem nachgelassenen Werk⁷¹ hebt er noch einmal den großen Fortschritt hervor, den Meitzens Methode der vergleichenden Analyse von Flurkarten und der abstrahierenden Typenbildung der Siedlungsforschung gebracht hat. Weder Schlüter noch Kötzschke haben wohl jemals eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Theorien Meitzens als Ganzem geführt. Da sie aber, jeder in seinem Bereich, regional begrenzte Forschungen getrieben haben, genügte für sie das Axiom der Kontinuität von Siedlung und Flur seit der ersten Anlage als Arbeitshypothese, während die Theorie von der "völkischen" Herkunft da keine besondere Rolle spielte. Die Hauptwirksamkeit Schlüters wie Kötzschkes fällt allerdings auch in die Zeit, während derer in allen

67 Schlüter, Otto, Die Formen der ländlichen Siedlungen nach Meitzen, in: Geographische Zeitschrift, Bd. 6, 1900, S. 248 - 262 (mit 1 Karte).

68 Druck: Berlin 1903.

69 Schlüter, Otto, Deutsches Siedlungswesen, in: Reallexikon der deutschen Altertumskunde, hg. v. Joh. Hoops, Bd. 1, Straßburg 1911 - 1913, S. 402 - 439.

70 Kötzschke, Rudolf, Meitzen als Historiker des Siedlungs- und Agrarwesens, in: Deutsche Geschichtsblätter, Bd. 11, 1910, S. 273 - 278.

71 Derselbe, Ländliche Siedlung und Agrarwesen in Sachsen, a. a. O., S. 10.

historisch orientierten Wissenschaften die "Theorie der völkischen Wurzel" aller gesellschaftlichen Ereignisse ihren unrühmlichen Höhepunkt erreichte.

Die tiefere Kritik an Meitzens Werk kam zuerst von Seiten der Agrarverfassungsgeschichte und wurde durch Georg Friedrich Knapp eingeleitet; die entscheidende Gegenkonzeption, vor allem auch in siedlungsgeographischer Hinsicht, entstand aus einer neuen, in ihrer Art ebenfalls umfassenden Synthese, nämlich der Wüstungsforschung zur Theorie der spätmittelalterlichen Agrarkrise durch Wilhelm Abel.

1896 legte Knapp, der bekannte Agrarhistoriker, eine sehr liebenswürdig gehaltene, aber nichtsdestoweniger grundsätzliche Kritik vor.⁷² Offenbar auf die Forschungen seines Schülers Werner Wittich gestützt⁷³, der die Untersuchungen der agrarverfassungsgeschichtlichen Schule, die bisher vorwiegend den Verhältnissen des 18. und 19. Jahrhunderts gegolten hatten, in die Zeit des Tacitus und des feudalen Hochmittelalters zurückprojiziert hatte, behauptete Knapp, daß es die freien, genossenschaftlich siedelnden Bauern in der Landnahmezeit als maßgebliche Klasse nicht mehr gegeben habe, sondern daß man auch schon für diese Zeit eine Grundherrschaft annehmen müsse. Diese Vorstellungen basieren auf der bekannten Mitteilung des Tacitus⁷⁴, daß bei den Germanen die Sklaven mit eigenem Haus und Hof ausgestattet wären und davon ihrem Herrn Abgaben zu leisten hätten. Das Problem des Charakters der altgermanischen Sozialverfassung, das heißt ob Gemeinfreiheit oder Grundherrschaft vorherrschte, ist bis heute umstritten, wobei sich die Kontroverse dahingehend entwickelt hat, daß eine einflußreiche Gruppe bürgerlicher Wissenschaftler grundherrschaftliche Formen, also eine starke Dominanz des Adels, schon zur Zeit des Tacitus für gegeben hält⁷⁵, während nach der marxistischen Forschung sich der Feudalisierungsprozeß und damit die Herausbildung der Grundherrschaft erst in der Zeit vom 8. bis 10. Jahrhundert vollziehen.⁷⁶ Wenn es zur Zeit der ersten Ansiedlung der Germanen in ihren späteren Wohnsitzen auf deutschem Boden eine Gemeinfreiheit der Bauern nicht mehr gegeben hat, dann wäre auch die Vorstellung vom Haufendorf mit Gewinnflur als der Siedlung freier genossenschaftlich wirtschaftender Bauern hinfällig. Meitzen war bei seinen Auffassungen der älteren deutschen Verfassungsgeschichte⁷⁷ ge-

72 Knapp, Georg, Friedrich, Siedlung und Agrarwesen nach August Meitzen, zuerst in: Beilage zur Allgemeinen Zeitung, München, v. 27. 10. 1896, wieder abgedr. in: derselbe, Einführung in einige Hauptgebiete der theoretischen Nationalökonomie, a. a. O., S. 204 - 218.

73 Wittich, Werner, Die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland, Leipzig 1896.

74 Vgl. Quellen zur Geschichte des deutschen Bauernstandes im Mittelalter, hg. v. Günther Franz, Berlin 1967, S. 6 f. = Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters, Bd. 31.

75 Geannt seien hier vor allem Dannenbauer, Heinrich, Adel, Burg und Herrschaft bei den Germanen, in: Historisches Jahrbuch, Bd. 61, 1941, S. 1 - 50, wieder abgedruckt in: Herrschaft und Staat im Mittelalter, Darmstadt 1956, S. 60 - 134 = Wege der Forschung, Bd. 2.

76 Vgl. Müller-Mertens, Eckhard, Die Genesis der Feudalgesellschaft im Lichte schriftlicher Quellen und die Fragen des Historikers an den Archäologen, in: Probleme des frühen Mittelalters in archäologischer und historischer Sicht, hg. v. Deutsche Historiker-Gesellschaft, Berlin 1968, S. 9 - 38; ferner Stern, Leo/Bartmuss, Hans-Joachim, Deutschland vom 6. bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts, Berlin 1963, S. 23 f. = Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge), Bd. 2, T. 1.

77 Meitzen, August, Siedlung und Agrarwesen, Bd. 2, Berlin 1895, S. 271 ff.

folgt und hatte die Entstehung der feudalen Grundherrschaft in der Zeit der späten Merowinger und der Karolinger angenommen.⁷⁸ Knapp erhob auch hinsichtlich der Gewinnflur als erster Flurform der zum Ackerbau übergehenden Germanen schwerwiegende Einwände. Seiner Auffassung nach ist die Gewinnflur erst in einem langwierigen Prozeß gemeinschaftlicher Rodung entstanden, hauptsächlich richtete sich aber die Kritik Knapps gegen die Ableitung der Siedlungsformen aus dem Volkstum. Leicht ironisch fragt er, weshalb in dem doch unbestrittenermaßen urgermanischen Norwegen die Einzelhofsiedlung vorherrschend wäre und ob hier etwa Meitzen eine finnische Vorbevölkerung oder grundherrschaftlichen Einfluß vermute. Knapps kritische Bemerkungen dürften auf die spätere Zurückhaltung Schlüters und Kötzschkes hinsichtlich der "völkischen" Wurzel der Siedlungsformen nicht ohne Einfluß geblieben sein.

Grundsätzlicher als Knapps mehr essayistisch anmutende Kritik ist jedoch die aus der Wüstungsforschung resultierende Gegenkonzeption, weil nicht nur der ursächliche Zusammenhang zwischen Volkstum und Siedlungsstruktur vor ihr keinen Bestand hat, sondern auch die Kontinuität der Siedlungs- und besonders der Flurformen seit der Zeit der ersten Anlage in zahllosen Einzelfällen durch sie offenkundig widerlegt wurde. Die wissenschaftlich ernstzunehmende Wüstungsforschung begann bekanntlich mit dem Werk von Alfred Grund "Veränderungen der Topographie im Wiener Wald und Wiener Becken".⁷⁹ Abel hat dann die weit verstreute Wüstungsliteratur zusammengefaßt und seine Theorie der spätmittelalterlichen Agrarkrise entwickelt.⁸⁰ Er geht in der Siedlungsgeschichte von den Ergebnissen Müller-Willes⁸¹, Hömbergs⁸² und Steinbachs⁸³ aus. Diese Forscher sahen die Ursprungsform der neuzeitlichen Siedlungen in weilerartigen Kleinformen mit Blockform, die sie bzw. ihre Schüler auch anhand von Flurkarten und in der Feldforschung nachweisen konnten. Abel stellt diese Ergebnisse ausdrücklich der von Meitzen und Hanssen begründeten Gewinntheorie, also Gewinnflur als ursprüngliche Flurform, gegenüber, die er selbstverständlich ablehnt.⁸⁴ Die Entstehung der Dreifelderwirtschaft mit Gewinnflur ist für Abel und seine Gewährsleute ein als Ausbau und Umbau der ursprünglichen Blockflur vonstatten gehender Prozeß, zu dem ein Übergang von einer viehzuchtbetonten Wirtschafts-

78 Waitz, Georg, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 1, 3. Aufl. Kiel 1880, S. 149 ff.

79 Grund, Alfred, Veränderungen der Topographie im Wiener Wald und Wiener Becken, in: Geographische Abhandlungen, hg. v. Albrecht Penck, Nr. 1/1901.

80 Abel, Wilhelm, Die Wüstungen des ausgehenden Mittelalters, 1. Aufl. Jena 1935, 2. Aufl. Stuttgart 1955, 2. Aufl. = Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 1.

81 Müller-Wille, Wilhelm, Langstreifenflur und Drubbel, in: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, Bd. 8, 1944, S. 9 - 44.

82 Hömbert, Albert, Grundfragen der deutschen Siedlungsforschung, Berlin 1935 = Veröffentlichungen des Seminars für Staatenkunde und historische Geographie der Universität Berlin, Nr. 5.

83 Steinbach, Franz, Beiträge zur bergischen Agrargeschichte, in: Rheinisches Archiv, Bd. 1, Bonn 1922, wieder abgedruckt in: Collectanea Franz Steinbach, Bonn 1967.

84 Abel, Wilhelm, Die Wüstungen des ausgehenden Mittelalters, 2. Aufl. a. a. O., S. 67; derselbe, Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, 2. Aufl. Stuttgart 1967, S. 78 - 81 = Deutsche Agrargeschichte, Bd. 2.

weise mit geringem Getreidebau zu einer "Vergetreidung" der Landwirtschaft parallel verläuft.⁸⁵ Bei diesem Umbau schreibt Abel der spätmittelalterlichen Agrardepression, die er von zirka 1350 bis zirka 1450 ansetzt, die entscheidende Rolle zu.⁸⁶ Es ist bekannt, daß die Gemarkungen wüstgefallener Dörfer oft in die Ackerflur weiterbestehender Dörfer einbezogen wurden. Es ist ferner bekannt, daß zahlreiche Dorffluren in die Gemarkungen benachbarter Städte eingingen. Das Land wüstgefallener Dörfer wurde neu verteilt und vielfach umgelegt. Die so umgestalteten Fluren lassen tatsächlich oft die alte Anlage nur schwer erkennen, und nicht selten findet sich davon überhaupt keine Spur mehr. Da sich in verschiedenen Landschaften des von Meitzen als urgermanisch angesprochenen Gebietes der Haufendörfer die Wüstungen häufen (zum Beispiel in der Magdeburger Börde oder im Thüringer Becken), werden hier gegen Meitzens Kontinuitätstheorie von Siedlungs- und Flurform entscheidende Argumente vorgebracht. Insofern ist Abels Theorie der spätmittelalterlichen Agrardepression tatsächlich die siedlungsgeschichtliche Antithese zu Meitzens Lehrgebäude.

Die Ableitung der Siedlungsformen aus dem Volkstum darf als endgültig überwunden gelten. Dasselbe wird man jedoch nicht mit der gleichen ausschließlichen Berechtigung von der zweiten Säule in Meitzens Siedlungsforschung, der Kontinuität der Flurformen seit der Zeit der ersten Anlage, sagen können. Bis heute sind die Ergebnisse Krenzlins nicht widerlegt, denzufolge die im Zuge der feudalen deutschen Ostsiedlung angelegten Straßen- und Angerdörfer mit der in drei große Gewanne gelegten Flur, wie sie sich besonders in den um Berlin gelegenen Landschaften des Teltow und des Barnim häufen, bereits in dieser Form im 13. Jahrhundert entstanden und bis zu den Flurumlegungen infolge der Durchsetzung der kapitalistischen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert im wesentlichen auch so blieben.⁸⁷ In einer bemerkenswerten Kombination konnte Nitz bei der Auswertung von urkundlicher Überlieferung und Flurkarten kürzlich fränkische Staatskolonisation in verschiedenen Gebieten der Rheinlande, in der Pfalz und in Schwaben nachweisen. Es handelt sich um überraschend einheitlich gestaltete Flurformen, die, jedenfalls nach Nitz, seit ihrer Anlage im 6. bis 8. Jahrhundert im Kern unverändert bis in die Gegenwart bestanden.⁸⁸

Auch die Untersuchungen von Oskar August an Königshufenfluren in der Umgegend von Merseburg⁸⁹ zeigen seit der Zeit der Ersterwähnung im 10./11. Jahrhundert wohl manchen Wandel in der Verteilung des Bodens, aber keinen mit einem Wech-

85 Vgl. Krenzlin, Anneliese, Blockflur, Langstreifenflur und Gewinnflur als Funktion agrarischer Nutzungssysteme in Deutschland, in: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 20, 1958, S. 250 - 266, hier S. 257.

86 Abel, Wilhelm, Die Wüstungen des ausgehenden Mittelalters, 2. Aufl. a. a. O., S. 69 f. Auch Krenzlin, Anneliese, a. a. O., S. 263, vertritt diese Auffassung.

87 Krenzlin, Anneliese, Dorf, Feld und Wirtschaft im Gebiet der großen Platten und Täler östlich der Elbe, Remagen 1972 = Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 72.

88 Nitz, Hans-Jürgen, Siedlungsgeschichtliche Beiträge zum Problem der fränkischen Staatskolonisation im süddeutschen Raum, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Bd. 11, 1963, S. 34 - 62.

89 August, Oskar, Untersuchungen an Königshufenfluren bei Merseburg, in: Varia Archäologica. Wilhelm Unverzagt zum 70. Geburtstag dargebracht, Berlin 1964, S. 375 - 394 = Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften der Sektion für Vor- und Frühgeschichte, Bd. 16.

sel des Nutzungssystems verbundenen Umbau der Flur. Allerdings widerspricht auch der Nachweis einer sehr weit zurückreichenden Kontinuität der Flurformen nicht der fundamental wichtigen Feststellung Krenzlins, "... daß die Gliederung und Einteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche einer Siedlung eine Funktion der Nutzungsart ist ..."⁹⁰ Es ist mit Recht betont worden, daß die Dreifelder-Brachwirtschaft auf der Grundlage einer Gewinnflur im Hochmittelalter das fortschrittlichste Betriebssystem war.⁹¹ Für Mitteleuropa gilt das bis in das 18. Jahrhundert hinein. Dieses Nutzungssystem versprach die höchsten und stabilsten Erträge im Getreidebau, die im Rahmen der feudalen Produktionsweise erreichbar waren, und gestattete darüber hinaus eine auf dieses System genau abgestimmte Viehwirtschaft, die je nach den Möglichkeiten der Waldweide bzw. Waldmast und dem Grünlandanteil erweitert bzw. spezialisiert werden konnte. Der Übergang zur Dreifelder-Brachwirtschaft geschah jedoch in einem langwierigen Prozeß, und über den Zeitraum des Wandels im Nutzungssystem herrscht keineswegs Einigkeit. Krenzlin meint in ihrer bereits wiederholt erwähnten Arbeit⁹² dem Wüstungsvorgang dabei eine bedeutende Rolle zuweisen zu können, eine Auffassung, die natürlich auch Abel vertritt.⁹³ In den ganz oder teilweise verödeten Dörfern wäre es nach dieser Auffassung bei einer Wiederinnutzungnahme einfach gewesen, eine Neueinteilung der Nutzfläche nach dem System der Dreifelderwirtschaft vorzunehmen. Das ist denkbar und sicher auch vorgekommen, wengleich der Beweis am konkreten Einzelfall bisher offenbar nicht geführt werden konnte. Denkbar wäre aber auch folgender Entwicklungsprozeß: Die seit dem 11. Jahrhundert in Mitteleuropa zunehmende Urbanisierung führte zur Entstehung einer nicht mehr von unmittelbarer landwirtschaftlicher Arbeit lebenden Konsumentenschicht und erforderte damit eine wachsende Überschußproduktion des Landes. Dieser Bedarf brachte die Landwirtschaft in eine zunehmende Marktverflechtung und erzwang eine verstärkte Ausbreitung der in einigen Gegenden seit dem 8. Jahrhundert nachweisbaren Dreifelderwirtschaft auf alle nur irgend geeigneten Standorte. Je stärker die Marktverflechtung wurde, um so mehr mußte sich die Überlegenheit der Dreifelder-Brachwirtschaft auswirken, was die Beschleunigung der Ausbreitung dieses Nutzungssystems begünstigte. In den Gegenden, wo klimatische oder edaphische Gegebenheiten für seine Einführung ungünstig waren, kam es zur Entwicklung anderer Nutzungszweige, etwa dem Anbau von Flachs oder einer verstärkten Viehwirtschaft. Auch Krenzlin spricht davon, daß starke städtische Konsumentenschichten zur Intensivierung des Anbaus und zum Wechsel des Nutzungssystems führen können. Im Hinblick auf den Getreideexport im Zeitalter des Frühkapitalismus aus dem baltischen Raum spricht sie geradezu von einer "Vergetreidung der Ostseeküstengebiete."⁹⁴ Der Umbau der Fluren würde dann bereits lange vor Ausbruch der seit Mitte des 14. Jahrhunderts feststellbaren Depressionserscheinungen in der Landwirtschaft in Gang gekommen sein. Auf jeden Fall kann aber gesagt werden, daß überall dort ein Umbau der Fluren überflüssig war, wo die Dreifelder-Brachwirtschaft bei der Erstanlage der Siedlungen angewendet wurde oder sich schon frühzeitig durchgesetzt hatte. Daraus ergibt sich aber, daß in bestimmten Gegenden, wozu sowohl die Gebiete

90 Krenzlin, Anneliese, Blockflur, Langstreifenflur ..., a. a. O., S. 250.

91 Schwarz, Gabriele, Allgemeine Siedlungsgeographie, Westberlin 1966, S. 249 = Lehrbuch der Allgemeinen Geographie, Bd. 6.

92 Krenzlin, Anneliese, Blockflur, Langstreifenflur ... a. a. O., S. 263.

93 Abel, Wilhelm, Die Wüstungen des ausgehenden Mittelalters, 2. Aufl. a. a. O., S. 65 f.

94 Krenzlin, Anneliese, Blockflur, Langstreifenflur ..., a. a. O., S. 265.

der fränkischen Staatskolonisation nach Nitz als auch weite Gebiete im Bereich der feudalen deutschen Ostsiedlung gehören dürften, eine Kontinuität der Flurformen seit der Zeit der ersten Anlage bis in das 19. und 20. Jahrhundert gegeben ist. Hier entsprach die "Gliederung und Einteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche" (Krenzlin) bereits dem unter feudalen Produktionsverhältnissen höchstentwickelten Nutzungssystem, eben der Dreifelder-Brachwirtschaft.

Der Gedanke der Kontinuität der Flurformen seit der Zeit ihrer ersten Anlage bis in das 19. und 20. Jahrhundert bleibt also aus Meitzens agrar- und siedlungsgeschichtlichen Vorstellungen auch weiter in der Diskussion.

Das agrar- und siedlungsgeschichtliche Hauptwerk Meitzens gilt der vor- und frühgeschichtlichen Landwirtschaft. Im "Bodenwerk" hat er sich jedoch auch über die Agrargeschichte des Hoch- und Spätfeudalismus geäußert, hauptsächlich über die Gebiete des ostelbischen Preußens.

Diese Abschnitte sind heute völlig überholt und standen auch zu ihrer Zeit keineswegs auf der Höhe des damals schon erreichten Wissensstandes. Insbesondere gilt das für die im Jahre 1901 im Band 6 des "Bodenwerkes" gegebene Zusammenfassung der Agrargeschichte der einzelnen Teile Preußens. Die Ergebnisse der Forschungen Knapps und seiner Schüler über Bauernbedrückung, feudale Ausbeutung und Bauernlegen in den zur Gutsherrschaft übergehenden Gebieten werden weithin ignoriert oder verharmlost und teilweise auch entstellt. Dieser Teil des wissenschaftlichen Werkes von Meitzen hat heute keine Bedeutung mehr.

Das wissenschaftliche Lebenswerk Meitzens ist in vieler Hinsicht typisch für die Verhältnisse in dem unter junkerlicher Vorherrschaft geeinten Preußen-Deutschland und den Wissenschaftsbetrieb im 19. Jahrhundert insgesamt: eine breite Ausbildung, umfassende Kenntnis des Quellenmaterials und der noch nicht zur Lawine angewachsenen Literatur, jahrzehntelange Konzentration auf ein Projekt und als Ergebnis dann dickleibige und vielbändige Werke. Typisch ist aber auch die Begrenztheit des Blicks wie des Urteils, wo das Interesse oder auch nur der Ruf der herrschenden Klasse auf dem Spiel steht. Meitzen war kein wirklich Großer im Reich der Wissenschaft; zu sehr liegt sein spezielles Arbeitsgebiet auch im Rahmen der historischen Wissenschaften am Rande, und zu stark war sein Urteilsvermögen der klassengebundenen Vorstellungswelt eines preußischen Beamten seiner Zeit verhaftet. Dennoch ist die durch ihn zum Rang eines eigenständigen Wissenschaftszweiges erhobene Siedlungsgeschichte auch für unsere marxistisch-leninistische Geschichtsforschung ein nicht auszuklammerndes Teilgebiet.

ZUR BEDEUTUNG ALBRECHT DANIEL THAERS FÜR DIE AGRAR-HISTORIOGRAPHIE

von Volker Klemm

1. Auch ein Agrarhistoriker?
2. Philosophische und politische Grundpositionen des Agrarhistorikers Thaer
3. Thaers Stellung in der agrargeschichtlichen Historiographie
4. "Grundriß einer Geschichte des Ackerbaus"
5. Thaers Bedeutung als Agrarhistoriker

Für die Entwicklung der Agrarwissenschaften in Deutschland besitzt der 1752 in Celle geborene und 1828 in Möglin verstorbene Mediziner und Landwirt Albrecht Daniel Thaer überragende Bedeutung. Nie wieder ist jemand so uneingeschränkt als Repräsentant der zeitgenössischen Agrarwissenschaft anerkannt worden; und Frauendorfer und Haushofer gehen sogar so weit, die ersten Jahrzehnte der deutschen agrargeschichtlichen Entwicklung im 19. Jahrhundert als "Thaer-Zeit" zu bezeichnen.¹ Sicher ist das übertrieben, aber wenn Ende des 19. Jahrhunderts Deutschland in der Landwirtschaftswissenschaft einen führenden Platz in der Welt einnahm und sich diese Disziplin innerhalb der akademischen Ausbildung als gleichberechtigtes Studienfach durchgesetzt hatte, dann war das nicht zuletzt auf das Werk und die Persönlichkeit Thaers zurückzuführen.

Thaer hat auf dem Gebiet der Agrarwissenschaften nur wenige prinzipiell neue Entdeckungen gemacht. Er war vor allem bemüht, bisher nur thesenhaft Vorhandenes wissenschaftlich zu begründen, zerstreutes Material zu systematisieren und Bekanntes für die landwirtschaftliche Praxis nutzbar zu machen. Auf diese Weise vertiefte und erweiterte er zahlreiche von anderen entwickelte Forschungsergebnisse beträchtlich. Und es gibt nur wenige Bereiche der Landwirtschaftswissenschaften, an deren Entwicklung Thaer nicht direkt oder indirekt beteiligt war. Diese Feststellung gilt auch für die Agrargeschichtsschreibung.

1 Frauendorfer, Sigmund v., Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im deutschen Sprachgebiet, Bd. 1, Bonn/München/Wien 1957, S. 199; Haushofer, Heinz, Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter, Stuttgart 1963, S. 25 ff.

1. Auch ein Agrarhistoriker?

In der biographischen Literatur über die Person und das Werk Albrecht Daniel Thaers blieben bisher seine Verdienste auf agrargeschichtlichem Gebiet so gut wie unbeachtet. Eine gewisse Ausnahme bildet nur die 1968 in Halle erschienene Thaer-Biographie, aber auch hier wird zwar sein Bemühen um die Agrargeschichtsschreibung erwähnt², auf eine kritische Wertung jedoch verzichtet. Damit entsteht die Frage, warum man dem agrargeschichtlichen Schaffen Thaers in der Vergangenheit so wenig Aufmerksamkeit widmete. Unseres Erachtens gibt es dafür mehrere Ursachen. Die Biographien Thaers waren fast ausnahmslos agrarökonomisch oder naturwissenschaftlich orientierte Agrarwissenschaftler, und sie beschäftigten sich daher vor allem mit diesen Seiten seines Werkes. Dabei wurden Thaers Interesse und seine Bemühungen um die Konzipierung einer agrargeschichtlichen Lehre einfach übersehen. Hinzu kommt, daß seine wichtigste agrargeschichtliche Arbeit, der "Grundriß einer Geschichte des Ackerbaus", an recht versteckter Stelle, nämlich in einer landwirtschaftlichen Zeitschrift, den "Annalen des Ackerbaus", enthalten ist. Sie wurde daher in den meisten Verzeichnissen seiner Publikationen überhaupt nicht genannt. Wenn sich der Nachruhm Thaers auch zu Recht auf seinen Beitrag zur Entwicklung der Agrarwissenschaften gründet, sollte dennoch dabei nicht übersehen werden, daß ihm auch in der Geschichte der deutschen Agrarhistoriographie eine große Bedeutung zukommt. Seine agrargeschichtlichen Vorstellungen bilden daher ein wichtiges Untersuchungsobjekt, wobei drei Komplexe seines wissenschaftlichen Werkes Beachtung verdienen:

Der erste Komplex wird durch die Gesamtheit seiner agrarwissenschaftlichen Arbeiten gebildet. Sie stellen heute eine ideale Primärquelle über die agrargeschichtliche Forschung des ausgehenden 18. Jahrhunderts bzw. der ersten drei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts dar. Das gilt vor allem für Untersuchungen über den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und zum Produktionsniveau der Landwirtschaft in dieser Periode. Von besonderem Nutzen sind dabei die von Thaer herausgegebenen landwirtschaftlichen Zeitschriften³ und seine Anmerkungen und Rezensionen zu landwirtschaftlichen Publikationen seiner Zeit.⁴ Sie ergänzen nicht nur das vorhandene Archivmaterial, sondern bewahren auch davor, Einzelergebnisse und Zufälligkeiten in ihrer Anwendungsbreite in der landwirtschaftlichen Praxis zu überschätzen. Dafür garantieren die fundamentale Sach- und Literaturkenntnis Thaers und sein Bestreben, derartige Fakten in ihrer Einflusssphäre quantitativ zu wichten. Bisher wurde diese hervorragende Quelle teilweise recht unzureichend genutzt. Daß sich Thaer mit diesen Arbeiten auch an den Historiker wandte, deutet schon seine Titelwahl an. Mehrmals verwendete er, auch wenn es sich eindeutig um gegenwartsbezogene Wertungen handelte, für die

2 Klemm, Volker/Meyer, Günther, Albrecht Daniel Thaer, Pionier der Landwirtschaftswissenschaften in Deutschland, Halle 1968, S. 80.

3 Annalen der Niedersächsischen Landwirtschaft, Jg. 1 - 6, Celle/Hannover 1799 - 1804; Annalen des Ackerbaus, Jg. 1 - 6, Berlin 1805 - 1810; Annalen der Fortschritte der Landwirtschaft in Theorie und Praxis, Bd. 1 - 4, Berlin 1811 u. 1812; Möglinsche Annalen der Landwirtschaft, Bd. 1 - 13, Berlin 1817 - 1824.

4 Die bei Klemm, Volker/Meyer, Günther, a. a. O., S. 195 ff., enthaltene Bibliographie der Veröffentlichungen Thaers nennt annähernd 60 Rezensionen und 110 Anmerkungen.

Überschrift den Begriff "Geschichte".⁵ Für die Stellung Thaers als Agrarhistoriker sind allerdings diese Arbeiten trotz ihrer Rolle als Quelle relativ unwichtig, denn selbstverständlich waren sie nicht vorrangig als agrarhistorische Analysen konzipiert.

Den zweiten Komplex, der für die Stellung Thaers in der agraren Historiographie von Interesse ist, bildet seine wissenschaftliche Arbeitsmethodik. Thaer stützte sich bei der Darstellung und Wertung aktueller landwirtschaftlicher Probleme vielfach auf kurze agrarhistorische Begründungen. Beispiele dafür waren seine Entscheidung für die Fruchtwechselwirtschaft als günstigstes Ackerbausystem, sein Eintreten für die Aufhebung der feudalen Agrarverhältnisse, seine Arbeiten zur Schafzucht und zur Bodenklassifikation. Diese von Thaer verwandte historisch orientierte Arbeitsmethodik hat nicht nur in der bürgerlichen agrarökonomischen Literatur seither eine wesentliche Rolle gespielt. Auch die sozialistische Agrarökonomie bediente sich wiederholt einer derartigen Methode.

Die entscheidende Bedeutung Thaers für die deutsche Agrargeschichtsschreibung wird jedoch durch seinen "Grundriß einer Geschichte des Ackerbaus"⁶ dokumentiert. Während bei den ersten beiden Komplexen agrargeschichtliche Überlegungen nur einen Teilaspekt bilden, ist das hier prinzipiell anders. Thaer konzipierte diese Arbeit nicht nur von vornherein als agrarhistorische Analyse, sondern in ihr finden auch seine agrargeschichtlichen Auffassungen ihren konzentriertesten und klarsten Ausdruck. Dazu kommt, daß der "Grundriß" in der damals gerade erst beginnenden Geschichte der deutschen Agrarhistoriographie an einer der ersten Stellen plaziert ist. Die Wertung dieses Werkes wird daher im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen stehen.

2. Philosophische und politische Grundpositionen des Agrarhistorikers Thaer

Albrecht Daniel Thaer lebte in einer der bewegendsten Etappen der deutschen Geschichte, die Französische Revolution, die in Frankreich die Herrschaft der Bourgeoisie einleitete, strahlte auch auf Deutschland aus: Die feudale Ordnung wurde beträchtlich erschüttert; der Prozeß der bürgerlichen Entwicklung beschleunigte sich. Und als 1806/07 Preußen eine vernichtende Niederlage erlitt, verschärfte sich die Krise des Feudalsystems noch mehr. Adel und König mußten der erstarkenden Bourgeoisie und den unterdrückten Volksmassen Zugeständnisse machen, wenn sie ihre Machtpositionen retten wollten. Damals begann in Preußen nach den Worten von Friedrich Engels die bürgerliche Revolution.⁷ Diese Ereignisse bestimmten die deutsche gesellschaftliche Entwicklung. Sie beeinflussten auch in maßgeblicher Weise die philosophische und politische Grundhaltung sowie das Geschichtsbild von Albrecht Daniel Thaer.

5 So z. B. Geschichte der deutschen Landwirtschaft, von der Ernte des Jahres 1804 bis zum Schlusse des Jahres 1805, in: Annalen des Ackerbaus, Bd. 3, 1806, S. 1 ff.; Landwirtschaftliche Jahressgeschichte Niedersachsens, Hannover 1807.

6 Thaer, Albrecht Daniel, Grundriß einer Geschichte des Ackerbaus (im folgenden: Grundriß), in: Annalen des Ackerbaus, Bd. 5, 1807, S. 1 - 53.

7 Engels, Friedrich, Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu "Der deutsche Bauernkrieg", in: Marx/Engels, Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 513.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde die geistige Grundhaltung der deutschen naturwissenschaftlich-medizinischen Bildungsschicht fast ausschließlich von den Ideen der bürgerlichen Aufklärung bestimmt. So hatte sich auch Thaer schon als Schüler mit den Schriften Voltaires und anderer französischer und englischer "Freigeister", wie er selbst schreibt⁸, befaßt. Für seine weitere weltanschauliche Formung waren sein Medizinstudium in Göttingen und seine Beziehungen zum dortigen Hainbund von besonderer Bedeutung. Dieser literarische Zirkel, der die Sturm-und-Drang-Periode im Kurfürstentum Hannover einleitete⁹, trat für die Einführung der bürgerlichen Grundrechte ein und geißelte die tyrannische Despotie der deutschen Fürsten. Thaer scheint sich vor allem an Diskussionen über religionsphilosophische Fragen beteiligt zu haben. Auch nach erfolgreicher Beendigung des Studiums hat er sich noch jahrelang intensiv mit derartigen Studien beschäftigt. Dem Grundsatz, daß sich alles vor dem Richterstuhle der Vernunft zu verantworten habe, ist er bis in das hohe Alter hinein treu geblieben. Ursache und Wirkung einer Erscheinung zu klären und daraus die erforderlichen Schlußfolgerungen für das Handeln der Menschen zu ziehen, sah er als den wichtigsten Zweck seines Schaffens an, Erkenntnistheoretisch, und das zeigte sich auch bei seinen historischen Auffassungen, vertrat er weitgehend einen materialistischen Standpunkt. Deutlich kommt das zum Beispiel bei seiner Definition des Begriffs "Erfahrung" zum Ausdruck. "Ihr Grundstoff ist empirisch, d. h. durch sinnliche Wahrnehmung gegeben ... Aber schon die Erfahrung an sich ist nicht bloß sinnliche Wahrnehmung, sondern begreift Reflexionen über das Wahrgenommene in sich. Der Begriff der Kausalität, oder daß eine Erscheinung die Wirkung einer anderen sei, liegt jeder Erfahrung zu Grunde, und folglich ist jede aus sinnlicher Wahrnehmung und Tätigkeit des Verstandes zusammengesetzt".¹⁰

Wie für viele bürgerliche deutsche Intellektuelle der damaligen Zeit so wurde auch für Thaer die Französische Revolution zum Prüfstein dafür, inwieweit er bereit war, seine positive Einstellung zu den Ideen der bürgerlichen Aufklärung durch eine konsequent fortschrittliche politische Haltung zu besiegeln. Der Sturm auf die Bastille, die Konstituierung des französischen Volkes als bürgerliche Nation, die Befreiung der Bauern Frankreichs von den feudalen Fesseln wurden von ihm enthusiastisch begrüßt, und diese Haltung trug ihm in Celle, wohin er nach dem Studium als Arzt zurückgekehrt war, den Ruf eines Jakobiners und Demokraten ein.¹¹ Als jedoch in Frankreich die Republik ausgerufen wurde, das jakobinische Kleinbürgertum die Macht übernahm, die Revolution über die französischen Grenzen hinausging und damit auch die demokratischen Volksbewegungen in Deutschland erstarkten, wandelte sich Thaers Haltung. Wie viele seiner bürgerlichen Klassengenossen wollte er das Erbe der Revolution ausschließlich auf

8 Thaer, Albrecht Daniel, Mein Lebenslauf und Bekenntnisse für Philippinen, in: Simons, Walter, Albrecht Thaer, Berlin 1929, S. 3.

9 Schilfert, Gerhard, Deutschland von 1789 bis 1848, Berlin 1959, S. 174.

10 Thaer, Albrecht Daniel, Grundsätze der rationellen Landwirthschaft (im folgenden: Grundsätze), neue Ausgabe, hg. u. mit Anm. vers. v. Guido Krafft, C. Lehmann, Albrecht Thaer, H. Thiel, Berlin 1880, S. 6.

11 Körte, Wilhelm, Albrecht Thaer. Sein Leben und Wirken als Arzt und Landwirth, Leipzig 1839, S. 55 f.

eine geistige Auseinandersetzung reduzieren, an der die Volksmassen keinen Anteil haben sollten.¹² Nur in den streng abgegrenzten Bahnen von Gesetz und Ordnung der bestehenden Obrigkeitsstaaten sollte sich der gesellschaftliche Fortschritt vollziehen.¹³ Er hoffte auf Reformen eines aufgeklärten Landesherren, der die materielle und moralische Not des Volkes verstand. Thaer selbst wollte dazu einen Beitrag in der Form leisten, daß er die Einsicht in die Notwendigkeit derartiger Reformen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln förderte.

Trotz der entschiedenen Ablehnung jeder revolutionären Gewalt und des Unverständnisses für den notwendigen Klassenkampf zwischen den Herrschenden und Unterdrückten blieb er jedoch den Idealen der bürgerlichen Aufklärung weiterhin treu.¹⁴ Das unterschied ihn wesentlich von vielen seiner Mitbürger, die mit ihrer anfänglichen Begeisterung für die Französische Revolution auch ihr Bekenntnis zu den bürgerlichen Grundrechten aufgaben. Diese Haltung ordnete ihn dem fortschrittlichen Flügel der damaligen deutschen Historiographie zu, der, von einer ähnlichen philosophisch-politischen Basis wie Thaer ausgehend, die Herausbildung eines bürgerlichen Nationalbewußtseins zu seiner Aufgabe gemacht hatte.¹⁵

3. Thaers Stellung in der agrargeschichtlichen Historiographie

Ende des 18. Jahrhunderts erschien das erste umfassende deutsche agrargeschichtliche Werk, die von Karl Gottlob v. Anton verfaßte dreibändige "Geschichte der deutschen Landwirthschaft".¹⁶ Allerdings war schon seit Mitte des 18. Jahrhunderts eine Anzahl agrarhistorischer Untersuchungen publiziert worden; diese ersten agrargeschichtlichen Arbeiten trugen jedoch noch keinen selbständigen wissenschaftlichen Charakter, sondern sie waren Bestandteil allgemeiner wirtschaftshistorischer Untersuchungen.¹⁷ Nur im Zusammenhang mit der Geschichte des Handels, der Manufaktur, der staatlichen Verwaltung usw. wurden agrargeschichtliche Fragen behandelt. Genauso wie die anderen agrarwissenschaftlichen Fachgebiete entwickelte sich also auch die Agrargeschichte vorerst

12 Vgl. dazu Thaer, Albrecht Daniel, Einleitung zur Kenntniß der englischen Landwirthschaft und ihrer neueren practischen und theoretischen Fortschritte in Rücksicht auf Vervollkommnung deutscher Landwirthschaft für denkende Landwirthe und Cameralisten (im folgenden: Einleitung), Bd. 2, T. 2, Hannover 1801, S. 264.

13 Vgl. ebenda, S. 269.

14 Vgl. dazu Annalen der Niedersächsischen Landwirthschaft, Bd. 1, 1799, S. 131.

15 Vgl. dazu Streisand, Joachim, Geschichtliches Denken von der deutschen Frühaufklärung bis zur Klassik, 2. Aufl., Berlin 1967, S. 97 f.

16 Anton, Karl Gottlob v., Die Geschichte der teutschen Landwirthschaft, 3 Teile, Görlitz 1799 - 1802.

17 Leider gibt es zur Zeit noch keine brauchbare Arbeit zur Geschichte der deutschen Agrarhistoriographie. Einige Bemerkungen zu dieser Frage sind enthalten bei Berthold, Rudolf, Agrargeschichte oder Landwirtschaftsgeschichte?, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, T. 2, S. 243 ff.; Fraas, Carl, Geschichte der Landbau- und Forstwissenschaft, München 1865, S. 229 ff.; Frauendorfer, Sigmund v., a. a. O., S. 430 ff.

im Rahmen der Kameralistik,¹⁸ Das führte, und dieser nun über einhundert Jahre alten Bemerkung von Carl Fraas muß auch heute noch zugestimmt werden, zu einer "gänzlich verflachenden Ausdehnung" der Agrarhistoriographie.¹⁹

Eine Ausnahmestellung nahm jedoch die "Geschichte der deutschen Landwirthschaft" v. Antons ein, die sich von dieser kameralistisch-agrargeschichtlichen Literatur prinzipiell unterschied. Bei ihr handelte es sich um die erste selbständige deutsche agrargeschichtliche Publikation. Fast zur gleichen Zeit, als sich die landwirtschaftlichen Wissenschaften, speziell die Agrarökonomie, von den Fesseln der Kameralistik allmählich befreiten, wurde auch der Grund für die autonome Entwicklung einer agrargeschichtlichen Zweigwissenschaft gelegt.

Der sich Ende des 18. Jahrhunderts ständig verschärfende Widerspruch zwischen den feudalen Produktionsverhältnissen und den vorwärtsdrängenden landwirtschaftlichen Produktivkräften führte nicht nur zu einem schrittweisen Eindringen kapitalistischer Produktionsverhältnisse in die Landwirtschaft, sondern bedingte und förderte auch die Verselbständigung der agrarwissenschaftlichen Forschung und Lehre. Damit stieg das öffentliche Interesse an einer historischen Analyse der Entwicklung der Landwirtschaft beträchtlich, denn wenn das ökonomisch erstarkende Bürgertum die aktuellen agraren Probleme begreifen und meistern wollte, dann mußte die Vergangenheit dieses Volkswirtschaftszweiges kritisch analysiert werden. Die Herausbildung eines selbständigen agrarhistorischen Wissenschaftszweiges wurde damit zu einem gesellschaftlichen Erfordernis, und das führte zwangsläufig auch zur Entstehung einer entsprechenden Literatur.

Karl Gottlob v. Antons "Agrargeschichte", die allerdings wie viele seiner Arbeiten nicht den geplanten Abschluß erreichte²⁰, zeichnet sich durch ein gründliches Quellenstudium aus. Seine sozialen Bindungen - v. Anton war reicher Gutsbesitzer und Jurist - verleiteten ihn jedoch dazu, rechtsgeschichtliche Aspekte bei seiner Darstellung teilweise zu einseitig in den Vordergrund zu rücken. Negativ wirkte sich dabei vor allem aus, daß es v. Anton nur sehr begrenzt gelang, sich bei seiner Haltung gegenüber den bestehenden Agrarrechtsverhältnissen seiner Zeit aus den Fesseln eines reaktionären traditionellen junkerlichen Kastengeistes und eines feudalen formaljuristischen Denkens zu lösen.²¹

Der "Grundriß einer Geschichte des Ackerbaus" von Albrecht Daniel Thaer schließt sich in der zeitlichen Reihenfolge der deutschen agrargeschichtlichen Literatur unmittelbar an die "Agrargeschichte" v. Antons an. Er weist aber schon allein hinsichtlich des Umfanges, der angewandten wissenschaftlichen Methode und der theoretischen Durchdringung und Interpretation beträchtliche Unter-

18 Ein typisches Beispiel dafür ist die Arbeit von Rössig, K. G., Versuch einer pragmatischen Geschichte der Oeconomie-, Polizey- und Cameralwissenschaften seit dem 16. Jahrhundert bis auf unsere Zeiten, 2 Teile, Leipzig 1781/82.

19 Fraas, Carl, a. a. O., S. 230.

20 Vgl. dazu Jecht, Richard, Karl Gottlob v. Anton, Gedächtnisrede zu seinem 100. Todestage, in: Neues Lausitzisches Magazin, 94. Jg. 1918, S. 211 f.

21 Vgl. dazu Anton, Karl Gottlob v., Ueber die Rechte der Herrschaften auf ihre Unterthanen und deren Besitzungen nebst einigen Bemerkungen über die Verfassung in der Oberlausitz, Leipzig 1791; derselbe, Über die Vorzüge und Nachtheile der Landwirthschaft in der Oberlausitz, in: Neue Lausitzische Monatsschrift Nr. 2/1800; derselbe, Bemerkungen über Herrn D. Rössigs Beantwortung der Commentarien des Herrn Geheimrat von Kleefeld, Leipzig 1786.

schiede zur Antonschen Arbeit auf. Auch in ihrer politisch-ideologischen Basis und ihrer aktuellen Zweckbestimmung sind die beiden Werke nicht miteinander zu vergleichen. Trotz dieser Unterschiedlichkeit bilden die "Agrargeschichte" v. Antons und der "Grundriß" Thaers dennoch in der bürgerlichen deutschen Agrarhistoriographie eine chronologische Einheit, denn nach dem Erscheinen des "Grundrisses" im Jahre 1806 tritt erst einmal eine fast fünfzigjährige Pause in der Publikationsfolge der deutschen agrargeschichtlichen Literatur ein.

Die Mitte des 19. Jahrhunderts beginnende neue Periode der deutschen Agrargeschichtsschreibung wurde vor allem durch die Namen Carl Fraas²², Christian Eduard Langenthal²³ auf der einen und Georg Hanssen²⁴ auf der anderen Seite bestimmt. In dieser Zeit kam es zur relativ klaren Trennung zwischen einer stärkeren produktionstechnisch und einer mehr rechtsgeschichtlich orientierten Auffassung der bürgerlichen Agrargeschichte, eine Entwicklungstendenz, die sich in diesem landwirtschaftlich-historischen Fachgebiet eigentlich schon bei einem Vergleich des Thaerschen "Grundrisses" mit der "Agrargeschichte" v. Antons andeutete.

Albrecht Daniel Thaers agrargeschichtliche Darstellungen, insbesondere sein "Grundriß einer Geschichte des Ackerbaus", stehen also am Beginn einer selbständigen agrargeschichtlichen Literatur in Deutschland. Und schon allein die Spärlichkeit der Beweisstücke für die Anfänge dieses neuen Wissenschaftszweiges erfordert, daß man den ersten Zeugnissen einer selbständigen bürgerlichen deutschen Agrarhistoriographie besondere Beachtung schenkt.

Die Stellung Thaers in der deutschen agrargeschichtlichen Literatur wird aber nicht nur durch seine Position in der Chronologie dieses Wissenschaftszweiges bestimmt, sondern vor allem auch durch den von ihm definierten Zweck agrarhistorischer Darstellungen; wovon im einzelnen noch die Rede sein wird. In dieser Hinsicht ging Thaer prinzipiell andere Wege als zum Beispiel v. Anton und eine Anzahl anderer bürgerlicher Agrarhistoriker.

Während Thaer den feudalen Hemmnissen für die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft entschieden den Kampf ansagte und den Ausbruch der Französischen Revolution begrüßte, ist die Haltung v. Antons zu diesen Fragen zwiespältig. So hielt dieser zum Beispiel den Gesindezwangsdienst für eine "vortreffliche" Einrichtung²⁵ und wandte sich gegen eine Aufhebung der feudalen Abhängigkeit der bäuerlichen Untertanen²⁶. Diese Haltung spiegelte sich eindeutig in seinen historischen Auffassungen wider. Wenn v. Anton auch den Zweck seiner agrarhistorischen Arbeiten nicht klar definierte, so geht doch aus seinen Darlegungen deutlich hervor, daß seine agrargeschichtlichen Untersuchungen vor allem

22 Carl, Nikolaus Fraas (1810 - 1875), Professor für Landwirtschaft in München, publizierte mehrere agrarhistorische Arbeiten zur Geschichte der entstehenden Landwirtschaftswissenschaften.

23 Eduard Langenthal (1806 - 1878) war Botaniker. Er veröffentlichte eine vierbändige "Geschichte der deutschen Landwirtschaft", Berlin 1847 - 1856.

24 Georg Hanssen (1809 - 1894), Nationalökonom und Agrarhistoriker, in seiner Lehrmeinung von den Rechtshistorikern Karl Friedrich Eichhorn (1781 - 1854) und Georg Ludwig v. Maurer (1790 - 1872) beeinflusst, wurde zum eigentlichen Begründer der einseitig rechtshistorisch orientierten, bürgerlichen deutschen Agrarhistoriographie.

25 Anton, Karl Gottlob v., An die Oekonomen von einem Oekonomen, Leipzig 1786, S. 111.

26 Ebenda, S. 107 ff.

darauf abzielten, die bestehenden feudalen Rechtsverhältnisse und die sich daraus ableitende Abhängigkeit der Bauern historisch zu rechtfertigen.²⁷

Auch in methodischer Hinsicht ist Thaer höher zu bewerten als v. Anton; denn er faßte die Agrargeschichte von vornherein nicht als separates Fachgebiet, sondern vor allem als Bestandteil seines Systems einer akademischen landwirtschaftlichen Ausbildung auf. In dem von ihm im Frühjahr 1806 publizierten Lehrplan für die landwirtschaftliche Akademie in Möglin stand "eine kurze Geschichte der Landwirtschaft" an erster Stelle²⁸, wobei er unter Geschichte der Landwirtschaft Agrargeschichte im umfassenden Sinne verstand, das heißt sowohl die Geschichte der Agrarproduktion als auch die Geschichte der "landwirtschaftlichen Verfassungen". Für ihn war also die Agrargeschichte ein fest integrierter Bestandteil seiner "Rationellen Landwirtschaftslehre". Dieser spezifischen Zuordnung entsprach auch die von ihm formulierte Aufgabenstellung der Agrargeschichte. Nachdrücklich betonte er - und das im weitaus stärkeren Maße als die meisten anderen bürgerlichen Agrarhistoriker - die hohe Aktualität und daher die unmittelbare praktische Bedeutung dieses Wissensgebietes. Einen überzeugenden Beweis dafür bildete die in seinem "Grundriß" enthaltene Zweckdefinition. Sie lautete:

"Ich glaube, die Einleitung zu meinen systematischen Vorlesungen der Landwirtschaftslehre nicht zweckmäßiger als mit der Geschichte dieses Gewerbes machen zu können. Sie gibt einen allgemeinen Überblick des Ganzen. Sie zeigt, in welchen Verhältnissen und Berührungspunkten der Ackerbau mit der Kultur des Menschengeschlechtes gestanden habe, und notwendig stehen müsse. Sie lehrt die Theorie und die Praxis jeden Zeitalters und jeder Nation kennen und würdigen, und zeigt nicht nur, wie sie gewesen, sondern auch warum sie so war, und was sie bewirkte. Sie erklärt die von anderen Zeiten und von anderen Nationen auf uns gekommenen Lehren; sie führt uns auf den Grund, auf die Tendenz zum richtigen Verstehen derselben und lehrt uns dadurch, ob und inwiefern wir sie anwenden dürfen. Sie stellt uns den Ursprung und die Entwicklung des jetzigen Zustandes der Landwirtschaft dar und lehrt uns unterscheiden, was in ihrer Fassung nur bedingt durch jene vorhanden sei, von dem, was die Vernunft bestätigt hat. Sie belebt die Idee der möglichen Vollkommenheit, deren jeder empfänglich sein muß, der aus dem wissenschaftlichen Vortrage der Lehre Nutzen ziehen soll".²⁹

Dieses Zitat bestätigt also noch einmal nachdrücklich die unmittelbare Praxisbezogenheit der agrargeschichtlichen Lehre und Forschung Thaers. Auch hierin ist er seiner Zeit voraus, und ein Vergleich zur Zielstellung agrarhistorischer Literatur in der DDR³⁰ zeigt, daß er dabei unseren Vorstellungen sogar mitunter

27 Derselbe, Über die Rechte ..., a. a. O., S. 8 ff.; derselbe, Bemerkungen über Herrn D. Rössigs ..., a. a. O., S. 42 ff.; derselbe, Über die Vorzüge ..., a. a. O., S. 98.

28 Thaer, Albrecht Daniel, Fernere Nachrichten von dem zu Möglin zu errichtenden landwirtschaftlichen Unterrichts-Institute, in: Annalen des Ackerbaus Bd. 3, 1806, S. 617.

29 Derselbe, Grundriß, a. a. O., S. 2 f. - Die Schreibweise der Zitate wird den heute gültigen orthographischen Regeln angepaßt.

30 Vgl. dazu z. B. Grüneberg, Gerhard, u. a., Von der gegenseitigen Bauernhilfe zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, Berlin 1965, S. 5; Tausend Jahre Kampf der deutschen Bauern um ihre Freiheit, Berlin 1961, S. 6 f.

schon relativ nahe kommt. Es entsteht damit die Frage, warum Thaer hier einen teilweise anderen Weg als die meisten bürgerlichen Agrarhistoriker beschritten hat. Dafür gibt es vor allem zwei Ursachenkomplexe, die durch den Zeitpunkt der Entstehung der rationalen Landwirtschaftslehre und durch die Persönlichkeit Thaers bestimmt werden.

Die rationelle Landwirtschaftslehre Thaers, zu der auch seine agrargeschichtlichen Auffassungen gehörten, entstand innerhalb der progressiven Entwicklungsperiode der deutschen Bourgeoisie. Der Klassengegensatz zwischen der erstarkenden Bourgeoisie und der herrschenden Feudalklasse überdeckte noch den erst keimhaft vorhandenen Gegensatz zwischen dem entstehenden Proletariat und der Bourgeoisie. Jede gesellschaftliche Veränderung mußte damals gegen den erbitterten Widerstand der reaktionärsten Teile der Feudalklasse durchgesetzt werden. Nach der Meinung des bürgerlichen Aufklärers und Förderers des landwirtschaftlichen Fortschritts konnte die Agrargeschichte also nur dann einen Sinn haben, wenn sie innerhalb dieser Auseinandersetzung die antifeudalen Positionen stärkte. Ein solcher Zweck bedingte eine auf die Gegenwart gerichtete, unmittelbar praktische Zielstellung. Dazu kam, daß sich Thaer mit Agrargeschichte nicht erst gegen Ende seiner Laufbahn beschäftigte, sondern in seiner fruchtbarsten agrarwissenschaftlichen Schaffensperiode. Er konnte daher die Agrargeschichte nur aus der Perspektive des aktiv tätigen Agrarwissenschaftlers, des landwirtschaftlichen Praktikers und vor allem des landwirtschaftlichen Hochschullehrers betreiben. Ihre Einordnung in sein System der Agrarwissenschaften und in die von ihm in Möglin praktizierte landwirtschaftliche akademische Ausbildung war eine logische Folge. Albrecht Thaer versuchte, den von ihm definierten Zweck der Agrargeschichte in seiner Lehrtätigkeit in Möglin und an der Berliner Universität zu realisieren, indem er seinen Unterrichtszyklus zur "Allgemeinen Landwirtschaftslehre" - nach modernen Begriffen: Agrarökonomie, Acker- und Pflanzenbau sowie Tierzucht - mit einer umfangreicheren Agrargeschichtsvorlesung eröffnete. Die wichtigste schriftliche Unterlage für diese Lektionen bildete der nun schon oft genannte "Grundriß einer Geschichte des Ackerbaus". Er bringt die agrarhistorischen Auffassungen und Absichten Thaers am prägnantesten, geschlossensten und konzentriertesten zum Ausdruck.

4. "Grundriß einer Geschichte des Ackerbaus"

Es waren besonders zwei Gründe, die Thaer veranlaßten, den wohl schon seit längerer Zeit gehegten Plan, eine umfassende agrargeschichtliche Arbeit zu schreiben, 1806 in die Tat umzusetzen. Die erste und entscheidende Ursache bestand in der schon genannten Absicht Thaers, daß zu einer systematischen akademischen landwirtschaftlichen Ausbildung unbedingt eine agrargeschichtliche Vorlesung gehöre. Und da 1806 das Studium an der Mögliner Akademie eröffnet werden sollte, stellte der "Grundriß" dafür ein wichtiges Studienmaterial dar. Zum zweiten, unmittelbaren Anlaß wurden die Ereignisse des Jahres 1806. Thaer hatte den ersten Halbjahresband der seit 1805 als Nachfolger für die "Annalen der Niedersächsischen Landwirtschaft" erscheinenden "Annalen des Ackerbaus" mit einer "Geschichte" der Landwirtschaft des vorhergehenden Jahres eröffnet.³¹ Für 1806 war ihm das unmöglich, da er infolge der Auswirkungen des

31 Thaer, Albrecht Daniel, Landwirtschaftlicher Bericht vom 18. Dezember 1804, in: Annalen des Ackerbaus, Bd. 1, 1805, S. 169 ff.; derselbe, Geschichte der deutschen Landwirtschaft von der Ernte des Jahres 1804 bis zum Schlusse des Jahres 1805, in: ebenda, Bd. 3, 1806, S. 1 ff.

Krieges zwischen Preußen und Frankreich nicht genügend Nachrichten über die Ernteergebnisse erhalten hatte. Dennoch wollte er den ersten Halbband des Jahres 1807 der "Annalen des Ackerbaus" wieder mit "Geschichte" beginnen,³² Gerade in der Gegenwart sei es besonders nützlich, meinte Thaer, "die Schicksale, welche der Ackerbau in Deutschland erlitten hat, in einem Blick zu übersehen".³³ Deutschland stehe vor einer allgemeinen politischen und ökonomischen Krise, und die wechselvolle Geschichte der Landwirtschaft zeige, daß auch die Vergangenheit keinesfalls krisenlos verlaufen sei. Thaer wollte also mit dem "Grundriß" - und seine aktive Unterstützung der preußischen Reformpartei in den folgenden Jahren bestätigte das³⁴ - einen Beitrag zur bürgerlich-nationalen und patriotischen Erziehung seiner Studenten und der Landbevölkerung leisten.

Der von Thaer für die Arbeit gewählte Titel "Grundriß einer Geschichte des Ackerbaus" ist irreführend, denn der Inhalt beschränkt sich nicht nur auf den Ackerbau. In Wirklichkeit ist die Arbeit eine Darstellung der Agrargeschichte im breitesten Sinne, die neben der Entwicklung der Pflanzen- und Tierproduktion auch Probleme der sozialökonomischen Veränderungen auf dem Lande und die Entstehung der agrarwissenschaftlichen Lehre mit erfaßt. Natürlich setzte hierbei die Absicht des Autors, eine Einführungsvorlesung für die akademische landwirtschaftliche Ausbildung zu schaffen, dem Unternehmen von vornherein Grenzen. Der Artikel hat nur einen Umfang von 53 kleinformatigen Druckseiten, und oft handelt es sich lediglich um thesenhafte Aussagen. Das Bemühen um eine umfassende agrargeschichtliche Darstellung und Wertung ist jedoch unverkennbar.

Die von Thaer für die Erarbeitung des "Grundrisses" verwendete wissenschaftliche Methodik ist, selbst wenn man vom damals erreichten Niveau der Geschichtswissenschaft ausgeht, unzureichend. Auch für ihn trifft die Bemerkung von Sigmund von Frauendorfer zu, daß die Arbeiten der Vertreter einer stärker produktions- und produktionstechnisch orientierten Agrargeschichte "bis zu einem gewissen Grade leicht dilettantisch anmuteten", weil "ihnen die eigentliche fachhistorische Fundierung fehlt".³⁵ Wer umfangreiche quellenkritische Analysen oder auch nur exakte Angaben zu den benutzten Quellen erwartet, wird enttäuscht sein. Thaer folgte hier der von ihm auch bei seinen anderen agrarwissenschaftlichen Werken praktizierten Methode - in dieser Hinsicht bildete er allerdings keine Ausnahme gegenüber den Fachkollegen seiner Zeit -, daß er auf jede genaue Quellenangabe verzichtete. Seine wichtigste Quelle aus dem Bereich der agrarwissenschaftlichen Literatur war für die Zeit des Mittelalters unzweifelhaft die Arbeit v. Antons. Thaer nannte zwar v. Anton nicht namentlich, aber der Inhalt des "Grundrisses" und die mit v. Anton geführte Korrespondenz³⁶ lassen das als sicher erscheinen. Außerdem hat Thaer selbstverständlich die historisch orientierte kameralistische Literatur benutzt. Von weitaus größerer Bedeutung als diese geschichtlichen Werke war jedoch seine fundamentale Kenntnis der deutschen und westeuro-

32 Derselbe, Grundriß, a. a. O., S. 1.

33 Ebenda, S. 2.

34 Vgl. dazu Klemm, Volker/Meyer, Günther, a. a. O., S. 82 ff.

35 Frauendorfer, Sigmund v., a. a. O., S. 432.

36 Boelcke, Willi-Alfred, Drei unbekannte Briefe von Albrecht Thaer an Karl Gottlob v. Anton, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 9. Jg. 1961, S. 65 ff.

päischen landwirtschaftlichen Literatur des 17. und 18. Jahrhunderts. Zur Zeit der Entstehung des "Grundrisses" hatte er einen wesentlichen Teil des jahrelangen Literaturstudiums für sein landwirtschaftliches Hauptwerk, die "Grundsätze der rationalen Landwirthschaft"³⁷, abgeschlossen. Und vor allem diese Kenntnis der unmittelbar zeitgenössischen Fachliteratur bildete die entscheidende Basis für den umfangreichsten Teil seines "Grundrisses", die Darstellung der deutschen agrargeschichtlichen Entwicklung im 17. und 18. Jahrhundert.

Obwohl Thaer im "Grundriß" keine Zwischenüberschriften verwendete, ist klar erkennbar, daß er die Disposition chronologisch aufbaute. Dabei räumte er aber den einzelnen Perioden einen sehr unterschiedlichen Umfang und ein ebenso uneinheitliches territoriales Untersuchungsgebiet ein. "Das Gemälde ist", wie er am Anfang der Arbeit betonte, "nur aus unserem Standpunkt aufgenommen."³⁸ Das heißt, der "Grundriß" orientierte sich vorrangig auf die Erfordernisse der Ausbildung und damit auf die Erläuterung und Lösung aktueller Probleme. Entsprechend dieser Zielstellung wurde die chronologische Darstellung um so breiter und das territoriale Untersuchungsgebiet um so enger, je näher der Autor der Gegenwart kam. "Wir beschränken uns zuletzt nur auf das nördliche Deutschland."³⁹

Der erste Abschnitt beschäftigte sich mit der Agrarproduktion der Urgesellschaft,⁴⁰ Schon hier zeigte sich deutlich, daß Thaer einer materialistischen Geschichtsauffassung zuneigte. "Die Geschichte der Menschheit ist auch die Geschichte des Ackerbaus"⁴¹, schrieb er an dieser Stelle. Dabei leitet er die Entstehung einer bewußten Tier- und Pflanzenproduktion vor allem aus der wachsenden Zahl der Menschen und ihren damit steigenden materiellen Bedürfnissen ab.⁴²

Es folgte eine gedrängte Darstellung der agrargeschichtlichen Entwicklung in der Sklavenhalterordnung.⁴³ Im Mittelpunkt dieser Betrachtung stand die Landwirtschaft in der Blütezeit des römischen Imperiums. Thaer begab sich hier auf den Standort jenes fortschrittlichen Flügels der damaligen deutschen Historiographie, welcher eine idealisiert dargestellte Antike auf die Gegenwart zu projizieren und für die Entwicklung eines bürgerlich-nationalen Bewußtseins zu nutzen suchte.⁴⁴ So stellte er zum Beispiel fest, daß sich in Rom nur die "Weisesten, Edelsten und Angesehensten des Staates" mit der Landwirtschaft beschäftigt hätten und daß die "Agrikultur" in dieser Zeit nicht nur als "Gewerbe", sondern auch schon "kunstmäßig" und "wissenschaftlich" betrieben worden wäre.⁴⁵ Der große Agrarwissenschaftler spielte damit auf eine Forderung an, deren Realisierung er nachdrücklich für die Gegenwart verlangte.⁴⁶

37 Thaer, Albrecht Daniel, Grundsätze, a. a. O. Die erste Auflage dieser Arbeit erschien von 1809 bis 1812 in Berlin.

38 Thaer, Albrecht Daniel, Grundriß, a. a. O., S. 2.

39 Ebenda.

40 Ebenda, S. 4 - 6.

41 Ebenda, S. 3.

42 Ebenda, S. 4.

43 Ebenda, S. 7 - 11.

44 Streisand, Joachim, a. a. O., S. 97.

45 Thaer, Albrecht Daniel, Grundriß, a. a. O., S. 9 f.

46 Derselbe, Einleitung, a. a. O., Bd. 1, S. 687; derselbe, Grundsätze, a. a. O., S. 3 f.

Nach einem kurzen Überblick der germanischen Landwirtschaft, der vor allem auf den bekannten Darlegungen des Tacitus beruhte⁴⁷, wandte sich Thaer in einem längeren Abschnitt der Entstehung und Entwicklung der feudalen Agrarverhältnisse in Deutschland zu.⁴⁸ Es ging ihm dabei um mehr als eine bloße Bestandsaufnahme statistischer Größen; es waren in erster Linie die Veränderungen, denen sein Interesse galt, und es bildet einen erneuten Beweis für seine materialistische Geschichtsauffassung, daß er diese Veränderung vor allem als Ergebnis ökonomischer Prozesse wertete. So schätzte er zum Beispiel die im 15. und 16. Jahrhundert auch in der Landwirtschaft immer deutlicher werdende Krise des Feudalsystems als eine Folgeerscheinung der beginnenden kapitalistischen Warenproduktion ein.⁴⁹ Wesen und Ursachen des agraren Dualismus stellte er dabei im großen und ganzen schon richtig dar.⁵⁰

Thaer wies in diesem Zusammenhang immer wieder auf die hemmende Wirkung der feudalen Produktionsverhältnisse für den landwirtschaftlichen Fortschritt hin. Auch im "Grundriß" hielt er damit an der von ihm in dieser Hinsicht schon an anderen Stellen⁵¹ vertretenen Einstellung fest. Während Karl Gottlob v. Anton aus der Agrargeschichte insbesondere die Rechtmäßigkeit feudaler Privilegien abzuleiten suchte, nutzte Thaer die Geschichte dazu, die Widersinnigkeit und das historische Unrecht feudaler Einrichtungen nachzuweisen. Zur Entstehung des klerikalen Zehntrechtes bemerkte er zum Beispiel, daß diese feudale Rente "nur der Stumpfheit, dem Aberglauben, dem Pfaffentruge und der Herrschsucht Nahrung" gegeben habe und "bis auf unsere Zeiten ein Hindernis höherer Ackerkultur, mithin jeder Kultur in vielen Ländern geblieben" sei.⁵²

Hervorzuheben bei einer Analyse dieses Abschnittes des "Grundrisses" ist aber auch, daß Thaer sich hier in besonderem Maße als ein Anhänger des Fortschrittsgedankens in der Geschichte erweist. Und diese Auffassung kam bei ihm weitaus eindeutiger zum Ausdruck, als das in der "Agrargeschichte" v. Antons der Fall war. Vor allem die wachsenden Bedürfnisse der Menschen waren es für Thaer, welche die Veränderung der feudalen Agrarverhältnisse bewirkten. Seine Darstellungsweise des sich zuspitzenden Widerspruchs zwischen den hemmenden feudalen Einrichtungen und den Fortschritten der Agrarproduktion drängte den Leser geradezu zu der Überzeugung, daß die Überwindung dieses Widerspruchs eine gesellschaftliche Notwendigkeit war und gesetzmäßig zu einem raschen Aufschwung der Landwirtschaft führen mußte. Der sich anbahnenden Lösung dieses Problems während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Norddeutschland widmete Thaer den letzten und umfangreichsten Abschnitt des "Grundrisses".⁵³

Die ersten Anfänge des Aufschwungs der Landwirtschaft datierte Thaer mit dem Ende des 17. Jahrhunderts.⁵⁴ Deutlichste Kennzeichen dafür waren seiner Ansicht nach das wachsende Interesse eines Teils der Großgrundbesitzer an der Intensivierung ihrer Wirtschaften, erste Versuche zur Besömmerung der Brache und die Entstehung einer fundierteren landwirtschaftlichen Literatur. Der entscheidende Wandel setzte jedoch nach Ansicht Thaers erst in der zweiten Hälfte

47 Derselbe, Grundriß, a. a. O., S. 11 - 13.

48 Ebenda, S. 13 - 28.

49 Ebenda, S. 24 ff.

50 Ebenda, S. 18 ff.

51 Vgl. dazu Klemm, Volker/Meyer, Günther, a. a. O., S. 50 ff.

52 Thaer, Albrecht Daniel, Grundriß, a. a. O., S. 14 f.

53 Ebenda, S. 28 - 53.

54 Ebenda, S. 28 - 32.

des 18. Jahrhunderts ein. Er sah diese neue Qualität allerdings vor allem im geistig-wissenschaftlichen Bereich.

Während Thaer der Zeit vor 1750 nur "wenige landwirtschaftliche Schriftsteller von Bedeutung" bescheinigte und zugleich feststellte, daß die "guten Erfindungen und Verbesserungen dieser Periode ... sich mehr durch Beispiel und Tradition als durch Schriften und systematische Lehren" fortgepflanzt hätten⁵⁵, lobte er an den folgenden Jahrzehnten, daß die deutsche landwirtschaftliche Literatur sich an Umfang und wissenschaftlichem Rang beträchtlich gesteigert habe. Auch hier im "Grundriß" fand er natürlich nicht nur anerkennende Worte für diese Arbeiten, aber sein Urteil war nun schon erheblich abwägender und differenzierter als in der "Englischen Landwirtschaft".⁵⁶ Seine inzwischen weitaus größere Literaturkenntnis - er nannte im "Grundriß" für diese Zeit Publikationen von über vierzig Kameralisten und Landwirten - hatte an seiner Meinungsänderung wahrscheinlich den entscheidenden Anteil.

Thaer begrüßte an der deutschen landwirtschaftlichen Literatur der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts - und er bezog das besonders auf Arbeiten aus dem letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts⁵⁷ -, daß sie nun endlich begann, die Erkenntnisse der Naturwissenschaften für ihre Zwecke zu nutzen. Dadurch habe die "Landwirtschaftskunde eine mehr wissenschaftliche Behandlung" erfahren,⁵⁸ Positiv wertete er auch die stärkere Praxisbezogenheit eines Teils dieser Arbeiten. Derartige Bestrebungen kamen seiner Ansicht nach vor allem in den Mitte des 18. Jahrhunderts beginnenden Auseinandersetzungen um die Intensivierung der Pflanzenproduktion zum Ausdruck.

Um 1780 habe sich dort eine "mächtige Gärung in der Lehre von der Landwirtschaft" entwickelt.⁵⁹ Einig sei man sich darüber, daß eine bessere Düngung des Ackers und eine stärkere Orientierung auf die Viehzucht und Viehhaltung erforderlich wären. Zum Problem, mit welchen Methoden nun die Futterproduktion erhöht werden sollte, gingen die Ansichten weit auseinander. Angelpunkt des Meinungsstreites darüber wurden die Vor- und Nachteile des Kleeanbaus sowie seine Stellung in der Fruchtfolge. Thaer verzichtete zwar hier auf eine weitere Propagierung der Fruchtwechselwirtschaft. Er warnte jedoch erneut vor einer einseitigen Überbewertung des Kleeanbaus.⁶⁰

Neben diesen positiven Merkmalen der damaligen deutschen landwirtschaftlichen Literatur zählte Thaer jedoch wiederum eine Anzahl von Mängeln auf. Während er mehrere Schriften zu speziellen landwirtschaftlichen Problemen recht günstig beurteilte, monierte er nach wie vor, daß die "das Ganze umfassenden, systematisch sein sollenden Werke" unzureichend wären. Außerdem seien auch "eine Menge geist- und kenntnisloser Kompilatoren" tätig geworden.⁶¹ Unzufrieden

55 Ebenda, S. 32.

56 Thaer fällt (vgl. derselbe, Einleitung, a. a. O., Bd. 1, S. 3 f., 8; Bd. 3, S. 185 ff.) ein im Wesentlichen negatives Urteil über die deutsche landwirtschaftliche Literatur vor 1800.

57 Thaer, Albrecht Daniel, Grundriß, a. a. O., S. 48 f.

58 Ebenda, S. 35, 48 f.

59 Ebenda, S. 40.

60 Ebenda, S. 43 f. - Thaer hatte diese Frage unter anderem auch schon in derselbe, Einleitung, a. a. O., Bd. 1, S. 551, 759 f., behandelt.

61 Derselbe, Grundriß, a. a. O., S. 42 f.

äußerte er sich über einige Übersetzungen insbesondere englischer agrarwissenschaftlicher Publikationen. Sie seien oftmals nicht nur schlecht übertragen worden, sondern man habe auch nicht gerade die besten Arbeiten ausgewählt.⁶²

Die kritisch-historische Analyse der ersten in Deutschland entstehenden im eigentlichen Sinne agrarwissenschaftlichen Literatur ergänzte Thaer durch eine Aufzählung der seiner Ansicht nach wichtigsten Fortschritte der landwirtschaftlichen Praxis während dieser Jahrzehnte in Norddeutschland. Als bedeutendste Neuerung sah er unzweifelhaft die beginnende Veränderung der Ackerbausysteme an. An die Stelle der "reinen Dreifelderwirtschaft" traten allmählich die verbesserte Dreifelderwirtschaft und die aus Holstein/Mecklenburg stammende Koppelwirtschaft. Gerade diese letztere Tendenz wurde von Thaer ganz besonders begrüßt, weil die "Koppelwirtschaft keine fremden Berechtigungen erlaubt, sondern einen privaten Besitz des Ackers fordert". Daher "ward die Teilung der Gemeinheiten, Aufhebung der Servituten und Zusammenlegung des Ackers eifriger betrieben"⁶³. Als eine wesentliche Verbesserung wertete es Thaer auch, daß sich eine Anzahl ökonomisch fortschrittlich denkender Gutsherren bemühte, in ihren Betrieben eine günstigere Kombination von Tier- und Pflanzenproduktion herzustellen. Der beginnende Feldfutterbau habe nicht nur eine bessere Fütterung des Viehs und damit höhere Leistungen der Viehwirtschaft bewirkt, sondern der mit dem Übergang zur Stallfütterung verbundene größere Dunganfall habe auch die Ergebnisse der Pflanzenproduktion gefördert.

Thaer beschloß diesen Abschnitt und damit auch den gesamten "Grundriß" mit einer kurzen Analyse der Ursachen für die agrargeschichtliche Entwicklung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Er ging dabei wiederum von einer materialistischen Position aus, denn als Gründe für den Aufschwung der Agrarproduktion nannte er den steigenden Bedarf an Lebensmitteln und Agrarprodukten für die wachsende Bevölkerung bzw. die entstehende Industrie. Und er schilderte diese wechselseitigen Beziehungen mit den Worten: "Nach dem natürlichen Lauf der Dinge gehen Ackerbau und Fabriken Hand in Hand, und helfen einander vorwärts."⁶⁴ Der dadurch bedingte hohe Preis für landwirtschaftliche Erzeugnisse stelle der Landwirtschaft das Kapital zur Verfügung, das sie für die Intensivierung der Produktion benötige.⁶⁵

Ebensowenig ist aber zu übersehen, daß Thaer bei dieser Analyse auf Teilgebieten in eine mechanistische zuweilen sogar idealistische Betrachtungsweise verfiel. So fand die vorwärtsdrängende aktive Rolle der Volksmassen, insbesondere der verschiedenen Schichten der bäuerlichen Bevölkerung, in dem Thaerschen historischen Wirkungsmechanismus keinen Platz. Zugleich wurde der geistig-wissenschaftliche Faktor teilweise zu stark in den Vordergrund gestellt. Sicherlich war die These Thaers richtig, daß die ökonomisch erfolgreiche Agrarproduktion unter den Bedingungen des entstehenden kapitalistischen Landwirtschaftsbetriebes beträchtlich gestiegene Anforderungen an das Bildungsniveau des Leiter eines entsprechenden Unternehmens stellte. Ebenso sicher dürfte aber auch sein, daß Thaer Ursache und Wirkung verwechselte, wenn er behauptete, die Beschäftigung mit der Landwirtschaft habe an gesellschaftlicher Autorität gewonnen, weil nun nicht nur der "Einfältige", sondern auch der "Gebildete" in der Agrarpro-

62 Ebenda, S. 36 f.

63 Ebenda, S. 47.

64 Ebenda, S. 52.

65 Ebenda, S. 53.

duktion tätig geworden sei.⁶⁶ Hierin spiegelte sich nicht nur die enge Bindung Thaers an die Vorstellungen der bürgerlichen Aufklärung wider, sondern es zeigte sich auch, daß er die der Bourgeoisie gesetzten Erkenntnissschranken in dieser Frage nicht überwinden konnte.

5. Thaers Bedeutung als Agrarhistoriker

Die Verdienste Thaers um die Entwicklung der Agrargeschichte basieren vor allem auf seinem Beitrag zur theoretischen Fundierung der damals gerade erst entstehenden bürgerlichen deutschen Agrarhistoriographie und auf der Einordnung der Agrargeschichte in das von ihm entwickelte System einer akademischen agrarwissenschaftlichen Lehre.

Thaer war der erste deutsche Agrarhistoriker, der so eindeutig den Fortschrittsgedanken in die Agrargeschichtsschreibung übertrug. Hierbei erwies er sich zugleich als Anhänger des fortschrittlichen liberalen Flügels der damaligen bürgerlichen deutschen Geschichtswissenschaft. Im Unterschied zu v. Anton, der rechtsgeschichtliche Aspekte zu stark in den Vordergrund stellte, analysierte Thaer in seinem "Grundriß" auch die Entwicklung der Agrarproduktion und begründete damit die ganzheitliche Auffassung der Agrargeschichte. Zahlreiche agrarhistorische Vorstellungen Thaers tragen einen materialistischen Charakter. Wenn auch seine Veröffentlichungen von gelegentlichen mechanistischen oder idealistischen Zügen nicht ganz frei sind, so war Thaer doch in seiner materialistischen, auf den Fortschritt der Agrarwissenschaft gerichteten Grundhaltung den meisten seiner bürgerlichen Nachfahren weit überlegen.

Besondere Bedeutung für die theoretische Fundierung der entstehenden Agrarhistoriographie besaß die Zielstellung, welche Thaer mit diesem Fachgebiet verbunden hatte. Für Thaer erfüllte die Agrargeschichtsschreibung nur dann ihren Zweck, wenn sie mit ihren Ergebnissen die Lösung aktueller landwirtschaftlicher Probleme förderte. Wie er sich die Realisierung einer derartigen Aufgabe vorstellte, demonstrierte er im "Grundriß" an der Analyse der feudalen Agrarverhältnisse. Mit einer solchen Zielstellung eilte er nicht nur seiner Zeit weit voraus, sondern gehört er auch zum progressiven Erbeder sozialistischen Agrargeschichtsforschung in der DDR. Thaer führte die historische Methode in die bürgerliche Agrarökonomie ein.

Er war der erste deutsche Agrarwissenschaftler, welcher der Agrargeschichte einen eigenständigen Platz innerhalb der agrarwissenschaftlichen Lehre zuordnete. Auf diese Weise trug er maßgeblich zur Verselbständigung dieses Fachgebietes bei und gab ihm zugleich innerhalb der akademischen landwirtschaftlichen Ausbildung, deren Begründer in Deutschland er ja war, eine unmittelbar praktische Bildungs- und Erziehungsaufgabe. Und wenn heute die Agrargeschichte in der DDR innerhalb der landwirtschaftlichen und historischen Forschung und Lehre ihren eigenständigen Platz einnimmt, so spiegelt sich darin zugleich auch die schöpferische Auswertung einer Tradition wider, die in ihren Anfängen auf das Wirken Albrecht Daniel Thaers zurückreicht.

Thaers Bedeutung als Agrarhistoriker beruht nicht auf einer großen Anzahl von agrargeschichtlichen Arbeiten oder wesentlichen quellenkritischen Forschungen. Der Umfang seiner agrargeschichtlichen Arbeiten war im Gegenteil recht klein

66 Ebenda, S. 49 - 51.

und die verwendete wissenschaftliche Arbeitsmethodik blieb sogar hinter dem damals erreichten Niveau der historischen Forschungsmethodik zurück. Sein Hauptverdienst besteht in einer entscheidenden theoretischen Durchdringung und Vertiefung dieses Fachgebietes sowie in einem wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Agrargeschichte zu einem eigenständigen Lehr- und Forschungsbereich. Albrecht Daniel Thaer ist daher mit vollem Recht zu den bedeutendsten Begründern der deutschen Agrarhistoriographie zu zählen.

Literaturkritik

KLASSEN - SCHICHTEN - SOZIALSTRUKTUR

Eine marxistisch-leninistische Klassentheorie

W. S. Semjenow, Kapitalismus und Klassen. Die Erforschung der Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft

Akademie-Verlag Berlin 1972, 376 Seiten, 19, 80 M

von Horst Handke

Im 3. Band des "Kapitals" befindet sich ein unvollendetes Kapitel, das die Überschrift "Klassen" trägt. Marx beabsichtigte hier, in zusammenfassender Weise die Frage zu beantworten: Was bildet eine Klasse? Was macht Lohnarbeiter, Kapitalisten, Grundeigentümer zu "Bildnern" der drei großen gesellschaftlichen Klassen?¹ Er konnte dieses Kapitel nicht vollenden. Es blieb eine großartige Skizze. Doch das bedeutet nicht, daß Marx nicht zusammen mit Engels eine Klassentheorie entwickelt hätte. Im Gegenteil, das Gesamtwerk von Marx und Engels ist von ihrer Klassentheorie durchdrungen, und es gibt nicht wenige Werke, in denen zusammenhängende Aussagen zum Verständnis dieser Problematik gemacht werden, angefangen beim "Kommunistischen Manifest" über die "Deutsche Ideologie", den "XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte", die "Kritik des Gothaer Programms" bis hin zum "Kapital".

Lenin hat die Klassentheorie von Marx und Engels weiter entwickelt. Er hat eine universelle Klassendefinition gegeben.² In seinem Werk sind wesentliche Aussagen über die innere Differenzierung der Klassen und den Übergang von einer Klasse zur anderen enthalten. Es finden sich darin die Grundlagen für eine Analyse der kapitalistischen Klassenstruktur unter den Bedingungen des Imperialismus.

Die marxistisch-leninistische Lehre von den Klassen und den Klassenbeziehungen ist seitdem immer wieder aufs neue ergänzt und bereichert worden. Die wichtigsten Äußerungen haben sich in den Dokumenten der internationalen Arbeiterbewegung niedergeschlagen. Nicht zuletzt ist in den letzten Jahren eine Reihe von größeren Publikationen zu Fragen der Klassenstruktur erschienen, die von marxistischen Wissenschaftlern geschrieben wurden.³ Unter ihnen allen darf das

1 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1969, S. 843.

2 Lenin, W. I., Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1970, S. 410.

3 Auswahlweise seien hier genannt: Veber, A. B., Klassovaja struktura obščestva v Zapadnoj Germanii, Moskau 1961; Budish, J. M., The Changing Structure of the Working Class, New York 1962; Gorodskie srednie sloi sovremennogo kapitalističeskogo obščestva, Moskau 1963; Les classes sociales

Buch von Semjenow jedoch eine Ausnahmestellung beanspruchen. Es wird schwerfallen, ein zweites Buch zu finden, in dem derart umfassend und systematisch die marxistisch-leninistische Klassentheorie behandelt und auf ihren Zusammenhang mit der Sozialstruktur eingegangen wird. Die Arbeit Semjenows geht weit über eine bloße Erfassung der sozialen Struktur der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft hinaus. Sie gibt in ihrem systematischen Teil zahlreiche Anregungen für die Erfassung der Sozialstruktur in den vorkapitalistischen Produktionsweisen und hilft, auch die Sozialstruktur der sozialistischen Produktionsweise gründlicher und schärfer zu erfassen. Der Autor leistete durch die schöpferische Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie einen wertvollen Beitrag zur Auseinandersetzung mit den verschiedenen Spielarten der bürgerlichen Theorie, die seit dem Erscheinen des "Kommunistischen Manifestes" vor rund 125 Jahren ihre Hauptattacke immer wieder gegen die marxistisch-leninistische Klassentheorie richteten, wohl erkennend, daß diese Theorie den Eckpfeiler im Befreiungskampf der Arbeiterklasse darstellt, daß in dieser Theorie jene revolutionäre Gewalt enthalten ist, die das Ende der kapitalistischen Ordnung bedeutet.

Semjenows Buch gliedert sich in sieben Kapitel. In den ersten drei Kapiteln wird die Sozialstruktur der Gesellschaft theoretisch dargestellt. Im Mittelpunkt steht die zentrale Kategorie der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie, die Klasse. Im Zusammenhang damit werden andere wichtige Kategorien, wie Schicht, soziale Gruppe, soziale Lage, Rahmen, Rolle, Prestige, Stamm, Kaste und Stand, behandelt. In der Auseinandersetzung mit bürgerlichen Modellkonstruktionen werden dynamische Modelle der kapitalistischen Klassen und Schichten entwickelt.

Die Kapitel vier bis sieben beschäftigen sich mit den sozialen Strukturwandlungen in der kapitalistischen Gesellschaft von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Sie sind die historische Ergänzung des theoretischen Teils. Schwerpunkt sind die Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, die nach dem zweiten Weltkrieg zu bedeutsamen Veränderungen in der Sozialstruktur führten. Ein Kapitel ist ausschließlich der Auseinandersetzung mit den wichtigsten bürgerlichen Theorien über die Veränderungen der Sozialstruktur im Kapitalismus gewidmet.

Es ist unmöglich, im Rahmen einer Rezension auf die Fülle von Fragen einzugehen, die Semjenow in seinem Buch behandelt. Hier seien zwei Probleme herausgegriffen, denen in der Diskussion über Fragen der Sozialstruktur grundlegende Bedeutung zukommt: der Zusammenhang zwischen Klasse und Schicht einerseits und zwischen Klasse und Sozialstruktur andererseits.

en France, Paris 1964; Sovremennyj rabočij klass kapitalističeskich stran, Moskau 1965; Steiner, Helmut, Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus. Zur Klassenanalyse der Angestellten in Westdeutschland, Berlin 1967; Zagladin, V. V., Burzua i proletarii v seredine XX veka, Moskau 1967; Klassen und Klassenkampf heute, Frankfurt(Main) 1968; Gauzner, N., Naučno-techničeskij progress i rabočij klass SŠA, Moskau 1968; Die neue Arbeiterklasse. Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus, hg. u. eingel. v. Frank Deppe, Hellmuth Lange und Lothar Peter, Frankfurt(Main) 1970; Kuczynski, Jürgen, Klassen und Klassenkampf im imperialistischen Deutschland und in der BRD, Berlin 1972.

Semjenow macht deutlich, daß die Klassenunterschiede nicht alle sozialen Unterschiede umfassen, die in der kapitalistischen Gesellschaft existieren, ebensowenig wie die gesellschaftlichen Klassen nicht alle wichtigen Elemente der sozialen Gliederung und Sozialstruktur ausdrücken (S. 58)⁴. Mit Recht weist er darauf hin, daß es soziale Unterschiede gibt, die nicht auf einer unterschiedlichen Beziehung zu den Produktionsmitteln beruhen, sondern die mit der unterschiedlichen Stellung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zusammenhängen. Zu den zuletzt genannten sozialen Unterschieden rechnet er erstens die sozialen Unterschiede zwischen Stadt und Land und zweitens zwischen der (vorwiegend) physischen und (vorwiegend) geistigen Arbeit (S. 59). Aus diesen sozialen Unterschieden leitet sich die Existenz von sozialen Schichten ab, die zwischen den Klassen stehen, denen eine relative Selbständigkeit zukommt.

Bei der Bedeutung, die der Arbeitsteilung für die soziale Standortbestimmung, für die Analyse der Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit zukommt, ist es gewiß zu bedauern, daß Semjenow diese Problematik etwas knapp behandelt und sich im wesentlichen auf die beiden hier genannten "großen gesellschaftlichen Arbeitsteilungen" oder - wie er ebenfalls schreibt - "sozialökonomischen Arbeitsteilungen" (S. 60) beschränkt. Damit wird die gesellschaftliche Arbeitsteilung in ihren verschiedenen Formen und auf ihren verschiedenen Ebenen nur unvollständig erfaßt. Es wird nicht ausreichend deutlich, wie die von Marx entwickelten drei Formen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung im allgemeinen, im besonderen und im einzelnen⁵ einzuordnen und historisch zu entwickeln sind.

Zunächst steht zweifellos die Arbeitsteilung im allgemeinen (Verteilung der Arbeit auf bestimmte Zweige der Volkswirtschaft) in engem Zusammenhang mit der von Semjenow dargestellten Teilung in Stadt und Land. Für den Wirtschaftshistoriker erhebt sich dabei die Frage, in welchen spezifischen historischen Formen diese gesellschaftliche Arbeitsteilung auftritt und welchen sozialen Inhalt sie hat.⁶ Die Teilung der gesellschaftlichen Arbeit in Viehzucht und Ackerbau führte zur Produktion von regelmäßigem Überschuß und zur Entwicklung stabiler Austauschbeziehungen. Die bisherige Gemeinsamkeit von Produktion und Aneignung wurde untergraben. Die Grundlagen für die Herausbildung des Privateigentums und der Klassen entstanden.⁷ Die weitere Vertiefung der Arbeitsteilung brachte das Handwerk und schließlich den Handel als selbständige Wirtschaftszweige hervor. Dies hatte die weitere Entwicklung der Warenproduktion, die Trennung von Stadt und Land und die Entstehung des Staates zur Folge.

Semjenow, der bei der Darstellung der sozialen Kategorien Stadt und Land auf die Entstehung der verschiedenen Wirtschaftszweige hinweist, arbeitet zugleich heraus, daß die Herausbildung der verschiedenen Wirtschaftszweige allein noch nicht bedeutet, daß zwischen ihnen soziale Widersprüche und Ungleichheiten be-

4 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

5 Vgl. Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 371 ff.

6 Siehe zum Zusammenhang von Arbeitsteilung und Klassenteilung auch Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Abwärtswanderung der Wissenschaft [Anti-Dühring], in: ebenda, Bd. 20, Berlin 1962, S. 262.

7 Vgl. dazu vor allem derselbe, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, in: ebenda, Bd. 21, Berlin 1962, S. 157 ff., 168 ff.

stehen müssen; "denn diese Bereiche können in einer organischen Synthese existieren, wo sich Inhalt und Charakter der Arbeit auf gleichem Entwicklungsniveau befinden. Der soziale Widerspruch beginnt dann, wenn auf der Grundlage des Privateigentums diese Wirtschaftsgebiete voneinander getrennt, einander gegenübergestellt werden, wenn sich die Industrie nur in der Stadt festigt und die Landwirtschaft auf dem Dorf, wenn eine Kluft zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit entsteht" (S. 59).

Der soziale Gegensatz Stadt - Land entspringt somit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, aber es sind die Beziehungen der sozialen Kategorien Stadt - Land zum Eigentum, die ihre besondere soziale Gegensätzlichkeit prägen.

Noch vielfältigere Zusammenhänge existieren zwischen der Teilung in (vorwiegend) geistige und (vorwiegend) körperliche Arbeit und den von Marx genannten drei Formen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Historisch gesehen, folgte der ökonomischen Arbeitsteilung in Landwirtschaft und Handwerk (Industrie) die Teilung in materielle und geistige Produktion. Doch in dem Maße, wie die Trennung der geistigen Arbeit von der materiellen aufgrund der Entwicklung der Produktivkräfte durchgesetzt wurde, vertiefte sich auch die Spaltung von Stadt und Land, wurde die Trennung von Stadt und Land die größte Teilung der materiellen und geistigen Arbeit.⁸

Semjenow weist hier ebenfalls nach, daß die soziale Ungleichheit nur auf der Grundlage von Ausbeutungsverhältnissen entsteht, daß erst unter den Bedingungen der Ausbeutergesellschaft die verschiedenen Formen der Arbeit voneinandergerissen und gegenübergestellt werden (S. 60 f.)⁹. Doch diese Gegenüberstellung ist nicht absolut. Semjenow schreibt, daß sowohl in der materiellen als auch in der geistigen Produktion körperliche und geistige Arbeit angewendet wird, wenngleich in unterschiedlicher Zusammensetzung (S. 60).

Aus diesen Darlegungen ergeben sich die theoretischen Grundlagen für die Entwicklung so bedeutender Schichten der kapitalistischen Gesellschaft, wie es Intelligenz und Angestellte sind. Semjenows Ausführungen dazu verdienen um so mehr Aufmerksamkeit, als diese beiden sozialen Schichten in der marxistischen Literatur zwar bereits sehr eingehend untersucht worden sind, wobei jedoch der historische Aspekt häufig vernachlässigt wurde.

Semjenow arbeitet zunächst heraus, daß es sich bei der sozialen Schicht Intelligenz und Angestellte - beide Gruppierungen hier als Einheit gefaßt - um vorwiegend mit geistiger und nichtphysischer Arbeit Beschäftigte handelt. Er erklärt, daß sie eine besondere Schicht im Arbeitsprozeß darstelle, sobald sie sich durch ihre besondere Tätigkeit gegenüber den anderen Produzenten sozial gefestigt habe. In diesem Merkmal sieht er zugleich das Allgemeine, das diese Schicht mit allen anderen Werktätigen verbindet. Im Falle der geistigen, intellektuellen Arbeiter spricht er auch von der besonderen Schicht der Intelligenz. Dabei zeigt er, daß gerade die geistige Arbeit die auserwählte Tätigkeitssphäre der Ausbeuterklasse ist, die von dieser für ihre eigennützigen, gewinnsüchtigen Interessen ausgenutzt wird.

8 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie, in: ebenda, Bd. 3, Berlin 1969, S. 50.

9 Vgl. dazu auch Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, T. 1, in: ebenda, Bd. 26.1, Berlin 1965, S. 375.

Semjenow weist auch darauf hin, daß die geistige Arbeit bestimmte Dienstleistungsfunktionen ausfülle (in der deutschen Übersetzung wird das Wort "Hilfsfunktionen" verwendet). Ähnliche Dienstleistungsfunktionen, so führt er weiter aus, nähmen jedoch auch Personen wahr, die keine geistige Arbeit verrichten, sondern die eine Art nichtphysischer Tätigkeit ausüben (zum Beispiel Verwaltungsangestellte, Soldaten, Beamte usw.). In diesem Sinne träten die Träger der nichtphysischen bzw. geistigen Arbeit als Erfüllungsgehilfen einer bestimmten Dienstleistung auf, die sowohl den Charakter geistiger als auch vollziehender Arbeit tragen kann (S. 61).

Anhand des Doppelcharakters der Schicht der Intelligenz und der Angestellten entwickelt Semjenow die Klasse-Schicht-Problematik. Er schreibt, daß die marxistische Wissenschaft mit dem Begriff der Schicht der Intelligenz und der Angestellten eine große Gruppe von Personen in der kapitalistischen Gesellschaft charakterisiere, die keine Klasse bilden. Von Lenins Bemerkung ausgehend, daß die Intelligenz eine Gesellschaftsschicht sei, die sich im Übergang, in einer unbeständigen und gegensätzlichen Lage befinde¹⁰, zeigt er die Beziehungen dieser Schicht zu den verschiedenen Klassen, legt er dar, daß sie sich in Teilschichten aufgliedert, von der jede einzelne sich an unterschiedliche Klassen anschließt (siehe insbesondere S. 61 f., 107). Die Schicht Intelligenz und Angestellte geht so nicht direkt in die eine oder andere Klasse ein, sondern nur in dem Maße, in dem ihre einzelnen Teile die charakteristischen Züge der einen oder anderen Klasse annehmen. Aufgrund ihres inneren Schichtcharakters werden diese sozialen Gruppierungen von den Begründern des Marxismus-Leninismus nicht selten als Zwischenschicht, noch häufiger aber als besondere Schicht bezeichnet.

Ein solches dialektisches Herangehen an die Klasse-Schicht-Problematik ist für Semjenows Darstellung bezeichnend. Damit vermeidet er jedes Schematisieren, jede starre Begrenzung des Klassen- oder Schichtbegriffs. Er lenkt vielmehr die Aufmerksamkeit auf eine differenzierte Betrachtung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, bei der sowohl Gemeinsames als auch Besonderes berücksichtigt wird. Er stellt sich zugleich in diametralen Gegensatz zu den bürgerlichen Betrachtungsweisen, die den Klassenbegriff durch den Schichtbegriff ersetzen möchten (S. 62 f.).

Mit der Doppelstellung der großen sozialen Schichten hängt das Problem ihrer Abgrenzung zusammen. Semjenow behandelt die Intelligenz und die Angestellten sehr häufig als eine einheitliche Gruppierung. Das ist insofern begründet, als beide sozialen Gruppierungen grundlegende gemeinsame Merkmale aufweisen, mehr noch, als ein zahlenmäßig rasch wachsender Teil der Intelligenz zum "Angestellten" wird. Daraus ergibt sich, daß die gemeinsamen Charakteristika von Intelligenz und Angestellten sehr umfassend herausgearbeitet sind. Weniger deutlich erkennbar sind jedoch die Unterschiede.

An einer Stelle seiner Arbeit schreibt Semjenow, daß die Angestellten lediglich durch das formale Merkmal der Gehaltszahlung abgegrenzt würden, während die Intelligenz durch den Charakter ihrer Arbeit bestimmt werde (S. 99). Er erkennt jedoch selbst diese Bestimmung als unzureichend an; denn wenige Seiten später nennt er als hauptsächliche Besonderheiten für die Bestimmung der sozialen Lage der Intelligenz und der Angestellten: die besondere Form der Abhängigkeit vom Privateigentum (ausgedrückt in der besonderen Form der Lohnzahlung), die be-

¹⁰ Lenin, W. I., Rezension. Karl Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik, in: Werke, Bd. 4, Berlin 1960, S. 196.

sondere Form der Arbeit (nichtphysisch, geistig) und schließlich die besondere Form, in der die nichtphysische bzw. geistige Arbeit in Erscheinung tritt, als leitende bzw. organisatorische Arbeit (S. 104 ff.). Aus diesen Besonderheiten lassen sich - wenn zunächst auch nur implizit - wichtige Ansatzpunkte für die Unterscheidung zwischen Intelligenz und Angestellten ableiten. Während für die Angestellten die Abhängigkeit vom Privateigentum von Anfang an durch "Lohnarbeit" gekennzeichnet ist, sind große Teile der Intelligenz zunächst "selbständig" oder zumindest in einer verwandten Stellung. Während für die Tätigkeit der Angestellten der Begriff "geistige Arbeit" unzureichend ist und - so auch bei Semjenow - mit Recht durch "nichtphysische Arbeit" ersetzt wird, muß das Charakteristikum "geistige Arbeit" bei der Intelligenz durch den Zusatz "hochqualifizierte geistige Arbeit" ergänzt werden.

Nicht wenige Fragen bleiben offen. So gibt der Begriff der "nichtphysischen Arbeit" keine Antwort darauf, wo die Grenzen zur hochqualifizierten geistigen Arbeit zu ziehen sind. Der Begriff, in seinem allgemeinen Wortsinn, schließt die letztgenannte Arbeit ein. Auch Semjenow zieht in der Regel keine Grenze zwischen nichtphysischer und geistiger (bzw. hochqualifizierter geistiger) Arbeit (siehe zum Beispiel S. 105, 280). Daran ändert auch der Umstand nichts, daß er gelegentlich von geistig und nichtkörperlich arbeitenden Lohnarbeitern spricht und dabei als entsprechende Repräsentanten die Angehörigen der werktätigen Intelligenz und der Angestellten vor Augen hat (S. 343).

Semjenow hat seine Haltung zu den aufgeworfenen Problemen in seinem Buch wie folgt formuliert: "Heute ist es offenbar schwierig, auf alle aufgeworfenen Fragen eine erschöpfende Antwort zu geben. Dennoch ist selbst eine Formulierung der Probleme, die Analyse der Auffassungen zu diesen Problemen und der Hinweis auf Wege, auf denen man Antworten auf diese Fragen erhalten kann, fruchtbar." (S. 306)

Genau danach verfuhr Semjenow, und er hat bewiesen, wie fruchtbar seine Methode ist. Auch wenn das problemreiche Beziehungsgefüge zwischen Klassen und Schichten nicht erst jetzt entdeckt worden ist, so gebührt dem Verfasser dieses Buches das Verdienst, vorhandene Erkenntnisse gründlich ausgewertet, neue Zusammenhänge gezeigt und neue Fragen gestellt zu haben.

Semjenow schreibt in seinem Buch, daß der Marxismus-Leninismus die Vielfältigkeit der menschlichen Handlungen auf Handlungen zentraler, entscheidender Gruppen - der Klassen¹¹ - zurückführt und daß deshalb die theoretischen Erkenntnisse über die soziale Gliederung der Gesellschaft völlig zu Recht als Klassentheorie bezeichnet werden (S. 63). Damit ist zugleich gesagt, daß der Begriff der Klasse nicht das Gesamtsystem der sozialen Differenzierung erfaßt, sondern daß er die Grundlage der verschiedenen Systeme der sozialen Teilung bildet. Das bedeutet aber auch, daß jede Erforschung der Sozialstruktur, die über die Klasse hinausgeht, nicht allgemein betrachtet werden kann, sondern nur im Rahmen bestimmter Klassenverhältnisse.

Eine solche Wechselbeziehung zwischen Klassenverhältnissen und sozialen Verhältnissen wirft natürlich die Frage auf, was denn überhaupt die sozialen Verhältnisse sind, was die Gesamtheit der sozialen Verhältnisse darstellt. Auch dazu liefert Semjenow anregende Überlegungen, selbst wenn bei ihm gerade zu dieser Problematik manches noch zu sehr skizziert, zu wenig ausgeführt bleibt.

11 Hier ist die Übersetzung irreführend, weil der Gedankenstrich des russischen Originals fehlt.

Die Gliederung der Gesellschaft schließt nach Semjenow im weitesten Sinne ein: Alters-, Geschlechts- und Rassenunterschiede, ökonomische, nationale, kulturelle, ethnische, berufliche, psychologische und andere Unterschiede. Innerhalb dieser Vielfalt unterscheidet Semjenow zunächst zwischen Unterschieden, die auf natürlicher (biologischer) Grundlage beruhen (also Alters-, Geschlechts- und Rassenunterschiede), und Unterschieden, die auf gesellschaftlicher Grundlage beruhen (also ökonomische, nationale, kulturelle, ethnische Unterschiede). Aber auch die gesellschaftlichen Unterschiede zerfallen nach Semjenow in zwei Hauptgruppen: erstens in Unterschiede, die die soziale Ungleichheit charakterisieren, von Semjenow soziale Unterschiede im eigentlichen Sinne genannt, also im wesentlichen Unterschiede, die sich in der Klassen- und Schichtstruktur der Gesellschaft ausdrücken, und zweitens in Unterschiede, die durch sich selbst keine soziale Ungleichheit ausdrücken, von Semjenow einfach gesellschaftliche Unterschiede und in diesem Sinne nichtsoziale gesellschaftliche Unterschiede genannt, also nationale, kulturelle, berufliche Unterschiede. Die letzteren werden durch die ersteren geprägt und erlangen in der Klassengesellschaft ebenfalls den Charakter der sozialen Ungleichheit. Die Gesamtheit der sozialen Unterschiede besteht aus diesen beiden Gruppen, die einmal soziale Ungleichheit durch sich selbst und zum anderen soziale Ungleichheit in abgeleiteter Form ausdrücken. Beide umfassen das System der sozialen Struktur (vergleiche S. 20 ff.).

Mit dieser Einteilung berührt Semjenow ein zentrales Problem, nämlich inwieweit "Soziales" und "Gesellschaftliches" identisch sind oder nicht. Der Begriff "Soziales" in der von Semjenow verwendeten Form drückt durchaus etwas Spezifisches aus. Es besteht in den gesellschaftlichen Handlungen, die der Mensch verwirklicht, in der gesellschaftlichen Rolle, die der Mensch in Abhängigkeit von seinem Platz im System der Produktionsverhältnisse spielt (S. 34). Damit wird das "Soziale" als spezifisches Verhältnis, als unmittelbares Produkt der Produktionsverhältnisse, aus der Gesamtheit der materiellen und ideologischen gesellschaftlichen Verhältnisse herausgehoben (S. 27).

Demgegenüber werden die Begriffe "Soziales" und "Gesellschaftliches" häufig synonym verwendet.¹² Steht dies nun im Widerspruch zu den Ausführungen Semjenows? Das ist durchaus nicht der Fall. Bereits Marx hat den Begriff "Soziales" in einem zweifachen Sinne verwandt, in einem weiten Sinne, in dem er mit dem "Gesellschaftlichen" schlechthin identisch ist¹³, und in einem zweiten Sinne, in dem die sozialen Prozesse als etwas Spezifisches neben die politischen und geistigen Prozesse gestellt sind.¹⁴

Auch Semjenow weist auf die allgemeine Bedeutung des Begriffes "Soziales" hin. So schreibt er, daß das soziale Handeln ein Handeln sei, das alle Gebiete des ge-

12 Vgl. dazu das Interview, das der Direktor des Instituts für soziologische Forschung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, M. N. Rutkevič, der Literaturnaja Gazeta gegeben hat (abgedruckt in: Literaturnaja gazeta, Nr. 3/1973; deutsche Übersetzung in gekürzter Form in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 8/1973, S. 881).

13 So heißt es bei Marx z. B. in dem 1847 erschienenen Aufsatz "Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral", daß die politischen Beziehungen natürlich auch soziale, gesellschaftliche Beziehungen seien, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 340.)

14 Vgl. Marx, Karl, Zur Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 8 f.

sellschaftlichen Lebens durchdringt, das in allen Seiten der materiellen und ideologischen gesellschaftlichen Verhältnisse seine mannigfachen Äußerungen findet (S. 34 f.). Indem er gleichzeitig den sozialen Bereich als etwas Spezifisches hervorhebt, stellt er ihn nicht dem gesellschaftlichen Gesamtbereich gegenüber, sondern zeigt die wechselseitige Durchdringung, insbesondere mit dem technischen und ökonomischen Bereich (vergleiche S. 45).

Im Gegensatz zu der in der marxistischen Literatur häufig zu findenden einfachen Gleichsetzung von Sozialem und Gesellschaftlichem ist die Unterscheidung des Begriffs des "Sozialen" in einem engen und einem weiten Sinne (in diesem Sinne wird vornehmlich der Begriff des "Gesellschaftlichen" verwendet) von grundlegender Bedeutung für die Untersuchung der sozialen Prozesse, für die Herausarbeitung spezifischer sozialer Verhältnisse als Verbindungsglieder zwischen ökonomischen und politischen Verhältnissen.¹⁵

Gerade die Herausarbeitung der sozialen Verhältnisse (und ihrer Strukturen) als spezifischer Verhältnisse (und Strukturen) im Gesamtbereich der materiellen und ideellen gesellschaftlichen Verhältnisse wirft jedoch die Frage auf, ob Semjenuws Einteilung der gesellschaftlichen Unterschiede in soziale und gesellschaftliche günstig ist. Semjenuw bestimmt die sozialen Unterschiede als Unterschiede sozialer Ungleichheit, und das engt den Begriff "sozial" von vornherein auf Gesellschaftsformationen ein, in denen Klassen existieren. Man könnte aus einer solchen Darstellung schließen, daß eines Tages, wenn das Ziel, die sozialen Ungleichheiten zu beseitigen, erreicht ist, auch alle sozialen Unterschiede verschwinden, daß dann eine sozial völlig einheitliche Gesellschaft existiert. Man könnte weiter die Frage stellen, ob bei einer solchen Aufhebung aller Unterschiede (und damit natürlich auch Widersprüche) nicht die Entwicklung des sozialen Bereichs überhaupt zum Stillstand kommt.

Mir scheint die Ableitung der sozialen Unterschiede, wie sie beispielsweise Bobrov, Drozdov und andere im Hinblick auf die sozialistische Gesellschaft und ihre weitere Entwicklung vornehmen, umfassender zu sein. Bobrov schreibt unter anderem, daß soziale Unterschiede die allgemeine historische Widerspiegelung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sind, durch die der historische Fortschritt verwirklicht wird. Ihre klassenmäßige Ausprägung sieht er als historisch bedingt und vergänglich an. Durch sie werden lediglich bestimmte Stufen des Fortschritts charakterisiert. Bobrov führt weiter aus, daß die grundlegenden Elemente der Produktionsverhältnisse im Kommunismus zwar in ihrem Inhalt verändert werden, daß sie aber die Hauptgrundlage der sozialen Teilung bleiben. Im Zusammenhang mit der Arbeitsteilung und der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit stehen auch unvermeidliche Unterschiede entsprechend dem Qualifikations- und Bildungsniveau. Diese Unterschiede sind nach Bobrov mit der natürlichen Begrenztheit der Möglichkeiten verbunden, auf den verschiedenen Altersstufen ein bestimmtes Niveau zu erreichen; sie hängen von der Länge der Ausbildung, von der Aneignung bestimmter Erfahrungen und von der Veränderung der Arbeit ab. Bobrov stellt abschließend die Frage, ob nach dem Verschwinden der gegenwärtigen Klassen und Gruppen keine "sozialen Gemeinschaften" mehr vorhanden seien, die sich voneinander unterscheiden, ob es folglich keine soziale Struktur

¹⁵ Siehe z. B. Belych, A. K., Organisation, Politik und Leitung, Berlin 1969, S. 168.

Soweit soziale Verhältnisse als spezifische gesellschaftliche Verhältnisse, als nicht identisch mit den gesellschaftlichen Verhältnissen insgesamt, anerkannt werden, muß die Unterscheidung von sozialen und gesellschaftlichen Unterschieden wie sie Semjenow vornimmt, problematisch sein. So richtig eine solche Unterscheidung für alle Gesellschaftsformationen, in denen Klassen existieren, an sich ist, sowenig ist sie vom Begrifflichen her geeignet, die bereits bestehende Konfusion bei der Verwendung der Begriffe "sozial" und "gesellschaftlich" zu entwirren und zu einer präziseren Begriffsbildung beizutragen. Die von Semjenow getroffene Unterscheidung könnte im Hinblick auf die Klassengesellschaften durch die Begriffe direkte (das heißt Unterschiede, die selbst soziale Ungleichheit ausdrücken) und indirekte Unterschiede (das heißt Unterschiede, die in abgeleiteter, von den Klassenverhältnissen abhängiger Form ausgedrückt werden) wiedergegeben werden.

Es wurde bereits gesagt, daß das vorliegende Buch von großer Bedeutung für die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie ist. Wir können hier nicht im einzelnen darauf eingehen. Im Mittelpunkt steht die ausführliche Kritik an so zentralen bürgerlichen Theorien wie der von der "Mittelklasse", vom "Verschwinden" der Klassen, von der "sozialen Mobilität" und der "offenen Gesellschaft". Für den Wirtschaftshistoriker wird der Abschnitt von besonderem Interesse sein, der sich mit der Widerspiegelung der Sozialstruktur in den Theorien von der "Industriegesellschaft", von den "Wachstumsstadien" und von der "Konvergenz" befaßt.

Darüber hinaus finden sich über das ganze Buch verstreut Hinweise auf bürgerliche Fälschungen und Entstellungen der Wirklichkeit. Im Zusammenhang mit der Entwicklung der marxistischen Klasse-Schicht-Problematik zeigt Semjenow nicht nur die Haltlosigkeit der bürgerlichen Theorien von der "mehrdimensionalen Stratifikation" (S. 28 ff.), sondern auch die Unsinnigkeit der immer wieder gegen den Marxismus vorgebrachten Argumente, daß die Klassentheorie "einseitig" sei, daß die gesellschaftlichen Erscheinungen angeblich nur von der ökonomischen Seite dargestellt würden, daß die gesellschaftlichen Unterschiede vereinfacht seien (S. 39 f.).

Viele dieser Hinweise Semjenows sind von großem Interesse für die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wirtschaftshistoriographie. Das theoretische Unverständnis und die Unfähigkeit, aus einer Vielzahl von gesellschaftlichen Beziehungen die entscheidenden hervorzuheben und damit zu den objektiven Grundlagen der gesellschaftlichen Entwicklung vorzustoßen, charakterisiert die bürgerliche Wirtschaftshistoriographie ebenso wie die bürgerliche Soziologie. Die systematische Kritik der bürgerlichen Wirtschaftshistoriographie, insbesondere in der BRD, ist eine noch zu lösende Aufgabe. Semjenows Buch liefert dazu wertvolle Anregungen.

Hier seien nur zwei Beispiele herausgegriffen, wie sich Einflüsse der "Stratifikationstheorie" und der Theorie vom "Verschwinden" der Klassen in wirt-

16 Borov, B. M., K voprosu o buduščem social'nyh različij i tipov ličnosti, in: Problemy razvitija socialističeskich obščestvennyh otnošenij. Materialy gorodskoj naučnoj konferencii prepodavatel'nyh obščestvennyh nauk, verantw. redakteur M. N. Rutkevič, Sverdlovsk 1970, S. 14. - Siehe auch Drozdov, A. V., Čelovek i obščestvennyje otnošenija, Leningrad 1966, S. 119 f.

schaftshistorischen Darstellungen der BRD zeigen. So finden wir bei Wolfram Fischer die Behauptung, daß das 19. Jahrhundert eine viel kompliziertere Struktur besessen habe, als es die Zwei-Klassen-Theorie von Marx vermuten lasse.¹⁷ Zur "Widerlegung" dieser Theorie greift Fischer dann auf das alte Ober-, Mittel- und Unterschicht-Schema der bürgerlichen Soziologie zurück.

Zu einer solchen Auffassung schreibt Semjenow:

"Für die bürgerliche Soziologie ist die hierarchische Ordnung nicht sekundär, nicht die Widerspiegelung der objektiv existierenden klassenmäßigen und sozialen Teilung der Gesellschaft, sondern primär, eine sich selbst genügende Teilung, die die bestehende Struktur der gesellschaftlichen Klassen und Gruppen im Kapitalismus ersetzt,

Die hierarchischen Begriffe 'obere', 'mittlere', 'untere' und andere dienen den bürgerlichen Soziologen nicht als Mittel, um die objektiv in der kapitalistischen Gesellschaft existierende Klasse der Bourgeoisie, die Mittelschichten, die Arbeiterklasse und die zu ihnen gehörenden Gruppen miteinander in Beziehung zu setzen, sondern als Mittel, um die wirkliche Gliederung der kapitalistischen Gesellschaft in diese Grundelemente durch irgendeine unbestimmte, unklare, das Wesen der Sache verschleiende Teilung der kapitalistischen Sozialordnung auszutauschen, wobei solche amorphen, verschwommenen Begriffe wie 'obere', 'mittlere', 'untere', 'obere mittlere', 'mittlere untere' usw. verwendet werden. Dem Wesen und Ergebnis nach ist dies ein Vorgehen, mit dem die bürgerlichen Soziologen die Sozialstruktur der kapitalistischen Gesellschaft fälschen." (S. 120)¹⁸

Als Beispiel für die Verwendung der Theorie vom "Verschwinden" der Klassen sei auf Friedrich Lütge, einen der "Altmeister" der bürgerlichen Wirtschaftshistoriographie in der BRD hingewiesen. Für Lütge ist "die Klassenschichtung der liberalen Epoche" im wesentlichen bereits 1914 überwunden.¹⁹ Die BRD sieht er als "pluralistische Gesellschaftsstruktur", die "durch übergeordnete, verbindende Werte" fortentwickelt werden soll.²⁰

Auch zu einer solchen Auffassung äußert sich Semjenow. Er weist nach, daß die sozialen "Verschiebungen" in den kapitalistischen Ländern im 20. Jahrhundert die Zuspitzung der Klassenwidersprüche widerspiegeln und zur Verstärkung der Klassenkonflikte, nicht zu ihrer Abschwächung, führen (S. 283). Zugleich legt er die Theorie von der "pluralistischen Gesellschaft" als Bestandteil der Theorie von der "Industriegesellschaft", der "Wachstumsstadien" und der "formierten Gesellschaft" bloß, als eine Theorie, die innerhalb der einzelnen "Wachstumsstadien" das "Verschwinden" der Klassen nachzuweisen sucht.

Insbesondere von westdeutschen Soziologen und Ideologen wie Hans Freyer, Arnold Gehlen, Erik Vögelin, Rüdiger Altmann, Götz Briefs, I. Messner und Armin Mohler ausgehend, stellt Semjenow die sogenannten drei Hauptetappen der "Industriegesellschaft" dar. Danach umfaßte die erste Etappe die Entstehung der "modernen Industriegesellschaft" im 19. Jahrhundert. Sie trug

17 Fischer, Wolfram, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Probleme der frühen Industrialisierung, (West-)Berlin 1968, S. 17.

18 Die Übersetzung wurde nach einem Vergleich mit dem russischen Original geringfügig geändert.

19 Lütge, Friedrich, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Ein Überblick, 2. wesentlich vermehrte u. verbess. Aufl., (West-)Berlin/Göttingen/Heidelberg 1960, S. 467.

20 Ebenda, S. 518.

infolge ihrer Unentwickeltheit noch Klassencharakter.

Die zweite Etappe wird entsprechend dieser Theorie mit Beginn des 20. Jahrhunderts angesetzt. In ihr wird die Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts angeblich überwunden. Sie wird durch die "pluralistische Gesellschaft der Verbände" ersetzt, wobei die Verbände bloße Interessengruppen darstellen. "Die Klassen als 'Parteien des Arbeitsmarktes' verschwinden", schreibt Semjenow, "sie zersplittern sich in 'konsolidierte Verbände', und die Klasseninteressen werden dementsprechend durch Gruppeninteressen ersetzt. Jeder dieser 'konsolidierten Verbände' verteidigt seine Gruppeninteressen, hat aber keinen konkreten Gegner mehr in Gestalt einer ihm gegenüberstehenden Klasse." (S. 297 f.)

Die dritte Etappe schließlich bringen die Anhänger der Theorie von der "Industriegesellschaft" mit der Durchsetzung der "formierten Gesellschaft" in Verbindung. "Die 'konsolidierten Verbände' sagen sich von ihrem Gruppenegoismus los und sehen 'gesamtnationale', 'gesamtstaatliche' und 'einheitliche Volksinteressen' als wichtig und bestimmend an." Zur zeitlichen Einordnung dieser Etappe schreibt Semjenow: "Wie einige westdeutsche Autoren behaupten, begann die Herausbildung der 'formierten Gesellschaft' in der Periode des Nationalsozialismus, in der Zeit Hitlerdeutschlands und setzte sich im Bonner Staat fort." Charakterisiert wird diese Phase nach den Theorien ihrer Verfechter als "eine Gesellschaft ohne Klassen, eine Art 'einheitlicher Betrieb', in dem die Interessen aller Teilnehmer angeblich den Interessen des einheitlichen Ganzen untergeordnet sind." (S. 298)²¹

Nichts anderes dürfte Lütge gemeint haben, wenn er die "pluralistische Gesellschaftsstruktur" der BRD durch "übergeordnete, verbindende Werte" fortentwickelt haben möchte. Damit vertritt er aber ebenso wie alle anderen Anhänger dieser Theorie "eine kapitalistische Variante der 'sozial gleichen' Gesellschaft, die als Alternative der realen klassenlosen, sozial einheitlichen Gesellschaft entgegengesetzt wird, die in der UdSSR im Prozeß des Aufbaus des Kommunismus geschaffen wird." (S. 298)

Semjenows Buch ist ein bedeutsamer Beitrag zur marxistisch-leninistischen Theorie von den Klassen. Es füllt eine empfindliche Lücke, und es füllt sie in bewundernswürdiger Weise. Der Gegenstand ist umfassend und systematisch abgehandelt. Die Untersuchung ist tiefeschürfend. Es ist ein Standardwerk entstanden, das sicher noch für lange Zeit seine Gültigkeit behalten wird.

Gerade wegen der Bedeutung des Buches sollen einige Schönheitsfehler der deutschen Ausgabe nicht verschwiegen werden, die insbesondere im Vergleich mit der russischen (die 1969 erschien) auffallen. Da wäre zunächst der Verzicht auf ein Sachregister, der bei einem Buch von diesem Rang wenig verständlich ist. Selbst Zeitmangel dürfte hier kaum hinreichend entschuldigen, da man sich auf die Stichwortauswahl des russischen Originals hätte stützen können.

Des weiteren trifft die Übersetzung an verschiedenen Stellen nicht immer ganz die Intention des Originals. Verschiedentlich ging das Streben nach Straffung auf Kosten der Genauigkeit. Wenn zum Beispiel im russischen Original bei der Behandlung der natürlichen Differenzierung zwei Formen unterschieden werden, und zwar eine, die ständig vorhanden ist, und eine, die nur in einem historisch

21 Vgl. Anmerkung 18.

bestimmten Zeitabschnitt wirksam ist, so verschwindet diese Unterscheidung in der deutschen Übersetzung unverständlicherweise (S. 21).

Insgesamt muß jedoch den Übersetzern, den Bearbeitern und dem Verlag dafür gedankt werden, daß sie dieses hervorragende Buch wenige Jahre nach seinem Erscheinen in der UdSSR in einer deutschen Übersetzung vorgelegt haben. In der DDR (und auch in der BRD, in der das Buch zur gleichen Zeit herauskam) wird die Diskussion über Fragen der Klassen, der Schichten und der Sozialstruktur und die Auseinandersetzung mit entsprechenden bürgerlichen Theorien wesentliche neue Impulse empfangen.

DEUTSCHE KOLONIALHERRSCHAFT IN KAMERUN

Bemerkungen zu:

Kamerun unter deutscher Kolonialherrschaft. Studien, hg. v. Helmuth Stoecker, Bd. 1 = Schriftenreihe des Instituts für Allgemeine Geschichte der Humboldt-Universität

Rütten und Loening, Berlin 1960, 288 Seiten, Preis: 16,80 M

Bd. 2

VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1968, 272 Seiten, 1 Karte, Preis: 35,-- M

Patrice Mandeng, Auswirkungen der deutschen Kolonialherrschaft in Kamerun = Schriften der Vereinigung der Afrikanisten in Deutschland, Bd. 4

Helmut Buske Verlag, Hamburg 1973, 204 Seiten, 1 Falttafel

Karin Hausen, Deutsche Kolonialherrschaft in Afrika. Wirtschaftsinteressen und Kolonialverwaltung in Kamerun vor 1914 = Beiträge zur Kolonial- und Übersee-geschichte, hg. v. Rudolf von Albertini u. Heinz Gollwitzer, Bd. 6

Atlantis Verlag, Freiburg i. Br. 1970, 340 Seiten

Albert Wirz, Vom Sklavenhandel zum kolonialen Handel. Wirtschaftsräume und Wirtschaftsformen in Kamerun vor 1914 = Beiträge zur Kolonial- und Übersee-geschichte, hg. v. Rudolf von Albertini u. Heinz Gollwitzer, Bd. 10

Atlantis Verlag, Zürich/Freiburg i. Br. 1972, 300 Seiten

von Manfred Nussbaum

"Cameroon ist und bleibt nun hoffentlich deutsch", erklärte 1884 nach der Annexion dieses afrikanischen Gebietes ein Mitglied der Hamburger Händlerfamilie Woermann, welche die koloniale Expansion mit betrieben und begrüßt hatte. Fünfundsechzig Jahre später schrieb ein Apologet des deutschen Kolonialismus: "Deutsch geblieben ist Kamerun - entgegen der von Eduard Woermann ausgesprochenen Hoffnung - auch nur ein Menschenalter lang. Daß es in dieser Zeit zu einer Musterkolonie geworden war, wird vom Kenner nicht mehr bestritten."¹

Aber Kamerun war niemals eine "Musterkolonie" - falls es etwas derartiges

1 Schramm, Percy Ernst, Deutschland und Übersee, Braunschweig o. J. (1950), S. 303.

überhaupt geben könnte - oder doch höchstens in dem Sinne, daß die ganze Problematik des deutschen Kolonialregimes sich hier besonders deutlich zeigte. Wahr ist allerdings, daß die Kolonie Kamerun nur drei Jahrzehnte lang unter deutscher Herrschaft stand. Diese dreißig Jahre hatten schwere Folgen für das Land und seine Bewohner.

Damit setzen sich die hier zu besprechenden fünf Bücher auseinander. Alle befassen sich mit der deutschen Kolonialherrschaft in Kamerun vor dem ersten Weltkrieg. Zwei der Bände erschienen schon vor einiger Zeit in der DDR, die anderen kürzlich in jener Welt, die den Kolonialismus gebar und noch immer zu gebären sucht. Zusammen ergeben die fünf Bücher ein Bild des Wirkens und der Wirkung kapitalistischer und imperialistischer Überwältigung der afrikanischen Gesellschaft in jener Periode, wie es bisher für keine der anderen ehemaligen Kolonien des Deutschen Reichs vorliegt. Ob tatsächlich die exemplarische Bedeutung des Falls Kamerun für den deutschen Kolonialismus die Konzentration von Arbeiten über diese Kolonie bewirkt hat, darüber sagt allerdings keiner der Autoren etwas aus. Zugängliche Archivalien und anderes Material gibt es ebenso für die anderen ehemaligen deutschen Kolonien. Damit soll nicht gesagt sein, daß die - möglicherweise zufällige - Konzentration von Arbeiten über Kamerun trotz einiger Überschneidungen nicht ihre Vorteile hätte, vor allem den schon angedeuteten, daß wir jetzt ein wirklich ausführliches Bild von den Zuständen in wenigstens einer deutschen Kolonie besitzen. Kamerun ist in vieler Hinsicht ein wichtiger Untersuchungsgegenstand. Die Kamerunküste mit ihrem Hinterland war nicht nur von Anfang an ein begehrtes Ziel deutscher Kolonialexpansion, die Okkupation erfolgte denn auch gewissermaßen gleich hinter dem Startblock des deutschen Kolonialismus beim Kolonialwettrennen. Diese Kolonie vereinigte in sich fast die ganze Problematik deutscher Kolonialpolitik: das ursprüngliche Ziel, das afrikanische Zwischenhandelsmonopol zu brechen, das bald in die Zielstellung umschlägt, ein deutsches Händlermonopol zu errichten, was die Feindschaft der aus dem Geschäft Gedrängten zur Folge haben muß; die Ambivalenz raubbaumäßiger Rohstoffgewinnung, vor allem des Kautschuks, der das Versiegen der Quellen dieses Rohstoffs zu folgen droht; die Konkurrenz der Händler und Plantageneigner, welche beide die afrikanische Bevölkerung für ihre jeweils unterschiedlichen, in Radikalität und Brutalität kaum unterscheidbaren Ausbeutungsmethoden reserviert wissen wollen; der immer wieder aufbegehrende Widerstandskampf der Afrikaner, die weder als erbarmungslos vorwärts getriebene Lastträger der Händler und der Kolonialverwaltung noch als gepeitschte Fronarbeiter der Plantagen vegetieren und umkommen wollen - und dazu die umfangreiche Palette von Problemen, die sich ergeben aus der Vernachlässigung der Infrastruktur, der Vergeudung wertvollen Menschenlebens, der administrativen Behinderung wirtschaftlicher Entwicklung der Afrikaner, zum Beispiel mittels Beschränkung, ja Verbots bäuerlichen Kakaoanbaus zugunsten der Plantagen, überhaupt des bewußten Zurückdrängens der einheimischen Bevölkerung in den Status Entrechteter, der Willkür ihrer Herren ausgelieferter "Hände" zur Produktion von Profit, gerechtfertigt mit Hilfe einer sozialchauvinistischen Ideologie - dies alles kann am Beispiel Kameruns gut studiert werden.

Vor allem aber wird in den Bänden in zum Teil eindrucksvoller Weise die Bedeutung ökonomischer Einflüsse und Prozesse für soziale und politische Veränderungen der afrikanischen Gesellschaft analysiert. Dabei sind die Bücher unterschiedlich konzipiert. Bei den beiden von Stoecker herausgegebenen Büchern handelt es sich um Sammelbände. Sie beschäftigen sich nur zum Teil mit eigentlich wirtschaftshistorischer Problematik. Der erste, vier Aufsätze enthaltende Band behandelt im einleitenden Aufsatz von Hans-Peter Jaeck die Vorgeschichte und

Geschichte der Annexion Kameruns, ihre Ursachen, den Verlauf und die ersten Nutznießer. Im nächsten Aufsatz, der von Adolf Rüge verfaßt wurde, wird der seinerzeit erhebliches Aufsehen erregende und zur Absetzung des Gouverneurs Leist führende Aufstand der Polizeisoldaten im Dezember 1893 eingehend dargestellt. Ein weiterer Aufsatz des gleichen Autors beschäftigt sich mit der Entstehung und der Lage der Arbeiterklasse unter dem Kolonialregime, in dem er die unerhört brutalen Methoden der deutschen Kolonialherren beschreibt. Der Rezensent hat in bezug auf diesen Aufsatz nur den Einwand, daß die Verwendung des Begriffs "Arbeiterklasse" für jene Periode bedenklich erscheint. Der Autor selbst meint: "Die Kameruner Arbeiter waren zum überwiegenden Teil durch Maßnahmen des außerökonomischen Zwangs zum Eingehen eines Arbeitsverhältnisses genötigt worden. Sie erhielten Löhne, die kaum noch diesen Namen verdienten." (S. 233)² Und er kommt dann zu dem Schluß: "In Anbetracht der Eigentümlichkeiten der Lage der Arbeiter in Kamerun tritt die Frage auf, inwiefern sie von der Sklaverei abwich. Die Methoden der Arbeitskräftebeschaffung und -vermittlung kamen einem Handel mit Menschen gleich. Aber im Unterschied zum Sklaven war der Kameruner Arbeiter nicht frei verkäuflich und kein Eigentum seines Herren; ihm blieb ein juristischer Anspruch auf Lösung des Arbeitsverhältnisses nach Ablauf der sogenannten Kontraktzeit, während der er völlig den Beschlüssen des Unternehmers ausgeliefert war.

Wir können also sagen, daß die Arbeiter in Kamerun in den Jahren 1895 bis 1905 eine in der Entstehung begriffene Arbeiterklasse, aber noch kein ausgeprägtes Proletariat bildeten. Ihre Stellung wurde sehr stark durch außerökonomischen Zwang bestimmt und war von Sklaverei nicht weit entfernt." (S. 235) Der Rezensent möchte aber doch darauf hinweisen, daß die afrikanischen Arbeitskräfte von den Kolonialisten vor allem zu Trägerdiensten und als Plantagenarbeiter verwendet wurden, während der Bau von Eisenbahnen, für den ebenfalls afrikanische Arbeitskräfte eingesetzt wurden, erst im 20. Jahrhundert erfolgte. Für alle diese Arbeitskräfte aber gilt, daß ihre Tätigkeit im Kontraktverhältnis, in das sie gepreßt worden waren, nur vorübergehender Natur war. Sie kamen aus der Sphäre der Subsistenzproduktion und strebten wieder dorthin zurück. Mandeng macht darauf aufmerksam, daß von drei Typen von Arbeitern, nämlich 1. den ständig mit ihren Familien auf den Pflanzungen lebenden, die die Pflanzung als ihre Heimat betrachteten, 2. den Arbeitern, die Jahre hindurch auf der Pflanzung tätig waren und regelmäßig zur Feldbestellung in ihre Heimat zurückkehrten, und 3. den Gelegenheitsarbeitern, die nur kürzere Zeit auf der Pflanzung arbeiteten, die ersten beiden Typen unter der deutschen Kolonialherrschaft praktisch nicht existierten. Er schreibt: "Die Gelegenheitsarbeiter, zu denen die meisten Tagelöhner zählten, bildeten einen Teil der Plantagenarbeiter, die in der Regel Vertragsarbeiter waren und nach Ablauf der Vertragszeit sofort in ihre Heimatdörfer zurückkehrten" (S. 98).

Es kann auch nicht außer Betracht gelassen werden, daß ein wesentliches Merkmal der Arbeiterklasse, nämlich die Beschäftigung in Industriebetrieben, gänzlich fehlte. Da es sich also durchweg um in nichtindustrieller Sphäre tätige, ihre Verbindung mit der Subsistenzproduktion nie ganz verlierende und immer wieder dahin zurückstrebende Menschen handelte, die auch kaum ein Bewußtsein ihrer Lage als "Arbeiterklasse" herausbilden konnten, ist es wohl etwas schematisch, hier einen Begriff zu verwenden, der erst für eine spätere Periode der Entwick-

² Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das jeweils besprochene Buch.

lung zutreffen dürfte. Dieser spätere, von Hella Winkler in folgendem Beitrag unter dem Titel "Das Kameruner Proletariat 1906 - 1914" behandelte Zeitraum sah immerhin einen Eisenbahnbau größeren Ausmaßes. Auch hierbei spielte der außerökonomische Zwang eine entscheidende Rolle, so daß die Verfasserin meint, "daß die Kameruner Arbeiter in jeder Beziehung Zwangsarbeiter waren, die in keiner Weise mit den 'freien' Lohnarbeitern in den imperialistischen 'Mutterländern' verglichen werden konnten." (S. 276) Zu dieser Zeit war die Kolonialverwaltung auch dazu übergegangen, die Afrikaner in ein dauerndes Arbeitsverhältnis zu zwingen, indem sie vielen von ihnen gewaltsam den Boden entrisen hatte, so daß die Rückkehr in die Dörfer zum Teil schon nicht mehr möglich war. Ob und wieweit nunmehr von einer Arbeiterklasse bzw. einer sich herausbildenden Arbeiterklasse gesprochen werden kann, ist zu überlegen.

Band 2 enthält ebenfalls vier Aufsätze: Rudi Kaeselitz beschreibt Kolonialeroberung und Widerstandskampf in Südkamerun (1884 bis 1907), Helmut Stoecker, Hartmut Mehls und Ellen Mehls befassen sich mit der Eroberung des Nordostens, wobei die militärischen Aspekte im Vordergrund stehen, Jolanda Ballhaus beschreibt die Rolle und die Praktiken der Landkonzessionsgesellschaften, und Adolf Rüger beschließt den Band mit einer Studie über die Duala und die Kolonialmacht 1884 bis 1914.

Beide Bände enthalten reiches Faktenmaterial, so daß sie eine günstige Ausgangsbasis für weiterführende Untersuchungen bieten. Dies wurde in den nachfolgend zu behandelnden Arbeiten in der Weise gewürdigt, daß die Bände von den Autoren dieser Arbeiten mehrfach zitiert werden.

So auch von Patrice Mandeng, der sich auf die Problematik der Arbeitskräftebeschaffung in den Südbezirken Kameruns während der deutschen Herrschaft konzentriert, wobei er sowohl auf die Rekrutierungsmethoden, auf die Lage der Arbeitskräfte wie auch auf ökonomische und soziale Folgen des starken Abzugs der Afrikaner aus der einheimischen Produktion eingeht. Er stellt die These auf, daß die ökonomische Unterentwicklung seines Heimatlandes in der Zeit der deutschen Kolonialherrschaft begründet wurde. Die Arbeit von Mandeng, die durch ein Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung in der BRD finanziert wurde, steht nichtsdestoweniger unter dem deutlichen Einfluß des Marxismus hinsichtlich Methode und Darstellung. So geht der Autor von der Imperialismusanalyse Lenins aus und stellt die Behandlung des eigentlichen Themas in den Zusammenhang der imperialistischen Kolonialpolitik. Die Arbeit ist um so erfreulicher, als es sich um eine der noch relativ seltenen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit der deutschen Kolonialherrschaft von afrikanischer Seite handelt. Es ist zu wünschen, daß der Autor sich diesem Fragenkreis auch weiterhin widmet.

Karin Hausen versucht in ihrer Arbeit vor allem eine Analyse des Systems der kolonialen Herrschaft in Kamerun. Dabei legt sie Gewicht auf eine Darstellung der Organisation der Kolonialverwaltung, aber auch der diversen Interessengruppen unter den Kolonialisten und ihrer Kämpfe untereinander, worunter sie besonders die Auseinandersetzungen zwischen Händlern, Pflanzungsunternehmern und Konzessionsgesellschaften faßt. Sie begründet dieses wie folgt: "Zwar diente die Regierung in Kamerun, wie in jeder anderen Kolonie, ausschließlich den Interessen einer weißen Minderheit, von der sich das Gros der Bevölkerung durch Hautfarbe und Kultur deutlich erkennbar abhob. Auch blieb dieser Regierungsfunktion entsprechend in den Kolonien die Affinität zwischen Verwaltung und Herrschaft sehr viel offensichtlicher als in den Mutterländern. Doch schloß die fixierte Antinomie zwischen Kolonialisten und Kolonisierten keineswegs aus, daß die Gruppe der weißen Kolonisatoren in verschiedene Interessengruppen zerfiel,

deren Zusammenhalt eher einem explosiven Spannungsverhältnis denn einer friedlichen Harmonie glich. Die Position und Politik der Regierung wurde demnach entscheidend mitgeprägt von der Kooperation mit den verschiedenen in Kamerun tätigen Interessengruppen." (S. 140) Die Auseinandersetzungen drehten sich besonders um die sogenannte Arbeiterfrage. Hausen zeigt, wie zum Teil bereits die vorher erwähnten Autoren, daß insbesondere die Händler einerseits, die Plantagenbesitzer andererseits um die Arbeitskräfte konkurrierten. Die Auffassung von Hausen unterscheidet sich von der von Mandeng geäußerten insofern, als sie meint, daß die für die Kaufleute zu leistenden Trägerdienste attraktiver für die Afrikaner waren als der Dienst auf den Plantagen oder beim Eisenbahnbau. Doch weist auch sie auf die barbarische Behandlung der Träger hin, die dazu führte, daß unter anderem die durch solche Dienste zur Verzweiflung getriebenen und vom Untergang bedrohten Völker der Maka und Njem sich zu einem erstmals koordinierten Aufstand im Mai 1910 erhoben. Da bei der einen wie der anderen Art von Zwangsarbeit die Betroffenen ihren Familien und Dörfern gewaltsam entrissen wurden und die Todesrate in beiden Fällen erheblich war, ist nicht einzusehen, worin die größere Attraktivität der Trägerdienste bestanden haben soll. Die Autorin liefert dafür auch keinen anderen Beweis als den Hinweis auf eine Bemerkung im Amtlichen Jahresbericht der Kolonialverwaltung. Sehr klug dagegen sind ihre theoretischen Schlußbemerkungen, wo sie erklärt, daß "die neue Qualität des Expansionsstrebens im ausgehenden 19. Jahrhundert nicht zu trennen ist von den gesellschaftspolitischen Voraussetzungen und ökonomischen Bedürfnissen der expandierenden und sich konzentrierenden kapitalistischen Wirtschaft und dem daraus resultierenden Verlangen, durch kalkulierbare Herrschaftsverhältnisse in den Interessengebieten das wirtschaftliche Engagement abzusichern bzw. zu ermöglichen ... Für die Annexion der Kolonie und die Einsetzung staatlicher Herrschaftsmittel spielen die ökonomischen Interessen einzelner Unternehmer eine entscheidende Rolle. Nationalökonomisch relevant wurde Kamerun jedoch bis 1914 weder als Absatzmarkt noch als Rohstofflieferant und Zielgebiet für den Kapitalexport." (S. 300) Die richtige Einordnung der Kolonialpolitik in die imperialistische Expansion wird von der Autorin ergänzt durch eine gut differenzierte Herausarbeitung des Umstands, daß die anfänglichen kolonialen Initiativen noch von vormonopolistischen Interessengruppen, nämlich den Handelsfirmen, ausgingen. Die Bedeutung der Händlerinteressen bei der Annexion Kameruns weist auch der letzte der hier zu erwähnenden Autoren nach. Albert Wirz stellt in den Mittelpunkt seiner stark wirtschaftsethnographische Züge tragenden Untersuchung die Wirkungen des präkolonialen und kolonialen Handels auf die afrikanische Gesellschaft. Er stellt in überzeugender Weise die zerstörenden Einflüsse auf die afrikanische Wirtschaft, auf die politischen und sozialen Strukturen dar und weist nach, daß diese durch die Kombination von Handelswirkungen, der brutalen Behandlung der afrikanischen Arbeitskräfte und die Vernichtungsstrategie der deutschen Militärbefehlshaber hervorgerufen wurden.

Die von Wirz historisch behandelte Problematik der Umwandlung und Auflösung der Subsistenzwirtschaft und die graduelle Einbeziehung der Produzenten in den internationalen Warenaustausch ist aber kein rein historisches Problem. Noch immer gehören 70 Prozent der landwirtschaftlichen Bodenfläche in Afrika der Subsistenzwirtschaft, und der Prozeß des Übergangs zur Warenproduktion geht tagtäglich vor sich. Das Problem, wie die Folgen von Preisschwankungen der Produkte, die von den Erzeugern nicht kontrolliert werden und die auf einem für sie nicht überschaubaren Markt stattfinden, der zudem heute weitgehend von monopolistischen Organisationen beherrscht oder manipuliert wird, das also, was Marx den Fetischcharakter der Ware nennt, in ihrer Wirkung auf diese Pro-

duzenten gemildert oder abgewendet werden können, ist höchst aktuell. Es ist ein Problem, dem Ökonomen und Politiker in den betreffenden Ländern auf verschiedene Weise beizukommen suchen, zum Beispiel durch die Schaffung staatlicher Aufkauf- und Exportgesellschaften. Es hat sich aber gezeigt, daß es wohl gelegentliche Remedur, jedoch keine wirkliche Lösung dieses Problems gibt, solange die starke Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt nicht beseitigt wird.

Kamerun zählt heute zu den Entwicklungsländern. Seine Wirtschaft ist schwach, das Volkseinkommen niedrig. Produkte der Landwirtschaft bilden nach wie vor die Hauptmasse seiner Exportgüter. Nach dem Studium der hier behandelten Bücher kann man nicht an der Wahrheit der Worte von Patrice Mandeng zweifeln, der am Schluß seiner Untersuchung meint: "Bei der Frage der Relevanz gegebener Faktoren, die die Unterentwicklung verursachen, ist die Unterentwicklung als eine historische Kategorie zu begreifen. In diesem Sinne gewinnt die Kolonialherrschaft ihre besondere Bedeutung. Gerade eine Untersuchung über die Auswirkungen der Kolonialherrschaft auf die Kolonien macht deutlich, daß die Kolonialherrschaft auf alle gesellschaftlichen Bereiche wirkte und daher den Verlauf der historischen Entwicklung der kolonisierten Gesellschaften bestimmte. Die Gesellschaftsentwicklung der Kolonien wurde durch die objektiven Bedürfnisse der imperialistischen Staaten gesteuert und dadurch gehemmt. Um den Entwicklungsverlauf der Kolonien in ihrer Totalität begreifen zu können, müssen daher die imperialistischen Länder berücksichtigt werden, aus denen die Impulse hervorgingen, die den Verlauf der historischen Entwicklung der Kolonien beeinflussen haben. Mit dieser Beziehung zwischen Kolonien und Kolonialmacht setzte historisch die Unterentwicklung ein. So verstanden, ordnet sich die Begriffsbestimmung der Unterentwicklung dem Begriff des Imperialismus unter, wie ihn Lenin definiert hat. In diesem Sinne wird es möglich, anhand des Begriffs Unterentwicklung, nicht nur die Entwicklung der Produktivkräfte in den Kolonien und abhängigen Staaten zu analysieren, sondern auch die Bedeutung dieser Länder in der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung zu erfassen." (S. 188 f.)

KLASSENBEWUSSTSEIN UND ZYKLISCHE KRISE

Überlegungen bei der Lektüre von:

The Great Depression Revisited. Essays on the Economics of the Thirties, hg. v. Herman van der Wee

Martinus Nijhoff, The Hague 1972, 290 Seiten, Preis: 43,50 Guilders

von Jürgen Kuczynski

Die Tatsache, daß die Bourgeoisie ein schärfer ausgeprägtes und letztlich geschlosseneres Klassenbewußtsein als die Arbeiterklasse hat, wird kaum bestritten. Man braucht nur auf die Tatsache hinzuweisen, daß die Revisionisten innerhalb der Bourgeoisie, also die, die den Kapitalismus reformieren wollen, natürlich auf seiten der Bourgeoisie bleiben und dieser sogar in dem Bestreben, Verwirrung in den Reihen der Arbeiterklasse zu schaffen, objektiv ganz außerordentlich nützlich sind, während die Revisionisten in den Reihen der Arbeiterklasse ihre Klasse verraten und zum Klassenfeind übergehen. Man braucht nur darauf hinzuweisen, daß es noch nie eine bürgerliche Partei gegeben hat, deren Führung die Politik der Arbeiterklasse durchgeführt hat, wohl aber hat es gegeben und gibt es nicht wenige Arbeiterparteien - alle irgendwie sozialdemokratischen Charakters - deren Führung die Politik der Bourgeoisie betreibt.

Das ist auch historisch durchaus verständlich. Eine Klasse wie die Bourgeoisie, die sich seit über einem Jahrhundert ständig in ihrer Herrschaft bedroht sieht und deren Ideologie aus Apologetik besteht, muß dauernd auf Wacht stehen. Andererseits ist die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder in einer Gesellschaft, in der die Gedanken der Herrschenden die herrschenden Gedanken in den Massenmedien sind, natürlich der ständigen Gefahr der betrügerischen Meinungsmanipulation ausgesetzt.

Bedenkt man dies, dann muß es erstaunlich sein, wie schwach das Bewußtsein der Bourgeoisie ist, wenn es nicht um direkte Fragen der Herrschaft, sondern um Probleme der ökonomischen Sicherheit ihres Profitsystems geht. Spätere Zeiten werden es kaum für glaubhaft halten, daß in einer Gesellschaftsordnung, in der Überproduktionskrisen im Zyklus stets wiederkehren, die herrschende Klasse von den zyklischen Krisen immer wieder überrascht wurde. Da die erste zyklische Überproduktionskrise in der Industrie als ganzer 1825 ausbrach, ist es vielleicht noch verständlich, daß die Krise von 1857 die Bourgeoisie unerwartet traf. Engels schildert in einem seiner Zusätze zum "Kapital", wie die Bourgeoisie glaubte, daß sie die Wirtschaft im Griff hätte, und wie sie dann die Krise traf.

Zunächst zitiert Engels den "Vater des Bankakts", Bankier Samuel Jones Loyd, später Lord Overstone, der glaubte, durch Maßnahmen der Bank von England Krisen zu vermeiden, und am 14. Juli 1857 vor dem Bankausschuß des Parla-

ments aussage:

"Durch strenge und prompte Einhaltung der Grundsätze des Akts von 1844 ist alles mit Regelmäßigkeit und Leichtigkeit verlaufen, das Geldsystem ist sicher und unerschüttert, die Prosperität des Landes ist unbestritten, das öffentliche Vertrauen in den Akt von 1844 gewinnt täglich an Stärke. Wünscht der Ausschuß noch weitere praktische Belege für die Gesundheit der Prinzipien, auf denen dieser Akt beruht, und der wohlthätigen Folgen, die er sichergestellt hat, so ist die wahre und hinreichende Antwort diese: Schauen Sie um sich; betrachten Sie die gegenwärtige Lage des Geschäfts unsres Landes, betrachten Sie die Zufriedenheit des Volkes; betrachten Sie den Reichtum und die Prosperität aller Klassen der Gesellschaft; und dann, nachdem dies geschehn, wird der Ausschuß imstande sein, zu entscheiden, ob er die Fortdauer eines Akts verhindern will, unter dem solche Erfolge erreicht worden sind." (B. C. 1857, Nr. 4189.)"

Zu dieser Aussage bemerkt Engels kurz und schlüssig:

"Auf diesen Dithyrambus, den Overstone dem Ausschuß am 14. Juli vorsang, antwortete die Gegenstrophe am 12. November desselben Jahrs, der Brief an die Bankdirektion, worin die Regierung das wunderartige Gesetz von 1844 suspendierte, um zu retten, was noch zu retten war."¹

Konnte man die bekümmerte Überraschung der Bourgeoisie über die neue Krise von 1857 noch verstehen, so ist es geradezu ungläubhaft, mit welcher Selbstzufriedenheit und Selbstsicherheit die Bourgeoisie in die große Krise von 1929/33 hineinschlitterte. Varga hat eine Reihe Äußerungen von Monopolisten und ihren Politikern vor dem offenen Ausbruch der zyklischen Krise zusammengestellt:

"Der scheidende Sachwalter des Finanzkapitals der Vereinigten Staaten, Präsident Calvin Coolidge, erklärte am 4. Dezember 1928 in seiner Abschiedsbotenschaft an das Parlament der Vereinigten Staaten:

'Niemals hat ein Kongreß der USA, der die Lage der Union überblicken sollte, einen günstigeren Ausblick gehabt als heute. Im Inland herrschen Ruhe und Zufriedenheit, ein harmonisches Verhältnis zwischen Kapitalisten und Lohnempfängern, keine Lohnkämpfe und die höchste Stufe der Prosperität . . . Der große Reichtum, der durch unseren Unternehmungsgeist und unseren Fleiß geschaffen und durch unsere Wirtschaftlichkeit erspart wurde, hat die breiteste Verteilung in unserem Volke gefunden . . . Das Lebensniveau ist, das Existenzminimum überschreitend, in die Region des Luxus vorgedrungen.

Die Ergebnisse gesteigerter Produktion wurden konsumiert durch eine gesteigerte Nachfrage im Lande und durch einen sich ausdehnenden Außenhandel. Das Land kann die Gegenwart mit Befriedigung und die Zukunft voller Optimismus betrachten.'

Nicht minder optimistisch äußerten sich die Führer der amerikanischen Wirtschaft. Der Präsident der 'Bethlehem Steel Corporation', Schwab, verkündete: 'Ich sage mit Überzeugung, daß die Grundlagen gelegt wurden, auf der eine Prosperität erwachsen kann, die alles in den Schatten stellen wird, was wir bisher erlebt haben.'⁺

Der Präsident der 'General Motors' erklärte:

'Mein Standpunkt hinsichtlich des Jahres 1929 basiert auf der Überzeugung, daß unsere allgemeine ökonomische und industrielle Lage durchaus gesund ist; daher sehe ich nicht ein, warum sich der allgemeine Fortschritt nicht fortsetzen und uns nicht ein ausgezeichnete Geschäftsgang und eine noch gesteigere Prosperität beschieden sein sollte.'

Nicht minder stolz verkündete im Herbst 1928 auf dem Bankiertag in Köln der

1 Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 579.

+ New York Times, 29. 10. 1928.

damalige Führer der deutschen Finanzoligarchie, Jakob Goldschmidt, Generaldirektor der im Jahre 1931 endgültig zusammengebrochenen Danat-Bank, den neuen Aufstieg des Kapitalismus:

„Während das Ende des kapitalistischen Zeitalters und der Ersatz der individualistischen Erwerbswirtschaft durch die staatssozialistische Wirtschaft prophetisch veranlagte Geister beschäftigt, während der Gedanke, daß die bestehende Wirtschaftsform dem Untergang geweiht und im Begriff sei, durch neue Wirtschaftsformen abgelöst zu werden, die Menschheit vielfach wie eine Zwangsvorstellung beherrscht, schreitet die praktische Wirtschaftsführung noch immer kräftig mit ihren kapitalistischen Methoden vorwärts. Sie hat trotz verlorener Kapitalbasis, auf dem Trümmerhaufen eines verlorenen Weltkrieges, ungeachtet der Widerstände einer revolutionären Zeitatmosphäre, aus einer unzeitgemäßen technischen Verfassung in der kürzesten Periode von noch nicht fünf Jahren einen neuen Wirtschaftsapparat geschaffen, der, wenn auch nicht ideal, so doch zu nächst durchaus zufriedenstellend funktioniert ...“²

Hybris nannten die alten Griechen solchen Größenwahnsinn, den die Götter dann gesetzmäßig bestrafen.

Als sich der Ausbruch der großen Krise von 1929/33 zum vierzigsten Male jährte, brachten einige bürgerliche Zeitungen und Zeitschriften Erinnerungsartikel. So auch die holländische Monatsschrift "Spiegel Historiae". Wee, der bekannte Wirtschaftshistoriker, hat diese Artikel, zum Teil erweitert, sowie einige andere gesammelt herausgegeben. In einem vom 22. August 1971 datierten Vorwort skizziert er zunächst die "Wohlfahrtsökonomie", die sich im vorangehenden Vierteljahrhundert entwickelt habe, und fährt dann fort:

"In diesem neuen Rahmen (der gesellschaftlichen Entwicklung - J. K.) hat man vielleicht vergessen, daß die Wohlfahrt von heute viel den Lehren der Vergangenheit schuldet. Insbesondere hat die bittere Erfahrung der Weltkrise der dreißiger Jahre einen fruchtbaren und entscheidenden Einfluß ausgeübt auf die Suche nach Mitteln, um die zyklischen Schwankungen, die mit wirtschaftlichem Wachstum verbunden sind, zu verhindern, zu eliminieren oder zu mildern. Vierzig Jahre nach dem Ausbruch der größten Wirtschaftskrise, die es je gegeben hat, scheint es nützlich, eine Bilanz der Lehren zu ziehen, die man aus ihr gewonnen hat." (S. V)

Wer die Artikel, in denen sich manche klugen Gedanken, manche wertvollen Analysen finden, auf die Lehren hin liest, wird feststellen, daß sich die entscheidende Lehre, die gelernt werden mußte, nirgendwo findet: nämlich, daß es nicht gelungen ist, irgendwelche Mittel zur Beseitigung von Wirtschaftskrisen zu entdecken, und daß das auch im Kapitalismus unmöglich ist.

Keiner der Artikel stellt die Frage, ob eine Wiederholung der Krise von 1929/33 in ähnlicher Tiefe und Breite möglich ist. Ja, wenn man die gesamte "Jubiläumsliteratur" von 1969 durchliest, wird man wohl kaum einen Artikel mit dieser Fragestellung finden - das Gefühl, mit Hilfe des Keynesianismus dieser oder jener Prägung eine solche Gefahr überwunden zu haben, war allgemein. Mir ist nur ein Artikel von Galbraith bekannt, in dem eine solche Frage aufgeworfen und nicht prinzipiell verneint wurde.

Man kann leider nicht sagen, daß sich in dieser Beziehung - das heißt in der Frage einer möglichen Wiederkehr einer Krise wie 1929/33 - die marxistische polit-

² Varga, Eugen, Die Große Krise und ihre politischen Folgen, Moskau/Leningrad 1934, S. 7 f.

ökonomische Literatur der sechziger Jahre wesentlich von der bürgerlichen Literatur unterschied: Auch hier vermied man zunächst diese präzise Fragestellung. Man beschäftigte sich vielmehr mit einer Problematik, die die "neuen Besonderheiten" der zyklischen Entwicklung beinhaltet und erklären wollte, warum der Zyklus so "deformiert", das heißt "so anders als früher", verlaufe, sowie mit verwandten Fragen.

Als sich aber die erste internationale zyklische Überproduktionskrise nach dem zweiten Weltkrieg näherte, begann das theoretische Bewußtsein der Marxisten an Reife zuzunehmen. Schon 1969 und erst recht 1970 wurden Stimmen laut, die auf eine Zeit der Stagnation und zyklischen Krisen "alten Formats" hinwiesen. Nicht, daß irgend jemand etwa eine Krise wie die von 1929/33 als zu erwarten ankündigte. So etwas ist unmöglich vorauszusehen. Wohl aber waren Äußerungen zu hören, die darauf hinwiesen, daß die Auswirkungen des zweiten Weltkrieges mit ihrem riesigen "Nachholebedarf" im westlichen Europa und die enorme Steigerung der Rüstungsproduktion als die Wirtschaftsentwicklung stärker beeinflussende Faktoren an Kraft verlören und daß es höchste Zeit wäre, wieder dem anarchistischen Wald des Kapitalismus und nicht den einzelnen Bäumen der Besonderheiten die Hauptaufmerksamkeit zu widmen.

Die gegenwärtige Entwicklung (März 1974) hat diese Wendung in der marxistischen Politischen Ökonomie des Kapitalismus voll gerechtfertigt. Natürlich gibt es eine Fülle von Besonderheiten auch in der gegenwärtigen zyklischen Krise - welche Krise seit 1825 hatte nicht ihre Besonderheiten! Aber die Grundzüge jeder zyklischen Krise, die Marx entdeckt hat, sind voll erhalten geblieben, und eine Krise von der Tiefe wie die von 1929/33 liegt stets im Bereich der kapitalistischen Möglichkeiten.

INDUSTRIELLE REVOLUTION ODER INDUSTRIALISIERUNG?

Kritische Bemerkungen zu:

Industrielle Revolution, Wirtschaftliche Aspekte, hg. v. Rudolf Braun, Wolfram Fischer, Helmut Großkreutz, Heinrich Volkmann = Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Geschichte, Bd. 50

Kiepenheuer & Witsch, Köln/(West-)Berlin 1972, 399 Seiten
(im folgenden: Wirtschaft)

Gesellschaft in der Industriellen Revolution, hg. v. Rudolf Braun, Wolfram Fischer, Helmut Großkreutz, Heinrich Volkmann = Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Geschichte, Bd. 56

Kiepenheuer & Witsch, Köln 1972, 384 Seiten (im folgenden:
Gesellschaft)

David S. Landes, Der entfesselte Prometheus. Technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart = Studienbibliothek

Kiepenheuer & Witsch, Köln 1973, 597 Seiten (im folgenden:
Landes)

Friedrich-Wilhelm Henning, Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914 = Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2; Uni-Taschenbücher, Bd. 145

Ferdinand Schöningh, Paderborn 1973, 304 Seiten (im folgenden:
Henning)

Wolfram Fischer, Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze, Studien, Vorträge = Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 1

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1972, 547 Seiten (im folgenden:
Fischer)

Knut Borchardt, Die Industrielle Revolution in Deutschland, mit einer Einführung v. Carlo M. Cipolla = Serie Piper, Bd. 40

Piper & Co., München 1972, 118 Seiten (im folgenden: Borchardt
bzw. Cipolla)

von Thomas Kuczynski

Die Zahl der Arbeiten zur Geschichte der Industriellen Revolution ist Legion, und nur wenigen wirtschaftshistorischen Themen ist so viel Aufmerksamkeit geschenkt worden wie diesem. Auch müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß das Interesse an diesem Gegenstand keineswegs ab-, sondern eher zugenommen hat, ja daß sich in den letzten Jahren eine wahre Flut von Aufsätzen, Sammelbänden und Monographien über den Leser ergossen hat und auch weiterhin ergießt. Nun liegt es zwar in der Natur der Sache, daß ein historischer Prozeß nie eine für alle Zukunft er-

schöpfende Behandlung erfahren kann, denn "jede Zeit muß sich auch ihre Vergangenheit neu schaffen"¹, allein, dieses besondere Interesse verlangt nach einer besonderen Erklärung. So beginnt Cipolla seine Einführung mit dem sehr schönen Vergleich "... keine Revolution war je so dramatisch revolutionär wie die 'Industrielle Revolution' - ausgenommen vielleicht die neolithische" (Cipolla, S. 7) - nur richteten die Wirtschaftshistoriker gerade auf diese nicht ihr besonderes Augenmerk.

Der Platz, der einem Gegenstand im Rahmen der Forschung zugebilligt wird, ist durchaus nicht so sehr von seiner historischen, als vielmehr von seiner aktuellen Bedeutung her bestimmt. Worauf basiert die ja ganz offensichtlich vorhandene Bedeutung der Industriellen Revolution und ihrer Erforschung für den heute wirkenden bürgerlichen Historiker? Bei der Beantwortung dieser Frage müssen wir uns keineswegs damit begnügen, etwas aus den vorliegenden Texten herauszulesen oder in sie hineinzuzinterpretieren; die Autoren selbst sprechen ihr Anliegen klar aus.

Für Cipolla ist der Begriff Industrielle Revolution zwar nur "ein Etikett", jedoch ist er "sicher, daß wir uns ein befriedigendes Verständnis der Probleme, welche die Menschheit heute bewegen, versagen, wenn wir uns für eine Definition der 'Industriellen Revolution' entscheiden, die den Begriff auf jene sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen beschränkt, die sich in Westeuropa zwischen 1750 und 1900 vollzogen." Cipolla scheint es "vernünftiger, dieses Problem von einem weniger eng gefaßten Standpunkt aus zu betrachten und zu sagen, daß in den industriell weiter fortgeschrittenen Ländern wie in den Vereinigten Staaten, Rußland, Großbritannien, Schweden und Japan die Industrielle Revolution noch nicht beendet ist; lediglich die erste Phase ist abgeschlossen. Diese Tatsache springt so klar ins Auge, daß die Anhänger einer engen Definition der 'Industriellen Revolution' dann von einer 'Zweiten Industriellen Revolution' sprechen müssen. Wenn es nur eine Frage der Definition wäre, käme der Angelegenheit weiter keine Bedeutung zu. Doch es ist nicht nur eine Frage der Definition. Wenn die Industrielle Revolution noch nicht beendet ist, sondern andauert und erst jetzt in ihr zweites Stadium tritt, so bedeutet das, daß sogar die fortgeschrittenen Industriegesellschaften sich mit Problemen sozialer Umschichtung und kultureller und politischer Erneuerung auseinandersetzen müssen, die nicht weniger einschneidend sind als diejenigen, die den sogenannten unterentwickelten Ländern zu schaffen machen" (Cipolla, S. 18).

Die Herausgeber der beiden Sammelbände versuchen ihre "Industrialisierungs-Konzeption" (so die von ihnen selbst gewählte Bezeichnung; Gesellschaft, S. 9) in der Weise zu begründen, daß sie zuerst den Begriff Industrielle Revolution disqualifizieren, indem sie ihn "zu jenen außerwissenschaftlich entstandenen, von der Wissenschaft übernommenen, dann in Frage gestellten, ja totgesagten, aber letztlich doch nicht auszumerkenden Begriffsgebilden" zählen (Wirtschaft, S. 9), und dann fortfahren: "Mit dem Aufholen des englischen Vorsprungs auf dem nordamerikanischen und westeuropäischen Kontinent verlor der Begriff seine einmalige zeitliche und geographische Fixierung; es setzte sich ein allgemeinhistorischer Gebrauch durch, der eine vergleichende Komponente mit einschloß. Es ging nun ... um die verschiedenen Ausprägungen eines offenbar allgemeineren, schließlich universal werdenden Vorgangs. ... Mehr und mehr wurde ... Industrielle Revolution durch den weniger dramatischen, den evolutionären Charak-

1 Becher, Johannes R., Auf andere Art so große Hoffnung - Tagebuch 1950, Berlin 1951, S. 498 (20. 9. 1950).

ter des Prozesses akzentuierenden Ausdruck Industrialisierung ersetzt ... Damit in Verbindung stand, daß in wachsendem Maße die Industrielle Revolution nicht mehr als eine dramatische Zeitenwende, sondern als ein permanenter Prozeß begriffen wurde, der bis in die Gegenwart reicht. Für besondere Höhepunkte dieser Entwicklung, denen Zäsurcharakter zuerkannt wurde, griff man gelegentlich wiederum auf den Terminus Industrielle Revolution zurück. So unterschied man eine zweite, durch die Elektrizität bestimmte, und eine dritte, von der Atomkraft geprägte, von der ersten Industriellen Revolution, deren Symbol die Dampfmaschine war" (Wirtschaft, S. 9 f.). Als den hier gesammelten Aufsätzen "gemeinsames Grundproblem" nennen die Herausgeber "die Frage ... nach dem Übergang verschiedener traditioneller, agrarisch bestimmter Gesellschaften zu dem, was wir eine moderne oder industrielle Gesellschaft nennen können..." (Wirtschaft, S. 11)

Hartwell bemerkt zu den Ursachen für die auch von ihm vertretene "wohlwollende Beurteilung der industriellen Revolution (genauer: ihrer Auswirkung auf die soziale Lage des Proletariats - Th. K.) durch die neuere Forschung" sehr freimütig: "Das ökonomische Hauptproblem der modernen Welt ist das gleiche, das die Welt der industriellen Revolution hatte: Ziel ist eine zum Bevölkerungswachstum überproportionale Steigerung der Produktion. Die Industrialisierung Englands stellt eine erfolgreiche Lösung dieses Problems dar und wird daher (im Gegensatz zu früher - Th. K.) eher bewundert als kritisiert" (Gesellschaft, S. 285).

Demgegenüber hebt Fischer hervor: "Wer von kontinental-europäischen Verhältnissen ausgeht, wird dem Staat als Faktor der Industrialisierung eine weit größere, jedenfalls frühere (zeitlich sowohl wie funktional frühere) und auch tiefer eingreifende Rolle (als in England - Th. K.) zuweisen. Insofern kann gerade das Beispiel der Industrialisierung Zentraleuropas für heutige aktuelle Fragen der Entwicklungsländer weit interessanter sein als das klassische Beispiel Englands ..." (Fischer, S. 64) Auch Borchardt - obwohl die Rolle "staatlicher Industrialisierungspolitik" in Deutschland in gänzlich anderem Lichte sehend (vgl. Borchardt, S. 50) - gelangt aufgrund seiner Imitationshypothese - die Industrielle Revolution wäre in Deutschland theoretisch auch als eine autochthone möglich gewesen, historisch aber mit einer stark imitatorischen Komponente versehen (vgl. Borchardt, S. 36, 30) - zu einem Ergebnis, demzufolge "für die Entwicklungsländer das Studium jener europäischen Staaten, die sich erst später als England gewandelt haben, relevanter ist als das englische Modell. In diesen Fällen können wir bereits studieren, wie und unter welchen Bedingungen sich der Anstoß zu wirtschaftlichem Fortschritt und wie sich die Methoden von einem Land auf andere übertragen - und darauf kommt es für die Entwicklungsländer an" (Gesellschaft, S. 351).

In einem zweiten Aufsatz, betitelt "Die Ursachen der Industriellen Revolution", führt Hartwell "das erneute historische Interesse der Wirtschaftswissenschaftler" in erster Linie auf die sogenannte Keynesche Revolution zurück, "deren logische Folge Wachstumsmodelle sowie Versuche waren, das Verhältnis zwischen dem Input an Kapital, Arbeit, technischem Wissen und den Wachstumsraten des Output zu definieren" (an zweiter Stelle nennt er wiederum die Entwicklungsländer), und fährt fort: "Den Theoretikern erscheint die Wirtschaftsgeschichte nunmehr als nützlich, weil sie aus den Quellen viele Daten zum wirtschaftlichen Wachstum in der Vergangenheit zur Verfügung stellt (oder stellen sollte) - ein umfangreiches Tatsachenmaterial, das die empirische Grundlage für allgemeinere Erkenntnisse über das wirtschaftliche Wachstum bildet" (Wirtschaft, S. 36 f.).

Weiterhin sei aus der Vorbemerkung der Herausgeber zu dem "Führende Sektoren im Industrialisierungsprozeß" betitelten Teil der "Wirtschaftlichen Aspekte" zitiert: "Überall, wo nicht entschlossene staatliche Prioritätenverschiebungen vorgenommen wurden, entwickelten sich zuerst die Konsumgüterindustrie(n), dann die Investitionsgüterindustrien zu leading sectors. Es blieb den sozialistischen Ländern vorbehalten, die 'natürliche' Reihenfolge umzukehren und mit der Forcierung des Ausbaus der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien auf Kosten der Konsumgüter einen anderen Industrialisierungsrhythmus (zu Lasten der Bevölkerung) durchzusetzen" (S. 308)². Dagegen glaubt Rimlinger in seinem Aufsatz "Sozialpolitik und wirtschaftliche Entwicklung" zumindest in diesem Punkt das Gegenteil feststellen zu müssen: "Es scheint somit, daß die Sowjetunion dem Beispiel anderer industrialisierter (also kapitalistischer - Th. K.) Länder gefolgt ist ..." (Gesellschaft, S. 123)

Die aktuelle Bedeutung der Ausführungen Fischers zum Thema "Der Deutsche Zollverein, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Freihandelszone" (S. 129 ff.) und "Planerische Gesichtspunkte bei der Industrialisierung in Baden" (S. 75 ff.) ist offensichtlich, ebenso die seiner Aufsätze zur Lage der Arbeiter in der Industriellen Revolution (bei Fischer als "die soziale Problematik der Industrialisierung" bezeichnet), die in solchen Behauptungen kulminieren wie: Die angebliche "Verbürgerlichung" des Proletariats habe "den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterbewegung von Anfang an entsprochen" (S. 24); die Lohndifferenzierung zeige "mit unübersehbarer Eindringlichkeit, daß es so etwas wie eine gemeinsame wirtschaftliche Klassenlage (der Arbeiter - Th. K.) nicht gegeben habe" (S. 280), daß sich vielmehr "ein durchgehender Trend erkennen" lasse "in Richtung auf eine Verminderung der Lohnspannen, eine Nivellierung auf mittlerem Niveau bei sich gleichzeitig hebendem Gesamtniveau" und "daß sich dieser Trend offenbar von allem Anfang an findet, ja daß er in die Manufakturperiode zurückzuverfolgen ist" (S. 281).

Gerschenkron zufolge hat das Studium der Industriellen Revolution folgende Bedeutung für die Gegenwart: "Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Sowjetherrschaft als ein Produkt der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes bezeichnet ... Wenn es überhaupt 'begründete historische Annahmen' gibt, dann diese: Die verzögerte industrielle Revolution war verantwortlich für eine politische Revolution ... Wenn das sowjetische Beispiel eines unübersehbar deutlich macht, dann die enorme Gefahr, die wirtschaftliche Rückständigkeit heute in sich birgt. ... Unter den Bedingungen einer 'bipolaren Welt' erscheint diese Gefahr modifiziert und gesteigert: Andere rückständige Länder ahmen die Sowjetpolitik bewußt nach und geraten freiwillig oder gezwungen in den sowjetischen Einflußbereich" (Wirtschaft, S. 76 f.).

Die Industrielle Revolution als Mittel zur Verhinderung der sozialistischen Revolution: Als ob nicht gerade die Industrielle Revolution die Klasse hervorgebracht hat, die als einzige berufen ist, die sozialistische Revolution durchzuführen, Gerschenkron schreibt, als ob das Kommunistische Manifest nie erschienen wäre: "Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden - die modernen Arbeiter, die Proletarier." Aber - um mit Shakespeare zu reden - "ist's auch Wahnsinn, hat es doch Methode":

1. Durch die Umdeutung der Industriellen Revolution zu einer "Industrialisierung"

2. Sofern aus dem Kontext die Quelle eindeutig hervorgeht, ist in Klammern nur die Seitenzahl vermerkt.

(bzw. deren erster Etappe) wird sie ihrer konkret-historischen Bestimmung - Schaffung der kapitalistischen Produktionsweise in Gestalt von Fabrikarbeitern und Fabrikanlagen (Produktivkräfte), deren ökonomische Existenz als Lohnarbeit und Industriekapital (Produktionsverhältnisse), deren Personifikation als Proletarier und Bourgeois (Klassenverhältnisse) - entkleidet. Der historisch-qualitative Prozeß der Herausbildung des Kapitalismus wird zu einem nur technisch-quantitativ zu betrachtenden Wachstumsprozeß verfälscht, der den Übergang zur "Industriegesellschaft" und deren Ausbau zur Folge hatte.

2. Die "Industrialisierung" wird zur notwendigen Voraussetzung für die "Industriegesellschaft" erklärt, ihr Ausbleiben habe "kommunistische Herrschaftsformen" zur Folge. Daraus ergibt sich die Bedeutung des "westeuropäischen Modells" für die Entwicklungsländer, denn natürlich führt der dort vorgezeichnete Weg erst einmal zur Errichtung der Diktatur der Bourgeoisie, verlängert heute den Weg zur sozialistischen Revolution.

3. In engem Zusammenhang damit steht die Theorie, die "Industrialisierung habe von Anfang an eine stete Verbesserung der Lage der Arbeiter zur Folge gehabt, so daß sie - im Gegensatz zum "sowjetischen Modell" - eine praktikable Lösung der "sozialen Frage" beinhalte; das betrifft auch die Frage der Auflösung der Klassen (und damit der Klassengegensätze) beim Auf- und Ausbau der "Industriegesellschaft".

4. Daraus leitet sich die Behauptung ab, die "Industrialisierung" führe in ihrer Konsequenz zu einem Abbau der "Systemunterschiede", zu einer "Annäherung" des Sozialismus an den als Industriegesellschaft verstandenen Kapitalismus.

5. Schließlich wird der sozialökonomische Inhalt der Industriellen Revolution als nicht wesentlich verschieden von dem der wissenschaftlich-technischen Revolution betrachtet. Unterschiede beständen nur insoweit, daß erstere den Grundstein der "Industriegesellschaft" gelegt habe, während letztere eine neue Stufe in deren Ausbau darstelle. Daher könne die "erste Etappe der Industrialisierung" als Analogiemodell für die Analyse der "zweiten Etappe" verwendet werden, was nicht nur für Fragen der Herausbildung und Durchsetzung neuer Produktionsmethoden (und ihrer Voraussetzungen) gelte, sondern auch für die Bewältigung der sozialen Folgen und für solche Spezialprobleme wie staatliche Regulierung, Integration usw.

Natürlich werden diese aktuellen Bezüge nicht in allen Beiträgen expliziert, auch werden sie nicht alle gleichermaßen anerkannt, und es werden auch nicht die gleichen Konsequenzen gezogen, ja häufig unterliegen sie nicht einmal implizit den Intentionen der Verfasser. Das ist nicht nur der Tatsache geschuldet, daß beim einzelnen Forscher außer den eben genannten, zum Teil akzentuiert antikommunistischen Motivationen auch andere vorliegen können (und auch vorliegen), sondern ebenso dem Umstand, daß die Lösung des "Problems für uns" die Analyse des "Problems an sich" voraussetzt, in der selbstredend die Gegenwart erst einmal zurücktreten muß und in den Untersuchungen, die im "rein Historischen" verbleiben, auch nicht mehr explizit erscheint. Das bedeutet jedoch nicht, wie im einzelnen noch zu belegen sein wird, daß in den "rein historischen" Abhandlungen die unausgesprochene Gegenwart überhaupt keine Rolle spielt, der Verfasser sozusagen im "luftleeren Raum" geschrieben hat.

Das ideologische Fundament der vorliegenden Arbeiten kann nicht schlechthin als ein bürgerliches charakterisiert werden - das ist eine Binsenwahrheit, eine notwendige, aber für deren Verständnis hinreichende Bestimmung. Vielmehr wird in den meisten eine "Industrialisierungs"-Konzeption vorgelegt, die auf der "Theorie der Industriegesellschaft" basiert. Danach hätten wir drei Phasen in der Menschheitsgeschichte zu unterscheiden: die vorindustrielle (auch primäre,

agrarisches, traditionelle), die industrielle (auch sekundäre, moderne) und die nachindustrielle (auch tertiäre, automatisierte, neomodern) Gesellschaft.³ Einer ihrer Verfechter war so begeistert von seiner Variante, daß er sie recht deutlich als "nicht-kommunistisches Manifest" und "eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie" bezeichnete.⁴ Die Weltgeschichte wird also - bestenfalls - nach Produktionsmethoden untergliedert, so daß prinzipiell die ökonomischen Probleme im Kapitalismus, im Sozialismus und in sich industrialisierenden Entwicklungsländern und vor allem die rationellen Wege zu deren Lösung wesentlich gleichartig sind, damit im Quantitativen verbleibende Vergleiche zulassen und die qualitativen Unterschiede entweder auf nicht- bzw. außerökonomische Faktoren oder auf das unterschiedliche quantitative Niveau zurückgeführt werden können.

So definiert Kuznets Industrialisierung als "die ununterbrochene Steigerung des Anteils des industriellen Sektors am Sozialprodukt bzw. an der Beschäftigtenzahl und dem genutzten materiellen Kapitalstock. ... Im großen und ganzen besteht - so betrachtet - die Industrialisierung in einem Wachsen des Anteils der neuen Industrien. Die ersten dieser Art wurden durch die Industrielle Revolution in England in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eingeführt..." (Wirtschaft, S. 17)

Von hier aus ist es nicht schwer, zu einer völlig technokratischen Definition der Industriellen Revolution vorzustoßen, die bei Landes folgende Gestalt annimmt: "Erstens traten ... Maschinen an die Stelle menschlicher Geschicklichkeit und Kraft. Zweitens wurden ... die lebenden durch unbelebte Kraftquellen ersetzt. ... Drittens wurden in großer Zahl bisher unbekannt Rohstoffe und insbesondere mineralische Substanzen anstelle der pflanzlichen und tierischen verwendet. Diese Verbesserungen stellen die industrielle Revolution dar" (Landes, S. 52). Dabei ist anzumerken, daß Landes' Definition sich vorteilhaft von der Cipollas abhebt, nach der Industrielle Revolution "im wesentlichen ... der Entwicklungsprozeß" ist, "der es dem Menschen ermöglichte, neue Energiequellen nutzbar zu machen" (Cipolla, S. 12 f.).

Borchardt verzichtete im Grunde auf eine Definition, gebraucht auch die Begriffe Industrielle Revolution und Industrialisierung nebeneinander (vgl. schon den ersten Absatz seines Essays) und wird vollends undurchsichtig, wenn er ebendort meint, daß "feudale Gesellschaftsstrukturen" (in Anführungsstrichen bei Borchardt!) im Deutschland des 19. Jahrhunderts "nur langsam abgebaut wurden" (S. 22). Die Entwicklung des "Sozialprodukts" in Deutschland von 1850 bis 1913 betrachtend, sieht er "eine im wesentlichen stetige Entwicklung" und folgert: "Kein Zeitpunkt vor 1913 wäre geeignet, um mit ihm die Industrielle Revolution in Deutschland als abgeschlossen zu betrachten" (S. 23). 1914 aber brach der erste Weltkrieg aus, der quantitative Bruch ist außerökonomisch determiniert, während der tatsächlich vorhandene qualitative Sprung beim Übergang zum Imperialismus als unwesentliche Störung gesehen wird - "stetige Entwicklung, sieht man von den Jahren 1873 - 1882 ab" (S. 23) -, ja, eine derartige Charakterisierung wie "Um 1880 begann Deutschlands Weg zum 'Neomerkantilismus' ,

3 Vgl. die Übersicht bei Flierl, Bruno, Industriegesellschaftstheorie im Städtebau, Berlin 1973, S. 85 = Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, Bd. 34.

4 Rostow, Walt W., The Stages of Economic Growth. A Non-Communist Manifesto, Cambridge 1960. - Der Untertitel der deutschen Übersetzung (Göttingen 1963) lautet: Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie.

zum 'Staatssozialismus' und - in Verbindung mit den Kolonialerwerbungen - zum 'Imperialismus'" (S. 113), zeugt von einem völligen Unverständnis, ist allerdings in dieser Ausprägtheit in den bis 1870 reichenden Passagen des Buches auch nicht zu finden. Borchardts Essay gibt eine im ganzen für den wirtschafts-historisch Interessierten taugliche Einführung in die deutsche Industriegeschichte von 1800 bis 1914, ohne eine einzige Quellenangabe, mit einer kurzen kommentierenden Bibliographie, die auch die marxistische Literatur berücksichtigt und für die Jahre bis 1870 das Lehrbuch von Hans Mottek empfiehlt. Der Leser bekommt eine Ahnung von der Gesamtproblematik und ihrer Bedeutung, aber auch nicht mehr.

Gleiches trifft auch auf den einführenden Aufsatz von Cipolla zu. Während aber Borchardt - wenn auch widerwillig und die Ursachen falsch sehend - eine Senkung der Reallöhne für die Jahre der Industriellen Revolution zugeben muß (S. 59 f., basierend auf dem "freilich recht einseitig konzipierte(n) Werk" - so charakterisiert auf S. 118 - von J. Kuczynski), will⁵ Cipolla beweisen: "... die Zahlen steigen stets mit der Industriellen Revolution...", "in einem industrialisierten Land gibt es keinen Hunger mehr..." (S. 16) Aber im Grunde steht er den von der "Industrialisierung" aufgeworfenen Problemen recht hilflos gegenüber und ahnt das auch. Er beschließt seine Ausführungen so: "Alle sind überrumpelt worden. Es ist die Geschichte des 'Zauberlehrlings', über die man lachen könnte, wenn sie nicht so tragisch wäre" (S. 21).

Eine Arbeit ganz anderer Art ist das Taschenbuch von Henning, das von ihm selbst als wirtschafts- und sozialgeschichtliches Lehrbuch bezeichnet wird (S. 12). Damit ist zugleich gesagt, daß wir weniger neue Forschungsergebnisse als vielmehr eine komprimierte Darstellung der deutschen Wirtschaftsgeschichte von 1800 bis 1914 zu erwarten haben (je ein Band bis 1800 und ab 1914 sollen das Werk komplettieren), die "einem breiteren Leserkreis die Industrialisierungsgeschichte Deutschlands erschließen" soll (S. 13). Allein, bereits an "Einführung und Überblick" wird der wirtschafts- und sozialgeschichtlich Ungeschulte scheitern, da sie schon ein hohes Maß von Sachkenntnis voraussetzen. Das resultiert vor allem daraus, daß in ihnen nicht so sehr der Kernprozeß, das Wesen der - wie auch immer verstandenen - "Industrialisierung" dargestellt wird, sondern vielmehr unter Zuhilfenahme des Fourastiéschen Dreisektorenmodells die in den folgenden Kapiteln ohnehin schon sehr gerafft erfolgende Darstellung noch einmal verdichtet wird, so daß sie im ganzen unverständlich bleiben muß. Aber auch in den nachfolgenden Kapiteln - Aufbruch zur Industrialisierung (1780/1800 - 1835), erste Industrialisierungsphase (1835 - 1873), Ausbau der Industrie (1873 - 1914) - ist der Text derart kurz und knapp, teilweise telegrammstilhaft gehalten, daß der innere Zusammenhang der Entwicklung dem Leser nicht deutlich wird. So kann eine neunseitige Darstellung des öffentlichen Finanzwesens (S. 102 - 104, 182 - 184, 261 - 265) nicht mehr als eine Zusammenstellung der wichtigsten Fakten bringen, ohne auch nur die wesentlichsten Querverbindungen (Ursachen, Wirkungen, Wechselwirkungen, von Gesetzmäßigkeiten ganz zu schweigen) aufzuzeigen. Eine Behandlung der "konjunkturellen Schwankungen" auf zwei Seiten (!) muß unbefriedigend bleiben. Bemerkenswert ist, daß Henning sich bei der Wahl der Periodisierung auf die Ansichten Motteks konzentriert und hier die Einheit

5 Der Übersetzer hat Cipolla allerdings einen Streich gespielt: "... die Lebenshaltungskosten schlucken nicht mehr als ein Viertel der durchschnittlichen Ausgaben. Ganz gleich, welchen Index man aufstellt, die Zahlen (für die Lebenshaltungskosten - Th. K.) steigen stets mit der Industriellen Revolution ..."; nun ja: "traditore - traduttore", oder "Der Übersetzer bringt es an den Tag"

von technischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen darstellt (S. 112 ff.), eine Einsicht, von der man sich wünschen würde, daß sie auch in anderen Teilen des Buches stärker wirksam wäre. So scheinen mir die Abschnitte "Die soziale Lage" (S. 105 ff.), "Die sozialen Verhältnisse" (S. 192 ff.) und "Die soziale Frage" (S. 265 ff.) mit insgesamt 22 Seiten Umfang entschieden zu kurz geraten zu sein. Wenn für die Jahre nach 1873 als "die wichtigsten Probleme" die Gründerkrise, der Übergang zur Zollpolitik, die Sozialschutzpolitik und die Etablierung von "Interessengruppierungen" gesehen werden (S. 203), hingegen die ganze Problematik des Übergangs zum Imperialismus fast vollständig übersehen wird - Henning spricht sogar an einer Stelle vom "Schlagwort Imperialismus" (S. 261) - dann werden hier entscheidende Teile der deutschen Wirtschaftsgeschichte nach 1873 nicht behandelt. Die beiden ersten Kapitel bis 1873 sind ein wirklich nützliches Kompendium für den Wirtschaftshistoriker, der nicht mit dem speziellen Gegenstand befaßt ist, aber für ein bestimmtes Problem dieser Zeit eine kurze Vergegenwärtigung benötigt. Die intensive Verwendung von Graphiken, Tabellen und Schemata erhöht den Nutzen des Kompendiums, ebenso das Sachregister (einschließlich Begriffserklärungen). Quellenbelege im Text fehlen leider völlig. Im Anhang gibt Henning weiterhin eine durchaus nützliche kommentierende Bibliographie, an der der relativ hohe Anteil marxistischer Literatur auffällt. Henning ist übrigens auch der einzige, der Lenins Theorie des preußischen Weges einer Erwähnung würdig findet.⁶ Für den "breiteren Leserkreis" wäre es noch dienlicher gewesen, wenn Henning sein Verständnis des Marxismus nicht in einer kommentarlosen Wiedergabe der "Meinung der Marxisten" erschöpft hätte (vgl. S. 15, 35, 50, 113 f. u. a.). Allerdings ragt Henning schon damit aus der Masse der Wirtschaftshistoriker heraus, für die die die nicht nur des Anmerkens, sondern auch des Zitierens würdige Forschung am "Eisernen Vorhang" aufhört. Insgesamt ein über weite Strecken nützliches Kompendium, das als Lehrbuch und Einführung wohl zu komprimiert geschrieben und zu schwer verständlich ist.⁷

Ein Buch ganz anderen Gewichts hat Landes veröffentlicht. Zu drei Fünfteln schon in der "Cambridge Economic History of Europe" (Bd. 6/1) veröffentlicht, ist es in stark erweiterter und überarbeiteter Form inzwischen zu einem Bestseller auf dem englischen Buchmarkt geworden (dritte Auflage 1972) und muß als das Werk zur Geschichte der industriellen Produktivkräfte aus bürgerlicher Sicht betrachtet werden (auch wenn Landes nur Westeuropa behandelt). Hier handelt es sich um eine tiefeschürfende Untersuchung über technologischen Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart, mit einer Vielzahl von materialreichen, in den Kontext eingearbeiteten Spezialstudien. Allein schon der Anmerkungsapparat von fast siebzig Seiten dürfte auf über tausend verschiedene Arbeiten verweisen. Alles in allem ein Werk, an dem kaum ein Historiker, der - gleichgültig unter welchem Aspekt - die Entwicklung des Kapitalismus

6 Der "sogenannte 'deutsche Weg' der Industrialisierung" wird zwar von Borchartd erwähnt (Wirtschaft, S. 223), jedoch geht diese Begriffsverwendung wohl eher auf die früher von J. Kuczynski gebrauchte Charakterisierung eines "preußischen Weges" der Industriellen Revolution zurück (vgl. Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 23: Darstellung der Lage der Arbeiter in England 1760 bis 1832, Berlin 1964, S. 15 f.).

7 Wobei hinzugefügt werden muß, daß die einzige marxistische Kurzdarstellung der deutschen Wirtschaftsgeschichte aus dem Jahre 1946 datiert: Kuczynski, Jürgen, Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1800 bis 1946, 16 Vorlesungen, 2. durchges. u. erw. Aufl., Berlin/Leipzig 1947.

in Westeuropa analysieren will, wird vorbeigehen können. Landes' Untersuchung, ursprünglich auf die Periode der Industriellen Revolution in Westeuropa bis 1870 (Kapitel 2 bis 4) beschränkt, dann für den Ort ihrer Erstveröffentlichung bis 1914 erweitert (Kapitel 5) und als selbständige Publikation bis zur Gegenwart fortgeführt (Kapitel 6 und 7), soll - nach den Plänen des Verfassers - in ihrer geographischen Perspektive auf ganz Europa (ausschließlich Osteuropa) erweitert werden (vgl. Landes, S. 12). Angesichts der steigenden Bedeutung vergleichender Analysen wird man auch dieser Veröffentlichung mit großem Interesse entgegensehen dürfen. Andererseits regt dieses Vorhaben zu einer akzentuiert kritischen Betrachtung des vorliegenden Bandes an.

Das Buch von Landes ist einer den Kern der Angelegenheit erfassenden Kritik sehr schwer zugänglich. Wenn wir oben Landes ob seiner technokratischen Definition der Industriellen Revolution kritisieren, so müssen wir jetzt hinzufügen, daß er am Schluß desselben Kapitels, 63 Seiten später, ganz "selbstverständlich" bemerkt: "Maschinen und neue Techniken allein bildeten noch nicht die industrielle Revolution. ... Insbesondere bedeutet dieser Begriff die Zusammenfassung großer Zahlen von Arbeitern an einem Ort, die unter Aufsicht und gemäß einer bestimmten Arbeitsdisziplin ihre Aufgaben erfüllen, kurz gesagt: das Fabrikssystem" (S. 115).

Für das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts, die Zeit des Übergangs zum Imperialismus - den Landes aber, analog zu vielen anderen, lediglich als Kolonialpolitik versteht -, verwendet er "die bildhafte Formulierung Phelps-Browns vom 'Klimakterium'" (S. 234), um im gleichen Atemzug festzustellen: "Das Klimakterium am Ende des 19. Jahrhunderts war so zwar nicht das erste, aber auch nicht das letzte seiner Art" (S. 235), verweisend auf "eine ähnliche Krise", die "Großbritanniens Durchbruch zu einer modernen Industrieordnung begleitet" hatte (S. 234) - gemeint ist wohl die Krise von 1825, mit der der Kapitalismus aus seinem "Kindesalter" heraustrat⁸ - und die Gegenwart, in der "erneut eine Änderung des Lebensstils" stattfindet, "wiederum darauf (beruhend), daß eine neue Gruppe industrieller oder sich in der industriellen Entwicklung befindlicher Nationen, allen voran Sowjetrußland, auf den Plan getreten ist" (S. 235). Nun ist der von Phelps-Brown geprägte Begriff, richtig verstanden, hervorragend geeignet, die Unfruchtbarkeit des Imperialismus zu begreifen, aber wann war schon einmal zu hören, daß eine Frau mehrere Klimakteria durchlebte? Eben deshalb handelt es sich nicht, wie Landes meint, "um die Wachstumsschmerzen in einem Entwicklungsprozeß", sondern um, wie Landes die marxistische Auffassung etwas inkorrekt wiedergibt, "die Abfuhr (? - Th. K.) eines sich im Niedergang und in der Auflösung befindlichen Systems" (S. 234).

"... in einem Entwicklungsprozeß" deutet zugleich darauf hin, daß auch Landes "an Stelle des Wandels die Kontinuität betont", hierin der von ihm als "klassisch" bezeichneten Wirtschaftsgeschichte Englands von Clapham folgend (S. 118).

Andererseits ahnt auch Landes, daß die Schwierigkeiten bei der gegenwärtigen "Änderung des Lebensstils ... wegen der fundamentalen Unterschiede der gesellschaftlichen Strukturen und Organisation viel schwerer zu lösen" sind, und deshalb wendet er sich nach "diesem kurzen Hinweis auf eine ungemütliche Gegenwart ... mit einem gewissen Gefühl der Erleichterung der Aufgabe zu, die Einzelheiten der Geschichte der Technologie zu beschreiben" (S. 235). Von einem solchen Standpunkt aus jedoch kann Landes seine Aufgabe - "Analyse der bestimmten Faktoren, des Verlaufs und der ökonomischen Konsequenzen des technologischen

⁸ Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 12.

Wandels" (S. 369) - nur in wesentlich beschränktem Maße lösen. Man kann sich auch in dieser Frage nicht - um Klenners Charakterisierung der "Reinen Rechtslehre" zu gebrauchen - "Spezialgelehrsamkeit durch Generalunwissenheit erkau- fen."⁹

Das hindert Landes natürlich nicht daran, eine Fülle interessanter Probleme und auch Problemlösungen zu liefern, auf die hier nicht näher eingegangen sei. Das Verhältnis von Spezialgelehrsamkeit und Generalunwissenheit kann durchaus im Sinne Lenins spezifiziert werden, daß "man keinem einzigen Professor der Politischen Ökonomie, der imstande ist, auf dem Gebiet spezieller Tatsachenfor- schung die wertvollsten Arbeiten zu liefern, auch nur ein einziges Wort glauben darf, sobald er auf die allgemeine Theorie der politischen Ökonomie zu sprechen kommt."¹⁰

Gleiches von Fischers Arbeiten zu behaupten, hieße Landes Unrecht tun. Beginnen wir mit Fischers Betrachtungen zur Rolle des Staates: "Es gehört ja zu den Klischees vom Liberalismus des 19. Jahrhunderts, besonders in seiner man- chesterlichen Form, daß er auf jede positive Regelung des Wirtschaftslebens ver- zichten und den Staat in eine 'Nachwächterrolle' habe zurückdrängen wollen" (S. 140). Nun wissen wir vom "Vater" der ökonomischen Theorie des Liberalis- mus, daß er vorsichtig genug war, sehr allgemein zu formulieren, der Staat habe "die Pflicht, gewisse öffentliche Werke und Anstalten zu errichten und zu unter- halten, deren Errichtung und Unterhaltung niemals in dem Interesse eines Privat- mannes oder einer kleinen Zahl von Privatleuten liegen kann, weil der Profit dar- aus niemals einem Privatmanne oder einer kleinen Zahl von Privatleuten die Aus- lagen ersetzen würde, obgleich er in einer großen Gesellschaft oft mehr als die Auslagen ersetzen würde"¹¹, und zu denen er die Einrichtungen des Verkehrswe- sens und der Infrastruktur sowie der Erziehung zählte. Wenn also Fischer den staatlichen Eisenbahnbau (S. 76), den Chausseebau (S. 68 f.), die Verstaatlichung der Eisenbahn (S. 65, 68 f.) und die Rheinregulierung (S. 76) faktisch als anti- liberal oder gar unter dem Titel "Planerische Gesichtspunkte bei der Industriali- sierung..." abhandelt, so ist das durchaus eine Verdrehung der Tatsachen. Da- bei soll nicht bestritten werden, daß die anti- oder nichtliberalen Elemente in Deutschland wesentlich stärker wirksam blieben (und nicht wurden) als etwa in England und damit die gebliebenen Momente einen besseren Ausgangspunkt für den Übergang zur antiliberalen imperialistischen Wirtschaftspolitik des Staates in der Folgezeit bildeten. Aber Fischer geht es ja eben nicht um die Klarlegung dies er Kontinuität. Das hinter dem Interesse Fischers an der Rolle des Staates in der Industriellen Revolution - und seiner faktischen Aufwertung - stehende ide- ologische Moment wird deutlich sichtbar bei seiner Betrachtung der preußischen Bergrechtsreform 1851/1865, die es wie "keine andere Gewerbeordnung ... ver- mocht" hat, "ein freiheitliches Prinzip der Wirtschaftsgestaltung mit verantwor- tungsbewußten sozialpolitischen Handlungsvorschriften zu verbinden" und so "die durch Bevölkerungsdruck, soziale Emanzipation und wirtschaftliches Wachstum entstandenen gesellschaftlichen Zerrungen zu einer neuen Ordnung hinzuführen, ohne dabei entweder in ein unproduktives Zurückdämmen sich entfaltender Kräfte

9 Klenner, Hermann, Rechtsleere. Verurteilung der Reinen Rechtslehre, Berlin 1972, S. 30 = Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, Bd. 14.

10 Lenin, W. I., Materialismus und Empirio-kritizismus, in: Werke, Bd. 14, Ber- lin 1962, S. 34.

11 Smith, Adam, Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes, Bd. 2, Jena 1923, S. 556.

oder in ein resignierendes Laissez-faire zu verfallen" (S. 147). Damit ist die Auffassung, der Staat hätte im vormonopolistischen Kapitalismus "die wirtschaftliche Entwicklung sich selbst überlassen", in dem Sinne negiert (S. 60), daß eine kontinuierliche Weiterentwicklung der staatlichen Regulierungstätigkeit von der preußischen Bergrechtsreform zur Stabilitätsgesetzgebung in der BRD postuliert wird, ein wesentlicher Unterschied zwischen vormonopolistischem und staatsmonopolistischem Kapitalismus nicht besteht.

Noch viel offensichtlicher wird die Apologetik Fischers bei der Behandlung der Lage der Arbeiter, auf die schon eingangs hingewiesen wurde. Das beginnt schon damit, daß die Marxsche Auffassung von der zunehmenden Polarisierung der Klassenverhältnisse im Kapitalismus mit einem Erscheinungsbild des Proletariats als einer "graue(n), einförmige(n) Masse" identifiziert wird (S. 266; vgl. auch S. 24, 283, 513). Damit wird Marx zum kleinbürgerlich-romantisierenden Kapitalismus-Kritiker abgestempelt (auch S. 232). Einmal diese Behauptung aufgestellt, sollte es nicht schwerfallen, diese anhand von Lohnunterschieden und "sozialen Statussymbolen" zu "widerlegen", aber Fischer bringt damit nicht nur sein völliges Unverständnis der marxistischen Gesellschaftstheorie gegenüber zum Ausdruck, er kann selbst den nach seinen Vorstellungen zurechtgezimmerter "Marxismus" nicht zu Fall bringen. So liefert uns Fischer Lorenzkurven zur Lohnverteilung in deutschen Industriebetrieben, denen wir entnehmen können, daß sie 1844/45 in der Gußstahlfabrik Krupp genauso aussahen wie 1956/57 in der BRD, daß sie in der Kratzenfabrik Risler 1848 einerseits viel ungünstiger als bei Krupp waren, andererseits dieselbe Gestalt wie 1784 in der Kattundruckerei Pflugbeil hatten (S. 282). Die Kurven sind nicht aussagefähig - sie sagen nur, daß Fischer das Problem nicht einmal vom faktologischen her in den Griff bekommen hat, es ist eben keine Nivellierung in der Einkommensstruktur (so behauptet S. 255) erfolgt. Angesichts der 600 000-Mark-Bezüge des Daimler-Benz-Vorstandes wäre dies auch zuviel verlangt vom Kapitalismus.

Fischer hat als Handwerk-Historiker begonnen, und was er in den letzten zwanzig Jahren an Einzelstudien veröffentlicht hat, ist hier zu einer Betrachtung des deutschen Handwerks von 1800 bis zur Gegenwart geworden. Das, was im einzelnen Artikel vielleicht noch fragwürdig im besseren Sinne - des Fragens und also des Überdenkens würdig - aufgefaßt werden konnte, liest sich nun so: "... daß über ein Jahrhundert stürmischer industrieller Entwicklung hinweg das Handwerk sich auf diesem hohen Anteil behauptet, ja sogar noch steigert" (aus der Betrachtung um 1800 - S. 300). "Sicher ist, daß das Handwerk seine Stellung ... halten, ja ausbauen konnte ..." (1800 bis 1850 - S. 333). "... daß die Kapitalbildung des Kleingewerbes keineswegs hinter der durchschnittlichen Wachstumsrate der Gesamtwirtschaft zurückgeblieben ist, ja ... möglicherweise sogar überdurchschnittliche Wachstumsraten zu verzeichnen hatte" (1850 bis 1914 - S. 347); "... daß das Handwerk in Deutschland sich im 20. Jahrhundert behauptet hat und allem Anschein nach weiter behaupten wird..." (S. 356 f.) Weder wird eine genaue Charakterisierung dessen gegeben, was Handwerk ist, noch zwischen Güterproduktion und Dienstleistungen - etwa die Differenz zwischen Schuhmacher und Flickschuster - unterschieden, dagegen ohne Beweis unterstellt, daß Schrumpfung und Wachstum der "neuen" und "alten" Handwerke sich "in den Frühphasen der Industrialisierung ... etwa die Waage halten" (S. 327), womit natürlich ein Gutteil des Beweises in die Voraussetzung aufgenommen ist, usw. usw. Sicher finden wir recht interessante Beobachtungen - wie überhaupt aus der Tatsache, daß der maschinellen Produktion von Maschinen eine handwerksmäßige voranging, eine durchaus differenziertere Behandlung des Handwerks als häufig üblich folgen müßte -, aber das Ganze verlohnt nicht einer eingehenderen Kritik.

Das ganze Buch ist nicht - wie die vordem behandelten - einfach von bürgerlichem,

sondern von schlechthin imperialistischem Geist durchzogen, wobei Antimarxismus und Antikommunismus zuweilen bis zur Penetranz vorgetragen werden (vgl. S. 221, 259, 282, 407, 512 f. u. a.). Beschließen wir daher unser Urteil mit Fischers ideologisch-idyllischer Betrachtung von "Handwerk und Industrie im Markgräflerland": "Die Gewerbegeschichte des Markgräflerlandes ... zeigt auch, daß, wenn diese politischen Grenzen nicht zu weltanschaulichen Barrieren ausgebaut werden, spezifische wirtschaftliche Probleme eines Grenzlandes nicht aufzutreten brauchen, wie sie früher an anderen Grenzen des Deutschen Reiches und heute an der Zonengrenze so ins Auge fallen. Das Markgräflerland ist in dieser Beziehung besonders glücklich gewesen, und es mag sein, daß der nüchterne und zugleich lebensfrohe Charakter der Alemannen ... zu ihrer vergleichsweise glücklichen Geschichte beigetragen hat" (S. 407).

Das der Verlag mit Fischer eine Serie "Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft" eröffnet, kann allenfalls so gedeutet werden, beim Lesen "das Interesse an Kritik nicht zu einer Kritik an Interessen werden zu lassen."¹²

Fischer ist auch einer der Herausgeber der Sammelbände zur Geschichte der Industriellen Revolution. Daher kann es auch nicht verwundern, daß in beiden Bänden kein einziger der drei marxistischen Wirtschaftshistoriker - J. Purš, H. Mottek oder J. Kuczynski - die zur Theorie der Industriellen Revolution publiziert haben, zu Worte kommt, auch wenn sie (und einige andere) - der "wissenschaftlichen Objektivität" wegen - in den recht ausführlichen Bibliographien aufgeführt werden. Die von den Herausgebern vorgenommene Gliederung mutet zumindest eigenartig an: "Die Unternehmer als Träger der wirtschaftlichen Dynamik" (!) werden im Band "Wirtschaftliche Aspekte" abgehandelt, während das Proletariat gar nicht oder nur unter dem Titel "Die Qualifizierung der Arbeitskraft" und obendrein im Teil Gesellschaft analysiert wird, die Rolle des Staates wird wiederum der "Wirtschaft" zugeordnet und die natürliche Bevölkerungsbewegung der "Gesellschaft". Inmitten dieses kunterbunten Durcheinanders finden wir Aufsätze unterschiedlichster Qualität.

Als Auftakt referiert Kuznets "Die wirtschaftlichen Vorbedingungen der Industrialisierung", die er - seiner oben zitierten Definition von Industrialisierung folgend - so ahistorisch und abstrakt-allgemein wie möglich faßt: "1. ein Mindestmaß an Effizienz in einigen wesentlichen nichtindustriellen Sektoren der Wirtschaft, 2. ein der Industrie angemessenes Angebot an Arbeitskräften und Kapital, 3. eine ausreichende Nachfrage nach Industrieprodukten, 4. ein Angebot an Unternehmertalenten..." (Wirtschaft, S. 19 f., auch S. 30) Die erste ist, so allgemein gesetzt, in Gestalt eines stabilen Mehrprodukts Voraussetzung jeglicher aus der Urgemeinschaft erwachsenen menschlichen Gesellschaft; die zweite ist durchaus richtig gesehen; die dritte hebt auf ein wie der Geist Gottes über den Wassern schwebendes Wertesystem ab, denn "es kommt dann letzten Endes auf die Präferenzskala an, d. h., ob die Bevölkerung eines Landes gewillt ist, ihre Kaufkraft für den Erwerb moderner Industrieprodukte einzusetzen und damit fortlaufende und regelmäßige Investitionen in die Industrie zu rechtfertigen" (Wirtschaft, S. 26); die vierte schließlich setzt den kapitalistischen Menschen als natürlichen Menschen voraus, denn Kuznets will "mit Schumpeter an die Schlüsselstellung des innovationsfreudigen Unternehmers glauben" (Wirtschaft, S. 29).

Generell fällt die beständige Betonung der Rolle von Wertesystemen, Motivationen, Ideologien, Mentalitäten usw. auf (vgl. das Für und Wider in: Wirtschaft, S. 24, 26 f., 29, 41, 47 f., 52 f., 75 f., 87 ff., 92, 106, 108 ff., 168 f., 173, 177 ff.,

¹² Klenner, Hermann, Rechtsleere, a. a. O., S. 56.

220 ff., 243, 291, sowie die Aufsätze von Lüthy, Ayal und Geertz über "Sozio-kulturelle Antriebskräfte und Hemmungsfaktoren" in: Gesellschaft, S. 18 ff., 37 ff., 54 ff.), die bis zu solchen Fragestellungen wie, ob nicht "die eigentlich treibende Kraft für die Industrielle Revolution ... letzten Endes in der europäischen Zivilisation und ihrer langen Geschichte" liege (Hartwell in: Wirtschaft, S. 42), führt.

Ein Gesamturteil über die Sammelbände fällt schwer. Herausragend sind jedenfalls die Analysen zur Kapitalbildung von Crouzet, Borchardt, Ranis und Berrill (Wirtschaft, S. 165 - 268). Ohne wirklich Neues zu offerieren, bestechen die Analysen von Hartwell über die Ursachen (Wirtschaft, S. 35 ff.) und die sozialen Folgen der Industriellen Revolution (Gesellschaft, S. 271 ff.) durch enorme Sach- und Literaturkenntnis, sind in diesem Sinne wirklich gelungene Einführungen in das Thema aus bürgerlicher Sicht. Solide Handwerksarbeit stellen die Aufsätze von Boserup, Court, Phyllis Deane und Mitchell über "Führende Sektoren im Industrialisierungsprozeß" dar, solide Handwerksarbeit, ohne den Leser sonderlich zu beeindrucken. Durchaus zum Weiterdenken anregend sind die Aufsätze von Mathias über Naturwissenschaft und technischen Wandel von 1600 bis 1800 (Wirtschaft, S. 121 ff.) und von Pollard über Bildung und Ausbildung der industriellen Klassen Britanniens im 18. Jahrhundert (Gesellschaft, S. 147 ff.), wobei gerade hier sich die Sinnwidrigkeit der von den Herausgebern vorgenommenen Gliederung zeigt, sollte doch der Leser diese beiden Aufsätze im Zusammenhang lesen. Wenn diese Aufsätze als anregend bezeichnet werden, dann vor allem deshalb, weil sie auf engstem Raume die Bedeutung des Problems vortragen, ohne es etwa wirklich erschöpfend zu behandeln. Das sollte aber wohl auch nicht der Sinn der vorliegenden Aufsatzsammlung sein. Ebenso müssen die Aufsätze von Checkland über die Lebensbedingungen in den Städten (Gesellschaft, S. 259 ff.) und Habakkuk über den Zusammenhang von Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung im späten 18. Jahrhundert betrachtet werden, Letzterer verzichtet - das Vorläufige wie Zusammenfassende seines Essays unterstreichend - auf jede Literaturangabe und bietet damit nicht mehr als eine begründete Meinung an, was angesichts der sonst sehr tiefotenden Veröffentlichungen Habakkuks etwas enttäuschend wirken muß.

Köllmanns Studie zur Verstärkung in Deutschland (1850 bis 1914) wie auch Teutebergs Aufsatz zum Wandel der deutschen Volksernährung (Gesellschaft, S. 243 ff., 321 ff.) bleiben wohl zu sehr in der Welt der Erscheinungen, um mehr als einfache Widerspiegelung historischer Fakten zu sein. Demgegenüber wird die Arbeit von Kocka über Management und Angestellte bei Siemens in der Periode der Industriellen Revolution (Gesellschaft, S. 162 ff.) als Fallstudie sicherlich nicht verallgemeinert werden können, andererseits aber in ihrer Detailliertheit und Schlüssigkeit durchaus zu neuen und umfassenderen Forschungen anregen, die für Deutschland bislang kaum vorhanden sind, wobei insbesondere die Analyse der sozialökonomischen Bestimmungsgründe der bourgeoisen Angestelltenpolitik und die durchaus richtige Sicht des Patriarchalismus (im Gegensatz etwa zu Landes, S. 184 f.) hervorzuheben ist.

Die Arbeiten von Ayal, Geertz, J. C. Mitchell und Y. A. Sayigh behandeln Probleme der Industrialisierung in Entwicklungsländern auf der Basis des "europäischen Modells", ohne den grundlegenden Unterschied in den Produktionsverhältnissen zu begreifen. Der einzige, der "Industrialisierung" nicht als "Übergang zum 'Industrialismus' schlechthin, sondern zum Industriekapitalismus" begreift und es als "suspekt" bezeichnet, "einfache Modelle für einen singulären, angeblich neutralen, technologisch determinierten Prozeß, die 'Industrialisierung', anzubieten", da "eine solche Definition ... Tür und Tor für endlose falsche Analogien zwischen Gesellschaftssystemen auf sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstufen" öffnet, ist Thompson (Gesellschaft, S. 92). Allerdings,

Thompson ist Marxist ... Demzufolge besticht seine materialreiche Analyse zu einem häufig vernachlässigten Thema (Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus) vor allem durch die Darstellung der Logik der Geschichte. Ganz im Gegensatz hierzu steht Rimlingers Studie über Sozialpolitik und wirtschaftliche Entwicklung, die lediglich ob der Darlegung einiger frühkapitalistischer Argumentationen für die Existenz des Pauperismus lesenswert ist, während das eigentliche Thema (unter Einschluß der Sowjetunion, von der der Verfasser nicht sonderlich viel verstanden hat) ganz im Stile der Industriegesellschaftstheorie abgehandelt wird.

Die Aufsätze zur Rolle des Staates entsprechen ganz der Linie Fischers. Seine Argumente - wie auch die von Phyllis Deane - wurden schon oben behandelt. Die von letzterer zustimmend zitierte Feststellung Macdonaghs "Es steht jetzt zweifelsfrei fest, daß der Aktivität des Staates weniger durch Individualismus, Vertrag, Freihandel oder irgendeine andere Idee Grenzen gesetzt waren als durch Personalknappheit und beschränkte Mittel der Exekutive" (Wirtschaft, S. 285), mutet wie ein schlechter Witz an.

Daß im Teil "Lebensstandard und Ernährung" (Gesellschaft, S. 269 ff.) nur die "Optimisten" zu Wort kommen, kann angesichts von Fischers Federführung nicht verwundern.

Wollen wir anhand der sechs hier zu rezensierenden Bücher ein Gesamturteil über die neueren bürgerlichen Forschungen zur Geschichte der Industriellen Revolution fällen, so finden wir - neben vielem vom Thema Wegführenden - manches Anregende und auf Lücken in der eigenen Forschung Verweisende, einiges Konstruktive und wenig Bedeutendes. Mag die Industrielle Revolution, einem Wort des frühen Clapham zufolge, einer Orange gleichen, aus der auch heute noch viel Saft zu holen ist¹³ - mit der vorhandenen Technik wird durch die bürgerliche Forschung nur noch wenig und, wie es scheint, immer weniger davon gewonnen.

13 Auch zitiert von Hartwell in: Wirtschaft, S. 35.

KUPFERPRODUKTION, -MARKT UND -HANDEL EUROPAS IM 15./16. JAHRHUNDERT

Betrachtungen zu

Ekkehard Westermann, Das Eislebener Garkupfer und seine Bedeutung für den europäischen Kupfermarkt 1460 - 1560

Böhlau-Verlag, Köln/Wien 1971, 373 Seiten

von Hans-Heinrich Müller

Kupfer, jenes rotglänzende Schwermetall und unter den Buntmetallen das wichtigste, von den Römern Cuprum, "Erz aus Zypern", genannt, dem die Chemiker deshalb das Zeichen Cu verliehen, jenes weiche und dehnbare, im Periodensystem der chemischen Elemente unter die Ordnungszahl 29 eingereihte, bei 1083 Grad Celsius schmelzende und mit 2350 Grad Celsius den Siedepunkt erreichende Kupfer hat in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft eine höchst bedeutsame Rolle gespielt. Zumeist in Verbindungen abgebaut, deren bekannteste Kupferkies, Bornit, Kupferglanz, Malachit, Azurit und Kupferschiefer sind, wurde es aber auch gediegen gefunden und leicht durch Holzkohlenfeuer aus seinen Erzen erschmolzen. Es war das erste Gebrauchsmetall und verdrängte den Stein als Werkstoff. Historiker bezeichneten daher die Zeit zwischen Jungstein- und Bronzezeit, in der neben dem Stein Kupfer zu Geräten und Schmuck verarbeitet wurde, als Kupferzeit, obwohl sich diese Bezeichnung nicht allgemein durchgesetzt hat. Doch in dieser Kupferzeit leitete die starke Entwicklung der Produktivkräfte die Verfallsperiode der Urgesellschaft ein, und im Vorderen Orient, wo Sumerer und Ägypter schon um 3500 v. u. Z. Kupfer zu schmelzen verstanden, bildeten sich die ersten Staatswesen.¹

Als zufällig Zinn in Kupfer geriet, war die Bronze geboren. Kupfer erlangte jetzt wahrhaft ökonomische Bedeutung. Härter und widerstandsfähiger geworden, zeigte sich Kupfer nunmehr dem Stein überlegen; die bronzenen Produktionsmittel erweiterten beträchtlich den Wirkungskreis des Menschen. Der Name Bronze diente den Archäologen und Historikern zur Etikettierung einer weltgeschichtlichen Epoche, die im Vorderen Orient etwa seit Beginn des 3. Jahrtausends v. u. Z. anzusetzen ist. Es ist die Epoche, in der sich die Klassengesellschaft herauszubilden beginnt, der Übergang von selbstgenügsamer Nahrungserzeugung zu einer Wirtschaftsform vor sich geht, die auf spezialisiertem Handwerk und Handel, auf einer beginnenden einfachen Warenproduktion, beruht; es ist die Epoche, die in Mitteleuropa den Zeitraum von etwa 1800 bis 750 v. u. Z. umfaßt, gekennzeichnet von einer fortschreitenden Zersetzung der Gentilordnung.

¹ Childe, V. Gordon, Der Mensch schafft sich selbst, Dresden 1959, S. 145.

Und in dieser Zeit ging man auch von der Gewinnung an der Oberfläche liegender Erze zum eigentlichen Kupferbergbau über. Damit begann die Geschichte des Bergmannes in Zentraleuropa.²

Das geförderte Kupfer, das man schmelzen, gießen, formen konnte, das geschmiedet, gehämmert, geschlagen wurde, das mit Zinn oder Zink zu legieren war, hat im Verlauf der menschlichen Entwicklung ein bedeutendes Handwerk begründet. Wer kennt nicht die zahlreichen Berufe im Feudalismus, im Zeitalter der Zünfte, die mit dem Namen Kupfer, Bronze oder Messing verknüpft sind, in einem weit größeren Maße, als es das viel wichtigere Eisen vermocht hat: Kupfer-, Rot- und Kesselschmiede, Nadler, Heftleinmacher und Scheibenzieher, Fingerhüter, Gürtler und Rechenpfennigmacher, Leuchten-, Ring- und Rollenmacher, Gewichten-, Waagen- und Zapfenmacher, Bronze-, Glocken-, Stück- und Kanongießer, Messingschaber, Messingbrenner und Spengler, Beckschläger, Beckstämpfer und Beckdreher, Zirkelschmiede, Messingschläger und Kompaßmacher, Flinderleinschläger und Schellenmacher, Drahtzieher, Rotschmiededrehsler und viele andere?³

War Kupfer, rein oder legiert, wichtige Grundlage vieler Handwerker und Zünfte, so lieferten die Kupferschmiede oder Messingschläger anderen Handwerkern und Gewerbetreibenden unentbehrliche Produktionsmittel. Brauer, Brenner oder Salzsieder waren beispielsweise Abnehmer begehrter kupferner Kessel, Kannen und Pfannen.

Kupferne Geräte, im 15. und 16. Jahrhundert von geschickten Handwerkern geformt, waren nicht selten wahre Kunstwerke. Nürnberg insbesondere stellte Kupfer- und Messingwaren europäischen Formats her. Und welchem Antiquitätenliebhaber schlägt nicht das Herz höher, wenn er eine Kupferkanne oder eine Messingschale aus jener Zeit erwerben kann? Aber auch Bronze verwandelte sich unter den Händen geschickter Gießer in kunstvolle Formen. Schon Etrusker und Römer schufen Bronzeplastiken. Die Reiterstatuette Karls des Großen zeugt von einer Bronzekunst im karolingischen Reich; Bronzetüren und bronzene Grabplatten in den Domen zu Hildesheim, Augsburg, Magdeburg oder Merseburg künden von einer Blütezeit der Bronzekunst im 11. und 12. Jahrhundert; Peter Vischer der Ältere und seine Söhne Peter der Jüngere, Hans und Hermann der Jüngere schufen unvergängliche Werke aus Bronze, die von den Ideen und Formen der Renaissance beherrscht sind, während Andreas Schlüters Denkmäler barocke Kunstgesinnung ausstrahlen.⁴

Bronzene Kunstwerke waren gegossene Kunst, in Form gegossenes, erhitztes, flüssiges, mit Zinn vermisches Kupfer. Doch um 1440 verbanden sich Kunst und Kupfer auf neue Weise - im Kupferstich. Kupferplatte und Grabstichel sind das Handwerkszeug des Kupferstechers. Und es sind Künstler, die sich der neuen

2 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1957, S. 34.

3 Vgl. Fleck, Alfred, Beiträge zur Geschichte des Kupfers, insbesondere seiner Gewinnung und Verarbeitung, Jena 1908; Wiest, Ekkehard, Die Entwicklung des Nürnberger Gewerbes zwischen 1648 und 1806, Stuttgart 1968, S. 6 f.; Fries, Walter, Das Nürnberger Kupferschmiedehandwerk, in: Kultur des Handwerks, München 1926, S. 120 ff.; Peltzer, Richard Arthur, Nürnberger Messinggewerbe in alter Zeit, in: ebenda, S. 124 ff.

4 Hamann, Richard, Geschichte der Kunst, Bd. 2: Von der Altchristlichen Zeit bis zur Gegenwart, Berlin 1965, S. 223 ff., 299, 693.

Technik in einem neu heranbrechenden Zeitalter bemächtigen, Künstler, die eine neue, die Herrschaft des Feudalismus bekämpfende Klasse vertreten. Ausdrucksstark sind ihre Kupferstiche und Kupferradierungen. Albrecht Dürer entwickelte die Kunst des Kupferstechens zu höchster Vollendung; das neue Selbstbewußtsein der Bürger blickt uns von den Kupferstichen entgegen, das Leben der Bauern ist auf ihnen zu sehen, der bäuerlichen Klasse, das vordem kaum auf Bildnissen eingefangen wurde; Bilder aus dem Volksleben, Glück und Leiden einfacher Menschen wurden mit dem Stichel auf der Kupferplatte damals und später festgehalten - von Dürer, Beham, Chodowiecki, Goya.

Dann, im Zeichen der Industrialisierung, wird Kupfer zu einem strategischen Rohstoff ersten Ranges, zu einer unentbehrlichen Voraussetzung ganzer Wirtschaftszweige. Leitfähig für Wärme und Elektrizität, fand es außerordentlich starke Verwendung in der Elektroindustrie, einem Industriezweig, der "bereits monopolisiert geboren" wurde.⁵ Groß war ihr Kupferbedarf. Mehr als fünfzig Prozent des gewonnenen Kupfers wurden und werden in der Elektroindustrie verarbeitet; zuweilen, besonders in den beiden Weltkriegen, übertraf der Kupferbedarf die Vorräte an gefördertem Kupfer. Kupfer in Händen von Monopolen, das heißt kontrolliertes Kupfer, Herrschaft über Produktion, Absatz, Preisgestaltung, das heißt Errichtung von Abhängigkeiten, heißt Gewalt über Kupferbergwerke und Druck auf kupferproduzierende Länder im Interesse des Monopolprofits. Wer denkt in diesem Zusammenhang nicht an die chilenische Tragödie, an die verbrecherischen Machenschaften nordamerikanischer Kupfermonopole, an Anaconda und Kennecott, die sich an Chiles Kupfer bereichert hatten, an die übermächtige ITT, jene auf billiges chilenisches Kupfer begierige International Telephone & Telegraph Co., die ihre und des US-Staates Macht einsetzten, um das Chile der Unidad Popular wirtschaftlich und politisch in die Knie zu zwingen, um verlorene Machtpositionen, um enteignete Kupferbetriebe zurückzugewinnen.

Marktbeherrschende Kupfermonopole, Monopole des Imperialismus, wandten Gewalt an, bedienten sich der Gewalt, um die hoffnungsvolle Entwicklung eines Landes zu unterbrechen.

Hoffnungsvolle Entwicklungen wurden 450 Jahre früher auch in Deutschland unterbrochen. Auch hier war ein Monopol am Kampf gegen den gesellschaftlichen Fortschritt beteiligt. Und es ging auch um bedrohte Kupferinteressen. Und Kupfer wurde gegen das Volk eingesetzt. Als sich 1524/25 die Bauern gegen feudale Ausbeutung und Knechtschaft erhoben, als sie die erste große Entscheidungsschlacht gegen den Feudalismus einläuteten, da war Jakob Fugger, der das Weltmonopol an Kupfer besaß, auf der Seite ihrer Feinde, der Fürsten und Feudalherren, zu finden. Jakob Fugger, überragender Vertreter des oberdeutschen Kaufmannskapitals, Repräsentant frühkapitalistischer Monopole, Monopole, die natürlich nicht mit den heutigen gleichzusetzen sind, die jedoch mächtig, einflußreich und marktbeherrschend waren, Jakob Fugger, "Synonym für wucherische Ausbeutung" in ganz Europa und deshalb Ziel heftiger Angriffe bekannter Humanisten und Bauernführer⁶, Besitzer ertragreicher Zinn- und Quecksilbervorkommen, vor allem aber bedeutender Kupfer- und Silberbergwerke in Österreich, Ungarn und Spanien, war nicht nur der eigentliche Finanzminister des Krieges gegen die

⁵ Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 14: Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1962, S. 135.

⁶ Vgl. Norden, Albert, Herrscher ohne Krone, Berlin 1973, S. 111 ff.

Bauern, sondern er lieferte den Fürsten und Feudalherren auch Kriegsmaterial, Kupfer, fast an die tausend Zentner, die in Gestalt unheilbringender Geschütze gegen die Bauern gerichtet wurden.⁷

Von Kupfer und Fugger ist auch in dem Buch von Westermann die Rede, weniger von Fugger als vielmehr von der wirtschaftlichen Bedeutung des Kupfers in der Zeit von Fuggers größter Machtentfaltung.

In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts erlebte der deutsche Bergbau einen beachtlichen Aufschwung. Technische Verbesserungen gingen mit der Herausbildung kapitalistischer Elemente innerhalb der feudalen Produktionsweise einher. "Die deutschen Bergleute waren im fünfzehnten Jahrhundert die geschicktesten der Welt"⁸; der Bergbau war, wie Engels an Kautsky schrieb, "das letzte treibende Moment . . . , das Deutschland 1470 - 1530 ökonomisch an die Spitze Europas stellte und damit zum Mittelpunkt der ersten bürgerlichen Revolution in religiöser Verkleidung, der sogenannten Reformation, machte. Das letzte Moment in dem Sinn, daß es zu der relativ hohen Zunfthandwerks- und Zwischenhandelsentwicklung kam und damit für Deutschland gegenüber Italien, Frankreich, England den Ausschlag gab".⁹ Engels bezog sich bei dieser brieflichen Mitteilung an Kautsky vor allem auf die Gold- und Silberproduktion; letztere lieferte die wichtigsten und notwendigen Tauschmittel der Waren- und Geldwirtschaft, deren Entwicklung und Ausweitung kräftig zunahm und zu einem bemerkenswerten Aufschwung der deutschen Wirtschaft beitrug. Waren Gold- und Silberproduktion "letzte treibende Momente", so gilt das ohne Zweifel auch für die Kupferproduktion, nicht zuletzt deshalb, weil Kupfer und Silber, wie noch zu zeigen ist, gemeinsam gewonnen wurden.

Unter den kupfererzeugenden Revieren war Mansfeld zwar nicht das größte, wohl aber eines der bedeutendsten in Europa; es wurde lediglich von den Tiroler Bergwerken übertroffen. Daher fand der Mansfelder Kupferbergbau, zu dem Eisleben gehört, stets große Aufmerksamkeit der wirtschaftshistorischen und Montanforschung. Für die marxistische Wirtschaftsgeschichte in der DDR war er übrigens einer der ersten größeren Untersuchungsgegenstände. Junge angehende Wissenschaftler erforschten die Lage der Arbeiter, Probleme der Knappschafft, des Arbeitszwanges, der Streikämpfe und wirtschaftliche und politische Praktiken des Mansfeld-Konzerns.¹⁰ Während sich die meisten von ihnen mit dem 19. und 20.

7 Ebenda, S. 140 f.

8 Engels, Friedrich, Der deutsche Bauernkrieg, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 7, Berlin, 1960, S. 331.

9 Engels, Friedrich, Brief an Kautsky v. 15. September 1889, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 37, Berlin 1967, S. 274.

10 Vgl. Jonas, Wolfgang, Das Leben der Mansfeld-Arbeiter 1924 bis 1945, Berlin 1957; Radandt, Hans, Kriegsverbrecher-Konzern Mansfeld. Die Rolle des Mansfeld-Konzerns bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, Berlin 1957; Imig, Werner, Streik bei Mansfeld 1930. Der Streik der Mansfeld-Arbeiter im Jahre 1930 und seine Unterdrückung mit Hilfe des Staatsapparates der Weimarer Republik, Berlin 1958; Robbe, Waltraud, Die Knappschafftessel von Mansfeld. Ein Beitrag zur Geschichte der Lage und des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse in der Zeit von 1850 bis 1900, Berlin 1958; Lärmer, Karl, Vom Arbeitszwang zur Zwangsarbeit. Die Arbeitsordnungen im Mansfelder Kupferschieferbergbau von 1673 bis 1945, Berlin 1961.

Jahrhundert, mit Erscheinungen des Kapitalismus und Faschismus, befaßten, widmete sich Paterna den Klassenkämpfen im 15. und 16. Jahrhundert, in engem Zusammenhang mit ihren ökonomischen und sozialen Ursachen.¹¹ Bei diesen Untersuchungen überwog die qualitative Erfassung der historischen Verhältnisse - verständlicherweise -, denn es kam in jenen Jahren auf die Aufdeckung der feudalen, besonders aber der kapitalistischen Produktionsverhältnisse an, es ging um das auch heute noch gültige Ziel, "solange Geschichte gelebt wird: den künftigen Generationen ein wahrheitsgetreues, ein realistisches Bild von dem zu geben, was Herrschaft des Kapitals, was Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bedeutete".¹²

Dagegen verdient die Arbeit von Westermann in erster Linie auf quantitativer Ebene besondere Beachtung, während sie jene Einsichten in gesellschaftliche Zusammenhänge, wie sie das Buch von Paterna auszeichnen, vermissen läßt. Westermanns Bestreben ist die möglichst genaue Erfassung des europäischen Kupfermarktes und -handels sowie die Darstellung der Entwicklung des Thüringer Seigerhandels, um vor diesem Hintergrund die Bedeutung der Mansfelder Kupferproduktion abheben zu können - und zwar vor allem auf der Grundlage quantitativer Analysen.

Dieser Aufgabe dienten umfangreiche Studien in Archiven der BRD und der DDR. Westermann besuchte Augsburg, Bamberg, Coburg, Frankfurt (Main), Marburg, Nürnberg, München, Dresden, Gotha, Leipzig, Magdeburg, Meiningen, Oranienbaum, Rudolstadt und Weimar. Die Quellen, die er in diesen Archiven fand und gewissenhaft auswertete, die er zusammenstellte und tabellierte, die neue Aufschlüsse vermitteln und bisher Bekanntes in Frage stellen, fügte er zu einem beträchtlichen Teil seinem Buche bei; sie nehmen die knappe Hälfte des Seitenumfanges ein und bilden die wichtigste Voraussetzung seiner Darstellung, seiner Analysen, Thesen und Fragestellungen.

Nach einer kurzen Einleitung über den Stand der Forschung und den Gang der Untersuchung liefert Westermann im ersten Teil seiner Darstellung eine Strukturanalyse des europäischen Kupfermarktes und Kupferhandels von der Mitte des 15. bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts. In ihr sind die Verbraucherzentren ebenso enthalten wie die kupferproduzierenden, die Märkte beliefernden Reviere. In ihr erfährt der Leser von den Marktbewegungen und von der Bedarfsstruktur, von der Nachfrage nach den verschiedensten Kupfersorten und Kupferlegierungen, etwa nach Dachkupfer für die Kirchen und Paläste, nach Kupferplatten für den Schiffsbau, nach Bronze für Glocken und Kanonen, nach Messing für Haushaltsgegenstände, nach Kupfer für die Münzprägestalten. Die Entwicklung der Waffenproduktion sowie koloniale Expansionen, insbesondere die Portugals und Spaniens, waren dabei die Haupttriebkkräfte für die Zunahme des Kupferbedarfs. Produktion und deren Kosten sowie Preise und Standortverteilung des Kupfers werden in zahlreichen Tabellen zusammengefaßt und auf Diagrammen optisch verdeutlicht. Damit erreicht Westermann hohe Anschaulichkeit, und die Entwicklungstendenzen sind leichter erkennbar. Ausführungen über Organisationsformen der Kupferproduktion und des Kupferhandels runden die Darstellung ab.

11 Vgl. Paterna, Erich, Da stunden die Bergleute auff. Die Klassenkämpfe im Mansfeldischen Kupferschieferbergbau von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis 1622 und ihre ökonomischen und sozialen Ursachen, 2 Bde., Berlin 1960.

12 Kuczynski, Jürgen, Geleitwort zu Jonas, Wolfgang, a. a. O.

Thüringer Seigerhütten, Seigerhandel und Seigerhandelsgesellschaften und ihre Beziehungen zum Mansfelder Kupferbergbau bestimmen den zweiten Teil der Untersuchung. Allein schon die Gründungen der Seigerhütten, die Westermann im Anhang eingehend belegt, zeugen von einer beachtlichen Entwicklung der Produktivkräfte im allgemeinen und des Mansfelder Kupferbergbaus im besonderen. Indem Westermann nachweist, daß die Seigerhütten in Schleusingen 1461, Gräfen-
thal und Hohenkirchen 1462, Steinach 1464, Arnstadt 1471, Schwarza 1472, Eis-
feld 1479, Ludwigstadt 1486 und Hasenthal 1488 errichtet wurden oder in den be-
treffenden Jahren schon existierten, berichtigt er die bisherigen Ergebnisse, die
die Gründungsdaten einige Jahrzehnte später ansetzten.¹³ An den Gründungen der
Hütten und am Seigerhandel war in starkem Maße Nürnberger Kapital beteiligt -
Folge "einer rigorosen Schmelzordnung" in Nürnberg, und von Kriegszerstö-
rungen stadtnaher Waldbestände, die zu Stilllegungen von Seigerhütten oder Abwan-
derung in den Thüringer Wald führten (S. 96, 179 ff.)¹⁴.

Gründung und Entwicklung der Seigerhütten, wie sie Westermann dokumentiert,
stellen einen Aufschwung der Produktivkräfte seit den sechziger und siebziger
Jahren des 15. Jahrhunderts dar. Sie sind Teil jenes "Vorspiel(s) der Umwäl-
zung, welche die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise schuf, ...
(das) sich im letzten Drittel des 15. und den ersten Dezennien des 16. Jahrhun-
derts" ereignete.¹⁵ Sie sind es um so mehr, wenn wir die höchst überraschende
Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß das für die Entwicklung frühkapitalistischer
Verhältnisse wichtige, aus dem Kupfer erseigerte, das heißt mit Hilfe von Blei
ausgeschiedene Silber Hauptprodukt der Seigerhütten, vor allem aber des Seiger-
handels gewesen ist. Westermann errechnete aufgrund detaillierter Unterlagen
die Silberausbeute. Danach wurden von 1 000 Zentner Rohkupfer 1 053 (Gewichts-)
Mark Silber gewonnen. Vom Gesamterlös entfielen etwa 60 Prozent auf Silber
und 40 Prozent auf Garkupfer, ein Verhältnis, das seit dem Bestehen der Seiger-
hütten, die auch den Seigerhandel betrieben, bestand und sich erst nach der Mitte
des 16. Jahrhunderts zugunsten des Kupfers verändert habe (S. 24 f., 185 ff.).
Die Mansfelder Silberausbeute lag damit zum Teil höher als in den bekannten erz-
gebirgischen Silberbergwerken, beispielsweise der 1496 fündig gewordenen und
reichen Silbergrube in Annaberg.¹⁶

13 Vgl. z. B. Strieder, Jacob, Studien zur Geschichte kapitalistischer Organi-
sationsformen, München/Leipzig 1912, S. 83 ff.; Wilsdorf, Helmut/Quell-
malz, Werner, Bergwerke und Hüttenanlagen der Agricola-Zeit, Berlin 1971,
S. 336 ff. = Georgius Agricola. Ausgewählte Werke. Gedenkausgabe des
Staatlichen Museums für Mineralogie und Geologie zu Dresden, Ergänzungs-
bd. 1.

14 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben beziehen sich auf das Buch von
Westermann.

15 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels. Werke, Bd. 23, Berlin
1971, S. 745 f.

16 Vgl. Sombart, Werner, Der moderne Kapitalismus, Bd. 1, 2. Halbbd.: Die
vorkapitalistische Zeit, München/Leipzig 1928, S. 525 f.; Laube, Adolf,
Bergbau, Bergstädte und Landesherrschaft in Sachsen im 15./16. Jahrhun-
dert, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 6/1968, S. 1577 ff.;
derselbe, Studien über den erzgebirgischen Silberbergbau von 1470 bis 1546.
Seine Geschichte, seine Produktionsverhältnisse, seine Bedeutung für die ge-
sellschaftlichen Veränderungen und Klassenkämpfe in Sachsen am Beginn der
Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus, phil. Habil.-Schr.
1971.

Das ist ein erstaunliches Ergebnis. Der Mansfelder Kupferbergbau war somit neben Tirol, Sachsen und Böhmen ein bedeutendes Zentrum der Silberproduktion. Daraus ergibt sich, daß die umlaufende Silbermenge in Deutschland viel größer war, als wir bisher anzunehmen pflegten. Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, ob damit nicht auch schon ein gewisses Vorspiel der sogenannten "Preisrevolution", die in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts infolge des starken Zustroms von Silber aus den spanischen Kolonien nach Europa stattfand¹⁷, einsetzte. Immerhin begann sich ausgangs des 15. Jahrhunderts das Preisgefüge zu verändern. Die Getreidepreise zum Beispiel, die stets als ein bedeutsamer Indikator für die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage, für die Einkommenserhöhung oder -verminderung und für die Ausbeutung der unmittelbaren Produzenten betrachtet wurden, zeigen jedenfalls steigende Tendenzen.¹⁸

Wichtige Aufschlüsse vermitteln ferner die Abschnitte, in denen Westermann die Struktur und Größe der Thüringer Seigerhütten und -handelsgesellschaften näher untersucht. Aus der Höhe und Zusammensetzung der Gesellschaftskapitalien, aus den Kapitalverflechtungen und der vertikalen Konzentration, aus den Verbindungen zu den europäischen Kupfer- und Silbermärkten, etwa Antwerpen, Braunschweig, Leipzig, Nürnberg und Frankfurt(Main), aus den Investitionen und Gewinnen, aus den Kreditbeziehungen und Kartellbestrebungen - alles belegt mit aussagekräftigen Statistiken und Dokumenten - erkennen wir, daß es sich bei den Thüringer Seigerhandelsgesellschaften um wirkliche Großbetriebe handelte, die europäische Geltung besaßen.

Europäische Geltung besaß auch das Mansfelder Kupfer, das in den Thüringer Seigerhütten verarbeitet und von ihnen vertrieben wurde. Mansfelder Kupfer vermittelte in einem nicht unbeträchtlichen Maße den gewinnbringenden orientalischen Gewürzhandel. Waid- und Tuchhändler verdienten am Kauf und Verkauf Mansfelder Kupferwaren. Portugiesen bezogen über den Antwerpener Markt Mansfelder Kupfer.

Von größtem Interesse sind die Darlegungen über die Wechselgeschäfte der Seigerhändler, die zur Aufrechterhaltung der Verlagsbeziehungen mit den Mansfelder Hüttenmeistern auf den Leipziger und Naumburger Messen Geld über Wechsel aufnahmen, die ihnen in Frankfurt(Main) oder Nürnberg präsentiert wurden. Eingelöst wurden sie gegen Gold, das aus dem Verkauf des in den Thüringer Seigerhütten erseigerten Silbers beschafft wurde, wie überhaupt der Thüringer Seigerhandel wesentlich zur Verbreiterung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, etwa zwischen Deutschland und Italien oder den Niederlanden, beigetragen hat (S. 160, 162).

Schließlich wollen wir noch auf die, wenn auch nur andeutenden, jedoch für die Geschichte der Produktivkräfte interessanten Gedanken über die Holzversorgung (Holzkohlen) der Kupferhütten und den Bleibedarf für die Silbergewinnung verweisen. Insbesondere die recht beachtlichen und von Westermann berechneten Bleimengen, die bei der Silbergewinnung verbraucht wurden, wie Blei ja überhaupt ein unerläßliches Ingredienz für fast jeden Verhüttungsprozeß der damali-

17 Vgl. Wiebe, G., Zur Geschichte der Preisrevolution des XVI. und XVII. Jahrhunderts, in: Staats- und sozialwissenschaftliche Beiträge, Bd. 2, Nr. 2, Leipzig 1895.

18 Vgl. Abel, Wilhelm, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, 2. Aufl., Hamburg/Berlin, 1966, S. 113 ff.

gen Zeit war, vermitteln eine recht gute Vorstellung von der wirtschaftlichen Bedeutung des Bleis, des Bleimarktes sowie von den weitverzweigten Querverbindungen der Kupferproduktion und des Kupferhandels (S. 28 f., 243 f., 251 f., 257 f.).

Das erklärte Ziel Westermanns war es, wie er es in der Einleitung umreißt, die Bedeutung und Entwicklung des Mansfelder Kupferbergbaus "über eine Analyse des europäischen Marktes" zu erhellen. An diese Analyse und die der damit zusammenhängenden Entwicklung des Thüringer Seigerhandels hat er außerordentlich großen Fleiß verwandt. Und diese Analysen sind ihm gut gelungen. Quellenbezogen, materialreich, die Tatsachen sauber zusammenstellend, die Vorgänge quantifizierend, die verschiedensten Zusammenhänge und Verflechtungen aufdeckend, ist die Darstellung sachlich und anregend geschrieben. Im Urteil abgewogen, mitunter sehr behutsam, bereichert sie erheblich unsere Kenntnis über die Markt- und Handelsbeziehungen eines bedeutenden Produktionszweiges jener Zeit; sie ist bei weiteren Untersuchungen auf diesem Gebiet unbedingt zu berücksichtigen. Und jenen marxistischen Historikern und Wirtschaftshistorikern, die in den Fragen der Periodisierung der feudalen Gesellschaftsordnung zu der Auffassung neigen, daß die Zeit um 1470 als wichtige Zäsur anzusehen ist, liefert die Arbeit von Westermann gewichtige Argumente vom Standpunkt der Produktivkräfte.¹⁹

Die Vorzüge der Darstellung hervorzuheben, heißt jedoch nicht, ihre Schwächen zu verkennen. In Westermanns Arbeit vermißt man die gesellschaftliche Durchdringung seines Themas, die Berücksichtigung der Produktionsverhältnisse. Es ist eine Arbeit ohne sozialen Inhalt. Gewiß verwendet Westermann ab und zu den Ausdruck "sozial", aber eben doch so spärlich, daß er sich recht verloren in der Darstellung ausnimmt, und wo er benutzt wird, öffnet er nicht im geringsten den Blick auf die sozialen Verhältnisse. Markt und Handelsbeziehungen führen bei Westermann ein eigenständiges Dasein, losgelöst von allen Produktionsverhältnissen. Entsprechende Begriffe, wie Nachfrageseite, Angebotsseite, Beschaffungsmarkt, Arbeitsmarkt, Marktgegenseite, Überproduktionskrise, Wettbewerb, Umschichtung der Erzeugung, Kollektivmonopole, Oligopole, Ausgleich der Spannungen und andere mehr, tragen dazu bei, den gesellschaftlichen Inhalt der ökonomischen Erscheinungen und Prozesse zuzudecken; es sind übrigens Kategorien der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Nichts gegen den Gebrauch moderner Begriffe! - Aber in ihnen müssen, um mit Goethes Faust zu sprechen, "die Zeiten sich bespiegeln". Und die Zeiten, in denen Westermann

19 Vgl. dazu Engelberg, Ernst, Zu methodologischen Problemen der Periodisierung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 10/1971, S. 1219 ff.; Vogler, Günter, Die Dialektik von Klassenentwicklung und sozialen und politischen Bewegungen in der Feudalgesellschaft Mittel- und Westeuropas vom 11. bis 18. Jahrhundert, in: ebenda, Nr. 10/1972, S. 1234 ff.; Engelberg, Ernst, Nochmals zur ersten bürgerlichen Revolution und weltgeschichtlichen Periodisierung, in: ebenda, S. 1285 ff.; Vogler, Günter, Probleme der Klassenentwicklung in der Feudalgesellschaft. Betrachtungen über die Entwicklung des Bürgertums in Mittel- und Westeuropa vom 11. bis zum 18. Jahrhundert, in: ebenda, Nr. 10/1973, S. 1182 ff.; Berthold, Brigitte/Engel, Eva-maria/Läube, Adolf, Die Stellung des Bürgertums in der deutschen Feudalgesellschaft bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, in: ebenda, Nr. 2/1973, S. 196 ff.

seine Untersuchung angesiedelt hat, waren feudal; jedoch zeichnen sich schon Wandlungen ab, Strukturveränderungen in der Gesellschaft, frühkapitalistische Formen beginnen sich auszuprägen; es kündigt sich eine neue Zeitenwende an, erfüllt von den Kämpfen der Bürger und Bauern gegen die feudale Gesellschaftsordnung, die ihren Ausdruck fand in der Bewegung der Reformation, aber auch in dem "großartigen Revolutionsversuch des deutschen Volks".²⁰ Erregende Vorgänge spielten sich ab, Vorgänge voller Klassegegensätze, Klassenkämpfe und gesellschaftlicher Widersprüche, es waren Zeiten voller Gärung in der Gesellschaft wie unter den vorwärtsdrängenden frühkapitalistischen Produktivkräften, die immer mehr in den Gegensatz zu den feudalen Produktionsverhältnissen gerieten - doch kaum einen Hauch davon spüren wir bei Westermann. Das verwundert ein wenig, denn Westermann kennt recht gut die marxistische Literatur der DDR und der Sowjetunion zu seinem Untersuchungsgegenstand; im Anhang hat er sogar Materialien aus der wichtigen Arbeit von Paterna wiedergegeben. Doch er geht jeder gesellschaftlichen Wertung aus dem Wege.

Wenn Westermann über den Kupfermarkt und über den Kupferhandel berichtet, so hat man den Eindruck, als ob alles reibungslos verlief. Gab es keine Schwierigkeiten, keine Eingriffe feudaler Landesherren, keine Händel an den feudalherrlichen Zollstätten?

Wenn Westermann feststellt, daß der Handel die Aufgabe hat, "die Spannungen zwischen Herstellern und Verbrauchern auszugleichen" (S. 78), so unterläßt er es, eine soziale Charakterisierung der Hersteller und Verbraucher vorzunehmen.

Wenn Westermann die großen Seigerhandelsgesellschaften darstellt, so erfahren wir nicht, ob es sich um kapitalistische Unternehmen, frei von feudaler Abhängigkeit seitens der Mansfelder Grafen, handelte.

Wenn Westermann die Pläne des Grafen von Mansfeld zur Schaffung eines Syndikats aller Thüringer Seigerhändler, die am Widerspruch Jakob Welsers scheiterten, erörtert (S. 124), so bleibt im Dunkeln, ob sich feudale und frühkapitalistische Kräfte gegenüberstanden.

Wenn Westermann die Verlagsbeziehungen zwischen Seigerhändler und Mansfelder Hüttenmeister einer Betrachtung unterzieht, erkennen wir nicht, ob kapitalistische Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse entstehen.

Wenn Westermann die Beteiligung des Grafen Mansfeld am Seigerhandel mit den Worten motiviert: "Er habe den Seigerhandel angefangen, um zu verhüten, daß die Kaufleute ihrer Absicht nach einen merklichen Fall am Kupferpreis machten" (S. 144), so hat der Leser selbst zu entscheiden, ob damit feudale Hemmnisse zum Ausdruck kommen oder nicht.

Und so könnte man noch dieses oder jenes Beispiel anführen, wo Westermann an den sozialen Problemen, die sich geradezu aufdrängen, wie Klassenbeziehungen zwischen Kaufleuten und Feudalherren, Ausbeutungsformen der Produzenten, Einflußnahme feudaler Gewalten, Förderung kapitalistischer Kräfte, Klassenkämpfe und manches andere mehr, vorübergeht.

Dennoch: Es ist eine materialreiche, an den Quellen orientierte, erkenntnisfördernde Arbeit, mit der es sich auseinanderzusetzen lohnt.

20 Engels, Friedrich, Der deutsche Bauernkrieg, a. a. O., S. 409.

PROBLEME DER VORKAPITALISTISCHEN GESELLSCHAFTEN IN DEN LÄNDERN DES ORIENTS

Bemerkungen zu:

Problemy dokapitalističeskich obščestv v stranach Vostoka.
Sammelband, unter verantwortlicher Redaktion v. G. F. Kim,
zusammengestellt v. V. N. Nikiforov

Verlag Nauka, Moskau 1971, 189 Seiten, Preis: 0,76 Rubel

von Armin Jähne/Marlene Njammasch

Schon 1966 war in Moskau unter dem Titel "Allgemeines und Besonderes in der historischen Entwicklung der Länder Asiens" ein Sammelband erschienen¹, der verschiedene in der Sowjetunion vertretene Standpunkte und Meinungen zum Problem der asiatischen Produktionsweise und über den Charakter der vorkapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse in den Ländern Asiens wiedergab. Die vorliegende Aufsatzsammlung aus dem Jahre 1971, die gleichsam fortsetzt und weiterführt, umfaßt fünf Beiträge mit unterschiedlicher Themenstellung:

V. N. Nikiforov: K. Marx und Fr. Engels über die asiatische Produktionsweise (S. 3 - 44)²;

Ju. V. Kačanovskij: Die Diskussion über die asiatische Produktionsweise in der marxistischen Auslandspresse (S. 45 - 94);

A. G. Krymov: Die Diskussion über die vorkapitalistischen Verhältnisse in China in den zwanziger und dreißiger Jahren (S. 95 - 126);

I. M. D'jakonov: Grundzüge der alten Gesellschaft (Referat auf der Grundlage von Material über Westasien) (S. 127 - 146);

G. F. Il'jin: Der Klassencharakter der altindischen Gesellschaft (S. 147 - 189).

Die Verfasser dieser Artikel stimmen im großen und ganzen darin überein, daß die fünf bekannten Gesellschaftsformationen durchaus den Haupttappen der historischen Entwicklung entsprechen. Bei der Behandlung des Aufsatzes von Nikiforov sollen zwei weitere, von Ernst Hoffmann³ und M. A. Vitkin⁴ zur gleichen

1 Obščee i osobennoe v istoričeskom razvitii stran Vostoka, Materialy diskussii ob obščestvennyh formacijach na Vostoke. Aziatskij sposob proizvodstva, Moskau 1966.

2 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das im Titel genannte Buch.

3 Hoffmann, Ernst, Über die Dorfgemeinde und ihre Stellung im Übergangsprozeß von der Urgesellschaft zur Klassengesellschaft, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift (EAZ), 13. Jg. 1972, S. 71 - 111.

4 Vitkin, M. A., Vostok v filosofsko-istoričeskoj koncepcii K. Marksa i F. Engel'sa, Moskau 1972.

Thematik verfaßte und 1972 erschienene Arbeiten vergleichsweise in die Betrachtung einbezogen werden.

V. N. Nikiforov behandelt in seinem Beitrag ein hauptsächlich historiographisches Thema - die Wandlung der von den beiden Begründern des Marxismus vertretenen Anschauungen über die asiatische Produktionsweise und den Charakter der orientalischen Gesellschaftsstrukturen, das heißt die Entstehung, Weiterentwicklung, Veränderung und Konkretisierung dieser Ansichten bei Marx und Engels, in Abhängigkeit von dem seinerzeit jeweils erreichten Stand wissenschaftlicher Entwicklung und Erkenntnis. Vitkin arbeitet besonders klar und deutlich den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem jeweiligen Stand der Wissenschaft, dem Interesse von Marx und Engels an Problemen des Orients und der Evolution ihrer philosophisch-historischen Konzeption über die orientalischen Gesellschaften und deren Eingliederung in den welthistorischen Prozeß heraus, während Hoffmann stärker das methodologische Herangehen der beiden Klassiker des Marxismus an die Fragen der Stellung der Dorfgemeinde im Übergangsprozeß von der Urgemeinschaft zur Klassengesellschaft betont.

Nikiforov unterscheidet im Werdegang und Wandlungsverlauf der Anschauungen von Marx und Engels zwei Hauptetappen: die fünfziger Jahre und die Zeit am Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts (S. 3). Hierzu käme eigentlich noch eine weitere, vor der Jahrhundertmitte liegende Etappe, die Nikiforov aber mehr als Vorstufe wertet.⁵ Für diese Zeit ist charakteristisch, daß Marx, darin noch Hegel folgend⁶, den Orient der europäischen Entwicklung als etwas prinzipiell Andersartiges gegenüberstellt, aber dennoch schon nach Gemeinsamkeiten in der sozialen und gesellschaftlichen Struktur sucht. Marx interessiert vor allem Reliktformen urchgesellschaftlicher Verhältnisse, die seine Überzeugung bestätigen, daß ursprünglich überall Gemeineigentum herrschte, und die gleichzeitig die Vergänglichkeit des Privateigentums beweisen sollen (S. 4).

Hoffmann setzt die frühe Stufe konkret von 1843 bis 1846 an und weist für diese Zeit, in der Hauptsache die "Deutsche Ideologie"⁷ zugrundeliegend, bei Marx (und damit folgerichtig auch bei Engels) eine klare Konzeption der Dorfgemeinde nach⁸. Vitkin spricht allgemein von den vierziger Jahren.⁹ Wie er nachweist, rechnen Marx und Engels in dieser Periode ihres Erkenntnisstandes den Orient weder der Antike noch dem Feudalismus oder gar dem Kapitalismus zu¹⁰, sondern halten ihn für eine außerhalb der Grenzen der sozialen Geschichte liegende Stufe der natürlichen, vorgesellschaftlichen (doobščestvennaja) Geschichte.¹¹

5 Sehr gründlich dargestellt von Ter-Akopjan, N. B., Razvitie vzgljadov K. Marksa i F. Engel'sa na aziatskij sposob proizvodstva i zemledel'ceskuju obščinu, in: Narody Azii i Afriki, Nr. 2/1965.

6 Ausführlicher zu Hegels Vorstellungen über den Orient siehe Vitkin, M. A., a. a. O., S. 30 - 33.

7 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1958.

8 Hoffmann, Ernst, a. a. O., S. 72 - 75.

9 Vitkin, M. A., a. a. O., S. 30, 34 ff., 102 f.

10 So auch Ter-Akopjan, N. B., a. a. O., S. 79.

11 Vitkin, M. A., a. a. O., S. 30, 42 f., 47, 102 f. - Vitkin geht davon aus, daß Marx und Engels im welthistorischen Entwicklungsprozeß streng zwei Phasen unterschieden hätten: a) eine natürliche (urchgesellschaftliche, barbarische, patriarchalische usw.) und b) eine gesellschaftliche (soziale; Zivilisation)

Während Vitkin die nächstfolgende Etappe im Erkenntnisprozeß von Marx und Engels mit den fünfziger bis ziebzigiger Jahren ansetzt, sie erstreckt sich also fast über drei Jahrzehnte, engen Hoffmann und Nikiforov die neue Erkenntnisstufe auf die fünfziger Jahre ein, wobei Hoffmann insbesondere die Jahre 1857 bis 1859 hervorhebt¹², Nikiforov aber zwei zeitliche Höhepunkte setzt. Seiner Meinung nach - darin stimmt er mit Ter-Akopjan überein¹³ - drücken Marx und Engels bereits 1853 (im Mai/Juni) erstmalig den Gedanken einer asiatischen Produktionsweise aus und formulieren die These, daß das Fehlen von Privateigentum an Grund und Boden die spezifische Besonderheit der orientalischen Gesellschaften sei (S. 5). Die traditionelle Gegenüberstellung von Orient und Okzident wurde somit von den Klassikern materialistisch motiviert, was eine wesentliche erkenntnistheoretische Errungenschaft bedeutete (S. 7). Nikiforov verweist jedoch darauf, daß in der damaligen Tatsachenforschung die Vorstellung vom Fehlen des Privateigentums in den Ländern des Orients deshalb aufkommen konnte, weil die meisten europäischen Autoren dort ein Privateigentum europäisch-bürgerlichen Typs suchen zu müssen glaubten, weswegen orientalische Formen des Feudaleigentums außer acht blieben (S. 6). Diese Feststellung ist unserer Meinung nach sehr wichtig, ebenso die Bemerkung, daß der 1853 allgemein erreichte Stand des Wissens über den Orient es Marx und Engels unmöglich machte, die urgemeinschaftlichen Verhältnisse gesondert vom despotischen Staat und von der Sklaverei zu betrachten. Alles mußte wie ein einheitliches Ganzes erscheinen (S. 7).

Die Jahre 1857 bis 1859 bedeuten eine neue Phase intensiver Beschäftigung mit den orientalischen Gesellschaften. In dieser Zeit faßte Marx seine Vorstellungen über die orientalischen Gesellschaftsstrukturen in dem Leitsatz zusammen, daß die asiatische Produktionsweise die Grundlage einer eigenen Gesellschaftsformation bilde (S. 12 f.). Nikiforov versteht diese Aussage von Marx als Hypothese, als einen Schritt auf dem Wege zur Erarbeitung eines konkreten Schemas des Wechsels und der Aufeinanderfolge der Gesellschaftsformationen sowie der materialistischen Erforschung der Geschichte des Orients durch Marx und Engels (S. 7, 10, 13, 19). Die Aufrechterhaltung der Hypothese (ersichtlich aus dem bekannten Vorwort zur "Kritik der politischen Ökonomie")¹⁴ sei in erster Linie darauf zurückzuführen, daß für die beiden Klassiker das Fehlen des Privateigentums nach wie vor als ausschließliche Besonderheit des Orients galt, sie jedoch andererseits darin, daß hier wie dort Gemeineigentum sowie einander ähnliche Formen erster Ausbeutungsverhältnisse vorhanden waren, das verbindende historische Band zwischen Orient und Okzident gesehen hätten. Nach Vitkin sahen Marx und Engels in der Dorfgemeinde die Basis der orientalischen Gesellschaft¹⁵ und den Träger sozialer Bindungen¹⁶. Sie bezweifelten seiner Meinung nach nicht die Existenz des Warenaustausches zwischen den Dorfgemeinschaften¹⁷, der seinerseits auf die Dorfgemeinden, den Staat (von dem

(ebenda, S. 18 f., 38 f.), wodurch sich auch die von Marx und Engels gebrauchte Vierstufen- und Dreistufeneinteilung der Geschichte erkläre (ebenda, S. 36 ff.).

12 Hoffmann, Ernst, a. a. O., S. 75.

13 Ter-Akopjan, N. B., a. a. O., S. 84.

14 Marx, Karl, Zur Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 9.

15 Vitkin, M. A., a. a. O., S. 50 ff., 56, 103.

16 Ebenda, S. 55.

17 Ebenda, S. 57.

Vitkin sagt, "er verwandelte sich in eine Assoziation von Personen, die sich zu einer über die Dorfgemeinschaften herrschenden Klasse zusammenschlossen" und die Wechselbeziehungen zwischen beiden deformierend wirkte.¹⁸ Andererseits aber, schlußfolgert Vitkin, führe die Entwicklung der asiatischen Gesellschaft zu einer Einschränkung der Wirkungssphären der Ware-Geld-Beziehungen.¹⁹ Der Orient könne nun nicht mehr völlig der natürlichen Phase der Weltgeschichte zugeordnet werden, da er nach Marx eine widersprüchliche Einheit natürlicher (sie sind die vorherrschenden) und gesellschaftlicher Beziehungen bilde.²⁰ Marx und Engels stellen daher in den fünfziger bis siebziger Jahren die patriarchalische orientalische Gesellschaft als erste Stufe an den Anfang des zweiten großen geschichtlichen Abschnitts, an den Beginn der Zivilisation oder, wie Vitkin formuliert, der "ökonomisch-gesellschaftlichen Evolution"²¹. Den von Marx gebrauchten Begriff der asiatischen Produktionsweise definiert Vitkin als "staatliches System von Dorfgemeinschaften" (gosudarstvennaja sistema sel'skich obščin) und mißt diesem sozialen System universale Bedeutung zu.²²

In Zusammenhang mit der Hypothese einer asiatischen Produktionsweise wendet sich Nikiforov dem Problem der Übergangsformation zu. Mit Recht stellt er fest, daß es sowohl begrifflich als auch inhaltlich falsch sei, von Übergangsformationen zu sprechen. Jede Gesellschaftsformation durchlaufe Stadien (Phasen) ihrer Formierung, Blüte und ihres Verfalls. Es gebe zwar Übergangsperioden bei der Ablösung der einen Gesellschaftsformation durch die andere, nicht aber verselbständigte Übergangsformationen, das heißt, es gebe zum Beispiel auch keine Formation der früheren Klassengesellschaft (ranneklassovaja formacija).²³

Die höchste und zugleich letzte Erkenntnisstufe in der Beurteilung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den orientalischen Ländern erreichten Marx und Engels Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre. Darin sind sich - trotz kleiner, unbedeutender Datierungsunterschiede - Nikiforov (1879/1880 - S. 22), Hoffmann (1880/1881)²⁴ und Vitkin (Grenze der siebziger/achtziger Jahre)²⁵ einig. Marx war in diesen Jahren nach gründlichem Studium von Morgans Werk "Ancient Society"²⁶ zu der Überzeugung gelangt, wie aus den Briefentwürfen an Vera Sassulitsch ersichtlich ist, daß die erste, die primäre, archaische oder primitive Gesellschaftsformation in der Weltgeschichte auf dem Gemeineigentum an Grund und Boden basiert habe, also die Urgemeinschaft gewesen sei. Ihre letzte Phase habe die Ackerbaugemeinde gebildet. Marx hatte damit den 1859 vertretenen Gedanken aufgegeben, die asiatische Produktionsweise sei die erste Gesellschaftsformation gewesen. Hierin stimmen Nikiforov, Hoffmann und Vitkin

18 Ebenda, S. 63.

19 Ebenda, S. 62 f.

20 Ebenda, S. 30, 49 f.

21 Ebenda, S. 69, 75, 104.

22 Ebenda, S. 69, 72.

23 Dazu Efimov, A. V., *Etničeskaja obščnost' i obščestvennye formacii*, in: *Obščee i osobennoe v istoričeskom razvitii stran Vostoka*, a. a. O., S. 182 f.; Kacanovskij, Ju. V., *Rabovladienie, feodalizm ili aziatskij sponob proizvodstva*, Moskau 1971, S. 245 - 247.

24 Hoffmann, Ernst, a. a. O., S. 84.

25 Vitkin, M. A., a. a. O., S. 76.

26 Morgan, Lewis H., *Ancient Society, or Researches in the Lines of Human Progress from Savagery, through to Civilisation*, London 1877.

überein, dann aber gehen ihre Meinungen auseinander. Hoffmann vertritt den Standpunkt, daß Marx die asiatische Produktionsweise der Ackerbaugemeinde gleichgesetzt und sie so in die archaische Formation, also den Urkommunismus, einbezogen habe.²⁷ Vitkin ist derselben Ansicht, wenn er behauptet, Marx und Engels hätten die orientalische Gesellschaft als letzte Etappe der primären, archaischen Gesellschaftsformation zugeordnet²⁸ und dabei weder der geringfügig entwickelten Warenproduktion noch der schwachen klassenmäßigen Differenzierung eine das Wesen der orientalischen Gesellschaft bestimmende Bedeutung beimessen.²⁹ Marx und Engels hätten die orientalische Gesellschaft als "staatliches System lokaler Beziehungen der Dorfgemeinschaften"³⁰ aufgefaßt und verstanden. Bei diesem Begriff handelt es sich jedoch in erster Linie um Vitkins Formulierung und Schlußfolgerung, denn in den Arbeiten von Marx und Engels aus der Zeit nach 1880 - stellt Vitkin selbst fest - "findet sich keine ausführliche Charakteristik des Systems der Dorfgemeinden"³¹. Ebensovienig läßt sich der von Vitkin gebrauchte Begriff in irgendeinem Werk der beiden Klassiker nachweisen. Daß soeben Gesagte trifft auch voll und ganz auf Hoffmanns Begriff der "Form der auf Zusammenfassung und Ausbeutung von Dorfgemeinden gegründeten Staaten"³² zu, mit dem er den erreichten Entwicklungsstand der orientalischen Gesellschaft kennzeichnet. Die "Form der auf Zusammenfassung und Ausbeutung von Dorfgemeinden gegründeten Staaten durchlief", so führt Hoffmann weiter aus, "im Vorderen Orient ... eine Entwicklung von mehreren Jahrtausenden" und war "jene Übergangsstufe, aus der allein ... die antike Gesellschaftsformation als die erste auf privatem Grundeigentum basierende, klassenantagonistische Formation hervorgehen konnte und hervorging."³³ Folgte man den Ansichten Hoffmanns und Vitkins, wonach die orientalische Gesellschaft die Ackerbaugemeinde zur Basis hätte, also die letzte Stufe der archaischen Formation und zugleich den Übergang zur ersten Klassengesellschaft bilde, dann ergäbe sich bei einiger Konsequenz folgendes Bild der altorientalischen Gesellschaft: sie hätte die letzte Stufe des Urkommunismus erreicht; das Gemeineigentum an Grund und Boden hätte die Grundlage ihrer sozial-ökonomischen Existenz gebildet (Anfänge des Privateigentums werden von Hoffmann nicht geleugnet); es hätte keine ausgeprägte Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen geben können (nur Keime solcher Ausbeutungsverhältnisse); die altorientalischen Staaten wären keine Klassenstaaten und ihre Geschichte (zum Teil schriftlich überliefert) wäre nicht die Geschichte von Klassenkämpfen³⁴; es hätte im Alten Orient nicht den Staat als sol-

27 Hoffmann, Ernst, a. a. O., S. 85; vgl. dazu auch derselbe, Zwei aktuelle Probleme der geschichtlichen Entwicklungsfolge fortschreitender Gesellschaftsformationen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), Nr. 10/1968, S. 1267 ff. - Hoffmann vertritt den gleichen Standpunkt wie Ter-Akopjan, N. B., a. a. O., Nr. 3/1965, S. 85.

28 Vitkin, M. A., a. a. O., S. 30, 90 ff., 95, 104.

29 Ebenda, S. 85.

30 Ebenda, S. 95 f.

31 Ebenda, S. 90.

32 Hoffmann, Ernst, Über die Dorfgemeinde ..., a. a. O., S. 106 f.

33 Ebenda.

34 Vgl. dazu den klaren Standpunkt bei Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats (im folgenden: Der Ursprung der Familie), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 28; Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 462; vgl. auch Lenin, W. I., Friedrich Engels, in: Werke, Bd. 2, Berlin 1961, S. 5.

chen (als Machtinstrument der herrschenden Klasse) und auch keine Kriege gegeben (Krieg als eine nur den Klassengesellschaften eigene gesellschaftliche und historische Erscheinung)³⁵; die altorientalische Gesellschaft hätte nicht die Stufe der Zivilisation erreicht. Aber gerade die Frage, ob die altorientalische Gesellschaft die Stufe der Zivilisation erreichte oder nicht, ist sehr wichtig. Deshalb soll an dieser Stelle ergänzend zusammengetragen werden, wie Engels den Begriff der Zivilisation definierte, welche entscheidenden Merkmale er besonders hervorhob:

1. das entstandene Privateigentum an den Produktionsmitteln (der Grund und Boden gehört den Produzenten erbeigentümlich³⁶), der "Sieg des Privateigentums über das ursprüngliche naturwüchsige Gemeineigentum"³⁷;
2. die vorhandene Arbeitsteilung festigt und steigert sich, die Warenproduktion und der Handel entwickeln sich, es entsteht die "Klasse der Kaufleute"³⁸, Zivilisation ist der "Zeitraum der weiteren Verarbeitung von Naturerzeugnissen, der eigentlichen Industrie und Kunst"³⁹;
3. der Gegensatz von Stadt und Land verschärft sich und wird zur Grundlage der gesamten gesellschaftlichen Arbeitsteilung⁴⁰;
4. die Gesellschaft spaltet sich in Klassen, die Sklavenarbeit entwickelt sich zur herrschenden Produktionsform, die Ausbeutung der einen Klasse durch die andere ist die Grundlage der Zivilisation⁴¹;
5. in der von der Eigentumsordnung beherrschten Gesellschaft entfalten sich nun jene Klassengegensätze und Klassenkämpfe, die den Inhalt aller bis dahin geschriebenen Geschichte bilden⁴²;
6. die neue Gesellschaft, die Klassengesellschaft, erfordert den Staat, "der in allen Fällen wesentlich Maschine zur Niederhaltung der unterdrückten, ausgebeuteten Klassen bleibt"⁴³;
7. die Monogamie ist "die der Zivilisation entsprechende und mit ihr definitiv zur Herrschaft kommende Familienform", die sich auf den Sieg des Privateigentums gründet - die Einzelfamilie wird zur wirtschaftlichen Einheit der Gesellschaft⁴⁴.

Weitere Charakteristika kommen hinzu: das Metallgeld, das Geldkapital, der Zins

35 Sovjetskaja Istoričeskaja Enciklopedija, Bd. 3, Moskau 1963, S. 619 f., Stichwort "vojna" (Krieg).

36 Die Existenz von Privateigentum an Grund und Boden in den Ländern des Alten Orients kann heute nicht mehr bestritten werden. Siehe dazu Kacanovskij, Ju. V., a. a. O., S. 112; vgl. auch Nikiforovs Arbeit im hier besprochenen Sammelband, S. 26, wo sich weitere Literaturangaben finden.

37 Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, a. a. O., S. 68, vgl. auch S. 162.

38 Über einige Merkmale des Handels in den ersten Klassengesellschaften und die damit verbundenen Erscheinungen vgl. Masson, V. M., Obmen i torgovlja v pervobytnuju epochu, in: Voprosy istorii, Nr. 1/1973, S. 90 f.; dort befinden sich auch zusätzliche Literaturhinweise.

39 Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, a. a. O., S. 35, vgl. auch S. 110, 160 ff., 168 ff.

40 Ebenda, S. 161, 171.

41 Ebenda, S. 69, 97, 109, 170, 171 f.

42 Ebenda, S. 28.

43 Ebenda, S. 170 f., vgl. auch S. 28, 105 f., 163 f.

44 Ebenda, S. 170, vgl. auch S. 57, 65, 68, 76.

und der Wucher entstehen⁴⁵; das Privateigentum gebiert die Hypothek⁴⁶; Prostitution und Ehebruch ergänzen die Monogamie⁴⁷; die Schrift wurde erfunden⁴⁸.

Engels erarbeitete den marxistischen Zivilisationsbegriff (Zivilisation als zweite große Phase der menschheitsgeschichtlichen Entwicklung) nicht am Beispiel der orientalischen Gesellschaft, auf die er dennoch anwendbar ist, indem, ausgehend vom heutigen Wissensstand, die von Engels angeführten Kriterien nachgewiesen werden.⁴⁹

Auf den Zivilisationsbegriff von Engels beruft sich Nikiforov (S. 30), weil seiner Meinung nach - und damit befindet er sich im Gegensatz zu Hoffmann und Vitkin - Marx zwar die asiatische Produktionsweise nicht für eine selbständige Formation gehalten habe, dies aber auch nicht die Einbeziehung der altorientalischen Gesellschaften in die primäre Formation bedeute (S. 29 f.). An die Stelle der Hypothese über eine asiatische Produktionsweise sei die von Engels zusammen mit und im Anschluß an Marx ausgearbeitete Konzeption der Urgesellschaft (also der primären Formation), der Sklavenhaltergesellschaft und des Feudalismus im Orient getreten, Nikiforov betont ausdrücklich (S. 19, 30, 32), daß Engels den Alten Orient ohne Zweifel zur Klassengesellschaft gezählt habe, was der von ihm geprägte Zivilisationsbegriff beweise. Tatsächlich schrieb Engels im Jahre 1887 völlig unmißverständlich: "Im asiatischen und klassischen Altertum war die herrschende Form der Klassenunterdrückung die Sklaverei."⁵⁰ Schon 1884 hatte er in seinem fundamentalen Werk "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" geschrieben, daß nur der zur Verfügung stehende Raum ihm verbiete, auf Spuren von Gentilinstitutionen "in der älteren Geschichte asiatischer Kulturvölker" einzugehen.⁵¹ Es darf wohl angenommen werden, daß diese Völker die Stufe der Barberei überwunden hatten und in die Phase der Zivilisation eingetreten waren, daher auch der Begriff "asiatische Kulturvölker". Andererseits läßt sich bislang nicht belegen, daß Engels irgendwo die altorientalischen Gesellschaften mit der letzten Stufe des Urkommunismus identifiziert hätte.

Zweifellos existierte die von Marx und Engels nachgewiesene und von Hoffmann seiner Konzeption von der "Form der auf Zusammenfassung und Ausbeutung von Dorfgemeinden gegründeten Staaten" zugrundegelegte Übergangsperiode von der klassenlosen zur klassenantagonistischen Gesellschaft. Die Herausbildung des Privateigentums war die von Marx und Engels klar erkannte Grundvoraussetzung, das Hauptkriterium des Übergangs vom Urkommunismus zur Klassengesellschaft. Engels sah ebenso wie Marx, darin muß man Hoffmann⁵² recht geben, in der auf Gemeineigentum am Boden beruhenden Dorfgemeinde selbstwirtschaftender Einzelbauern, also der Ackerbaugemeinde, die unmittelbare Ausgangsbasis für den Übergang zum privaten Grundeigentum. Hoffmann setzt jedoch, weil er die Existenz des Privateigentums im Alten Orient leugnet, die altorientalische Gesell-

45 Ebenda, S. 161, 170.

46 Ebenda, S. 170.

47 Ebenda, S. 68 ff., 76.

48 Ebenda, S. 34.

49 Vgl. dazu Kačanovskij, Ju. V., a. a. O., S. 247 - 252; des weiteren siehe die Auffassungen von B. B. Piotrovskij, M. I. D'jakonov, V. M. Masson, R. V. Kinzalov und anderen in Znanie - sila, Nr. 1/1972.

50 Engels, Friedrich, Die Arbeiterbewegung in Amerika, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, a. a. O., S. 338.

51 Derselbe, Der Ursprung der Familie, a. a. O., S. 127.

52 Hoffmann, Ernst, a. a. O., S. 95.

schaft der Stufe der Ackerbaugemeinde gleich, betrachtet also die altorientalische Gesellschaft als Übergangsgesellschaft. Hoffmann macht, wenn er den Platz des Alten Orients im welthistorischen Prozeß bestimmt, auch wenn er sich dabei auf Marx und Engels beruft, zwei Fehler. Erstens beschränkt er sich zu sehr auf das Privateigentum, dessen Anfänge im Alten Orient tatsächlich nicht immer leicht nachzuweisen sind, und läßt andere, nicht weniger typische Merkmale der Klassengesellschaft außer acht. Zweitens behandelt er das Privateigentum mehr als juristische Kategorie, weniger als gesellschaftliches Verhältnis (Ausbeutungseigentum; persönliches, individuelles Eigentum und erblicher Besitz wandeln sich in Privateigentum, sobald fremde Arbeitskraft ausgebeutet wird). Privateigentum als gesellschaftliches Verhältnis ist das entscheidende, bestimmende Kriterium der Klassengesellschaft, neben anderen, nicht weniger wichtigen Kriterien, von denen man aber - denn sie alle bilden einen Komplex sich bedingender gesellschaftlicher Erscheinungen - auf das Vorhandensein anderer, selbst grundlegender Kriterien schließen kann, auch wenn diese sich nicht - auf Grund mangelnder Quellen mit direkter Aussage - in aller Konsequenz nachweisen lassen.

In diesem Zusammenhang sei kurz auf den Periodisierungsversuch von Slonimskij hingewiesen⁵³, der dabei sowohl das genannte Hauptkriterium zugrundelegt, aber auch andere, nicht unwesentliche Faktoren berücksichtigt, das heißt, die jeweilige Gesellschaft als System miteinander verflochtener sozialökonomischer, politischer, kultureller Erscheinungen betrachtet und sie auch zu anderen Gesellschaften in Beziehung setzt. Die antike Zivilisation, die Klassengesellschaft in Griechenland und Rom, war nicht einfach die Fortsetzung der altorientalischen Entwicklung, sondern bildete sich als unmittelbares Resultat der Auflösung gentilgesellschaftlicher Verhältnisse auf griechischem und italischem Boden selbst heraus, wobei die Kontakte zum Orient eine bedeutsame Rolle spielten.⁵⁴ Slonimskij schlägt, wie auch D'jakonov, vor, die synchron existierenden Gesellschaften (Antike und Alter Orient) nicht vertikal zu trennen, sondern horizontal zu gliedern (entsprechend dem erreichten Entwicklungsstand), was nicht in jedem Falle für die jeweiligen Einzelgesellschaften unbedingt Zeitgleichheit bedeutet. Die erste große Periode datiert Slonimskij vom 33. bis 9. Jahrhundert v. u. Z. Sie beinhaltet die Entstehung und aufsteigende Entwicklung der ersten Klassengesellschaften in Ägypten, im südlichen und nördlichen Mesopotamien, im östlichen Mittelmeerraum, in Indien und China. Diese Periode untergliedert er weiter in vier Zeitabschnitte, deren erster (33. bis 24. Jahrhundert v. u. Z.) Züge des Übergangs von der klassenlosen zur klassenantagonistischen Gesellschaft trägt. Die Dorfgemeinde tritt als Kollektiveigentümer des Grund und Bodens auf, nutzt das Wasser genossenschaftlich. Neben dem Gemeineigentum existiert das Tempel- und Königseigentum. Im zweiten Unterabschnitt (23. bis 16. Jahrhundert v. u. Z.) entstehen neue erste Klassengesellschaften (mit den anfangs typischen Übergangserscheinungen und unter dem stimulierenden Einfluß schon existierender). Die Dorfgemeinde in den fortgeschrittenen Klassengesellschaften hört auf Kollektiveigentümer zu sein. Innerhalb der Gemeinde geht das Eigentumsrecht an die Familiengemeinschaft (Großfamilie, domasnaja obščina) über usw. Das scheint uns ein perspektivreicher Weg zur Periodisierung der Geschichte der Alten Welt zu sein. Die Periode der Ackerbaugemeinde würde demnach, konkret

53 Slonimskij, M. M., Problema periodizacii drevnej istorii v sovetskij istoriografii. Autorreferat, Tomsk 1972, S. 18, 22 f.

54 Ebenda, S. 22.

auf den Alten Orient bezogen, in die Zeit vor dem III. Jahrtausend v. u. Z. gehören, sich jedoch noch bis in dieses Jahrtausend hinein erstrecken, was nicht heißt, daß die Ackerbaugemeinde danach endgültig und sofort verschwände. Ganz im Gegenteil, Restformen blieben verschiedenorts bis ins 19. Jahrhundert und später erhalten.⁵⁵ Eben für diese Relikte interessierten sich Marx und Engels, wie Nikiforov betont (S. 4, 7, 27, 31), und darin sollte man ihm folgen, weil ihnen diese Restformen die Richtigkeit der Annahme einer primären Formation, der urwüchsig kommunistischen Gesellschaft bestätigten.

Nikiforov stellt schließlich fest, daß Lenin die Hypothese der asiatischen Produktionsweise nicht übernommen habe, weil er unmittelbar an Engels Schrift "Der Ursprung der Familie ..." anknüpfte, die er außerordentlich hoch geschätzt habe. Lenin habe sich im Grunde genommen gegen die Konzeption von einer asiatischen Produktionsweise gewandt.⁵⁶ Das zeige seine Polemik gegen Plechanov. Auch habe er, wie Nikiforov unterstreicht, nie am feudalen Charakter des vor-kapitalistischen Rußland gezweifelt (S. 33, 37). Nikiforov schließt seine Arbeit mit einem Überblick über das 1968 erschienene Buch "Marx als Historiker"

Auf drei wesentliche Momente in Nikiforovs Ausführungen sei nochmals hingewiesen. Er unterstreicht erstens die Übereinstimmung der Ansichten von Marx und Engels zum genannten Problem und zweitens, daß Engels mit seiner Arbeit "Der Ursprung der Familie ..." die gemeinsam mit Marx geführten Untersuchungen über die Periodisierung der Weltgeschichte fortsetzt und eigentlich abschließt (S. 30, 32). Drittens stellt er fest (S. 38), daß der gegenwärtige Streit um die asiatische Produktionsweise weniger um die Ansichten von Marx und Engels, sondern eigentlich darum geführt wird, "ob das konkrete Bild der asiatischen Gesellschaft, wie es die historische Wissenschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwarf, richtig ist oder ob die Schlußfolgerungen der Gelehrten aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wahr sind (die auch Marx und Engels bereits berücksichtigen konnten)". Nikiforov spricht sich nirgends für eine eigenständige, auf der asiatischen Produktionsweise begründeten Gesellschaftsformation aus.

Kačanovskij gibt seinem Artikel "Die Diskussion über die asiatische Produktionsweise in der marxistischen Auslandspresse" einen zusammenfassenden und teilweise wertenden Überblick (bis 1969)⁵⁷ über die zahlreichen Diskussionsbeiträge von Autoren aus Frankreich, der DDR, Indien, Vietnam und anderen Ländern zum Problem der asiatischen Produktionsweise. Kačanovskij führt zunächst die Gründe an, die seit dem Ende der vierziger Jahre zu einer neuerlichen Beschäftigung der Wissenschaftler mit der asiatischen Produktionsweise führten (S. 45-48). Er stellt fest, daß die sich allgemein abzeichnende Hauptrichtung der gegen-

55 Vgl. Marx, Karl, [Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V. I. Sassulitsch] [Erster Entwurf], in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 388 f.

56 In seiner Vorlesung "Über den Staat" (1919) bezog Lenin den Alten Orient in die Sklavenhaltergesellschaft ein (Lenin, W. I., Über den Staat, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 465 f.); siehe dazu Welskopf, Elisabeth Charlotte, Die Produktionsverhältnisse im Alten Orient und in der griechisch-römischen Antike. Ein Diskussionsbeitrag, Berlin 1957, S. 438 ff. = Schriften der Sektion für Altertumswissenschaft, 5.

57 Über die weiteren Veröffentlichungen des "Centre d'Études et de Recherches Marxistiques" zur asiatischen Produktionsweise ab 1969 siehe Lewin, Günter, Zur Diskussion über die "Asiatische Produktionsweise" in der marxistischen Literatur Frankreichs, in: EAZ, 13. Jg. 1972, S. 613 - 628.

wärtigen Diskussion der weiteren Ausarbeitung der Theorie der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen entspricht (S. 48).

Den Verlauf der Diskussion untergliedert Kačanovskij in drei Hauptetappen. Die erste und längste (vom Ende der vierziger Jahre bis 1964) war eine Art Anlauf- und Vorbereitungszeit. Von einer eigentlichen Diskussion konnte noch keine Rede sein. Nur wenige Arbeiten erschienen, oft im Abstand von mehreren Jahren. Ihr positiver Gehalt bestand in der Fragestellung, der Nennung von Problemen. Lösungswege wurden ganz allgemein angedeutet. Vielleicht wäre es angebracht, gewesen, diese erste Periode nochmals zu untergliedern, denn zweifellos bedeutete das Erscheinen der grundlegenden und gewiß richtungweisenden Arbeit von Welskopf "Die Produktionsverhältnisse im Alten Orient und in der griechisch-römischen Antike" im Jahre 1957 einen qualitativen Einschnitt. Hier wurden erstmals aus der Sicht der marxistischen Althistoriker die Ansichten der Klassiker des Marxismus-Leninismus über die ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse in den Staaten des gesamten Altertums zusammengefaßt und systematisiert, analysiert und interpretiert. Welskopf kam zu dem Ergebnis, daß in der Geschichtskonzeption der Klassiker des Marxismus-Leninismus das orientalische Altertum und das griechisch-römische Altertum (Antike) als zwei qualitativ zu unterscheidende Geschichtsstufen dargestellt seien. Das Buch enthielt darüber hinaus wertvolle allgemeine Erkenntnisse und vielfältige wissenschaftliche Anregungen.⁵⁸ Es spielte keine unbedeutende Rolle bei der Wiederbelebung der Diskussion um die asiatische Produktionsweise durch die im Centre d'Études et de Recherches Marxistiques (Paris) zusammengeschlossenen marxistischen Wissenschaftler.⁵⁹ Offensichtlich ist Welskopfs Arbeit der Aufmerksamkeit Kačanovskijs entgangen. Sie wird von ihm nirgends erwähnt.

Die zweite Etappe (1964 bis 1967) leiteten fünf Artikel zur asiatischen Produktionsweise in der Zeitschrift "La Pensée" ein.⁶⁰ Die nun heftig anschwellende Diskussion wurde von einem immer größeren Kreis von Teilnehmern geführt (vgl. S. 66). Bemerkenswert war das steigende Interesse an der in der Sowjetunion zur gleichen Thematik geführten Auseinandersetzung (S. 76). Anfangs standen der Begriff der asiatischen Produktionsweise und die sich daran anknüpfenden vielgestaltigen Probleme (Eigentumsverhältnisse, Klassenstruktur, Ausbeutungsverhältnisse - Frage der latenten Sklaverei in den altorientalischen Staaten) im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit (S. 75 f.). Doch schon bald machten sich Schwierigkeiten bei der vorbehaltlosen Aufrechterhaltung der These einer asiatischen Produktionsweise bemerkbar. Das Jahr 1967 sieht Kačanovskij als Höhepunkt der Auseinandersetzung an. Es bringt aber seiner Meinung nach gleichzeitig eine Richtungsänderung der Diskussion, die sich jetzt verstärkt der allgemein-theoretischen Problematik der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen überhaupt zugewendet habe (S. 66, 75 f.).

Für die dritte Etappe (1968 bis 1969), die durch das Absinken der Zahl von Veröffentlichungen und das Fehlen grundsätzlich neuer Aussagen über die asiatische Produktionsweise gekennzeichnet war, lassen sich - darin muß man Kačanovskij recht geben - Symptome für eine gewisse Erschöpfung der Diskussion nicht leugnen (S. 76, 84). Das betrifft aber unseres Erachtens hauptsächlich das Problem

58 Siehe die Besprechungen des Buches in ZfG, 6. Jg. 1958, S. 1387 ff.; Das historisch-politische Buch, Nr. 8/1958, S. 228 f.; The Economic History Review, Sec. Series, Bd. XII, 1959, Nr. 1, S. 164 f.

59 Lewin, Günter, a. a. O., S. 614.

60 La Pensée, Nr. 114, 1964.

der asiatischen Produktionsweise, das tatsächlich, wie Kačanovskij bereits festgestellt hatte, in den Hintergrund rückte. Geblieben waren jedoch der weiterhin notwendige Gedankenaustausch und Meinungsstreit über die weit umfassendere Problematik der vorkapitalistischen Gesellschaftsformation (von der die Frage der asiatischen Produktionsweise nur ein Teil war), geblieben waren die wichtigen Fragen ihrer Periodisierung, der Übergänge usw. Darin sieht auch Kačanovskij weiterführende Perspektiven für die Diskussion (S. 89). Zu bedauern bleibt nur, daß die in der Ethnographisch-Archäologischen Zeitschrift veröffentlichten Diskussionsbeiträge unberücksichtigt blieben.

Der nächste Artikel, "Die Diskussion über die vorkapitalistischen Verhältnisse in China in den zwanziger und dreißiger Jahren" von A. G. Krymov, ist ebenfalls einem historiographischen Thema gewidmet. Er bringt eine zusammenfassende Darstellung der in diesem Zeitabschnitt unter den chinesischen Gelehrten geführten und keineswegs gradlinig, eher widerspruchsvoll verlaufenen Diskussion über Periodisierungsprobleme der chinesischen Geschichte sowie über den Charakter der Gesellschaftsordnungen im alten und modernen China (Ende des 19./erstes Drittel des 20. Jahrhunderts). Drei Dinge streicht Krymov heraus:

1. die sich unter dem Einfluß des historischen Materialismus (Verbreitung der Lehre von den Gesellschaftsformationen) ändernden methodologischen und methodischen Voraussetzungen der an der Diskussion beteiligten chinesischen Historiker;
2. die Überwindung der für die Agrarpolitik der KP Chinas schädlichen Konzeption der asiatischen Produktionsweise;
3. die Anfang der dreißiger Jahre von einigen chinesischen Historikern, die dabei von marxistischen Positionen ausgingen, vorgeschlagene Periodisierung der Geschichte Chinas (Sklavenhaltergesellschaft im alten China; es habe in der chinesischen Geschichte keine Formation der asiatischen Produktionsweise, auch nicht des "Handelskapitalismus" oder des "frühen Kapitalismus" usw. gegeben). Der Aufsatz enthält auch eine kurze Einschätzung der in Japan von 1931 bis 1936 geführten Diskussion über Periodisierungsfragen der Geschichte Chinas (S. 111 - 114).

Die beiden letzten Artikel des Sammelbandes, von I. M. D'jakonov und G. F. Il'jin verfaßt, unterscheiden sich von den drei vorausgehenden dadurch, daß hier ein Altorientalist und ein Indologe versuchen, die theoretischen Positionen ihrer Kollegen, die sie in den wesentlichen Punkten teilen, an Hand des konkreten historischen Faktenmaterials zu untermauern. Il'jins Aufsatz besteht aus zwei Hauptteilen. Im ersten setzt er sich mit den wichtigsten Kriterien auseinander, die die Verfechter der asiatischen Produktionsweise (insbesondere E. Varga) aufgestellt haben, im zweiten bemüht er sich um den Existenznachweis einer Sklavenhaltergesellschaft im alten Indien, wobei er als Quellengrundlage das Arthaśāstra des Kauṭilya, verschiedene Dharmaśāstras und einige buddhistische Werke benutzt.

Nach Il'jin lassen sich für die asiatische Produktionsweise drei Hauptthesen ihrer Verfechter herausarbeiten (S. 154):

1. das Überwiegen der künstlichen Bewässerung in der Landwirtschaft;
2. die wichtigste Funktion des Staates in den altorientalischen Ländern wäre der Bau von Bewässerungssystemen gewesen;
3. der Staat hätte ein Monopol auf das Bodeneigentum gehabt und ein Privateigentum an Boden hätte nicht existiert;
a) es wäre eine Dorfgemeindebauernschaft als ausgebeutete Grundklasse der

Gesellschaft nachweisbar,

- b) die despotische Monarchie sei die typische Form des Staatsaufbaus in den altorientalischen Ländern gewesen.

И'jin lehnt sowohl die These vom Feudalismus im alten Indien als auch der Herrschaft der asiatischen Produktionsweise in diesem Gebiet ab und stellt für die letztere Theorie zumindest drei Tatsachen fest:

1. Die Verfechter der asiatischen Produktionsweise beschränken ihre Theorie zu meist nur auf einige Stellen in den Werken von Marx und Engels, die niedergeschrieben wurden, als die Erforschung der altorientalischen Geschichte erst begann.
2. Die Vertreter der asiatischen Produktionsweise sind selbst untereinander nicht einig; eigentlich gibt es keine einheitliche Theorie einer asiatischen Produktionsweise, sondern die einzelnen Historiker legen dieser Theorie viele verschiedene Kriterien zugrunde bzw. ordnen den bekannten Kriterien verschiedene Wertigkeit zu. Deshalb ist eine Verständigung sogar unter diesen Historikern so schwierig.
3. Sie bleiben die Antwort auf die Frage schuldig, in welchen Ländern und in welchen Perioden die asiatische Produktionsweise existiert haben soll.

Dies vermögen sie in der Regel nicht mit Fakten zu untermauern (S. 154).

Zum ersten Kriterium bemerkt И'jin, es sei für das alte Indien und auch für andere Gebiete des Alten Orients eine unbewiesene Behauptung, daß die Landwirtschaft ganz von der künstlichen Bewässerung abhängig gewesen sei. Diese These treffe für Ägypten zu, allenfalls noch für Teile Mesopotamiens.⁶¹

In den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts habe der Anteil künstlich bewässerter Flächen nur 20 Prozent der Gesamtanbaufläche Indiens betragen. Ein großer Teil davon habe Wasser aus Bewässerungssystemen erhalten, die erst in den letzten hundert Jahren geschaffen worden waren. Im Iran betrage dieser Anteil nur den zehnten Teil der Fläche, in Syrien 8 Prozent, im Libanon 16 Prozent. Für die alte Zeit könne man eher noch einen geringeren Anteil künstlich bewässerter Flächen vermuten. In Indien seien eigentlich nur Belutschistan, Sindh und Westrajasthan auf künstliche Bewässerung angewiesen. In den Zentralgebieten, im Gangestal, in Bengalen, Bihar, Orissa und in Teilen Südindiens müßten die Bauern eher einen Kampf gegen das Wasser, gegen Überschwemmungen führen (S. 155).

Offenbar darf man auch das Kriterium der künstlichen Bewässerung nicht statisch betrachten. Die frühesten Staatengebilde, die Stadtstaaten des alten Sumer und die frühen Flußalkulturen anderer Gebiete scheinen - soweit es sich den Quellen entnehmen läßt - in der Tat wesentlich vom Vorhandensein eines künstlichen Bewässerungssystems abhängig gewesen zu sein. Mit der Einbeziehung weiterer Gebiete in die Zivilisation - Kleinasien, Iran, Zentralindien und dem Westteil Indiens - scheint das künstliche Bewässerungssystem nicht mehr die gleiche Bedeutung für die Aufrechterhaltung der politischen Herrschaft gehabt zu haben, denn diese Gebiete lagen außerhalb der eigentlichen Flußalkulturen. Die wichtigste organisatorische Funktion des Staates im Alten Orient war die Abschöpfung des Mehrprodukts im Interesse der herrschenden Klasse von den Ausgebeuteten und die Niederhaltung und Dämpfung der Klassenkonflikte; darin unterscheidet sich der Alte Orient nicht

61 Vgl. Bongard-Levin, G. M. / И'jin, G. F., *Drevnaja Indija. Istoričeskij očerk*, Moskau 1969, S. 540.

von der Antike. Die Behauptung, die wichtigste Funktion des Staates sei die Aufrechterhaltung des Bewässerungssystems gewesen, läßt sich für das alte Indien gar nicht belegen.

An dieser Stelle möchten wir auf die Anlage von Stauseen und größeren Kanälen verweisen, die vom Herrscher direkt geleitet und überwacht wurde⁶², aber die Masse der Quellen, besonders die Rechtsliteratur und die buddhistische Literatur berichten davon, daß der Bau von Bewässerungsanlagen und ihre Instandhaltung in den Händen von Gemeinden oder Privatpersonen lag (im letzteren Fall war dies oft mit Gewährung von Steuerfreiheit verbunden). Es gibt keine Hinweise auf die Existenz einer zentralen Behörde, die alle Arbeiten zur Bewässerung geleitet hätte. Das war offenbar keine indische Besonderheit. Der Unterhalt des Bewässerungssystems, soweit es die Koordinierung der Arbeiten anging, unterlag in Altbabylonien der Kontrolle des Staates. Der Unterhalt der einzelnen Abschnitte des Netzes war Sache der Dorfgemeinschaften, jedes Mitglied mußte dabei einen bestimmten Teil instandhalten, davon zeugen die §§ 53 bis 56 des Kodex Hammurabi.

Problematisch erscheint uns die Behauptung der Verfechter der asiatischen Produktionsweise, im Alten Orient habe kein Privateigentum und speziell keines an Grund und Boden existiert. Es ist bleibendes Verdienst D'jakonovs, daß er als erster mit Hilfe mesopotamischen Quellenmaterials bewies, daß kein Obereigentumsanspruch des Herrschers am gesamten Grund und Boden existiert hat.⁶³ Wohl gab es ein Monopol altorientalischer Herrscher auf bestimmte Kategorien des Bodens, im alten Indien war zum Beispiel neuerobertes Gebiet Königsland, des weiteren waren herrenloses Land, Land von Staatsverbrechern, Teile unbauten Landes und bestimmte Waldgebiete Königsmonopol. Auch säkularisiertes Kloster- oder Tempelland fiel wieder an den König. Dieses Monopol gliederte sich aber in eine Reihe anderer ein, wie zum Beispiel das Schatzfundmonopol, das Salz-, das Außenhandelsmonopol und andere. Diese königlichen Monopole lassen sich in einer ganzen Reihe altorientalischer Staaten nachweisen, zum Beispiel auch im ptolemäischen Ägypten.⁶⁴

Interessant sind Il'jins Ausführungen zur indischen Dorfgemeinde, die unseres Erachtens in dieser Konsequenz nur in der sowjetischen Indologie ausgesprochen wurden. Il'jin sagt, daß eine Gegenüberstellung der orientalischen und okzidentalen Länder auf der Grundlage, daß im Orient die Dorfgemeinde für die gesellschaftliche Struktur charakteristisch sei, im Westen dagegen nicht, völlig undiskutabel sei: Nach Il'jin unterscheiden sich in dieser Frage Osten und Westen nicht prinzipiell (S. 157). Wenn man von der territorialen Dorfgemeinde als einem wichtigen Strukturelement in Indien oder Mesopotamien sprechen könne, so spiele sie im alten Ägypten keine wesentliche Rolle, unter den Ägyptologen sei man sich sogar bis heute nicht einig, ob es sie im pharaonischen Ägypten überhaupt gegeben habe. Nach Il'jin hat es in Europa die Dorfgemeinde nicht nur bei Germanen und Kelten gegeben, auch die antike Polis sei dem Wesen nach eine "gorodskaja

62 Vgl. ebenda, S. 541.

63 Vgl. D'jakonov, I. M., Obscina na drevnem Vostoke v rabotach sovetskich issledovatelej, in: Vestnik drevnej istorii (VDI), Nr. 1/1963; vgl. auch weitere Aufsätze in VDI.

64 Vgl. Härtel, Gottfried, Bemerkungen zu sozialökonomischen Fragen im ptolemäischen Ägypten, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität, Sprach- und gesellschaftswiss. Reihe, Nr. 2/1962, S. 422 f.

obščina" (städtische Gemeinde) (S. 157). Dorfgemeinden - das möchten die Rezensenten zu bedenken geben - sind in der Geschichte aller altorientalischen Länder in den Quellen schwer zu erfassen. Wo es gelingt, treten sie uns in den entwickelten Klassengesellschaften als Territorialgemeinden entgegen, in der sich gentile Reste höchstens in Form einer Art "Allmende" erhielten. Die Ältestenräte und Dorfversammlungen, die manchmal erwähnt werden, sind klassengesellschaftlich strukturiert, das heißt, sie werden von der Oberschicht, den wirtschaftlich Stärksten des Dorfes, gestellt. Die "orientalische" Dorfgemeinde gibt es ebensowenig wie "die" indische Dorfgemeinde. Einen einheitlichen Dorfgemeindetyp gab es nicht einmal im alten Indien. Nach П'jin reichte die Typologie der Dorfgemeinde von der territorial organisierten Nachbarschaftsgemeinde bis zur gentilen Gemeinschaft, die durch blutsverwandtschaftliche Verhältnisse geprägt war (S. 158). In Indien habe eine Bauernschaft existiert, die in Dorfgemeinden lebte, aber sie sei keine nach dem Muster der asiatischen Produktionsweise ausgeübete Grundklasse der Gesellschaft gewesen. Die Dorfgemeindebauern hatten Eigentumsrechte auf alle hauptsächlichsten Produktionsmittel, den Boden, Arbeitsgeräte, Sklaven, Vieh, deshalb sei die Bodensteuer, die die Dorfgemeindebauern dem Staat zahlten, keine Form der direkten Ausbeutung, meint П'jin (S. 157). Diese Dorfgemeindebauernschaft war in der Tat so heterogen strukturiert, daß wir sie niemals als einheitliche Klasse betrachten können, es gab große und kleine Grundbesitzer, Landarbeiter und abhängige Schichten in den Dörfern der altindischen Gesellschaft.

Zum letzten Punkt der Kriterien einer asiatischen Produktionsweise, der despotischen Monarchie, bemerkt П'jin, daß diese Staatsform für das alte Indien keineswegs typisch sei, sondern vielmehr erst am Ende des indischen Altertums zur vorherrschenden Form wurde (S. 158).

Es scheint den Rezensenten unumgänglich zu sein, sich an dieser Stelle mit dem Problem des Privateigentums an Grund und Boden im Alten Orient an Hand konkreten Materials auseinanderzusetzen, da es auch in den Aufsätzen von П'jin und Д'яковов eine zentrale Stelle einnimmt.

П'jin schreibt, daß es in den verschiedenen altindischen Staaten sicher Überreste aus der Gentilgesellschaft gab, vor allem, was das Eigentumsrecht am Boden anging. In den entwickelten Gebieten jedoch - und darauf sollte sich unsere Aufmerksamkeit konzentrieren - gab es bereits zur Maurya-Zeit Privateigentum an Land. Der Boden konnte verkauft, gekauft, vererbt, verpfändet und verschenkt werden (S. 157).

Im 3. Jahrhundert v. u. Z. spielte die Familiengemeinschaft noch eine große Rolle. In der Regel war der Familienvorstand der eigentliche Eigentümer des Landes, nur er hatte die genannten Rechte am Boden. Frauen und auch die bereits erwachsenen Söhne und Töchter waren in dieser Frage von der Entscheidung des Familienvorstandes abhängig. Das war keine typisch indische Erscheinung, sondern galt in den anderen altorientalischen und antiken Staaten gleichermaßen als Rechtsgrundsatz, der erst mit dem Zerfall dieser Familiengemeinschaften - im alten Indien zum Beispiel in den ersten Jahrhunderten u. Z. - gelockert wurde.

Reste von Gemeineigentum erhielten sich auch noch in den entwickelten Gebieten des Nordwestens, des westlichen Küstengebiets und des Gangestales in der Form, daß die Dorfgemeindemitglieder über Weide, Wald und auch Gewässer gemeinschaftliche Eigentumsrechte besaßen, die sie gegen Eingriffe des Staates auch verteidigten (Manu IX, 44, Kautilya III, 9, Milidapanha 26, 219).⁶⁵

Abgesehen von der potestas patriae gibt es aber Anhaltspunkte dafür, daß dieses altindische Privateigentum an Boden Gemeinsamkeiten mit dem griechischen Poliseigentum hatte. Beide waren offensichtlich ein in die Gemeinde eingebundenes und mit der Zugehörigkeit zur Gemeinde gekoppeltes Privateigentum. Die indische Dorfgemeinde der Maurya- und Nach-Maurya-Zeit hatte gewisse Einspruchsrechte beim Verkauf von Liegenschaften (Kauṭilya III, 9). Vollberechtigte Gemeindemitglieder waren nur die "Hausväter" (kuṭumbins oder gahapatis), die Landeigentum innerhalb der Dorfgemeinde besaßen. Man darf wohl formulieren, daß das Privateigentum die Zugehörigkeit zu einer Gemeinde voraussetzte. In den ersten Jahrhunderten u. Z. gehen dann zwei Prozesse vor sich, die entscheidenden Einfluß auf die Weiterentwicklung des Privateigentums haben, und zwar die Lockerung der Familiengemeinschaft und die Auflösung der gebundenen Form des Privateigentums. Sicher ist der zeitliche Ansatz für diese Lockerung der Gebundenheit des Privateigentums in den Ländern des Alten Orients verschieden. Il'jin meint, beim Vergleich der alten Gesellschaften des Ostens und Westens scheine es, als ob das Privateigentum an Boden in den Ländern des Ostens bei weitem früher als in Europa entstanden sei und Elemente des Stammes- und Gemeindeigentums an Boden (zum Beispiel beim Poliseigentum) sich in den europäischen Ländern sogar beständiger erhalten hätten als in den orientalischen (S. 157). Im gesamtorientalischen Rahmen und besonders im Hinblick auf den mesopotamischen Bereich kann man diese These durchaus unterstützen. Wir werden später darauf zurückkommen. Wichtiger scheint der erste Aspekt dieser These zu sein, der den Entstehungsprozeß des Privateigentums hervorhebt. Es gibt eine Reihe von Historikern, die zwar von der Entwicklung des Privateigentums sprechen, sie aber nur auf die Antike beschränken, für den Orient dagegen leugnen. Offenbar ist es auch noch ungenügend untersucht, in welchen Etappen dieser Entwicklungsprozeß vor sich ging. Solange man die Entstehung von Privateigentum an Boden im Alten Orient verneint, umgeht man jede Untersuchung dieser Frage.

Für die antike Gesellschaft hat Engels in seinem "Ursprung der Familie ..." dies herausgearbeitet.⁶⁶ Unserer Meinung nach treffen die dort genannten Etappen und Kriterien auch für die Entwicklung des Privateigentums im Alten Orient zu, natürlich in spezifischer Form und entsprechend den Bedingungen der frühen altorientalischen Gesellschaften. Jakobson hat eine brauchbare Theorie über die Entstehungsetappen des Privateigentums im Alten Orient geliefert. Danach kann man theoretisch folgende Entwicklungsstadien verfolgen⁶⁷:

1. der Boden als Eigentum des Gottes der Gemeinschaft
2. der Boden als Eigentum der Gemeinde selbst
3. der Boden als Eigentum eines Clans oder einer Familiengemeinschaft innerhalb der Gemeinde
4. der Boden als Privateigentum einer individuellen Familie in Gestalt des Patriarchen

⁶⁵ Manava-Dharma-Śāstra. The Code of Manu, hg. v. J. Jolly, London 1887; Kauṭilyam Arthaśāstram. The Arthaśāstra of Kauṭilya, hg. v. R. Shama Sastri, Mysore 1909 = Bibliotheca Sanscrita XXXVII; The Milindapanha, hg. v. V. Trenckner, London 1880.

⁶⁶ Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, a. a. O.

⁶⁷ Vgl. Jakobson, V. A., Some Problems Connected with the Rise of Landed Property (Old Babylonian Period), in: Schriften zur Geschichte und Kultur des Alten Orients (Beiträge zur sozialen Struktur des Alten Orients) (im folgenden: SGKAO), Bd. 1, Berlin 1971, S. 33.

5. der Boden als Privateigentum eines Individuums.

Dieser Prozeß war keine ununterbrochene Entwicklung von einem Stadium zum nächsten, sondern es gab dabei viele Umwege und auch rückwärtsgerichtete Bewegungen. Die Tendenz zur Herausbildung des Privateigentums ergab sich in den Perioden am stärksten, in denen Geldwirtschaft und Warenproduktion im Wachsen begriffen waren.⁶⁸

Nach D'jakonov existierte in den Staaten der alten Welt, gleich welcher Staatsform, kein Eigentum des Herrschers am gesamten Grund und Boden des Staates, sondern es gab nur einzelne staatliche Ländereien. Innerhalb des staatlichen Bodenfonds bildete die staatliche Wirtschaft einen besonderen ökonomischen Sektor der Gesellschaft (S. 132). Diesem staatlichen Bodenfonds stand der Gemeindefonds (vom Standpunkt des Eigentums aus betrachtet) oder der private Sektor (vom Typ der Führung dieser Wirtschaften her) gegenüber. Unter "privat" versteht D'jakonov nicht individuell, sondern "nichtstaatlich". Das Eigentum der Dorfgemeinden und ihrer Mitglieder war vollkommen unabhängig vom Eigentum des Staates (S. 132).

Jusifov untersuchte an Hand einer großen Zahl von Urkunden die sozial-ökonomischen Verhältnisse im Elam des II. Jahrtausends v. u. Z. und kam dabei zu folgenden bemerkenswerten Ergebnissen: "Die Dorfgemeinde als Organisation des kollektiven Grundeigentums mit der für sie charakteristischen Form des Grundbesitzes war im 2. Jahrtausend augenscheinlich zerstört."⁶⁹ Als Ursache dafür sieht Jusifov die Differenzierung der Eigentumsverhältnisse in den Dorfgemeinschaften an. Diese wiederum wird nach Engels dadurch hervorgerufen, daß "der Verkehr mit der Außenwelt in ihrem Innern die Vermögensunterschiede erzeugt, infolge deren ihre Auflösung eintritt."⁷⁰ Als der Grundbesitz der Gemeinde verfiel, wurde die Hausgemeinschaft die wesentliche wirtschaftliche Einheit, wobei die Charakteristika der alten Dorfgemeinschaft auf die Hausgemeinschaft übergingen. Jusifov stellt fest: "Wenn die Dorfgemeinschaft auf dem gemeinsamen Grundbesitz beruhte und folglich letzten Endes auf der kollektiven Bearbeitung des Bodens, so waren dieselben Züge auch für die Hausgemeinschaft charakteristisch."⁷¹

Die Hausgemeinschaft umfaßte Mitglieder, zwischen denen verwandtschaftliche Beziehungen bestanden, aber auch bereits Menschen, die nicht durch solche Beziehungen verbunden waren.

Wenn auch der Boden gemeinsam bearbeitet wurde, so erfolgte doch die Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte bald nicht mehr kollektiv, sondern es entstand sehr rasch die private Form der Aneignung. Diese private Aneignung und das Auftreten von Produktionsüberschüssen hatten die Akkumulation von Reichtum im Gefolge - das Silber als Geldäquivalent begann seine Rolle zu spielen, und damit waren alle Voraussetzungen für eine Differenzierung der Besitzverhältnisse innerhalb der Hausgemeinschaft gegeben. Engels sagt: "Die Einführung und Verbreitung des Metallgeldes ... ist stets mit einer langsamern oder schnellern Umwälzung der bisherigen Verteilung verbunden, und zwar so, daß

68 Vgl. ebenda, S. 35.

69 Jusifov, J. B., Zu den sozialökonomischen Verhältnissen in Elam, in: ebenda, S. 61.

70 Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft ("Anti-Dühring"), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 138.

71 Jusifov, J. B., a. a. O., S. 62.

die Ungleichheit der Verteilung unter den einzelnen, also der Gegensatz von reich und arm, mehr und mehr gesteigert wird. "72

Die Hausgemeinschaft zerfiel von nun an, in ihr entwickelte sich der private Sektor der Wirtschaft. Der entstehende Privatbesitz löste sich mehr und mehr von der Hausgemeinschaft. Dieser Sektor entwickelte sich in Elam so stark, daß er in den staatlichen Sektor eindrang. "73

Diese Veränderungen innerhalb des hausgemeinschaftlichen Wirtschaftssektors in Gemeinschaft mit der Herausbildung des staatlichen und privaten Sektors in Elam bewirkten Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung - die Sklaverei wurde zu einem wesentlichen Faktor altelamischer Gesellschaft.

Im "Ursprung der Familie ..." sagt Engels, daß auf einer "ziemlich frühen Entwicklungsstufe der Produktion die menschliche Arbeitskraft befähigt wird, ein beträchtlich größeres Produkt zu liefern, als zum Unterhalt der Produzenten erforderlich ist ... "74

Arbeitsteilung und Austausch zwischen einzelnen kamen auf. "Es dauerte nun nicht lange mehr, bis die große 'Wahrheit' entdeckt wurde, daß auch der Mensch eine Ware sein kann; daß die menschliche Kraft austauschbar und vernutzbar ist, indem man den Menschen in einen Sklaven verwandelt. "75

Im Elam des II. Jahrtausends v. u. Z. gab es nach Jusifov in allen drei Hauptbereichen der Wirtschaft, im staatlichen, im hausgemeinschaftlichen und im Tempelsektor, die Anwendung von Sklavenarbeit bzw. von Arbeit anderer halbabhängiger Gruppen der Bevölkerung. Das mußte die soziale Differenzierung weiter vorantreiben, besonders unter der noch freien Bevölkerung, und die ökonomisch stärkeren Schichten bevorzugen. Klengel schreibt in seinen Untersuchungen zur altbabylonischen Dienstmiete: "Es scheint, daß die wachsende Bedeutung des Silberäquivalents und die Existenz einer größeren Zahl von Arbeitskräften, die auch insofern 'frei' waren, als sie über keine Produktionsmittel verfügten, den ökonomisch stärkeren privaten Eigentümer begünstigten und dadurch wiederum zu einer Beschleunigung der sozialen Differenzierung beitrugen. "76 Weiter meint Klengel, daß in der altbabylonischen Gesellschaft "der private Eigentümer zum ersten Mal deutlich als ein wesentlicher Faktor im Wirtschaftsleben hervortritt. "77 Zu den hier geschilderten Entwicklungstendenzen kommt noch eine Reihe von Merkmalen hinzu, zum Beispiel die Entstehung des Wucherwesens und der Kaufmannschaft. Dandamaev stellt fest, daß sich zu Beginn des II. Jahrtausends v. u. Z. die tamkaru in selbständige, berufsmäßige Kaufleute verwandeln. Sie treten in Urkunden aus Larsa oft als Zeugen bei sehr verschiedenartigen Geschäftsverträgen auf, bei An- und Verkauf von Häusern, Gärten, Wiesen, Vieh und Sklaven. "78 In Urkunden des I. Jahrtausends v. u. Z. gewährten

72 Engels, Friedrich, *Anti-Dühring*, a. a. O., S. 137.

73 Jusifov, J. B., a. a. O., S. 65.

74 Engels, Friedrich, *Der Ursprung der Familie ...*, a. a. O., S. 170.

75 Ebenda.

76 Klengel, H., *Soziale Aspekte der altbabylonischen Dienstmiete*, in: SGKAO, a. a. O., S. 51.

77 Ebenda, S. 52.

78 Vgl. Dandamaev, M. A., *Die Rolle des tamkarum in Babylonien im 2. und 1. Jahrtausend v. u. Z.*, in: SGKAO, a. a. O., S. 69.

sie Darlehen, verliehen Geld, aber auch Naturalien wie Getreide, Öl usw. gegen Zinsen und waren Großgrundbesitzer. Für die Entstehung des Wucherwesens bieten uns die Tontafelinschriften und die Kodizes des Zweistromlandes im II. und I. Jahrtausend v. u. Z. reiches Material. Im II. Jahrtausend v. u. Z. hatte der Alte Orient in den am weitesten entwickelten Gebieten des Zweistromlandes eine gesellschaftliche Entwicklungsstufe erreicht, für die Engels' Charakterisierung zutrifft: "Die Stufe der Warenproduktion, womit die Zivilisation beginnt, wird ökonomisch bezeichnet durch die Einführung 1. des Metallgeldes, damit des Geldkapitals, des Zinses und Wuchers; 2. der Kaufleute als vermittelnder Klasse zwischen den Produzenten; 3. des Privatgrundeigentums und der Hypothek und 4. der Sklavenarbeit als herrschender Produktionsform."⁷⁹

Bei allen diesen Merkmalen ist die Entstehung des privaten Grundeigentums noch immer das umstrittenste Element. Engels weist immer wieder auf die enge Beziehung zwischen Warenproduktion, Geldwirtschaft und Entstehung des Privatgrundeigentums hin. "Hat die Waren produzierende Gesellschaft die den Waren, als solchen, inhärente Wertform weiterentwickelt zur Geldform, so brechen bereits verschiedene der im Wert noch verborgenen Keime an den Tag."⁸⁰ Es kommt zur Verallgemeinerung der Warenform, selbst die zum Eigenverbrauch produzierten Gegenstände erhalten durch das Geld Warenform. "Damit dringt die Warenform und das Geld ein in den innern Haushalt der zur Produktion unmittelbar vergesellschafteten Gemeinwesen, bricht ein Band der Gemeinschaft nach dem andern und löst das Gemeinwesen auf in einen Haufen von Privatproduzenten. Das Geld setzt zuerst ... an die Stelle der gemeinsamen Bodenbebauung die Einzelkultur; später löst es das noch in zeitweilig wiederholter Umteilung zutage tretende gemeinsame Eigentum am Ackerland auf durch endgültige Aufteilung ...; endlich drängt es zur Verteilung des noch übrigen gemeinsamen Wald- und Weidbesitzes. Welche andern, in der Entwicklung der Produktion begründeten Ursachen auch hier mitarbeiten, das Geld bleibt immer das mächtigste Mittel ihrer Einwirkung auf die Gemeinwesen."⁸¹

Wir hatten skizziert, daß sich im II. und I. Jahrtausend v. u. Z. bedeutende Entwicklungen auf sozialökonomischem Gebiet in Mesopotamien und den angrenzenden Gebieten vollzogen, die sich unbedingt auf die Herausbildung des Privateigentums an Boden ausgewirkt haben müssen. "Überall, wo das Privateigentum sich herausbildet, geschieht dies infolge veränderter Produktions- und Austauschverhältnisse, im Interesse der Steigerung der Produktion und der Förderung des Verkehrs - also aus ökonomischen Ursachen."⁸² Wir wiesen eingangs darauf hin, daß dieses altorientalische Privateigentum seine Besonderheiten hatte, daß sich in bestimmten Zeitepochen und in bestimmten Gebieten Überreste der vergangenen Gesellschaftsformation zeigten (nicht zuletzt verursacht durch die häufige Überlagerung noch in Urgemeinschaft lebender Stämme über die Klassengesellschaften). Es ist wohl die Frage, welche Kriterien wir der Kategorie Privateigentum zuweisen. Unseres Erachtens gibt es kein Privateigentum an sich. Jede antagonistische Formation hat die ihr adäquate Form des Privateigentums entwickelt, wobei durchaus noch innerhalb der Klassengesellschaften einer Formation Varianten des Privateigentums zu beobachten sind. Welthistorisch gesehen, hat das Privateigentum sich von primitiven zu höheren Formen entwickelt, seine

79 Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, a. a. O., S. 170.

80 Derselbe, Anti-Dühring, a. a. O., S. 289.

81 Ebenda, S. 289 f.

82 Ebenda, S. 150 f.

höchste Form ist das kapitalistische Privateigentum, das sich nicht mehr weiterentwickeln kann, sondern revolutionär überwunden werden muß.

Wir können D'jakonov nicht folgen, wenn er erklärt: "Volles Privateigentum kennt das Altertum im Grunde nicht." (S. 132) Was versteht er hier unter "vollem Privateigentum"? Wenn man dafür die entwickeltste Form des Privateigentums, die privatkapitalistische, unterstellt, so kann man diese im Alten Orient und in der Antike selbstverständlich nicht finden. Engels schreibt in bezug auf antike Verhältnisse: "Neben den Reichtum an Waren und Sklaven, neben den Geldreichtum trat nun auch der Reichtum an Grundbesitz. Das Besitzrecht der einzelnen an den ihnen ursprünglich von Gens oder Stamm überlassenen Bodenparzellen hatte sich jetzt so weit befestigt, daß diese Parzellen ihnen erbeigentümlich gehörten."⁸³

Erst nachdem die letzten Anrechte der Gentilgenossen an der Bodenparzelle beseitigt wurden, konnte sich Grundeigentum entwickeln. "Volles, freies Eigentum am Boden, das hieß nicht nur Möglichkeit, den Boden unverkürzt und unbeschränkt zu besitzen, das hieß auch Möglichkeit, ihn zu veräußern ... Als aber der neue Grundbesitzer die Fessel des Obereigentums der Gens und des Stamms endgültig abstreifte, zerriß er auch das Band, das ihn bisher unlöslich mit dem Boden verknüpft hatte. Was das hieß, wurde ihm klargemacht durch das mit dem Privateigentum gleichzeitig erfundene Geld. Der Boden konnte nun Ware werden, die man verkauft und verpfändet."⁸⁴

Jakobson ist jedoch der Ansicht, daß im Alten Orient die Landveräußerung nie ein normaler kommerzieller Vorgang war wie etwa der Verkauf von Vieh oder Sklaven. Er wäre auch kein völlig freier Vorgang gewesen, sondern fast immer Resultat ökonomischen Drucks.⁸⁵ Im Alten Orient war Land nach Jakobson keine freie Ware wie andere Immobilien, dies sei nur dann der Fall "when the vendor is free to choose the way to invest his capital, whether in land which he can buy, or in any kind of commercial undertaking."⁸⁶

Das Land war im Alten Orient und in der Antike das wichtigste Produktionsmittel, Landwirtschaft der wichtigste Produktionszweig unter den Bedingungen der doch weitgehend vorherrschenden Naturalwirtschaft. Schon aus diesem Grunde ist die Veräußerung von Grund und Boden das letzte Mittel für den Produzenten. Wir haben aus allen Gebieten des Alten Orients Urkunden darüber, daß der freie Produzent eher seine Kinder und seine Ehefrau verkauft und sich selbst in Abhängigkeit begibt, ehe er seinen Boden hergab.

Aus der Tatsache, daß Landverkauf häufig durch Verschuldung und andere Formen ökonomischen und außerökonomischen Drucks vorkam, können wir nicht ohne weiteres schließen, daß Land nicht zur Ware und auch zum Spekulationsobjekt hätte werden können. Dandamaev schreibt, daß die Wirtschaftsstruktur im Neubabylonischen Reich im 7. bis 5. Jahrhundert v. u. Z. durch die Herrschaft mächtiger Geschäftshäuser gekennzeichnet war. Diese Geschäftshäuser verfügten neben anderen Immobilien auch über große Ländereien. Das Haus Egibi wirkte zum Beispiel noch unter den Achämenidenkönigen fort und verkaufte, kaufte und tauschte Häuser, Felder und Sklaven.⁸⁷ Auch im alten Indien waren Kaufleute

83 Derselbe, Der Ursprung der Familie, a. a. O., S. 162.

84 Ebenda.

85 Vgl. Jakobson, V. A., a. a. O., S. 35.

86 Ebenda.

87 Dandamaev, M. A., a. a. O., S. 77.

sehr oft Großgrundbesitzer (Jāt. II, 276).⁸⁸

Eine ganz andere Frage scheint uns zu sein, inwieweit sich dieser Prozeß entfalten konnte. Hier war es sicher wie mit der Warenproduktion in der alten Gesellschaft. Die Verwandlung des Grund und Bodens in Ware wird nie zum bestimmenden Element der altorientalischen Gesellschaft, auch nicht in der antiken, sie bleibt sporadisch und findet ihre Grenzen in der Unentwickeltheit der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse.

Sicher müssen wir für die altorientalischen Verhältnisse anerkennen, daß die Form des Privateigentums vorherrschte, die Marx als "das selbsterarbeitete, sozusagen auf Verwachsung des einzelnen, unabhängigen Arbeitsindividuums mit seinen Arbeitsbedingungen beruhende Privateigentum"⁸⁹ bezeichnete, das Privateigentum des kleinen Bauern und Handwerkers.

Dieses Privateigentum existiert nur in engen naturwüchsigen Schranken der Produktion und Gesellschaft und schließt eine Zersplitterung der Produktionsmittel und besonders des Grund und Bodens in sich ein. Marx schreibt: "Das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln ist die Grundlage des Kleinbetriebs, der Kleinbetrieb eine notwendige Bedingung für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und der freien Individualität des Arbeiters selbst. Allerdings existiert diese Produktionsweise auch innerhalb der Sklaverei, Leibeigenschaft und anderer Abhängigkeitsverhältnisse."⁹⁰

Marx weist an gleicher Stelle diesem individuellen, auf eigene Arbeit gegründeten Privateigentum einen langen Entwicklungsweg bis zu seiner "adäquaten klassischen Form"⁹¹ nach. Außerdem betrachtet Marx dieses individuelle Privateigentum, sich darstellend in der kleinen Bauernwirtschaft und im unabhängigen Handwerksbetrieb, als "ökonomische Grundlage der klassischen Gemeinwesen zu ihrer besten Zeit, nachdem sich das ursprünglich orientalische Gemeineigentum aufgelöst und bevor sich die Sklaverei der Produktion ernsthaft bemächtigt hat."⁹²

Es konnte in den letzten Jahren auf Grund zahlreichen neuen Quellenmaterials für die entwickeltsten Gebiete des Alten Orients nachgewiesen werden, daß im II. Jahrtausend v. u. Z. dort das Gemeineigentum vom entstehenden Privateigentum verdrängt wird, wobei es zeitlich in den einzelnen Ländern große Unterschiede gibt. Für Indien müßte man diesen Prozeß in die erste Hälfte des ersten Jahrhunderts v. u. Z. verlegen. Erst kürzlich hat Bongard-Levin sehr überzeugend dargestellt, daß im alten Indien in dieser Zeit drei Arten von Landeigentum existierten, Staats- bzw. Königseigentum, Privat- und Gemeineigentum, wobei die Wertigkeit der einzelnen Eigentumsarten in den verschiedenen historischen Perioden sich verändert habe. Als allgemeine Tendenz weist Bongard-Levin nach, daß das private und das königliche Landeigentum auf Kosten des Gemeineigentums stetig angewachsen sei.⁹³

88 Jātakam. Das Buch der Erzählungen aus den früheren Existenzen Buddhas, übers. v. J. Dutoit, 7 Bde., Leipzig 1912 ff.

89 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 790.

90 Ebenda, S. 789.

91 Ebenda.

92 Ebenda, S. 354, Anm. 24.

93 Bongard-Levin, G. M., K probleme zemel'noj sobstvennosti v drevnej Indii, in: VDI, Nr. 2/1973, S. 26.

Nach dem, was wir heute über die Geschichte des Alten Orients wissen, ist die Entwicklung auch hier über die Phase hinausgegangen, in der das individuelle Privateigentum dominierte. Aber dabei ergeben sich zahlreiche Fragen, die bisher nicht befriedigend gelöst werden konnten. Kam es auch in den altorientalischen Ländern (vielleicht im Zusammenhang mit dem Hellenismus zu sehen) zur Entwicklung des antiken, auf Sklavereiverhältnissen beruhenden Privateigentums? Wurde im Alten Orient die Sklaverei Grundlage der Produktion in den am weitesten fortgeschrittenen Gebieten? Oder hat sich im Alten Orient eine vom individuellen Privateigentum und von dem antiken, auf Sklaverei beruhenden Privateigentum verschiedene Form des Privateigentums entwickelt und welches sind seine Kriterien? Die Frage des Privateigentums im Alten Orient ist nicht von einer genauen Analyse der sozialen Beziehungen und der Klassenverhältnisse zu trennen. Hier können uns nur konkrete Untersuchungen an Hand des Quellenmaterials der einzelnen Gebiete und Epochen des Alten Orients weiterhelfen.

Betriebsgeschichte

DIE GESCHICHTE DER DDR - EINE GRÜNDLAGE DER BETRIEBSGESCHICHTE⁺

von Karl Reißig

1. Einleitung
2. Geschichte der DDR und Betriebsgeschichte
3. Zur Periodisierung der Geschichte der DDR
4. Etappen der Verankerung der DDR im sozialistischen Weltsystem
5. Zur geschichtlichen Entwicklung der Arbeiterklasse
6. Schlußbemerkung

1. Einleitung

Ein Jahr nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik schrieb ihr erster Präsident, Wilhelm Pieck, in einem Artikel in der "Einheit": "In unserer Republik haben in der Tat Millionen schaffender Menschen begonnen, selbständig Geschichte zu machen."¹ Dieser geschichtsbildenden Kraft der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen, die durch ihre soziale Befreiung freigesetzt und von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands organisiert und geführt wurden, ist es zu danken, daß die DDR heute ein stabiler, in aller Welt geachteter und anerkannter Staat ist. Heute, ein Vierteljahrhundert nach dem entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Volkes, ist es nicht nur leichter, die Staatsgründung und ihre historischen Wirkungen einzuschätzen, es ist auch Bedürfnis und Notwendigkeit geworden, den größten revolutionären Umbruch in der Geschichte unseres Landes zu erforschen, nachzuzeichnen und bewußt zu machen.

Bereits in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre entstand eine frühe, in mancher Hinsicht noch nicht genügend ausgereifte, aber bahnbrechende Literatur über die Geschichte des Werdens und der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik. In den sechziger Jahren wurde die Geschichte der DDR in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus umfassender erforscht und in einer Reihe von Lehrbüchern und Monographien aufgezeichnet. Seitdem nimmt die Geschichte der DDR in unserem marxistisch-leninistischen Geschichtsbild einen festen Platz ein, der in der Proportion der zeitlichen Gliederung an Umfang zu-

⁺ Referat, gehalten am 9. Mai 1974 auf der 2. Konferenz der Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR in Karl-Marx-Stadt.

¹ Pieck, Wilhelm, Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908-1950, Bd. 2, 3. Aufl. Berlin 1952, S. 569.

nimmt und seit Beginn der siebziger Jahre durch die tiefere Erschließung des Inhalts, des Verlaufs und der Quellen des Geschichtsprozesses eine neue Qualität erhält.

Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED sagte Erich Honecker: "Unsere Partei hat stets wichtige Schlüsse aus dem Kampf der deutschen Arbeiterbewegung gezogen und die revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse und des Volkes hochgehalten. Der Erforschung und dem Studium der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wollen wir auch künftig große Aufmerksamkeit schenken."² Der VIII. Parteitag der SED hat den Historikern der DDR konzeptionelle Erkenntnisse vermittelt, die zu einer wesentlichen Weiterentwicklung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes führen. Die Geschichte der neuesten Zeit nach 1945 betreffend, handelt es sich um zahlreiche historische Prozesse und Grundlinien, die geschichtswissenschaftlich tiefer und auch teilweise neu erschlossen wurde oder noch zu erschließen sind.³

Das Verhältnis von Nationalem und Internationalem wurde insbesondere in der Darstellung der Geschichte nach 1945 konzeptionell weiterführend erfaßt und wird im Detail konkreter gezeigt. Hierbei wurden die Etappen der immer festeren Verankerung der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft charakterisiert. Die Erkenntnis der Tatsachen, daß die Geschichte über die nationale Frage entschieden hat, daß sich in der DDR die sozialistische Nation entwickelt, daß

2 Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, in: Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1971, S. 112.

3 Vgl. u. a. Badstübner, Rolf, Zum Problem des einheitlichen revolutionären Prozesses auf dem Gebiet der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Nr. 11/1973, S. 1325 ff.; Bartel, Horst/Schmidt, Walter, Neue Probleme der Geschichtswissenschaft in der DDR. Zur bisherigen Auswertung des VIII. Parteitages der SED durch die Historiker der DDR, in: ebenda, Nr. 7/1972, S. 797 ff.; Diehl, Ernst/Wimmer, Walter/Zimmermann, Fritz, Erfahrungen und Erfordernisse. Zur Arbeit der Parteihistoriker bei der Durchführung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 3/1972, S. 355; Diehl, Ernst, Geschichtswissenschaft der DDR im revolutionären Weltprozeß, in: Einheit, Nr. 1/1973, S. 54 ff.; derselbe, Die Geschichte des deutschen Volkes im welthistorischen Prozeß, in: ZfG, Nr. 3/1973, S. 272 ff.; Falk, Waltraud, Der Beginn des planmäßigen Aufbaus des Sozialismus in der DDR - Bestandteil des revolutionären Weltprozesses. Probleme der Wertung der historischen Umwälzung in der DDR, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 6/1972, S. 954 ff.; Heitzer, Heinz, Neue Probleme der Erforschung der Geschichte der DDR, in: ZfG, Nr. 8/1972, S. 954 ff.; Kosing, Alfred/Schmidt, Walter, Zur Herausbildung der sozialistischen Nation in der DDR, in: Einheit, Nr. 2/1972, S. 179 ff.; Reißig, Karl, Zur Geschichte der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 3/1973, S. 426 ff.; derselbe, Zur Geschichte der DDR als Bestandteil der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, Nr. 3/1974, S. 193 ff.; Stöckigt, Rolf, Probleme des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus - der historische Platz der Gründung der DDR, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 3/1973, S. 415 ff.

in der BRD die alte kapitalistische Nation fortbesteht, daß der Prozeß der Abgrenzung zwischen den beiden entgegengesetzten Staats- und Gesellschaftsordnungen seinen völkerrechtlichen Abschluß gefunden hat, zog auch Konsequenzen für die Geschichtsschreibung der DDR nach sich. Aus der Sicht abgeschlossener historischer Prozesse war es möglich und notwendig, das Verhältnis von antifaschistischer, antiimperialistisch-demokratischer Umwälzung und sozialistischer Revolution enger zu fassen, ihre Dialektik besser zu erschließen und die Einleitung sowie den Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus präziser zu bestimmen. Die Charakteristik des sozialen Wesens der entwickelten sozialistischen Gesellschaft durch den VIII. Parteitag der SED und der Klassencharakter der Politik zur Verwirklichung der Hauptaufgabe zogen Rückschlüsse nach sich, die Rolle der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen bei der Darstellung des Geschichtsprozesses in höherer Qualität nachzuzeichnen. Weiterführende Forschungen ermöglichen es, das Bild von der Geschichte der Entstehung und Entwicklung der DDR komplexer darzustellen und alle wesentlichen Bereiche der Gesellschaft besser zu erfassen.

Einen wichtigen Beitrag zur Darstellung der Geschichte der DDR und zur Entwicklung des sozialistischen Geschichtsbewußtseins hat die Betriebsgeschichtsschreibung geleistet. Von 1945 bis zur Gegenwart wurden, wie Hans Radandt feststellt, etwa 1 000 selbständige betriebsgeschichtliche Arbeiten veröffentlicht. In den letzten Jahren ist ein breites Interesse an der Betriebsgeschichtsschreibung entstanden. Viele Betriebe haben Kollektive zur Ausarbeitung von Betriebsgeschichten gebildet. Konferenzen in Bezirken und Kreisen, zentrale wissenschaftliche Einrichtungen und Publikationsorgane beschäftigten sich mit der Betriebsgeschichtsschreibung und gaben inhaltliche und methodische Anregungen. Auf der Konferenz des Sekretariats der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der SED im Dezember 1973 hat Wolfgang Enders die politisch-ideologische Bedeutung und die Funktion der Betriebsgeschichtsschreibung in der Parteiarbeit umfassend begründet.⁴ Viele Kollektive verstehen es bereits, die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei, die handelnden Produzenten, in den Mittelpunkt der Betriebsgeschichtsschreibung zu stellen und eine allseitige Geschichte ihrer Betriebe zu schreiben. Das Gewicht betriebsgeschichtlicher Forschung und Darstellung liegt jetzt auf der Zeit nach 1945. Breiter als in früheren Jahren wird die Entwicklung der Aktivisten-, der Neuerer- und der Wettbewerbsbewegung dargestellt. Eine Reihe von Betriebsgeschichten zeigt die Hilfe der Sowjetunion beim Aufbau von Betrieben sowie die internationalistische Zusammenarbeit mit den Bruderländern. Die Bündnispolitik, die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, die Förderung der Jugend und das kulturelle Leben nehmen in Betriebsgeschichten einen größeren Platz ein als früher. Es wird besser gezeigt, wie die Betriebsparteiorganisationen der SED und unter ihrer Führung die Betriebsorganisationen des FDGB und der FDJ das sozialistische Bewußtsein der Werktätigen und die sozialistische Demokratie in den Betrieben entwickelten.⁵

4 Die Betriebsgeschichtsforschung - fester Bestandteil der politisch-ideologischen Arbeit der Partei. Referat des Genossen Wolfgang Enders, Sekretär der Bezirksleitung, auf der Konferenz des Sekretariats der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der SED am 5. Dezember 1973. Schlußwort des Genossen Horst Brasch, Mitglied des ZK der SED und 2. Sekretär der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der SED.

5 Radandt, Hans, Gute betriebsgeschichtliche Bücher - Beispiele für noch bessere, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 3.

Der Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 19. Juni 1973 über die weitere Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, der Geschichte der Bezirks- und Kreisparteiorganisationen als Teil der Geschichte der SED ist auch eine wesentliche Hilfe für die Weiterentwicklung der Betriebsgeschichtsschreibung.⁶

2. Geschichte der DDR und Betriebsgeschichte

Dem gestellten Thema folgend, ergibt sich die Frage nach dem Verhältnis von Geschichte der DDR und Betriebsgeschichte. Welchen Platz nimmt die Betriebsgeschichte in der Geschichte der DDR ein, und was braucht die Betriebsgeschichtsschreibung aus der Geschichte der DDR als einer ihrer Grundlagen?

Die Bedeutung der Betriebsgeschichte ergibt sich aus der hervorragenden Stellung, die der Produktionsbetrieb in der sozialistischen Gesellschaft einnimmt. In den Produktionsbetrieben erzeugen die Arbeiterklasse, die Klasse der Genossenschaftsbauern, die Intelligenz und andere werktätige Schichten durch unmittelbare Arbeit im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß die materiellen und finanziellen Mittel für die Existenz und Entwicklung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Von den fast 8 Millionen Beschäftigten im Jahre 1971 waren über 6,4 Millionen in produzierenden Bereichen tätig, davon 2,8 Millionen in der Industrie, rund gerechnet 0,4 Millionen im produzierenden Handwerk (ohne Bauhandwerk), über 0,5 Millionen in der Bauwirtschaft, fast 1 Million in der Land- und Forstwirtschaft, über 0,5 Millionen im Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesen, 0,8 Millionen im Handel und 0,2 Millionen in sonstigen produzierenden Bereichen.⁷ Im größten Wirtschaftsbereich, der Industrie, bestanden 1971 11 253 Betriebe mit 2,84 Millionen Arbeitern und Angestellten. Die Zahl der Betriebe ab 501 bis 20 000 Beschäftigte betrug in dem selben Jahr 1 026 mit 2,13 Millionen Arbeitern und Angestellten. In 9,1 Prozent aller Industriebetriebe arbeiteten 75 Prozent der im Bereich der Industrie tätigen Arbeiter und Angestellten.⁸

In den Produktionsbetrieben verwirklicht die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und geführt von ihrer Partei, der SED, in beträchtlichem Maße ihre historische Mission. Sie realisiert in der Sphäre der materiellen Produktion unmittelbar das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln und die sozialistischen Produktionsverhältnisse. Die Produktivkräfte als das in letzter Instanz revolutionärste Element der Geschichte werden hauptsächlich in den Produktionseinheiten, in volkseigenen Betrieben und Kombinat, in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und volkseigenen Gütern, in Kooperationsgemeinschaften und anderen Produktionsstätten sowie in wissenschaftlichen Institutionen entwickelt. Dabei sind die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen die Hauptproduktivkraft der Gesellschaft.

Mehr als ein Drittel aller Mitglieder und Kandidaten der SED sind Produktions-

6 Richtlinien für die Tätigkeit der Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei den Bezirks- und Kreisleitungen der SED. Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 19. 6. 1973, in: Neuer Weg, Nr. 16/1973, Beilage, S. 743 - 746; Krusch, Hans-Joachim, Für einen weiteren Aufschwung der Arbeit der Geschichtskommissionen der SED, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 1/1974, S. 125 ff.

7 Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, Berlin 1973, S. 53.

8 Ebenda, S. 122.

arbeiter. Die Neuaufnahme von Kandidaten und Mitgliedern in die SED erfolgt seit dem VIII. Parteitag verstärkt nach dem Prinzip, den Anteil der Produktionsarbeiter zu erhöhen. Fast alle Arbeiter und Angestellten in den produzierenden Bereichen sind gewerkschaftlich organisiert. Jedes vierte Mitglied des FDGB übt eine gewerkschaftliche Funktion aus. In den Produktionsbetrieben bringt die Arbeiterklasse massenhaft sozialistische Arbeiterpersönlichkeiten hervor, stellt sozialistische gesellschaftliche Beziehungen innerhalb der Arbeitskollektive und zwischen ihnen her und entwickelt den sozialistischen Kollektivismus, der eine bestimmende Grundlage für die Entfaltung der Talente und der Schöpferkraft aller Werktätigen ist. Die neuen Triebkräfte der Geschichte, darunter vor allem der sozialistische Wettbewerb, wirken am stärksten in der Sphäre der materiellen Produktion.

Aus all dem ergibt sich, daß der sozialistische Produktionsbetrieb eine entscheidende Realisierungsebene geschichtlicher Prozesse ist. Namen wie Adolf Hennecke, Erich Wirth, Luise Ermisch, Franz Franik und Frida Hockauf sind mit der Herausbildung der sozialistischen Produktionsweise in der DDR eng verbunden. Namen von Betrieben wie Eisenhüttenkombinat Ost, Schwarze Pumpe, Erdölverarbeitungswerk Schwedt, Rostocker Hafen, Kraftwerke Boxberg und Thierbach, Kernkraftwerke Rheinsberg und Nord, Schwermaschinenbaubetriebe "Ernst Thälmann", "Georgi Dimitroff" und "Karl Liebknecht" in Magdeburg, Karl-Marx-Städter Maschinen- und Schwermaschinenbaubetriebe "Fritz Heckert" und "8. Mai" und viele andere sind Marksteine der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik.

Das findet auch seinen Ausdruck in der jüngsten Verordnung des Ministerrats der DDR über die Aufgaben, Rechte und Pflichten der volkseigenen Betriebe, Kombinate und VVB. Darin werden diese Produktionseinheiten als Bestandteile der einheitlichen sozialistischen Volkswirtschaft definiert, die entscheidend zur Schaffung des materiellen Reichtums beitragen, in denen sich die schöpferische Aktivität und Initiative der Werktätigen und ein vielseitiges geistig-kulturelles Leben entfaltet. Diese Verordnung geht davon aus, daß in den Produktionsbetrieben die vom VIII. Parteitag der SED beschlossene Hauptaufgabe maßgeblich verwirklicht wird.⁹

Diese Stellung der Arbeiterklasse, der anderen Werktätigen, des Produktionsbetriebes in der sozialistischen Gesellschaft ist es, die der Betriebsgeschichtsschreibung objektiv einen erstrangigen Platz in der Geschichte des Volkes und des Landes der DDR einräumt.

Das Verhältnis von Industriebetrieb und Gesellschaft im Sozialismus hat auch die Aufmerksamkeit der imperialistischen sogenannten "DDR-Forschung" auf sich gezogen. Die dritte Tutzingener Tagung der "DDRologen" im März 1970 beschäftigte sich mit diesem Thema.¹⁰ Der bestimmende Grundzug der Referate war nach wie vor die antikommunistische Theorie von der "Zentralverwaltungswirtschaft".¹¹ Was dem Imperialismus und seinen Ideologen besonders mißfällt, das

9 Verordnung über die Aufgaben, Rechte und Pflichten der volkseigenen Betriebe, Kombinate und VVB vom 28. März 1973, in: Gesetzblatt der DDR, I, Nr. 15/1973, S. 129.

10 Deutschlandarchiv, Sonderheft Oktober 1970.

11 Fiedler, Ernst, Die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft - Leitbild imperialistischer Propaganda und Politik gegen die sozialistische Planwirtschaft der DDR bis zur Mitte der sechziger Jahre, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 2, S. 273 ff.

ist die Komplexität der gesellschaftlichen Beziehungen im sozialistischen Produktionsbetrieb, seine bedeutsame verfassungsrechtliche und gesellschaftliche Stellung und der enge Zusammenhang zwischen Betrieb, Staat und Gesellschaft. Die Verfälschung der tatsächlichen Stellung des sozialistischen Produktionsbetriebes kommt in dem einführenden Beitrag der genannten Tagung unter anderem in folgender Behauptung zum Ausdruck: "Die Betriebe sollen Mittelpunkt des Lebens werden und damit einen wesentlichen Beitrag zur Entprivatisierung des Menschen leisten. In ihrer Einordnung in das Gesamtsystem haben sie zugleich gesamtgesellschaftliche Funktionen zu erfüllen."¹² Die Verwirklichung von gesamtgesellschaftlichen Funktionen über die unmittelbare gesellschaftliche Arbeit im Arbeitsprozeß wird als Entprivatisierung des Menschen verfälscht. Unverkennbar ist die Stoßrichtung dieser Beschäftigung mit dem sozialistischen Industriebetrieb der DDR; Betrieb und Gesellschaft sollen voneinander getrennt und der Betrieb mit seinen Produzenten der Gesellschaft entgegengesetzt werden. Doch indem die Arbeiterklasse die kapitalistische Gesellschaft aufhebt und den Sozialismus schafft, überwindet sie schrittweise mit der Entfremdung der Arbeit auch die Anonymität der Arbeit. Damit erst nimmt die Geschichte der Produzenten, der Produktionsprozesse, der Betriebe einen völlig neuen Charakter an. Sie wird zur Geschichte der produzierenden und herrschenden Klasse.

Die Betriebsgeschichte ist somit sowohl ein selbständiger Gegenstand der Geschichtswissenschaft als auch Bestandteil und Quelle der Geschichte der DDR und der Arbeiterbewegung. Dabei handelt es sich nicht um eine Illustration der Geschichte der DDR mit Beispielen aus der Betriebsgeschichte, sondern um eine wesentliche Verdichtung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes von der Geschichte der DDR und die Verstärkung seiner ideologischen Wirkungen.

Die bessere Auswertung der Ergebnisse der Betriebsgeschichtsschreibung und der Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung ermöglicht es den Historikern, Geschichtslehrern und Geschichtspropagandisten, die sich mit der Geschichte der DDR beschäftigen, die materialistische Determiniertheit und die Komplexität des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes zu verstärken. Sie können auf diese Weise

1. die Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der SED, in der Einheit von Verankerung in der sozialistischen Produktionsweise und politischer Machtausübung besser darstellen,
2. die geschichtsbildende Tätigkeit der Arbeiterklasse in der Sphäre der materiellen Produktion anschaulicher herausarbeiten,
3. den unmittelbaren Zusammenhang von Politik und Ökonomie sowie von der Entwicklung der Produzenten und der materiell-dinglichen Elemente der Produktivkräfte im Prozeß der Realisierung der sozialistischen Produktionsverhältnisse tiefer erfassen,
4. den massenhaften, von allen Werktätigen getragenen wissenschaftlich-technischen Fortschritt sowie die Verbindung der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus konkret zeigen,
5. die Personifizierung der Arbeiterklasse in der Geschichte des Sozialismus auf eine wesentlich breitere Basis stellen,
6. den ständig zunehmenden Verflechtungsprozeß der Volkswirtschaft der DDR mit den Volkswirtschaften der UdSSR und anderer sozialistischer Staaten im Verlaufe der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung und der internationalen

¹² Mampel, Siegfried, Die Stellung der Betriebe in der Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR, in: Deutschlandarchiv, a. a. O., S. 11.

- sozialistischen ökonomischen Integration erfaßbarer und die Ausprägung des internationalistischen Charakters der Arbeiterklasse bewußter machen und
7. die Widerspiegelung des internationalen Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus auf ökonomischem, wissenschaftlich-technischem und ideologischem Gebiet im betrieblichen Geschehen konkret an typischen Ereignissen darstellen.

Die andere Seite des Verhältnisses von Betriebsgeschichte und Geschichte unseres Landes besteht darin, daß die Geschichte der DDR und der deutschen Arbeiterbewegung eine wesentliche allgemeine Grundlage für die Betriebsgeschichtsschreibung darstellt. Radandt schreibt in seiner jüngsten Broschüre über die Betriebsgeschichtsschreibung: "Um die Erfahrungen, die bei der größten revolutionären Umwälzung in der deutschen Geschichte gesammelt wurden, zu vermitteln, sollten alle Betriebsgeschichtskommissionen der Geschichtsschreibung über die Zeit nach 1945 besondere Beachtung schenken. Dabei ist auszugehen von dem neuen Inhalt der Arbeiterbewegung unter den Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR sowie von dem Aufbau und der Weiterentwicklung des Sozialismus."¹³ Daraus folgt, daß die Tätigkeit der Parteiorganisationen der SED in den Betrieben einen wesentlichen Teil der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Geschichte der Betriebe ausmacht.

Mit den folgenden Ausführungen wollen wir versuchen, einige Probleme der Geschichte der Entstehung und Entwicklung der DDR darzulegen, die auch für die Betriebsgeschichtsschreibung relevant sind.

3. Zur Periodisierung der Geschichte der DDR

Gewiß wird die Periodisierung nicht jeder Betriebsgeschichte kongruent sein mit der Geschichte der DDR. Doch der enge Zusammenhang von Betrieb und Gesellschaft im Sozialismus, die Reflexion der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung im betrieblichen Geschehen bedingen, daß die Periodisierung der Geschichte der DDR eine allgemeine Grundlage für die Konzeption der Betriebsgeschichten darstellt.

Die Geschichte der Entstehung und Entwicklung der DDR wird aus heutiger Sicht im allgemeinen in drei Hauptperioden eingeteilt.

Die Hauptperiode von 1945 bis 1949: Diese Hauptperiode begann mit der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus durch die Sowjetarmee und die anderen Alliierten. Damit entstand die Chance, eine Wende in der Geschichte des deutschen Volkes herbeizuführen. In der sowjetischen Besatzungszone wurde diese Chance genutzt. Die Politik der KPD bzw. der SED war darauf gerichtet, das gesamte vom Potsdamer Abkommen festgelegte deutsche Territorium aus dem Machtbereich des imperialistischen Weltsystems herauszulösen, in ganz Deutschland den Imperialismus zu überwinden und den Weg zum Sozialismus zu öffnen. Doch die Westmächte und die imperialistischen Kräfte in den Westzonen zerrissen mit aktiver Unterstützung der rechten sozialdemokratischen Führer die einheitliche deutsche Nation. Der wichtigste Inhalt dieser Hauptperiode war die antifaschistisch-demokratische, antiimperialistische Umwälzung in der damaligen sowjetischen Besatzungszone, der Kampf gegen das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus in den Westzonen, für eine antifaschistisch-demokratische Ordnung in ganz Deutschland. In dieser Hauptperiode entwickelte sich die Arbeiter-

¹³ Radandt, Hans, Betriebsgeschichte schreiben - aber wie? Berlin 1973, S. 21.

klasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei zum Hegemon der antifaschistisch-demokratischen, antiimperialistischen Umwälzung und begann, den neuen Inhalt der Arbeiterbewegung zu verwirklichen.

Diese Hauptperiode endete mit der Gründung von zwei selbständigen, voneinander unabhängigen und in ihrer Gesellschafts- und Staatsordnung einander entgegengesetzten deutschen Staaten, der BRD und der DDR.

Damit waren bereits wesentliche Entscheidungen in der nationalen Frage gefallen. Der Imperialismus hatte die staatliche Einheit der Nation geopfert, um seine Macht wenigstens auf einem Teil des untergegangenen Deutschen Reiches zu re-staurieren.

Auf dem Territorium der DDR war es der geeinten Arbeiterklasse unter Führung der SED und im Bündnis mit allen antifaschistischen und antiimperialistischen Kräften gelungen, den Imperialismus, das Junkertum und den Militarismus zu entmachten und eine revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bau-ern unter Teilnahme anderer Schichten des Volkes zu errichten.

Die Hauptperiode von 1949 bis 1961: Diese Hauptperiode begann mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Damit wurde eine Wende in der Geschichte des deutschen Volkes herbeigeführt. Es entstand ein Staat vom Typ der Diktatur des Proletariats, der sich in Übereinstimmung mit der moder-nen Epoche und den Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum So-zialismus im Weltmaßstab befand.

Der wichtigste Inhalt dieser Hauptperiode war die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR und deren Verankerung in dem sich herausbildenden und festigenden sozialistischen Weltsystem. Bis Anfang der sechziger Jahre wurden die Aufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus im wesent-lichen gelöst. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse siegten in allen Berei-chen der Volkswirtschaft.

In dieser Hauptperiode fielen Mitte der fünfziger Jahre die bestimmenden Ent-scheidungen in der nationalen Frage. Der westdeutsche Imperialismus gliederte die BRD in die NATO ein und zementierte die bereits vollzogene staatliche Spal-tung der ehemaligen einheitlichen Nation. Es zeigte sich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre und noch deutlicher in der ersten Hälfte der sechziger Jahre, daß die Konzeption und Politik der DDR, Beziehungen der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnungen zwischen der DDR und der BRD herzustellen, die einzige geschichtlich mögliche Konzeption und Politik waren.

Die Hauptperiode 1961/1962 bis zur Gegenwart: Diese Hauptpe-riode ist durch die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ge-kenzeichnet. Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteit-ag der SED sagte Erich Honecker: "Seitdem in unserem Lande die sozialisti-schen Produktionsverhältnisse gesiegt haben, arbeiten wir daran, umfassend und allseitig die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten."¹⁴

Die Einschätzung und historische Darstellung der Zäsur zu Beginn der sechziger Jahre ist mindestens aus zweierlei Gründen von Bedeutung. Einmal muß die historische Zäsur, die zwischen dem Abschluß der Übergangsperiode vom Kapi-talismus zum Sozialismus und der weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesell-

¹⁴ Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED, Bd. 1, a. a. O., S. 57.

schaft liegt und die den Zusammenhang und die qualitativen Unterschiede zweier großer geschichtlicher Etappen im historischen Ablauf der kommunistischen ökonomischen Gesellschaftsformation kennzeichnet, erfaßt werden. Davon hängen, wie die Geschichte gezeigt hat, die Ausarbeitung der richtigen Strategie und Taktik der marxistisch-leninistischen Partei und die Sicherung der kontinuierlichen Entwicklung des Sozialismus ab. Diese Zäsursetzung ist auch eine wesentliche Voraussetzung für die zeitliche Gliederung der Geschichte des Sozialismus. Zum anderen ist es notwendig zu beachten, daß die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ein längerfristiger historischer Prozeß ist, der sowohl Kontinuität als auch qualitative Einschnitte der geschichtlichen Entwicklung aufweist. Einen solchen qualitativen Einschnitt in der geschichtlichen Entwicklung nach dem Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus stellen die objektiven gesellschaftlichen Prozesse Anfang der siebziger Jahre und der VIII. Parteitag der SED dar. Es wäre nicht richtig, wollte man den Erkenntnisstand aus den siebziger Jahren auf den Beginn der sechziger Jahre zurückdatieren. Vielmehr muß auch der historische Prozeß der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in seinen konkreten geschichtlichen Reifestufen erforscht und dargestellt werden.

Die Höherentwicklung des Sozialismus schließt ein, daß die Erkenntnisse über diesen Prozeß sich ständig erweitern und vertiefen. Das findet seinen Ausdruck in der Formulierung der strategischen Hauptaufgabe zur weiteren Gestaltung des Sozialismus nach dem Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR. Andererseits wäre es auch nicht richtig, den Abschluß der Übergangsperiode auf den Beginn der siebziger Jahre zu verlagern, wie das vereinzelt in Lehrmeinungen geschehen ist.

Bereits auf der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 wurde eingeschätzt, daß einige sozialistische Länder in die Periode des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eingetreten sind.¹⁵ Und auf der Internationalen Beratung vom Juni 1969 sagte L. I. Breschnew: "Die 60er Jahre werden in der Geschichte des Weltsozialismus einen besonderen Platz einnehmen. Gerade in diesem Jahrzehnt haben viele Bruderländer die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus beendet und sind zum Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft übergegangen. Die immer reifer werdende sozialistische Ordnung nutzt die Vorzüge ihrer ökonomischen und sozialpolitischen Organisation, des ihr innewohnenden wahren Demokratismus immer vollständiger."¹⁶ Im Verlaufe der sechziger Jahre haben kommunistische und Arbeiterparteien wesentliche Erfahrungen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gesammelt. In der DDR widerspiegelt sich das auch in der Entwicklung und Präzisierung der strategischen Aufgabenstellung. Der VI. Parteitag der SED stellte die Aufgabe, in der DDR den Sozialismus umfassend aufzubauen. Auf dem VII. Parteitag wurde die Dialektik zwischen den Bereichen der Gesellschaft mit der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus gekennzeichnet. Der VIII. Parteitag formulierte in Übereinstimmung mit den internationalen Erfahrungen und Erkenntnissen die Aufgabe, in der DDR die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten.¹⁷ Das ist nicht schlechthin eine Frage

15 Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien November 1960. Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, 15. - 17. Dezember 1960, Berlin (1961), S. 19.

16 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien Moskau 1969, Berlin 1969, S. 181.

17 Hager, Kurt, Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, Berlin 1972, S. 24.

der Formulierung, sondern die erkenntnistheoretische Widerspiegelung der fortschreitenden materiellen Reife der sozialistischen Gesellschaftsordnung und der zunehmenden eigenen und internationalen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

Die Zäsur Anfang der sechziger Jahre, die den Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und den Beginn einer neuen Hauptperiode in der Geschichte der DDR markiert, war durch eine Reihe von qualitativen Merkmalen der sozialökonomischen und politischen Entwicklung, von bedeutsamen Ereignissen, von abschließenden, beginnenden und weiterführenden Prozessen bestimmt. Es handelte sich hierbei zunächst vor allem um die Sicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 und ihre Wirkungen, die neue Etappe in der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems und des Kräfteverhältnisses in der Welt zu Beginn der sechziger Jahre als dem bestimmenden internationalen Prozeß, den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse 1962 als das wichtigste Ereignis in der inneren Entwicklung der DDR und den VI. Parteitag der SED, der das Programm des Sozialismus und ein neues Statut beschloß. Damit wurde in der DDR die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus im wesentlichen abgeschlossen und die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eingeleitet.

Mit diesen drei Hauptperioden werden die entscheidenden Ereignisse und Prozesse in der Geschichte der Entstehung und Entwicklung der DDR erfaßt und hervorgehoben: die Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus und die Entstehung der Chance, eine Wende in der Geschichte des deutschen Volkes herbeizuführen, die Gründung der DDR als diese entscheidende Wende und der Beginn der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft nach dem Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus.

4. Etappen der Verankerung der DDR im sozialistischen Weltssystem

In dem Brief des Zentralkomitees der SED an die Historiker der DDR anläßlich des V. Kongresses der Historiker-Gesellschaft der DDR bezeichnete es Erich Honecker als eine wesentliche Aufgabe der Geschichtswissenschaft und Geschichtspromaganda, die Einheit von sozialistischem Patriotismus und proletarischem Internationalismus im Denken und Handeln der Bürger der DDR immer fester zu verankern.¹⁸ Die Einheit von Nationalem und Internationalem in der historischen Forschung und Darstellung tiefer zu erfassen ist für die Geschichtsschreibung der DDR und für die Betriebsgeschichtsschreibung gleichermaßen eine wichtige gegenwärtige und künftige Aufgabe. Dazu gehört auch, die Etappen und den stufenweisen Fortschritt der Verankerung der DDR im sozialistischen Weltssystem nachzuzeichnen.

Von 1949 bis 1956 wurde die DDR zum festen Bestandteil des sozialistischen Weltsystems. Wichtige Voraussetzungen dafür waren in der Zeit der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung entstanden. Durch die Ausrottung des Faschismus, Militarismus und Imperialismus hatten die Werktätigen in der DDR konsequent mit der reaktionären Vergangenheit gebrochen, die Lehren aus der Geschichte gezogen und sich das Vertrauen der friedliebenden Völker, insbesondere der Sowjetunion, Po-

¹⁸ Honecker, Erich, Brief des Zentralkomitees der SED an die Historiker der DDR, in: ZfG, Nr. 3/1973, S. 269 f.

lens und der Tschechoslowakei, erworben. Die SED hatte brüderliche Beziehungen zu Bruderparteien sozialistischer Länder aufgenommen und den proletarischen Internationalismus sowie die Anerkennung der KPdSU als Vortrupp und der UdSSR als Zentrum der kommunistischen Weltbewegung in ihren Reihen durchgesetzt. Durch die völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze seitens der DDR wurde ein wichtiger Schritt getan, um dauerhafte freundschaftliche Beziehungen mit Volkspolen herzustellen. Die Freundschaft zur Sowjetunion setzte sich immer mehr im Denken und Handeln der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten durch.

Mit der Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse und dem Beginn des sozialistischen Aufbaus verband sich die DDR objektiv mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern. Die völkerrechtliche Anerkennung durch die sozialistischen Staaten und die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit ihnen, der Abschluß von langfristigen Handelsabkommen, von Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, die Herstellung von konsularischen Beziehungen und vor allem die Zusammenarbeit mit den kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder waren die ersten maßgeblichen Schritte zur Teilnahme der DDR an den internationalen sozialistischen Beziehungen im sozialistischen Weltsystem. Nach ihrer Aufnahme in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe 1950 nahm die DDR aktiv an der multilateralen sozialistischen Wirtschaftsorganisation und an der Herausbildung des sozialistischen Weltmarktes teil. Sie realisierte etwa 75 Prozent ihres Außenhandelsumsatzes mit den sozialistischen Ländern. Die SED setzte in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre die Aneignung der Erfahrungen der Sowjetunion beim Aufbau des Sozialismus verstärkt fort. Mit dem Abschluß des Staatsvertrages zwischen DDR und UdSSR im September 1955 und dem Beitritt der DDR zum Warschauer Vertrag im Mai 1955 wurde die politische, wirtschaftliche und militärische Verankerung der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft auch völkerrechtlich manifestiert. Die 3. Parteikonferenz der SED im März 1956 schätzte ein: "Die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik ist jetzt nicht mehr zu trennen von der Entwicklung des ganzen sozialistischen Lagers. Darin liegt die wichtigste Garantie für die weiteren Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik."¹⁹

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre dehnte sich die Zusammenarbeit der DDR mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten auf alle wesentlichen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aus. Es entwickelten sich vielfältige Beziehungen auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet. Die SED nahm an den internationalen Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder bzw. der gesamten kommunistischen Weltbewegung in den Jahren 1957, 1958 und 1960 teil und leistete ihren Beitrag zur Festigung des sozialistischen Weltsystems und zur Ausarbeitung der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung. Die kommunistischen und Arbeiterparteien versicherten auf den internationalen Beratungen von 1957 und 1960 der DDR ihre Solidarität und Unterstützung im Kampf gegen den Imperialismus. Angesichts der ständigen Bedrohung der DDR durch die reaktionären Kräfte in der BRD und des Wirtschaftskrieges erklärte die SED in Auswertung der Moskauer Beratung vom November 1960: "Diese Lage erheischt von der DDR, maximal alle inneren Hilfsquellen und alle Vorzüge des sozialistischen Weltwirtschaftssystems auszunutzen und planmäßig die Koordinierung und Kooperierung der entscheidenden

¹⁹ Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1956, S. 15.

Wirtschaftszweige mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern weiterzuentwickeln ... Angesichts dieser Störmaßnahmen besteht die erste Aufgabe darin, die DDR in jedem Falle gegen die Willkür der Bonner Regierung und des westdeutschen Rüstungskapitals zu sichern ... Wie in der Erklärung bewiesen wird, gibt es heute keine Macht in der Welt, die imstande ist, unseren Vormarsch zum Sieg des Sozialismus in der DDR aufzuhalten.²⁰ In der komplizierten Situation des Klassenkampfes 1960 und 1961 erhielt die DDR die umfassende Unterstützung der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder. In einer gemeinsamen Aktion sicherten die DDR, die UdSSR und die anderen Staaten des Warschauer Vertrages die Grenzen der DDR gegenüber Westberlin und der BRD. Die aggressive Politik des Imperialismus zur Einverleibung der DDR in den imperialistischen NATO-Staat BRD war gescheitert.

Im Verlaufe der fünfziger Jahre, insbesondere seit dem XX. Parteitag der KPdSU, der Schaffung der Warschauer Vertragsorganisation, dem institutionellen Ausbau des RGW und den zwei- und mehrseitigen Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder, die zu einer ständigen Einrichtung wurden, nahmen die internationalen sozialistischen Beziehungen gesellschaftlichen Systemcharakter an, wobei die Beziehungen zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder den Kern der internationalen sozialistischen Beziehungen darstellten.²¹

In der ersten Hälfte der sechziger Jahre stärkten die Warschauer Vertragsstaaten ihre Verteidigungsbereitschaft. Der RGW beschloß die Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung. Es entstand eine Reihe von mehrseitigen zwischenstaatlichen Organisationen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, an denen auch die DDR teilnahm. In Auswertung des XXII. Parteitages der KPdSU traf die 14. Tagung des ZK der SED im November 1961 eine strategische Einschätzung über die sozialistische Perspektive der DDR im Lager des Weltsozialismus: "Gemäß dem Charakter der modernen Epoche, der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, und gemäß den nationalen Interessen des deutschen Volkes ist es notwendig, in engster Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern den Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zum Siege zu führen und danach zur Errichtung der Grundlagen der kommunistischen Gesellschaft überzugehen, unabhängig davon, wie sich die internationalen Beziehungen und die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten weiterentwickeln."²²

20 Entschließung des Zentralkomitees zum Ergebnis der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien (17. Dezember 1960), in: Dokumente der SED, Bd. 8, Berlin 1962, S. 312, 314.

21 In diesem Zusammenhang ist auf neue Forschungsergebnisse über die Verankerung der DDR im sozialistischen Weltwirtschaftssystem hinzuweisen. Siehe Möschner, Günter, Die Politik der SED zur Gestaltung und Nutzung des Außenhandels als einer Kommandohöhe der politischen und wirtschaftlichen Macht der Arbeiterklasse (1949 bis 1955), Phil. Diss. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1974; Rolfs, Klaus, Die Politik der SED zur Aneignung des Leninismus und sowjetischer Erfahrungen sowie zur Entwicklung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR bei der Herausbildung der sozialistischen Produktionsweise in der DDR (1949 bis 1960), Phil. Diss. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1974.

22 Über den XXII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die Aufgaben in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Dokumente der SED, a. a. O., S. 497.

Diese strategische These fand Eingang in das vom VI. Parteitag der SED im Januar 1963 beschlossene Parteiprogramm. Darin wurden die internationalistische Position der SED und die Aufgaben der DDR bei der allseitigen Festigung des sozialistischen Weltsystems und des sozialistischen Weltwirtschaftssystems langfristig festgelegt.²³

Mit dem Abschluß des Freundschaftsvertrages zwischen der DDR und der UdSSR vom 12. Juni 1964 und den Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen beiden Ländern im September 1965 wurden die bilateralen Beziehungen auf eine neue Stufe gehoben. Im Freundschaftsvertrag vereinbarten beide Seiten ihre gemeinsame Westeuropapolitik. Sie bezeichneten die Unantastbarkeit der Grenzen der DDR als einen Grundfaktor der europäischen Sicherheit, kennzeichneten den besonderen politischen Status Westberlins und verpflichteten sich zur Leistung von gegenseitigem militärischem Beistand. Als die Grundlage der Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR wurden die hohen Prinzipien des sozialistischen Internationalismus bestimmt. Der Vertrag stellte weitreichende Aufgaben für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen auf allen anderen wesentlichen Gebieten. Die Verhandlungen und Vereinbarungen vom September 1965 waren ein bedeutsames Ereignis zur Realisierung des Freundschaftsvertrages. Beide Seiten vereinbarten den Abschluß des bis dahin umfangreichsten Handelsabkommens für die Zeit von 1966 bis 1970, eines neuen Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und die Bildung einer mit großen Vollmachten ausgestatteten Paritätischen Regierungskommission zur direkten Organisation, Leitung und Kontrolle der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Analoge Verträge wie den Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR schloß die DDR auch mit anderen sozialistischen Staaten und schlossen diese untereinander. Es entstand ein modernes und effektives System von bilateralen zwischenstaatlichen Beziehungen, das auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU eine hohe Wertung erfuhr.²⁴ Die DDR gliederte sich neben der Teilnahme an den multilateralen politisch-militärischen und wirtschaftlichen Organisationen auch in das bilaterale System gegenseitiger Bündnisverpflichtungen neuen, sozialistischen Typs ein.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre koordinierten die Mitgliedsstaaten des RGW ihre Volkswirtschaftspläne als ganze Staatengruppe auf einer höheren Stufe. Die Teilnehmerländer der Warschauer Vertragsorganisation gingen zu neuen Formen der militärischen Zusammenarbeit über. Sie verstärkten die Solidarität mit dem heldenhaft um seine Freiheit kämpfenden vietnamesischen Volk. Die SED nahm aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Internationalen Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien im Juni 1969 in Moskau teil, die zur Festigung der Aktionseinheit aller antiimperialistischen Kräfte führte und der Politik und Ideologie des Maoismus und der rechten revisionistischen Kräfte eine Niederlage bereitete. Anlässlich des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1967 und des 100. Geburtstages W. I. Lenins wurde in der DDR eine umfangreiche politisch-ideologische Arbeit geleistet.

Seit Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre zeichnete sich in der Zusam-

²³ Vgl. Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1965, S. 334, 316 - 322.

²⁴ Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Referent: L. I. Breshnew, Moskau/Berlin 1971, S. 14 f.

menarbeit zwischen den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft eine neue Qualität ab. Die Parteitage der KPdSU, der SED, der BKP, der PVAP, der KPČ, der USAP und anderer Parteien sozialistischer Länder stellten sich wesensgleiche Hauptaufgaben zur ständig besseren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen in ihren Ländern. Deutlicher als in den vorangegangenen Jahren wurden die Vorzüge des realen Sozialismus sichtbar. Die sozialistischen Bruderländer verbanden die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Wesenszügen des Sozialismus. Sie schufen weitere internationale sozialistische Organisationen zur wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Im Juli 1971 beschloß die XXV. Tagung des RGW das Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und der Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration. Die Mitgliedsländer des RGW arbeiten gegenwärtig an Planteilen der sozialistischen ökonomischen Integration, die Bestandteil der nationalen Volkswirtschaftspläne für die Zeit von 1976 bis 1980 werden.

Das Wachstum der Kraft und Macht des Sozialismus, vor allem der Sowjetunion, ist die entscheidende Grundlage dafür, daß es dem Weltsozialismus im Bunde mit allen antiimperialistischen Kräften Anfang der siebziger Jahre gelang, eine Wende vom kalten Krieg des Imperialismus zur Entspannung und friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen einzuleiten. Eine Bedingung dafür war die engere Koordinierung der Außenpolitik der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft. Die Krimtreffen der Ersten Sekretäre von kommunistischen und Arbeiterparteien und der gesamte Mechanismus der Zusammenarbeit der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft führten zum weiteren Zusammenschluß des Weltsozialismus und zur Erhöhung seines Gewichts in den internationalen Staatenbeziehungen. Ende 1973 begannen die kommunistischen und Arbeiterparteien der meisten sozialistischen Länder ihre ideologische Arbeit, die im Klassenkampf zwischen Sozialismus und Imperialismus immer mehr an Bedeutung gewinnt, zu koordinieren und somit die durch ihre Außenpolitik eingeleitete Wende vom kalten Krieg des Imperialismus zur Entspannung auch politisch-ideologisch zu sichern.

Diese Prozesse von weltgeschichtlicher Bedeutung haben wesentliche Wurzeln in den Produktionsstätten der sozialistischen Länder. Zwischen den Arbeitsleistungen der Werktätigen und der Sicherung des Friedens besteht ein direkter Zusammenhang. Die materiell-technische Stärke des Sozialismus schlägt unmittelbar um in die Schaffung von günstigeren äußeren Bedingungen für den weiteren Aufbau des Sozialismus und Kommunismus und für den gesamten historischen Fortschritt in der Welt.

Ein direkter Zusammenhang besteht auch zwischen der Entwicklung der sozialistischen Produktionsstätten und dem Wachstum des Weltsozialismus. Es gibt in der DDR kaum einen Betrieb, der nicht auf diese oder jene Weise mit der sozialistischen ökonomischen Integration, der sozialistischen Internationalisierung der Produktivkräfte und des Wirtschaftslebens und der sozialistischen Internationalisierung der gesellschaftlichen Beziehungen verbunden ist. Dies erfordert, auch in der Geschichtsschreibung der DDR und in der Betriebsgeschichtsschreibung den internationalen Prozessen die erforderliche Aufmerksamkeit zu schenken.

5. Zur geschichtlichen Entwicklung der Arbeiterklasse

Die Darstellung der Geschichte der DDR und die Betriebsgeschichtsschreibung

haben die gemeinsame Aufgabe, die Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der SED, in den Mittelpunkt der Forschung und Publikation zu stellen. Gerade die Wandlung der Arbeiterklasse in der bereits drei Jahrzehnte währenden Geschichte der Entstehung und Entwicklung der DDR von 1945 bis zur Gegenwart läßt die Veränderungen erkennen, die mit den siegreichen revolutionären Umwälzungen in unserem Lande herbeigeführt worden sind.

In Übereinstimmung mit den genannten Hauptperioden der Entstehung und Entwicklung der DDR ist die Erforschung und Darstellung der geschichtsbildenden Rolle und der Wandlung der Arbeiterklasse von erstrangiger Bedeutung für die Ausprägung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes.

5.1. Die Lage der Arbeiterklasse 1945 und ihre Entwicklung zum Hegemon der antifaschistischen, antiimperialistisch-demokratischen Umwälzung²⁵

Zwischen der Chance für eine Wende in der Geschichte des deutschen Volkes und dem Zustand der Arbeiterklasse als Hauptkraft der sozialen Revolution bzw. des revolutionären Prozesses bestand 1945 ein Widerspruch. Einerseits war die Arbeiterklasse gemeinsam mit anderen Werktätigen am stärksten an der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, an der Überwindung des Imperialismus interessiert. Andererseits waren die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen durch die faschistische Diktatur und die Folgen des Krieges sowie durch die grausame Unterdrückung ihrer Vorhut und die Zerschlagung ihrer anderen Organisationen in der Mehrheit nicht sofort vorbereitet auf eine gesellschaftliche Umwälzung. Die Arbeiterklasse war deformiert. Millionen Arbeiter und andere Werktätige waren in dem faschistischen Raubkrieg gefallen, zu Krüppeln geschossen oder befanden sich in Gefangenschaft. Viele ruinierte und deklassierte Menschen aus anderen Klassen und Schichten stießen nach dem Krieg zur Arbeiterklasse, was deren soziale Zusammensetzung verschlechterte. Sehr nachteilig wirkte sich der ideologische Zustand der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen aus.

Diese Umstände komplizierten das Verhältnis zwischen der revolutionären Krise als der objektiven Grundlage der antiimperialistischen Revolution und dem subjektiven Faktor. Unter diesen Bedingungen mußten die KPD und später die SED große Anstrengungen unternehmen, um den subjektiven Faktor für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung zu formieren. "Die deutsche Arbeiterklasse mußte befähigt werden", wie Wilhelm Pieck 1950 zurückblickend schrieb, "ihre führende Rolle in der demokratischen Umgestaltung des gesamten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu erfüllen."²⁶ Im Verlaufe der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung gelang es der KPD und ab April 1946 der SED, den subjektiven Faktor der gesellschaftlichen Umwälzung mit der revolutionären Situation voll in Übereinstimmung zu bringen.

Die KPD war 1945, aus der Illegalität hervortretend, eine marxistisch-leninistische Partei, eine Partei neuen Typs. Sie verfügte über gestählte Kader, umfangreiche Erfahrungen im Klassenkampf und hatte ein marxistisch-leninistisches Revolutionsprogramm, dessen Verwirklichung den Weg zum Sozialismus öffnete.

25 Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich teilweise auf Kanzig, Helga/Reißig, Karl, Geschichte und Gegenwart der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der DDR, in: Pädagogik, Nr. 9/1973, S. 786 ff.

26 Pieck, Wilhelm, a. a. O., S. 566.

Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED fand auf marxistischer Grundlage statt. Aus dem Reifegrad der Partei zur Zeit ihrer Gründung ergab sich die Aufgabe, die SED zu einer Partei neuen Typs zu entwickeln. Die Gründung der SED war ein Sieg des Marxismus und das wichtigste Ereignis seit der Herausgabe des "Kommunistischen Manifestes" und der Gründung der KPD in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Neben dieser Wertung zeigt die Parteigeschichte zugleich auch den historischen Reifeprozess der Partei. Der KPD waren ebenso wie der SPD zahlreiche neue Mitglieder zugeströmt, die den Marxismus-Leninismus noch nicht kannten und kaum Erfahrungen im Klassenkampf besaßen. Viele langjährige Mitglieder der KPD, die während des Faschismus in Deutschland in der Illegalität waren, mußten sich erneut Kenntnisse aneignen. Vor allem aber galt es, reformistische und opportunistische Auffassungen, die in der SPD bestanden hatten, zu überwinden. Auch kann das politische und wissenschaftliche Niveau der Führung der Partei nicht mit der Masse der Mitglieder gleichgesetzt werden. Schließlich macht ein Vergleich des Statuts der Partei, das auf dem Gründungsparteitag angenommen worden war, mit dem, das der III. Parteitag beschloß, deutlich, welcher Weg in der Parteientwicklung von 1946 bis 1950 noch zurückgelegt werden mußte.

Die SED begann sich seit ihrer Gründung zu einer Partei neuen Typs zu entwickeln. Der entscheidende Prozeß, der qualitative Umschwung, fand von Mitte 1948 bis Mitte 1950 statt. Im August 1948 schrieb Otto Grotewohl: "Die Aufgabe der nunmehr in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vereinten beiden Arbeiterparteien in der sowjetischen Besatzungszone besteht darin, das natürliche Klassenempfinden in ein marxistisches Klassenbewußtsein zu verwandeln."²⁷ Und er schrieb weiter, "daß die Einheit der Organisation für die neue Arbeiterbewegung Deutschlands nur festgegründet ist, wenn sie auf einem einheitlichen und unerschütterlichen ideologischen Fundament ruht, und das ist nach den geschichtlichen Erfahrungen und Tatsachen der Marxismus-Leninismus."²⁸ In dieser Zeit stand die Aneignung des Leninismus in der ganzen Partei auf der Tagesordnung. Es wurde die Stellung zur KPdSU als Vortrupp und zur UdSSR als Zentrum der kommunistischen Weltbewegung klargestellt. Die Partei wertete die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aus, rechnete mit dem Opportunismus ab und begann mit dem Studium der Geschichte der KPdSU. Die Leninschen Organisationsprinzipien der Partei wurden vollständig durchgesetzt. Im Parteiaufbau erhielten die Betriebsgruppen den entscheidenden Platz. Es wurde ein System der Parteischulung eingeführt.

Im Verlaufe der antifaschistischen, antiimperialistisch-demokratischen Revolution erhielt die Arbeiterbewegung einen neuen Inhalt. Die Arbeiterklasse stellte den entscheidenden Anteil an den Aktivisten der ersten Stunde. Arbeiter wurden Neulehrer, Leiter volkseigener Betriebe, Richter, Staatsanwälte, Volkspolizisten, Bürgermeister und lernten Staat, Wirtschaft und andere Bereiche der Gesellschaft zu leiten. Mit der Ausbreitung der Aktivistenbewegung begann die Arbeiterklasse zu lernen, ihre Produktionsaufgabe zu lösen. Im FDGB schuf sich die Arbeiterklasse ihre größte Klassenorganisation, mit deren Hilfe sie von Anfang an in Produktion und Gesellschaft den neuen Inhalt der Arbeiterbewegung herausbilden half.

27 Grotewohl, Otto, Dreißig Jahre später, Berlin 1952, S. 135.

28 Ebenda.

In der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung stellte die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei ein breites Bündnis aller demokratischen Volkskräfte her, das sich auf das Klassenbündnis mit den werktätigen Bauern stützte. Die Arbeiterklasse übte in der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern unter Teilnahme anderer Schichten des Volkes in zunehmendem Maße die entscheidenden Machtpositionen aus. Es war der SED gelungen, große Teile der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen zum Subjekt des revolutionären Prozesses zu machen.

5.2. Die Arbeiterklasse als Schöpfer der Grundlagen des Sozialismus in der DDR

Mit der Gründung der DDR und im Prozeß der vollen Herausbildung der Diktatur des Proletariats vom Oktober 1949 bis Ende 1950 erreichte die Arbeiterklasse eine qualitativ neue Stufe in ihrer Entwicklung. Die noch verbliebenen Vertreter der Monopolbourgeoisie wurden aus den Machtorganen und Wirtschaftsleitungen entfernt. Das Klassenbündnis zwischen Arbeiterklasse und werktätigen Bauern wurde gefestigt und die Ausbeutung der Landarbeiter und kleinen Bauern eingeschränkt. Die Arbeiterklasse bildete aus ihren Reihen und aus den Reihen der werktätigen Bauern eine eigene, ihr ergebene, sozialistische Intelligenz heran. Durch das beschleunigte Wachstum des volkseigenen Sektors gegenüber dem kapitalistischen Sektor und dem Sektor der kleinen Warenproduktion festigte die Arbeiterklasse die sozialökonomischen Grundlagen ihrer Macht und Führungsrolle. Das Kräfteverhältnis in den Klassenbeziehungen veränderte sich bei Fortsetzung des breiten Bündnisses mit allen demokratischen und antiimperialistischen Kräften weiter zugunsten der Arbeiterklasse, die sich im Verlauf des ersten Fünfjahrplanes zur anerkannten Führungskraft der Gesellschaft entwickelte. Die Arbeiterklasse wurde in zunehmendem Maße eine sozialistische Klasse. Diese qualitative Entwicklung der Arbeiterklasse war neben dem günstigen internationalen Kräfteverhältnis und der von der Sowjetunion ausgeübten Schutzfunktion eine wichtige Voraussetzung für die friedliche sozialistische Umwälzung.

In den fünfziger Jahren, der Zeit des ersten und des zweiten Fünfjahrplanes, erwies sich auch die Arbeiterklasse der DDR als Schöpfer des Sozialismus. Verbündet mit den werktätigen Bauern und Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und den anderen Werktätigen war die Arbeiterklasse die Hauptkraft bei der Lösung der Aufgaben der Übergangsperiode und beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus. Im ersten Fünfjahrplan war die Entwicklung der Arbeiterklasse unmittelbar mit der Schaffung einer eigenen metallurgischen Basis und dem Aufbau der Schwerindustrie verbunden. Die Arbeiterklasse trug die größte Last bei der schrittweisen Überwindung der Disproportionen, die sich aus der Spaltung des ehemaligen einheitlichen Wirtschaftsorganismus durch den westdeutschen Imperialismus ergaben. Obwohl sich die Lage der Arbeiterklasse grundlegend verändert hatte und ihre Arbeits- und Lebensbedingungen kontinuierlich verbessert wurden, mußte sie im Interesse der Festigung ihrer Macht und der sozialistischen Zukunft künftiger Generationen in dieser Zeit auf manches verzichten, was heute zum allgemeinen Lebensstandard gehört. Walter Ulbricht schrieb später darüber: "Die Erfüllung des Fünfjahrplans, vor allem die Entwicklung der Schwerindustrie, forderte von der Arbeiterklasse große Anstrengungen und bedeutende Opfer. Die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verbesserten sich langsamer als die anderer Schichten der Bevölkerung."²⁹ Mit dem Aufbau wesentlicher materiell-

²⁹ Ulbricht, Walter, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8. Berlin 1965, S. 438.

technischer Grundlagen des Sozialismus leistete die Arbeiterklasse den größten Anteil an jenen Zukunftsinvestitionen, die gegenwärtig beginnen, ihre vollen Früchte zu tragen. Die Namen Franz Franik, Schöpfer der kollektiven Aktivistenbewegung und des sozialistischen Wettbewerbs, und Frida Hockauf, die den sozialistischen Charakter der Arbeit in der Losung "Wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben!" ausdrückte, stehen stellvertretend für Hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter, die den neuen Inhalt der Arbeiterbewegung vertieften und die Fundamente des Sozialismus schufen, auf denen wir heute weiter bauen.

Im zweiten Fünfjahrplan nahm die sozialistische Umwälzung komplexen Charakter an. Es stand die Aufgabe, die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege zu führen und die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus abzuschließen. In dieser Zeit gingen in der Arbeiterklasse weitere grundlegende Veränderungen vorstatten. Ähnlich wie seit Mitte der dreißiger Jahre in der Sowjetunion verband auch die Arbeiterklasse in der DDR den sozialistischen Wettbewerb mit der Einführung der neuen Technik und der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Mit der Entstehung neuer Industriezweige wie der Elektronik, der Petrolchemie, der BMSR-Technik und anderer erhöhte die Arbeiterklasse ihr fachliches Qualifikationsniveau. Gleichzeitig eigneten sich viele Arbeiter Grundlagen der materialistischen Weltanschauung und Kenntnisse der politischen Ökonomie des Sozialismus an.

Im Jahre 1959 brachte die Arbeiterklasse in Auswertung sowjetischer Erfahrungen eine neue soziale Struktur- und Entwicklungsform der Gesellschaft hervor: die Brigaden und Kollektive der sozialistischen Arbeit. Diese Form entstand zuerst im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld und breitete sich in den folgenden Jahren auf viele Produktionseinheiten aus. Diese Bewegung, die 1959 von der Brigade "Mamai" in Bitterfeld ausgelöst worden war, umfaßte 1971 146 923 Produktionskollektive mit über 2, 88 Millionen Mitgliedern.³⁰ In Gestalt der Brigaden und Kollektive der sozialistischen Arbeit schuf die Arbeiterklasse eine gesellschaftliche Institution, die von vielseitiger Bedeutung ist. Sie fördert die allseitige Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten und verbindet die individuellen und kollektiven gesellschaftlichen Interessen. Das Kollektiv der sozialistischen Arbeit ist zu einer Einrichtung geworden, mit der die Arbeiterklasse gestaltenden Einfluß auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausübt, auf Produktion, Bildung und Erziehung, Kunst und Literatur, vor allem aber auf die sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen. In diesen Kollektiven formten sich unzählige Arbeiterpersönlichkeiten, die dem Charakter der sozialistischen Gesellschaft im täglichen Leben das Gepräge geben.

Die Entwicklung der Arbeiterklasse in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus war begleitet von heftigen Klassenkämpfen unter den Bedingungen des kalten Krieges. Es genügt, allein die Daten der Konfliktsituationen in der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus in der Mitte Europas zu nennen, den 17. Juni 1953, den Spätherbst und Winter 1956, den 13. August 1961 und den Sommer 1968. Immer wieder versuchten imperialistische Kreise, unterstützt von verschiedenen politischen Kräften, die Konterrevolution in die DDR und andere sozialistische Länder zu exportieren. In diesen kritischen Situationen bewies die Arbeiterklasse der DDR gemeinsam mit ihren Verbündeten und unterstützt von der Sowjetunion und den anderen Staaten des Sozialismus in zunehmendem Maße ihre gesellschaftspolitische Führungsrolle. Die Tatsache, daß der Imperialismus Anfang der siebziger Jahre zur Anerkennung der geschichtlichen

30 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, Berlin 1973, S. 70.

Realitäten, die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstanden waren, gezwungen wurde, ist nicht zuletzt auch der Standhaftigkeit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen unter der Führung der SED zu danken. Gemeinsam mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft hatten sie mehr als zweieinhalb Jahrzehnte dafür gekämpft, die Prinzipien der friedlichen Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen durchzusetzen.

5.3. Die Arbeiterklasse und die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft

Im Ergebnis der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus hatte sich die Klassenstruktur in der DDR grundlegend verändert. 1962 hatten die einzelnen Eigentumsformen folgenden Anteil am Aufkommen des gesellschaftlichen Gesamtprodukts: Volkseigentum 72,2 Prozent, genossenschaftliches Eigentum 13,3 Prozent, Betriebe mit staatlicher Beteiligung und Betriebe mit Kommissionsvertrag 6,6 Prozent, private Betriebe 7,9 Prozent.³¹

Die neuen sozialistischen Produktionsverhältnisse stimmten mit dem Charakter der Produktivkräfte im wesentlichen überein. Es war eine Klassenstruktur entstanden, die durch die Arbeiterklasse, die Klasse der Genossenschaftsbauern und die sozialistische Intelligenz charakterisiert wurde. Die neue sozialökonomische Basis und die Klassenstruktur bestimmten den sozialistischen Charakter des gesellschaftlichen Überbaus. Damit waren zugleich die objektiven Grundlagen für die vollständige Herausbildung der politisch-moralischen Einheit der Werktätigen weitgehend geschaffen.

Die Arbeiterklasse stellte als führende Kraft der Gesellschaft etwa drei Viertel der Bevölkerung. 75,5 Prozent der in der Volkswirtschaft Beschäftigten gehörten der Arbeiterklasse an. Sie war und ist am engsten mit den modernen Produktivkräften verbunden, realisiert das staatliche sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln, erwirtschaftet den größten Teil der materiellen und finanziellen Mittel für die Entwicklung aller Bereiche der Gesellschaft durch unmittelbare Arbeit im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß.

Die Klasse der Genossenschaftsbauern bewirtschaftete 85,2 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Sie hatte einen Anteil von 12 Prozent an den in der Volkswirtschaft Beschäftigten. Die Klasse der Genossenschaftsbauern hatte sich als engster Verbündeter der Arbeiterklasse zu einer sozialistischen Klasse entwickelt, die fest mit dem genossenschaftlichen sozialistischen Eigentum verbunden ist.

Der Anteil der Intelligenz an den in der Volkswirtschaft Beschäftigten betrug 7 Prozent. Die Intelligenz hatte sich zu einer sozialistischen sozialen Schicht entwickelt, die eng mit der Arbeiterklasse und der Klasse der Genossenschaftsbauern verbunden ist und sich zu einem großen Teil aus ihnen rekrutiert.

Die Genossenschaftshandwerker stellten 1,8 Prozent, die privaten Handwerker und Gewerbetreibenden 2,2 Prozent, die Kommissionshändler und privaten Händler 0,7 Prozent und Sonstige 0,8 Prozent der Beschäftigten.

Die PGH, die Betriebe mit staatlicher Beteiligung (KG) und der Kommissionshandel zeigten die Wandlungen, die sich in den sogenannten ehemaligen Mittelschichten vollzogen. Viele Angehörige dieser Schichten entwickelten sich als Verbündete

³¹ Berechnet nach ebenda 1967.

der Arbeiterklasse zu sozialistischen Werktätigen.

1962 bestanden in der Volkswirtschaft über 6 000 Betriebe mit staatlicher Beteiligung und 5 500 private kapitalistische Betriebe, in denen fast eine halbe Million Arbeiter und andere Werktätige beschäftigt waren.³² Der Übergang der Betriebe mit staatlicher Beteiligung und der privaten Unternehmer zum Sozialismus war noch nicht vollständig abgeschlossen. In der neuen Periode der gesellschaftlichen Entwicklung stand die Aufgabe, auch diese Teile der Bevölkerung zu sozialistischen Produktions- und Lebensformen zu führen.

Der Beginn des umfassenden Aufbaus des Sozialismus Anfang der sechziger Jahre war verbunden mit einer neuen Stufe in der Entwicklung der Arbeiterklasse. Zunächst begannen Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler im Produktionsaufbot 1961/1962 jene Lücken zu schließen, die durch den imperialistischen Wirtschaftskrieg gegen die DDR entstanden waren. In zahlreichen Wettbewerben rangen die Produktionskollektive um die Rationalisierung und Intensivierung der Wirtschaft und begannen, sich auf die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution einzustellen. Die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen sammelten unter Führung der SED wichtige Erfahrungen im Kampf gegen den Imperialismus und erhöhten ihre politische und fachliche Qualifikation. Der neue Inhalt der Interessenvertretung der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger durch die Gewerkschaften, der in der Einheit von Steigerung der Arbeitsproduktivität, wissenschaftlich-technischem Fortschritt und steter Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen besteht, wurde umfassender verwirklicht.

Die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung seit dem VIII. Parteitag der SED ist ohne die Leistungen der Arbeiterklasse, der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und der anderen Werktätigen in den sechziger Jahren nicht zu begreifen. Bis zu Beginn und teilweise auch noch in der ersten Hälfte der sechziger Jahre waren die Werktätigen der DDR, insbesondere die Arbeiterklasse, mit der Überwindung der Folgen der Vergangenheit beschäftigt. Gleichzeitig führte ihre Arbeit zur Festigung der Ergebnisse der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und besonders zur Entwicklung der ökonomischen Basis des Sozialismus. Was seit Anfang der siebziger Jahre an sozialpolitischen Maßnahmen durchgeführt werden konnte, wurde - trotz zeitweiliger Disproportionen und Schwierigkeiten - in hohem Maße in den sechziger Jahren materiell-technisch und ökonomisch vorbereitet. Die wesentlichen geschichtlichen Ergebnisse in den sechziger Jahren waren positiv. Die Politik der SED war erfolgreich. Dabei war es notwendig, auch eine Reihe von Überspitzungen und Einseitigkeiten zu überwinden.

Auf der Grundlage der Wirtschaftspolitik der SED und der sozialistischen Staatsmacht stieg das Nationaleinkommen 1962 um 1,5 Prozent, 1963 um 3,2 Prozent, 1964 um 4,5 Prozent und 1965 um 4,6 Prozent.³³ Die vom VI. Parteitag und der Wirtschaftskonferenz 1963 eingeleitete Wirtschaftspolitik bewährte sich. Die Rationalisierungskonferenz 1966 führte diese Politik weiter. Im Zeitraum des Fünfjahrplanes 1966 bis 1970 wurden insgesamt positive Ergebnisse erzielt. Dieser Fünfjahrplan entsprach auf einigen wichtigen volkswirtschaftlichen Gebieten den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Es wurden also insgesamt viele positive, aber auch einige negative Erfahrungen sowohl im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft als auch in Betrieben gesam-

32 Ebenda.

33 Berechnet nach ebenda, S. 40.

melt. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre traten auch Erscheinungen auf, die die Initiative der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen hemmten. Subjektivistische Züge in der Strukturpolitik, Verletzungen der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, überzogene Vorstellungen von komplexen wissenschaftlich-technischen Lösungen durch die Arbeitskollektive und unrealen Planaufgaben wirkten sich nachteilig auf die Verbesserung der Lage und die Entwicklung der Arbeiterklasse aus. Die Partei- und Staatsführung unternahm große Anstrengungen, um diese Hemmnisse zu beseitigen. Mit den Beschlüssen des Politbüros der SED und des Ministerrates der DDR vom September 1970 und des 14. Plenums des ZK der SED vom Dezember 1970 wurde begonnen, die Wirtschaft zu konsolidieren und Bedingungen für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen.

Der VIII. Parteitag der SED im Juli 1971, der das soziale Wesen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft umfassend begründet hat, stellte die Interessen und Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen konsequent in den Mittelpunkt seiner strategischen gesellschaftspolitischen Konzeption, die in der bekannten Hauptaufgabe zusammengefaßt ist. Er legte seinem wirtschaftlichen und sozialpolitischen Programm die optimale Verbindung von Gegenwarts- und Zukunftsinteressen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen zugrunde. Die Definition des Ziel-Mittel-Verhältnisses des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus und der Hauptaufgabe machten den Sinn des Sozialismus für jedermann besser verständlich und erfaßbar. Das Verhältnis von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und wissenschaftlich-technischer Revolution wurde vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen klarer bestimmt. Diese Linie entspricht der objektiven Dialektik, die zwischen der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik und der Entwicklung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen als Hauptproduktivkraft bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft besteht.

Ausgehend davon, daß die Arbeiterklasse der DDR und ihre Partei, die SED, eine Abteilung der internationalen Arbeiterklasse, der kommunistischen Weltbewegung und des sozialistischen Weltsystems sind, hat der VIII. Parteitag den internationalistischen Charakter der Arbeiterklasse weiter ausgeprägt. Die Beschlüsse des VIII. Parteitages und der folgenden Tagungen des ZK der SED fanden die Zustimmung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen und lösten neue Initiativen zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft aus.

Eine weitere Stärkung erfuhr die Arbeiterklasse durch die Umwandlung von Betrieben mit staatlicher Beteiligung, privaten Industrie- und Baubetrieben und industriell produzierenden Produktionsgenossenschaften des Handwerks in Volkseigentum. Durch diese Umwandlung entstanden mehr als 11 000 neue volkseigene Betriebe. Von 1971 bis Sommer 1972 erhöhte sich der Anteil der in volkseigenen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten von 82,1 Prozent auf 99,4 Prozent aller in der Wirtschaft Tätigen. Wurden 1971 83,3 Prozent der industriellen Warenproduktion in volkseigenen Betrieben erzeugt, waren es Mitte 1972 99,4 Prozent. In den neuen volkseigenen Betrieben arbeiten 585 000 Werktätige, die eine jährliche Warenproduktion von rund 27 Milliarden Mark erzeugen. Mehr als 85 Prozent der ehemaligen Komplementäre und Inhaber von Privatbetrieben sind in den neuen Betrieben als Leiter oder in anderen verantwortlichen Funktionen tätig.³⁴ Die Neubildung volkseigener Betriebe war nach dem Sieg der sozia-

³⁴ Aus dem Bericht des Politbüros an die 6. Tagung des ZK der SED, Bericht-erstatte: Werner Jarowinski, Berlin 1972, S. 24; Aus dem Bericht des Politbüros an die 8. Tagung des ZK der SED, Bericht-erstatte: Günter Mittag,

listischen Produktionsverhältnisse Anfang der sechziger Jahre und der Kombi-natsbildung in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre eine der wichtigsten Ver-änderungen in der ökonomischen Basis.

Diese knappe historische Skizze stellt nur einige der wichtigsten Fakten und Pro- zesse von der Entwicklung der Arbeiterklasse in den vergangenen fast drei Jahr- zehnten dar. Sie soll zeigen, daß die Beantwortung der Frage nach dem Wo- her eine Voraussetzung ist, um die Frage nach der Führungsrolle der Arbeiter- klasse in der Gegenwart zu beantworten. Denn keine soziale Klasse ist geschichts- los, am wenigsten die Arbeiterklasse. Keine Klasse läßt sich nur aus ihrem gegen- wärtigen Sein begreifen, auch die Arbeiterklasse nicht. Sie hat ihre eigene Ge- schichte, die Geschichte der bisherigen Verwirklichung ihrer historischen Mis- sion, die sie zur führenden Klasse bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft historisch legitimiert.

Seit Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre ist die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei verstärkt in den Mit- telpunkt der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperia- lismus gerückt. Imperialistische, rechtssozialdemokratische und revisionistische Ideologen sind bestrebt, die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen der marx- istisch-leninistischen Partei gegenüberzustellen.

Hermann Weber wärmt die bereits von Lenin widerlegte Behauptung auf, Führung und Apparat der Partei würden über die Werktätigen herrschen.³⁵ Diese These richtet sich gegen die feste Verankerung der Partei in der Arbeiterklasse, der Klasse der Genossenschaftsbauern und der Intelligenz. Kurt Sontheimer und Wil- helm Bleek behaupten, die Herrschaft der Arbeiterklasse in der DDR sei wie auch anderswo die Herrschaft einer Elite. Um ihre Behauptung glaubhaft zu machen, nehmen sie eine Einschränkung vor. Eine geschlossene Elite im Sinne einer neuen Klasse, so schreiben sie, würde voraussetzen, daß sie ihre Mitglieder weitgehend aus sich selbst rekrutiert und sich sichtbar von der übrigen Bevölkerung ab- setzt. Das sei trotz mancher Anzeichen jedoch nicht der Fall.³⁶ Worauf diese bewußt einschränkende Behauptung abzielt, tun die Verfasser selbst kund, indem sie schreiben: "Die Bedingungen und konkreten Anforderungen einer leistungs- orientierten Laufbahngesellschaft haben als Fernziel neben der politischen Indok- trination in erster Linie das fachliche Können gesetzt."³⁷ Die DDR wird hier mit dem Begriff der "Leistungs- und Konsumgesellschaft" bedacht, der das entgegen- gesetzte Klassenwesen und die entgegengesetzte Zielfunktion von Kapitalismus und Sozialismus verschleiern soll. Vor allem aber brauche eine solche "Leistungs- und Konsumgesellschaft" keine Politik, keine Weltanschauung, kein Bewußtsein und vor allem keinen Marxismus-Leninismus.

Weber führt diese Konzeption noch deutlicher weiter. Er setzt fachliches Wissen und Ideologie direkt einander entgegen. Demzufolge müßten zwischen der Parteilichkeit der SED und der "notwendigen Versachlichung" ständig Differenzen auf- treten.³⁸ Hier werden Widersprüche konstruiert, die angeblich zwischen den Öko-

Berlin 1972, S. 12.

35 Weber, Hermann, Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1946 - 1971, Bremen 1971, S. 15.

36 Sontheimer, Kurt/Bleek, Wilhelm, Die DDR. Politik, Gesellschaft, Wirt- schaft, Hamburg 1972, S. 146, 149. 37 Ebenda, S. 149.

38 Weber, Hermann, Die SED und die moderne Industriegesellschaft der DDR, in: DLF, 20. 8. 1973.

nomen, Wissenschaftlern und Technikern, die pragmatisch arbeiten wollten, und der Partei, die an ihrer führenden Rolle festhalte, bestehen würden.

Man könnte diese ideologischen Angriffe auf die Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der SED, beliebig weiter zitieren und referieren.

Zusammenfassend kann man dazu feststellen: Die Angriffe der imperialistischen Ideologen richten sich nicht schlechthin gegen den Sozialismus im allgemeinen, sondern gegen die marxistisch-leninistische Partei. Sie werden häufig mit neuen Entwicklungstendenzen in Wissenschaft und Technik "begründet". Vor allem richten sie sich auf die Trennung von Partei und Klasse und versuchen, zwischen den sozialen Klassen und Schichten einerseits und der Partei andererseits zu differenzieren und Spannungen zu erzeugen. Häufig versuchen imperialistische, rechtssozialdemokratische und revisionistische Ideologen, ihre Angriffe auf die Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei "marxistisch" zu tarnen und mit "Ratschlägen" zur "Verbesserung" des Sozialismus zu versehen. Es handelt sich bei all diesen Konzeptionen und Angriffen um konterrevolutionäre Ideologie und Zielsetzung.

Dieser Exkurs soll nochmals unterstreichen, daß die Darstellung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei in der Geschichtsschreibung der DDR und in der Betriebsgeschichtsschreibung auch eine wichtige Funktion im ideologischen Klassenkampf gegen den Imperialismus zu erfüllen hat.

6. Schlußbemerkung

Die Geschichte der Entstehung und Entwicklung der DDR umfaßt einen Zeitraum von fast drei Jahrzehnten. Sie ist zu einem echten Gegenstand der Geschichtswissenschaft geworden. Verklungen, wenn auch nicht vergessen, sind die Stimmen, die der Arbeiter-und-Bauern-Macht nur eine kurze oder auch keine Lebenschance einräumten. Je mehr uns der zeitliche Abstand von der Staatsgründung durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten trennt, desto tiefgreifender wird die Wende bewußt, die im Oktober 1949 herbeigeführt wurde. Es ist heute schon nicht mehr möglich, auch nur die wesentlichsten Prozesse und Ereignisse dieser geschichtlichen Umwälzung in einem Aufsatz oder in einem Referat zu erfassen und zu würdigen. Die letzten dreißig Jahre sind so geschichtsträchtig, daß sich Tausende von Bürgern mit ihrer Erforschung und Aufzeichnung beschäftigen. Der neue Charakter der Geschichte, die Entwicklung der Volksmassen zum Subjekt des historischen Prozesses, hat auch bewirkt, daß die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen begonnen haben, die Geschichte, die sie selbst gestalten, auch selbst zu schreiben. Die Kollektive, die die Geschichte ihrer Betriebe erforschen und schreiben, nehmen dabei einen hervorragenden Platz ein.

ZWEITE KONFERENZ DER FACHKOMMISSION BETRIEBSGESCHICHTE
DER HISTORIKER-KONFERENZ

Vom 8. bis 10. Mai 1974 fand in Karl-Marx-Stadt die 2. Konferenz der Fachkommission Betriebsgeschichte als Beitrag zum 25. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik unter dem Thema "Betriebsgeschichte und Geschichte der DDR" statt. Von den 160 Teilnehmern der Konferenz kamen rund 60 Prozent aus Industrie- und Verkehrsbetrieben der DDR.

Der Vorsitzende der Fachkommission Betriebsgeschichte, Prof. Dr. Hans Randaedt, eröffnete die Konferenz und wies darauf hin, daß die jährlich von der Fachkommission zu veranstaltenden Konferenzen neben dem allgemeinen Erfahrungsaustausch der Weiterbildung der Betriebshistoriker auf jeweils einem bestimmten Gebiet der Geschichte dienen sollen. Für die kommenden Jahre sind - immer in Verbindung mit der Betriebsgeschichte - Referate und Aussprachen über Bündnispolitik, proletarischen Internationalismus und sozialistischen Wettbewerb vorgesehen.

Wolfgang Enders, Sekretär der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der SED, begrüßte die Konferenzteilnehmer im Namen des Sekretariats der Bezirksleitung und ging auf die revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse und die Entwicklung der bedeutenden Industrieproduktion im Bezirk Karl-Marx-Stadt ein.

Das Hauptreferat hielt Prof. Dr. Karl Reißig, Berlin, zum Thema "Die Geschichte der DDR - eine Grundlage der Betriebsgeschichte".¹

Zur Diskussion sprachen 12 Teilnehmer der Konferenz, vorwiegend Wissenschaftler, die die Betriebsgeschichtsarbeit anleiten. Dabei wurden vier Fragenkomplexe erörtert:

- Probleme aus der Geschichte der DDR, die stärker in der Betriebsgeschichte erörtert werden sollten;
- Entwicklung der Betriebsgeschichte im Bezirk Karl-Marx-Stadt;
- Betriebsgeschichtsarbeit in Betrieben;
- ideologische Arbeit in und mit der Betriebsgeschichte.

Günter Möschner, Berlin, sprach über die Herausbildung der Kommandohöhen der Arbeiterklasse auf dem Gebiet des Außenhandels. Es sei nicht leicht gewesen, den Werktätigen, die den Außenhandel immer noch als Werkzeug des Kapitalismus zur Realisierung der Profite betrachteten, im revolutionären Umwälzungsprozeß klarzumachen, daß der Außenhandel jetzt ihnen diene. In den fünfziger Jahren bildete sich unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei in den Betrieben der Wettbewerb zur Erfüllung der Exportverpflichtungen heraus. Diese Seite der Wettbewerbsbewegung, die geeignet ist, in der Betriebsgeschichte darzustellen, wie den Werktätigen die internationalistischen Verpflichtungen bewußt werden, werde in der Betriebsgeschichte noch nicht genügend berücksichtigt.

Auf die Rolle der SED bei der Erziehung zum Internationalismus im Prozeß der sozialistischen Revolution in den fünfziger Jahren ging auch Klaus Rolfs, Berlin, ein, der besonders über die Aneignung sowjetischer Erfahrungen und ihre Widerspiegelung in der Betriebsgeschichte sprach. In den betriebsgeschichtlichen Veröffentlichungen gebe es über die ersten zehn Jahre nach 1945 sehr gute Darstellungen der Zusammenarbeit zwischen Sowjetbürgern und Deutschen vom Tage der

1 Abgedruckt im vorliegenden Band des Jahrbuches für Wirtschaftsgeschichte.

Befreiung an. Ab 1954 etwa werde jedoch, abgesehen von der Erwähnung der Übernahme sowjetischer Neuerermethoden, die Freundschaft zur Sowjetunion meist nur anhand von Besuchen offizieller Delegationen behandelt. In der Realität habe sie sich aber vielfältiger, persönlicher, nicht nur an Leitungs- und Produktionsstrukturen gebunden, herausgebildet. Die Einbeziehung solcher Beispiele in die Betriebsgeschichte trage zur Entwicklung des internationalistischen Bewußtseins bei, unterstütze den Kampf gegen die antikommunistischen Thesen von der "Sowjetisierung" und bedeute eine wichtige Hilfe für die zentrale Forschung.

Dr. Helga Kanzig, Berlin, betonte, daß sich im Prozeß der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen DDR und UdSSR in den sechziger Jahren zeitweilige demokratische Organe in den Betrieben herausgebildet haben, die zu ihrer Zeit notwendig waren und dann aufgelöst oder auf höherer Stufe weiterentwickelt wurden. Sie sollten keineswegs aus der Darstellung der Betriebsgeschichte ausgeklammert werden. Besonders sorgfältig sei die sukzessive Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, der ökonomischen Integration und der zusammenfassenden Koordinierung der Pläne im RGW anhand betrieblicher Beispiele zu untersuchen. Dabei wies sie auf die bedeutende Rolle hin, die die Brigaden der DSF und die Zirkel zur Auswertung der Produktionserfahrungen der sowjetischen Arbeiterklasse dabei gespielt haben.

Wolfgang Enders ging in seinem Diskussionsbeitrag aus von dem zentralen Forschungsthema der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED "Herausbildung der Arbeiterklasse, dargestellt an der Entwicklung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung im Bezirk Karl-Marx-Stadt". Er führte Beispiele an, die die Wichtigkeit der betriebsgeschichtlichen Detailforschung zur Bewältigung dieser Thematik betonen. Dabei gelte es unter anderem zu zeigen, wie sich unter Führung der Partei die Entwicklung der Betriebe zu sozialistischen Industriebetrieben vollzogen, in welchem Umfang sich die Anwendung sowjetischer Neuerermethoden entwickelt hat, und den damit in engem Zusammenhang stehenden Prozeß der Entwicklung sozialistischer Arbeitsmethoden von der Henneckebewegung bis zu den Brigaden der sozialistischen Arbeit darzustellen. Er würdigte die Betriebsgeschichte des VEB Volltuchwerke Crimmitschau² als nachahmenswerte Leistung. Ausführlich sprach er über die durch konkrete Beschlüsse gesicherte Unterstützung des Sekretariats der Bezirksleitung der SED für die Betriebsgeschichte. Das fand unter anderem seinen Ausdruck in einer Konferenz³ am 5. Dezember 1973, die Beschlüsse in den Betrieben auslöste. Erste Ergebnisse bis zum Mai 1974 waren unter anderem neugeschaffene Traditionszimmer, 48 Konzeptionen für Betriebsgeschichten und viele betriebshistorische Publikationen in Betriebszeitungen.

Günter Reichert, Sekretär der Betriebsparteiorganisation der SED im VEB Mikro-

2 Wir Volltuchwerker. Geschichte des VEB Volltuchwerke Crimmitschau, von Walter Fellmann unter Mitarbeit eines Kollektivs des Betriebes, Berlin 1971.

3 Vgl. Die Betriebsgeschichtsforschung - fester Bestandteil der politisch-ideologischen Arbeit der Partei. Referat des Genossen Wolfgang Enders, Sekretär der Bezirksleitung, auf der Konferenz des Sekretariats der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der SED am 5. Dezember 1973. Schlußwort des Genossen Horst Brasch, Mitglied des ZK der SED und 2. Sekretär der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der SED; siehe auch Woick, Norbert, Stand der Betriebsgeschichtsforschung im Bezirk Karl-Marx-Stadt, in: Jahrbuch für Wirtschaftsge-schichte 1974, T. 4.

mat Dresden, legte Erfahrungen als Leiter der Betriebsgeschichtskommission und Autor der Betriebsgeschichte⁴ dar. Für die Betriebsparteiorganisation des VEB Mikromat Dresden ist die Betriebsgeschichte fester Bestandteil der gesamten politischen Arbeit im Betrieb. Reichert äußerte seine Anerkennung über das Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, das grundsätzliche Artikel zu Inhalt und Methodologie der Betriebsgeschichte publiziert. Er schlug vor, um das gestiegene Informationsbedürfnis der Betriebshistoriker zu befriedigen, Probleme der Betriebsgeschichte außerdem auch stärker in den Parteizeitschriften "Einheit", "Neuer Weg" und "Der Parteiarbeiter" zu veröffentlichen. Weiterhin regte er an, eine Darstellung von gesellschaftspolitischen Höhepunkten der Geschichte der DDR auszuarbeiten, die für alle Betriebe wichtig sind und als Leitfaden für die Betriebsgeschichte dienen könnten. Dr. Erwin Könnemann, Halle, bemerkte hierzu, daß letzteres die Gefahr der Monotonie und des zu starken Eingehens der Betriebsgeschichten auf diese Höhepunkte mit sich bringen könnte. Heinz Kinne, VEB Bagger-, Bugsier- und Bergungsreederei, Rostock, sprach über seine Erfahrungen als Sekretär der Betriebsgeschichtskommission. Die Betriebsgeschichte wird durch die Mitglieder der Betriebsgeschichtskommission in vielfältiger Weise in die ideologische Arbeit seines Betriebes einbezogen: bei Veranstaltungen zur marxistisch-leninistischen Weiterbildung, beim Ausbau des Traditionskabinetts und bei Längsschnitten, die durch mehrere Gruppen als Vorarbeiten für spätere Veröffentlichungen erarbeitet werden. Unterstützt wurde diese Arbeit durch den Erfahrungsaustausch zwischen verschiedenen Betriebsgeschichtskommissionen des Bezirks. Zwei der besonders aktiven Mitarbeiter der Kommission wurden für diese gesellschaftlich wichtige Tätigkeit als Aktivist ausgezeichnet, andere erhielten Anerkennungsprämien. Gute Erfahrungen wurden gemacht, als zur Materialsammlung für bestimmte engbegrenzte Themen die Schüler der 8. und 9. Klassen aus den Patenschulen herangezogen wurden. Die künftige Aufgabenstellung hierzu lautet: "Was wurde aus den Mitgliedern der Jugendkollektive und den FDJlern der fünfziger Jahre?"

Hans Jürgen Reister, Rostock, der die Schüler der Patenschule des VEB Bagger-, Bugsier- und Bergungsreederei, Rostock, in der betriebsgeschichtlichen Arbeit anleitete, betonte, mit Schülern könne man keine Betriebsgeschichte schreiben, aber sie können für Schwerpunkte der ideologischen Entwicklung Material suchen und es aufbereiten. Die Mitarbeit am Aufbau von Traditionskabinetten sei dafür sehr geeignet. Diese selbständige außerunterrichtliche Tätigkeit erweitere nicht nur die Kenntnisse der Schüler, sondern trage auch zu ihrer Bewußtseinsprägung bei. Das Material sei aus der Sichtung von Betriebszeitungen, Brigadetagebüchern und Broschüren sowie aus persönlichen Befragungen zu gewinnen. Den Abschluß der Arbeit solle möglichst eine Verteidigung vor dem gesellschaftlichen Auftraggeber bilden.

Dr. Herbert Matthias, Magdeburg, wendete sich, ausgehend von anfänglichen Schwierigkeiten bei der Realisierung des Forschungsauftrages, die Geschichte des Schwermaschinenbaus darzustellen, zu der die Kommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Magdeburg der SED herangezogen worden war, der betriebsgeschichtlichen Arbeit mit Studenten zu. Im Kombinat Ernst-Thälmann-Werk, Magdeburg, wurden auf der Grundlage einer von der Bezirksparteileitung beschlossenen Konzeption drei Arbeitsgruppen von Studenten der Pädagogischen Hochschule "Erich Weinert" unter der Patenschaft staatlicher Leiter des Kombinats gebildet. Sie trugen für den Zeitraum von 1963

4 Reichert, Günter, Geschichte des VEB Mikromat Dresden, Berlin 1974.

bis 1967 aus dem Betriebsarchiv, der Betriebszeitung und den Unterlagen der Abteilungen Material zusammen. Das Ergebnis war keine Betriebsgeschichte für diesen Zeitraum, aber eine Rohmaterialsammlung und ein Artikel in der Betriebszeitung, auf deren Grundlage die Betriebsgeschichtskommission des Kombinats weiterarbeiten kann.

Dr. Hans Otto Gericke, Magdeburg, nannte unter anderem eine Reihe von Punkten, in denen den Studenten durch die Dozenten mehr Anleitung für die betriebsgeschichtliche Arbeit in engem Zusammenhang mit der Geschichte der DDR gegeben werden muß:

- Welche Schwerpunkte bestimmten in einer gegebenen Zeit die ideologische Arbeit, welchen konkreten Inhalt hatte sie?
- Das Ausgehen von der dialektischen Einheit von Politik, Geschichte und Ökonomie;
- Welche subjektiven und objektiven Probleme gab es bei der Durchsetzung von bestimmten Maßnahmen?
- Die Auseinandersetzung mit ideologischen Einflüssen des Klassegegners;
- die Erfassung des Qualitätswandels in der Entwicklung.

Dr. Hans Czihak, Berlin, forderte dazu auf, betriebsgeschichtliche Forschungsergebnisse schnell und unmittelbar in der gesamten ideologischen Arbeit des Betriebes wirksam werden zu lassen, nicht erst nach Fertigstellung eines Buches oder einer Broschüre. Das sei besonders notwendig bei der Erfüllung des Politbüro-Beschlusses zur Agitation und Propaganda vom November 1972. Besonders in diesem Jubiläumsjahr unserer Republik sollte der Einfluß der Betriebsgeschichte in Verbindung mit der Darstellung der Geschichte der DDR, stärker genutzt werden. Daneben aber diene eine solche Arbeitsweise auch dazu, den Mitgliedern der Betriebsgeschichtskommission Erfolgserlebnisse zu vermitteln, ihnen die Wichtigkeit ihrer Arbeit bewußt zu machen.

Im betriebsgeschichtlichen Erfahrungsaustausch am 8. Mai nahmen vor 93 Konferenzteilnehmern 13 Diskussionsredner das Wort, darunter zehn Vertreter von Kombinaten und Industriebetrieben. Die meisten von ihnen berichteten über den Aufbau von Traditionszimmern, die in ihnen gestaltete historische Entwicklung und ihre Nutzung als Zentrum der politisch-ideologischen Arbeit im Betrieb. So teilte Elfriede Förster, VEB Großdrehmaschinenbau "8. Mai", Karl-Marx-Stadt, mit, daß gerade an diesem Tage das Traditionszimmer ihres Betriebes eröffnet worden sei. Werner Warthold berichtete über das Traditionszimmer der VVB Schuhe, Weißenfels, das unter dem Thema "Welchen Anteil hat die Arbeiterklasse an der Entwicklung der Produktivkräfte?" gestaltet wurde. Einen Überblick über verschiedene Gebiete der Betriebsgeschichtsarbeit in ihren Kombinaten und Betrieben gaben Herbert Joffroy, VEB Transformatoren- und Röntgenwerk, Dresden; Frank Halama, VEB Plattenwerk "Max Dietel", Meißen; Heinz Kerstan, VEB Kombinat Schwarze Pumpe; Günter Reichert, VEB Mikromat Dresden; Bruno Richter, VEB Kraftwerke "Artur Becker", Trattendorf; Hellmut Risch, VEB Sachsenring, Zwickau. Werner Engst, Karl-Marx-Stadt, und Kurt Smettan, Berlin, sprachen über die Tätigkeit der Bezirks- bzw. Kreisgeschichtskommissionen der SED auf dem Gebiet der Betriebsgeschichte. Dr. Claus Peter Geier, Energiekombinat Ost, Dresden, warf die Frage auf, wie die Rolle der Technik in der Betriebsgeschichte dargestellt werden solle, wobei er einschränkte, daß eine reine Geschichte der Technik selbstverständlich nicht in Frage komme. Eine Reihe von Diskussionsrednern antwortete darauf, daß die Geschichte der Technik des Betriebes in die Darstellung der Entwicklung der Produktivkräfte einbezogen werden müsse, besonders unter dem Gesichtspunkt, welche Rolle die Arbeiterklasse dabei gespielt habe.

Im Schlußwort betonte Prof. Dr. Hans Radandt die Notwendigkeit für alle Betriebe, sich mit ihrer Geschichte in enger Verbindung mit der Geschichte der DDR zu befassen. Dies werde je nach Größe der Betriebe in unterschiedlichem Maße möglich sein. In den Großbetrieben müsse die Betriebsgeschichtsforschung unter anderem zur Einrichtung von Traditionszimmern und Buch- bzw. Broschüren-Veröffentlichungen führen. Für Kleinbetriebe sei besonders die Form der Betriebschroniken zu empfehlen, in die künftig für den Betrieb wichtige Ereignisse täglich bzw. wöchentlich eingetragen werden. In allen Betrieben sollte die Betriebsgeschichte auf dem gesamten Gebiet der ideologischen Arbeit genutzt werden. Verantwortlich für die Betriebsgeschichtsarbeit seien entsprechend dem Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 19. Juni 1973 die Werkleiter unter Anleitung und Kontrolle der Betriebsparteiorganisation, unterstützt durch breite Mitarbeit der Gewerkschaftsorganisation. Radandt gab der Hoffnung Ausdruck, daß bald durch einen zentralen Beschluß - ähnlich den Beschlüssen des ZK der KPdSU zur Geschichte der Fabriken und Werke in den Jahren 1931 und 1958 - die Betriebsgeschichtsarbeit einen noch größeren Aufschwung nehmen möge.

Hans Radandt

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

VI. INTERNATIONALER KONGRESS FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE⁺

Der VI. Kongreß der Wirtschaftshistoriker in Kopenhagen dauerte vom 19. bis zum 23. August 1974. Er fand in Form von zahlreichen Sondersitzungen statt, auf denen die verschiedensten Themen vom Altertum bis zur Gegenwart, mehr oder weniger wissenschaftlich wertvoll, unter mehr oder weniger starker Diskussionsbeteiligung abgehandelt wurden. Etwa 500 Wissenschaftler aus 40 Ländern nahmen am Kongreß teil. Durch die - im Vergleich zum Leningrader Kongreß 1970 - geringe Zahl von Teilnehmern war für die Mehrzahl der Anwesenden Gelegenheit gegeben, auf einer der 35 verschiedenen Sitzungen zu sprechen.

Die Delegation der Wirtschaftshistoriker aus der DDR, insgesamt 12 Teilnehmer, wurde von Akademiemitglied Jürgen Kuczynski geleitet.

Aufgrund der Erfahrungen mit zahlreichen anderen wissenschaftlichen Kongressen wurden in Kopenhagen neue Methoden der Kongreßführung zur allgemeinen Zufriedenheit versucht und durchgeführt. Die Sitzungen waren in 3 Sektionen aufgliedert:

Sektion A: Die Berichte für die fünf Themen dieser Sektion lagen den Teilnehmern schon mehrere Monate zuvor gedruckt vor. Sie waren in der Mehrzahl 1973 auf internationalen Kolloquien im Expertenkreis vorbereitet worden. Auf dem Kongreß selbst sprach der Hauptreferent nur kurz einleitend; ebenso sprachen 5 - 10 Experten (panel members) bis zu 10 Minuten zu dem bekannten Referat. Sodann erfolgte freie Diskussion.

Sektion B: Hier wurden zu den sieben Themenkreisen im allgemeinen mehrere vorher nicht vorliegende, aber der Thematik nach festgelegte Zehn- bis Fünfzehn-Minuten-Referate gehalten, die mit freier Diskussion verbunden waren.

Sektion C: Informelle Gruppierungen um verschiedene Themen, die auf Initiative einzelner Wissenschaftler im Verlauf der vorangegangenen ein oder zwei Jahre vor dem Kongreß in Abstimmung mit der International Economic History Association gebildet worden waren.

Die zum Teil genau geplante, zum Teil spontane Entwicklung des Kongreßprogramms im Verlaufe einiger Jahre, der Wert, der auf Kürze der Referate und Intensität der Diskussion gelegt wurde, wurden allgemein begrüßt.

Es ist offenbar, daß mit diesem Kongreß auf dem Wege zur Erhöhung des Nutzens wissenschaftlicher Veranstaltungen ein Fortschritt erreicht wurde.

+ Der Kongreßbericht wurde aus den Einzelberichten der Teilnehmer aus der DDR zusammengestellt und bearbeitet vom Sekretär der Delegation, Dieter Baudis.

In der Sektion A 1 war das Thema "Peasant Economy before and during the First Stage of Industrialization" zur Diskussion gestellt. In dem gedruckt vorgelegten Bericht waren I. Topolski und A. Wyczanski (Polen) von einer Definition der Bauernwirtschaft ausgegangen, die im wesentlichen als Familienbetrieb aufgefaßt wurde. Daran anschließend hatten sie die "abhängige" bzw. "nichtabhängige" Bauernwirtschaft systematisch abgehandelt. Es folgten Abschnitte über "Bauernwirtschaft und Industrielle Revolution", über die verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten ("England und das übrige Europa") sowie über Länder mit verspäteter Industrialisierung.

Die Diskussion berührte zahlreiche der im Bericht behandelten bzw. durch ihn aufgeworfenen Probleme. Die vom dargelegten Modell ausgehende Diskussion über eine chronologische bzw. regionale Differenzierung wurde von A. Maczak (Polen) begonnen, von anderen (M. Postan, Großbritannien, N. Nosov, UdSSR) weitergeführt. Die Unterschiede in der Gestaltung bzw. bei der Beseitigung der feudalen Produktionsweise sowie die Unterschiede im zeitlichen Ansatz und im Verlauf der Industriellen Revolution führten die Diskussions Teilnehmer (12 panel members, 17 weitere Redner) von sehr unterschiedlicher Position an die Problematik heran. Das frühe Verschwinden der Leibeigenschaft in England bewirkte beispielsweise völlig andere Bedingungen als die langanhaltende bzw. im 17. und 18. Jahrhundert zur zweiten Leibeigenschaft verschärfte feudale Bindung und die entsprechend großen Hemmnisse für die kapitalistische Entwicklung in den ostelbischen Gebieten. Die Aufhebung der persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse konnte jedoch auch mit einer späten Industriellen Revolution einhergehen, wie zum Beispiel in Skandinavien. Diese Vielfalt der gesellschaftlichen Verhältnisse, so brachte die Diskussion zum Ausdruck, hätte im Modell des Berichts stärker berücksichtigt, der historische Aspekt gegenüber dem soziologischen unterstrichen werden sollen (N. Nosov). Die von diesen Positionen aus geführte Diskussion konzentrierte sich auf drei Schwerpunkte. Erstens: Umstritten war die Differenzierung von "abhängiger" und "nichtabhängiger" Bauernwirtschaft. So unterstrich Postan die Rolle der Lords. Überhaupt wurde der außerökonomische Zwang als der für die hoch- und spätf feudalen Agrarverhältnisse bestimmende Faktor gewürdigt. Bezüglich des Inhalts der "abhängigen" Bauernwirtschaft wurde der Zusammenhang mit dem feudalen Charakter der Produktionsverhältnisse betont (G. G. Kotovskij, UdSSR; N. Nosov, A. Maczak). Mehrere Diskussionsredner (vor allem N. Vuco, Jugoslawien) wiesen darauf hin, daß der Arbeitsrente größere Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse, da sie nicht eine Belastung unter anderem, sondern qualitativ und quantitativ für die Entwicklungsmöglichkeiten der Bauernwirtschaft von grundlegender Bedeutung war (Ju. A. Tichonov, UdSSR). Zweitens standen Fragen der Arbeitskraft und des Kapitaleinsatzes zur Diskussion. Damit war chronologisch der Schritt in das 19. Jahrhundert getan, und die Probleme wurden von zwei Seiten her angegangen. Matskoun (Ungarn) ging in einer Kritik des Berichts auf die Behandlung des Problems der "Überbevölkerung" ein. Sie forderte detaillierte Analysen des Prozesses der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals und gab selbst Beispiele, wie in Spanien im 18. Jahrhundert die Entwicklung der Produktivkräfte, insbesondere in den Bauernwirtschaften, durch die Feudalherren gehemmt wurde. Das Problem Bauernwirtschaft und Kapitaleinsatz wurde - die im Bericht ausführlich behandelten Fragen der Marktbeziehungen ergänzend - von mehreren Diskussions Teilnehmern angeschnitten (E. Schremmer, BRD; S. Tveite, Norwegen; E. Pedersen, Dänemark). Dabei wurde zugleich eine Konsequenz angedeutet, die sich aus der im Bericht vorgenommenen Differenzierung der "abhängigen" bzw. "nichtabhängigen" Bauernwirtschaft ergibt. Die auf dem "preußischen Wege" allmählich von feudalen Fesseln

befreite Bauernwirtschaft wurde durch die staatliche Gesetzgebung, durch Ablösung und Loskauf, gezwungen, in Form von jahrzehntelanger Rentenzahlung das Kapital aufzubringen, von dessen Einsatz der Prozeß der kapitalistischen Entwicklung insgesamt in hohem Maße bestimmt wurde, einschließlich der Auswirkungen auf die Bauernwirtschaft bzw. auf die Landwirtschaft insgesamt. Damit wurden neben den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus zugleich politische Faktoren erkennbar, ohne daß die Diskussion diesen Zusammenhängen weiter nachgegangen wäre.

Im dritten Schwerpunkt der Diskussion ging es um die Zusammenhänge von Industrieller Revolution und Landwirtschaft, wobei die im Bericht behandelte erste Etappe mehrfach überschritten, die Industrielle Revolution vielmehr als Ganzes einbezogen wurde. Diese Fragestellung regte zugleich zur Periodisierung des Gesamtprozesses an, bei weitgehend regionaler Differenzierung. Die Anregung dazu gab A. Čistozvonov (UdSSR), der die vom Bericht behandelte Problematik in den Gesamtzusammenhang des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus stellte. W. Długoborski (Polen) machte darauf aufmerksam, daß der Bericht die Situation vor der Industriellen Revolution bereits schärfer analysiert habe als die spätere Zeit. Er arbeitete drei Etappen des Übergangs heraus, als deren wichtigste er die bürgerlichen Agrarreformen des 19. Jahrhunderts bezeichnete. W. Rusiński (Polen) und andere gaben Einschätzungen des während der Industriellen Revolution erreichten Standes der technischen Entwicklung der Bauernwirtschaft gegenüber der "traditionellen", das heißt der feudalen Periode. I. I. Kostjužko (UdSSR) wies darauf hin, daß in zahlreichen Ländern der Prozeß der Industriellen Revolution sehr gehemmt verlaufen sei und zum Teil bis in das 20. Jahrhundert hinein angedauert habe. Auf diese und weitere in der Diskussion angeschnittenen Probleme ging Topolski in seinem kurzen Schlußwort sowie im Plenarbericht ein. Als wichtigste Aufgabe und wesentliches Ergebnis bezeichnete er die Vervollkommnung des vorgelegten Modells sowie die exakte Bestimmung der Merkmale der Bauernwirtschaft.

In der Sektion A 2 "Investment Strategy in Private Enterprise and the Economic Role of the State Sektor, 19th - 20th Centuries", die in drei Sitzungen mit großer Teilnehmerzahl tagte, standen drei in ihrer Anlage sehr unterschiedliche gedruckte Referate zur Diskussion, die hier in der Reihenfolge der Tagesordnung besprochen werden sollen. Im Mittelpunkt des Referats von A. D. Chandler (USA) und H. Daems (Belgien) "Investment Strategy in Europe, United States and Japan" standen die Veränderungen der Organisationsstruktur, insbesondere der Leitungsstrukturen innerhalb der kapitalistischen Unternehmungen und die davon ausgehenden Einflüsse auf die Investitionsstrategien in den letzten 150 Jahren. Dieser sehr wichtige und interessante Komplex wurde aber von den Autoren in vereinfachenden, zu weitgehenden und gewissermaßen untheoretischen Generalisierungen abgehandelt. Dabei spielte die Kritik am methodischen Ansatz in der Diskussion eine erhebliche Rolle, und zwar sowohl seitens der Teilnehmer aus sozialistischen wie auch kapitalistischen Ländern. Die Autoren unterschieden drei Entwicklungsstadien der Unternehmungen, das "personal enterprise", in dem der Eigentümer alle Entscheidungen trifft, das "entrepreneurial enterprise", in dem der Haupteigentümer (oder eine Eigentümerfamilie) die strategischen Entscheidungen trifft, während bezahlten Managern die operativen Tagesentscheidungen überlassen werden, und das "managerial enterprise", die heute vorherrschende Form, in dem auch die strategischen Entscheidungen von bezahlten Managern getroffen werden und die Eigentümer völlig aller Einfluß- und Machtpositionen beraubt sind. Die Manager hätten ganz neue Strategien entwickelt, die des

Wachstums und der Expansion, so zum Beispiel die vertikale Integration und in letzter Zeit die Diversifikation und weltweite Expansion, die zu den großen multinationalen Unternehmen führte. Ihre Hauptschlußfolgerung lautete, daß das kapitalistische System seit der Industriellen Revolution radikale Veränderungen durchgemacht habe und die fundamentalste Veränderung im Entstehen des Managerkapitalismus zu sehen sei. In diesem ökonomischen System würden bezahlte Manager über die Investitionsstrategie entscheiden und die Ressourcen für die Zukunft verteilen. Aus den kritischen Expertisen und der interessanten Diskussion können hier nur einige Sachschwerpunkte angedeutet werden. A. Fursenko und A. Milejkovskij (UdSSR) betonten, wie wichtig die Analyse der Entscheidungsprozesse innerhalb der privaten Unternehmungen sei, daß man aber nicht die gesamte Geschichte der ökonomischen Entwicklung unter dem Blickwinkel der Firmengeschichte betrachten könne. Mehrfach wurde kritisiert, daß die Bedeutung der Kapitalverteilung (oder -zuteilung) durch die Manager für die ökonomische Entwicklung zu einseitig hervorgehoben, dagegen der Aspekt des Zwanges zur Akkumulation von Kapital vernachlässigt worden sei (so R. Gallmann und K. Yamamura, USA; K. Nakagawa, Japan). Gegen die Unterbewertung des staatlichen Einflusses auf die Investitionsentscheidungen in den privaten Unternehmungen wandten sich unter anderem J. Kocka (BRD), R. Gallmann, K. Yamamura und A. Fursenko. Für eine stärkere Beachtung des Einflusses der Finanzierungsprobleme auf die Investitionsentscheidungen und gleichzeitig für besser fundierte internationale Vergleiche sprachen R. Tilly (BRD), J. Kocka, R. Gallmann und K. Yamamura. Die Rolle des Profits bei den Investitionsentscheidungen war im Referat nicht erwähnt worden. Y. Don (Israel) vertrat dann die schon bekannte These, daß der Hauptunterschied zwischen dem Managerstadium und den vorhergehenden darin bestünde, daß die Manager nicht mehr wie die Entrepreneurs Profitmaximierung betrieben, sondern nur noch nach Machtvergrößerung des Managements strebten. Mitautor Daems erwiderte, daß es darüber eine Reihe von Untersuchungen in den USA gebe, die Ergebnisse jedoch unterschiedlich seien, so daß man noch nicht entscheiden könne, welche Ansicht stimme. H. Nussbaum (DDR) führte aus, daß auch unter heutigen Bedingungen, und gerade unter den Bedingungen der Konkurrenz von Riesenunternehmen, die Sicherung einer bestimmten Profitrate das oberste strategische Ziel der Unternehmen sein müsse, daß hinsichtlich dieses obersten Ziels keine freie Wahl bestünde, daß der Spielraum für Entscheidungen erst unterhalb dieses Ziels beginne und daß es hinsichtlich des obersten strategischen Ziels unerheblich sei, von welcher Anzahl und welchem sozialen Typ von Personen ein kapitalistisches Unternehmen geleitet würde. Mitautor Daems stimmte in seinen Schlußbemerkungen der These vom Profit als oberstem Ziel zu, bemerkte, daß Galbraith und andere mit ihrer Machtthese die ökonomischen Existenzbedingungen der modernen Unternehmungen nicht realistisch beurteilen, und stellte fest, daß die Autoren in der ursprünglichen, ungekürzten Fassung des Referats (die nicht zur Diskussion vorgelegen hatte), die Profitziele behandelt hätten.

Im Referat von I. Berend (Ungarn) "Investment Strategy in East-Central Europe in the 19th - 20th Centuries" wurden in marxistischer Analyse die Hauptbedingungen für die Entwicklung der Investitionen und die Hauptzüge der entsprechenden Strategien in verschiedenen Ländern Osteuropas bis 1945 behandelt, und zwar für Polen, Ungarn und die Balkanländer. Der Autor behandelte sowohl die Einflüsse der ökonomischen Bedingungen als auch die der Klassenstruktur und der politischen Verhältnisse auf die Investitionsentwicklung und leitete ab, wie infolge der ursprünglichen Rückständigkeit dieser Länder, unter anderem infolge des niedrigen Pro-Kopf-Einkommens, die inneren Ressourcen für die Kapitalakkumu-

lation nicht ausreichen, Kapital aus dem Ausland beschafft werden mußte und unter anderem deshalb der Staat schon frühzeitig erheblichen Einfluß auf die Investitionstätigkeit gewann. Der Autor wies nach, daß insbesondere in den Balkanländern der Einsatz von Auslandskapital wenig zur ökonomischen Entwicklung beitrug und stark koloniale Züge aufwies, daß aber auch in Ungarn und Polen Auslandskapital und Staatsinvestitionen nicht zur Entwicklung einer günstig proportionierten, modern strukturierten Volkswirtschaft beitrugen, und erörterte die einzelnen Gründe dafür. Im Kommentar von A. Gerschenkron (USA) wurden gerade diese Ausführungen stark angegriffen und behauptet, Berend übertreibe den Einfluß des Auslandskapitals. Die meisten Diskussionsredner zu diesem Referat stimmten hinsichtlich des Auslandskapitals den Auffassungen Berends zu und wandten sich gegen Gerschenkron, so O. Crisp und A. Teichova (Großbritannien), A. Fursenko, H. Jędruszczak (Polen). Ein interessanter Gesichtspunkt wurde von Y. Don in die Debatte geworfen: Er meinte, das Nationaleinkommen pro Kopf sei in Ungarn zu Beginn der industriellen Entwicklung nicht niedriger gewesen als zum Beispiel in England zu Beginn der Industriellen Revolution, nur hätte es in Ungarn wegen der anderen Sozialstruktur, besonders in der Landwirtschaft, nicht in gleichem Maß zur Kapitalakkumulation beitragen können. Wahrscheinlich unterschätzt Don jedoch die Quellen der ursprünglichen Akkumulation, die in England zur Verfügung standen.

Das Referat von V. A. Vinogradov (UdSSR) "The Economic Role of the State Sector" behandelte in sehr komprimierter Form die Rolle des staatlichen Sektors, das heißt des Staatseigentums an Produktions- und Zirkulationsmitteln in den entwickelten kapitalistischen Ländern nach dem zweiten Weltkrieg. Unter gegenwärtigen Bedingungen sei das Staatseigentum ein organischer Bestandteil des staatsmonopolistischen Systems geworden und übe eine Reihe wesentlicher Funktionen in der Beeinflussung der Zweigstrukturen, der wirtschaftlichen Effektivität, der Rate der industriellen Entwicklung, der zyklischen Schwankungen und auch anderer Aspekte des kapitalistischen Reproduktionsprozesses aus. Die Funktionen des staatlichen Sektors wurden wie folgt analysiert:

1. Versorgung mit Brennstoffen, Energie, Wasser und Rohmaterialien;
2. Versorgung mit Dienstleistungseinrichtungen wie Post, Telegraph, Telephon, Rundfunk, und anderen Kommunikationsmitteln;
3. Entwicklung des Straßen-, Schienen-, Luft- und Wassertransportverkehrs;
4. Schaffung neuer und Modernisierung veralteter Zweige kapitalintensiver Industrien mit langen Kapitalumschlagsperioden und niedriger Profitrate;
5. Entwicklung schwach rentierender Zweige der sozialen Infrastruktur (Erziehung, Gesundheitswesen, Wissenschaft, Kultur), die die Reproduktion der Arbeitskräfte sichern;
6. Stimulierung der ökonomischen Entwicklung zurückgebliebener Regionen durch Errichtung von Staatsunternehmen in diesen Gebieten;
7. Ausdehnung von Staatsunternehmen mit dem Ziel, Strukturkrisen in uneffektiven, technologisch rückständigen, in chronischer Depression befindlichen oder aus verschiedenen Gründen am Rande des Ruins stehenden Industrien oder Unternehmen zu überwinden;
8. Entwicklung von Organisationen für Forschung und Entwicklung sowie von Experimentalbetrieben, um die Anwendung der neuesten Ergebnisse der Wissenschaft und Technologie zu sichern.

Weiterhin belegte der Autor anhand von Zahlenmaterial den Anteil und die Struktur des Staatseigentums sowie die Effektivität der Staatsbetriebe und kam zu dem Schluß, daß das Staatseigentum bei aller Widersprüchlichkeit gegenwärtig die progressivste Form des Eigentums in den kapitalistischen Ländern darstelle. Wie bereits weiter oben berichtet wurde, hatten in der Diskussion zum ersten Bericht gerade Wissenschaftler aus kapitalistischen Ländern auf den bei der Analyse der Investitionsstrategie nicht zu vernachlässigenden Einfluß des kapitalistischen Staates hingewiesen. Leider litt aber gerade die Debatte der so wichtigen Thematik des Vinogradov-Referats unter der Tatsache, daß keine Expertisen organisiert worden waren und so nicht wie bei den anderen Referaten kritische Erörterungen der Gesamthematik vorgetragen wurden. Die lebhafteste, zum Teil heftige Diskussion kreiste deshalb mehr um Einzelfragen, zum Beispiel um die Effektivität der Staatsbetriebe und ihre Preispolitik. Mehrfach wurde betont, daß bei der Beurteilung der Rolle des bürgerlichen Staates eine stärkere Differenzierung angebracht sei, sowohl nach historischen Perioden als auch nach Ländertypen (zum Beispiel entwickelte kapitalistische Länder, schwachentwickelte europäische Länder, Länder der "dritten Welt"), und daß ferner bei der Beurteilung des staatlichen Einflusses auf die ökonomische Entwicklung das staatliche Eigentum nur einer unter vielen Einflußfaktoren sei. In der Debatte sprachen unter anderem B. Gustafsson (Schweden), V. Drobizev (UdSSR), H. Jędruszczak (Polen), G. A. K. Rasheed (Großbritannien), F. Mathis (Österreich), I. Berend, K. Borchardt (BRD), H. Daems, A. Fursenko, H. Nussbaum (DDR), V. Kažin (UdSSR).

Die große aktuelle Bedeutung der Umweltproblematik führte dazu, daß auf dem Kongreß wichtige Aspekte der Entwicklung des Mensch-Umwelt-Verhältnisses behandelt wurden. Dabei wählte man in der Sektion A 3 "Environment and Urbanization" jenen Aspekt, der in der Beziehung und Verbindung zwischen der Umwelt und dem in der wirtschaftshistorischen Forschung seit langem untersuchten und auch auf diesem Kongreß anderweitig behandelten Urbanisierungsprozeß besteht.

Jedoch zeigte sich schon in dem schriftlich vorgelegten "Rapport général" von J. -P. Goubert (Frankreich), der auch einleitend sprach, daß die theoretischen Grundlagen und Ausgangspunkte noch nicht genügend geklärt sind. Das schließt nicht aus, daß dennoch bereits wichtige Fortschritte bei der Generalisierung der Problemstellung erreicht wurden.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Herausarbeitung der mikrobiologischen Pollution (La pollution microbienne) als der ersten wichtigen Etappe der mit der Urbanisierung zusammenhängenden Umweltverschmutzung. Insbesondere E. Le Roy Ladurie (Frankreich) wies darauf hin, daß diese Pollution im Mittelalter die Gefahr einer ökologischen Katastrophe mit sich brachte. Die Vereinheitlichung der Mikroben-Umwelt in Europa, Asien, Afrika und Amerika führte zur Verbreitung von gefährlichen Seuchen über die ganze Welt.

Tatsachen für das Vorhandensein anderer ökologischer Schranken in der Seuchenzeit des 14. Jahrhunderts brachte W. Stromer von Reichenbach (BRD), wobei er sich vor allem mit dem Holzmangel und seiner Bekämpfung durch eine geordnete Forstwirtschaft auseinandersetzte. H. Mottek (DDR) verallgemeinerte diese Tatsachen zu der Feststellung, daß sich im 14. Jahrhundert außer Seuchen und Holzmangel noch eine Reihe anderer ökologischer Schranken zeigten, zum Beispiel der Mangel an Silber. Dabei ergänzte er auch die Ausführungen über die mikrobiologische Pollution dahingehend, daß die Städte nicht nur Verteilungszentren

für Waren und Informationen, sondern auch für Mikroben waren. Darüber hinaus wies Mottek auf die prinzipiellen Aufgaben der Wirtschaftsgeschichte bei der Untersuchung der Wechselwirkung zwischen Mensch und Umwelt bzw. urbaner Umwelt hin.

Außer der mikrobischen Pollution wurden im Bericht die von der Urbanisierung hervorgerufenen physischen Schäden sowie die sozial-kulturellen Probleme des "homo urbanus" unterschieden. Die Fragen der urbanen physischen Schäden wurden schon am ersten Tag besonders in dem Bericht von H. A. Diederiks (Niederlande) für die Zeit bis 1800 behandelt und standen am zweiten Tag für das 19. und 20. Jahrhundert im Mittelpunkt. Hervorzuheben ist dabei allerdings, daß theoretische Aspekte hier wesentlich stärker behandelt wurden als am ersten Tag, so zum Beispiel von I. P. Medvedev (UdSSR), der prinzipielle Ausführungen zur "Écologie Urbaine Historique" machte. In diesem Zusammenhang ist auch der Vortrag von J. K. Siegenthaler (USA) zu erwähnen, der die Problematik der "sozialen Kosten" und ihre Messung in der geschichtlichen Entwicklung analysierte.

L. Baar (DDR) unterstrich in seinem Beitrag über "Kapitalistische Industrialisierung, Urbanisierung und Umwelt im 19. Jahrhundert" den sozialen Charakter der Umweltschäden, der sich nicht nur in Luftverschmutzung und Lärm am Arbeitsplatz und den nahegelegenen Arbeiterwohnvierteln, sondern darüber hinaus auch in dem durch die anarchische kapitalistische Urbanisierung hervorgerufenen Wohnungselend zeigte.

Bei L. Cain (USA) und bei anderen standen Fragen der Wasserverschmutzung im Vordergrund.

Für die Erforschung der Umweltverschmutzung ist die Gesetzgebung eine wichtige Quelle, wie S. U. Palme (Schweden) betonte. Im Vergleich zu den physischen Umweltschäden spielten allerdings die psychischen und moralischen, die in dem Bericht und in einer "Communication" von Debont und Veraghtert (Belgien) erwähnt wurden, in der Diskussion nur eine geringe Rolle.

Die Sektion A 4 war dem Thema "Science and Technology in Economic Development" gewidmet. Sie war unter der Leitung von P. Mathias (Großbritannien) und R. Cameron (USA) vorbereitet worden. Beide hatten je einen Bericht vorgelegt, und zwar Mathias zu dem Problem "Science and Technology in Processes of Industrialization, 1700 - 1914" und Cameron über "The International Diffusion of Technology and Economic Development in the Modern Economic Epoch". Lediglich zu diesem letzten Thema hatte vom 21. bis 26. April 1973 eine Vorkonferenz in Bellagio in Italien stattgefunden.

Das Gewicht, das diese Sektion mit ihren beiden Themengruppen auf dem Kongreß hatte, ließ ebenso wie die rege Beteiligung den starken internationalen Trend wirtschaftshistorischer Forschungen zu Problemen der Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie, Wissenschaft und Technologie deutlich werden. Hinter dieser Fragestellung verbergen sich brennende Probleme der gegenwärtigen Situation. Die Geschichte wird abgefragt, um Erfahrungen und Erkenntnisse zu gewinnen oder Gesetze zu entdecken, die Antwort geben können auf die Frage der Bewältigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der wissenschaftlich-technischen Revolution heute. Da die beginnende wissenschaftlich-technische Revolution eine Revolution der gesamten Struktur und Dynamik der gesellschaftlichen Produktivkräfte darstellt, ist natürlich, daß sich der Blick des Historikers vor allem auf die Industrielle Revolution des Kapitalismus richtet, in der sich gleichfalls eine Gesamtrevolution der Produktivkräfte als Kernprozeß des Übergangs

vom Feudalismus zum Kapitalismus vollzog. Erfreulich war zu beobachten, wie die traditionelle bürgerliche isoliert betriebene "reine" Technikgeschichte an Boden verloren hat. Hier zeigt sich offensichtlich der wachsende Einfluß marxistischer Forschungen und Fragestellungen und der Zwang objektiver Prozesse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Epoche der Auseinandersetzung der beiden Gesellschaftssysteme, die nicht nur einfach aus dem Fortschritt innerhalb der Wissenschaft oder der Technik erklärt werden können.

Eine Vielzahl von Fragen wurde in den Referaten und Diskussionsbeiträgen meist an historischen Beispielen exemplifiziert aufgeworfen: so zum Beispiel Probleme der Beziehungen zwischen der Wissenschaft bzw. den Wissenschaftlern und der Technologie; Fragen der prozeßauslösenden Faktoren anhand der Entwicklung der rheinischen Chemieindustrie von 1800 bis ins 20. Jahrhundert und anderes. Es wurden Versuche der Gruppierung der Innovationen unter produktions-technischen und ökonomischen Gesichtspunkten vorgetragen und Fragen der Beziehungen zwischen Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Einrichtungen in ihrer Wechselbeziehung zur Produktion in der Entwicklung der Stahlindustrie behandelt sowie Fragen der Anwendung wissenschaftlicher Methoden in der Produktion und ihrer Wirkung auf den industriellen Gesamtfortschritt einzelner Länder aufgeworfen; in diesem Zusammenhang wurde auch das Problem der Beziehungen zwischen Revolution im Bereich der Wissenschaft und in der Produktion (Industrielle Revolution) angesprochen. Zu diesen Fragen äußerten sich in der Diskussion unter anderem H. -J. Braun (BRD), M. Pohl (BRD), D. S. L. Cardwell (Großbritannien), G. Milkereit (BRD), L. Makkai (Ungarn), M. Teich (Großbritannien) und H. Mottek (DDR).

Die Diskussion über "Diffusion of Technology" litt am letzten Tag offensichtlich unter einer gewissen Konferenzmüdigkeit. So war ein großer Teil der "panel members" nicht erschienen. Sicher läßt sich die Frage stellen, ob der Begriff der Diffusion der Technik, der international schon eine gewisse Einbürgerung erreicht hat, sehr glücklich gewählt ist, doch ging man einheitlich davon aus, daß darunter im Gegensatz zur Invention und Innovation der Prozeß der Verbreitung und Ausbreitung der neuen Produktionstechnik verstanden werden sollte. Interessant war, daß in vielen Diskussionsbeiträgen die Entwicklung und Verbreitung des Wissens und der Bildung (diffusion of knowledge) und damit das ganze Problem der wissenschaftlichen und technischen Kader und das Bildungssystem eine außerordentliche Rolle spielten. Dazu sprachen unter anderem R. Dumke (Kanada), R. W. Goldsmith (USA), H. Mottek (DDR) und G. Ránki (Ungarn).

Zusammenfassend kann man sagen, daß deutlich wurde, welche große Aufmerksamkeit diesen Forschungsrichtungen international zugewandt wird, aber auch, wie weit man noch von einer wirklichen Theorie dieser Prozesse entfernt ist. Aber ganz offensichtlich hat die Wirtschaftsgeschichte die Chance, in den nächsten Jahren beträchtliche Ergebnisse auf diesem Forschungssektor zu erzielen. R. Cameron schloß die Sektionssitzung mit dem Vorschlag, auf dem nächsten Kongreß die Diskussion fortzusetzen.

Zum Thema A 5 "Relations between Regions of Uneven Economic Development" lag eine gemeinsame Studie von L. H. Klaassen, P. W. Klein und J. H. P. Paelinck (Niederlande) mit dem Titel "Very Long Term Evolution of a System of Regions" vor. Vorgesehen war, daß elf Experten und eine möglichst große Anzahl von Ad-hoc-Rednern an zwei Vormittagen sprechen sollten.

Da die vorliegende Studie kein besonderes Interesse erregte - sie verband Em-

pirismus mit ungenügenden Modellen und zwei Beispielen aus der Feudalzeit -, erschienen von vornherein nur fünf Experten zur Tagung, von denen noch einer auf das Wort verzichtete, so daß der Vorsitzende gleich am Anfang verkünden konnte, daß man auf die zweite Tagung verzichten würde. Von den vier Experten wies G. de Brabander (Belgien) auf die ungenügende mathematische Behandlung, R. Hilan (Syrien) auf die zu abstrakte Behandlung, J. Kuczynski (DDR) auf die ungenügende ökonomische und T. Stoianovich (USA) auf die ungenügende theoretische Behandlung hin. In der Diskussion bemängelte Z. P. Pach (Ungarn) die ungenügende Behandlung des Marktproblems. Der einzige relativ unkritische, aber mit reiner Freude aufgenommene Beitrag war der von G. G. Kotovskij (UdSSR), der mitteilte, daß Mitte September eine ähnliche Veranstaltung in der Sowjetunion stattfinden würde, zu der er einlud. Klein, der als einziger von den drei Autoren der Studie auf dem Kongreß war, hielt ein kurzes und im ganzen nicht sehr ergiebiges Schlußwort.

In der Sektion B 1 "Agrarian History of the Ancient World" waren zwei Themen gestellt, die in drei Sitzungen behandelt wurden: "Die Dorfgemeinschaft im Alten Orient" und "Der Arbeitsmarkt in der Antike (griechische und hellenistische Welt und römische Welt)".

Als allgemeine Einführung in den ersten Problemkreis unterbreitete I. M. Djakonov. (UdSSR) seine bereits von der Leningrader Tagung 1970 her bekannten Thesen über die Unterscheidung eines staatlichen Sektors und eines Sektors der freien Bauernschaft in den orientalischen Gesellschaften des II. Jahrtausends v. u. Z. Während im staatlichen Sektor - repräsentiert durch den königlichen Palast - die Produktionsverhältnisse durch den abhängigen Bauern charakterisiert wurden, setzte sich außerhalb das freie Privateigentum durch.

Daß diese Theorie nur für die relativ kurze Periode um die Regierungszeit Hammurapis in Babylonien und auch nur für dieses Gebiet zutrifft, demzufolge nicht für die altorientalische Gesellschaft verallgemeinert werden kann, zeigten insbesondere die Beiträge von M. Trolle Larsen (Dänemark) "Die anatolische Bauerngemeinde und der altassyrische Handel", J. N. Postgate (Großbritannien) "Die mittellassyrische Verwaltung" und M. Liverani (Italien) "Dorfgemeinden und königlicher Palast im bronzezeitlichen Syrien". In den behandelten Gebieten lösten der sich entwickelnde Handel und die damit verbundene Geldwirtschaft infolge ihres primitiven Stadiums nur die urgemeinschaftlichen Zustände und Erscheinungen immer mehr auf, schufen jedoch kein Privateigentum etwa im Sinne des antiken Politeneigentums an den Produktionsmitteln. Ein Gewinn war die Aufnahme des Beitrages "Die Dorfgemeinschaften in den hellenistischen Königreichen des Orients" von P. Briant (Frankreich). Er führte den nachdrücklichen Beweis, daß die orientalischen Bauern selbst durch den zweifellos vorhandenen antiken Einfluß nicht "befreit" wurden, sondern in den alten Abhängigkeitsformen (im Griechischen durch den Begriff "laoi" charakterisiert) verharren.

In der zweiten, von S. Lauffer (BRD) präsentierten Sitzung gab C. Mossé (Frankreich) ein differenziertes Bild der Situation der freien Arbeiter in Athen im 4. Jahrhundert v. u. Z. Es fehlte ein "Arbeitsmarkt" im modernen Sinne, da die Besitzlosen gerade durch die Existenz einer entwickelten Sklavenarbeit und auch einer permanenten (aber ungenügenden) staatlichen Unterstützung nicht Verkäufer ihrer Arbeitskraft im Sinne eines modernen Proletariats waren und vor allem - da sie Vollbürger der jeweiligen Gemeinde waren - selbst von den Besitzenden nicht so betrachtet wurden.

Der Widerspruch zwischen dem möglichen Erkenntnisstand und der realen Situation, aber auch die weitgehenden qualitativen Unterschiede zwischen antiker und moderner Lohnarbeit wurden auch in dem Beitrag "Juristische Aspekte der Arbeit im klassischen Griechenland" von J. Triantaphyllopoulos (Griechenland) deutlich. H. Kreißig (DDR) versuchte, anhand einer Beweisführung ex silentio die Vorstellung einer Massenemigration griechischer Mittelschichten, insbesondere von Handwerkern und Händlern, nach dem Orient im Zuge der Eroberung Alexanders ad absurdum zu führen. H. Heinen (BRD) wies die Überbewertung von Sklavenarbeit im ptolemäischen Ägypten in dem kürzlich postum erschienenen Buche "Sklaverei im hellenistischen Ägypten" von N. N. Pikus - zweifellos zu Recht - zurück, mußte sich aber den Hinweis von D'jakonov gefallen lassen, daß eine berechtigte Kritik an einer sowjetischen Publikation noch kein "kritischer Überblick über die marxistische Forschung" (so der Untertitel des Vortrages) sei.

Zur Situation in Rom versuchte W. Kaltenstadler (BRD) aus den Angaben von Cato, Varro und Columella moderne kapitalistische Vorstellungen von Arbeitsorganisation und Führungssystem für die Sklavereigesellschaft zu entwickeln. Er unterschied einen militanten, einen patriarchalischen und einen kooperativen Führungsstil, unterschied jedoch nicht zwischen den Idealvorstellungen der drei Agrarschriftsteller und den tatsächlichen Verhältnissen zwischen Eigentümern (patroni), Aufsehern (villici und andere) und Arbeitern (insbesondere servi).

Auf die reale Situation ging K. D. White (Großbritannien) in seinem Beitrag "Arbeitsorganisation und Arbeitsproduktivität im Römischen Imperium" ein. Zu dem so wichtigen Thema der Produktivität der Sklavenarbeit vermochte allerdings auch er die absolute Lücke in den Quellen nicht zu überwinden.

Nach Beiträgen von S. Mrozek (Polen) "Die Tätigkeit der Freigelassenen in der Blütezeit der wirtschaftlichen Entwicklung Italiens" und von J. E. Skydsgaard (Dänemark) "Desintegration des römischen Arbeitsmarktes und die Klienteltheorie" schloß die Sitzung mit einigen anregenden Thesen von H. W. Pleket (Niederlande); Lohnarbeit sei eine "Randerscheinung" in der Antike, was man dem Fehlen sozialer Bewegungen um Löhne, von Arbeitslosigkeit und Arbeiterverbänden entnehmen könne; neben wenigen größeren Unternehmen mit Sklavenarbeit dominierten die kleinen Handwerksbetriebe mit Familienarbeit; in der Landwirtschaft lasse sich eine Veränderung des Verhältnisses von Sklavenarbeit und Kolonenarbeit statistisch während des Prinzipats und der Spätantike nicht feststellen. Vor allem die letzte These verdient weitere Untersuchung, da die Ergebnisse für die Frage des Übergangs zum Feudalismus von großer Bedeutung sind.

Die Sektion B 2 tagte zum Thema "The Dynamics of Enterprise, 18th - 20th Centuries". Entsprechend der Aufgabenstellung für die B-Sektionen, Vorträge zu behandeln, die dem Austausch von Informationen über jüngste Forschungsergebnisse dienen, wurden bestellte, vorbereitete Vorträge gehalten, die in den meisten Fällen über Spezialuntersuchungen informierten und eine Fülle von Faktenmaterial enthielten. Sie konzentrierten sich auf zwei Problemkomplexe: Angebot und Nachfrage in privaten Unternehmen sowie die Genesis des staatlichen Sektors.

Allerdings standen in Übereinstimmung mit den Diskussionen in der entsprechenden Sektion A Fragen der Investitionsstrategie und der ökonomischen Funktion des Staates im Vordergrund der Berichterstattung. So referierten unter anderen I. Stone (USA) über den jährlichen Kapitalexport aus England nach Amerika, besonders nach Argentinien und Mexiko, in den Jahren 1865 bis 1914; J. Ahvenainen

(Finnland) über die Investitionsstrategie in der finnischen Papierindustrie, 1918 bis 1939; K. Trace (Australien) über die Ausstattung der englischen Handelsflotte mit Dieselmotoren zwischen den beiden Weltkriegen; W. Fischer (Westberlin) über Fragen der Strategie der öffentlichen Investitionen in Deutschland im 19. Jahrhundert; J. Trebilcock (Großbritannien) über die britische Investitionsstrategie im staatlichen Sektor und H. N. Schreiber (USA) über föderalistische, dezentralisierte und staatliche Investitionsstrategie in den USA 1790 bis 1910.

Einen hervorzuhebenden Beitrag leistete T. P. M. de Jong (Niederlande) zur tatsächlichen ökonomischen Funktion des Bankkapitals in den Niederlanden, der gleichzeitig interessante Aussagen über die Verflechtung mikro- und makroökonomischer Erscheinungen mittels statistischer Aussagen lieferte.

V. A. Vinogradov war bemüht, die Verschiedenartigkeit der Entwicklung des staatlichen Sektors im Feudalismus, Kapitalismus und Sozialismus aufzuspüren.

Wirtschaftshistoriker aus der DDR hielten in dieser Sektion zwei Vorträge. W. Jonas sprach zum Thema "Staatliche Investitionen und technischer Fortschritt in Deutschland im 19. Jahrhundert". Er setzte sich mit Auffassungen einer entweder sehr starken Negierung oder einer sehr starken Hervorhebung der Rolle des preußischen Staates als Förderer der Technik auseinander und legte anschaulich die gesellschaftliche Bedingtheit der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts dar.

W. Falk behandelte Beweggründe und Ziele staatlicher Investitionsstrategie in der DDR in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. Sie ging dann anhand der Analyse der Verteilung der Investitionen auf die Bereiche und Zweige der Volkswirtschaft in den sechziger Jahren auf die Notwendigkeit der Beherrschung der Gesetzmäßigkeiten des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ein. Der Sozialismus besitze die objektiven Voraussetzungen für die Beherrschung dieser Gesetzmäßigkeiten. Sie praktisch zu verwirklichen, bringe jedoch, besonders angesichts der Dynamik und Komplexität von Produktion und Reproduktion viele Probleme mit sich. Diskussionen über diesen Beitrag außerhalb der Sektionstagung zeugten davon, daß faktenreiche Analysen der Entwicklung im Sozialismus zweifelsohne auch auf einem internationalen Wirtschaftshistoriker-Kongreß stärker als bisher in das Programm aufgenommen werden sollten.

Die Sektion B 3 stand unter dem Generalthema "Trade and Economic Development in the Baltic Area, 15th - 19th Centuries". Sie tagte in drei Sessions unter der Leitung von Z. P. Pach (Ungarn) und A. Attman (Schweden). Im Eröffnungsvortrag sprach A. Attman über Probleme der Geschichte des baltischen Handels, wobei er anhand reichen tabellarischen Materials die russischen und polnischen Märkte von 1550 bis 1650 behandelte. Insgesamt konstatierte er - wie bereits aus seinen früheren Arbeiten bekannt - einen starken Exportüberschuß von Produkten aus dem Ostseeraum im Handel mit dem Westen. Nach wie vor blieb aber weitgehend ungeklärt, wie das entstehende Defizit ausgeglichen wurde. Dazu äußerten sich in der Diskussion unter anderen W. Stromer von Reichenbach (BRD) und H. Samsonowicz (Polen). Stromer vertrat die These, daß sich bereits im Spätmittelalter eine Technik des multilateralen Finanzausgleichs entwickelt habe, in der zum Beispiel Leipzig, Nürnberg und Breslau die Rolle von Clearingstellen spielten. Samsonowicz wies auf die Bedeutung des polnischen Handels mit Oberdeutschland und dem Mittelmeerraum für die Herstellung des Gleichgewichts hin.

In seinem Beitrag über den Lübecker Handel nach Narva und Rußland im 16. /17. Jahrhundert ging P. Jeannin (Frankreich) auch auf dieses Problem ein und wies anhand Lübecker Quellen auf den Export von Edelmetallen und Geld nach Rußland hin, wodurch der Ausgleich bilateral hergestellt wurde. Jeannin betonte zugleich die Kontinuität der Beziehungen zwischen Lübeck und Narva, die auch durch ständigen Aufenthalt von Familienmitgliedern Lübecker Kaufleute in Narva aufrechterhalten wurde.

Um das Referat von Attman gruppierten sich weiter einige Beiträge, die, auf der Auswertung von Zollregistern aufbauend, vor allem quantitative Fragen des hansischen Handels im baltisch-russischen Raum untersuchten: E. Harder-Gersdorff (BRD) behandelte den russischen Export nach Lübeck im 17. /18. Jahrhundert und stellte von der Mitte des 17. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts starke Verschiebungen im Warensortiment fest, insbesondere einen Rückgang von Flachs, Hanf und Getreide und ein Vordringen von Leder, Wachs, Talg usw. Umfangreiche und detaillierte statistische Untersuchungen über Handel und Handelsschifffahrt aus den baltischen Gebieten nach Südwesteuropa im ausgehenden 18. Jahrhundert betreibt H. Ch. Johansen (Dänemark) anhand der Sundzollregister, über die er kurz berichtete.

V. V. Dorosenko (UdSSR) gab einen Überblick über die Handelsbeziehungen Rigas vom 16. bis 18. Jahrhundert und legte besonders für das 18. Jahrhundert genaue, tabellarisch aufbereitete Ergebnisse vor. Danach stieg vor allem der Export von Flachs und Hanf bis zum Ende des 18. Jahrhunderts stark an, und zwar in erster Linie nach Holland und England, während Lübeck seine Bedeutung als Handelspartner weitgehend einbüßte. Dorosenko stellte auch für Riga eine aktive Handelsbilanz fest.

Über den holländischen Holzhandel am Finnischen Meerbusen um 1700 referierte S. -E. Aström (Finnland). Nicht erst die bekannte starke englische Nachfrage nach Holz seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts habe im Baltikum eine Holzindustrie aus dem Boden gestampft, sondern der Grundstein für sie wurde bereits um 1700 durch den holländischen Holzbedarf und unter Ausnutzung der holländischen Holzbearbeitungstechnik gelegt.

W. Stromer von Reichenbach berichtete über die Gesellschaft Falbrecht-Morser-Rosenfeld aus dem ersten Drittel des 15. Jahrhunderts, die er als einen "hansischen Konzern" betitelte. Ausgehend vom preußischen Quartier der Hanse betrieb diese Gesellschaft nicht nur europäischen Handel, sondern auch Montan- und Bankgeschäfte, wobei sie auch in den politischen und militärischen Auseinandersetzungen sowohl für den Hochmeister des Deutschen Ordens als auch für Kaiser Sigismund aktiv wurde. Stromer von Reichenbach verband damit die Auffassung, der hansische Raum sei gegenüber dem oberdeutschen in der Beherrschung des wirtschaftlichen Instrumentariums nicht im Rückstand gewesen - eine These, die Samsonowicz in der Diskussion anzweifelte.

H. Samsonowicz untersuchte in seinem Beitrag die Veränderungen der südlichen und östlichen Begrenzung der baltischen Zone vom 13. bis 16. Jahrhundert, wobei er unter einer solchen Zone Gebiete verstand, deren Wirtschaft nach außen einen gemeinsamen Grundzug aufwies. Als diesen gemeinsamen Grundzug der baltischen Zone sah Samsonowicz die Versorgung West- und Südeuropas mit Rohstoffen. Zu den Stichjahren 1250, 1400 und 1530 kartiert ergab sich eine starke Ausdehnung der baltischen Zone, die bis 1400 vor allem nach Osten (Finnland, Rußland, Polen) und bis 1530 vor allem nach Süden und Südosten (Oberdeutschland, Ungarn) ausgriff.

Ergebnisse von Forschungen an der Estnischen Akademie der Wissenschaften zum Handel und zur Agrarentwicklung in den baltischen Gebieten vom 15. bis 19. Jahrhundert trug E. Tarvel (UdSSR) vor. Er unterschied drei Etappen in den Handelsbeziehungen mit dem Außenmarkt: das 14./15. Jahrhundert, in dem noch überwiegend sporadisch Rohstoffe nach dem Westen geliefert wurden und die lokale Agrarentwicklung noch nicht direkt durch den westeuropäischen Markt beeinflusst wurde; das ausgehende 15. bis 17. Jahrhundert, als die baltischen Gebiete voll in den Handel mit allen agrarischen Produkten einbezogen wurden, besonders der Getreideexport größte Bedeutung erlangte und die Preisentwicklung auf den westlichen Märkten Rückwirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung im Baltikum hatte; schließlich die Periode von der Mitte des 18. Jahrhunderts an, als die baltischen Gebiete in den gesamtrossischen Markt integriert und die Kontakte mit dem Weltmarkt lockerer wurden. Ergänzend zu diesem Beitrag berichtete H. Pii-ri-mae (UdSSR) über die Anwendung mathematisch-statistischer Methoden bei der Erforschung des estnisch-livländischen Handels.

Über den britisch-skandinavischen Handel im 18. Jahrhundert, dessen Hauptprodukte Holz, Eisen und Tee waren, sprach H. Kent (Australien).

Von besonderem Interesse und vor allem methodisch weiterführend war der abschließende Beitrag von A. Maczak (Polen), der die Geldzirkulation in ihren Beziehungen zu den sozialen und wirtschaftlichen Strukturen am Beispiel Polens und benachbarter Gebiete im 16./17. Jahrhundert untersuchte. Er betonte die Notwendigkeit, stärker die unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Hinterland der hansischen Seestädte zu beobachten, und zeigte die Beziehungen von Geldzirkulation und Eigentumsstrukturen auf.

In der Sektion B 4 "Education and Economic Development" wurden die eingereichten Beiträge ebenfalls in Kurzvorträgen referiert, gruppiert nach den Schwerpunkten technische Ausbildung und allgemeine Ausbildung.

F. Babudieri (Italien), U. Troitzsch (BRD), A. Levine (USA) und A. L. Bolino (USA) legten zum ersten Themenkreis Forschungsergebnisse zu relativ heterogenen Gegenständen vor. Neben den sehr speziellen Darlegungen von Babudieri über den Einfluß der Seefahrtsschulen auf die Schifffahrt der Habsburger Monarchie im 18. und 19. Jahrhundert oder von Levine über die Bildungspolitik Englands zwischen 1870 und 1900 standen Bemühungen (unter anderem von Bolino), das empirische Material für eine generalisierende Aussage über die Gesamtwirkungen der technischen Bildung im nichtakademischen Bereich auf das ökonomische Wachstum zu nutzen. Bolino äußerte dabei schwerwiegende Zweifel an der Nützlichkeit der "formalen Bildung" für die wirtschaftliche Entwicklung. Seiner Auffassung nach ist die auf den Beruf zugeschnittene Ausbildung, die in den USA hauptsächlich von Privatinstituten, aber nicht von der offiziellen Schule durchgeführt wird, von entscheidender Bedeutung. Zur Zeit gibt es jedoch nach Bolino keine geeignete Methode, die Effektivität der Bildung und beruflichen Ausbildung einwandfrei quantitativ zu erfassen. Auch Troitzsch äußerte Zweifel an der verbreiteten These, daß die technische Ausbildung in Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine wesentliche Ursache für den Wirtschaftsaufschwung gewesen sei.

Die Diskussion bezog sich vor allem auf Bolinos Beitrag und stimmte seiner Feststellung zu, daß die von Denison stammende Berechnung - über 60 Prozent des Zuwachses des Nationaleinkommens sei auf die Bildung zurückzuführen - empirisch kaum zu belegen sei.

Zum zweiten Themenkreis referierten F. Furet (Frankreich), M. Hartwell (Großbritannien), P. Maitra (Neuseeland) und G. Mira (Italien) über die allgemeinen Beziehungen zwischen Bildung und Wirtschaft.

Die Sektion B 5 "Demography and Economic Growth" tagte zu zwei verschiedenen Themenkreisen.

In der Sitzung zum Thema "Structural Change in Urban Populations" wurden sowohl in den Vorträgen wie in der Diskussion insbesondere Fragen der Wanderungsbewegung im engen Zusammenhang mit dem Urbanisierungsprozeß behandelt. Dabei zeigte S. Akerman (Schweden) auf der Grundlage moderner statistischer Technik und ausgezeichneten Materials, daß in den Städten von 1870 bis 1920 eine außerordentlich große Fluktuation geherrscht habe. Der größte Anteil der Stadtbevölkerung, insbesondere der Einwanderer, habe seinen städtischen Wohnsitz gewechselt. Darüber hinaus wurden in diesen und anderen Vorträgen grundlegende Feststellungen bestätigt, die uns bereits aus der deutschen Wirtschaftsgeschichte bekannt sind. Es geht dabei um die wesentlich raschere Zunahme der Bevölkerung der Großstädte im Vergleich zu den Mittelstädten.

Das unterstrichen unter anderem M. Lacko (Ungarn) und W. E. Minchinton (Großbritannien) in ihren Vorträgen. Minchinton legte eine Tabelle über Europas größte Städte in der Zeit von 1800 bis 1960 vor. Lacko brachte darüber hinaus eine kritische Analyse des Urbanisierungsprozesses unter dem Gesichtspunkt der neuen Kategorien der Über- und Unterurbanisierung. Überurbanisierung läge danach in dem Fall vor, wenn der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung größer ist als der Anteil der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung, das heißt, wenn es sich bei einem größeren Teil der Stadtbevölkerung um Bauern handelt (Ackerbürger). Eine solche Überurbanisierung gab es nach Lacko im kapitalistischen Ungarn. Von einer Unterurbanisierung kann man dann sprechen, wenn der Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung geringer ist als der Anteil der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung.

Das außerordentlich rasche Tempo des Urbanisierungsprozesses und insbesondere des Wachstums der Großstadtbevölkerung in der Sowjetunion erläuterte J. A. Poljakov (UdSSR). In diesem Zusammenhang unterstrich er den wachsenden Anteil der Intelligenz an der städtischen Bevölkerung als ein Merkmal der Veränderung der sozialen Struktur der Städte.

Während alle anderen Referenten und Diskussionsredner vor allem die Rolle der quantitativen Analyse betonten bzw. sich auf statistisches Material, das heißt auf quantitativ zu erfassende Merkmale der strukturellen Veränderungen, orientierten, betonte H. Jędruszczak (Polen) die qualitativen Veränderungen, die sich vor allem auf das kulturelle Leben, auf die menschlichen Beziehungen beziehen.

Sämtliche Vorträge zum zweiten Komplex "Dynamics of Population Change" bezogen sich auf die "vorindustrielle Gesellschaft". Es sprachen jeweils zwei Redner, deren Ausführungen stets eine kurze, aber außerordentlich lebhaft und zum Teil heftige Diskussion folgte. Die beiden ersten Redner waren R. S. Schofield (Großbritannien) über "Endogenous and Exogenous Influence on Demographic Change in Pre-Industrial Society" - eine rein funktionale Modellstudie - und A. M. von der Woude (Niederlande) über "The Study of the Relationship between Demographic and Economic Developments in Pre-Industrial Society", der an einigen Beispielen zeigte, daß wir zwar solche Beziehungen für kurze, nicht aber

für längere Zeiträume untersucht haben.

Als zweites Rednerpaar sprachen A. Hayama und S. Yishikawa (Japan) über "Mobility and Population Change in Pre-Industrial Japan", aufgrund einer mikro-ökonomischen Studie der Abwanderung aus Arbeitsgründen in einem Dorfe zwischen 1775 und 1870, sowie A. Imhof (BRD) "Zu einer Typologisierung der Todesursachen in Agrargesellschaften des Ancien Regime, ausgehend von schwedisch-finnischem Quellenmaterial". Der letztere Beitrag rief in der sehr gut besuchten Versammlung wohl die lebhafteste Diskussion hervor.

Das dritte Rednerpaar wurde von L. K. Berkner (USA) über "Inheritance and Demographic Growth in Lower Saxony during the 18th Century" und R. M. Smith (Großbritannien) mit einem Beitrag "Peasant Family Formation, Partible Inheritance and the Land Market in 13th Century East Anglia" gestellt. Beide legten sehr saubere und gründliche Mikrostudien vor.

In der Sektion B 7 "Monetary Inflation in Historical Perspective" wurde in zwei Sitzungen zu Faktoren der Geldinflation vor und nach 1800 gesprochen. Dabei standen Formen dieser Erscheinung sowohl während der Herausbildung der frühbürgerlichen Gesellschaft als auch zu Beginn des staatsmonopolistischen Kapitalismus vor allem in Europa im Mittelpunkt.

Einzeluntersuchungen speziellen Charakters - auf dem geschichtlichen Hintergrund der Jahre Anfang des 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts - boten eine Fülle interessanter Fakten, Tabellen und Grafiken, die sich ihrem sachlichen Inhalt nach mit folgenden Zusammenhängen befaßten: Entstehung von Manufakturen, Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, Erhöhung der Warenpreise; zunehmende Rolle des Geldes als Zahlungsmittel, Importe von Edelmetallen und Entwertung bestimmter Währungen; Münzsystem und Währungsumlauf; militärische Aktionen und Teuerungen; Nutzung territorialer Vorteile und wirtschaftlicher Stärke in Produktion, Verkehr und Handel für die Kapitalentwicklung und Preisbildung; Konjunktur und Inflationsrate.

Direkt oder indirekt berührten alle Ausführungen solche möglichen Zusammenhänge und Wechselwirkungen. So sprachen unter anderem A. Miskimin (USA) zu Problemen der Bevölkerungsbewegung und Preisrevolution in England, D. Richet (Frankreich) zu Faktoren der Inflation in Frankreich im 16. und 17. Jahrhundert und H. C. S. Fisher (Großbritannien) zur Auswirkung der Edelmetallproduktion in der Neuen Welt auf das Preisgefüge und die Wirtschaft in Europa (1650 bis 1800).

Die Berichte, Kommentare und Diskussionen widerspiegeln - wenngleich recht unterschiedlich -, daß das Phänomen Geldinflation eine historische Kategorie ist und in sozialökonomischen Verhältnissen wurzelt. Es handelt sich um Prozesse, die Marx und Engels in den Schriften zur ursprünglichen Akkumulation des Kapitals und zur Lage der Arbeiter in England erklärten. Daraus schöpften auch die Beiträge von M. Bogucka (Polen) und V. Zimanyi (Ungarn) zur "Geldkrise im 17. Jahrhundert - soziale und psychologische Konsequenzen in Polen" und zur "Typologie der Inflation in Mitteleuropa im 16. und 17. Jahrhundert".

Im Rahmen der Zeitabschnitte nach 1800 wurden zum Gegenstand, insbesondere folgende Themen behandelt: Geldinflation in Spanien, 1800 bis 1970 (G. Tortella-Casares, USA); Geldinflation in Ungarn zur Zeit der Napoleonischen Kriege (R. A. Horvath, Ungarn); Inflation in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg (K. E. Born, BRD); Inflationen und Kriege. Holländische Erfahrungen 1914 bis 1918

und 1940 bis 1945 (I. de Vries, Niederlande).

Gleichfalls wiederum boten die Fakten, Zahlen und Vergleiche wertvolle Informationen. Eine lebhafte Diskussion - bedingt durch die Krise in der heutigen kapitalistischen Welt - entwickelte sich zu Fragen der Nachkriegskrise in Deutschland (1923). Obwohl die Details und Probleme zumeist personifiziert oder institutionell eingegrenzt waren, gruppierte sich aus dem Widerstreit der Meinungen die Aussage: Steigende Inflationsraten ermöglichten hohe Investitionen; Geldentwertungen befreiten die Industriezweige von Zinsbelastungen, Amortisationsverpflichtungen und Steuerleistungen; eingesparte Lohnkosten, Neuemissionen sowie eine hohe Anzahl von Wechseln, die vor allem in Industriebereichen diskontiert und später durch entwertetes Geld eingelöst wurden, stimulierten die Kapitalbildung; ausländische Anleihen, Flucht in beständige Werte, Rationalisierungsbewegung und steigende Preise gehörten zur Wirtschaftsstrategie.

Die Beratungen der Sektion C 1 "Economic Thought and Policy, with Special Reference to the Role of the Economist in Government" waren von A. W. Coats (Großbritannien) vorbereitet worden. Der Mehrzahl der vorher bekannten Teilnehmer waren die schriftlichen Diskussionsbeiträge im Mai/Juni zugesandt worden, so daß von vornherein die Möglichkeit zu einer Diskussion gegeben war. Dessenungeachtet wurden auf der ersten Sitzung, die sich der genannten Thematik über einen sehr langen Zeitraum, nämlich vom 16. Jahrhundert bis etwa zum Jahre 1930, widmete, die eingereichten Beiträge von ihren Verfassern nochmals referiert.

Wie der Berichterstatter dieses Teils der Beratungen, R. D. C. Black (Großbritannien), hervorhob, erbrachten die Beiträge (unter anderem von Taylor, Großbritannien; H. J. Braun, BRD; S. Hollander, Kanada; H. Liebel-Weckowicz, Kanada; F. W. Fetter, USA; W. Jaffé, Kanada; F. Blaich, BRD) den Nachweis, daß in der Geschichte des ökonomischen Denkens der Einfluß der Ökonomen einem Trend unterlag, der von praktischen Ratschlägen für die Lösung kurzfristiger Probleme (Kameralismus) immer mehr zur Systemanalyse (klassische Ökonomie) und damit zur indirekten Beeinflussung der ökonomischen Politik übergegangen ist. Mit Recht kritisierte Black zu weitgehende Schlußfolgerungen, zum Beispiel von Fetter und Blaich, über die direkte Auswirkung von Theorien einzelner Ökonomen auf wirtschaftspolitische Entscheidungen, da dafür das sich selbstregulierende Wirtschaftssystem des 19. Jahrhunderts, womit die Theorie in der Regel auch übereinstimmte, kaum Voraussetzungen bot.

Das Problem, welche Wirkungsmöglichkeiten die Ökonomen in der Gegenwart insbesondere innerhalb der Regierungen auf die Wirtschaftspolitik besitzen, bildete das zentrale Thema am zweiten und dritten Beratungstag. Ausgehend von der anregenden Einschätzung der vorgelegten Beiträge durch D. Winch (Großbritannien) entwickelte sich hier bereits in den Vorträgen der Verfasser von Studien oder Thesen für den Kongreß eine interessante Diskussion mit gegenseitiger Bezugnahme und Kritik.

Der Optimismus von S. Ratner (USA), C. G. Uhr (USA) oder M. -L. Bemelmans-Videc (Niederlande) und zum Teil auch Coats über den positiven Einfluß von Ökonomen auf die Wirtschaftspolitik, speziell die Überwindung wirtschaftlicher Schwierigkeiten, unterlag beträchtlichen Einwänden - ausgehend von unterschiedlichen theoretischen Positionen - durch W. R. Allen (USA), Borner (Schweiz) und P. Thal (DDR). Allen stützte sich dabei auf aufschlußreiche Interviews mit einer Vielzahl von in der praktischen Politik der USA-Regierung tätigen Ökono-

men, die ihre Wirkungsmöglichkeit generell ziemlich negativ beurteilen. Borner kritisierte den vorherrschend pragmatischen Standpunkt vieler Ökonomen in Regierungsstellen und forderte eine "Rückkehr" zur politischen Ökonomie. Demgegenüber ging Thal von der unterschiedlichen sozialökonomischen Struktur der beiden hauptsächlich gegenwärtigen Wirtschaftssysteme aus und versuchte, den qualitativ gewachsenen Aufgabenbereich für den Ökonomen in der sozialistischen Planwirtschaft mit seinen quantitativen Konsequenzen zu erfassen.

Die überaus rege Diskussion im Plenum der Sektion bezog sich zum Teil auf Beispiele, wie in einzelnen Ländern in bestimmten Situationen (unter anderem Bekämpfung der Auswirkung der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933) von Wirtschaftstheoretikern versucht wurde, praktischen Einfluß auf die Regierungspolitik zu gewinnen. Zum anderen bildete die praktische Tätigkeit der Ökonomen im Regierungsapparat einen Diskussionsgegenstand. Bei diesen beiden Problemkreisen war eine gewisse Enge im Betrachtungsstandpunkt verschiedener Redner nicht zu übersehen. Es gelang in der Diskussion jedoch herauszuarbeiten, daß der politische und soziale Kontext bei der Analyse der konkreten Tätigkeit der Ökonomen unbedingt zu beachten ist.

Schließlich wurde diesem allgemeinen sozialökonomischen Rahmen für die Wirkung der Wirtschaftstheorie und der Ökonomen selbst ein verhältnismäßig breiter Diskussionsraum gewidmet, wobei insbesondere die Diskussionsbeiträge von A. Milejkovskij (UdSSR), Jaffé und Borner hervorzuheben sind.

Im Rahmen der informellen Treffen zu Spezialfragen veranstaltete Ch. P. Kindleberger (USA) in der Sektion C 6 zwei Sitzungen zum Thema "Comparative Economic History on Partial-Equilibrium Problems. A Discussion of Methodology". Der in der Tat informelle Charakter des Treffens zeigte sich unter anderem darin, daß Kindleberger nur eine kurze Diskussionsgrundlage gab, daß keine vorbereiteten Diskussionsbeiträge gehalten wurden und keiner der Diskussionsredner seinen Namen nannte (was die Berichterstattung natürlich erschwert).

Kindleberger ging davon aus, daß stark generalisierte Modelle des allgemeinen Gleichgewichts sich als unzureichend erwiesen hätten, um die ökonomische Entwicklung in einem bestimmten Land zu erklären, und daß man, um bessere Modelle zu entwickeln, kleinere Teilprobleme in komparativer Weise untersuchen sollte, und zwar im Vergleich mehrerer Länder. Das würde helfen, den jeweils bestimmenden Entwicklungsfaktoren auf die Spur zu kommen. Dabei wies er besonders darauf hin, daß man soziale Faktoren von Anfang in die Untersuchung einbeziehen müsse und daß man nicht, wie viele das tun, die sozialen Faktoren ausklammern und zuerst nach einer Totalanalyse der "rein" ökonomischen Faktoren streben könne. Überraschend für den Berichtersteller war, daß viele der Diskussionsredner zunächst die Nützlichkeit solcher von Kindleberger vorgeschlagenen Untersuchungen überhaupt bezweifelten. Das lag offensichtlich daran, daß die Notwendigkeit vergleichender Forschungen mit dem Problem der Gleichgewichtsmodelle verknüpft worden war. So verband sich der allgemein bei den bürgerlichen Wirtschaftshistorikern in neuerer Zeit aufgekommene Zweifel an der Möglichkeit von Gleichgewichtszuständen und entsprechenden Modellen hier mit dem Zweifel an der Nützlichkeit der vorgeschlagenen Untersuchungen. Auch allgemeine methodische Schwierigkeiten vergleichender Untersuchung wurde angeführt: Es lägen keineswegs für alle Länder schon komplette statistische Reihen, zum Beispiel der Entwicklung des Nationaleinkommens und ähnliches, vor. Sollten sich die Wirtschaftshistoriker nicht darauf konzentrieren, erst diese notwendigen Grundlagen für internationale Vergleiche im nationalen Rahmen zu

erarbeiten? Das statistische Material der einzelnen Länder weise einen so unterschiedlichen Aufbau auf, daß man exakterweise selbst in die einzelnen Länder fahren müßte, um den Erhebungsmethoden auf die Spur zu kommen. Die Erarbeitung des notwendigen "Hintergrundwissens" für die einzelnen Länder erfordere so viel Zeit, daß man auf diesem Gebiet kaum mit für kurze Zeit zusammengestellten Kollektiven etwa von Nachwuchswissenschaftlern, arbeiten könne und sich auch die Frage der Finanzierung erhebe. (Letzteres ist ja ein ernstes Problem der Universitätsforscher in den kapitalistischen Ländern.) Weiterhin wurde die Problematik des synchronischen und diachronischen Vergleichs gestreift, die Frage, ob man besser ähnlich strukturierte oder sehr unähnlich strukturierte Länder vergleichen sollte, die Frage, was denn nun das "Normale" in einer jeweiligen Entwicklungslinie sei, an dem man das Abweichende messen solle.

Wie wichtig vergleichende Untersuchungen zur besseren Erkenntnis der generellen Bestimmungsfaktoren des Geschichtsverlaufs sind - wenn auch nicht unbedingt zur Erarbeitung von Gleichgewichtsmodellen -, betonten R. Cameron (USA), R. W. Goldsmith (USA), H. Nussbaum (DDR), R. Tilly (BRD) und W. Fischer (BRD). Insgesamt erbrachte die Diskussion eine Reihe von Anregungen, wenn auch viele Fragen nur aufgeworfen und nicht gründlicher diskutiert worden sind. Die Form der gänzlich unvorbereiteten Ad-hoc-Diskussion ist vielleicht für dieses gewichtige und interessante Thema nicht die effektivste gewesen.

Die Delegiertenversammlung der in der International Economic History Association vertretenen Länder, die am 22. August 1974 tagte, nahm die kurzen Berichte des Präsidenten, des Generalsekretärs, des Schatzmeisters und des Vorsitzenden der Kommission für Veröffentlichungen an. Als neuer Präsident wurde P. Mathias (Großbritannien), als neuer Generalsekretär P. Jeannin (Frankreich), als zweiter Vizepräsident der bisherige Generalsekretär J. F. Bergier (Schweiz) gewählt. Vizepräsident V. Vinogradov (UdSSR) und Schatzmeister H. Kellenbenz (BRD) wurden in ihren Funktionen bestätigt.

Die Versammlung beschloß ferner, die anderen Exekutivmitglieder wiederzuwählen und den nächsten internationalen Kongreß für 1978 nach Großbritannien (voraussichtlich nach Edinburgh) einzuberufen.

Der Kongreß schloß mit einer gemeinsamen Veranstaltung, auf der die Vorsitzenden der jeweiligen Sitzungen der Sektion A kurze zusammenfassende Berichte gaben. Den Dank der Delegierten an die dänischen Gastgeber brachte A. Fursenko in warmen Worten zum Ausdruck.

ZUM WESEN UND ZUR KONTINUITÄT DER FREMDARBEITERPOLITIK DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS

Die Sektion Geschichte der Universität Rostock hatte zu diesem Kolloquium eingeladen, das am 7. Februar 1974 stattfand. Die Aktualität seiner Thematik wird durch die Tatsache unterstrichen, daß zur Zeit etwa 12 Millionen ausländische Arbeiter in Westeuropa tätig sind. Welche Aufmerksamkeit die kommunistischen Parteien kapitalistischer Länder den Fragen imperialistischer Fremdarbeiterpolitik zuwenden, beweist unter anderem das von der DKP am 8. und 9. Januar 1974 in Essen durchgeführte Kolloquium über Probleme ausländischer Arbeiter, an dem Delegationen von zwölf Bruderparteien teilnahmen, sowie die Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder in Europa.

Gerhard Heitz (Rostock) begrüßte bei der Eröffnung Wissenschaftler der Akademie der Wissenschaften der DDR, der Humboldt-Universität Berlin, der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Universität Rostock. Grundlage der Diskussion bildete das Referat von Lothar Elsner (Rostock). Der Referent spannte den Bogen von der Jahrhundertwende bis zur Gegenwart, von der Herausbildung reaktionärer Traditionen der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg bis zur Ausländerpolitik des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in der BRD, und wies in Auseinandersetzung mit den Auffassungen bürgerlicher Wissenschaftler und Politiker die Kontinuität der reaktionären imperialistischen Fremdarbeiterpolitik bis in die Gegenwart hinein nach. Elsner machte deutlich, daß gewisse Modifizierungen dieser Politik, die unter dem Zwang der Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Kapitalismus zustande gekommen sind, an ihrer grundsätzlichen Bewertung nichts ändern können. In detaillierten Ausführungen machte Elsner die Bemühungen des deutschen Imperialismus deutlich, ausländische Arbeiter nach Deutschland zu holen und durch maßlose Ausbeutung umfangreiche Extraprofite zu erzielen. Diese Ausländer wurden im Sinne der industriellen Reservearmee als Lohndrücker mißbraucht, nationalistisch diskriminiert und einer besonderen Ausnahmegesetzgebung unterworfen. Zur Erlangung ausländischer Arbeiter wurde sowohl ökonomischer Zwang unter Ausnutzung der Lage in den ökonomisch rückständigen kapitalistischen Ländern, vor allem Osteuropas, als auch brutale Gewalt während der beiden imperialistischen Weltkriege angewandt.

Die Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg setzte der bis dahin betriebenen Form der Fremdarbeiterpolitik zunächst ein Ende. In der Zeit der Weimarer Republik konnte sich der deutsche Imperialismus bei der Gestaltung seiner Fremdarbeiterpolitik nicht völlig unabhängig von jenen historischen Veränderungen bewegen, die durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitet worden waren. Unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus und der Verschärfung der Klassenauseinandersetzung mußte die herrschende Klasse in Deutschland ihre Fremdarbeiterpolitik ändern. Besonders während der Weltwirtschaftskrise und in den ersten Jahren der faschistischen

Diktatur bestand zeitweilig ein politisches Interesse der herrschenden Klasse, von der Anwerbung einer größeren Zahl ausländischer Arbeitskräfte Abstand zu nehmen.

Von einem Schwinden des ökonomischen Interesses an der Ausplünderung von Millionen ausländischer Arbeiter kann jedoch keine Rede sein. Die Zwangsdeportationen und die Zwangsarbeiterpolitik erreichten während des zweiten Weltkrieges einen Höhepunkt sowohl hinsichtlich ihrer Quantität als auch in Bezug auf ihre Unmenschlichkeit und Brutalität.

Als seien diese Untaten nie geschehen, führte der Imperialismus der BRD modifiziert - wegen des zugunsten der Arbeiterklasse und des Sozialismus veränderten internationalen Kräfteverhältnisses - die reaktionäre imperialistische deutsche Fremdarbeiterpolitik fort. Die Bestrebungen zur Ausbeutung des Arbeitskräftepotentials anderer Staaten wurde durch die Verkleinerung des Herrschaftsbereiches des deutschen Imperialismus im Gefolge des zweiten Weltkrieges stimuliert.

Mitte der fünfziger Jahre war die industrielle Reservearmee zusammengeschnitten, die Mobilisierung innerer Arbeitskraftreserven erschien zu kostenaufwendig. Außerdem bestand ein direkter Zusammenhang mit der Aufrüstung der Bundeswehr, die zunächst 500 000 der leistungsfähigsten Arbeitskräfte der produktiven Tätigkeit entzog.

Der Referent ging auf die lohndrückende Funktion der industriellen Reservearmee ein und wies in diesem Zusammenhang nach, daß die großen Monopole und der Staat die Hauptnutznießer der Ausländerbeschäftigung sind. In ihren Betrieben liegt die Ausländerquote wesentlich höher als im allgemeinen Durchschnitt der Wirtschaft der BRD.

Des weiteren behandelte er unterschiedliche taktische Auffassungen verschiedener Kräftegruppierungen innerhalb des ökonomischen und politischen Herrschaftsmechanismus in der BRD. Abschließend beschäftigte sich der Referent mit der Haltung der deutschen Arbeiter gegenüber ihren ausländischen Klassengenossen.

Die Diskussion wurde durch Dietrich Eichholtz (Berlin) mit dem Beitrag eröffnet: "Das Zwangsarbeiterproblem des faschistischen deutschen Imperialismus in der Kontinuität imperialistischer Fremdarbeiterpolitik". Den Ausgangspunkt der Darlegungen bildete der besondere Platz, den die Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte unter der faschistischen Diktatur in Deutschland in der Geschichte imperialistischer Fremdarbeiterpolitik einnimmt.

Eichholtz legte die Entwicklung der faschistischen Zwangsarbeiterpolitik dar, deren Grundzüge bereits vor dem Kriege feststanden, und arbeitete ihre Entwicklungsetappen deutlich heraus. Dabei konnte die bestimmende Rolle führender Monopole und ihre direkte Beteiligung an der Zwangsdeportation nachgewiesen werden. Eichholtz verdeutlichte die Bestrebungen der Monopole, möglichst jeden Widerstand und Klassenkampf der Zwangsarbeiter zu unterdrücken, um sie ungestört ausbeuten zu können. Er wies dabei auf die neue Qualität der gegenseitigen Durchdringung von staatlichem Terror und Einsetzung aller Mittel der Monopole hin, auf das Ineinandergreifen der ökonomischen und außerökonomischen Elemente der faschistischen Zwangsarbeiterpolitik zur Herauspressung maximaler Arbeitsergebnisse und Profite. Eichholtz legte ein neues Dokument vor, das als bisher klarstes Selbstzeugnis der Monopole dafür zu werten ist, inwieweit Faschismus und Sklavenarbeit für sie besonders geeignete Mittel darstellten, ihr Profitinteresse zu verwirklichen. In Einzelheiten wurde außerdem auf die Ar-

beitsbedingungen und Lebensumstände der Deportierten sowie auf Zwangsmaßnahmen der faschistischen Führung ihnen gegenüber eingegangen. Deutlich herausgearbeitet wurde ein Grundprinzip imperialistischer Klassenpolitik, mit dem die deutschen Faschisten ihre Zwangsarbeits- und Rassenpolitik in extremer Form zu verwirklichen trachteten: Privilegierung und Aussonderung einzelner Schichten von Werktätigen.

Schließlich ging Eichholtz auf die KZ-Zwangsarbeit als ausgeprägteste Form der Zwangsarbeit ein und charakterisierte sie als Kernstück des Systems offenen politischen Terrors, aufgebaut auf dem Prinzip der Vernichtung, nicht der Umerziehung. Am Beispiel des sogenannten IG-Farben-Modells der KZ-Zwangsarbeit belegte er erneut die aktive und bestimmende Rolle der Monopole im KZ-System.

Zusammenfassend charakterisierte er das faschistische Zwangsarbeitersystem als adäquat dem schrankenlosen Expansionsdrang der deutschen Monopole und ordnete es ein als Schritt zum Ziel, die Bedingungen und die Atmosphäre eines Arbeitshauses in ganz Europa und in anderen Teilen der Welt zu schaffen.

Laurenz Demps (Berlin) schloß sich thematisch an mit einigen "Bemerkungen zur Veränderung der innenpolitischen Situation im faschistischen Deutschland durch den Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter" Bei prinzipieller Zustimmung zu Eichholtz' Aussage, daß der Einsatz fremder Arbeitskräfte ein wesentliches Kriegsziel des deutschen Imperialismus gewesen sei, wies Demps auf die bedeutenden Veränderungen hin, die sich im Hinblick auf diesen Einsatz vom ersten zum zweiten Weltkrieg ergeben hatten: Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution befand sich der Kapitalismus in seiner allgemeinen Krise, unter anderem gekennzeichnet durch den Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung. In den vom Faschismus überfallenen Ländern entstanden Widerstandsbewegungen. Die aus der Sowjetunion zur Zwangsarbeit geprefsten Menschen hatten bereits unter sozialistischen Produktionsverhältnissen gelebt. Viele Deportierte verfügten über revolutionäre Erfahrungen bzw. waren mit dem Gedankengut des Marxismus-Leninismus vertraut. Der nationale Widerstandswille der überfallenen Völker bereitete dem deutschen Monopolkapital zusätzliche Schwierigkeiten. Um einer innenpolitischen Gefährdung seiner Herrschaft zu begegnen, setzte das deutsche Monopolkapital außerökonomischen Zwang und brutalen Terror ein. Es entstand ein ausgeklügeltes System von Differenzierungen in der Behandlung ausländischer Arbeiter und in der Gestaltung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, in welchem Terror als Mittel der Leistungssteigerung fester Bestandteil war. Weitere wesentliche Maßnahmen galten der Verhinderung der Solidarität zwischen den ausländischen und den verbliebenen deutschen Arbeitern.

Joachim Lehmann (Rostock) sprach "Zum Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter in der deutschen Landwirtschaft während des zweiten Weltkrieges" und machte auf einige Besonderheiten auf diesem Gebiet aufmerksam. Er betonte, daß aus der Landwirtschaft besonders viele deutsche Arbeitskräfte zur faschistischen Wehrmacht eingezogen worden waren und die faschistische Agrarführung zu deren Ersatz eine besonders große Anzahl ausländischer Zwangsarbeiter forderte und auch erhielt. Lehmann wies nach, daß die Ausfälle an deutschen Arbeitskräften in diesem Wirtschaftszweig während des Krieges quantitativ voll durch Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene ausgeglichen wurden.

Ferner ging er auf die Konkurrenz zwischen Rüstungsbetrieben und Landwirtschaft bei der Ausbeutung von Zwangsarbeitern ein und erläuterte die immer deutlicheren Vorteile, die die Rüstungsindustrie dabei im Verlaufe des Krieges erlangte. Diese Vorteile wurden nur durch die Notwendigkeit der landwirtschaft-

lichen Produktion für die Ernährung der Wehrmacht und der Bevölkerung als Voraussetzung für die Weiterführung des Krieges begrenzt.

Lutz Pfahlbusch (Jena) warf das Problem der ökonomischen und politischen Bedingungen für den Widerstand der Zwangsarbeiter auf.

Karl-Heinz Jahnke (Rostock) nahm "Zur Teilnahme ausländischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener am antifaschistischen Widerstandskampf in mecklenburgischen Dörfern von 1939 bis 1945" Stellung.

Werner Lamprecht (Greifswald) sprach zu Fragen des Fremdarbeitereinsatzes im ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Rolle des katholischen Klerus bei der Beeinflussung polnischer Arbeiter im Sinne des Imperialismus.

Johannes Kalisch (Rostock) ging in seinem Diskussionsbeitrag über die Einwirkung des polnischen Staates auf Polen in Deutschland von der Tatsache aus, daß bei Ende des ersten Weltkrieges zirka 1,5 Millionen Polen in allen Teilen Deutschlands arbeiteten.

Gerhard Heitz machte auf die Querverbindungen der behandelten Thematik zu anderen Problemkreisen, wie etwa der Bevölkerungsstruktur oder der Produktivkräfteentwicklung, aufmerksam.

Das Referat und ein Teil der Diskussionsbeiträge werden unter dem Titel des Kolloquiums veröffentlicht.

Joachim Lehmann

Bibliographie

HOCHSCHULSCHRIFTEN ZUR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

von Renate Günther

Hassan El-Abassy

ZUR ENTWICKLUNG DES ABSATZES LANDWIRTSCHAFTLICHER ERZEUGNISSE IN ÄGYPTEN, BESONDERS DARGESTELLT AM BEISPIEL DES ABSATZES VON BAUMWOLLE

Dissertation A (19. 7. 1972)

Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion Tierproduktion und Veterinärmedizin

1. Zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in Ägypten unter besonderer Berücksichtigung der Baumwollproduktion
2. Zum Zusammenhang der landwirtschaftlichen Produktion Ägyptens mit dem Agrarmarkt, dargestellt am Beispiel der Baumwollproduktion. Zur Entwicklung des inneren Agrarmarktes in Ägypten im Laufe unseres Jahrhunderts; Abhängigkeit der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion Ägyptens, vor allem der Baumwollproduktion, von den Bedingungen auf dem äußeren Agrarmarkt
3. Einschätzung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Ägypten, dargestellt am Beispiel des Absatzes von Baumwolle. Klärung des Begriffs Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse; Bedeutung des Absatzes im landwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß; Zur Entwicklung des Absatzes von Baumwolle in Ägypten bis zur Nationalisierung des Baumwollgroßhandels 1961 (staatliche Maßnahmen im Baumwollabsatz, Effektivität der Absatzfunktionen); Wesentliche Veränderungen beim Absatz von Baumwolle in Ägypten in der Zeit von 1961/62 bis 1964/65 (Hauptmerkmale der Absatzorganisation 1961/62, Versuche zum Absatz auf genossenschaftlicher Basis außerhalb der Agrarreformgebiete 1962/63 und 1963/64, Einführung des genossenschaftlichen Absatzes bei Baumwolle in einigen Bezirken Ägyptens 1964/65); Umfassende Einführung des genossenschaftlichen Absatzsystems für Baumwolle in Ägypten
4. Notwendigkeit und Möglichkeiten einer Rationalisierung des Absatzes von Baumwolle in Ägypten

Rolf Barthel, Hans Demme

ZUR LAGE DER LOHNDARBEITER DES EICHSFELDKREISES WORBIS IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES 19. JAHRHUNDERTS

Dissertation A (16. 3. 1973) Karl-Marx-Universität Leipzig

2. Der Kreis Worbis im Untersuchungszeitraum von 1850 bis 1900
3. Zum Prozeß der Herausbildung des Proletariats auf dem Eichsfeld unter besonderer Berücksichtigung des Kreises Worbis. Quellen und Literatur; Über Veränderungen der Sozialstruktur im 18. Jahrhundert; Zu Fragen der sozialen Struktur des Kreises Worbis im 19. Jahrhundert; Über die soziale Zusammensetzung des eichsfeldischen Proletariats
4. Über soziale Auswirkungen des Niedergangs des textilen Hausgewerbes unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Kinder und Jugendlichen. Quellen und Literatur; Zu einigen allgemeinen Auswirkungen; Zur Lage der Kinder und Jugendlichen; Zu den Auswirkungen der Sozialgesetzgebung am Ende des 19. Jahrhunderts
5. Über die Wirksamkeit von Webereilehrwerkstätten, Webschulen und Wanderunterricht für den relativen Fortbestand der eichsfeldischen Hausweberei
6. Über die Wanderarbeiter des Kreises Worbis
7. Zur Lage der Lohnarbeiter in der Zigarrenindustrie des Kreises Worbis
8. Über die Wirksamkeit von politischen Parteien und Organisationen im Kreis Worbis (Zentrum und konservative Parteien beherrschen das Eichsfeld, Ausbreitung sozialdemokratischer Lehren im Kreise Worbis)

Gerhard Bergmann

KAPITALEXPORTE UND STAATSMONOPOLISTISCHES FINANZSYSTEM IM PROZESS DER AUSSENEXPANSION DER BRD-MONOPOLE

Dissertation A (24. 11. 1972)

Leitungs-, rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät des wissenschaftlichen Rates der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

2. Die Notwendigkeit des Einsatzes des staatsmonopolistischen Finanzsystems zur Förderung und Steuerung des Kapitalexports der Monopole. Der Wachstumsprozeß des Kapitals unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution; Der relative Kapitalüberschuß als Triebkraft für den Kapitalexport und seine Stimulierung
3. Der staatsmonopolistische Charakter des Kapitalexports in der Gegenwart. Versuch der Definition staatsmonopolistischer Kapitalexportpolitik; Aufbau der Kapitalexportstimulierung durch die Staatsfinanzen; Die drei Hauptwirkungsebenen der Kapitalexportstimulierung durch das staatsmonopolistische Finanzsystem der BRD
4. Die Wirkung des staatsmonopolistischen Finanzsystems auf den Kapitalexport der BRD-Monopole. Der Einfluß des Finanzsystems auf die Kapitalverflechtung zwischen den kapitalistischen Hauptländern (Internationale Kapitalverflechtung, Auseinandersetzungen um die Reform des internationalen Steuerrechts, Steuerharmonisierung in der EWG); Die Rolle der Staatsfinanzen für den neokolonialistischen Kapitalexport des Imperialismus in der BRD; Die

Wirkung finanzieller Eingriffe des Staates zur Hebung der potentiellen Konkurrenzfähigkeit der BRD-Monopole im Interesse des Kapitalexports

5. Statistischer Anhang: Die offiziell ausgewiesenen Kapitalexporte der BRD, ihre Arten und regionale Verteilung

Brück, Fritz

DER SEEHAFEN STRALSUND, SEINE ENTWICKLUNG UND GEGENWÄRTIGE BEDEUTUNG FÜR DIE VOLKSWIRTSCHAFT DER DDR. EINE ÖKONOMISCH-GEOGRAPHISCHE UND STATISTISCHE UNTERSUCHUNG

Dissertation A (20. 12. 1971)

Wissenschaftlicher Rat der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

2. Schiffs- und Güterverkehr im Seehafen Stralsund bis zum 2. Weltkrieg und seine bauliche Entwicklung. Gründung und Entwicklungsbedingungen; die Bauentwicklung des Seehafens Stralsund
3. Der Seehafen Stralsund als Knotenpunkt im Verkehrsnetz der DDR. Die Wirtschaft der DDR - ihre Entwicklung und gegenwärtige Struktur im Überblick; Lage des Seehafens Stralsund im Verkehrsnetz der DDR
4. Natürliche Bedingungen
5. Hafenanlagen und Betriebsorganisation. Anlagen für den Schiffs- und Güterverkehr; Betriebsorganisation (Organisationsform, Standorte und Aufgaben der Dienststellen, Arbeitskräfte)
6. Schiffs-, Eisenbahn- und LKW-Verkehr im Seehafen Stralsund

Claus-Joachim Drews

ZUR EINHEIT VON NATIONALER UND INTERNATIONALER WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG IM PROZESS DER SOZIALISTISCHEN ÖKONOMISCHEN INTEGRATION UND DER DAMIT VERBUNDENEN HERAUSBILDUNG EINES OPTIMALEN VOLKSWIRTSCHAFTSKOMPLEXES - DARGESTELLT AM BEISPIEL DER ENTWICKLUNG DER INDUSTRIESTRUKTUR DER SOZIALISTISCHEN REPUBLIK RUMÄNIEN

Dissertation A (24. 10. 1972)

Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion Wirtschaftswissenschaften

1. Die gesetzmäßige Entwicklung der modernen Produktivkräfte unter sozialistischen Produktionsverhältnissen im Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration als Ursache und wesentliche Bedingung für die dialektische Einheit von nationaler und internationaler Wirtschaftsentwicklung und der damit verbundenen Herausbildung eines optimalen Volkswirtschaftskomplexes
2. Zur Bedeutung des subjektiven Faktors für die Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus im Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration
3. Die planmäßige und bewußte Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus im nationalen und internationalen Maßstab als objektive Voraussetzung für die Entwicklung der Industriestruktur der SR Rumänien im Prozeß der sozialistischen Integration zum optimalen Volkswirtschaftskomplex. Die Industrie-

struktur der SRR als Ergebnis des sozialistischen Industrialisierungsprozesses (Zur Entwicklung des Verhältnisses extraktiver und verarbeitender Industrie in der SRR als grundlegendes Verhältnis bei der Gestaltung des optimalen Volkswirtschaftskomplexes, Zur Konkretisierung der Wechselbeziehungen, Größenverhältnisse und Entwicklungstempo der Abteilung I und Abteilung II, Veränderungen zwischen und innerhalb der Industriezweigstrukturen); Die Intensivierung des Außenhandels der SRR als wichtigstes Erfordernis der bewußten und planmäßigen Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus im nationalen und internationalen Maßstab (Der Außenhandel insgesamt und nach Ländergruppen, nach Warengruppen.) Der objektive Zusammenhang von Industriestruktur- und Entwicklung und Intensivierung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung in der SRR

4. Ergebnisse aus der Untersuchung für die wissenschaftlich-theoretische Arbeit

Edith Gallas

DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK IM SYSTEM DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

Dissertation A (5. 12. 1972)

Leitungs-, rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Die Europäische Investitionsbank - ein Instrument der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (Entstehung, Entwicklung, Ziele)
2. Die Funktionsweise der Europäischen Investitionsbank. Organisation und Mittel der Bank; Die Durchführung der Aufgaben der Europäischen Investitionsbank in den Mitgliedstaaten der EWG (Stellung der Bank im Gesamtprogramm, Regionalpolitische Aufgaben vor allem in Süditalien, Finanzierung der Modernisierung und Umstellung der Produktion, Finanzierung gemeinsamer Projekte mehrerer EWG-Länder); Die Ausdehnung der Aufgaben der Europäischen Investitionsbank auf die mit der EWG assoziierten Staaten (Aufgaben zur Durchsetzung des Vertrages der EWG mit den assoziierten Staaten in Afrika und den überseeischen Gebieten, Kreditgewährung an die assoziierten Staaten Griechenland und Türkei); Die Rolle der Europäischen Investitionsbank im System der supranationalen staatsmonopolistischen Regulierung
3. Zu einigen Auswirkungen der Investitions- und Kreditpolitik der Europäischen Investitionsbank in den Ländern der EWG. Die Stellung der Arbeiterklasse zu der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (Widersprüchlichkeit des Wirkungsmechanismus der Investitions- und Kreditpolitik der Bank, Auswirkungen dieser Politik auf die Veränderung der Arbeitskräftesituation am Beispiel Süditaliens, Die Stellung der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern zu der Politik der Bank im System der EWG)

Fritz Gawenus

DIE AUSBEUTUNG AUSLÄNDISCHER ARBEITSKRÄFTE UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DEPORTIERTER SOWJETISCHER BÜRGER DURCH DIE DEUTSCHEN MONOPOLISTEN, VORWIEGEND DARGESTELLT AM BEISPIEL DER BAYERISCHEN STICKSTOFFWERKE AG PIESTERTITZ UND DER GUMMI-WERKE "ELBE" AG PIESTERTITZ VON 1939 BIS 1945

Dissertation A (23. 2. 1973)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Philosoph. Fakultät

1. Das Verhältnis zwischen den politischen und ökonomischen Zielen des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg und seinen Möglichkeiten auf dem Gebiet des Menschenreservoirs
2. Die rechtliche Stellung der ausländischen Arbeitskräfte im faschistischen Deutschland und ihre Differenzierung durch die faschistische Gesetzgebung und praktische Handhabung in der Kriegswirtschaft
3. Die Notwendigkeit des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte in der Bayerischen Stickstoffwerke AG Werk Piesteritz und der Gummi-Werke "Elbe" AG in Piesteritz
4. Die Behandlung der ausländischen Arbeitskräfte in beiden Werken - ein Beispiel der Menschenfeindlichkeit des deutschen Imperialismus (differenzierte Entlohnung, Verpflegung und Unterbringung, Taktische Varianten zur Intensivierung der Ausbeutung, Behandlung im "Ostarbeiter-Krankenhaus" in Trebitz
5. Der Kampf der deutschen und ausländischen Arbeiter gegen physische Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung in den beiden Werken

Otto Hecht

DIE TÄTIGKEIT DER FDJ ZUR ERHÖHUNG DES PRODUKTIONSNIVEAUS IN DEN LPG DES BEZIRKS NEUBRANDENBURG UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER BEEINFLUSSUNG DIESES PROZESSES DURCH DIE ARBEITERJUGEND (1963 - 1968)

Dissertation A (14. 4. 1972)

Fakultät für Gesellschaftswissenschaften des Wissenschaftlichen Rates der Universität Rostock

2. Der Kampf der FDJ-Organisationen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität in den LPG als die Hauptaufgabe des sozialistischen Wettbewerbs. Die Rolle der Jugendbrigaden der ehemaligen MAS/MTS bei der Übergabe und Übernahme der Technik durch die LPG; Das Wirken der FDJ für die Erfüllung der Berufsnachwuchspläne in der Landwirtschaft; Das Jugendobjekt "Zentrale Erntetechnik" - Schrittmacher für den Einsatz der komplexen Erntebri-gaden; Die Arbeiterjugend und das Jugendobjekt "Bodenfruchtbarkeit", dargestellt am Beispiel des Komplexes Melioration
3. Die Einflußnahme der Arbeiterjugend auf die Entwicklung der Klasse der Genossenschaftsbauern. Die Arbeiterjugend und ihr Verhältnis zu den jungen Genossenschaftsbauern; Die Rolle der Arbeiterjugend bei der Gewinnung, dem Einsatz und der Qualifizierung junger Kader aus dem Süden der Republik in LPG des Bezirks; Die Erfüllung der Bündnispflicht junger Bauarbeiter des Bezirks gegenüber den LPG

Ingrid Hönsch

LEO WAIBEL. EINE KRITISCHE WÜRDIGUNG UNTER BESONDERER BE-
RÜCKSICHTIGUNG SEINES BEITRAGES ZUR ENTWICKLUNG AGRARGEEO-
GRAPHISCHER LEHRMEINUNGEN UND ARBEITSMETHODEN

Dissertation A (18. 10. 1972)

Pädagogische Hochschule Potsdam, Historisch-philologische Fakultät

1. Problemstellung und Arbeitsmethoden
2. Die politischen und ökonomischen Verhältnisse in Deutschland und einige Entwicklungstendenzen der geographischen Wissenschaften von 1871 bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges
3. Der Lebensweg und das Schaffen Leo Waibels im Überblick
4. Der Einfluß Leo Waibels auf die Entwicklung agrargeographischer Lehrmeinungen und Arbeitsmethoden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Kurze Darstellung und Wertung der Veröffentlichungen Leo Waibels zur Agrargeographie (Behandlung der Landwirtschaft in länderkundlichen Studien, Systematische Untersuchungen über einzelne Wirtschaftsformen, Studien zur Theorie und Methodik der Wirtschaftsgeographie); Der Beitrag Leo Waibels zur Weiterentwicklung der Arbeitsmethoden der Agrargeographie (Faktorenlehre, Physiognomische Methode, Ökologisch-physiologische Methode); Zur Problematik der (land-)wirtschaftsräumlichen Gliederung im Schaffen Leo Waibels; Die Anwendung der Erkenntnisse der agrargeographischen Forschungen in der Praxis am Beispiel der Tätigkeit Waibels in Brasilien
5. Leo Waibel als akademischer Lehrer
6. Die Bedeutung Leo Waibels für die agrargeographische Forschung der Gegenwart

Karl-Heinz Horn

ZUR ENTWICKLUNG DER KLASSENSTRUKTUR UND DER STRUKTUR DER
BESCHÄFTIGTEN DER BRD

Dissertation B (10. 5. 1972)

Wissenschaftlicher Rat der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst

1. Die wachsende Polarisierung der Hauptklassen in Westdeutschland
2. Wandlungsprozesse der inneren Struktur der Arbeiterklasse der BRD. Veränderungen in der westdeutschen Beschäftigungsstruktur nach Wirtschaftsbe-
reichen; Änderungen der Verteilung der Arbeiterklasse auf die Industriezwei-
ge in Westdeutschland; Zur Konzentration der Arbeiter in der westdeutschen
Industrie; Wandlungen der Arbeitskräftestruktur in den Industriebetrieben
Westdeutschlands (Gefährdung des Arbeitsplatzes in den unmittelbaren Pro-
duktionsbereichen, Tendenzen wachsender Beschäftigung in den der Produktion
vor- und nachgeordneten Abteilungen, Wandel in den Anforderungsarten und
in der Berufsstruktur der Arbeiter)
3. Wandlungen der Struktur der Arbeiterklasse im Infrasystem der BRD

Ise Jarowinsky

ZUR FINANZPOLITISCHEN MACHTKONZENTRATION IM EINZELHANDEL
DER BRD IN DER GEGENWÄRTIGEN ENTWICKLUNGSETAPPE DES STAATS-
MONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS

Dissertation A (30. 6. 1972)

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Lehrstuhl Imperialis-
musforschung

- I Veränderung der ökonomischen und sozialen Struktur des Einzelhandels unter den gegenwärtigen Existenzbedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD. Neue Erscheinungen und Widersprüche im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem der BRD; Triebkräfte und Faktoren der umfassenden Monopolisierung des Einzelhandels; Ausmaß der Monopolisierung im Produktionsmittelhandel
- II Haupttendenzen des Monopolisierungsprozesses im Einzelhandel der BRD. Beschleunigte Monopolisierung des Einzelhandels; Forcierung des Monopolisierungsprozesses durch den Staat; Enge Verflechtung zwischen Bank-, Industrie- und Handelskapital; Veränderte Formen und Methoden des Konkurrenzkampfes im Einzelhandel (Kampf um die Gestaltung des Preissystems, Einzelhandelsfunktionen der Industriekonzerne, Bemühungen der Handelsmonopole um größere Abhängigkeit von der Industrie, neue Technologien im Einzelhandel); Wachsender Einfluß des internationalen Finanzkapitals auf den Einzelhandel der BRD (Ausländische Direktinvestitionen und Beteiligungen, Finanzierungsgesellschaften, Tochtergesellschaften)
- III Zunehmende Monopolisierung aller Bereiche des Einzelhandels der BRD. Monopolisierung im Warenhaus und Versandbetrieb; Monopolisierung im Bereich der Lebensmittelfilialbetriebe; Entwicklung neuer Großbetriebsformen (Expansion der Supermärkte, Einkaufszentren, Verbrauchermärkte und Selbstbedienungswarenhäusern); Tendenz zunehmender Monopolisierung in den "freiwilligen Handelsketten"; Zunehmende staatsmonopolistische Unterwerfung der Einkaufsgenossenschaften
- IV Monopolisierung des Einzelhandels und Polarisierung der Klassenkräfte (Hohe Dividenden der Handelskonzerne, Wachsende Ausbeutung der Beschäftigten, Veränderungen der sozialen Struktur im Einzelhandel, Entwicklungsperspektiven des Einzelhandels in der BRD)

Hartmut Kästner

DER LENINSCHER PLAN DES SOZIALISTISCHEN AUFBAUS UND SEINE AN-
WENDUNG BEI DER SOZIALISTISCHEN INDUSTRIALISIERUNG DER UDSSR

Dissertation A (22. 12. 1972)

Karl-Marx-Universität Leipzig, Franz-Mehring-Institut

- I Zum Wirken der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus.
- II Der leninsche Plan des sozialistischen Aufbaus - allgemeingültiges Programm für die Gestaltung des Sozialismus. Karl Marx und Friedrich Engels zu Wesenszügen der sozialistischen Gesellschaft; W. I. Lenin zu den allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus; der Leninsche Plan des Aufbaus des Sozialismus

III Die sozialistische Industrialisierung - Grundelement des sozialistischen Aufbaus. Zum Beginn des sozialistischen Wirtschaftsaufbaus unter W. I. Lenins Leitung; Zur Verwirklichung der leninschen Industrialisierungskonzeption durch die KPdSU; Zur Anwendung der sowjetischen Erfahrungen bei der Industrialisierung der DDR; Zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik der KPdSU auf industriellem Gebiet und ihre Bedeutung

Amin Raschid Kannune

DIE BEDEUTUNG DES AUSSENHANDELS FÜR DIE INDUSTRIALISIERUNG DES IRAK

Dissertation A (22. 8. 1972)

Wissenschaftlicher Rat der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst

1. Die Notwendigkeit der Einbeziehung des Außenhandels in den Prozeß der Industrialisierung der Entwicklungsländer im allgemeinen und des Irak im besonderen
2. Die Funktionen des Außenhandels im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß des Irak und die Aufgaben für ihre Gestaltung entsprechend den Erfordernissen der Industrialisierung des Landes. Rolle der staatlichen Außenhandelspolitik und Notwendigkeit der Errichtung eines staatlichen Außenhandelsmonopols; Finanzierung des Industrialisierungsprozesses mit Hilfe des Exportes (Stand und künftige Entwicklung der Exporte, Dominierende Stellung des Erdöls, Stellung des Iraks in der internationalen Arbeitsteilung); Die Bedeutung der Importe für die Industrialisierung des Irak (Auswirkungen der Industrialisierung auf Dynamik, Intensität und Struktur der Importe, Importe von Produktionsmitteln - Ausdruck für den Beitrag des Außenhandels zur Industrialisierung des Iraks unter dem Aspekt der materiellen Deckung der Akkumulation und der Herstellung des inneren Gleichgewichts in der volkswirtschaftlichen Reproduktion des Landes, Einige Aufgaben für die Umstrukturierung der Importe zugunsten des Industrialisierungsprozesses); Der Beitrag der irakischen Außenwirtschaft zur Industrialisierung des Landes unter den Aspekten der WTZ, der Arbeitskräfteausbildung, der Lizenz- und Kreditaufnahme und die Notwendigkeit der verstärkten Ausnutzung weiterer Elemente der Außenwirtschaft; Zur wechselseitigen Bedingtheit zwischen Ex- und Importen des Irak und die Notwendigkeit ihrer Ausnutzung im Interesse der Industrialisierung des Landes
3. Die reale Struktur des irakischen Außenhandels, ihre Bedeutung für den Industrialisierungsprozeß und die Notwendigkeit der Erschließung der auf diesem Gebiet vorhandenen Reserven für die Beschleunigung des Prozesses der Industrialisierung im Irak. Die Bedeutung der Schaffung von stabilen Absatz- und Bezugsmärkten (Der Gemeinsame Arabische Markt, seine historische und ökonomische Entstehungsgrundlage, seine Bedeutung für den Industrialisierungsprozeß im Irak - die Notwendigkeit, Möglichkeit und der Nutzen für die Erhöhung seiner Effekte, Die Bedeutung der Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern für den Industrialisierungsprozeß des Irak - die Notwendigkeit und Möglichkeit ihrer Erweiterung, Die Notwendigkeit der Qualitätsveränderung der Handelsbeziehungen mit den kapitalistischen traditionellen Märkten.
4. Die Faktoren des äußeren Gleichgewichtes der irakischen Volkswirtschaft und ihre Wirkung auf die Industrialisierung des Landes. Zur Bedeutung und zur

Entwicklung der irakischen Terms of Trade und die Aufgaben für ihre effektive Gestaltung im Industrialisierungsprozeß des Landes; Die Zahlungsbilanz des Irak, ihre Bedeutung und ihre Entwicklung im Zuge der Industrialisierung des Landes und die erforderlichen Maßnahmen für ihre Umstrukturierung entsprechend den Erfordernissen dieses Prozesses

Anita Kirchner

DIE AUSWIRKUNGEN DER EWG-MARKTORDNUNG AUF DEN SELBSTVERSOR-
GUNGSGRAD UND DIE GEOGRAPHISCHE STRUKTUR DER IMPORTE DER
EWG-MITGLIEDSLÄNDER BEI AUSGEWÄHLTEN PRODUKTEN

Dissertation A (10. 11. 1972)

Biowissenschaftliche Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Humboldt-Uni-
versität zu Berlin

1. Charakter und Inhalt der EWG-Marktordnungen. Das Instrumentarium der Marktordnungen; Die EWG-Marktordnungen für Fleisch
2. Die Entwicklung der Eigenversorgung und des Imports unter den Bedingungen der Agrarintegration. Die Entwicklungstendenzen in der Produktion von Schweine-, Geflügel- und Rindfleisch; Die Entwicklung des Selbstversorgungsgrades in der EWG; Die Entwicklung des internen und externen Handels der EWG bei Schweine-, Geflügel- und Rindfleisch unter den Bedingungen der Herausbildung des gemeinsamen Agrarmarktes
3. Das protektionistische Regime der EWG-Marktordnungen in Verbindung mit den Exporten von Schweine-, Geflügel- und Rindfleisch aus der VR Polen und der VR Ungarn

Marta Kokoschko

DER SOZIALISTISCHE KREDIT ALS EIN MITTEL ZUR VERWIRKLICHUNG
DER BÜNDNISPOLITIK DER ARBEITERKLASSE UND DER KLASSE DER
GENOSSENSCHAFTSBAUERN BEI DER DURCHFÜHRUNG DER SOZIALISTI-
SCHEN UMGESTALTUNG UND DER DURCHSETZUNG INDUSTRIEMÄSSIGER
PRODUKTIONSMETHODEN IN DER LANDWIRTSCHAFT DER DDR

Dissertation A (8. 2. 1973)

Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Hum-
boldt-Universität zu Berlin

1. Der Kredit für die sozialistische Landwirtschaft als eine materielle Erscheinungsform des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Klasse der Genossenschaftsbauern. Die ökonomische und politische Bestimmung des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft sowie der Kreditverhältnisse als eine Form der materiellen Unterstützung zur Herausbildung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft; Soziale Prozesse der dialektischen Wechselwirkung zwischen Kredit, Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte sowie der Kontinuität der Politik von Partei und Regierung während der sozialistischen Umgestaltung in der Landwirtschaft der DDR (Der sozialistische Kredit als wichtige Methode der staatlichen finanziellen Unterstützung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft über Genossenschaften zur Lösung der Aufgaben der Übergangsperiode, Einige wesentliche Faktoren zur historischen Situation, in der

die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR gelöst werden mußte, Kreditvolumen, Vorzugsbedingungen, Kreditzwecke, Der unmittelbare Zusammenhang der Wirkungsrichtungen der Kreditpolitik der Arbeiterklasse mit der Anwendung der Grundprinzipien des leninischen Genossenschaftsplans im Wechselverhältnis der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft der DDR, Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft der DDR als Ausgangsbasis neuer Entwicklungsprobleme im Wechselverhältnis zwischen der Entwicklung von Produktivkräften, Produktionsverhältnissen und Kreditgestaltung durch den sozialistischen Staat

2. Grundsätzliches zum Kredit im Sozialismus
3. Soziale Aspekte der aktiven Kreditpolitik der Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft beim Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft der DDR. Die Kooperation sozialistischer Landwirtschaftsbetriebe - Hauptweg zur Entwicklung industriemäßiger Produktionsmethoden; Einige Bemerkungen zur Rolle des Kredits bei der Bewegung der Fonds in spezialisierten sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben; Einige politökonomische Schlußfolgerungen für die Gestaltung finanzökonomischer Kreditmaßnahmen für die LPG

Thomas Mette

DER ÜBERGANG DER DEUTSCHEN LÄNDEREISENBAHNEN AUF DAS REICH
1920 - 1924

Dissertation A (14. 6. 1973)

Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die politische und wirtschaftliche Situation in Deutschland zu Beginn der Debatte über die Übernahme der Ländereisenbahnen auf das Reich (Frühjahr 1919)
2. Wesentliche Faktoren für den Übergang der Ländereisenbahnen auf das Reich. Zu einigen Programmen zwecks Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens aus der Zeit des vormonopolistischen Kapitalismus und zu den Ursachen dafür, daß sie nicht verwirklicht wurden; Die Tendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Entwicklung im Eisenbahnwesen während des 1. Weltkrieges; Die Zerrüttung des deutschen Eisenbahnwesens im imperialistischen 1. Weltkrieg; Notwendigkeit und Nutzen der Schaffung von Reichseisenbahnen für den deutschen Imperialismus nach der Niederlage im 1. Weltkrieg und zu Beginn der revolutionären Nachkriegskrise; Die imperialistische Lüge von der "sozialisierten" Eisenbahn und ihre Unterstützung durch die revisionistische SPD- und Gewerkschaftsführung
3. Vorbereitung und Durchführung des Übergangs der Ländereisenbahnen auf das Reich (Bisheriger Stand bei der Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens, Verankerung der monopolkapitalistischen Ziele in der Reichsverfassung, Festlegungen des Versailler Vertrages, unmittelbare Vorbereitung, Durchführung, Auswirkungen, Der imperialistische Charakter der Reichsbahn)
4. Die weiteren Pläne des Monopolkapitals mit der Reichsbahn bei der Verwirklichung seiner reaktionären innen- und außenpolitischen Ziele zur Sicherung seiner Herrschafts- und Profitinteressen. Der Angriff der Konzernherren

auf den Eigentumsstatus der Reichsbahn (Entwicklung der Reparationsfrage und zunehmender Einfluß des USA-Finanzkapitals, Das Kreditangebot des Reichsverbandes der deutschen Industrie an die Reichsregierung vom September 1921 und die Forderung nach Privatisierung der Reichsbahn, Die Verhinderung der Privatisierung durch den energischen Widerstand breiter Teile der Arbeiterklasse. Der große Eisenbahnerstreik vom Februar 1922); Die erneuten Versuche der noch stärkeren Einordnung der Reichsbahn in das imperialistische Herrschaftssystem unter den Bedingungen der revolutionären Nachkriegskrise während der Jahre 1922/23 (Der Entwurf eines Reichsbahnfinanzgesetzes und die Haltung der Vertreter des Monopolkapitals, der ehemals Eisenbahnen besitzenden Länder sowie der Gewerkschaften dazu)

5. Die Einbeziehung der Reichsbahn in die monopolkapitalistischen Maßnahmen zur relativen Stabilisierung des Kapitalismus. Die Schaffung des Unternehmens "Deutsche Reichsbahn" im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Stabilisierung der imperialistischen deutschen Wirtschaft; Die Verhandlungen der Sachverständigenkonferenz über die Regelung der Reparationen und ihre Ziele und Ergebnisse. Die bestimmende Rolle des USA-Kapitals

Holger Michaelis

DIE SOZIALE MOBILITÄT VON LEITERN IN SOZIALISTISCHEN INDUSTRIEBETRIEBEN

Dissertation A (28. 9. 1972)

Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Humboldt-Universität zu Berlin

1. Teil

1. Das Wesen der sozialen Mobilität und dessen begriffliche Widerspiegelung in der bürgerlichen und marxistisch-leninistischen Soziologie
2. Die zentrale Bedeutung der sozialen Position für den Prozeß der sozialstrukturellen Eingliederung der Individuen

2. Teil

1. Die soziale Mobilität der Leiter sozialistischer Industriebetriebe als Ausdruck der Veränderung der Sozialstruktur des sozialistischen Industriebetriebes. Die Intergenerations-Klassenmobilität; Die Intragenerations-Klassenmobilität
2. Die Schichtmobilität der Leiter sozialistischer Industriebetriebe
3. Die Funktionsebenenmobilität der Leiter sozialistischer Industriebetriebe (Intergenerationsmobilität, Intragenerationsmobilität, Qualifikationsmobilität, Einkommensmobilität)
4. Die Mobilitätsmotivation und die Mobilitätsbereitschaft der Leiter sozialistischer Industriebetriebe (Motivation der Leiter zur Übernahme ihrer derzeitigen Leitungsfunktion¹)
5. Ergebnisse und offene Probleme der Analyse der sozialen Mobilität der Leiter sozialistischer Industriebetriebe

DIE BÜNDNISPOLITIK DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS ZUR EINBEZIEHUNG DER KOMPLEMENTÄRE, HANDWERKER UND GWERBETREIBENDEN IN DIE ENTWICKELTE SOZIALISTISCHE GESELLSCHAFT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK (DEZEMBER 1965 BIS APRIL 1968)

Dissertation A (3. 9. 1971)

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED

1. Die Bündnispolitik der SED mit den Komplementären, Handwerkern und Gewerbetreibenden in der zweiten Etappe des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (Dezember 1965 bis April 1967). Die Bedeutung der 11. Tagung des ZK der SED im Dezember 1965; Der Platz der Komplementäre, Handwerker und Gewerbetreibenden im Prozeß der komplexen sozialistischen Rationalisierung; Bündnispolitische Aspekte der dritten Etappe der Industriepreisreform; Die Bündnispolitische Bedeutung des Weges der staatlichen Beteiligung für den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR; Die Anwendung des Gesetzbuches der Arbeit der DDR in den nicht volkseigenen Betrieben als Ausdruck der Vertiefung der sozialistischen Demokratie - unter besonderer Berücksichtigung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung; Die weitere Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Genossenschafts- und privaten Einzelhandwerkern durch neue staatliche steuerrechtliche Regelungen; Die neue Kommissionshandelsverordnung vom Mai 1966; Die gesellschaftliche Initiative der Komplementäre, Handwerker und Gewerbetreibenden im Rahmen der sozialistischen Volksbewegung anlässlich des 20. Jahrestages und in Vorbereitung des VII. Parteitag der SED; Die Vorschläge der befreundeten Parteien an den VII. Parteitag der SED
2. Die Bündnispolitik der SED mit den Komplementären, Handwerkern und Gewerbetreibenden in der Zeit zwischen dem VII. Parteitag und der Annahme der sozialistischen Verfassung der DDR - ihre Einbeziehung in das ökonomische System als Kernstück der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (April 1967 bis April 1968). Der VII. Parteitag der SED; Die Weiterentwicklung der Erzeugnisgruppenarbeit in der Industrie (Beispiel des Bezirks Suhl, Funktion der Leitbetriebe, Fördernde und hemmende Faktoren der Entwicklung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung und Produktionsgenossenschaften des Handwerks in der Erzeugnisgruppenarbeit, Vertiefung der sozialistischen Demokratie); Der Ausbau der Kooperationsbeziehungen zwischen volkseigenen Betrieben und Kombinat und den Betrieben der übrigen Eigentumsformen; Die Bündnispolitik der SED im Bereich der örtlichen Versorgung nach dem VII. Parteitag; zu einigen Problemen der politischen und ökonomischen Stellung des "Mittelstandes" im heutigen Imperialismus - dargestellt am Beispiel der BRD und Westberlins; Die Bündnispolitik der SED mit den Komplementären, Handwerkern und Gewerbetreibenden von der Vorbereitung bis zur Annahme der sozialistischen Verfassung in der DDR am 6. April 1968

Edith Pätzelt

DIE RÄUMLICHE ENTWICKLUNG DES STRASSENNETZES IN BRANDENBURG
SEIT DEM BEGINN DES CHAUSSEEBAUS - EINE HISTORISCH-GEOGRAPHISCHE
BETRACHTUNG

Dissertation A (1. 11. 1972)

Pädagogische Hochschule Potsdam, Historisch-philologische Fakultät

- II Das Straßenwesen vor dem Beginn des Chausseebaus. Die allgemeine politisch-ökonomische Situation; Die Anfänge des Verkehrs und der Zustand der Straßen; Die Entwicklung der Straßenbautechnik; Das Netz der unbefestigten Straßen in Brandenburg
- III Die Anfänge des Chausseebaus in Brandenburg von 1790 bis 1815. Die politisch-ökonomischen Verhältnisse zu Beginn des Chausseebaus; Die natürlichen Voraussetzungen für die Anlage befestigter Straßen; Der Bau der ersten Chausseen durch den Staat; Die Anweisungen zur Anlegung, Unterhaltung und Instandsetzung der Kunststraßen
- IV Die Entwicklung des Kunststraßennetzes in Brandenburg von 1816 bis 1870. Die politisch-ökonomischen Voraussetzungen; Die Grundzüge der Straßenbaupolitik des Staates; Die Verbesserung der Richtlinien für den Bau und die Unterhaltung von Kunststraßen sowie die Bemühungen zur Erhaltung der Chausseen; Die Erweiterung des Kunststraßennetzes (Staatschausseen, Prämienschauseebau)
- V Die Entwicklung des Kunststraßennetzes in Brandenburg von 1871 bis 1918. Die allgemeine politisch-ökonomische Entwicklung; Die Änderung der Haltung des Staates zum Kunststraßenbau und die dadurch bedingten Veränderungen in der Verwaltung der Straßen; Die weitere Entwicklung der Straßenbautechnik und der Straßenunterhaltung; Die Verdichtung des vorhandenen Kunststraßennetzes durch den Kreischausseebau
- VI Die Entwicklung des Straßennetzes in Brandenburg von 1919 bis 1945. Die politisch-ökonomischen Bedingungen der weiteren Entwicklung des Straßennetzes; Die Veränderungen der Verkehrsbedeutung der Straßen durch die Entwicklung des Kraftfahrzeugverkehrs; Die Rolle des Staates bei dem weiteren Ausbau des Straßennetzes; Die Ausrichtung der Straßenbautechnik auf den wachsenden Kraftfahrzeugverkehr; Die Anpassung des Straßennetzes an den Kraftfahrzeugverkehr durch Umbau, Ausbau und Neubau
- VII Die Entwicklung des Straßennetzes in Brandenburg seit 1945. Die politisch-ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse und die Neuordnung des Straßenwesens; Der Wiederaufbau und Ausbau des Straßennetzes (bis 1967)

Jürgen Poetschke

DIE ENTWICKLUNG DER PRODUKTION VON SCHLACHTSCHWEINEN AUF
KUBA. UNTERSUCHT UND DARGESTELLT UNTER BESONDERER BERÜCK-
SICHTIGUNG IHRES ÖKONOMISCHEN ASPEKTES IN DEN STAATSGÜTERN
DER PROVINZ ORIENTE

Dissertation A (23. 11. 1972)

Karl-Marx-Universität Leipzig, Institut für tropische Landwirtschaft und Veterinärmedizin

1. Zielstellung und Methodik

2. Anteil der Schweinehaltung am Umfang der Viehhaltung und der Fleischproduktion im tropischen Bereich Lateinamerikas, Afrikas und Asiens unter besonderer Berücksichtigung Kubas
3. Historische Entwicklung der Schweinefleischproduktion auf Kuba unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Oriente
4. Abriss allgemeiner Produktionsbedingungen in der kubanischen Schweinehaltung - untersucht und dargestellt am sozialistischen Sektor der Schweinehaltung in der Provinz Oriente. Natürliche Standortfaktoren der kubanischen Schweinefleischproduktion; ökonomische Standortfaktoren
5. Analyse ökonomischer Aspekte der kubanischen Schweinehaltung, untersucht und dargestellt an der Produktion von Schlachtschweinen in den Staatsbetrieben der Provinz Oriente im Jahre 1966 (Rolle in der Wirtschaft, Kosten, Arbeitsproduktivität, Bildungsniveau der Beschäftigten, Arbeitsorganisation, Vergütung, Einführung von Produktionsparametern als Weg zur besseren Planung, Organisation und Kontrolle der Produktion)
6. Empfehlungen zur Steigerung der Produktion von Schlachtschweinen im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Wachstums der sozialistischen Republik Kuba

Helmut Schlotzhauer/Gerhard Zeising

PROBLEME DER WIRTSCHAFTSPOLITIK DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS UND DIE ENTWICKLUNG DER SCHÖPFERISCHEN INITIATIVE DER ARBEITERKLASSE IN DER SOZIALISTISCHEN INDUSTRIE DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK (DEZEMBER 1965 BIS APRIL 1968)

Dissertation A (28. 7. 1972)

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Lehrstuhl Geschichte der Arbeiterbewegung

Die Wirtschaftspolitik der SED zur Vervollkommnung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft und zur Führung des sozialistischen Wettbewerbs in der Industrie (Dezember 1965 bis April 1967)

1. Die sozialistische Staatengemeinschaft und die wirtschaftspolitischen Aufgaben der DDR Mitte der sechziger Jahre
2. Veränderungen in der Leitung der Volkswirtschaft der DDR
3. Zur Volkswirtschaftsplanung und zur Ausarbeitung des Fünfjahrplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1966 bis 1970 (Vervollkommnung der Planungsmethoden, Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit der UdSSR, Weiterentwicklung der Territorialplanung)
4. Die Stellung des volkseigenen Produktionsbetriebes in der Volkswirtschaft und die weitere Durchsetzung der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der materiellen Interessiertheit
5. Initiativen der Werktätigen der sozialistischen Industrie zur Verwirklichung der ökonomischen Politik der SED, das Zweite Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzbuches der Arbeit der DDR (Der sozialistische Wettbewerb zum VII. Parteitag der SED, Die Anwendung sowjetischer Erfahrungen im Wettbewerb, dargestellt am Beispiel der Einführung der Saratower Methode)

Die Wirtschaftspolitik der SED zur Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft, zur Weiterentwicklung der volkseigenen Industrie und der Masseninitiative der Arbeiterklasse nach dem VII. Parteitag der SED (April 1967 bis April 1968)

1. Der VII. Parteitag der SED über die wirtschaftspolitischen Aufgaben der DDR
2. Die Verabschiedung des Fünfjahrplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR von 1966 bis 1970 durch die Volkskammer
3. Die weitere Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der DDR mit der UdSSR und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft
4. Zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Führungstätigkeit der SED
5. Die Bildung der volkseigenen Kombinate in der sozialistischen Industrie
6. Die Initiativen der Arbeiterklasse zur Verwirklichung der Planaufgaben. Der sozialistische Wettbewerb der Arbeiterklasse zu Ehren des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution; Zur Entwicklung der Neuererbewegung
7. Die verfassungsrechtliche Fixierung der Ergebnisse und der Grundaufgaben der Volkswirtschaft

Siegfried Siegert

ERFAHRUNGEN UND ERGEBNISSE BEI DER SCHRITTWEISEN ENTWICKLUNG DER FREIWILLIGEN KOOPERATIVEN ZUSAMMENARBEIT IN DER PFLANZENPRODUKTION DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN DER KOOPERATIONSGEMEINSCHAFT COBBELSDORF KREIS ROSSLAU

Dissertation A (11. 6. 1971)

Hochschule für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft Bernburg

1. Zielstellung und Methodik der Arbeit
2. Die natürlichen und ökonomischen Produktionsbedingungen sowie die sozial-ökonomische Struktur der LPG der Kooperationsgemeinschaft Cobbelsdorf
3. Zur Entwicklung der freiwilligen Zusammenarbeit der LPG der Kooperationsgemeinschaft Cobbelsdorf
4. Erfahrungen und Ergebnisse bei der Anwendung des Komplexeinsatzes der Technik - ein wichtiger Schritt zur Durchsetzung der freiwilligen kooperativen Zusammenarbeit in der Pflanzenproduktion der LPG der Kooperationsgemeinschaft Cobbelsdorf. Probleme der politisch-ideologischen, wissenschaftlich-organisatorischen und materiell-technischen Vorbereitung; Erfahrungen und Ergebnisse der Durchführung des Komplexeinsatzes der Technik (Leitung, Organisation, Vergütung und Abrechnung, ökonomische Ergebnisse)
5. Die Entwicklung der kooperativen Pflanzenproduktion auf der Basis der gemeinsamen Bewirtschaftung des Hauptproduktionszweiges - Kartoffeln - in den LPG der Kooperationsgemeinschaft Cobbelsdorf und in der Zusammenarbeit mit den LPG der Kooperationsgemeinschaft Wörpen (Vorbereitung, Durchführung und Abrechnung, ökonomische Ergebnisse)

Wulfram Speigner

SOZIOLOGISCHE UNTERSUCHUNGEN ZUR WEITEREN ENTWICKLUNG DER
GESELLSCHAFTLICHEN STELLUNG DER FRAU IN DER DDR (DARGE-
STELLT AN FORSCHUNGSARBEITEN IN INDUSTRIEBEREICHEN)

Dissertation A (31. 10. 1972)

Wissenschaftlicher Rat der Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die Forschungsarbeiten im Fünfjahrplanzeitraum 1971 - 1975 zur weiteren Entwicklung der gesellschaftlichen Stellung der Frau
2. Ausgangspunkte, Ergebnisse und Aufgaben von Forschungsarbeiten des Beirates im Fünfjahrplanzeitraum. Ergebnisse der Forschungsarbeiten zu Aspekten der Aus- und Weiterbildung von Frauen in Industriebereichen; Ergebnisse der Forschungsarbeiten zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Leitungsfunktionen; Ergebnisse der Forschungsarbeiten zur Mehrschichtarbeit von Frauen; Ausgewählte Ergebnisse von Forschungsarbeiten zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen der Frauen; Ergebnisse von Forschungsarbeiten zur Weiterentwicklung der sozialen Beziehungen in Arbeitsgruppen, denen Männer und Frauen angehören; Ergebnisse der Forschung zur Erhöhung des Arbeitsvermögens der Frauen; Zusammenfassung der Forschungsergebnisse und Aufgaben weiterer Forschungsarbeiten; Die Aufgaben der industriesoziologischen Forschungsarbeiten im Fünfjahrplanzeitraum 1971 - 1975 zur Entwicklung der gesellschaftlichen Stellung der Frau
3. Methodische Aspekte der industriesoziologischen Forschungsarbeiten zu den Schwerpunkten des Fünfjahrplanes in den Untersuchungsbereichen. Die Abschnitte der Themenbearbeitung - das Standardprogramm, Die Aufgabenstellung industriesoziologischer Arbeiten des Beirates; Die Repräsentanz industriesoziologischer Forschungsarbeiten des Beirates; Die Auswahl der Untersuchungsmethoden; Die Aufbereitung und Auswertung der Erhebungsdaten

Siegfried Wolfer

DIE ENTFALTUNG DER WIDERSPRÜCHE BEIM EINSATZ VON SUPRANATIONALEN FONDS ZUR STAATSMONOPOLISTISCHEN REGULIERUNG IM RAHMEN DER STAATSMONOPOLISTISCHEN (WEST-) "EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN" UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER WIRKUNGEN DER WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN REVOLUTION UND DES VERSCHÄRFTEN KLASSENKAMPFES

Dissertation A (27. 2. 1970)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sektion Wirtschaftswissenschaft/
Marxistisch-Leninistische Organisationswissenschaften

1. Zum Wesen der supranationalen Fondspolitik. Entwicklung zum supranationalen staatsmonopolistischen Eigentum und darauf basierende Aufgaben supranationaler Regulierung; Triebkräfte für die Bildung supranationaler Fonds (wissenschaftlich-technische Revolution, sozialökonomische Aspekte, politische Momente); Wechselbeziehungen zwischen imperialistischen Widersprüchlichkeiten und der Existenz supranationaler Fonds
2. Analyse der praktischen Fondspolitik. Überblick über sämtliche den (west-) "Europäischen Gemeinschaften" zur Verfügung stehende Fonds; Forschungs- und Investitionsfonds; Sozialfonds der EWG; Der Entwicklungsfonds der EWG (Politische und ökonomische Zielstellung, Interessengegensätze der Monopol-

gruppen, Einsatz des Fonds und seine Einwirkung auf die Entwicklung der jungen Nationalstaaten, Interessengegensätze der assoziierten und der imperialistischen Länder bei der Bildung und Verwendung des Fonds)

Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen der Fonds als Instrument supranationaler staatsmonopolistischer Regulierung. Fördernde und hemmende Faktoren des Einsatzes supranationaler staatsmonopolistischer Fonds im Prozeß der imperialistischen Internationalisierung des Wirtschaftslebens; Fonds im Gesamtmechanismus der Maßnahmen der (west-) "Europäischen Gemeinschaften" zur Lenkung und Koordinierung der Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik; Probleme der Fondsbildung im Zusammenhang mit der supranationalen und nationalen Haushaltspolitik; Vorschläge für die Arbeiterklasse zur Einflußnahme auf die gesamte Fondspolitik

AUTORENVERZEICHNIS

- Barth, Ernst, Dr. rer. oec., Lektor, Pädagogisches Institut "Ernst Schneller", Zwickau.
- Finzelberg, Sigtraut, Aspirant, Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus, Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Handke, Horst, Dr. rer. oec. habil., Leiter der Arbeitsgruppe Geschichte der Sozialstruktur, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Harnisch, Hartmut, Dr. phil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Jähne, Armin, Dr. phil., Wissenschaftlicher Oberassistent, Bereich Alte Geschichte, Sektion Geschichte, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Klemm, Volker, Prof. Dr. phil. et agr. habil., Hochschuldozent, Leiter der Arbeitsgruppe Agrargeschichte, Bereich Agrarökonomie, Sektion Pflanzenproduktion, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kuczynski, Thomas, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Leiter der Abteilung mathematische Methoden in der Wirtschaftsgeschichte, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Lehmann, Joachim, Wissenschaftlicher Assistent, Sektion Geschichte, Universität Rostock.
- Müller, Hans-Heinrich, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Njammash, Marlene, Dr. phil., Wissenschaftlicher Assistent, Bereich Alte Geschichte, Sektion Geschichte, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Nussbaum, Manfred, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Radandt, Hans, Prof. Dr. rer. oec. habil., Leiter der Abteilung Betriebs-
geschichte, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften
der DDR, Berlin.

Reißig, Karl, Prof. Dr. phil. habil., Leiter der Fachrichtung Geschichte
der ökonomischen Politik der SED, Institut für Gesellschaftswissenschaften
beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin.

Rook, Hans-Joachim, Dr. phil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Insti-
tut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Wilhelmus, Wolfgang, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Sektion
Geschichtswissenschaft, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.

- С. Финцельберг, Укрепление социалистических производственных отношений и ведущей роли рабочего класса в результате новообразования народных предприятий в первой половине 1972 г.
- В. Вильгельмус, Шведский отклик на фашистские планы "нового порядка" во второй мировой войне
- Е. Варт, Новые исследования развития машиностроительной промышленности в период промышленной революции
- Х.-И. Рокк, О развитии путей сообщения и структуры сообщения на Эльбе на протяжении 19 века с учетом экономического развития данной транспортной области
- Х. Харниш, Август Майтцен и его значение в истории развития сельского хозяйства и поселений
- В. Клемм, О значении Даниэля Альбрехта Тэра для сельскохозяйственной историографии
- Х. Хандке, Классы - слои - социальная структура. Марксистско-ленинская теория классов. В.С. Семёнов, Капитализм и классы. Исследование социальной структуры современного капиталистического общества
- М. Нуссбаум, Немецкое колониальное господство в Камеруне. Примечания к работе: Камерун под игом немецкого колониального господства. Обзор, редактор издания Хельмут Штекер, т.т. I и 2; Патрис Манденг, Последствия немецкого колониального господства в Камеруне; Карин Хаузен, Немецкое колониальное господство в Африке. Экономические интересы и колониальное управление в Камеруне до 1914 г. Альберт Виртц, От работоторговли к колониальной торговле. Экономические области и экономические формы в Камеруне до 1914 г.
- Ю. Кучинский, Классовое сознание и циклический кризис. Замечания к лекциям: Большая депрессия повторяется. Эссе по экономике тридцатых годов редактор издания Герман ван дер Вее.
- Т. Кучинский, Промышленная революция или индустриализация? Критические замечания к работе: Промышленная революция. Экономические аспекты, авторы издания: Рудольф Браун, Вольфрам Фишер, Хельмут Гроскройц, Генрих Фолькман;+ Давид С. Ландес, Освобожденный Прометей. Технологические изменения и промышленное развитие в Европе с 1750 г. до настоящего времени; Фридрих-Вильгельм Хеннинг, Индустриализация в Германии в период с 1800 по 1914 гг. Вольфрам Фишер, Экономика и общество в период индустриализации. Статьи, обзоры, доклады; Кнут Борхардт, Промышленная революция в Германии, с введением Карло М. Чиполла
- Г.-Г. Мюллер, Производство, положение на рынке и торговля медью в Европе в 15 - 16 веках. Замечания к работе Эккехарда Вестермана: Медь Айслебена и ее значение для европейского медного рынка в 1460 - 1560 гг.
- А. Ене/М. Няммаш, Проблемы докапиталистических обществ в странах Ближнего и Среднего Востока. Замечания к работам: Проблемы докапиталистических обществ в странах Востока. Сборник, ответственный редактор Г.Ф. Ким, составитель В.Н. Никифоров
- К. Райсиг, История ГДР - основа истории предприятия.
- Х. Радант, Вторая конференция специальной комиссии по истории предприятий исторического общества ГДР
- VI международный конгресс истории экономики
- И. Леманн, О сущности и непрерывности политики немецкого империализма по отношению к иностранным рабочим
- Публикации институтов по вопросам истории экономики / Р. Гюнтер /

+ Общество в период промышленной революции, авторы издания: Рудольф Браун, Вольфрам Фишер, Хельмут Гроскройц, Генрих Фолькман;

++ Западной

CONTENTS

- S. Finzelberg, The strengthening of the socialist relations of production and the leading role of the working class by new formation of nationally owned firms during the first half of the year 1972
- W. Wilhelmus, The Swedish response to the fascist plans of "new order" during world war II
- E. Barth, New research into the development of the machine-building industry during the Industrial Revolution
- H. -J. Rook, On the development of the streams of traffic and the traffic-structure on the Elbe-river during the 19 th century under special consideration of the economic development in the traffic-area
- H. Harnisch, August Meitzen and his significance for the agrarian and settlement history
- V. Klemm, On the significance of Daniel Albrecht Thaer for agrarian historiography
- H. Handke, Classes - stratas - social structure. A marxist-leninist theory of classes
V. S. Semenow, Capitalism and classes. The research into the social structure of modern capitalist society
- M. Nussbaum, German colonial rule in Cameroon, Remarks to: Cameroon under German colonial rule. Studies ed. by Helmuth Stoecker, Vol. 1 and Vol. 2; Patrice Mandeng, Effects of German colonial rule in Cameroon; Karin Hausen, German colonial rule in Africa. Economic interests and colonial government in Cameroon before 1914; Albert Wirtz, From slave trade to colonial trade. Economic areas and economic forms in Cameroon before 1914
- J. Kuczynski, Class consciousness and cyclic crisis.
Considerations on reading: The Great Depression Revisted. Essays on the Economics of the Thirties, ed. by Herman van der Wee
- Th. Kuczynski, Industrial Revolution or Industrialisation? Critical remarks to: Industrial Revolution. Economic aspects, ed. by Rudolf Braun, Wolfram Fischer, Helmut Grosskreutz, Heinrich Volkmann; Society in the Industrial Revolution, ed. by Rudolf Braun, Wolfram Fischer, Helmut Grosskreutz, Heinrich Volkmann; David S. Landes, The unchained Prometheus. Technological change and industrial development in western Europe from 1750 to present times; Friedrich Wilhelm Henning, The industrialisation in Germany 1800 to 1914; Wolfram Fischer, Economy and society in the age of industrialisation. Essays, studies, lectures; Knut Borchardt, The Industrial Revolution in Germany, with an introduction by Carlo M. Cipolla
- H. -H. Müller, Production, market and trade of copper in Europe during the 15 th/16 th century. Reflections on Ekkehard Westermann, The Eisleben copper and its significance for the European copper-market 1460 - 1560
- A. Jähne/M. Njammasch, Problems of pre-capitalist societies in the countries of the Orient. Remarks on: Problemy dokapitalističeskich obščestv v stranach Vostoka. Collected essays, by responsible edition of G. F. Kim, combined by V. N. Nikiforov
- K. Reißig, The history of GDR - a basis for works history Second conference
- H. Radandt, Second conference of the special commission "Workhistory" of the Historic Society of GDR
- VI th International Congress of Economic History
- J. Lehmann, On the nature and the continuity of the alien workers policy of German Imperialism
- University publications on economic history (R. Günther)

CONTENU

- S. Finzelberg, Renforcement des rapports de production socialistes et du rôle dirigeant de la classe ouvrière par la formation de nouvelles usines nationalisées pendant les premiers six mois de 1972
- W. Wilhelmus, L' écho suédois des projets fascistes d' un "Ordre Nouveau" pendant la deuxième guerre mondiale
- E. Barth, Nouvelles recherches dans le développement de la construction de machines dans la révolution industrielle
- H. -J. Rook, Observations sur les directions et la structure du trafic sur l' Elbe au 19^e siècle, en égard particulier du développement économique dans la région du trafic
- H. Harnisch, August Meitzen et son importance pour l' histoire agraire et pour celle de la colonisation intérieure
- V. Klemm, Remarques sur l' importance de Daniel Albrecht Thaer pour l' historiographie agraire
- H. Handke, Classes - couches - structure sociale. Une théorie de classes marxiste-léniniste. V. S. Semjenov, Le capitalisme et les classes. L' exploration de la structure sociale dans la société capitaliste moderne
- M. Nussbaum, Règne colonial allemand au Cameroun. Observations sur le Cameroun sous la domination coloniale allemande. Etudes éditées par Helmut Stoecker, tome 1 et 2; Patrice Mandeng, Répercussions du règne colonial allemand au Cameroun; Karin Hausen, Le règne colonial allemand en Afrique. Intérêts économiques et administration coloniale au Cameroun avant 1914; Inbert Wirtz, Du trafic d' esclaves au commerce colonial. Espaces économiques et formes d' économie au Cameroun avant 1914
- J. Kuczynski, Conscience de classe et crise cyclique. Réflexions en lisant the Great Depression Revisited. Essays on the Economics of the Thirties, éditée par Herman van der Wee
- Th. Kuczynski, Révolution industrielle ou industrialisation? Remarques critiques sur: La révolution industrielle. Aspects économiques, éditée par Rudolf Braun, Wolfram Fischer, Helmut Großkreutz, Heinrich Volkmann; La société dans la révolution industrielle, éditée par Rudolf Braun, Wolfram Fischer, Helmut Großkreutz, Heinrich Volkmann; David S. Landes: Prométhée déchaîné. Changement technologique et développement industriel en Europe occidentale de 1750 jusqu'au présent; Friedrich-Wilhelm Henning, L' industrialisation en Allemagne de 1800 à 1914; Wolfram Fischer, Economie et société à l' ère de l' industrialisation. Essais, études, conférences; Knut Borchardt, La révolution industrielle en Allemagne avec introduction de Carlo M. Cipolla
- H. -H. Müller, Production, marché et commerce de cuivre au 15^e et 16^e siècle. Considérations sur Ekkehard Westermann, Le cuivre de rosette d' Eisleben et son importance pour le marché européen de cuivre de 1460 à 1560
- A. Jähne/M. Njammasch, Problèmes des sociétés précapitalistes dans les pays de l' Orient. Observations sur: Problemy dokapitalističeskich obščestv v stranach Vostoka. Recueil, sous la rédaction responsable de G. F. Kim, arrangé par V. N. Nikiforov
- K. Reißig, L' histoire de la R. D. A. - fondements de l' historiographie d' usine
- H. Radandt, Deuxième conférence de la commission spéciale sur l' historiographie d' usine de la société d' historiens en R. D. A.
- VI Congrès international d' histoire économique
- J. Lehmann, Remarques sur le caractère et la continuité de la politique de l' impérialisme allemand à l' égard des ouvriers étrangers
- R. Günther, Traités universitaires concernant l' histoire économique

SUMARIO

- S. Finzelberg, El fortalecimiento de las condiciones de producción socialistas y del papel dirigente de la clase obrera en consecuencia de la fundación nueva de empresas nacionalizadas durante el primer semestre de 1972
- W. Wilhelmus, El eco sueco enfrente de los proyectos fascistas sobre un "ordenamiento nuevo" durante la Segunda Guerra Mundial
- E. Barth, Investigaciones nuevas acerca del desarrollo de la construcción industrial de máquinas durante la revolución industrial
- H. -J. Rook, Acerca del desarrollo de las arterias de comunicación y de la estructura de comunicación sobre el río Elba, considerando especialmente el fomento económico en la región del tráfico
- H. Harnisch, La importancia de August Meitzen para la historia agraria y pobladora
- V. Klemm, Sobre la importancia de Daniel Albrecht Thaer para la historiografía agraria
- H. Handke, Clases - capas sociales - estructura social. Una teoría marxista-leninista sobre las clases. V. S. Semionov, Capitalismo y clases. La investigación de la estructura social en la sociedad capitalista moderna
- M. Nussbaum, El dominio colonial alemán en Camerún. Notas acerca de: Camerún bajo el dominio colonial alemán. Estudios, ed. por Helmuth Stoecker, tomo I y tomo II; Patrice Mandeng, Los efectos del dominio colonial alemán en Camerún; Karin Hausen, El dominio colonial alemán en Africa. Intereses económicos y administración colonial en Camerún antes de 1914; Albert Wirtz, Del trato de esclavos al comercio colonial. Espacios económicos y formas económicas en Camerún antes de 1914
- J. Kuczynski, Conciencia de clase y la crisis cíclica. Reflexiones durante la lectura de: The Great Depression Revisited. Essays on the Economics of the Thirties, ed. por Herman van der Vee
- Th. Kuczynski, ¿Revolución industrial o industrialización? Notas críticas acerca de: Revolución industrial. Aspectos económicos, ed. por Rudolf Braun, Wolfram Fischer, Helmut Grosskreutz, Heinrich Volkmann; Sociedad de la revolución industrial, ed. por Rudolf Braun, Wolfram Fischer, Helmut Grosskreutz, Heinrich Volkmann; David S. Landes, El Prometeo desencadenado. Cambio tecnológico y desarrollo industrial en Europa occidental desde 1750 hasta la época actual; Friedrich-Wilhelm Henning, La industrialización en Alemania desde 1800 hasta 1914; Wolfram Fischer, Economía y sociedad en la época de la industrialización. Artículos, estudios, exposiciones; Knut Borchardt, La revolución industrial en Alemania, introducido por Carlo M. Cipolla
- H. -H. Müller, La producción, el mercado y el comercio del cobre en Europa durante los siglos XV y XVI. Reflexiones acerca de Ekkehard Westermann, El cobre refinado de Eisleben y su importancia para el mercado europeo del cobre desde 1460 hasta 1560
- A. Jähne/M. Njammasch, Problemas de las sociedades pre-capitalistas en los países del Oriente. Notas acerca de: Problemy dokapitalističeskich obščestv v stranach Vostoke, Una colectánea bajo la redacción responsable de G. F. Kim, seleccionado por V. N. Nikiforov
- K. Reissig, La historia de la RDA - un fundamento de la historia de empresas
- H. Radandt, Segunda conferencia de la comisión especial "Historia de empresas" de la Sociedad de Historiadores de la RDA
- Sexto Congreso internacional para Historia económica
- J. Lehmann, Sobre el carácter y la continuidad de la política del imperialismo alemán enfrente de los obreros extranjeros
- Tratados universitarios sobre la historia económica (R. Günther)

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

H. Seifert

Zur Rolle der politischen Ökonomie im Kampf um die Deutsche Demokratische Republik

W. Jahn / W. Müller

Die Bedeutung der Auseinandersetzung mit den ökonomischen Auffassungen des Lassalleanismus in Marx' "Kritik des Gothaer Programms" für die Geschichte der marxistischen politischen Ökonomie. Zum 100. Jahrestag von Karl Marx' "Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei"

W. Schlicker

Zu Max Plancks Bedeutung für die Leitung der Wissenschaft und Organisation der Forschung. Unter besonderer Berücksichtigung seines Wirkens in der Weimarer Republik

C. Grau

"... das Werk samt der Wissenschaft auf den Nutzen richten..." Aus der Frühgeschichte der Berliner und der Petersburger Akademie

F. Herneck

Siebzig Jahre Relativitätstheorie

K. Lärmer

Staat und Industrielle Revolution, dargestellt an den Formen der Förderung und der Hemmung des Maschinenbaus in Preußen

K. Obermann

Die deutsche Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika im 19. Jahrhundert, ihre Ursachen und Auswirkungen (1830 bis 1870)

E. Ch. Welskopf

Der Souveränitätsverlust der hellenischen Poleis als Rückschlag und als Impuls der Urbanisierung der Mittelmeerwelt

H. Kreißig

Boden und Abhängigkeit im Orient in der hellenistischen Epoche

H. Harnisch

Bevölkerung und Wirtschaft. Über die Zusammenhänge zwischen sozialökonomischer und demographischer Entwicklung im Spätfeudalismus

G. u. S. Reichert

Zum Entstehen der Betriebsgeschichte des VEB Mikromat Dresden